

Geschichte unserer Zeit

Dr. Karl Siegmund Baron von Galéra

Band 7

5. Teil:

Der Kampf um die nationale Macht, ab 1929

3. Buch:

Der Durchbruchssieg des Nationalsozialismus, Sommer 1932 bis Herbst 1933

Nationale Verlags-Gesellschaft m. b. H., Leipzig © 1932-1935.

Dieses Digitalisat © 2020 by **The Scriptorium** und ins Netz gestellt am 11. November 2020, dem 102. Jahrestag der Waffenstillstandserklärung, die den Ersten Weltkrieg beendete und den wohl unheilvollsten Frieden der Neuzeit einleitete. - Alle Illustrationen stammen aus dem Original.

Eingriffe durch Scriptorium:

der besseren Lesbarkeit halber wurden stellenweise ausgeschriebene Zahlenworte in Ziffern abgeändert (z.B. hundertfünfzigtausend → 150 000) und bei solchen Textstellen Betonung (Fettdruck) hinzugefügt, wo es aus heutiger rückblickender Perspektive angebracht schien.

Die Textgliederung wurde leicht vereinfacht und geringfügige Druck- bzw. Satzfehler wurden korrigiert.

Druckversion 2021 gesetzt vom Hilfsbibliothekar, alle externen Verweise führen zu den Quellen im Netz.



Scriptorium dankt Herrn M. P. S.

für seine großzügige Spende dieser Bücher zwecks Digitalisierung auf unserer Netzseite!



Inhalt des Siebten Bandes:

3. Buch: Der Durchbruchssieg des Nationalsozialismus, Sommer 1932 bis Herbst 1933

14. Kapitel: Kampf um die Reichsführung innerhalb der Harzburger Front

Folgen der Reichstagswahl. - Notverordnung gegen den kommunistischen Mordterror. - Brachts kleine Verwaltungsreform. - Regierungspläne. - Regierungspläne einer Verfassungsänderung. - Papens Reformgedanken. - Stellung der Parteien zur Regierung. - Der 13. August 1932. - Potempa. - Kommunistische Umtriebe. - Papens Aufbauprogramm. - Arbeitsdienst und Arbeitsbeschaffung. - Papens Wirtschaftsprogramm. - Verschärfung der Gegensätze zwischen N.S.D.A.P. und Reichsregierung. - Reichstagszeröffnung. - Reichstagspräsidium bei Hindenburg. - Reichstagsauflösung.

15. Kapitel: Das Ringen zwischen autoritärer Diktatur und nationalsozialistischer Volksfront

Parteivorbereitungen für Neuwahl. - Regierungsbemühungen um Landwirtschaft. - Versagen des Wirtschaftsprogramms. - Streiks. - Abermals Regierungspläne einer Verfassungsreform. - Staatsgerichtshofsurteil über Preußen. - Preußische "Hoheitsregierung" gegen kommissarische Exekutivregierung. - Spannung zwischen Reich und Bayern. - Deutschnationale und Stahlhelm für Papen. - Regierung gegen Nationalsozialisten. - Erneuter politischer Meuchelmord. - Reichstagswahl am 6. November 1932.

16. Kapitel: Deutschlands Kampf um Gleichberechtigung

Vorbereitung der Welt durch Deutschland. - Deutschlands Gleichberechtigung. - Stellung der Völker und ihrer Regierungen. - Mißerfolg einer deutsch-französischen Auseinandersetzung. - Abrüstungskonferenz ohne Deutschland. - Ansichten der Regierungen. - Hetze in Frankreich. - Englischer Vermittlungsversuch einer Fünfmächtekonferenz. - Ablehnung in Paris und Berlin.

17. Kapitel: Die Krisis des autoritären Staates. Die Regierung Schleicher.

Fortgang in Preußen und in der Gleichberechtigungsfrage

Unsicherheit der Regierung. - Gescheiterte Parteibesprechungen. - Ablehnung Hitlers. - Rücktritt Papens. -

Auftrag an Hitler. - Erschwerung der Bedingungen für Hitler und dessen Absage. - Hitlers Gegenvorschlag. - Hindenburgs Ablehnung. - Hitlers Schlußbrief. - Reichskanzler Schleicher. - Neue Hoffnungen der Marxisten. - Reichstagsversammlung. - Notverordnung vom 20. Dezember 1932. - Drohender Bürgerkrieg. - Krisis des Nationalsozialismus. - Lippische Landtagswahlen. - Papen und Hitler in Köln. - Erneuerung der Harzburger Front. - Sturz Schleichers. - Abwehr der Wühlereien Brauns in Preußen. - Unmöglichkeit der Bildung einer preußischen Regierung. - Herriots Abrüstungsplan. - England und Amerika. - Fünfmächtekonferenz. - Gleichberechtigungformel vom 11. Dezember 1932. - Englisches Arbeitsprogramm.

18. Kapitel: Der Ruf an Hitler. Volkswahl. Der Deutsche Reichstag

Papens Verhandlungen mit der Harzburger Front. - Der 30. Januar 1933. - Auflösung der Parlamente in Reich und Preußen. - Regierungsprogramm. - Görings Tätigkeit in Preußen. - Wahlkampf. - Die Parteien im Wahlkampf. - Zerfallende Sozialdemokratie. - Vorbereitung des kommunistischen Aufstandes. - Gegenaktionen Görings. - Reichstagsbrand. - Regierungskampf gegen den Kommunismus. - Verbot der gesamten marxistischen Presse. - Aufgedeckte kommunistische Pläne. - Görings Reden über Kommunismus. - Die Wahlen am 5. und 12. März. - Flaggenverordnung. - Erneute kommunistische Umtriebe. - Beamtenreinigung. - Schacht Reichsbankpräsident. - Polizeikommissare in den Ländern. - Sturz Helds in Bayern. - Reichspropagandaministerium. - Der Tag von Potsdam 21. März 1933. - Hitlers Rede. - Reichstag in der Krolloper. - Hitlers Rede vor dem Reichstag. - Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten. - Ermächtigungsgesetz. - Die historische Bedeutung des Potsdamer Parlaments. - Ausland und Juden. - Ringen um die Abrüstung in Genf. - Frankreichs Sabotage. - Erklärung Nadolnys. - Heerestypen. - Kriegsmaterial. - Frankreichs "Sicherheit". - Macdonald in Paris und Genf. - Der Macdonaldplan. - Macdonald und Mussolini. - Mussolinis Viermächtepakt.

19. Kapitel: Umbau von Reich und Volk

Die völkische Grundlage des Nationalsozialismus. - Judenhetze im Ausland. - Judenboykott in Deutschland. - Wiederherstellung des völkischen Berufsbeamtentums. - Studentenrecht. - Gleichschaltung der Länderregierungen. - Reichsstatthalter. - Neue Regierung in Preußen. - Kampf gegen Korruption und Marxismus. - Nationalsozialismus und Zentrum. - Zusammenstöße mit dem Stahlhelm. - Seldtes Weg zu Hitler. - Hugenburgs Bemühungen um Erhaltung seiner Partei. - Zerfall der Deutschnationalen. - Bildung der Bauernfront im Nationalsozialismus. - Preußisches Erbhofrecht. - Vorgehen gegen Gewerkschaften. - Bildung der Arbeitsfront. - Wirtschaftsfrieden. - Schutz des Mittelstandes. - Ende des ersten Abschnitts der Deutschen Revolution.

20. Kapitel: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Fortgang der völkischen Neuordnung. Der "Kongreß des Sieges" in Nürnberg

Plan der Arbeitsdienstpflicht. - Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. - Ostpreußen. - Rückgang der Arbeitslosenzahl. - Vollendung der Arbeitsfront. - Wirtschaftsleben. - Erziehung. - Reichsführerschule. - Zusammenbruch der Deutschnationalen. - Auflösung der Sozialdemokratischen Partei. - Auflösung der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums. - Kampf um die evangelische Kirche. - Bodelschwingh Reichsbischof. - Eingreifen Rusts, Rücktritt Bodelschwinghs. - Neue Kirchenverfassung. - Kirchenwahlen. - Konkordat des Reiches mit Rom. - Neues Vorgehen gegen Kommunisten. - Reichsgesetze: Reichserbhofgesetz. - Bankwesen. - Preußischer Staatsrat. - Tannenbergfeier. - "Kongreß des Sieges" in Nürnberg. - Proklamationen und Reden des Führers. - Rede des Führers auf der Kulturtagung. - Rede des Führers vor den Amtswaltern. - Stahlhelmtag in Hannover. - Wahl des Reichsbischofs in Wittenberg. - Der Tag des Bauern. - Wesen des Nationalsozialismus.

21. Kapitel: Deutschland und die anderen Mächte

Rußland, Polen, Österreich, Ungarn und Italien. - Mussolinis Viermächtepakt. - Abrüstungskonferenz. - Wachsende Gegensätze. - Hitlers Friedensrede. - Vorübergehende Entspannung. - Amerikas Vorstoß. - Erneute Widerstände. - Hendersons Reise. - Französische Hetze. - Völkerbundsversammlung. - Italiens Vermittlung. - Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund. - Wirtschaftsfragen. - Transferaufschubabkommen. - Weltwirtschaftskonferenz. - Schicksal des Saargebietes. - Marxisten an der Saar. - Bekenntnis der Saardeutschen zum Reich.

Schluß



14. Kapitel: Kampf um die Reichsführung innerhalb der Harzburger Front.

Adolf Hitler führte an der Spitze des Nationalsozialismus einen **elementaren Kampf gegen die korrupte Klassen- und Parteidemokratie von Weimar**. Das Grundsätzliche in diesem Kampfe, der seit dem Sommer 1929 mit für die Nationalsozialisten wachsendem Erfolge seinen Fortgang nahm, konnte auch nicht durch **die Verbindung mit den Deutschnationalen in der Harzburger Front** irgendwie berührt oder abgeschwächt werden, wenn auch die Deutschnationalen mit dem System von Weimar belastet waren und die "nationale Opposition" von ihnen lediglich als ein Werkzeug des großkapitalistischen Wirtschaftssystems begriffen wurde. Jetzt nach der Wahl vom 31. Juli 1932 mußte sich der **Gegensatz zwischen dem nationalen Volkswillen und dem nationalen Klassengeist** unverhüllt zeigen, als es nun darum ging, zu entscheiden, wer von beiden die Reichsführung haben sollte, da ja der Marxismus und Liberalismus in den Hintergrund gedrängt waren.

Folgen der Reichstagswahl

Das **Wahlergebnis** hatte gewiß gezeigt, daß die Volksmassen weder von der Weimarer Demokratie noch vom Marxismus etwas erhofften. Die **bürgerlichen Parteien**, 12 an der Zahl, hatten 10 Millionen Wähler aufgebracht, davon hatten allein das Zentrum und die Bayerische Volkspartei mehr als 5½ Millionen. Im neuen Reichstag gab es außer dieser Fraktion als einzige bürgerliche, aber auch schwächste, nur noch die **Deutschnationalen**, der Marxismus in seinen beiden Fraktionen der **Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei** hatte etwa 13-14 Millionen Stimmen erhalten, und ebenso stark war der **Nationalsozialismus** geworden.

Wenn auch der Nationalsozialismus sowohl der marxistischen wie der bürgerlichen Front, jeder einzeln, überlegen war, so war sein Sieg doch zweifelsfrei und endgültig noch nicht entschieden, besonders, da jetzt nach dem Verschwinden des Marxismus **die Deutschnationalen von ihren bisherigen Bundesgenossen der Harzburger Front deutlich abrückten**. Das einfachste wäre es gewesen, wenn der Nationalsozialismus die absolute Mehrheit erhalten hätte, und damit hatten in den Kreisen der Partei und der S.A. viele gerechnet. Als die Hoffnungen sich nicht erfüllt hatten, machte sich die Enttäuschung **teilweise in gewalttätiger Erbitterung** Luft. In Ostpreußen, Schlesien und Schleswig-Holstein wurden Bombenanschläge auf Gebäude und führende Persönlichkeiten der Demokratie und des Marxismus, Feuerüberfälle auf Wohnungen und Kaufläden jüdischer Geschäftsleute verübt. Tagelang zitterte die Unruhe durch die Gebiete der genannten Provinzen, auch in anderen Teilen des Reiches, in Braunschweig wie in der Pfalz, in Rheinland-Westfalen wie in Hessen und Bayern brauste es. In einzelnen Städten konzentrierten sich die S.A., auf märkischem Boden um Berlin herum sammelten sich die Formationen, und es schien, als sollte ein neuer Marsch auf Berlin, wie im November 1923 von München aus, in die Tat umgesetzt werden.

Die Nervosität der nationalsozialistischen Formationen leitete eine gewisse Berechtigung daraus ab, daß durch den **unentschiedenen Wahlausgang die ganze politische Situation wieder unsicher und ungewiß geworden sei**. Dies war um so bedenklicher, als inzwischen bekannt geworden war, in wie freigelegter Weise marxistische Polizeipräsidenten noch vor ihrer Absetzung im Juli Sozialdemokraten und Kommunisten mit Waffen und Munition versorgt hatten. Es war ein **allgemeiner Zustand der Unsicherheit** da, den nicht nur das ganze Volk, sondern vor allem auch die Nationalsozialisten empfanden und der in jener von untenher aufquellenden Unruhe der ersten Augusthälfte seinen Ausdruck fand.

Jedoch **Adolf Hitler und seine Ratgeber** waren um keinen Preis gewillt, den Weg der Legalität auch nur um Fingers Breite zu verlassen. Aufs strengste wurden alle Disziplinwidrigkeiten innerhalb der Bewegung unterdrückt. **Für Hitler selbst gab es gar keine andere Wahl, als die demokratische Verfassung zu überwinden mit eben den Mitteln, welche diese Verfassung ihm bot**. Aber gerade dies war sehr schwer, da die Verfassung gewissermaßen doppelt überwunden werden mußte, einmal in der Gestalt des Parlamentes als eines Ausdruckes des nach der Majorität berechneten Volkswillens, sodann in der **Person des Reichspräsidenten** als des mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Hüters der Verfassung.

Die **Verfassung von Weimar** stellte in ihrem ersten Artikel fest, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgehe. So war es Hitlers Aufgabe zunächst gewesen, dieses Volk zu erobern, um damit in den Besitz der Staatsgewalt zu gelangen. Den Kampf um das Volk hatte Hitler drei Jahre lang mit Energie und Erfolg geführt; der 31. Juli hatte ihm zwar nicht den mathematisch errechenbaren Majoritätssieg gebracht, aber doch den Beweis geliefert, daß, abgesehen vom Marxismus, **die klare Mehrheit des aufbauwilligen deutschen Volkes hinter dem Nationalsozialismus stand.**

Nun aber gab es gemäß der Weimarer Verfassung in Ausnahmefällen, d. h. in Zeiten, da der Parlamentarismus arbeitsunfähig war, noch eine andere Quelle der Macht. Es war der **Reichspräsident**. Ihm räumte Artikel 48 diktatorische Machtbefugnisse ein, die um so bedeutsamer waren, als ein arbeitsunfähiger Parlamentarismus nicht in der Lage war, einer präsidentialen Diktatur durch positive Arbeit Widerstand entgegenzusetzen. Seit Frühjahr 1930 war die diktatorische Macht des Reichspräsidenten in die Politik eingeschaltet. Brüning hatte mit ihr regiert, und dann hatte Papen sie angewendet. Für Hitler war es selbstverständlich, daß er im legalen Kampfe um die Macht **auch Einfluß auf die Präsidiengewalt zu gewinnen trachtete.** Bei der Neuwahl des Reichspräsidenten im Frühjahr 1932 vermochte sich Hitler allerdings nicht durchzusetzen, und so blieb dem Führer der Nationalsozialisten nach dem 31. Juli 1932 nichts anderes übrig, als den wiedergewählten **Reichspräsidenten von Hindenburg** auf seine Seite zu bringen, was natürlich nach den Vorgängen vom Frühjahr mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden war. **Das Ziel Hitlers war nunmehr, gestützt auf die Millionen seiner Anhänger im Reiche, mit Hilfe Hindenburgs eine Präsidiarregierung zu bilden, ähnlich derjenigen Brünings und Papens, doch mit einer gewaltigen, realen, völkischen Macht hinter sich.** Die Voraussetzungen waren von allen Möglichkeiten für eine Präsidiarregierung Hitlers am günstigsten, aber hier erhob sich der **entschlossene Widerstand Hindenburgs**, der von den Deutschnationalen verstärkt wurde.

So setzte denn jetzt jenes **sechs Monate währende Ringen zwischen Hitler und Hugenberg um den Reichspräsidenten von Hindenburg ein, jene quälende Selbsterfleischung der Harzburger Front, die das deutsche Volk um Haaresbreite wieder in das Chaos des Parteienregiments, ja des Bolschewismus hinabgestoßen hätte.**

Bevor jedoch die Verwicklungen und Verwirrungen um die Reichsführung begannen, war es nötig, **vom Volke die fortdauernden Schrecken des roten Freischärlerkrieges zu nehmen.** Die unerhörten Bluttaten der Kommunisten, ihre viehischen Meuchelmorde an wehrlosen Nationalsozialisten hatten nun wochenlang angedauert, und gerade dieser Zustand des heimlichen Bürgerkrieges hatte jene Nervosität der S.A. verstärkt, die sich dann infolge der Enttäuschung über das Wahlergebnis in Bombenwürfen und Pistolenattentaten entlud. Sofort nach der Wahl hatte der *Völkische Beobachter* gefordert, daß die Kommunistische Partei unschädlich gemacht werden solle, und die Münchener **Führerversammlung der Nationalsozialisten** verlangte das Verbot der Kommunistischen Partei. Göbbels sah die alleinige Rettung in der Verkündung des Standrechtes gegen die "Moskauer Bluthunde", die S.A. und S.S. sollten das Recht haben, sich bewaffnet auf der Straße zu zeigen, sie sollten als Hilfspolizei einberufen werden, die Vollzugsgewalt in Reich und Preußen sollte auf sie übertragen werden, der "Moskauer Fremdenlegion" aber müsse man den Zutritt zum Reichstag verwehren. Teilweise traten auch die **Deutschnationalen** diesen Forderungen bei; so verlangten die Deutschnationalen Braunschweigs das Verbot der Kommunistischen Partei und die Errichtung einer Hilfspolizei, die paritätisch aus S.A.-Leuten und Stahlhelmen zusammengesetzt sei.

Natürlich waren die **Marxisten** auch nicht still. Die Kommunisten forderten, daß S.A., S.S., sowie alle sonstigen militärischen Verbände, d. h. vor allem also der Stahlhelm, aufgelöst würden. Die Sozialdemokraten beantragten im preußischen Landtage ebenfalls Auflösung der nationalsozialistischen Organisationen und Schließung der S.A.-Heime. Der sozialdemokratische Parteiausschuß erörterte inzwischen unter dem Vorsitz von Wels "die Möglichkeiten eines beim Versagen der Staatsgewalt einsetzenden organisierten Selbstschutzes". Das Reichsbanner wandte sich an die bayrische Staatsregierung und versuchte, von ihr das Verbot des *Völkischen Beobachters* zu erreichen.

Die **Reichsregierung** war nicht willens, eine Initiative gegen die Kommunisten zu ergreifen, einen

entscheidenden Vernichtungsschlag gegen sie zu führen. Das sollte der Reichstag tun. Papen hoffte, im Parlament eine Mehrheit für eine Regierungsvorlage zu erhalten, wonach Parteien, in deren Programm der Sturz des Staates gefordert werde, an Abstimmungen nicht teilnehmen oder ihre Stimmen nicht gezählt werden dürfen. Vielleicht glaubte Papen überhaupt auf diesem Wege eine arbeitsfähige Mehrheit im Parlament für sich zu gewinnen und an sich zu fesseln. Aber Papen und Gayl äußerten sich entschieden gegen jede Aufstellung einer Hilfspolizei, wie sie in Braunschweig und Mecklenburg-Schwerin geplant und von der nationalsozialistischen Regierung Oldenburgs bereits durchgeführt war. Der Oldenburger Regierung wurde aufgegeben, die aus S.A.-Leuten gebildete Hilfspolizei wieder aufzulösen.

Notverordnung gegen den kommunistischen Mordterror

Gegen den kommunistischen Meuchelmord setzte die Reichsregierung um die Mitternacht des 9. und 10. August eine Notverordnung in Kraft, wie sie bisher in der deutschen Republik erst einmal angewandt worden war: nach der Ermordung Rathenaus. Die neue drakonische Notverordnung bedrohte ausnahmslos jeden politischen Mord mit der **Todesstrafe**. Körperverletzungen, Aufruhr, Landfriedensbruch sollten mit zehnjähriger Zuchthausstrafe geahndet werden. Um die Notverordnung durchzuführen, wurden **Sondergerichte** eingesetzt, die schnell arbeiten und nur nach dem Tatbestande urteilen sollten. Gegen ihre Urteile gab es keine Berufung, sie wurden mit der Verkündung rechtskräftig und vollstreckbar. Hierzu erklärte die Regierung außerdem, eine Amnestierung politischer Straftaten würde im schroffsten Gegensatz zu der mit der neuen Verordnung erfolgten Absicht stehen und darum würde sie sich ohne Nachsicht jedem etwa auftauchenden Wunsche nach Begnadigung mit Nachdruck widersetzen.

In der Tat war der Erfolg überraschend. Der Meuchelmord der Kommunisten hörte zwar nun nicht sogleich gänzlich auf, aber er ward eingedämmt, ging immer mehr zurück, bis er allmählich ganz verschwand! Die Angst vor dem Hochgericht zwang das blutige Untermenschentum, die Macht des Reiches und das Leben der anderen zu achten. -

Brachts kleine Verwaltungsreform

Wir wollen zunächst, ehe wir in die Betrachtung des Kampfes um die Reichsführung eintreten, kurz verfolgen, in welcher Weise der **Reichskommissar Bracht in Preußen die Neuordnung durchführte**. Es war Brachts Bemühen, den Staat über die Parteien wieder zu erhöhen; allerdings war das, was Bracht erstrebte, ein lebloser Staat, der nicht in, sondern neben dem Volke stand. Bracht bestimmte, daß keinerlei Parteiformationen zu polizeilichen und politischen Funktionen zugelassen werden dürften: den Gedanken der Hilfspolizei lehnte auch er also rundweg ab. Auch verbot er den Polizeibeamten, in Uniform an Parteiveranstaltungen teilzunehmen. Sämtliche Staatsbeamte aber mahnte er in einem Erlaß, Diener der Gesamtheit, des Volksganzen zu sein und also überparteilich zu denken und zu handeln. "Jetzt gilt es, das Wort Staat wieder groß zu schreiben und den Dienst am Staat und Volk allein als Blickpunkt unsrer ganzen Arbeit hinzustellen." Er, Bracht, werde nicht dulden, daß durch die Art der parteipolitischen Betätigung von Beamten der Staatsgedanke zu Schaden käme. Dies richtete sich deutlich gegen die Nationalsozialisten, deren immer stärker werdender Druck sich in allen Zweigen der Verwaltung bemerkbar machte, denn in den letzten Wochen waren zahlreiche Staatsbeamte zur Hitlerpartei übergetreten. Bei den Kommunisten aber ließ Bracht an einem Tage, dem 12. August, unvorhergesehen in allen großen Städten Preußens Haussuchungen vornehmen, die nicht nur eine Menge illegaler Druckschriften, sondern auch Schuß-, Hieb- und Stichwaffen zu Tage förderten. [Im Freistaat Hamburg stellte man fest, daß insgeheim der gut organisierte, aber längst verbotene Rotfrontkämpferbund noch fortbestand, in Flensburg und Ohrdruf wurden Kommunisten verhaftet, weil sie in Reichswehr und Polizei Zersetzungsversuche unternahmen.] - Die kommunistische Gefahr bestand also nach wie vor in der seit langem bekannten Größe und Stärke.

Brachts "kleine Verwaltungsreform" von Anfang August 1932, die in Preußen 60 Amtsgerichte und 58 Landkreise aufhob, war eigentlich nur die Durchführung eines alten Severingschen Planes, den dieser im Anschluß an die Sparnotverordnung von Ende 1931 ausgearbeitet hatte. Die **Nationalsozialisten** lehnten daher auch die von den Marxisten übernommene Verwaltungsreform ab, da

sie historisch Gewordenes zerstöre, das Recht der Selbstverwaltung stark beeinträchtige und alle traditionell-gefühlsmäßigen Momente im Volks- und Staatsleben mißachte. Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete und Jurist Nicolai urteilte: die Verwaltungsreform

"ist schematisch, berührt nur Äußerlichkeiten, kostet Geld statt Ersparnisse zu machen, vernichtet kulturelle Werte, zerreißt wirtschaftliche Beziehungen, schädigt das flache Land, und zu alledem täuscht sie auch noch die Hoffnungen tausender, die von der neuen Regierung Verständnis für ihre Sorgen und Wünsche und eine sorgfältige Pflege gerade der örtlichen Überlieferungen und Eigenarten erwartet hatten, nicht aber diktatorische Eingriffe zweifelhaften Wertes."

Bereits Ende Juli hatte Bracht **eine Anzahl hoher sozialdemokratischer Parteibuchbeamter** von ihrem Posten enthoben; diese Säuberung wurde im August energisch fortgesetzt bei der Durchführung der kleinen Verwaltungsreform: 60 marxistische Landräte verschwanden in Preußen, und diejenigen, die keine fachmännische Vorbildung besaßen, mußten Pension befürchten. Der angstgefüllte **sozialdemokratische Parteivorstand** begab sich zu Bracht und brachte schärfste Beschwerden über die systematische Verfolgung sozialdemokratischer Beamter vor. Wels und Stampfer drangen bis zu Papen vor und erklärten ihm, daß die fortgesetzten Amtsenthebungen von Sozialdemokraten einer Diffamierung der sozialdemokratischen Partei gleichkämen und mit der Verfassung nicht zu vereinbaren seien. Doch für solche Sorgen hatte Papen kein Verständnis. Bis zum Ende des Jahres wurden etwa 140 hohe Beamte, Parteibuchmarxisten, von Bracht aus ihren Stellen entfernt und durch Fachleute ersetzt.

Gegenüber der **sittlichen Verwilderung weiter Volkskreise** forderte Bracht die Rückkehr zu christlicher und kultureller Gesittung. Allen Dekadenzerscheinungen sagte er den Kampf an.

"Insbesondere ist es die schamlose Herabsetzung der Frauenehre und Frauenwürde, die als typische Entartungserscheinung christlich-deutscher Volkskultur, Volkssitte und Volkssittlichkeit zuwiderläuft."

So wurden die Nacktdarstellungen in Theatern, Kabarett, Revuen, sowie der Unfug der Wahl von Schönheitsköniginnen verboten. Die Polizeiorgane wurden angewiesen, die Auswüchse des Badelbens, das Nacktbaden und den Besuch von Gaststätten in Badekleidung zu bekämpfen. Auch gegen die Freikörperkulturschulen der "proletarischen Kultur" sollte angegangen werden.

So versuchte Bracht auf alle Weise der Verwahrlosung des Volkes zu steuern, und vieles von dem, was er tat, entsprach preußischer Zucht und deutschem Anstand. Aber er ging von falschen Voraussetzungen aus: **er wollte die alte überlebte Autorität des Obrigkeitsstaates wiederherstellen, jenes leblose Gefüge, dem sich der Einzelne nur mit den Kräften seines Intellekts nähern konnte** - und dieser Umstand machte die Nationalsozialisten zu seinen Gegnern. Sie wollten den disziplinierten Volksstaat, in dessen geordnete Zucht sich jeder einzelne mit ganzem Herzen und ganzer Persönlichkeit einreihen sollte und in dem das alte liberalistische Parteiwesen beseitigt war.

Bracht fand nicht den nötigen Anschluß an die breiten, anständig denkenden Volkskreise bei den Nationalsozialisten, und mit diesen wollte Bracht nicht zusammen arbeiten, da er, selbst Liberalist, in seiner scheinbaren Verneinung des Liberalismus Partei und Volk verwechselte und zu alten reaktionären Anschauungen zurückkehrte.

Um die Mitte des August trat die **Frage nach der Neubildung der Reichsregierung** in den Vordergrund. Eine Regierung auf parlamentarischer Basis erschien als ein unmöglicher Rückschritt. So mußte also weiterhin eine autoritäre, präsidiale Regierung bestehen bleiben. Das war die Meinung Hindenburgs und Papens. Hitlers Auffassung war, daß die Regierungsbildung ihm übertragen werden müsse, da er allein in Deutschland in der Lage war, das deutsche Volk in der Mehrheit seiner aufbauwilligen Kräfte durch den Nationalsozialismus mit der Reichsmacht zu verbinden. Das, was er erstrebte, war die Gewinnung Hindenburgs und Bildung einer Regierung in einer neuen präsidialen Form, unter gleichzeitiger fester Verankerung im Volke. Die Präsidialregierungen ohne Volk,

wie sie von Brüning und Papen in verschiedenen Färbungen dargestellt worden waren, sollten vorüber sein: Volk und Präsident sollten künftig in einem einzigen Willen sich finden, im Willen des Nationalsozialismus.

Regierungspläne

Die von Papen erstrebte autoritäre Regierung sah anders aus. Aus der Unmöglichkeit einer parlamentarischen Regierung glaubte die Regierung Papen ihre Existenzberechtigung abzuleiten. Ihr Wesen war die Rückkehr zum alten Obrigkeitsstaat, der sich im luftleeren Raum bewegte und dem Volksleben hilflos gegenüberstand, so daß die Parteien ihr unheilvolles Unwesen weiter treiben konnten. Dieser autoritäre Staat war auch das Ziel **Hugenbergs und der Deutschnationalen sowie des Stahlhelms**, und diese Kreise verstanden es, den Reichspräsidenten für ihre Auffassung zu gewinnen. Die Frage der autoritären Regierung machte die bisherigen Verbündeten der Harzburger Front zu erbitterten Gegnern.

Papen meinte, der **Reichstag** solle nicht mehr parteipolitisch regieren, sondern sachliche Reichspolitik treiben. Die Regierung werde auch im Falle des parlamentarischen Mißtrauens nicht zurücktreten, denn sie besitze das Vertrauen des Präsidenten. Eher sei es möglich, daß die Verfassung geändert werde. "Unser Programm umfaßt die Dauer von mindestens vier Jahren", erklärte Schleicher, "und wir führen es unter allen Umständen durch zur Errettung Deutschlands vor dem Parteizerfall." Die Befreiung Deutschlands von der Herrschaft der Parteien schwebte Papen, Hindenburg und Hugenberg wohl vor, aber Papen und Hugenberg, die selbst aus dem Liberalismus hervorgegangen waren, gingen einen falschen Weg, indem sie mit den Parteien zugleich das Volk auszuschalten versuchten.

Über die **Pläne einer Verfassungsänderung** verbreitete sich Reichsminister Freiherr von Gayl gelegentlich der Verfassungsfeier der Reichsregierung am 11. August 1932 im Reichstag folgendermaßen:

Regierungspläne einer Verfassungsänderung

"Was in unserem Volke ausgefochten wird, das ist ein Kampf der Weltanschauungen, der ein Ringen der Geister und nicht eine handgreifliche Auseinandersetzung sein soll. Wir tun gut, auch den weltanschaulichen und politischen Gegner bis zum Beweise des Gegenteils als einen ehrlichen Volksgenossen zu betrachten, der das Beste unseres Volkes will. **Bewußt ausgeschlossen ist dagegen jeder, der einen nationalen deutschen Staat grundsätzlich verleugnet.** Man mag zu Einzelheiten der Weimarer Verfassung stehen, wie man will, sie ist heute der einzige Grund, auf dem alle unbeschadet ihrer weltanschaulichen und politischen Meinung stehen müssen, die einen deutschen Staat überhaupt bejahen. Auf **diesem** Grunde **müssen** wir uns finden und handeln, denn wir haben keinen anderen, von dem aus wir den **Vormarsch zu einem neuen staatlichen Leben** überhaupt antreten können.

"Damit ist aber nicht gesagt, daß die Weimarer Verfassung etwas Unabänderliches wäre. Rückblickend auf die 13 Jahre des Bestehens unserer Verfassung müssen wir bekennen, daß sie abänderungsbedürftig ist.

"Die heutigen Zustände dürften ein schlagender Beweis sein, daß die Verfassung abänderungsbedürftig ist. Unser Volk kann sich auf die Dauer der Notwendigkeit einer Verfassungsreform, ja einer Reichsreform nicht entziehen. Je frühzeitiger und energischer diese Aufgabe angefaßt wird, desto besser ist es für uns.

"Hier nur kurze Hinweise auf das, was vordringlich zu regeln ist. Die Reform hat auszugehen von einer **Änderung des im Artikel 22 der Verfassung vorgeschriebenen Wahlrechts.** In diesem Artikel wurzelt die von weitesten Kreisen schwer empfundene **Herrschaft der Parteibürokratie.** **Das Volk will nicht Summen, sondern Persönlichkeiten wählen.** Es versteht nicht, daß die Stimmen noch nicht mündiger Volksgenossen gleichgewertet werden den Stimmen der Familienernährer und der Mütter. Zur Reform des Wahlrechts gehört auch die **Einschränkung der zahlreichen kleinen Splitterlisten**, deren Stimmen in der Regel ausfallen. **Dem Wahlrecht sollte die Wahlpflicht entsprechen. Regieren heißt nicht nur die Forderung der Stunde erfüllen**, sondern auch ein **festes** Ziel auf allen Gebieten

des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens nachhaltig ansteuern. **Jede zielbewußte Regierungspolitik ist auf die Dauer in Deutschland zum Scheitern verurteilt an der Anonymität der Verantwortung und an dem Fehlen einer Stelle, die unabhängig von Parteeinflüssen dem Gesamtwohl schädliche Parlamentsbeschlüsse ohne schwerwiegende verfassungsmäßige Reibungen auszugleichen vermag.**

"**Ein im Umbruch aller Werte befindliches Volk**, das unter einer furchtbaren Not leidet, bedarf einer von den Fesseln formaler Verantwortung mehr als bisher befreiten, aber persönlich um so stärker verantwortlichen Regierung, die in einer **Ersten Kammer** einen Helfer haben muß, der sie vor den Folgen der oft durch Wahlrücksichten und Stimmungen beeinflussten Parlamentsbeschlüsse schützen und die **Stabilität der Regierungspolitik** zu gewährleisten vermag.

"Schließlich ist noch des **inneren Umbaus des Reiches** zu gedenken. Die Erfahrung seit dem 11. August 1919 hat zur Genüge die Unhaltbarkeit des Zustandes ergeben, daß **im Reich und in Preußen** von verschiedenartig zusammengefaßten und gerichteten Regierungen eine verschiedene Politik auf allen Gebieten betrieben werden kann. Der mindestens zeitweilig spürbare gute Wille zu enger gemeinsamer Arbeit zwischen Reich und Preußen hat den Konstruktionsfehler der Verfassung nicht auszuschalten vermocht. Es haben sich deutlich trennende, nicht einigende Kräfte gezeigt, die, zur Gewohnheit geworden, ernste Gefahren bedeuten. **Das Verhältnis zwischen Reich und Preußen muß daher im Sinne einer engen Gemeinschaft zwischen beiden umgestaltet werden.**

"Das braucht keine Minderung der Selbständigkeit und Eigenstaatlichkeit der deutschen Länder zu bedeuten und soll sie nicht herbeiführen; in keinem Lande Europas ist eine so mannigfaltige, oft geschichtlich gewordene Vielheit der Verhältnisse der Menschen, ihrer Anschauungen und Gewohnheiten festzustellen wie in Deutschland. **Schematisierung und Zentralisierung Deutschlands von einer Stelle aus würden sehr bald Gegenkräfte entfesseln, von denen auf die Dauer eine wesentliche Schwächung des Reiches, und damit eine Minderung der Stoßkraft des deutschen Volkes in seinem schweren Kampf ums Dasein ausgehen würde. Dem Reich als der die deutschen Länder und Stämme umfassenden Einheit muß das gegeben sein, was es als deutscher Gesamtstaat zur Führung seines staatlichen Lebens benötigt.** Alles andere sollte den Ländern und Stämmen verbleiben. Wird das Verhältnis Reich-Preußen zweckentsprechend geregelt, so ist ein **Anwachsen der Bedeutung der anderen Länder** für das Gesamtleben Deutschlands durchaus möglich und festlegbar.

"Um diese Schicksalsfragen kommen wir nicht mehr herum und wollen wir uns nicht mehr herumdrücken. Über die Einzelheiten dieser Umgestaltung unserer Verfassung kann man streiten und verschiedene Wege suchen. Die Kraft zur Reform gewinnen wir nur, wenn wir von der Verantwortung vor Gott und Volk tief durchdrungen sind, die uns zwingt, das zu tun, was wir als richtig erkannt haben, und wenn wir dabei nicht nach Parteevorteilen und -nachteilen handeln, sondern nach dem Worte Bismarcks: 'Der Staat will bedient, nicht beherrscht werden.' Je tiefer in Unehre, desto selbstloser, opferfreudiger und tapferer sei unser Dienen an Volk und Staat!"

Hier hatte also Gayl die Grundzüge der Verfassungsänderung entwickelt. Man wollte teilweise wieder an die Verfassung des Bismarckreiches anknüpfen, die 1919 abgeschafft worden war. Man wollte aber andererseits auch auf dem Boden der Verfassung von 1919 bleiben, d. h. der Verfassung des Parteienstaates. Zunächst sollte die **Tätigkeit des Parlamentes** auf die **Legislative** beschränkt werden, jeder Einfluß auf die Exekutive, d. h. auf die ausführende Gewalt, die in den Händen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung lag, sollte verschwinden. Damit sollten Artikel 54 und 59, welche dem Reichstag das Recht geben, Reichspräsident und Reichsminister vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen, außer Kraft gesetzt werden. Aus der Legislative des Parlamentes sollten **alle staatsfeindlichen Parteien** durch Aberkennung des Stimmrechtes der Abgeordneten ausge-

schaltet werden. Damit sollte den Kommunisten das Handwerk gelegt werden.

Das **Wahlalter** sollte heraufgesetzt werden. Man war nur zweifelhaft, ob auf das 21. oder 25. Lebensjahr. Auch sollte wieder die **persönliche Beziehung zwischen den Wählern und ihren Abgeordneten** hergestellt werden. Das Listensystem, wonach der Wähler nur die Partei wählt, sollte fallen. Jeder Abgeordnete sollte wieder persönlich gewählt werden und nur in dem Wahlkreis, für den er sich aufstellen lassen und in dem er agitieren würde. Auch darin wollte man an die kaiserliche Zeit wiederanknüpfen, indem man die **Zahl der Abgeordneten im Reichstage** auf 399 begrenzte.

Die **geplante Vereinigung der Preußischen Regierung mit der Reichsregierung** war eine Rückkehr zur Bismarckverfassung. In dieser war der Reichskanzler zugleich preußischer Ministerpräsident. Die Verfassung von 1919 nivellierte die Machtstellung Preußens, indem es diesen Staat, der den Eckpfeiler des Reiches bildete, auf die gleiche Stufe mit den anderen Ländern stellte und seine Regierung von der des Reiches trennte. Die Zurückdrängung Preußens und die Lösung der Personalunion zwischen Reichskanzler und Preußischem Ministerpräsidenten 1919 bildeten ein bedeutendes Schwächemoment für das Reich. Bereits am 20. Juli 1932 hatte Papen den Zustand der Weimarer Verfassung, den Dualismus zwischen Reich und Preußen außer Kraft gesetzt, indem er als Reichskanzler sich zum kommissarischen Ministerpräsidenten von Preußen machte und die ständige Beteiligung der preußischen Minister an den Beratungen des Reichskabinetts anordnete.

Neu waren in den Plänen der Reichsregierung folgende Punkte: Zunächst **Oberhaus**, das nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengesetzt sein sollte. Es sollte aus 150 Mitgliedern bestehen, die zum Drittel vom Reichspräsidenten, zum zweiten Drittel von der Reichsregierung und zum letzten Drittel von den Länderregierungen bestellt werden sollten. Man kann dieses Oberhaus als Nachbildung des ehemaligen Preußischen Herrenhauses bezeichnen, insofern, als es ein Puffer zwischen Regierung und Parlament darstellen sollte und das harte Aufeinanderprallen beider Gewalten, der Exekutive wie der Legislative, mildern und ausgleichen sollte. Bismarck hatte seinerzeit mit Rücksicht auf das Volk im Norddeutschen Bund wie im Deutschen Reich auf ein Oberhaus verzichtet.

Neu war ferner die **Abstufung des aktiven Wahlrechtes**, zwar nicht nach Besitz und Steuerzensus wie das alte preußische Dreiklassenwahlrecht, sondern **nach dem Alter**. Dem erhöhten Alter sowie dem Familienvater über 40 Jahre sollte eine zweite Stimme zugesprochen werden. Diese beabsichtigte Maßnahme hatte den Zweck, dem besonnenen Alter ein Übergewicht gegenüber der Jugend zu geben.

Neu war außerdem die **Einführung der Wahlpflicht**, die man nicht durch Strafen an Geld und Freiheit erzwingen wollte, sondern dadurch, daß man dem Nichtwähler mit der Aberkennung der staatsbürgerlichen Ehrenrechte drohte. -

Gewiß hatten die Pläne Gayls den Zweck, gegen das bisher herrschende System anonymer Massen ein politisches Führertum wieder zur Geltung zu bringen. Der Weg aber, den Gayl gehen wollte, war verkehrt; er wollte eine zuweit gediehene liberalistische Entwicklung auf ihr eigenes Kindheitsalter zurückschrauben, wodurch neue schwere Spannungen und Erschütterungen herbeigeführt zu werden drohten. Politisches Führertum konnte aber nur entstehen, wenn einer, wie Hitler, den Mut hatte, das Neue bis zur Überwindung seiner Schäden vorwärts zu treiben. Aber für das nationalsozialistische Prinzip der Überwindung der Parteien durch sich selbst war Gayl zu schwach.

Der **Reichskanzler Franz von Papen** selbst setzte seine grundsätzlichen Ansichten über konservative Staatsführung in der Zeitschrift *Volk und Reich* (Septemberheft 1932) auseinander. Zunächst wies er darauf hin, daß **konservative Politik** nicht gleichzusetzen sei mit der Tätigkeit der Konservativen Partei in Preußen vor dem Kriege. Konservative Politik beruhe auf der "bewußten Sorge um die planmäßige Erhaltung des menschlichen Lebens in seinen natürlichen Ordnungen". Die **Staatsgewalt**, deren höchster Träger vom Volk gewählt sei, müsse **stark und unabhängig und gerecht gegen das ganze Volk** sein. Das Ideal der Weimarer Verfassung sei Selbstherrschaft des Volkes, dies aber sei unerreichbar,

**Papens
Reformgedanken**

und so habe man in Weimar ein System gegenseitiger Kontrollen und gegenseitigen Mißtrauens geschaffen, das die Freiheit des Volkes nur gefährde. Freiheit könne nur da sein, wo jemand in voller Unabhängigkeit diese Freiheit schütze. Der Reichspräsident sei jetzt das sichtbare Symbol der Staatsautorität, eine Persönlichkeit, welche das konservative Wesen sinnfällig ausgebildet und in den Dienst des Volkes gestellt habe. Die unbedingte Sicherheit der Staatsautorität, welche durch eine konservative Politik gefördert werde, sei die Grundlage für jede Weiterentwicklung in Staat und Wirtschaft. Allerdings müsse man vor dem blinden Glauben an die Macht der Bajonette warnen, denn diese reiche nie aus, die Staatsautorität auch innerlich zu stabilisieren, die Interessen der Volksgemeinschaft müßten den Vorrang beanspruchen vor allen Sonderinteressen (General Schleicher sagte einmal, es sei unmöglich, eine Diktatur im luftleeren Raum lediglich auf hunderttausend Bajonette stützen zu wollen).

Die **Grundlage der Wirtschaftspolitik** war nach Papen die **Initiative und Form Arbeitskraft aller wirtschaftstreibenden Menschen**. Der Staat dürfe nur eingreifen, wenn der einzelne seine Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft verletze. Reinlich müsse der Staat von der Privatwirtschaft geschieden werden. Der Staat habe nur einen Rahmen zu schaffen, der auf drei Pfeilern ruhe: christliche Erziehung und Kultur, Staatsautorität und Staatsmacht, ethische Gesetze christlicher Wirtschaftsführung.

Schließlich zeigte Papen seinen **Gegensatz zu den Nationalsozialisten** auf. Parteiherrschaft und Staatsführung seien Begriffe, die sich niemals einander decken können. Es gehe um den Staat, nicht um eine Partei. Ein Staat aber, der von einer Partei und einem Parteiapparat beherrscht werde, könne konservatives Leben nicht entwickeln. Papen behauptete, daß die Hoffnungen in den Herzen der Millionen von Nationalsozialisten nur durch eine autoritäre Regierung erfüllt werden könnten.

Den Plänen Papens und Gayls fehlte die schöpferische Initiative. Sie wollten den Liberalismus überwinden, kamen aber nicht vom Geist und von den Formen des Liberalismus los. Sie konstruierten wieder den Gegensatz zwischen Regierung und Volk, zwischen denen es eine tiefe, durch keine Brücke verbundene Kluft gäbe. Der Reichspräsident, der Reichskanzler seines Vertrauens und die Minister standen auf der einen Seite, auf der anderen stand das Volk mit seinen Parteien. Gayl und Papen wollten die Verfassung von 1919 annullieren, ohne das vom Nationalsozialismus verkündete neue System der völkischen Machtdisziplin der unbedingten Vereinigung von Volks- und Regierungswillen anzuerkennen. Beide wurden geschieden durch einen kunstvollen parlamentarischen Zwischenbau.

Daß Adolf Hitler sich keineswegs ohne Sicherungen und Forderungen in eine von solchen Anschauungen erfüllte Reichsregierung begeben durfte, war selbstverständlich. Außerordentlich gefährlich wurde das Problem der Regierungsbildung noch dadurch, daß neben dem Ringen um den autoritären Staat zwischen Papen und Hitler auch noch **Bemühungen um die Wiedererweckung des Parlamentarismus** liefen, die vor allem vom **Zentrum** ausgingen.

Das von Kaas geführte Zentrum forderte, daß Hitler die Verantwortung der Regierung im Reiche übernehme. Es hoffte im stillen auf ein Versagen und Auseinanderbrechen des Nationalsozialismus. In Preußen aber verhandelte der linke Flügel der Partei insgeheim mit der Sozialdemokratie, um eine Parlamentsmehrheit für eine Regierung Brüning-Severing-Hirtsiefer zustande zu bringen! -

Die **Nationalsozialisten** waren entschlossen, ihre bisherige Tolerierungspolitik dem Kabinett Papen gegenüber aufzugeben und in schärfste Opposition zu gehen. Sie warfen Hindenburg vor, nachdem er Brüning nach Hause geschickt habe, habe er den Zentrumskanzler von Papen sowie den deutschen nationalen Freiherrn von Gayl berufen, die eine neue Methode begonnen hätten, den Siegeszug des Nationalsozialismus zu sabotieren. Sie hätten einen achtwöchigen Wahlkampf herbeigeführt, um die Waffen des Nationalsozialismus abzustumpfen. Das sei ihnen nicht gelungen. Mit Ausnahme von General Schleicher sei die Reichsregierung eine getarnte Zentrumsregierung und in Preußen herrschte die Statthalterschaft getarnter Zentrumsleute. Die Hitlerbewegung hatte aber keine Lust, mit dem Zentrum sich zu verbünden, solange es irgend eine Möglichkeit gab, ohne die Hilfe des

Zentrums an die Macht zu kommen. Hatte doch Kerrl erklärt: Wie Mussolini die italienische katholische Volkspartei zerschlagen habe, so würde die N.S.D.A.P. das Zentrum zerschlagen, dann werde Deutschland endlich Frieden haben.

Schärfster Kampf gegen Papen, Gayl und Bracht - das war die Losung der Nationalsozialisten. Sie verlangten für Hitler das Amt des Reichskanzlers und für Gregor Straßer das Reichsinnenministerium, ferner die Ämter des Staatssekretärs in der Reichskanzlei und des Reichspressechefs. In Preußen wollten sie das Ministerpräsidium haben. Sie beriefen sich darauf, daß Hindenburg den alten Reichstag aufgelöst habe, weil seine Zusammensetzung im Hinblick auf das stürmische Anwachsen der N.S.D.A.P. nicht mehr dem Willen des Volkes entsprach.

"Das deutsche Volk hat dem bisherigen System sein vernichtendes Mißtrauen, dagegen der nationalsozialistischen Bewegung und ihrem Führer Adolf Hitler einen Beweis seines Vertrauens ausgesprochen, der in der deutschen Geschichte einzig dasteht. Dieser überwältigende Vertrauensbeweis kann seinen verfassungsrechtlichen und politischen Niederschlag **nicht in einer gnädig zugestandenem und ausreichenden Beteiligung an der Regierung finden, sondern nur darin, daß der Führer der nationalsozialistischen Bewegung vom Reichspräsidenten zur Führung eines Reichskabinetts der Persönlichkeiten berufen wird, das der Stärke und Bedeutung der nationalsozialistischen Bewegung Rechnung trägt.**"

Es sei parlamentarischer Brauch, daß der Führer der stärksten Partei mit der Regierungsbildung beauftragt werde.

"Die Auffassung des Herrn Reichspräsidenten, den Charakter des Reichskabinetts als eine überparteiliche Regierung aufrechtzuerhalten, liegt durchaus auf der Linie der Auffassung der N.S.D.A.P., die keine Partei, sondern Volksbewegung im besten Sinne ist und seit ihrem Bestehen unaufhörlich für eine parteigebundene, aber im Volkswillen verwurzelte Regierung kämpft. **Jeder Versuch einer Regierungsbildung nach anderen als diesen organischen Maximen, die heute im Reich politisch durchführbar sind, betrachtet die N.S.D.A.P. als erneute Sabotage des erklärten Volkswillens, der ihr unversöhnlicher Kampf gelten wird.**"

Die nationale Presse Deutschlands erörterte bereits die Möglichkeiten einer neuen Regierung, in der Adolf Hitler Reichskanzler, Gregor Strasser Reichsinnenminister, Göring Reichsverkehrsminister, Schleicher Reichswehrminister, Papen Reichsaußenminister sein sollten.

Unterdessen trieb **Hugenberg** ein heimliches Spiel. Sein Ziel war, mit allen Mitteln die Reichskanzlerschaft Hitlers zu verhindern, und er hatte in Gayl einen zuverlässigen Vertrauensmann in der Regierung sitzen. Die deutschnationale Presse agitierte: Ein Kabinett Hitler wäre - so schrieb der deutsche Schnelldienst Anfang August - nur auf parlamentarischem Mehrheitswege und also mit Billigung des Zentrums möglich. **Bei einem solchen Rückfall in überlebte Methoden würden die Deutschnationalen nicht nur entbehrlich, sondern auch - uninteressiert sein.**

Dem Nationalsozialismus aber, der den Bolschewismus niedergerungen, den Marxismus eingeengt, das System der Weimarer Koalition zertrümmert hatte, stand jetzt, unmittelbar vor dem Ziele ein unerwarteter Kampf bevor mit der Reaktion, dem jämmerlichsten, aber zugleich hartnäckigsten und hinterhältigsten seiner Gegner. Träger dieser unseligen Reaktion waren Hugenberg und Gayl, ihr Schrittmacher Papen.

So standen sich denn **drei Staatstheorien** gegenüber: das Zentrum setzte sich für den bisherigen **parlamentarischen Parteistaat** ein, die Nationalsozialisten forderten **das von den Parteien befreite völkische Reich**, die Deutschnationalen befürworteten die **"autoritäre" Regierung**, die reaktionäre Methode, das Schicksal des Reiches unter Ausschluß der Öffentlichkeit einem kleinen Kreis von Männern der gesellschaftlichen Elite zu überlassen.

**Stellung der Parteien
zur Regierung**

Die deutschnationale Auffassung wurde vom **Reichspräsidenten und von der Reichsregierung**

geteilt: mit der bisherigen Art der Parteiherrschaft müsse Schluß gemacht werden! Das war eine Absage an Kaas, eine Sicherung gegen Hitler und eine Zustimmung zu Hugenbergs Ansicht. Der Standpunkt des Zentrums werde der tatsächlichen inneren Lage in keiner Weise gerecht; da nun einmal parlamentarische Mehrheitsbildungen unmöglich seien, sei **die einzige Möglichkeit die von Parlament und Parteien unabhängige und überparteiliche Präsidialregierung, wie sie Hindenburg fordere**. Grundsätzlich könnten auch einige Nationalsozialisten aufgenommen werden, aber nicht als Parteileute, sondern infolge besonderer Fähigkeiten und des besonderen Vertrauens Hindenburgs.

Am 9. August begann die Reichsregierung die Besprechungen mit den Parteien um die Bildung einer autoritären Regierung der nationalen Konzentration. Während am Abend dieses Tages in Berlin Papen mit **Hugenberg** verhandelte, trafen der Reichswehrminister Schleicher und **Adolf Hitler** in Dresden zusammen. Hier in Dresden traten die schroffen Gegensätze, die wir aus dem Vorhergehenden kennen gelernt haben, offen zu Tage, und die Verhandlung verlief ergebnislos. Schleicher selbst hatte bereits vergeblich beim Reichspräsidenten zu Hitlers Gunsten zu vermitteln gesucht und Hindenburg eine Kanzlerschaft Hitlers vorgeschlagen. Bei den Dresdener Verhandlungen aber war er ausdrücklich streng an seinen Auftrag gebunden und durfte als Unterhändler der Reichsregierung seine eigene Auffassung nicht zum Ausdruck bringen. Zwei Tage später waren **zwei Zentrumsbeauftragte**, der Abgeordnete Joos und der württembergische Staatspräsident Dr. Bolz, bei Papen: sie forderten offene und volle Mitverantwortung der Nationalsozialistischen Partei an der Regierung, und verlangten Einhaltung der parlamentarischen Gepflogenheiten und loyale Zusammenarbeit zwischen neuer Regierung und Parlament. Das bisherige Reichskabinett sei weiterhin unmöglich. Papen jedoch lehnte alle parlamentarischen Forderungen ab.

In den weiteren Besprechungen am 12. August zwischen den Nationalsozialisten Röhm und Grafen Helldorf und den Regierungsvertretern Meißner, Schleicher, Papen **erkannten die Nationalsozialisten das Präsidialkabinett an, forderten aber für Adolf Hitler, die stärkste Persönlichkeit des politischen Lebens, den Kanzlerposten**. Eine Besprechung Hitlers mit Hindenburg war in Aussicht genommen, und um alle Widerstände zu beseitigen, erteilte die nationalsozialistische Fraktion des preußischen Landtages auf die Einladung der Zentrumsfraktion zu Verhandlungen in der preußischen Regierungsbildung eine Absage, "da das ausschließlich Sache des Parteiführers Adolf Hitler sei." Der Nationalsozialismus war zu Beginn der Regierungsverhandlungen nicht gewillt, Hindenburgs Gedanken der Präsidialregierung von sich aus durch Verhandlungen mit dem Zentrum parlamentarisch zu belasten. Die reinliche Scheidung der Begriffe war notwendig, wenn man zum Erfolg kommen wollte.

Hitler war von München nach Berlin gerufen worden, um mit Hindenburg zu verhandeln. Vorher hatte er eine Aussprache mit Schleicher und Papen. Besonders der Wehrminister bemühte sich nach wie vor, dem nationalsozialistischen Führer den Weg in die Regierung zu bahnen, stand doch fast die gesamte zuverlässige wehrfähige Jugend Deutschlands im Lager Hitlers - die Jugend, die das Reservoir der Reichswehr bildete! Schleicher bot Hitler den neu zu schaffenden Posten eines Vizekanzlers in Personalunion mit dem Amte des Ministerpräsidenten von Preußen an, vielleicht wollte man den Nationalsozialisten auch das Reichsinnenministerium und noch ein drittes Ministeramt übertragen - doch Hitler lehnte ab, sowohl bei Schleicher wie bei Papen, der noch einmal die gleichen Angebote machte.

Sollte Hitler in eine Regierung eintreten, dann durfte er nicht Statist sein, der lediglich seinen Schuldanteil an den Fehlern der anderen übernehmen mußte, sondern er mußte das **Schlüsselamt der Verantwortung**, den Kanzlerposten, fordern. Die Verantwortung für das Regiment des Nationalsozialismus durfte nur dem Führer der Bewegung selbst überlassen werden, wenn überhaupt der Wille der Nationalsozialisten an der Verantwortung und das Geschrei der anderen, den Nationalsozialisten die Verantwortung zu übertragen, ehrlich gemeint waren!

Hitler hielt nach seinen Auseinandersetzungen mit Schleicher und Papen einen Besuch bei Hindenburg für aussichtslos; dieser habe doch nur dann Zweck, wenn der Präsident noch keinen endgülti-

gen Entschluß gefaßt habe, sondern zunächst nur die verschiedenen Auffassungen kennen lernen wolle. Hindenburgs Staatssekretär Dr. Meißner versicherte dem Dr. Frick, Hindenburg habe noch keinen Beschluß gefaßt, obwohl derselbe Meißner bereits eine Viertelstunde vorher der Presse mitgeteilt hatte, Hindenburg habe sich bereits entschlossen, dem Besuche Hitlers komme nur formale Bedeutung zu und an dem Ergebnis könne nichts mehr geändert werden. **So waren in der Tat bereits vor der Zusammenkunft Hitlers mit Hindenburg die Würfel gefallen, ohne daß Hitler dies erfahren hatte.** Hoffnungen auf einen Ausgleich der gegensätzlichen Standpunkte noch in letzter Minute waren durch nichts gerechtfertigt.

Am Nachmittag des 13. August begab sich Hitler, von Frick und Röhm begleitet, zu Hindenburg. Auch Papen und Meißner waren zugegen. Die Unterredung dauerte 16 Minuten. Hindenburg fragte:

Der 13. August 1932

"Herr Hitler, ich habe nur eine einzige Frage an Sie zu richten: Sind Sie bereit, mir Ihre Mitwirkung im Kabinett von Papen zur Verfügung zu stellen?"

Hitler antwortete:

"Wir sind gewillt und entschlossen, **die volle Verantwortung für die deutsche Politik in jeder Beziehung** zu übernehmen, wenn man uns dafür die **eindeutige Führung der Regierung** anvertraut. Ist das nicht der Fall, so kann die nationalsozialistische Bewegung weder an der Macht, noch an der Verantwortung teilnehmen."

Hitler forderte, wie das schon bekannt war, das Amt des Reichskanzlers, er rechnete aber zugleich damit, daß die Ministerien der Reichswehr, der Finanzen, der Justiz, der Post, der Wirtschaft und der Ernährung nicht mit Nationalsozialisten besetzt werden würden. Hindenburg jedoch entnahm seinen Worten irrtümlich den **Anspruch auf die gesamte Macht**, und diesen Anspruch lehnte der Präsident kategorisch ab!

"Sie wollen also die ganze Macht haben? Das geht gegen mein Gewissen, das kann ich nicht gut heißen aus innen- und außenpolitischen Gründen."

Er könne es vor seinem Gewissen und seinen Pflichten dem Vaterlande gegenüber nicht verantworten, **die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei.** Er bedauerte, daß Hitler nicht in der Lage sei, entsprechend seiner vor den Reichstagswahlen abgegebenen Erklärungen eine vom Vertrauen des Reichspräsidenten berufene nationale Regierung zu unterstützen. Schließlich mahnte er Hitler in ernsten Worten, die von ihm angekündigte Opposition ritterlich zu führen und sich seiner Verantwortung vor dem Vaterlande und vor dem deutschen Volke bewußt zu bleiben: jeder Versuch einer gewaltsamen Erhebung der nationalsozialistischen Partei werde von der Staatsgewalt rücksichtslos niedergeschlagen werden. -

Drei Tage hatte der Kampf Hitlers um die Reichsführung gedauert. Er endete mit einem **Mißerfolg, weil der Reichspräsident dem Nationalsozialismus nicht die volle Verantwortung zu übertragen wagte, sondern den höchsten Sinn einer Regierung der nationalen Konzentration in der Synthese gegensätzlicher Kräfte, der auf liberalistischem Geiste beruhenden konservativ-reaktionären Papenregierung mit der nationalsozialistischen Idee des Volksführers erblickte.** Hitler hatte getan, was er tun mußte, um nicht den Glauben an sein Werk zu zerstören:

"Ich werde niemals für ein Linsengericht die Erstgeburt verkaufen, ich nehme in grundsätzlichen Dingen lieber jeden Kampf und jede Verfolgung auf mich, als daß ich mir oder der Bewegung jemals untreu würde."

Aber das war von nun an klar: **die gewaltige Bewegung des Nationalsozialismus befand sich von jetzt an im schärfsten Gegensatz nicht nur zur Regierung Papens, sondern auch zu den Deutschnationalen,** welche das Vorgehen Hindenburgs aufs entschiedenste billigten. Die ehemalige Harzburger Front war in zwei erklärte feindliche Fronten zerfallen, was jetzt um so bedenklicher

war, da die eine Front in der Regierung, die andere im Volke stand.

Als die Gefahr einer Mitbeteiligung Hitlers an der Regierung vorübergegangen war, deckte die **deutschnationale Zwergpartei** tapfer ihre Karten auf und triumphierte. Der deutschnationale Abgeordnete Borck meinte im *Tag*, nun könne die Regierung nur noch bei Hugenberg Rückhalt finden; gestützt auf ihre eigene Verantwortung, dürfe sie nun vor der **Revolution von oben** nicht mehr zurückschrecken. Alle hemmenden Kräfte, alle Lauen und Halben müßten jetzt ausgeräumt werden. Die deutschnationale Landtagsfraktion in Preußen erklärte der Reichsregierung, sie stehe vollkommen hinter ihr, und die Deutschnationale Volkspartei rüffelte die nationalsozialistische Presse, daß sie keinen politischen Anstand, keine Ritterlichkeit besitze, wenn sie die Entscheidung Hindenburgs auf die "Einbläselei gewissenloser Intriganten aus dem Hugenberglager" zurückführe. Es kam zu unerquicklichen Reibereien, insbesondere, da der Stahlhelmführer von Stefani in Groß-Berlin gänzlich unbegründeterweise der S.A. Putschabsichten gemeinsam mit der Reichswehr nachsagte.

Ja, die Deutschnationalen fingen nun auch an, die Regierung Papen in der Einhaltung der "autoritären" nationalen und kapitalistischen Linie zu schulmeistern. Anfang September stellte Brosius, der Leiter des deutschnationalen Pressedienstes, folgendes fest: Die Partei werde alle Schritte der Abkehr vom Weimarer Parlamentarismus begrüßen und unterstützen, aber die Befürchtung, daß personelle Fehlgriffe, daß die übertriebene Rücksichtnahme auf das Zentrum die Entschlossenheit des Kurses lähmten, hätten ihre Berechtigung nicht verloren. Auch die wirtschaftspolitische Linie sei unklar, man wisse nicht, wohin sie führe. Hugenberg sei bisher der Einzige in Deutschland gewesen, der im organischen Zusammenhange Pläne für eine Wirtschaftsgesundung entwickelt habe.

Zwischen dem Nationalsozialismus und der Reichsregierung aber loderte alsbald eine Feindschaft von geradezu elementarer Wucht empor infolge eines tragischen Ereignisses in Oberschlesien. Auf Grund der Notverordnung gegen den Terror waren Sondergerichte eingesetzt worden, die aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern, Berufsrichtern, bestanden, und zum Schrecken aller Kommunisten drakonisch harte Urteile fällten.

Potempa

Das **erste Sondergerichtsverfahren wurde in Beuthen** gegen eine Anzahl Nationalsozialisten, meist alte Freiheitskämpfer von 1919-1921, eröffnet, die am 10. August um ½2 Uhr nachts in Unkenntnis der Terrornotverordnung, die kurz zuvor in Kraft getreten war, den Kommunisten Pietzuch, einen polnischen Insurgenten und gewalttätigen Säufer, aus Rache für den heimtückischen Überfall auf einen S.A.-Mann in Potempa totgeschlagen hatten. Nach fünftägiger Verhandlung verkündete das Gericht Ende August das Urteil: Fünf Todesstrafen, eine Zuchthausstrafe, drei Freisprechungen. Da erhob sich im Gerichtssaal der Gruppenführer der schlesischen S.A. und S.S., Heines, der in voller Uniform mit mehreren S.A.-Führern an der Verhandlung teilgenommen hatte, und rief laut in den Saal: "**Das deutsche Volk wird in Zukunft andere Urteile fällen, das Urteil von Beuthen wird das Fanal zu deutscher Freiheit werden! Heil Hitler!**" Ein gewaltiger Sturm brauste auf, die Mehrzahl der Zuhörer und Pressevertreter erhob sich und stimmte in den Hitlerruf ein, auf der Straße setzte sich die Erregung fort, ergriff tausende von Menschen. Je mehr die Polizisten mit den Gummiknüppeln auf die S.A.-Leute einhieben, um so wilder tobte die Menge, schrie Verwünschungen gegen die Richter und drängte immer ungestümer gegen das Gerichtsgebäude an. Die Polizeibeamten mußten mit Karabinern und Maschinenpistolen die Eingänge schützen. Bis in die tiefen Abendstunden hinein wogten die Unruhen durch die oberschlesische Stadt. Die Geschäftsstellen der sozialdemokratischen Zeitung, einer Zentrumszeitung und eines parteilosen Blattes wurden demoliert. Den jüdischen Kaufleuten wurden die Fenster eingeworfen, und noch im letzten Augenblick wurde verhindert, daß ein jüdischer Obsthändler gelyncht wurde.

Der aufgestaute Zorn der letzten Wochen brach hemmungslos aus. Die Empörung pflanzte sich über das Land, über Städte und Dörfer fort. In Breslau zogen aufgeregte Menschenmassen durch die Straßen mit dem Rufe: "Gebt uns unsere Kameraden frei! Nieder mit dem Schandurteil! Nieder mit der Papenregierung!"

Adolf Hitler nahm sich unverzüglich der Verurteilten an und versprach Kampf für ihre Frei-

heit. Mit außerordentlicher Schärfe griff er Papen und seine "blutige Objektivität" an. 300 S.A.-Leute seien durch marxistische Feigheit gemordet und ihr Tod bleibe ungesühnt. Hier aber, wo ein Mörder und polnischer Insurgent den gerechten Tod erlitten habe, würden von Staats wegen sogleich fünf S.A.-Leute ermordet. Die Nationalsozialisten wiesen auf das schreiende Unrecht hin, indem sie das Beuthener Urteil mit dem gleichzeitig gefällten Urteil des Brieger Sondergerichts über die Ohlauer Mörder verglichen. In Ohlau hatten bei einem Aufruhr am 12. Juli die Reichsbannerführer zwei nationale Deutsche ermordet. Die Reichsbannerangehörigen waren in der Überzahl über einen S.A.-Mann hergefallen, hatten ihn bis zur Unkenntlichkeit massakriert und dann in die Ohle geworfen. Die Täter erhielten einige Jahre Zuchthaus, bzw. Gefängnis, - denn die Tat war vor der Terrornotverordnung begangen!

Deutschlands gesamte nationale Presse setzte sich für Begnadigung der Beuthener Verurteilten ein: *Summum jus summa injuria.* Der **Stahlhelm** bat bei Papen um Gnade. Um so gehässiger zeigten sich **Demokraten und Marxisten:** Das Brieger Urteil sei hart und ungerecht, aber das Beuthener Urteil sei gerecht und müsse vollstreckt werden! Dieselben Leute, die es nicht über sich bringen konnten, den Kopf eines vertierten Raub- und Lustmörders in den Sand rollen zu sehen, verlangten jetzt eine fünffache Hinrichtung!

Die **Reichsregierung** erklärte zu alledem, sie werde nicht dulden, daß irgendeine Partei sich gegen ihre Anordnungen auflehne.

"Die leidenschaftlichen Vorwürfe, die in der Öffentlichkeit gegen diese Urteile erhoben worden sind, sollten sich gegen die Urheber der blutigen Ereignisse und nicht gegen die Staatsgewalt richten, die im Interesse der Gesamtheit zu so scharfen Maßnahmen greifen mußte. Die Reichsregierung wird jedem Versuch, die Grundsätze des Rechtsstaats zu verfälschen und die politischen Leidenschaften zu erneuten Ausschreitungen aufzustacheln, zu begegnen wissen."

Die Regierung lehnte es ab, sich unter politischen Druck setzen zu lassen, und sowohl Papen wie Bracht waren fest entschlossen, das Urteil vollstrecken zu lassen. Jedoch Anfang September wurden die Todesurteile auf dem Gnadenwege in Zuchthausstrafe umgewandelt; es war besser und klüger, den Streit um Grundsätze nicht bis zum Äußersten, bis auf die Spitze zu treiben.

Das Ereignis von Potempa hatte die Feindschaft zwischen dem Nationalsozialismus einerseits und der Regierung Papen sowie den hinter ihr stehenden Deutschnationalen andererseits aufs höchste gesteigert. Bei diesem Bruderkampfe der nationalen Front war es ein günstiger Umstand, daß die Sozialdemokratie sich in einer tödlichen Schwäche befand und sich nicht in die Auseinandersetzungen mischen konnte, da sie die Ruhe dringend brauchte. Tag für Tag sausten vernichtende Schläge auf diese Partei nieder, stets aufs neue wurden Korruptionen, Unterschleife, Betrügereien führender Männer der Sozialdemokratie aufgedeckt. Es gab in Preußen kaum einen Minister, kaum einen Bürgermeister, Präsidenten oder Landrat, der rein von Schuld gewesen wäre. An ihnen allen haftete der Makel der Bestechung, der Untreue. Dazu kam die politische Schlappe durch das Urteil des Reichsgerichts vom 20. August, daß Papens Vorgehen am 20. Juli durch Artikel 48 der Reichsverfassung begründet sei und sich auf "geltendes Recht" stütze. Doch zähe hielten Braun und Severing an ihrem vermeintlichen Rechte fest: sie thronten wie Könige ohne Land in Berlin als "Hoheitsregierung".

Die **sozialdemokratischen Gewerkschaften** erhoben gelegentlich bei Papen ihre warnende Stimme, weil sie bei der bevorstehenden Wirtschaftsneuordnung Papens eine Schmälerung der Rechte der Arbeiter fürchteten. Die Härten der Notverordnung vom 14. Juni 1932 sollten beseitigt werden, Lohntarifverträge und soziale Versicherung wurden als unantastbare Einrichtungen erklärt. Dann wurden für die bevorstehende Reichstagsversammlung **Sozialisierungsanträge** vorbereitet, um Papen bei dem geplanten Umbau der Wirtschaft zu "unterstützen". Es waren sehr vielseitige Wünsche: Enteignung des Großgrundbesitzes zugunsten des Siedelwesens, Verstaatlichung der Schlüsselindustrie und der subventionierten Betriebe in Bergbau, Eisenindustrie, Metallgewinnung, Großchemie,

Zementindustrie sowie der Großbanken, Streichung der Fürstenrenten. Man glaubte, auf diese Weise die zu den Nationalsozialisten abströmenden Mitglieder halten zu können und erklärte, daß es sich bei den Forderungen nicht "nur um ein parlamentarisches Manöver zur Entlarvung des Nazi-Scheinsozialismus" handle, sondern um Gegenwartsforderungen, da die Lage "reif für sozialistische Wirtschaftsumgestaltung in breiter Form" sei.

Auch die **Rüstung und Vorbereitung des Bürgerkrieges** wurde von den Sozialdemokraten nicht versäumt. Für die Arbeiterklasse gelte es, sich zu kommenden Kämpfen von unerhörter Schwere und Schärfe bereit zu halten, schrieb der *Vorwärts* am 24. August 1932. Das Reichsbanner faßte seine Einheiten schärfer zusammen - für die Bewaffnung hatten die früheren Machthaber gesorgt -, ein regulärer Bürgerkriegsalarmdienst wurde eingerichtet, desgleichen ein besonderer Beobachtungs- und Meldedienst, der die nationalen Wehrverbände insgeheim unter ständiger Kontrolle halten sollte. Soweit das noch möglich war, suchte man enge Verbindung mit republikanischen Behörden, und ein Kurierdienst aus Radfahrern, Motorrad- und Kraftwagenbesitzern wurde organisiert, um in "Augenblicken der Gefahr" alle Mitglieder in kürzester Zeit zusammenrufen zu können.

Dieselben Bürgerkriegsvorbereitungen trafen die **Kommunisten**. Zwar hatten die Bluttaten durch die Terrornotverordnung ihr Ende gefunden, aber Sprengstoffattentate und einzelne Überfälle ereigneten sich doch immer noch hier und da. Vor allem wurden der verbotene Rotfrontkämpferbund und Kampfbund gegen den Faschismus im geheimen energischer denn je gefördert. Nachtübungen wurden veranstaltet, und wenn Polizei eingriff, wurde sie beschossen. In Pinneberg bei Berlin waren in den Häusern die Keller zu Unterständen umgebaut worden, in denen reichlich angefüllte Arsenale von Militärgewehren, Pistolen, Munition, Pulver, Handgranaten, Bomben, Hieb- und Stichwaffen und Knüppeln untergebracht waren. -

**Kommunistische
Umtriebe**

Es war ein **Zustand tiefen Unglücks über Deutschland hereingebrochen, ein Zustand, wie er allen Übergangszeiten eigentümlich ist**. Zwischen S.A. und Stahlhelm und Reichsbanner und Rotfrontkämpferbund brütete die Atmosphäre rücksichtslosen Kampfes, und die wilden Gewalten wurden nur gebändigt durch die drakonischen Zuchtmittel einer Reichsregierung, die sich so gut wie zum gesamten Volke in Gegensatz befand. Machtkämpfe von elementarster Wucht kündigten sich an, und zwar waren **fünf Fronten** aufmarschiert: Die Reichsregierung, die sich auf die Bajonette der Reichswehr stützte, der Nationalsozialismus, dem S.A. und S.S. zur Verfügung standen, die Deutschnationalen, die sich mit dem Stahlhelm verbündet hatten, die liberalistisch-marxistische Mitte, die das Reichsbanner einzusetzen hatte, und der kommunistische Rotfrontkämpferbund.

Papen glaubte, daß die schweren Gefahren, die dem Volke drohten, nur **durch zähe und erfolgreiche Aufbauarbeit** abgewandt werden konnten. Und so war er von allem Anfang an ernstlich bemüht, auf dem Trümmerfelde Deutschland neue Kräfte zu entfalten.

**Papens
Aufbauprogramm**

Das war gewiß nicht leicht. Die **Industrie** war erwürgt. Ende Juli 1932 hatte Deutschland 5,4 Millionen Erwerbslose, die Ziffer war gegen Mitte des Monats infolge der Belebung des Arbeitsdienstes um 40 000 zurückgegangen. Die Lage der **Landwirtschaft** war trostlos. Allein im Juli waren in Pommern 61, in Brandenburg 74 Betriebe zusammengebrochen. Ein Viertel der gesamten Nutzfläche der Provinz Pommern stand im Sicherungsverfahren. Es mußte etwas erfolgen, um der Wirtschaft zu helfen und um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Für Papen gab es zwei grundsätzliche Fragen:

"1. Wird man bei der Neuordnung der Wirtschaft den Mut haben, an die Überwindung reformbedürftiger oder überlebter Wirtschaftsformen heranzugehen?"

"2. Wird man bei der Führung der Wirtschaftspolitik den Mut zu einer Entscheidung finden, die in den geschlossenen Ring der widerstreitenden Interessen eine Bresche schlägt, und wird man damit von der Kette der kleinen Notmaßnahmen zum

planmäßigen Aufbau übergehen?"

Die erste Frage wollte **Rückkehr zur Privatinitiative**, Abkehr von dem Brüning'schen System staatlicher Subventionen für kranke und schwache Betriebe. Was nicht die Kraft besaß, sich zu behaupten, das mochte zusammenbrechen. Um so eher reinigt sich der Wirtschaftskörper von ungesunden Elementen. Die zweite Frage wollte der **egoistischen Interessenpolitik der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften ein Ende bereiten, die Preisdiktatur und die Diktatur der Lohntarife** sollten gelöst werden. Dabei rückte Papen den Gesichtspunkt "Gemeinnutz vor Eigennutz" in den Vordergrund; der Staatsführung dürfe es nicht darauf ankommen, das Kapital des Unternehmers zu schützen, sondern **dem Volke die Arbeitsmöglichkeiten** zu erhalten.

Die Grundforderungen des Aufbaus waren also folgende: **Arbeitsbeschaffung, auch Arbeitsdienstpflicht, Aufhören staatlicher Subventionen, Senkung der Zinsen, nicht zwangsweise, aber freiwillig, Lockerung der Lohntarife, Einführung eines Krümpersystems in der Industrie durch Austausch zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten.**

**Arbeitsdienst und
Arbeitsbeschaffung**

Dem **Freiwilligen Arbeitsdienst** wandte man ganz besonderes Augenmerk zu. Die Zahl der bisher 85 000 in ihm Beschäftigten sollte auf 200 000 erhöht werden. Jugendliche Altersklassen sollten durch Entziehung der Unterstützung gezwungen werden, wenn sie nicht bereit waren, freiwillig am Arbeitsdienst teilzunehmen. Melioration, Entwässerung, Bodenkulturen, Wegebau und Wegeverbesserungen sollten vorgenommen werden. Stadtrandsiedlungen, Kleinwohnungsbau, Schiffsbau usw. boten Beschäftigungsmöglichkeiten. Auswahl und Schulung der Führer sollten sorgfältig durchgeführt werden.

Arbeitsbeschaffung und Arbeitsdienst mußten aber **finanziert** werden. Die **Reichsbank** weigerte sich, diese Finanzierung vorzunehmen. Ihr Präsident Dr. Luther erklärte, die Reichsbank sei kein Finanzierungsunternehmen, sondern ein Währungsinstitut. So kam Papen mit seinen Plänen nicht zum Abschluß. Jedoch der **Reichspräsident** drängte auf möglichst schnelle Durchführung der Ideen, hoffte er doch dadurch einmal den durch die Opposition der Nationalsozialisten hervorgerufenen Druck zu beheben und weiterhin auch durch wiederkehrende Zufriedenheit bei den arbeitslosen Massen dem Kommunismus Abbruch zu tun. Von der siegreichen Durchbruchsschlacht gegen die Arbeitslosigkeit hing alles Weitere ab, vor allem die Befestigung des Gedankens des autoritären Staates gegen Nationalsozialisten und Kommunisten. Aber noch fehlte die Übereinstimmung zwischen den allgemeinpolitischen und den finanzpolitischen Notwendigkeiten innerhalb der Regierung.

Von der drittel Milliarde, die der Arbeitsdienst kostete, sollte Luther 200 Millionen geben. Er verlangte aber dafür Sicherheiten, Bürgschaften. Man griff deshalb in der Öffentlichkeit Luther scharf an, er sabotiere das Aufbauwerk. Selbst die **Nationalsozialisten** traten auf Papens Seite: Luther müsse gehen. Beim Zusammenbruch der Banken habe er eine Milliarde übrig gehabt, um das liberalistisch-marxistische Wirtschaftssystem und die jüdischen Großbanken zu retten, bei dieser Lebensfrage des Volkes aber sträube er sich, eine viel kleinere Summe zu geben. Papen war fast so weit, daß er den **Plan einer Zwangsanleihe**, den einst die Sozialdemokraten Brüning vorgeschlagen hatten, zu erwägen begann. Jedoch am 20. August kam endlich, nachdem man eine Woche lang gestritten hatte, die **Einigung zwischen Papen und Luther zustande: Die Reichsbank stellte die erforderliche Summe zur Verfügung, wenn eine Anzahl anderer Banken ihr gegenüber die volle Sicherheit und Bürgschaft übernahmen.**

Luther entwickelte einige Tage später auf dem Genossenschaftstag seine Grundsätze, die ihn bei den Verhandlungen mit der Regierung leiteten. Aus seiner Rede seien folgende Stellen wiedergegeben:

"Angesichts des Gedankens, nur ganz Neues könnte Abhilfe von Übeln der Zeit verschaffen, könnte bei manchem der Eindruck entstehen, als ob eine Verteidigung des Grundsatzes der Privatwirtschaft und der Aufrechterhaltung weltwirtschaftlicher Verbindung, wie auch eine Verbindung der Goldwährung Passivität sei und ein gefährliches Sich-treiben-lassen

bedeute, während ein forsches In-den-Vordergrundschieben unerprobter Wirtschaftsgedanken und Währungsvorschläge als entschlossenes Handeln gepriesen wird. Es war aber immer und zu allen Zeiten gefährlich, der Linie des geringsten Widerstandes zu folgen. Wirtschaftsentscheidungen sind Entscheidungen auf lange Frist, und werden sie falsch getroffen, so wird das Volk die Folgen noch zu fühlen haben, wenn die wirtschaftspolitischen Strömungen und Stimmungen, die sie einst hervorriefen, längst sich in ganz anderer Richtung bewegen....

"Was die Reichsbank bereits getan und zugesagt hat, ist bekannt. Aus dem Regierungsprogramm wird sich weiteres ergeben. Ich erinnere auch an die Russenwechsel und die Sparkasenhilfe. Vor allem aber spreche ich auch heute hier wieder aus, **daß die Reichsbank bereit ist, der Wirtschaft für jeden wirtschaftlich gesunden Zweck ihre Kreditkraft zur Verfügung zu stellen, sofern es sich nur um echte Geschäftsvorgänge handelt.** In diesem echt wirtschaftlichen Rahmen fehlen nicht die Kredite, sondern es fehlen die, die bereit sind, die Kredite zu nehmen. Auch wenn demnächst das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung besondere Erleichterungen bieten wird und die Reichsbank Wege gefunden hat, um kräftig mitzuwirken, so kommt es letzten Endes doch darauf an, daß **die zum privaten Wirtschaften Berufenen nun auch wirklich wirtschaften wollen....**" -

Das Widerstreben Luthers gründete sich vor allem auf seine Auffassung, daß das Regierungsprogramm in seinem Arbeitsdienst eine starke Sozialisierungstendenz erkennen ließ. Sozialisierung aber erschien ihm im Gegensatz zur Privatwirtschaft unproduktiv und insofern als eine Gefahr für die Währung. Er gründete seine Ansicht auf die Erfahrungen, die das deutsche Volk 1919-1923 gemacht hatte. Die einzige Rettung sah er in einer ernsten, verantwortungsbewußten Privatinitiative. -

In der Frage der Arbeitsbeschaffung stellten große Organisationen dem Kanzler ihre Pläne zur Verfügung. Der von Dr. Gereke geführte **Verband der preußischen Landgemeinden** hatte einen Plan ausgearbeitet, zusammen mit Vertretern der Landwirtschaft, der Wehrverbände und Gewerkschaften, wonach die Landgemeinden durch eine Art Selbsthilfe an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mitwirken wollten. Der Gerekesche Plan fand Papens Zustimmung, und der Kanzler nahm Gereke als Kommissar für Arbeitsbeschaffung in Aussicht.

Mit ganz besonderem Eifer nahm sich der **Stahlhelm** der Regierungspläne an. Ein Aufruf Mitte August besagte, daß der Arbeitsdienst der Weg zu innerer und äußerer Freiheit sei. Ein "Bund für organischen Staats- und Wirtschaftsaufbau" wurde gegründet, der erklärte, der Stahlhelm werde mit allen Kräften jede Regierung unterstützen, die sich zum Ziele den organischen Umbau der Wirtschaft setze, d. h. ihre Neuordnung auf berufsständischer Grundlage, die Wiederherstellung der natürlichen Leistungsgemeinschaften.

Die **Nationalsozialisten** billigten grundsätzlich Papens Absichten, nur fragten sie, ob Papen der richtige Mann sei, seine Pläne durchzuführen. Er nehme zwar den Nationalsozialisten ihre Gedanken fort, verwässerte sie aber mit schädlichen bürgerlichen Vorstellungen. Neue Ideen könne nur der durchführen, der sie ersonnen habe.

Die **Industriemagnaten** waren zurückhaltend. Sie folgten Luthers Gedankengängen. Ende August hatte Papen in Berlin eine Aussprache mit Industrieführern, unter denen sich Krupp von Bohlen und Halbach, Geheimrat Bosch und Siemens befanden. Trotz Papens eindringlichen Versicherungen, daß die Arbeitsbeschaffungspläne keinen Rückfall in planwirtschaftliche Tendenzen bedeuten sollten, konnten die Industriellen sich doch nicht von ihren Befürchtungen gänzlich befreien.

Auch **Hugenberg und seine Partei** hatten Mißtrauen. Hugenberg war verstimmt, daß er zu den Beratungen nicht hinzugezogen worden war. Er entdeckte nun in den Plänen des Kanzlers sozialistische Gedanken, die er verabscheute. Grollende Stimmen in der Partei bezweifelten den Nutzen der Regierungspolitik, die vielmehr verhängnisvolle Schäden und Schwächen in sich berge. Es wurde den Deutschnationalen schwer, bei Papen auszuharren, den sie erst gegen Hitler auf den Schild gehoben hatten.

Die **Arbeitsbeschaffungspläne Papens** waren also ein heißumkämpftes Gebiet. Nun es ernst werden sollte mit dem Arbeitsdienst, der ja in gewisser Weise eine sozialistische Staatswirtschaftsform darstellte, erklärten sich die überparteilichen Verbände mit Begeisterung dafür, während die Wirtschaftsorganisationen und liberalistischen Parteien Widerstand leisteten. Papen gab sich daher keine Mühe mehr, im Reichstag irgendeine Mehrheit für seine Pläne zusammenzubringen. Noch bevor das neue Parlament zusammengetreten war, rechnete man bereits allgemein wieder mit seiner Auflösung und mit Neuwahlen.

Papens Wirtschaftsprogramm

Zwei Tage vor dem Beginn der Reichstagsversammlung, am 28. August, gab Papen in einer Rede vor den westdeutschen Bauernvereinen in Münster sein Wirtschaftsprogramm bekannt, das sogleich durch Rundfunk verbreitet wurde. Seine Regierung sei weder revolutionär noch reaktionär, sondern stütze sich auf **konservative Gesinnung**. Die "Zügellosigkeit" des Nationalsozialismus, die von ihm erstrebte Parteidiktatur wurde heftig angegriffen. Der Kanzler sagte, er sei gegen Hitler und für den Rechtsstaat, er sei fest entschlossen, die schwelende Glut des Bürgerkrieges auszutreten und die Anerkennung des gleichen Rechtes nötigenfalls zu erzwingen.

Das **Wirtschaftsprogramm Papens** ging grundsätzlich von der **Privatinitiative** aus, die lediglich durch staatliche Hilfsmaßnahmen, aber nicht durch Geldsubventionen, belebt und aus ihrer Erstarrung gelöst werden solle. In die Sphäre der Privatwirtschaft werde man nicht eingreifen. Wo der Staat an Privatbetrieben beteiligt sei, werde nur eine besondere staatliche Beaufsichtigung zur Wahrung der staatlichen Interessen eingesetzt. Das war eine Abkehr von den Brüning'schen Subventionsmethoden.

Die **Belebung der Privatwirtschaft sollte 1½-2 Millionen Erwerbslosen wieder Arbeit geben**. Aber die Privatinitiative brauchte Geldmittel, um sich auswirken zu können. Papen schuf diese Geldmittel durch die neuartige Einrichtung der **Steueranrechnungsscheine** über Umsatz-, Gewerbe- und Beförderungssteuer, die wie Schuldverschreibungen an der Börse und von den Banken gehandelt werden und durch diese Beweglichkeit die Spargelder des Volkes ins Wirtschaftsleben hineinleiten und zur Produktionssteigerung verhelfen sollten. Der Kanzler sagte in seiner Rede, daß solche Steueranrechnungsscheine in einer Gesamthöhe von 1500 Millionen Mark in der Zeit bis zum 1. Oktober 1933 ausgegeben würden. Für einen ganz besonderen Zweck aber sollten **weitere 700 Millionen Mark Steuergutscheine zur Verfügung gestellt werden: jeder Arbeitgeber, der nachweislich die Zahl seiner Arbeitnehmer vermehrte, sollte für jeden Neubeschäftigten 400 Mark in Steuergutscheinen erhalten**. Auf diese Weise, so rechnete Papen aus, könnten 1¼ Millionen Menschen wieder in den Wirtschaftsgang eingegliedert werden.

Einen weiteren Anreiz für die Arbeitgeber, die Zahl ihrer Arbeiter zu erhöhen, sollte die Möglichkeit bieten, **den Tariflohn bis zu einem gewissen Grade zu unterschreiten**, und zwar im Verhältnis zur Vermehrung der Belegschaft. Es sei nötig, sagte Papen, daß der beschäftigte Teil der Arbeiterschaft zu gunsten der Erwerbslosen Opfer bringe. Schließlich kündigte der Kanzler die **Auflöckerung des allzustarren Tarif- und Schlichtungswesens** an und forderte für die jungen Leute, die von der höheren Schule zur Hochschule übergangen, das **Arbeitsdienstjahr**.

Alle diese Regierungsmaßnahmen stellten einen Zwölfmonatsplan dar. Papen hoffte, in einem Jahre den Um- und Neubau der Wirtschaft durchzuführen. Allerdings, so betonte der Kanzler, könne das Werk nur durchgeführt werden durch eine autoritäre Regierung, die gänzlich unabhängig sei von Parteinflüssen. -

Der große Aufbauplan Papens gipfelte also in zwei Forderungen: **Arbeitsdienst und Privatinitiative**. Der Arbeitsdienst sollte vor allem die jugendlichen Erwerbslosen erfassen, ihnen eine Möglichkeit der Existenz und Schule der Arbeit sein. Die Privatinitiative hatte den Zweck der Produktionssteigerung und der Wiedereinstellung älterer Erwerbsloser. Allerdings waren die beabsichtigten Maßnahmen zugunsten der Unternehmer gedacht und belasteten die Arbeiter durch Lohnkürzungen. Das mußte den geschlossenen Widerstand der Arbeitnehmer herausfordern. Doch der Kanzler

glaubte an die zwingende Macht seines Planes und war überzeugt, daß er hiermit den unbotmäßigen Reichstag bezwingen würde. Er ließ es jetzt ruhigen Sinnes darauf ankommen, das widerspenstige Parlament nach Hause zu schicken, denn er war überzeugt, wer guten Willens sei, müsse hinter ihn treten.

Zur Durchführung des Planes waren zwei Dinge nötig: Der Arbeitsdienst forderte **Geld** - dies hatte ja Papen nun von der Reichsbank erhalten - und für die Belebung der Privatinitiative war **Erhöhung des Absatzes** Voraussetzung, das war das Gefahrenmoment: eine solche konnte nicht willkürlich herbeigeführt werden. Der Binnenhandel war durch die Verarmung des Bürgertums ganz außerordentlich zurückgegangen, der deutsche Export hatte die Hälfte seit 1903 eingebüßt. Was nützte vermehrte Arbeitsleistung, wenn die Erzeugnisse nicht verwertet werden konnten? Hier war eine Klippe, die in dem Plane nicht beseitigt war und nicht beseitigt werden konnte. So konnte praktisch die Produktionssteigerung nicht anders wirken, als daß die geleerten Lager der Unternehmer sich mit Sachwerten anfüllten, ein Ergebnis, das nicht den Erfordernissen der Volksgesamtheit entsprach.

Hatte sich die **deutsche Industrie** den Arbeitsdienstplänen der Regierung gegenüber gewissermaßen ablehnend verhalten, so begrüßte sie jetzt die Wiederherstellung der Privatinitiative. Der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht hatte ja bereits Ende Juni 1932 die beiden Forderungen aufgestellt: vollständige Zurückziehung der öffentlichen Hand aus dem Wirtschaftsleben und völlige Wiederherstellung der privaten Initiative durch Lockerung der politischen Bindungen und der Tarife in Lohn und Arbeitszeit.

Der **handwerkliche Mittelstand** empfand es als eine Zurücksetzung, daß er an der Mehrbeschäftigungsprämie von 400 Mark für den Arbeitnehmer keinen Anteil hatte, denn eine solche kam ja doch vor allem den größeren Betrieben zugute. Die **Nationalsozialisten** wiesen auf die Einseitigkeit des Planes hin; der Industrie würden zwei Milliarden geschenkt, während die Bauern leer ausgingen. Die **Bauernvereine** waren mißgestimmt und der Reichslandbund telegraphierte an den Kanzler, man fürchte, für die Landwirtschaft werde nicht genügend gesorgt. Auch **Hugenberg** erklärte Anfang September, das Programm müsse nach der landwirtschaftlichen Seite hin ergänzt werden. Im besonderen schlug er die Einführung des Kontingentssystems vor, um die landwirtschaftliche Produktion durch Verringerung der Einfuhr zu kräftigen. Papen war daraufhin bereit, die Landwirtschaft durch Steuergutscheine auf zwei Fünftel der Grundsteuer zu entlasten: "Das Reichskabinett ist sich völlig klar darüber, daß die Rettung der Landwirtschaft eine deutsche Lebensfrage ist."

Durch **Notverordnung vom 4. September 1932** wurde der Zwölfmonatsplan in Kraft gesetzt. Der **allgemeine Eindruck** im Volke war, daß es sich um eine **Offensive zugunsten der kapitalistischen Wirtschaft handle**. Volle Zufriedenheit äußerten nur die kapitalistischen Anhänger Hugenberg: "Sozial handelt, wer Arbeit schafft." Die Fronten standen jetzt ganz klar: **die Regierung Papen stützte sich auf Hugenberg und den Stahlhelm**. Das erwies sich sogleich. War infolge des allgemeinen Demonstrationsverbotes der Aufmarsch der S.A. auf dem Tempelhofer Felde verhindert worden, so konnte der Stahlhelm am 3. und 4. September in Berlin einen Reichsfrontsoldatentag abhalten, zu dem 150 000 Frontsoldaten und Jungstahlhelmer aus allen Teilen des Reiches zusammenströmten. **Seldte und Düsterberg betonten die innige Verbundenheit des Stahlhelms mit Hindenburg und der Regierung Papen**, die Stahlhelmlosung von 1927 "hinein in den Staat" stehe vor ihrer Verwirklichung. An dem achtstündigen Vorbeimarsch auf dem Tempelhofer Felde nahm die Reichsregierung teil, zum ersten Male seit 1918. Auf den Stahlhelm setzte Papen all seine Hoffnung. Hatte sich doch die Regierung vergewissert, daß der Stahlhelm unbedenklich bereit sein würde, sie im Ernstfalle gegen jeden Angriff zu schützen, auch gegen einen solchen der Nationalsozialisten! Das deutsche Volk aber lehnte die kapitalistisch-sozialistische Synthese zwischen Privatinitiative und Arbeitsdienst ab. Es spürte hier einen Gegensatz, der wohl intellektuell, aber nicht seelisch überbrückt werden konnte.



Wir wenden uns jetzt dem **beginnenden parlamentarischen Kampfe zwischen den Nationalsozialisten und der Regierung Papen** zu. Der Kampf wurde auf doppelter Front geführt, im Reiche und in Preußen.

***Verschärfung der Gegensätze
zwischen N.S.D.A.P.
und Reichsregierung***

Nachdem Hitlers Forderung, eine autoritäre Reichsregierung mit nationalsozialistischer Verantwortung zu bilden, von Hindenburg abgelehnt worden war, nachdem also der Reichspräsident es abgelehnt hatte, Hitler als Kanzler mit den Diktaturbefugnissen des Artikels 48 zu betrauen, sah sich **Hitler genötigt, den Kampf um die Macht auf das parlamentarische Feld zurückzuverlegen**. Die nationalsozialistische Taktik ging also nun darauf aus, die verfassungsmäßigen Rechte des Parlamentes als der Vertretung des Volkes gegen die autoritäre Regierung, die keine Verbindung mit dem Volke hatte, wieder zur Geltung zu bringen. Die nächste Forderung war demnach, **eine parlamentarische Mehrheit zustande zu bringen und mit dieser die Bildung einer Regierung im Reiche wie in Preußen zu erzwingen**.

Als einziger Koalitionspartner kam für die Nationalsozialisten das **Zentrum** in Frage. Es war zahlenmäßig die stärkste nichtmarxistische Partei und hatte außerdem das größte Interesse, dem parlamentarischen Regierungssystem gegen die autoritäre Regierung Papen zum Siege zu verhelfen. Mit dem Zentrum zusammen war den Nationalsozialisten die Mehrheit im Parlament sicher. So begann denn Ende August **die Annäherung zwischen Nationalsozialismus und Zentrum**, deren Zweck die Bildung einer Koalition war. Die Besprechungen, welche zunächst nur die **Bildung einer preußischen Regierung** bezweckten, kamen aber nur sehr schwer in Gang, es erhoben sich grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten, und oft genug riß die Verbindung zwischen beiden Parteien wieder ab. Es waren langwierige Verhandlungen, deren schließliche Ergebnislosigkeit bereits an dem Tage, da Papen sein Wirtschaftsprogramm verkündete, feststand. -

Der preußische Landtag, dessen Präsident der Nationalsozialist Kerrl war, versuchte seinerseits eine **Machtprobe mit dem Reichskommissar Dr. Bracht** herbeizuführen. Grundsätzlich verurteilten die Nationalsozialisten alle Maßnahmen Brachts, bestritten der kommissarischen Regierung überhaupt jede Rechts- und Verfassungsmäßigkeit, da ja diese Regierung von Papens Reichsregierung ohne Volk eingesetzt worden war. Als im Falle Potempa das Beuthener Sondergericht das harte Bluturteil fällte, stießen Parlament und kommissarische Regierung hart zusammen. Der nationalsozialistische Vorsitzende des Untersuchungsausschusses im Preußischen Landtag, Dr. Freisler, forderte, daß dem Landtagsausschuß der Beuthener Schwurgerichtssaal und die Verurteilten zur Verfügung gestellt würden, damit der Fall aufs neue von dem parlamentarischen Ausschuß untersucht würde. Bracht lehnte die Forderung ab, da der Ausschuß gar nicht zu einer Nachprüfung befugt sei und ein solches Verfahren außerdem die verfassungsmäßige Unabhängigkeit der Gerichte verletzen würde. Bei dieser Gelegenheit erklärte Bracht, daß die **preußische kommissarische Regierung nur dem Reichspräsidenten, aber nicht dem Landtage verantwortlich sei**. Bei dieser Auffassung mußte natürlich auch ein Mißtrauensbeschluß des Parlamentes gegen Bracht von vornherein unwirksam sein. Eine Beschwerde Kerrls bei Papen über Brachts Versuch, das Parlament auszuschalten, blieb ohne jeden Erfolg.

Bracht ging vielmehr nun noch einen Schritt weiter: im **Gegensatz zu den Gepflogenheiten der früheren Regierung und im Gegensatz zu den Rechten der Volksvertretung verbot er am 30. August sämtlichen Ministerialbeamten, die Räume des Landtages überhaupt zu betreten und ihrer pflichtmäßigen Berichterstattung der Volksvertretung gegenüber nachzukommen**. Das Parlament beantwortete diesen Vorstoß, indem es am gleichen Tage mit Hilfe der Nationalsozialisten einen kommunistischen Antrag annahm, wonach kein Beamter oder Angestellter verpflichtet sein sollte, den Dienstanweisungen nachzukommen, die auf Grund der Verordnung über die Einsetzung des Reichskommissars für Preußen erlassen worden sind: Beamte und Angestellte sollten also berechtigt sein, dem Reichskommissar Bracht den Gehorsam zu verweigern. -

Es war außer jedem Zweifel, daß zwischen der nationalsozialistischen Bewegung einerseits und Papen und Bracht andererseits tiefste Gegensätze klafften, die **für die am 30. August bevorstehende**

Reichstagseröffnung schwere Konflikte erwarten ließen. War in Preußen das Tuch zerschnitten zwischen Nationalsozialisten und Kommissarischer Regierung, so war dies auch im Reich der Fall, denn durch die Vorgänge vom 20. Juli waren ja die Regierungen Preußens und des Reiches aufs innigste verknüpft. Es gehört nicht viel dazu, um zu erkennen, daß das Parlament der Regierung Papen ein überwältigendes Mißtrauensvotum aussprechen würde. Aber weder Hindenburg noch Papen hatten die Absicht, durch den Reichstag einen Regierungssturz vornehmen zu lassen. Der Reichspräsident insbesondere wünschte dringend, daß das Wiederaufbauprogramm der Regierung nicht durch häufige Regierungswechsel durchkreuzt werde; er war entschlossen, unter allen Umständen an Papen festzuhalten. Natürlich war es in jedem Falle das Beste, daß, wenn irgend möglich, eine Reichstagsauflösung vermieden wurde.

Noch einmal am Nachmittage des 29. August hatten deshalb **Papen und Schleicher eine Unterredung mit Hitler**; noch einmal machte der Kanzler den Versuch, den Führer der Nationalsozialisten zu gewinnen. Es war umsonst. Hitler beanspruchte nach wie vor die volle Verantwortung für die Regierung, den Posten des Reichskanzlers. Am Abend des Tages reiste der Kanzler mit den Ministern Schleicher und Gayl nach Neudeck, wo sich Hindenburg aufhielt, und erwirkte **vom Reichspräsidenten die Ermächtigung, den Reichstag aufzulösen, falls er Miene mache, der Regierung das Vertrauen zu versagen**. Doch bevor Papen von dieser Ermächtigung Gebrauch machen würde, wünschte Hindenburg, noch einmal vom Kanzler um eine letzte, entscheidende Erlaubnis angegangen zu werden.

Reichstagseröffnung

Mit großer Spannung erwartete das Volk die **Eröffnung des neugewählten Reichstages**, die am 30. August, 3 Uhr nachmittags, begann. Es war der erste Reichstag der Deutschen Republik, der über eine **große nationale Macht** verfügte, und gerade dieser Reichstag wurde von der kommunistischen Alterspräsidentin Klara Zetkin, die aus Moskau hergekommen war, mit einer wilden Hetzrede und Heilrufen auf Moskau eingeleitet. Mit Ausnahme der Kommunisten nahmen die Abgeordneten - die Deutschnationalen fehlten während der Eröffnung - die Rede der Zetkin mit eisigem Schweigen auf. Danach wurde der Nationalsozialist Hermann Göring zum Parlamentspräsidenten gewählt.

Der kommunistische Vorstoß, der in einem Mißtrauensantrag gegen Papen bestand und von den Sozialdemokraten befürwortet wurde, wurde von den Nationalsozialisten abgewiesen. Noch einmal wollten sie durch ein letztes Mittel, **durch persönliche Vorstellung beim Reichspräsidenten**, das Äußerste verhindern, und deshalb ließ Göring sich die Ermächtigung geben, daß das **Reichstagspräsidium sich unverzüglich zu Hindenburg nach Neudeck begeben dürfe**.

Göring telegraphierte sofort nach Neudeck und bat, daß der Reichspräsident am 1. September das Reichstagspräsidium empfangen möge. Jedoch antwortete Hindenburg, **man möge von einer Reise Abstand nehmen und ihn erst in der nächsten Woche nach seiner Rückkehr nach Berlin aufsuchen**. Damit war die drohende Krisis zunächst aufgeschoben worden. Hindenburg legte diesem Aufschub um so mehr Bedeutung bei, da in der Zwischenzeit die große Notverordnung der Regierung über den Wirtschaftsaufbau veröffentlicht werden sollte. Er hoffte immer noch, daß sich durch dieses Werk Papens Stellung bei den Parteien bessern würde. Die **Nationalsozialisten** versuchten unterdessen, die Koalitionsverhandlungen mit dem Zentrum weiterzuführen, doch waren sie entschlossen, **endgültige Entscheidungen erst nach der Aussprache des Präsidiums mit Hindenburg** zu treffen. Aus dem gleichen Grunde verschob Göring die Einberufung des Reichstags auf einen Termin nach der Unterredung. -

Die ersten zehn Septembertage waren von einer politischen Schwüle erfüllt, wie sie das deutsche Volk seit langem nicht gekannt hat. Elementare Auffassungen standen sich gegenüber, aber gefesselt, keiner freien Regung fähig, solange nicht die **Zusammenkunft zwischen Göring und Hindenburg stattgefunden hatte - zwischen jenen beiden Männern, deren jeder für sich den Rechtstitel höchster Macht in Händen hatte, aber solange machtlos war, als nicht der andere sich mit ihm verständigte**. Die **Deutschnationalen** standen starr und störrisch allen Bemühungen entgegen, welche die Wiedereinschaltung des Parlaments in den politischen Gang erstrebten. Ihr

Ideal war der autoritäre Staat, und so klammerten sie sich an Papen. Das **Zentrum** sehnte mit heißem Bemühen die parlamentarische Regierungsweise zurück, aber es traute nicht den Nationalsozialisten; diese würden über die Koalition hinweg die Alleinherrschaft an sich reißen. Die **Sozialdemokratie** litt an schweren, inneren Fieberkrisen, die durch den 20. Juli hervorgerufen waren, und das Reichsbanner versuchte, sich von der schwachen und kranken Partei zu lösen. Die **Kommunisten**, auf denen der Druck der Notverordnung vom 10. August lag, übten in aller Stille unverdrossen Bürgerkrieg, instruierten ihre Kämpfer und entwarfen Pläne. Die **bürgerlichen Splitterparteien der Mitte** entfalteten eine große Rührigkeit. Sie hofften von einer Reichstagsauflösung großen Gewinn, denn alle Nationalsozialisten, die über die Koalitionsverhandlungen mit dem Zentrum unzufrieden seien, würden zu ihnen zurückkehren. Unter der Losung "Für Hindenburg und Papen" sollte eine neue Sammelpartei, eine sogenannte Präsidialpartei, entstehen, welche die Auferstehung eines starken deutschen Bürgertums darstellen sollte.

Unbeirrt jedoch von all diesen offenen und geheimen Umtrieben, fochten die Nationalsozialisten ihren schweren Kampf weiter. Die Zustände bildeten eine außerordentliche Belastung für die Hitlerbewegung, und es war ein Kampf auf Tod und Leben, der da durchgehalten werden mußte. Uner-schütterlich, hart und rücksichtslos blieb Hitler bei seiner Meinung, er wich nicht einen Finger breit von der Linie seines schonungslosen Kampfes gegen Papens Regierung ohne Volk ab. Er wollte die deutsche Revolution, er wollte nicht einen Ministersessel! **In diesem Kampfe ohne Gnade war es erlaubt, jedes legale Mittel zu benutzen, auch die Koalition mit dem Zentrum, war es aber auch nötig, nichts unversucht zu lassen, deshalb die Zusammenkunft Görings mit Hindenburg.** Mächtiger und eindringlicher denn je zuvor standen die Massen des gesamten Volkes unter dem Eindruck des erbitterten Ringens, vor dessen elementarer Gewalt die ganze Bautätigkeit Papens verblaßte. Für die Mehrheit des deutschen Volkes war wichtiger als die große Notverordnung des Kanzlers der Ausgang der Unterredung Görings mit dem Reichspräsidenten.

Adolf Hitler selbst sprach am 7. September im Zirkus Krone zu München vor vielen tausend begeisterter Zuhörer: Das Judentum und der feudale Herrenklub bildeten sich ein, Deutschland retten zu können. Aber der Nationalsozialismus werde sie nicht zur Macht kommen lassen, und wenn der Reichstag zehnmal aufgelöst würde. Hitler erklärte, er werde streng die Verfassung wahren, aber wenn man ihm vorwerfe, daß er den Parteistaat erhalten wolle, so antworte er, daß er den deutschen Volksstaat retten wolle. Wenn morgen der Reichstag aufgelöst werde, so freue er sich heute schon auf den Kampf, der dann beginnen werde. Seine Bewegung sei nicht um ein paar Ministersessel feil, und nachgeben werde er nicht. Die Partei nehme den Fehdehandschuh auf, den ihr Herr von Papen hingeworfen habe:

"Wir wollen den Kampf durchfechten und wollen sehen, auf wen Deutschland hört. Ob auf den Befehl des Herrn von Papen: Das Ganze kehrt! oder auf unser Kommando: Junges Deutschland vorwärts."

Es war nach diesen Worten für jeden Deutschen klar, daß der gewaltige Kampf zwischen den Systemen und Weltanschauungen, zwischen dem völkischen Fortschritt der Nationalsozialisten und der autoritären Reaktion der Reichsregierung, der Deutschnationalen und des Stahlhelms bis zur letzten, grundsätzlichen Entscheidung durchgeführt werden würde.

Am 8. September abends kehrte Hindenburg nach Berlin zurück. Unmittelbar darauf fanden sich Papen und Neurath bei ihm ein, und die Besprechung ergab, daß der **Reichspräsident innerhalb der Regierung keinerlei Änderungen vorzunehmen gedachte.** Am folgenden Vormittag erschien das **Reichstagspräsidium bei Hindenburg**, Göring und die drei Vizepräsidenten, Esser vom Zentrum, Gräf von den Deutschnationalen und Rauch von der Bayerischen Volkspartei. Die Unterredung, an der auch der Staatssekretär Dr. Meißner teilnahm, währte wenig mehr als eine Viertelstunde. Göring eröffnete seine politische Aussprache mit dem Hinweis, daß der **Reichstag eine arbeitsfähige Mehrheit aufweise.** Sofort erhob Gräf Einspruch: es sei nicht üblich, bei einem formalen Besuch dieser Art politische Angelegenheiten zu erörtern. Das Präsidium sei keine politische Körperschaft und keineswegs einer Meinung.

**Reichstagspräsidium
bei Hindenburg**

Der Reichstagspräsident sei also nicht befugt, dem Staatsoberhaupt politische Vorschläge zu machen oder gar Ratschläge zu erteilen. Auch Hindenburg teilte diese Auffassung, kam aber Göring entgegen, er habe nichts dagegen, wenn die Herren ihre Meinungen vorbrächten. In der kurzen politischen Aussprache gipfelten **Görings Wünsche in der Bitte, Hindenburg möge seine letzten Entschlüsse nicht eher fassen, als bis er in seiner Eigenschaft als Reichspräsident die Führer der großen Parteien empfangen und sich mit deren Auffassungen vertraut gemacht habe, um den Versuch zu machen, zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichstag eine Zusammenarbeit herzustellen.** Hindenburg behielt sich eine letzte Entscheidung in dieser Sache vor, ließ aber deutlich erkennen, daß das Reichskabinet sein volles Vertrauen besitze.

Die erwartete Entscheidung war also noch nicht gefallen. Der Zustand der Ungewißheit dauerte weiterhin an. Am Nachmittage ließ Hindenburg die Fraktionsführer der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei zum Mittag des 13. September zu einer informierenden Besprechung einladen, an der auch der Kanzler teilnehmen sollte. Es war unschwer zu erkennen, daß Hindenburg auch bei dieser Aussprache sein völliges Einvernehmen mit dem Kanzler und seiner Politik ausdrücklich unterstreichen würde. Die Nationalsozialisten ihrerseits knüpften durch Dr. Frick und Dr. Göbbels neue Verhandlungen mit dem Zentrum an. Das Ergebnis war, daß die für den 12. September einberufene Reichstagsitzung nicht mehr vertagt werden sollte, da die Nationalsozialisten annahmen, daß der Empfang der Parteiführer beim Reichspräsidenten zur sofortigen Auflösung des Reichstages ausgenutzt werden könne. Da ja Papen an der Aussprache teilnehmen sollte, vermuteten nämlich die Nationalsozialisten und das Zentrum, Hindenburg werde sie wieder auffordern, hinter das Programm des Reichskanzlers zu treten.

Reichstagsauflösung

Doch die Entscheidung fiel eher als man dachte. Als am Nachmittage des 12. September unter gewaltigem Andrang der Volksmassen der Reichstag sich versammelte, **beantragte der Kommunist Torgler, die Anträge seiner Fraktion auf Aufhebung der Notverordnungen und ihre Mißtrauensanträge gegen die Regierung Papen sofort auf die Tagesordnung zu setzen.** Göring gab dem Antrag statt, ohne daß Widerspruch sich erhob. Darauf beantragte Dr. Frick eine halbstündige Unterbrechung der Sitzung, um der vollzählig anwesenden Regierung eine letzte Möglichkeit der Einigung zu gewähren. Doch nichts geschah.

Nachdem Göring die Sitzung wieder eröffnet hatte, **erschien Papen mit der roten Aktenmappe, welche die Auflösungsverfügung enthielt.** Als Göring bereits die Abstimmung über die kommunistischen Anträge eingeleitet hatte, meldete sich Papen zweimal zum Worte. Da jedoch Göring ihm erst nach der Abstimmung das Wort erteilen wollte, begab sich Papen zum Tische des Reichstagspräsidenten und unterbreitete ihm die Auflösungsverfügung. Nachdem die Abstimmung mit 512 Stimmen gegen und 42 Stimmen (35 Deutschnationale und 7 Volksparteiler) für die Regierung Papen durchgeführt war, gab Göring die Auflösung des Parlaments bekannt:

"Auf Grund des Artikels 25 löse ich den Reichstag auf, weil die Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Verordnung vom 4. September verlangt."



Reichstag am 12. September 1932: Reichskanzler von Papen meldet sich zum Wort. [Photo Scherl?]

Das Schreiben war vom Reichskanzler und Innenminister unterzeichnet. Allerdings vertrat Göring die Ansicht, daß die Auflösung durch den Mißtrauensbeschluß des Reichstags unwirksam geworden sei, da eine gestürzte Regierung das Parlament nicht mehr auflösen könne. Die Regierung aber war von der Verfassungsmäßigkeit ihres Verhaltens überzeugt, da Papen sich vor erfolgter Abstimmung zum Wort gemeldet habe, aber nicht gehört worden sei.

Hierauf erhob sich ein **Streit um grundsätzliche Machtfragen**. Die Deutschnationalen, die über die Auflösung hämisch frohlockten, bezeichneten Görings Vorgehen als "offene Revolte gegen die Staatsführung", es bedeute die "Ausrufung der Parteiherrschaft gegen den Staat". Während Göring und die Nationalsozialisten die Auflösung nicht anerkannten, hatten die Deutschnationalen unverzüglich und mit großer Freude den Sitzungssaal verlassen. Zentrum, Sozialdemokraten und Kommunisten schlossen sich zunächst dem Standpunkte Görings an, erkannten aber bald darauf die Auflösung an.

In einem Schreiben an Göring legte Papen die **Auffassung der Regierung** dar. Nach Artikel 33 Absatz 3 mußten auf Verlangen die Regierungsvertreter während der Beratung auch außerhalb der Tagesordnung gehört werden und nach Artikel 97 der Geschäftsordnung könne ein Reichsminister auch außerhalb der Tagesordnung das Wort ergreifen. Görings Weigerung bedeutete also einen Verfassungsbruch. Im übrigen sei die Auflösungsorder des Reichspräsidenten in dem Augenblick rechtsgültig, wo sie vom Reichskanzler gegengezeichnet sei. Also bedeute die Abstimmung nach erfolgter Auflösung einen weiteren Verfassungsbruch. Der Kanzler erklärt weiter, die Reichsregierung werde einen Versuch des aufgelösten Reichstages, zusammenzutreten, unmöglich machen. Einen Termin für Neuwahlen habe die Regierung dem Reichspräsidenten noch nicht vorgeschlagen, da sie erst die weitere Entwicklung der nächsten Tage abwarten wolle. Ein kurzer Briefwechsel zwischen Göring und Hindenburg brachte keine Klärung der Gegensätze. Erst nachdem Göring auf seinen Standpunkt verzichtete - Zentrum, Deutschnationale und Sozialdemokraten setzten ihm zu, er möge nachgeben - und die Auflösung des Parlaments anerkannt hatte, **verkündete die Reichsregierung am 17. September den Termin der Neuwahlen, der auf den 6. November festgesetzt wurde**.



15. Kapitel:

Das Ringen zwischen autoritärer Diktatur und nationalsozialistischer Volksfront.

Das, was sich zwischen dem 12. September und dem 6. November 1932 abspielte, war ein bis zum Äußersten **erbitterter Kampf zwischen der zur autoritären Diktatur fortschreitenden Reaktion und dem Nationalsozialismus**. Der Kanzler von Papen, an der Spitze einer kleinen, gesellschaftlich ausgewählten feudalen Gruppe, bemühte sich, mit Hilfe des greisen Reichspräsidenten zu einem alten System obrigkeitlichen Staates zurückzukehren, welches etwa den Verhältnissen um 1845 entsprach und die Gesamtheit des Volkes soviel wie möglich von der Mitverantwortung ausschloß. Der autoritäre Staat "aus göttlicher Ordnung", seelisch stark verwandt dem Ideenkreise der Heiligen Allianz, war das Ziel.

**Parteivorbereitungen
für Neuwahl**

Adolf Hitler, an der Spitze einer mächtigen, in sich geschlossenen Volksbewegung, forderte den **Staat der völkischen Gemeinschaft**. In den Parlamenten hatte der Nationalsozialismus in ihrer Art unerhört kühne Vorstöße gegen die autoritären Regierungen im Reiche wie in Preußen unternommen, nicht, um den Parlamentarismus zu retten, sondern die Rechte des Volkes zu schützen, und das Volk fand eben seinen Ausdruck noch in den Parteien. Im heißen Ringen gegen Papen prägte Hitler das elementare Wort: "**Das Fundament des Staates ist nicht die Regierung, sondern das Volk!**"

Die Waffen, welche die ehemaligen Verbündeten der Harzburger Front gegeneinander anwandten, waren etwa von gleicher Wucht und Stärke. Papen versuchte den **Nationalsozialismus niederzuhalten durch die Macht der Gesetze**, die in seiner Hand lag. Hitler aber griff die Regierung an mit der **Macht des Volkes, die hinter ihm stand**. Die Verfassung und Hitlers ständiger Hinweis auf die beide Teile bindende Legalität hielt den Kampf in Maß und Grenzen. Doch diese Hemmungen nahmen ihm keineswegs den Charakter des Grundsätzlichen, den er von Anfang an trug.

Bei den Auseinandersetzungen spielte der **Marxismus** eine nur nebensächliche Rolle. Die **Sozialdemokratie** hatte durch die Ereignisse des 20. Juli eine schwere Niederlage erlitten, die in verstärk-

tem Maße innere Krisen auslöste, gewann aber Ende Oktober durch ein Ereignis, das noch näher geschildert werden wird, wieder eine gewisse innere Kräftigung. Starke Richtungskämpfe erschütterten aber die Sozialdemokratische Partei. Die Jugend der Partei - soweit davon die Rede sein konnte, - wandte sich scharf gegen den Vorsitzenden Wels, dessen Politik ein elendes Fiasko erlitten habe. Wels aber wich nicht von seinem Platze, die Parteibürokratie war zu stark. Dem Reichsbannerführer Höltermann wurde vorgeworfen, er habe sich vollkommen dem Willen von Wels unterworfen. Der **Kommunismus** war durch die Notverordnung vom 10. August 1932 in seinem meuchelmörderischen Kampfe gegen die Nationalsozialisten gelähmt, hoffte aber doch, aus dem Bruderkampfe innerhalb der Harzburger Front seinen Vorteil ziehen zu können und bereitete in aller Stille einen Umsturz vor.

Das **Zentrum und die Bayerische Volkspartei** nahmen eine abwartende Haltung ein. Ihr Wunsch, den Parlamentarismus wieder gegenüber der autoritären Diktatur zur Geltung zu bringen, ließ sie dem Nationalsozialismus, der für die Rechte des Volkes kämpfte, zuneigen. Bei der Ungewißheit über den Ausgang des Kampfes aber ließ ihr anderer Wunsch, an der Regierung teilzunehmen, sie zeitweise auch eine Annäherung an Papen versuchen. Die **Mittelparteien** hofften auf einen Zerfall des Nationalsozialismus. Sie träumten von einer Wiedergeburt des deutschen Bürgertums und wollten die zurückflutenden Massen mit offenen Armen aufnehmen. Die Christlich-Sozialen, die Staatspartei, das Landvolk und die Wirtschaftspartei wollten unter dem Namen einer Hindenburgpartei sich zusammenschließen, aber alle diese Versuche scheiterten Ende September an der **liberalistischen Zügellosigkeit der Splitterparteien** und auch **Weigerung der Deutschen Volkspartei**, sich an solchen Sammelbestrebungen zu beteiligen. Diese hielt an ihrem Wahlbündnis mit den Deutschnationalen fest.

Die **Nationalsozialisten** gingen allein in den Kampf, ohne Bundesgenossen und Freunde. Die Verhandlungen mit dem Zentrum waren eingestellt worden. Hitler kämpfte grundsätzlich für die deutsche Volksgemeinschaft, und nach der Auflösung des Parlamentes lag für ihn kein Grund mehr vor, das Spiel der Koalition fortzusetzen.

Die **Deutschnationalen**, von Hugenberg geführt, traten hinter die Regierung Papen. Sie kämpften für den autoritären Staat, der aus dem Parteigetriebe völlig gelöst sein sollte. Die Ära der Weimarer Verfassung müsse endgültig abgeschlossen sein. Hugenberg bezeichnete den Kampf der Nationalsozialisten als blind und wunderlich. Es sei eine unbegreifliche Verirrung, daß die N.S.D.A.P. die Hilfe des Zentrums, der Sozialdemokraten und Kommunisten in Anspruch nehme gegen die Reichsregierung. Nicht Papen und die Deutschnationalen seien Träger der Reaktion, sondern die Bonzen und Parteien. Insbesondere aber zeigte sich Hugenberg jetzt unverhüllt als Vorkämpfer des Kapitalismus, der gegen "**jede Art von Sozialismus**" wettete und natürlich auch den Nationalsozialismus als etwas Gefährliches verdammt. Alle Versuche der bürgerlichen Splitterparteien, auch die Deutschnationale Partei in die geplante Hindenburg- oder Vaterlandspartei hineinzubeziehen, lehnte Hugenberg mit entschlossener Beharrlichkeit ab. Seite an Seite mit den Deutschnationalen kämpften der **Stahlhelm** und die **Christlichen Gewerkschaften**. -

Hindenburg war durch den Gang der Dinge arg verstimmt. Täglich liefen tausende von Protestschreiben bei ihm ein und lösten Zweifel in ihm aus, ob der Papenkurs, den er steuerte, auch der richtige sei. Eine Entscheidung oder Änderung aber wollte er vor den Wahlen nicht treffen, um die Verwirrung nicht noch größer zu machen.

Die Nationalsozialisten hatten **im Landtag und Reichstag zwei mächtige Vorstöße** gegen das System Papens und Brachts unternommen. Im preußischen Landtag war am 30. August, wie wir bereits wissen, mit Hilfe der Nationalsozialisten ein kommunistischer Antrag angenommen worden, der die **Gehorsamsverweigerung der Beamten gegenüber der kommissarischen Regierung** sanktionierte. Im Reichstag hatten die Nationalsozialisten am 12. September dem **kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Regierung zum Siege verholfen** und Göring, der nationalsozialistische Reichspräsident, hatte die Auflösungsorder Papens nicht anerkannt. Wir sahen bereits, daß der Reichstagskonflikt durch den Druck, den Papen auf Göring ausübte, im Sinne der

Regierung beigelegt wurde. Einige Tage später zwang Papen mit der Macht, die ihm zur Verfügung stand, auch den nationalsozialistischen Präsidenten des preußischen Landtags, Kerrl, den Beschluß vom 30. August zu revidieren.

Am 19. September legte **Kerrl in persönlicher Aussprache mit Hindenburg**, bei der auch Papen zugegen war, die ablehnende Auffassung des Landtags über die Einsetzung des Reichskommissars dar. Hindenburg aber und Papen erklärten, daß an dem Zustande nichts geändert werden würde. Der Kanzler drohte, es könne sehr ernste Folgen haben, wenn der Beschluß vom 30. August nicht zurückgenommen würde, und stellte die Auflösung des Parlamentes in Aussicht. Zwei Tage darauf erschienen Vertreter der deutschnationalen, der sozialdemokratischen und der Zentrumsfraktion des Landtags bei Kerrl und suchten ihn zur Aufhebung des Gehorsamsverweigerungsbeschlusses zu bewegen. Am folgenden Tage fand eine außerordentlich stürmische Landtagssitzung statt, als der deutschnationale Abgeordnete Steuer den Antrag seiner Fraktion, den Beschluß vom 30. August als gesetzwidrig aufzuheben, begründete. Mit 208 gegen 35 Stimmen und bei 45 Enthaltungen wurde dieser Antrag abgelehnt. Dagegen beantragten die **Nationalsozialisten als Ergänzung zum Beschluß vom 30. August, soweit die Verfassung Preußens und des Reiches von der kommissarischen Regierung beachtet und durchgeführt werde, sei es Pflicht der Beamten und Angestellten Preußens, die Verfassung ebenfalls zu achten und zu schützen**. Mit 156 gegen 86 Stimmen bei 45 Enthaltungen wurde der Antrag angenommen. So war man Papen entgegengekommen und nahm ihm das Recht zu weiteren Zwangsmaßnahmen. Am 23. September beschloß der Landtag noch Aufhebung der Sondergerichte und Gemeindewahlen zum 6. November, dann vertagte er sich.

So war es dem Kanzler gelungen, Ende September die beiden parlamentarischen Vorstöße der Nationalsozialisten abzuwehren, doch war der Erfolg Papens keineswegs etwa ein Beweis innerer Stärke, sondern nur ein Beweis des Machtbesitzes.

Die Reichsregierung war vor allem bemüht, durch sogenannte "positive Arbeit" dem Nationalsozialismus die moralische Grundlage zu entziehen. Papen griff dabei auf nationalsozialistische Gedanken zurück und suchte sie in seinem Sinne auszuwerten. Es zeigte sich aber bald, daß es hierbei stets nur beim Willen blieb und daß die liberalistischen Methoden fast überall die Durchführung der Pläne durchkreuzten. So wurde am 13. September ein **Erlaß über die Bildung eines Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung** herausgegeben. Den Vorsitz übernahm der von den Nationalsozialisten scharf bekämpfte Reichsinnenminister Freiherr von Gayl, und der geschäftsführende Vorsitz wurde in die Hände des Generals von Stülpnagel gelegt. Die Schwäche dieses Kuratoriums bestand schon darin, daß es nicht in die Freiheit der bereits bestehenden beruflichen, politischen und konfessionellen Verbände eingreifen wollte, sondern nur die Vertreter dieser Verbände, die sich der körperlichen Ausbildung der Jugend widmeten, in sich zu gemeinsamen Richtlinien zusammenfassen wollte. Vor allem sollte jetzt der Geländesport betrieben werden. Es standen etwa 20 Lager in Deutschland zur Verfügung, in denen je 100-200 Mann als Lehrer in dreiwöchigen Kursen ausgebildet werden sollten. Die Auswahl der Lehrer sollte ohne Unterschied der Parteien erfolgen, und für die Teilnahme an den Kursen waren Parteiuniformen verboten. Mitte Oktober begannen in kleinem Umfange die Lehrgänge. - Der Gedanke, den hier Papen zu verwirklichen suchte, war an sich nicht neu. Bereits die Reichsinnenminister Wirth und Gröner hatten derartige Pläne, auch sie hofften, wie Papen, mit dieser Einrichtung die deutsche Jugend allmählich dem Nationalsozialismus zu entfremden und eine Bresche in die S.A. zu schlagen. Aber diese neue Einrichtung hatte keine Seele, keine Weltanschauung. Nur der Verzicht auf eine solche konnte dem liberalistischen System die Möglichkeit geben, die deutsche Jugend von der S.A. bis zum Reichsbanner unter ein Kuratorium zusammenzufassen. -

Die Bemühungen Papens, die Wirtschaft wieder herzustellen, welche sich durch den ganzen September und Oktober hinzogen, waren schließlich zu völligem Scheitern verurteilt.

**Regierungsbemühungen
um Landwirtschaft**

Man machte Papen den Vorwurf, **er sorge nicht für die Landwirtschaft**. So kam es denn, daß die Reichsregierung Versuche anstellte, der landwirtschaftlichen Produktion zu helfen. Man dachte an

eine **Zinssenkung für langfristige Kredite**. Die Landschaften sollten ersucht werden, die Zinsen der ländlichen Besitzer von 6 auf 4 Prozent zu ermäßigen. Allerdings sollte diese Zinssenkung eine freiwillige sein, sie sollte durchaus der Privatinitiative der Wirtschaft entspringen. Es wurde außerdem an einer besonderen Vergleichs- und Vollstreckungsordnung gearbeitet. Vor allem aber schien es nötig, die Nahrungsmittelversorgung des Volkes aus eigener Scholle sicherzustellen. Die schrankenlose Einfuhr ausländischer Lebensmittel mußte zurückgedrängt werden, und zwar sollte dies nachdrücklicher als durch Zölle durch Kontingentierung der Gemüse- und Fetteinfuhr geschehen. Die einzuführenden Mengen sollten auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden, wie Hugenberg das Anfang September vorgeschlagen hatte.

Diese Kontingentierung, die Mitte Oktober beginnen sollte, machte der Regierung die meisten Sorgen. Sofort erhoben sich Widerstände. Die Industrie fürchtete Gegenmaßnahmen des Auslandes. Man kam diesen Bedenken entgegen und wollte die Kontingentierung vorläufig, gleichsam versuchsweise, nur bis zum 31. Dezember durchführen. Aber im Laufe der Verhandlungen überwog der industrielle Einfluß mehr und mehr. Zwischen dem Reichswirtschaftsminister Warmbold und dem Landwirtschaftsminister von Braun kam es zu ernststen Meinungsverschiedenheiten, so daß Braun mit seinem Rücktritt drohte. Besonders die **Banken** standen auf Warmbolds Seite und lehnten jede Kontingentierung energisch ab. Reichsbankpräsident Dr. Luther schrieb am 11. Oktober einen Brief an Papen, der folgende Stellen enthielt:

"Die uns über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen in **Rom** betr. die Kontingentierungsfrage und betr. die **Devisenbeziehungen** zwischen Deutschland und Italien zugegangenen Nachrichten, ferner die Nachrichten über die Rückwirkungen dieser Verhandlungen in Italien und über die sonstigen Auswirkungen der Kontingentierungsbestrebungen, endlich die Beobachtungen, welche der Präsident unseres Kollegiums und das Mitglied unseres Kollegiums, Geheimer Finanzrat Dr. Vocke, gelegentlich der gestrigen Verwaltungsratssitzung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel gemacht haben, legen uns **im Interesse der deutschen Währung** die Verpflichtung auf, der Reichsregierung gegenüber auszusprechen, daß wir **ernste Gefahren für die deutsche Währung und für die deutsche Wirtschaft heraufziehen sehen, wenn nicht als entscheidender Gesichtspunkt der deutschen Handelspolitik die Gewinnung eines möglichst großen Devisenüberschusses aus dem deutschen Wirtschaftsverkehr mit dem Auslande betrachtet und die tatsächliche Handelspolitik auf dieses Ziel gerichtet wird.** Wir können uns angesichts der für die Währung drohenden Gefahren der Verpflichtung zu diesen Darlegungen nicht entziehen, obwohl es uns fernliegt, zu der Handelspolitik als solcher irgendwie Stellung nehmen zu wollen...

Wir haben die Erwähnungen vielmehr nur gemacht, um darauf hinzuweisen, daß bis jetzt ein Zustand der Stabilität mit leichter Besserung in den primären Deckungsmitteln der Reichsbank aufrecht erhalten worden ist und daß auch gewisse Aussichten der Aufrechterhaltung dieser Stabilität für die Zukunft bestehen. **Diese Stabilität** (die an sich natürlich nicht genügt, sondern allmählich einer fühlbaren Besserung der Devisenlage Platz machen muß) **wird**, wie wir überzeugt sind, **durch die zurzeit schwebenden oder in Angriff genommenen Kontingentierungsmaßnahmen in ernste Gefahr gebracht.** Wir können in keiner Weise annehmen, daß künstliche Einfuhrdrosselungen derart, wie sie jetzt in Erörterung stehen, für die Devisenbilanz Nutzen bringen...

Wir möchten hoffen, daß diejenigen nicht recht haben, die glauben, bereits jetzt sei ein Schaden entstanden, der nicht völlig wieder gut zu machen wäre. Wir sehen indessen die Sachlage nunmehr als so ernst an, daß wir uns **im Interesse der deutschen Währung** verpflichtet fühlen, Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, diese dringenden Vorstellungen zu unterbreiten. Wir haben uns gestattet, Abschrift dieses von den in Berlin anwesenden Mitgliedern unseres Kollegiums unterzeichneten Schreibens an alle Mitglieder der Reichsregierung zu senden."

Mitte Oktober war man denn endlich in der Reichsregierung soweit, daß die Kontingentierungsver-

handlungen, deren Beginn durch viele Worte in breiter Öffentlichkeit angekündigt worden war, bis nach der Wahl vertagt wurden.

Man führte zwar in Brüssel, im Haag, in Paris, in Rom und Kopenhagen die Kontingentierungsverhandlungen mit dem Auslande noch einige Zeit weiter, kam aber zu keinem abschließenden Ergebnis. Schließlich nahm das Reichskabinett bei seinen Versuchen, der Landwirtschaft zu helfen, seine Zuflucht zu dem Plane, die **Getreidepreise zu stützen** und deren weiteres Abgleiten zu verhindern. Und auch dies war noch zuviel, so daß man schließlich nur noch an Zollerhöhungen dachte. **Die Agrarpolitik Papens war ganz und gar zusammengebrochen.**

Versagen des Wirtschaftsprogramms

Viel bedenklicher aber war es, daß **auch das mit großen Hoffnungen begonnene Wirtschaftsprogramm versagte.** Zwar berichtete die papenfreundliche Presse täglich von neuen Arbeitereinstellungen in den Betrieben, und in der Tat schien die Zahl der Arbeitslosen sich zu verringern. Man zählte Ende August 5 140 000 Arbeitslose, Mitte September 5 263 000 und Ende September 5 103 000. Der Rückgang von 40 000, der zum guten Teil durch Saisonarbeiten herbeigeführt wurde, entsprach in keiner Weise den Hoffnungen, die man auf den Papenplan gesetzt hatte. Zudem erfolgten bei der Eisenbahn tausende von neuen Arbeiterentlassungen. Auch der Roheisenabsatz hatte sich im September abermals sehr verschlechtert, in diesem Monat wurden wieder 8 Hochöfen stillgelegt, so daß nur noch 32 im Betrieb waren, während Anfang 1932 von den 155 deutschen Hochöfen noch 48 arbeiteten. Alles, was die Roh-eisenindustrie hatte, war die Hoffnung, daß mit Hilfe des Papenplanes bis Ende des Jahres 1932 die Zahl der arbeitenden Hochöfen auf 44 vermehrt werden konnte. - Gewiß gelang es Papen, das Anwachsen der Arbeitslosigkeit zum Stillstand zu bringen, denn Ende Oktober betrug die Zahl der Arbeitslosen nur 5 109 000, während im Vorjahr der Zugang im Oktober 269 000 betragen hatte. Dieser Erfolg war aber nur scheinbar. Es war die Folge der Beschäftigungsprämie, welche die Unternehmer anreizte, und der weiteren Verringerung des Existenzminimums der noch arbeitenden Bevölkerung, welche heftigen Groll hervorrief.

Lediglich der **freiwillige Arbeitsdienst** schien einen kleinen Aufschwung zu nehmen. Die Zahl der hier Beschäftigten betrug Ende August 144 000, Ende September etwa 200 000 und Ende Oktober rund 250 000.

Nun setzte aber Papen im Verfolg seiner Verordnung zur Erhaltung und Vermehrung der Arbeits-gelegenheiten vom 5. September die **vierzigstündige Arbeitswoche** fest und gab den Arbeitgebern das Recht, im Interesse von Neueinstellungen die bereits stark gesenkten Löhne noch weiter zu kürzen. Auf diese Weise glaubte Papen seine Aufgabe, die Arbeitslosigkeit zu vermindern und die Arbeitsgelegenheiten zu vermehren, am besten lösen zu können. Dem Reichsarbeitsminister Schäfer gelang es, die **Christlichen Gewerkschaften, welche derartigen Plänen mißtrauisch gegen-überstanden, zu beruhigen und zur Mitarbeit zu gewinnen**, und infolge dieser Entwicklung lebte in den Kreisen des Industriekapitals der Gedanke auf, die früheren Werksgemeinschaften neu zu begründen. Die Regierung selbst machte sich den Gedanken zu eigen und suchte seine Verwirkli-chung zu fördern.

Streiks

Doch **in den Kreisen des arbeitenden Volkes wuchs gewaltiger Zorn empor.** Es blieb nicht dabei, daß man Papen unsozial nannte, sondern in allen Teilen des Reiches brachen gegen den Widerstand der Christlichen Gewerkschaften **Massenstreiks** aus. In Weißenfels traten die Schuh-arbeiter in den Ausstand, in Berlin die Möbeltransportarbeiter. In Hamburg traten 8000 Mann der Verkehrsbetriebe in den Streik ein, so daß alle Verkehrsmittel ruhten. Die Berliner Metallarbeiter und Taxichauffeure, die Hochseefischer in Wesermünde, die Metallarbeiter in Breslau, die Textil-arbeiter in Sachsen und im Rheinland, im Ruhrgebiet und in Oberschlesien - überall brachen Ende September und im Oktober riesige Streiks aus.

Papen war ratlos. Die Industriellen verlangten Gewaltmaßnahmen. Sie drohten den Streikenden mit Ausschluß von der Arbeit, sie forderten von der Regierung, daß sie ein Streikverbot verhängte. Doch dazu war Papen nicht bereit. In diesen Augenblicken fühlte er so recht seine Ohnmacht. **Selbst das**

Arbeitsministerium war in seiner Ansicht nicht einig; es gab Referenten, welche die von Papen geförderten Lohnkürzungen ablehnten. Der Reichskanzler, der jetzt so recht fühlte, daß das Volk nicht hinter ihm stand, konnte nichts anderes tun als den Industriellen und den Schlichtern raten, sich friedlich mit den Arbeitnehmern zu einigen.

Besonders verhängnisvoll konnte diese Streikbewegung für die Regierung Papen dadurch werden, daß sie **fast allenthalben von der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation geleitet wurde.** Die Nationalsozialisten traten nachdrücklich für die Rechte der Arbeiterschaft gegen die kapitalistischen Unternehmer ein und bekämpften daher aufs rücksichtsloseste Papens Wirtschaftsverordnungen. Die nationalsozialistische Abwehrbewegung des schaffenden Volkes gegen Papens wirtschaftspolitische Absichten fand ihren Höhepunkt in einem **gewaltigen Streik bei der Berliner Verkehrsgesellschaft.**

Am Morgen des 3. November ruhten sämtliche Verkehrsmittel Berlins. Der Grund war, daß die Löhne der Arbeiter und Angestellten um 2 Pfennige je Stunde, d. h. also um 5-6 Mark im Monat gekürzt werden sollten, während die hohen Gehälter der leitenden Beamten, die das Fünf- bis Zehnfache der Arbeitslöhne betragen, nicht angerührt wurden. Die christlichen Gewerkschaften und die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften wollten sich zwar dem Schiedsspruch des Schlichters vom 3. November fügen, der die Lohnkürzung bestätigte, doch Nationalsozialisten und Kommunisten führten mit allen Mitteln den Streik weiter.



*Verkehrsstreik in Berlin: November 1932.
[Photo Scherl?]*



*November 1932: Streikende am Straßenbahnhof.
Photo Scherl.*



*Verkehrsstreik in Berlin, November 1932:
Demonstranten bringen Straßenbahn zum Stehen.
Photo Scherl.*

Die Spannung in der Reichshauptstadt stieg von Stunde zu Stunde. Es kam zu Zusammenstößen zwischen Streikposten und Arbeitswilligen, in verschiedenen Stadtteilen wurden Barrikaden errichtet.

Am 5. November wurde die Polizei mit allen Machtmitteln eingesetzt, um den Streik zu brechen. Hunderte von Funktionären und Streikposten wurden verhaftet; es wurde sogar geschossen und es gab Tote, die Direktion der Verkehrsgesellschaft drohte den Streikenden mit Aussperrung, aber alle Mittel waren vergebens, der Streik dauerte über die Wahlen hinaus an und kam erst am 8. November zum Erlöschen, nachdem Tausende entlassen und ausgesperrt und Hunderte in Gerichtsverfahren verwickelt worden waren. Da kapitulierten die Kommunisten, und die Nationalsozialisten waren gezwungen, den Streik abzurechnen. -

Papen konnte sich keineswegs über die innere Schwäche und den Zusammenbruch seiner Wirtschaftspolitik täuschen, und so geschah es, daß er, je näher die Wahl heranrückte, den **Schwerpunkt**



Unruhen in Berlin: Barrikaden in der Hermannstraße zu Neukölln. Photo Scherl.

seiner Politik mehr und mehr auf die von ihm geplante Verfassungsreform verlegte. Aber auch hier war er keineswegs glücklich. Es gab allzuviel widerstrebende Wünsche, die berücksichtigt sein wollten. In Süddeutschland z. B. wollte man eine Verfassungsreform im Sinne der Demokratie; man war unter Umständen gewillt, die Verwaltung Preußens und des Reiches - wie Papen das wollte und wie das den süddeutschen Ministern schwere Sorgen bereitet hatte - vereinigen zu lassen, wenn die preußischen Provinzen als Reichsländer dezentralisiert würden, d. h. wenn Preußen also tatsächlich aufgelöst würde, und wenn den süddeutschen Ländern wesentliche Teile ihrer finanziellen Selbständigkeit zurückgegeben würden. Der bayrische Ministerpräsident Held und der Führer der Bayrischen Volkspartei, Schäffer, weilten am 19. September in Berlin und überreichten Papen eine diesbezügliche Denkschrift, worin sie auch einen Volkentscheid über die geplante Reichs- und Verfassungsreform vorschlugen. Es schien auch bei Papens Besuch in München am 11. Oktober, als solle **zwischen Berlin und München endlich eine Einigung auf dem Boden des Föderalismus herbeigeführt werden**. Es kam ein Einvernehmen, eine Versöhnung zustande, der noch verwaiste bayrische Gesandtenposten in Berlin wurde neubesetzt. Die bayerische Presse sang ein Lied der Versöhnung in allen Tönen, man lobte Papen, daß er zum Bismarckschen Bundesreiche, zum Föderalismus zurückkehren wolle. Denn man erblickte in der Beseitigung der Weimarer Verfassung und in der Wiedererweckung des föderalistischen Reiches die beste Garantie für das Eigenleben des bayerischen Volkes. Sogar die **Bayerische Volkspartei brachte Papen ihre Freundschaft entgegen** und beschloß im weiteren Verlauf des Wahlkampfes für die Reichsregierung einzutreten. Papen bezeichnete dies als den größten Erfolg seiner Münchener Reise, allerdings war er nur von kurzer Dauer. Immerhin läßt sich bei Papen das Bestreben feststellen, seine Machtstellung nach dem Bruche mit dem Parlament durch neue freundschaftliche Beziehungen zu den Länderregierungen wieder zu festigen. Allerdings gelang ihm das nicht.

Abermals Regierungspläne einer Verfassungsreform

Die Reichsregierung rechnete, daß die **Arbeiten der Länderkommission zur Vorbereitung der Verfassungsreform** bis zum Dezember beendet sein würden und daß im April 1933 die neue Verfassung in Kraft treten könnte. Sie war sich auch bereits Mitte Oktober darüber klar, daß der neue Reichstag kaum den Verfassungsentwurf verabschieden würde, und erwog die **Einberufung einer neuen Nationalversammlung im November nach Potsdam**. Es liefen Gerüchte um, daß diese Nationalversammlung der Auftakt zu einer Reichsverweserschaft mit dem Endziel der Wiederher-

stellung der Monarchie sein sollte. Andere Gerüchte wieder wollten von der Schaffung eines "Präsidenschaftsrates" wissen, den der Reichspräsident "vorläufig zu seiner Beratung und Unterstützung heranziehen" sollte. Es handelte sich also um eine Art Kronrat.

Die Reformpläne beschäftigten sich vor allem mit drei Hauptfragen: mit der **Eingliederung Preußens in das Reich**, d. h. also mit der Beseitigung des 1919 geschaffenen Dualismus zwischen Reich und Preußen, mit der **Erneuerung des Parlamentarismus**, d. h. also mit der Schaffung eines Oberhauses aus dem Reichsrat, mit dem Zwecke, die Macht des Reichstages einzuschränken, und mit einer **Verstärkung der Macht des Reichspräsidenten**, und schließlich mit der **Schaffung eines neuen Wahlrechts**, d. h. also mit der Heraufsetzung des Wahlalters und der Einführung von Pluralstimmen.

Mitte Oktober 1932 lagen die **Grundzüge des Reformwerkes fest**. Am dringlichsten schien die **preußische Frage**. Die Tätigkeit des Staatskommissars sollte nach Hindenburgs Willen erst dann aufhören, wenn die Verfassungsfrage zwischen Reich und Preußen zugunsten der Reichsregierung entschieden sei und die preußische Exekutivgewalt auf das Reich übergehe. Im übrigen versprach sich die Reichsregierung durch die Vereinfachung der Verwaltung in Preußen eine jährliche Ersparnis von zwei bis drei Milliarden Mark. Der Reichspräsident sollte zugleich preußischer Staatspräsident werden und den preußischen Ministerpräsidenten und die Minister ernennen. Diese Personalunion sollte auch auf Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten wie auch auf einige andere Minister ausgedehnt werden. **Nur zwei preußische Ministerien sollen selbständig bestehen bleiben**, das für Inneres und das für Justiz.

Dem **Landtage** wollte man das Recht zugestehen, einmal zu Beginn der vierjährigen Parlamentsperiode zu der vom Reichs- bzw. Staatspräsidenten ernannten Regierung Stellung zu nehmen. Im Falle des parlamentarischen Vertrauens würde dann die Regierung vier Jahre im Amte bleiben.

Ein besonderes Zugeständnis an die geschäftsführenden Zentrumsregierungen Süddeutschlands war die Absicht, **den einzelnen Ländern die Wahl der Staatsform zu überlassen**. So könnte Bayern ohne weiteres wieder Königreich werden. Auch wollte man den Ländern ein Recht auf Änderung des Wahlsystems zugestehen und ihnen die Möglichkeit geben, den Sturz der Regierung an eine qualifizierte Mehrheit, zwei Drittel oder drei Viertel, zu binden. Dieser Punkt würde also die Möglichkeit in sich schließen, daß eine Regierung weiter im Amte bleiben könne, wenn sie auch nur zu einem Drittel oder gar Viertel das Volk hinter sich hat.

Die Reichsregierung sollte von den **Parteimehrheiten des Reichstages unabhängig** gemacht werden. Dazu sollte eine **erste Kammer** neben dem Reichstag gebildet werden, und Beschlüsse sollten erst dann Rechtskraft erlangen, wenn sie von der gesetzlichen Mehrheit beider Häuser angenommen worden sind. **Reichstagsbeschlüsse mit Zweidrittelmehrheit** dürfen von der ersten Kammer nicht abgelehnt werden. Diese Bestimmungen würden natürlich auch auf den Sturz der Reichsregierung anzuwenden sein, wodurch Artikel 54 der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt würde, der bestimmt, daß Reichskanzler und Reichsminister zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags bedürfen.

Die **erste Kammer** nun sollte bestehen zu einem Drittel aus den von den Ländern ernannten Mitgliedern des Reichsrates, zum zweiten Drittel aus Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates, also Vertretern der Berufsorganisationen und Verbände, und zum letzten Drittel aus "um Staat und Volk verdienten Persönlichkeiten, die der Reichspräsident von sich aus ernennt". Reichsrat und Reichswirtschaftsrat sollten verschwinden.

Natürlich sollte auch das **Wahlrecht** geändert werden: das aktive Wahlrecht sollte auf 25, das passive auf 30 Jahre erhöht werden. Für das Gemeindewahlrecht wurden Zusatzstimmen für Kriegsteilnehmer und Familienväter geplant, so daß also ein Familienvater, der am Kriege teilgenommen hatte, das Anrecht auf drei Stimmen bekam!

Papens sehnlichster Wunsch war es gewesen, die Änderungen des Wahlrechts bereits bei den

Novemberwahlen in Kraft treten zu lassen, durch Notverordnung, aber Hitlers ständige kategorische Forderung, legal zu bleiben, die Verfassung nicht zu brechen, ließen ihn doch von diesem Plane absehen.

Das **Verhältniswahlrecht sollte durch den Ein-Mann-Wahlkreis mit der Möglichkeit der Stichwahl** ersetzt werden. Es würde also in Zukunft jeder Wahlkreis nur einen Abgeordneten in den Reichstag schicken. Die für den Reichstag gewählten preußischen Abgeordneten sollten gleichzeitig den preußischen Landtag bilden.

Im Verhältnis des Reiches zu den übrigen Ländern sollten die **föderalistischen Ideen** Geltung haben, wie sie Papen in München entwickelt hatte.

Diese Verfassungsreform, die in der Hauptsache das Werk des **Reichsinnenministers Freiherrn von Gayl** war, verzichtete auf etwas grundsätzlich Neues und wollte nur "mangelhafte Einrichtungen durch bessere" ersetzen. So wurde von einer **Änderung der Staatsform vollkommen abgesehen**. Der Zweck war die Herbeiführung einer Beständigkeit, die Zurückdrängung der Parteieigenschaften, die Dezentralisierung der Reichsverwaltung, ihre Vereinfachung und Verbilligung. So loblich diese Bemühungen waren, so verderblich waren sie aber auch. **Diese Verfassungsreform war geboren aus dem Parteigeist einer exklusiveren Gesellschaftsklasse und daher unfähig des großen, erwarteten Neuen, nämlich der endgültigen und mutigen Beseitigung des Parteiwesens. Geboren aus dem Liberalismus, fehlte dieser Verfassung der Mut in die Zukunft, sie mußte ein Jahrhundert in die Vergangenheit zurückgreifen, um aus den Anfängen des Parlamentarismus die Heilmittel zu holen gegen die Auswüchse der Gegenwart. Das war paradox; kann man einen kranken Greis heilen, indem man ihm das Blut seiner Jugend einspritzt? Das ist unmöglich! So war dieser Plan einer Verfassungsreform tot und starr, ehe er das Licht der Welt erblickte. Die beiden Kammern, die Heraufsetzung des Wahlalters und die Pluralwahlstimmen, alte Theaterkulissen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, erweckten nur das Gelächter des Volkes, und über die Wiedererweckung des Föderalismus des Bismarckreiches ging das Volk als unzeitgemäß und überaltert hinweg. Der Verfassungsentwurf der Regierung Papen war das kläglichste und stümperhafteste Machwerk, das je das Zeitalter des deutschen Liberalismus zu Wege gebracht hatte!**

Günstig für die Regierungspläne war der Umstand, daß die **Sozialdemokratie** als politischer Faktor fast gänzlich ausgeschaltet war. Mit den Sozialisierungsanträgen, welche die Parteileitung am laufenden Bande produzierte, konnte sie keine zugkräftige Wahlpropaganda mehr treiben. Auch das andere Argument, das bis zum 31. Juli weidlich verwandt wurde, daß nämlich Hitler und Papen sich zur Unterdrückung des werktätigen Volkes verbündet hätten, erwies sich allmählich als hundertprozentige Lüge. Dazu wurde Tag um Tag ein neuer Korruptionsskandal sozialdemokratischer Größen an das Licht der Öffentlichkeit gezogen, und es erwies sich alsbald vor dem Volke, daß die gesamte sozialdemokratische Bonzokratie, von den Ministern angefangen bis hinab zum Ortsvorsteher des kleinsten Dorfes, in Korruption verrotten und verseucht war und mit öffentlichen Geldern schamlosesten Eigennutz getrieben hatte. Daß die Regierung Braun am 20. Juli ohne allen Widerstand sich hatte beseitigen lassen, hatte die Massen der sozialdemokratischen Wählerschaft innerlich sehr erschüttert. Es bildete sich eine aktivistische Opposition gegen den liberalistischen Regierungschlendrian in der Parteileitung. Eine Versammlung Ende September im Bezirk Groß-Berlin erwies die starke Unzufriedenheit der Partei. Dort wurde mit 358 gegen 17 Stimmen der Rücktritt der Wels, Hilferding, Breitscheid, Stelling gefordert. Es ging sehr erregt zu. Künstler, der Bezirksvorsitzende, wurde niedergeschrien. Severing, der das Referat halten sollte, war gar nicht erschienen! Der Partei wurde vorgeworfen, sie habe aufs schwerste versagt. Von den Gewerkschaften wurde dasselbe behauptet. Man forderte neue Männer an die Spitze, in der Partei, in den Gewerkschaften, in der Presse.

Da kam der in schwerer Not befindlichen Sozialdemokratie ein unerwartetes Ereignis noch zu Hilfe. Bekanntlich thronte, wie ein König ohne Land, die am 20. Juli abgesetzte geschäftsführende Preußenregierung Braun-Severing in Berlin wei-

**Staatsgerichtshofsurteil
über Preußen**

ter, neben Bracht, und bezog die großen Ministergehälter nach wie vor. Braun hatte ja nun in Leipzig die Sache vor dem Staatsgerichtshof anhängig gemacht, aber die Verhandlung wurde von Woche zu Woche verschoben, bis sie endlich am 10. Oktober begann. Tagelang wurde von den Parteien das Für und Wider der Vorgänge am 20. Juli erörtert, und der bayerische Vertreter - die Länder hatten ja auch Partei für Braun-Severing genommen und sich der Klage gegen das Reich angeschlossen - gab dabei die interessante Erklärung ab, Bayern bestreite, daß für die Länder eine Treupflicht gegenüber dem Reiche bestehe, zumindest sei sie nicht innenpolitisch vorhanden! Die Länderpflichten seien verfassungsmäßig festgelegt, von einer Treupflicht aber stehe nichts in der Verfassung!

Am 25. Oktober verkündete der Staatsgerichtshof das Urteil: Die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Preußen erfolgte Einsetzung der Reichskommissare sei durch die Verfassung zu rechtfertigen, doch könne dem preußischen

*Preußische
"Hoheitsregierung" gegen
kommissarische
Exekutivregierung*

Staatsministerium und seinen Mitgliedern die Vertretung des Landes Preußen im Reichsrat, im Reichstag oder sonst gegenüber Preußen oder anderen Ländern nicht entzogen werden. Durch dieses Urteil wurde ein kurioser Zustand geschaffen. Preußen hatte jetzt in aller Form des Rechtes **zwei Regierungen, die "Hoheitsregierung" der Braun und Severing**, welche das Land staatsrechtlich im Reich, in den Parlamenten usw. zu vertreten hatte, und die **kommissarische "Exekutivregierung" der Papen und Bracht**, welche für die öffentliche Ruhe und Ordnung zu sorgen hatten!

Papen, der durch seine liberalistische Saumseligkeit es überhaupt erst ermöglicht hatte, daß der Staatsgerichtshof ein Urteil fällen konnte, befand sich in einer unangenehmen Lage. Notgedrungen mußte er jetzt eine Form der Zusammenarbeit zwischen geschäftsführender und kommissarischer Preußenregierung finden, wenn er auch sogleich erklärte, daß die bisherigen Maßnahmen der kommissarischen Regierung durch das Urteil keineswegs berührt würden.

Braun aber und Severing frohlockten. Der demonstrative Einzug der Minister in die Geschäftsräume des ihnen zur Verfügung gestellten preußischen Wohlfahrtsministeriums artete in eine öffentliche Huldigung des Reichsbanners aus, und gleich am folgenden Tage, dem 26. Oktober, **hielt Braun eine Kabinettsitzung** ab, die der kommissarischen Regierung den Kampf ansagte. Im Wohlfahrtsministerium, wo das "Kabinett" tagte, setzte jetzt ein reges Kommen und Gehen ein. Die von Bracht gestürzten Größen, die Gewerkschaftsführer und Pressevertreter, alle treuen Paladine des Systems stellten sich ihren Herren wieder vor, und eine Anzahl der von Bracht abgesetzten Beamten wurde in neue Ämter eingeführt.

Für Papen war diese Wendung der Dinge der Anlaß, die geplante Reichsreform und die Personalunion zwischen Reich und Preußen zu beschleunigen. Auch Hindenburg war bemüht, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden. "Das Reich muß gerettet werden, aber die beschworene Verfassung ist mir heilig" äußerte er. Am 29. Oktober erschien **Braun bei Hindenburg zu einer Unterredung, an der auch der Reichskanzler teilnahm.** Braun forderte, Bracht solle sich nur auf solche Maßnahmen beschränken, welche die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung betrafen; mit den personellen Veränderungen solle er aufhören. Dem aber widersprach Papen: Der Kommissar müsse die gesamte Exekutive haben und habe daher die Pflicht, die preußische Verwaltungsreform durchzuführen; die personellen Veränderungen seien nur aus sachlichen Gründen vorgenommen worden; der Reichskommissar werde der preußischen Regierung die Möglichkeit geben, die ihr im Leipziger Urteil zuerkannten Rechte auszuüben; aber Eingriffe in die Befugnisse des Reichskommissars werde man nicht dulden. Braun entgegnete, die Verwaltungsreform solle nicht ohne vorherige Verständigung mit der preußischen Regierung durchgeführt werden. Hindenburg hob nun hervor, daß zur Wiederherstellung gefestigter Verhältnisse es weiterhin notwendig sei, die staatlichen Machtmittel Preußens und des Reiches in einer Hand zu behalten und die Politik Preußens und des Reiches in einheitliche Bahnen zu führen. Eine Verständigung zwischen Braun und Papen kam daher nicht zustande.

Die Folge davon war, daß noch am gleichen Tage **Papens Verordnung zur Verbilligung und Vereinfachung der Verwaltung in Preußen bekanntgemacht wurde**. Sechs Fachministerien für Inneres, Finanzen, Landwirtschaft, Wirtschaft und Arbeit, Kultur und Justiz wurden kommissarisch besetzt und der Innenminister Dr. Bracht sowie der Landwirtschaftsminister Dr. Popitz wurden zu Reichsministern ohne Portefeuille ernannt, damit die neue Preußenregierung zugleich in der Reichsregierung vertreten und der Dualismus Reich-Preußen ausgeschaltet sei.

Aber Braun gab nicht nach. Die Reichsregierung hatte den Reichsrat, dessen Tätigkeit drei Monate geruht hatte, auf den 10. November einberufen. Braun verlangte, daß er am 3. November zusammentrete. Sein Verlangen wurde nicht berücksichtigt. Am gleichen 3. November schrieb Braun einen **Brief an den Reichspräsidenten**, worin er forderte, daß der Reichspräsident als Hüter der Verfassung die Reichsregierung zur loyalen Erfüllung des Leipziger Urteils anhalte. Es würden der preußischen Regierung zahllose kleinliche Schwierigkeiten bereitet. Hier meinte Braun vor allem den Umstand, daß Bracht der Preußenregierung nicht sämtliche beanspruchte Regierungsamtsgebäude zurückgab, sondern ihr nur das Wohlfahrtsministerium einräumte, sowie daß der Preußenregierung der Verkehr mit den Beamten und die geforderte Einsicht in die Akten verweigert wurde. Weiterhin bezeichnete Braun als eine "selbstverständliche Pflicht", daß die von Hindenburg neu ernannten Minister sich der "Hoheitsregierung" vorzustellen und ihre Beglaubigung von ihr einzuholen hätten. Falls dieser letzte Versuch einer Verständigung scheitere, werde die Preußenregierung aufs neue den Staatsgerichtshof anrufen. Hindenburg gab das Schreiben an Papen weiter. Und so war der Konflikt zwischen der Preußenregierung und der Reichsregierung, als die Wahlen heranrückten, noch in keiner Weise der Klärung einen Schritt näher gekommen. Papen und Bracht aber hatten nicht bloß den preußischen Landtag, sondern nun auch noch die alte Regierung Braun zum Gegner: die Dinge wurden immer verworrener.

Spannung zwischen Reich und Bayern

Schlimm aber war es, daß jetzt wieder **die bayerischen Separatisten in heftiger Opposition zur Reichsregierung standen**. Im Namen des gesamten bayerischen Staatsministeriums protestierte **Held bei Hindenburg** gegen die Preußenverordnung vom 29. Oktober. Sie enthalte schwere Eingriffe in die verfassungsmäßige Stellung aller deutschen Länder gegenüber dem Reiche und untereinander. Eine Reichsreform könne doch nur auf gesetzlichem Wege und nur nach Verhandlungen mit den Ländern eingeleitet werden. Der Minister rat bitte daher den Reichspräsidenten, keine Entscheidungen zu treffen, bevor nicht mit den andern Ländern verhandelt worden sei. Hindenburg ließ Held antworten, dieser gehe von falschen Voraussetzungen aus, denn die preußischen Maßnahmen lägen durchaus im Rahmen der durch den Staatsgerichtshof dem Staatskommissar zugewiesenen Aufgaben.

Held aber, der durch seine Attacke sich das Lob der Sozialdemokraten und den Tadel aller nationalen bayerischen Kreise verdient hatte, führte den hartnäckigen Kampf gegen die Reichsregierung weiter. Er hielt in **Süddeutschland öffentliche Wahlreden, in denen er Papen ausgiebig angriff: Wer heute unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Parteien den Parlamentarismus und die Volksvertreter selbst angreife, der sei in Wahrheit ein Feind des Vaterlandes! Das ganze Volk sei es, das bei der Schmälierung der Rechte der Volksvertretung die Rechnung zu bezahlen habe**. Was das Vorgehen des Reichs in Preußen betreffe, so schaffe die Aushöhlung der Länderrechte dieselbe verderbliche innerpolitische Spannung wie eine Verpreußung des Reiches. In Stuttgart sah sich der bayerische Ministerpräsident genötigt, noch einmal zu "warnen" und an den Maßnahmen der Reichsregierung "ernste Kritik zu üben." In einer Rede am 1. November in einer Zentrumsversammlung bezeichnete er Papens Föderalismus als "Opportunismus". Die Maßregeln in Preußen kehrten die Grundlage der Reichsverfassung völlig um. **Er, Held, habe jetzt den Glauben an das Kabinett von Papen verloren und müsse bekennen, daß er aufs schwerste enttäuscht worden sei. Er halte es für seine Pflicht als bayerischer Ministerpräsident, öffentlich gegen Papen aufzutreten und seine Maßregeln zu bekämpfen, da die Lösung des Dualismus zwischen Reich und Preußen gegen die Verfassung versucht werde**.

Papen beantwortete diese ganz unerhörte Fronde mit der Mitteilung, daß der Verkehr zwischen Ber-

lin und München aufs äußerste beschränkt werde, bis Held sich entschuldigt habe. Aber Held dachte nicht daran. Stur und starr hielt er an seiner Vorstellung fest, die Gleichschaltung Reich-Preußen bedeute eine große Gefahr für die Selbständigkeit der Länder; man könne sich des Gedankens nicht erwehren, daß eine absolute zentralistische Reichsreform gemacht werden solle. Natürlich rückte jetzt auch wieder die **Bayerische Volkspartei**, von welcher der Prälat Leicht am 26. Oktober noch erklärt hatte, daß sie sich in "leichter" Opposition zu Papen befände, in eine entschlossene Kampfstellung gegen den Kanzler.

Wohin man blickte, erhoben sich ungeheure Schwierigkeiten gegen Papen. Sie ergaben sich aus der Zwitterstellung der Reichsregierung zwischen zwei politischen Weltanschauungen. Behaftet mit dem Geiste des Liberalismus, den Papen zerstörend in Wirtschaft und Staat gewähren ließ, versuchte er autoritär gegen das Volk zu regieren. Den entschlossenen Bruch mit dem Alten, mit dem Parteiwesen, konnte und durfte er nicht vollziehen, weil das Volk nicht hinter ihm stand. Alle seine Reformen bewegten sich innerhalb der liberalistischen Gedankengänge, jener Ideen, die nicht fähig waren, die große Volksgemeinschaft herbeizuführen. Doch umsonst waren alle seine Bemühungen, der revolutionären Sturmflut einen konservativen Damm entgegenzusetzen.

So versuchte er denn durch **einige kleine Maßnahmen** wenigstens etwas aus dem großen Schiffbruch seiner Regierung zu retten. Mitte Oktober beschloß das Kabinett in der **Arbeitslosenversicherung** für die Wintermonate einen nach dem Familienstande gestaffelten Zuschlag zu den Unterstützungssätzen. Die Reichszuschüsse an die Gemeinden wurden also zur Erhöhung der Wohlfahrts-hilfe im Oktober von 50 auf 60, im November auf 65 Millionen heraufgesetzt. Auch wurden die **Härten der Notverordnung vom 14. Juni 1932 in den Leistungen der Arbeitslosen-, Kranken- und Unfallversicherung beseitigt**. Das Reich entschloß sich, die jährliche Mehrbelastung von 70 Millionen zu übernehmen. Auch wollte man das **Arbeitsbeschaffungsprogramm** ausbauen, um Städte und Gemeinden zu entlasten. Man wollte ursprünglich 1½ Milliarden anwenden, um eine Million Erwerbslose zu beschäftigen. Da man aber nicht wußte, woher man das Geld nehmen sollte, ging man alsbald auf die Hälfte zurück und gedachte, die erforderliche ¾ Milliarde zu einem Drittel durch Ersparnis der Unterstützungskosten, zu zwei Drittel durch Steuergutscheine aufzubringen. Ja, Papen plante sogar einen mutigen Schritt gegen die Industrie, indem er Ende Oktober eine Notverordnung ankündigte, welche die Höchstgehälter in den Subventionsbetrieben kürzen sollte. Diese Notverordnung jedoch ist nicht Wirklichkeit geworden.

Trotz aller Fehlschläge und Enttäuschungen blieb Papens politisches Ziel die **Regierung über den Parteien**, oder, wie er es nannte, die **"konservative Weltanschauung" und ihre "Verankerung in der göttlichen Ordnung der Dinge"**. So wurde er zum Gegner des Nationalsozialismus, weil dieser seiner Ansicht nach aus dem Prinzip der Totalität, der Ausschließlichkeit heraus am 13. August die Alleinherrschaft der Partei verlangt habe. **Der 13. August sollte nach dem Willen Papens die Synthese aller wahrhaft nationalen Kräfte bringen, welche die Reichsregierung seit Beginn ihrer Tätigkeit proklamiert, gefördert und gehofft habe**. Volk gegen Partei, das war Papens Losung im Kampfe gegen Hitler: wer sich in diesem Kampfe nicht eindeutig und geschlossen hinter die Regierung stelle, sei ein Feind des deutschen Volkes. Der Fehlschluß aber war, daß Papen, entgegen den Tatsachen, das Volk auf seiner Seite zu haben glaubte. Es war nicht die Idee des Nationalsozialismus, gegen die Papen anging, versuchte er doch selbst manche nationalsozialistische Gedankengänge, besonders in der Arbeitsbeschaffung, zu verwirklichen, es war der **politische Charakter als Partei**, die der Kanzler ablehnte und bekämpfte.

Hugenberg und die Deutschnationalen gingen erheblich weiter. Sie kämpften zwar auch für den autoritären Staat gegen den Parteistaat, waren aber vermessen, ihre winzige, fast ausschließlich aus Angehörigen der oberen Gesellschaftsklassen bestehende Partei als Träger der ersehnten Volksgemeinschaft, als den deutschen Nationalverein des Dritten Reiches zu bezeichnen. Dann aber zeigten sich die **Deutschnationalen** unverhüllt auch als die **Vorkämpfer des Kapitalismus**. Sie wandten sich gegen die Nationalsozialisten, weil sie die "Schwenkung zum reinen Sozialismus" vorgenommen hätten. **Die Brechung der schwarz-braunen Mehrheit im Reichstag bezeichnete Hugen-**

berg geradezu als das wichtigste Ziel der bevorstehenden Wahl. In einem Rededuell zwischen dem Deutschnationalen Schmidt und dem Nationalsozialisten Dr. Göbbels in Berlin am 19. Oktober wies Göbbels die deutschnationalen Angriffe mit größter Schlagfertigkeit zurück: Die Nationalsozialisten hätten zwar faktisch Umwege [...] in erobern, im Auge behalten, um damit dem Nationalsozialismus zum Durchbruch zu verhelfen. *[Scriptorium merkt an: der Text ist im Original hier unvollständig.]* Die Nationalsozialisten hätten nicht mit dem Zentrum verhandelt, um das Parlament zu retten, sondern um die Rechte des Volkes, die nun einmal in den Parteien zum Ausdruck kämen, zu verteidigen gegen eine Regierung, die nicht den mindesten Anhang im Volke habe. Wenn Papen mit seiner Politik Schiffbruch erleide, so ziehe er sich zurück und die Nation werde nicht erschüttert. Erleide aber Hitler Schiffbruch, so verlören 14 Millionen Deutsche ihre Hoffnung. Der Einsatz könne nur gewagt werden, wenn die Sicherheit bestehe, daß er zum Erfolge führe.

Aber die Deutschnationalen hofften auf einen großen Sieg am 6. November: Die Massen der Enttäuschten würden zu Millionen zur Hugenberg-Partei zurückkehren und mit dem Nationalsozialismus werde es vorbei sein! Sie zogen ihre Hoffnung aus gelegentlichen kleinen Gemeindewahlen, die in der Tat hier und da das Ausbrechen einiger zager Seelen aus der nationalsozialistischen Front erwiesen. Ihre Hoffnungen aber standen auf dem schwankenden Grunde der Verzweiflung über die jahrelangen Mißerfolge ihrer eigenen winzigen Partei.

**Deutschnationale und
Stahlhelm für Papen**

Gemeinsam mit den Deutschnationalen setzten sich **Stahlhelm und vaterländische Verbände für die Regierung Papen ein.** Ende Oktober erklärte der Nationalsozialist Graf Reventlow, die Nationalsozialisten seien entschiedene Gegner des Stahlhelm, da er sich in den Dienst des Kapitalismus gestellt habe. Andere Verbündete aber hatte Papen nicht. Wir sahen, daß die **bayerische Volkspartei** nach vorübergehender Annäherung wieder weit von der Reichsregierung abgerückt war. Der **Zentrumsführer Prälat Kaas** erklärte Mitte Oktober, daß seine Partei zu sachlicher Mitarbeit an einer Präsidialregierung bereit sei und die Hand bieten wolle zu jeder gemeinsamen Besserung der Lage des deutschen Volkes, das sich in so schwerer Not befinde. Mit Papen aber, das ließ das Zentrum allezeit erkennen, wollte es nicht zusammenarbeiten. Im übrigen hüllte sich die Partei in tiefes Schweigen und wartete die Entwicklung ab, um die günstigste Konjunktur zur Wiedereinschaltung in die Macht rechtzeitig zu erfassen.

In seinem Kampfe um die Macht war der **Nationalsozialismus** ganz allein auf sich gestellt. Aber mit der feurigen Leidenschaft seiner Führer, Adolf Hitlers, Hermann Görings und Joseph Göbbels, riß er die Massen mit sich fort und begeisterte sie stets von neuem, den Kampf um die Befreiung des deutschen Volkes zum siegreichen Ende zu führen. Den Auftakt der gewaltigen Kundgebungen bildete der **machtvolle Aufmarsch der Hitlerjugend am 1. Oktober in Potsdam**, an dem sich 100 000 deutsche Jungens und Mädels beteiligten. In allen Teilen Deutschlands fanden begeisterte Riesensammlungen statt. Schonungslos gingen die Redner mit Papen ins Gericht, zeigten den Zusammenbruch seiner Wirtschaftspolitik, entwickelten die Gefahren seiner Reichsreform. Adolf Hitler war von einem gewaltigen und unerschütterlichen Glauben an seinen Sieg erfüllt: "Im Bewußtsein, für das Recht und die Zukunft des Volkes zu kämpfen", sagte er einmal Anfang Oktober,

**Regierung gegen
Nationalsozialisten**

"geht die nationalsozialistische Bewegung von dem gleichen Kampfgeist beseelt mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft in den Wahlkampf hinein. Sie besitzt in ihrer Organisation alle Voraussetzungen eines erfolgreichen Kampfes, die überhaupt denkbar sind. Wir werden für den 6. November kämpfen, als ob davon Deutschlands Sein oder Nichtsein abhängen werde. Ich sehe dem Kampf mit absoluter Zuversicht entgegen. Die Schlacht kann beginnen, in vier Wochen werden wir aus ihr als Sieger hervorgehen."

Als Papen in München seine schweren Anklagen gegen Hitler vorgebracht hatte, antwortete dieser mit einem offenen Briefe aus Koburg vom 16. Oktober. Am Schlusse dieses Briefes schreibt Hitler:

"Ich halte, Herr Reichskanzler, aus meinem geistigen, sozialen und politischen Gewissen heraus Ihre Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik für falsch, ja für im höchsten Maße ver-

derblich für Deutschland. Ich sehe als Folge eines Andauerns Ihrer Regierung über eine längere Zeit nicht nur ein erneutes Aufreißen unserer alten Klassengegensätze, sondern die drohende Gefahr einer dann nicht mehr zu verhindernden Bolschewisierung. Ich setze mich daher gegen Sie und Ihre Politik mit meiner Bewegung so zur Wehr, als ob wir das geistige, soziale und politische Gewissen der Nation seien. Daß Sie aber, Herr Reichskanzler, uns deshalb, weil wir insbesondere die unmögliche Art der Wahrnehmung der außenpolitischen Interessen der deutschen Nation durch Ihre Regierung ablehnen, einfach als 'Feinde des deutschen Volkes' hinstellen, ist so unnatürlich, daß uns nur die legale Befolgung der Gesetze verhindert, Ihnen die darauf nötige Antwort zu geben. Ich wende mich aber an die Millionen meiner Anhänger, die ich bitte, diese meine Darlegungen nüchtern prüfen und in Vergleich zu Ihrer Rede setzen zu wollen. Der Urteilsspruch dieser Millionen ist mir heute schon klar. Am 6. November wird Ihnen, Herr von Papen, und den Sie begleitenden Parteien und Interessengruppen das deutsche Volk wohl die Erkenntnis vermitteln, daß mangelnde staatsmännische Qualität nicht durch Berufung auf übernatürliche Herkunft ausgeglichen werden kann."

Es blieb bei der Leidenschaft der Nationalsozialisten nicht aus, daß es in **deutschnationalen Wahlversammlungen, wo es Angriffe und Verleumdungen gegen die Hitlerbewegung hagelte, zu teilweise recht schweren Zusammenstößen mit Angehörigen der Hitlerbewegung kam.** Ende September sprengten die Nationalsozialisten deutschnationale Versammlungen in Berlin, in Frankfurt an der Oder. In Neukölln fand am 6. Oktober eine wahre Saalschlacht statt, bei der es 14 Verwundete gab. Am nächsten Tage mußte die Polizei mit dem Gummiknüppel die kämpfenden Menschenmassen einer Versammlung in Düsseldorf trennen. In Minden, Berlin, Hamburg, Stolp in Pommern wiederholten sich solche Vorfälle. Der Stahlhelm hatte den Saalschutz der Deutschnationalen übernommen, und so geschah es, daß sich häufig S.A. und Stahlhelm in ein Handgemenge verwickelten.

Die Regierung hielt es für nötig, mit Machtmitteln gegen den "braunen Versammlungsterror" vorzugehen. In der **Rheinprovinz** verbot der dem Zentrum angehörige Oberpräsident sämtliche nationalsozialistischen Zeitungen. In Düsseldorf untersagte der Polizeipräsident sämtliche nationalsozialistischen Wahlversammlungen. In Koburg wurden zum Hitlertag am 15. und 16. Oktober alle Standkonzerte und der geplante Propagandamarsch verboten. In Berlin hatte bereits am 12. Oktober auf Anordnung Brachts der deutschnationale Polizeipräsident eine große nationalsozialistische Versammlung im Sportpalast verboten, wo Göbbels und Kerrl reden sollten. Die Verbotspraxis schien der Regierung und Polizei das wirksamste Kampfmittel gegen die "undisziplinierten" Nationalsozialisten zu sein. -

Einen geheimen Feind aber gab es in Deutschland, der mit Vergnügen den Kampf zwischen Hitler, Papen und Hugenberg verfolgte. Das waren die **Kommunisten**. Auf der Sitzung des Politbüros vom 14. August 1932 in Moskau erklärte der Vertreter der III. Internationale, Manuilsky, daß die gegenwärtige Lage Deutschlands für einen kommunistischen Umsturz außerordentlich günstig sei. Allerdings, so meinte er, sei die größte Gefahr für den Kommunismus eine Koalition zwischen Nationalsozialismus und Zentrum. Losowsky, der für die revolutionäre Gewerkschaftsinternationale sprach, forderte rücksichtslose Ausnutzung der Lage und entwickelte die Methoden des Terrors und des Bürgerkriegs. In dem Augenblick, wo der deutsche Staatsapparat schwach werde, müsse man sofort die Verwirrung und den Verfall durch die Organisation von Streik, Sabotage und die Anwendung der Methoden des Massen- und individuellen Terrors verstärken. Man müsse vor allem auch den Stahlhelm genau überwachen. Stalin empfahl dann Anlegung von Blutlisten und Verstärkung der Waffen- und Sprengstofflager.

**Erneuter politischer
Meuchelmord**

Nun hatte ja die Regierung Papen den Kommunisten das Handwerk gelegt. Die kommunistische Presse war verboten, Versammlungen durften nicht abgehalten werden. Um so eifriger aber wühlten die Kommunisten im Geheimen.

Die Reichsregierung sah sich genötigt, in der Nacht vom 12. zum 13. September bei der **kommuni-**

stischen Reichstagsfraktion eine Haussuchung vornehmen zu lassen. Schon am nächsten Tage konnte in Berlin eine **Geheimdruckerei** ausgehoben werden, in der man 50 Zentner Zersetzungsmaterial, darunter 50 000 Stück der illegalen *Roten Sturmflagge*, fand.

Der **politische Meuchelmord** hatte allerdings infolge der Notverordnung vom 10. August 1932 nahezu sein Ende erreicht. Bis Ende September ereigneten sich nur drei Terrortodesfälle, verschwindend wenig im Verhältnis zu den vorhergehenden Monaten. Als aber die Leidenschaft des Wahlkampfes im Oktober ihrem Höhepunkte zusteuerte, kam es wieder zu **schweren blutigen Auseinandersetzungen**. Kommunisten und Reichsbanner überfielen die Nationalsozialisten; so kam es am 16. Oktober in Dortmund zu schweren Schießereien, eine Woche später streckten Reichsbannerangehörige in Bochum und Kommunisten in Castrop zwei S.A.-Leute nieder. Am gleichen Sonntag überfielen Kommunisten und Reichsbannerangehörige in verschiedenen Stadtteilen Leipzigs S.A.-Leute und Nationalsozialisten, verletzten 16 von diesen, darunter fünf schwer. In allen Teilen des Reiches rührte sich der marxistische Meuchelmord wieder. Besonders in Hamburg setzte in der letzten Woche vor der Wahl eine blutige Mordwelle ein. In den unsicheren Vierteln wurden S.A.-Leute von Reichsbanner und Kommunisten angefallen und niedergestochen. Am 2. November, morgens 7 Uhr, entwickelte sich am Gängeviertel ein regelrechtes Feuergefecht, in dessen Verlauf 12 Menschen verletzt wurden.

Welche Hoffnungen die Kommunisten hegten, bewies ein entdecktes geheimes "**Rundschreiben der Parteileitung des Zentralkomitees der K.P.D.**" Es enthielt, getreu den Moskauer Vorschriften, genaue Anweisungen für einen am 15. November geplanten bewaffneten Aufstand, der die "zweite Revolution" einleiten sollte. Generalstreik, Machtergreifung und Standrecht für alle gegnerischen Parteien waren vorgesehen. -

**Reichstagswahl
am 6. November 1932**

Es war in der Tat, wie Hitler sagte: **von der Wahl des 6. November hing Deutschlands Sein oder Nichtsein ab**. Der Nationalsozialismus war das starke Bollwerk gegen den Bolschewismus, das letzte Bollwerk! Worauf hofften denn auch die Verblendeten, die den Zusammenbruch der Hitlerbewegung ersehnten? Sie, die Liberalisten, waren unfähig zu erkennen, daß nach Hitler nur das Chaos kam.

Die Wahl am 6. November hatte folgendes Ergebnis:

	6. XI. 32			31. VII. 32		
	Stimmen	Sitze	%	Stimmen	Sitze	%
Nationalsoz.	11 705 256	196	33,5	13 772 748	230	37,9
Deutschnationale	3 061 626	51	8,6	2 184 971	37	6,0
Dt. Volkspartei	659 703	11		434 548	7	
Wirtschaftspartei	110 117	2		146 261	1	
Chr.-Soz. Volksd.	412 523	5		364 749	4	
Deutsch. Landvolk	46 186	-		91 316	1	
Staatspartei	338 064	2		371 871	2	
Sozialdemokraten	7 231 404	121		7 953 986	133	
Soz. Arbeiterpartei	45 036	-		73 982	-	
Kommunisten	5 970 833	100		5 365 666	89	
Zentrum	4 228 322	69		4 587 477	75	
Bayr. Volkspartei	1 088 595	19		1 190 463	22	
Zusammen:		582			608	

Das Ergebnis entsprach der Lage des Volkes. **Die Regierung Papen hatte eine Niederlage erlitten**. Der Nationalsozialismus hatte sich behauptet, wenn er auch zwei Millionen schwankender und unzuverlässiger Wähler verloren hatte. **Die Regierungsparteien, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, hatten kaum 10 Prozent der Sitze im neuen Reichstag inne**. Die Sozialdemokraten verloren zugunsten der Kommunisten 11 Mandate, Zentrum und Bayerische Volkspartei büßten 9 Sitze ein. Die Nutznießer der Wahl waren die bürgerlichen Parteien, Splitterparteien, und die Kom-

munisten, aber dieser Erfolg lag gewiß nicht im Sinne des deutschen Volkes, er war das Ergebnis der Regierungspolitik Papens.

Die Sieger der Wahl blieben die Nationalsozialisten, doch dieser Sieg lag nicht im Sinne Hindenburgs und Papens. Das bisherige Regierungssystem des autoritären Staates hatte eine schwere Niederlage erlitten.

Deutlicher konnte es nicht zum Ausdruck kommen: **Papen war legal unterlegen, Hitler hatte legal gesiegt**. Und darum war es ja gegangen bei dieser Wahl, daß in aller verfassungsmäßigen Ordnung der nationalsozialistische Führergedanke den "autoritären Staat" der liberalistischen Ära überwand. So war der 6. November ebenso wie der 12. September die unmittelbare Folge des 13. August, ein weiterer Schritt, den Reichspräsidenten zu überzeugen, daß ein entschlossener Wechsel in der Leitung des Reiches und Volkes vonnöten sei.



16. Kapitel: Deutschlands Kampf um Gleichberechtigung.

1. Phase: Die Vorbereitung der Weltöffentlichkeit, August 1932

Am 23. Juli 1932 hatte sich die **Abrüstungskonferenz** auf ein halbes Jahr vertagt mit einer EntschlieÙung, die von Deutschland und Rußland abgelehnt worden war. Diese EntschlieÙung enthielt nämlich nur Redensarten: man werde die Land-, See- und Luftrüstungen wesentlich herabsetzen, man werde die Verminderung der Angriffsmittel als ein "wesentliches Ziel" im Auge behalten. Man rühmte dann das Verbot des bakteriologischen und chemischen Krieges als einen schon errungenen Erfolg, verschwieg aber, daß bereits 1925 ein Abkommen über ein solches Verbot von 34 Staaten, darunter allen europäischen Großmächten, ratifiziert worden war. Und dann wurde die Verlängerung des Rüstungsstillstandes vom 1. November 1932 auf weitere vier Monate beschlossen.

Vorbereitung der Welt durch Deutschland

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk waren, wie vorauszusehen, herzlich unbefriedigt von diesem Ergebnis. **Reichswehrminister Schleicher** kam zu folgendem Urteil:

"Der erste Abschnitt der Abrüstungskonferenz hat keinen merklichen Fortschritt in der Richtung einer allgemeinen Abrüstung gebracht. Die EntschlieÙung vom 23. Juli läÙt nicht nur die Gleichberechtigung außer acht, sie zielt vielmehr auf die Fortdauer entwürdigender Sonderbehandlung einzelner Staaten ab. Die nationale Sicherheit Deutschlands bleibt weiterhin in unerträglicher Weise gefährdet. Das drastische Urteil, das der Delegierte einer fremden Macht über die Verhandlungen der Vorbereitenden Abrüstungskommission fällte, gilt auch für den ersten Konferenzabschnitt: man hat wieder einmal eine feierliche Pontifikalmesse für die Abrüstung gelesen mit dem festen Vorsatz, in allen sieben Todsünden des Wettrüstens zu verharren."

Deutschlands Gleichberechtigung

Dem Wehrminister fiel die Aufgabe zu, die Weltöffentlichkeit darauf vorzubereiten, daß Deutschland nicht länger Geduld habe, als eine Macht minderer Achtung behandelt zu werden, und daß die Reichsregierung nun mit dem Umbau der Wehrmacht beginnen werde. Man dachte an die Herabsetzung der Dienstzeit in der Reichswehr und an die Angliederung einer Pflichtmiliz an das stehende Heer. Schleicher betonte, **Deutschland fordere Gleichberechtigung und Wiedergewinnung seiner nationalen Sicherheit, sowohl im Hinblick auf die Wehrverfassung wie im Hinblick auf die sogenannten Angriffswaffen**. Die Regierung werde nicht eher wieder einen Vertreter nach Genf schicken, bis Deutschlands Gleichberechtigung anerkannt sei. Entweder müÙten die Entwaffnungsbestimmungen des **Versailler Diktats** auf alle Mächte angewandt werden, oder aber man müsse Deutschland das Recht zubilligen, sein Wehrsystem so umzubauen, daß es seine nationale Sicherheit gewährleiste.

Grundsätzlich war **Präsident Hoover in Amerika** der gleichen Ansicht; man müsse den Versailler Vertrag revidieren, wenn man die Welt

Stellung der Völker und ihrer Regierungen

in Ordnung bringen wolle. In **England** aber nahm man die deutschen Eröffnungen mit sorgenvoller Miene auf. **Macdonald und sein Außenminister Simon** stellten zunächst einmal fest, daß die Grundlage der deutschen Gleichberechtigungsforderung im Versailler Vertrag, im Völkerbundstatut, im Briefe der Alliierten vom Juni 1919 und in einem Briefe im Anhang zum Locarno-Vertrage gegeben sei. Leider seien hier aber widersprechende Auslegungen möglich. Andererseits dürfe eine Großmacht auf die Dauer nicht in einem Zustande der Minderwertigkeit gehalten werden, jedoch könne der Anspruch auf Rüstungsgleichheit sich auch auf See- und Luftrüstung erstrecken und vielleicht zu weiteren politischen Forderungen, wie z. B. Rechte auf Kolonialmandate, führen. Entweder müsse man schrittweise durch ein Abkommen zwischen Deutschland und den übrigen Mächten die bestehenden Ungleichheiten beseitigen, oder, wenn man Zugeständnisse an Deutschland ablehne, müsse man das Risiko eines gegensätzlichen und nicht geregelten Wiederaufbauprozesses auf sich nehmen. Die **englischen Kronjuristen** kamen Ende August zu folgendem Ergebnis: Deutschlands Forderung ist rechtlich und sittlich berechtigt und man dürfe es nicht dahin kommen lassen, daß Deutschland sich von der Abrüstungskonferenz zurückziehe; möglicherweise könne dies den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund zur Folge haben, und den wüschte England zu vermeiden. Deswegen sei eine dilatorische Politik am Platze: England solle grundsätzlich Deutschland versprechen, daß es später die deutsche Gleichberechtigung anerkennen werde, Deutschland aber solle im Völkerbund bleiben und beim Abschluß der Abrüstungskonferenz mitwirken. Deutschland solle die Möglichkeit haben, seine Forderungen mit größtem Takt und Geschick in Genf vorzubringen. Auf diese Weise glaubten die englischen Staatsmänner einen Kompromiß gefunden zu haben, der Deutschland, Frankreich und England befriedigen sollte. - Die **englische Presse**, allem voran die *Times*, hielten es durchaus für nötig, daß man sich mit den deutschen Forderungen beschäftige und Deutschlands Drohung, nicht mehr in der Abrüstungskonferenz zu erscheinen, ernst nehme.

In der Tat betrachteten die Engländer Deutschlands Forderungen als begründet. Der **Vollzugsausschuß der englischen Völkerbundsvereinigung**, in dem sich Männer wie Lord Cecil, Sir Norman Angell, Professor Murray, Lord Percy und Vizeadmiral Allen befanden, richtete eine EntschlieÙung an die Regierung, worin sie allgemeine Rüstungsherabsetzung in der ganzen Welt und allgemeine Abschaffung der für Deutschland verbotenen Angriffswaffen forderten.

Auch in **Italien** stimmte man Deutschland bei: die deutschen Forderungen seien rechtlich in den Verträgen klar begründet und es gebe nur eine Entscheidung: entweder rüsten alle Staaten ab oder alle Staaten, Deutschland eingeschlossen, haben das Recht, gemäß ihrer nationalen Notwendigkeiten zu rüsten.

In **Frankreich** rüstete man sich zu Abwehr und Gegenangriff. Zunächst wurde André Fribourg, der Vorsitzende der Auswärtigen Kommission der Kammer, nach Berlin geschickt, um mit Papen, Neurath und Schleicher zu verhandeln, um sich über das Rüstungsproblem zu orientieren. Die sozialistische Zeitung *Populaire* machte der Regierung Vorwürfe: die Wiederaufrüstung Deutschlands sei doch die logische Folge, weil Frankreich und seine Verbündeten in der Abrüstungsfrage völlig versagt hätten. Oberst Fabry aber griff zu einem seit Jahren beliebten Mittel: im *Intransigent* erzählte er schreckliche Geschichten von systematischen Geheimrüstungen Deutschlands, die deutsche Regierung habe die oberste Heeresleitung und die Generalstäbe wieder eingerichtet, habe die verbotene Waffenfabrikation wieder aufgenommen, unendlich viele Soldaten ausgebildet und ein Mobilisierungssystem geschaffen. Die Reichsregierung könne wohl die militärischen Klauseln von Versailles ablehnen, aber nicht behaupten, sie eingehalten zu haben. Ein großer Teil der deutschen Forderungen sei ja bereits heimlich verwirklicht! Es sei wohl an der Zeit, den deutschen Rüstungsstand genau festzustellen. Es gehe nicht an, daß Frankreich fortgesetzt seine Rüstungen verringere, während Deutschland heimlich aufrüste.



2. Phase: Diplomatische Auseinandersetzung mit Frankreich, erste Septemberhälfte 1932

Ende August war die politische Atmosphäre in der Welt insoweit mit den deutschen Gedanken ver-

traut gemacht, daß nun **die deutsche Regierung auf der Basis des Konsultativpaktes zunächst mit Paris in die Erörterung über die Beseitigung des V. Teiles des Versailler Diktats und seiner für Deutschland diskriminierenden Bestimmungen eintreten** zu können glaubte. Die deutsche These stand unverrückbar fest: **entweder allgemeiner tatsächlicher Rüstungsabbau oder Ausbau des deutschen Rüstungssystems, nicht im Wege der Aufrüstung - die sei finanziell nicht durchführbar - sondern der Umrüstung.**

*Mißerfolg einer
deutsch-französischen
Auseinandersetzung*

Am **29. August** hatte der **deutsche Außenminister Neurath mit dem französischen Botschafter in Berlin, François-Poncet**, eine vertrauliche Auseinandersetzung über Deutschlands Wünsche. Neurath setzte erst die allgemeine Begründung für das deutsche Vorgehen auseinander: Länger als zehn Jahre warte Deutschland jetzt auf die Erfüllung seines Anspruchs. Die Abrüstungskonferenz sei an einem Punkte angelangt, wo eine Entscheidung über die deutsche Gleichberechtigung fallen müsse und keine Konferenzmacht sich mehr einer klaren Stellungnahme zu dieser Frage entziehen dürfe.

"Niemand kann Deutschland zumuten, sich noch länger mit einer Diskriminierung abzufinden, die mit der Ehre des deutschen Volkes und seiner Sicherheit unvereinbar ist."

Dann setzte Neurath auseinander, daß die bisherigen Beschlüsse für Deutschland überhaupt keinen Sinn hätten und daß für Deutschland eine weitere Mitwirkung bei der Abrüstungskonferenz in Genf nicht möglich sei, solange nicht Deutschlands Gleichberechtigung anerkannt sei. Und schließlich erörterte der Minister die deutschen Hauptforderungen, wie er sie in seiner bei dieser Gelegenheit François-Poncet überreichten Denkschrift formuliert hat:

"Auf dem Gebiete der qualitativen Abrüstung ist die deutsche Regierung bereit, jedes Waffenverbot zu akzeptieren, das **für alle Staaten gleichmäßig zur Wirkung kommt. Dagegen müßten diejenigen Waffenkategorien, die durch die Konvention nicht allgemein verboten werden, grundsätzlich auch für Deutschland erlaubt sein.** Was das **Wehrsystem** anbetrifft, so muß die deutsche Regierung auch für sich das Recht aller andern Staaten in Anspruch nehmen, es im Rahmen der allgemein gültigen Bestimmungen so zu gestalten, wie es den Bedürfnissen sowie den wirtschaftlichen und sozialen Eigenarten des Landes entspricht. Es kommt dabei einmal auf organisatorische Änderungen, wie z. B. **Abstufung der aktiven Dienstzeit** der Langdienenden und Freiheit in der Gliederung der Wehrmacht an, zum andern auf die **kurzfristige Ausbildung einer besonderen Wehrpflichtmiliz** für Zwecke der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung sowie des Grenz- und Küstenschutzes." -

Nähere Einzelheiten über die deutschen Absichten erörterte der Reichswehrminister in einer Rundfunkrede.

Die von Neurath überreichte Denkschrift ließ François-Poncet sofort durch einen Kurier nach Paris bringen. Obwohl die Verhandlungen der deutschen Regierung auf deren Wunsch vertraulich behandelt werden sollten, wurde **sogleich die französische Presse von dem deutschen Schritt in Kenntnis gesetzt.** Sie eröffnete alsbald schwere Angriffe auf der ganzen Linie gegen Deutschland und verlangte von Herriot, daß er den deutschen Forderungen ein schroffes Nein entgegensetze. Man machte ihm den Vorwurf, er sei in Lausanne zu entgegenkommend gewesen. Dann wurden über die deutsche Forderung Unwahrheiten verbreitet, z. B. daß Deutschland ein Heer von 300 000 Mann haben wolle, Befestigungswerke anlegen wolle und 35 neue Fabriken für Kriegsmaterial beanspruche. Ja, manche Blätter behaupteten sogar, der deutsche Schritt trage den Charakter eines Ultimatums.

In der **Londoner Regierung** brachen infolge des deutschen Schrittes Meinungsverschiedenheiten aus. Der Premierminister Macdonald stand auf Deutschlands Seite, während der Außenminister John Simon wie seit je Frankreich zuneigte. Aus diesem Mißbehagen heraus bildete sich die **Meinung des englischen Kabinetts**, welches das **deutsche Vorgehen als "unzeitgemäß und ungeschickt"** bezeichnete.

Während die **englische Regierung** erklärte, sie werde vorläufig weder für noch gegen Deutschlands Forderung Partei nehmen, stand ein großer Teil der englischen Presse offen auf Deutschlands Seite. Der *Star* erkannte Deutschlands Gleichberechtigung an und mahnte die alliierten Diplomaten, ihre Hände zu erheben und zu bekennen, daß sie Vertragsbruch begangen haben. Das *World Telegram* erklärte, die Gerechtigkeit sei auf Deutschlands Seite. Derjenige Teil des Versailler Vertrages, der Deutschland entwaffne, sei auf einer Lüge begründet: Die Kriegsschuldfälschung sei bereits widerlegt worden. Auch die *Evening Post* erkannte nachdrücklich das Recht Deutschlands an.

Der **französische Ministerpräsident Herriot** versuchte, die Behandlung der deutschen Forderung möglichst in die Länge zu ziehen, eine direkte offene Aussprache mit Deutschland zu vermeiden und Rückendeckung in London zu suchen. Der französische Ministerrat war der Meinung, daß die Frage der Reorganisation der deutschen Reichswehr alle Signatarmächte des Versailler Vertrages angehe und beabsichtigte, die deutsche Forderung entweder auf der am 24. September in Genf beginnenden Tagung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz, oder im Wege internationaler Regierungsverhandlungen auf der Grundlage des französisch-englischen Vertrauenspaktes zu behandeln. Die Taktik der französischen Regierung ging dahin, eine Äußerung auf die deutsche Denkschrift soweit wie möglich hinauszuzögern und sich den Beistand möglichst vieler Regierungen zu sichern.

Deswegen hatte Frankreich auch dem **amerikanischen Botschafter** in Paris eine Abschrift der deutschen Denkschrift überreicht. Doch die **amerikanische Regierung** hatte nicht die Absicht, eine Aussprache mit den Signatarmächten herbeizuführen, da Amerika den Versailler Vertrag nicht unterzeichnet habe. Der Senator **Johnson** allerdings, ein Wortführer der für die Beseitigung des Versailler Vertrages eintretenden Minderheit, sah in dem deutschen Vorgehen den welthistorischen Augenblick gekommen, wo Amerika den schweren Fehler, den es durch einseitiges Eintreten für die Kriegsziele der Alliierten auf sich geladen habe, beseitigen könne.

In **Italien** herrschte bei Mussolini sowie auch in der Presse einmütig die Überzeugung vor, daß Deutschlands Forderung vollkommen berechtigt sei und daß Frankreich seit 1919 kein anderes Ziel kenne, als alle Bemühungen, Deutschland das gleiche Recht der andern zu verschaffen, restlos zu sabotieren.

Die Dinge standen in der Welt nicht ungünstig für Deutschland, und um die zahllosen Entstellungen in der französischen Presse zu entkräften, **veröffentlichte Neurath am 6. September die Denkschrift**, die er am 29. August François-Poncet übergeben hatte.

Die **Abfassung der französischen Antwort** auf die deutsche Denkschrift bereitete Herriot einige Schwierigkeiten. In Amerika, wo Herriot Unterstützung suchte, erklärte man, daß man gänzlich uninteressiert sei an der ganzen Angelegenheit, aber man erwarte, daß Frankreich seine Rüstungen auf einen möglichst niedrigen Stand herabsetze. In England wollte man nichts mit der französischen Antwort zu tun haben, zumal gerade in jenen Tagen Anfang September Henderson, der Präsident der Abrüstungskonferenz, für nachdrückliche und allgemeine Abrüstung sich öffentlich einsetzte. Da eine politische Stellungnahme also nicht von England zu erreichen war, bat Herriot um Beantwortung einiger juristischer Fragen: ob es möglich sei, daß die Frage der deutschen Gleichberechtigung in deutsch-französischen Sonderverhandlungen behandelt werden könnte, oder ob diese Frage alle Signatarmächte des Versailler Vertrages betreffe und ob eine Aufrüstung im Rahmen des Versailler Vertrages überhaupt vorgesehen und möglich sei? Als dann am 9. September der französische Botschafter im Foreign Office die französische Antwort, die eine kategorische Ablehnung der deutschen Forderung enthielt, vorlegte, nahm sie Sir John Simon lediglich zur Information entgegen, er enthielt sich jedes Urteils und jedes Rates. England sollte, nach dem Willen Macdonalds, die Freiheit behalten, in Genf die Vermittlerrolle zu übernehmen.

Am 11. September, es war ein Sonntag, überreichte François-Poncet dem deutschen Außenminister Neurath die Antwort der französischen Regierung. Sie enthielt ein ruhiges, aber entschlossenes Nein. Die deutsche Auffassung, daß der **Verlauf der Abrüstungskonferenz** unbefriedigend sei, sei durch nichts begründet. Auch bei der Weiterführung der Konferenzarbeiten werde

Frankreich sich nach wie vor im Sinne des Artikels 8 der Völkerbundsatzung betätigen: nicht Aufrüstung, sondern eine kontrollierte allgemeine Abrüstung sei das Ziel. Wenn die deutsche Regierung verlange, daß für Deutschland "keine Sonderbestimmungen" vorgesehen sein sollten und Teil V des Versailler Vertrages durch die Abrüstungskonvention ersetzt werde, so sei das irrig. Weder aus dem Versailler Vertrag noch aus der Völkerbundsatzung gehe hervor, daß durch eine allgemeine Rüstungsbeschränkung die Bestimmungen des V. Teiles des Versailler Vertrages außer Kraft gesetzt würden!

In bezug auf den von Deutschland geforderten **Umbau der Reichswehr** handle es sich um eine **unzweifelhafte Aufrüstung**, und diese Aufrüstung werde sich unabwendbar auf alle Staaten ausdehnen, die an ein ähnliches Regime wie Deutschland gebunden seien; es würde also in ganz Ost- und Mitteleuropa ein Wettrüsten beginnen. Da Deutschlands Forderungen sich aber auch auf das Seewesen erstrecken, würde also das **gesamte Rüstungssystem der Welt berührt** werden, und hierzu Stellung zu nehmen, könne Frankreich als einzelne Macht nicht wagen. Auch die Abrüstungskonferenz könne sich mit der deutschen Gleichberechtigungsforderung nicht befassen, zunächst weil ja das Ziel dieser Konferenz Herabsetzung, nicht Erhöhung der Rüstungen sei, sodann weil an dieser Konferenz Vertreter von Nationen teilnehmen, die an den Friedensverträgen nicht beteiligt gewesen seien.

Auch könnten entsprechende Verhandlungen nicht angebahnt werden ohne **vorherige Befragung der Mächte, die den Konsultativpakt vom 13. Juli 1932 geschlossen hätten**. Maßgebend für die Erörterungen bleibe stets der **Versailler Vertrag, Artikel 164, Absatz 2**, und danach lägen die Entscheidungen über Deutschlands Gleichberechtigung allein beim Völkerbund.

Also Ablehnung einer "Aufrüstung" Deutschlands, eines Umbaus der Reichswehr, und Verweisung des Gleichberechtigungsanspruches an den Völkerbund - das war der Inhalt der französischen Antwort.

**Abrüstungskonferenz
ohne Deutschland**

Die Reichsregierung mußte erkennen, daß der Versuch einer unmittelbaren deutsch-französischen Aussprache, die so oft von England angeraten worden war, völlig gescheitert war. Die Folge davon war, daß sich die Reichsregierung entschloß, **zu der am 21. September beginnenden Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz keinen Vertreter zu senden**. Die nationalen Kreise Deutschlands billigten die Haltung der Regierung, aber in diesem kritischen Augenblick fiel die **marxistische Sozialdemokratie** ihr in den Rücken; die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärte am 14. September, daß die Sozialdemokratie die wehrpolitische Aktion der Reichsregierung für verfehlt halte. Die Aktion berge die Gefahr in sich, daß sie den andern den Vorwand zu einem uferlosen Wettrüsten gebe, das am meisten die Sicherheit Deutschlands gefährden und die Völker in eine Katastrophe führen müsse.



3. Phase: Verwirrung in Genf, zweite Septemberhälfte 1932

**Ansichten der
Regierungen**

In Genf war man bestürzt, man sah durch das Fernbleiben Deutschlands die Konferenz in ernster Gefahr. In den höchsten Stellen des Sekretariats aber, die mit Paris in enger Verbindung standen, war man voll zorniger Feindseligkeit gegen Deutschland. Die Völker und Regierungen warteten jetzt auf eine **Vermittlungstätigkeit Englands**. Die englische Regierung schlug in Paris vor, den Beginn der Bürositzung vom 21. September auf einen späteren Tag zu verschieben, um eine Beteiligung Deutschlands vielleicht doch noch zu ermöglichen. Doch der störrische Herriot widersprach: Der Standpunkt Frankreichs in der Gleichberechtigungsfrage werde nicht geändert werden und am 21. September werde die Bürositzung in Genf beginnen, auch ohne Deutschland! England und Amerika mögen anders denken, aber Frankreichs Ansicht werde sich nicht ändern.

An **Henderson, den Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz**, richtete **Neurath** am 14. September einen Brief, worin er für das Fernbleiben Deutschlands die Gründe auseinandersetzte. Henderson

selbst vertrat folgende Meinung: Ein Scheitern der Abrüstungskonferenz würde für Europa und die Welt ein großes Unglück bedeuten. Die deutsche Gleichberechtigungsforderung werde die Konferenz vor die schlimmste Entscheidung stellen. Ein Fernbleiben Deutschlands wäre der schlechteste Weg, den es augenblicklich einschlagen könne. Deutschlands Forderung werde auf der Konferenz mit einigem guten Willen und Versöhnungsgeist nicht nur zum Vorteil Deutschlands, sondern auch Europas und der ganzen Welt behandelt werden. Henderson glaubte, daß auf der Abrüstungskonferenz eine starke Stimmung zugunsten der deutschen Forderung bestehe. Warum sollten die alliierten und assoziierten Mächte nicht erklären, es sei ihre Absicht, Deutschland von seiner Lage der Minderwertigkeit zu befreien und ihm die Stellung der militärischen Gleichberechtigung wiederzugeben? - In seiner Antwort auf Neuraths Brief bedauerte er den deutschen Entschluß, versicherte aber, daß er und alle Beteiligten den festen Willen hätten, die Konferenz zu einem positiven Ergebnis zu führen.

Die englische Regierung schlug andere Töne an. Da sie entschlossen war, die Abrüstungskonferenz nicht durch Deutschlands Fernbleiben scheitern zu lassen, andererseits aber Frankreichs störrischen Sinn nicht zu ändern vermochte, versuchte sie jetzt durch einen schroffen ablehnenden Ton Deutschland einzuschüchtern und zur Teilnahme zu zwingen. Denn darüber herrschte kein Zweifel: jedes Abkommen der Abrüstungskonferenz wäre ohne Deutschlands Unterschrift wertlos. **Am Nachmittags des 18. September übergab der englische Botschafter dem Minister Neurath die Stellungnahme der britischen Regierung zur deutschen Gleichberechtigungsforderung:** Deutschlands Forderung sei im gegenwärtigen Augenblick **unglücklich, ungelegen und unklug.** Rechtlich könne Teil V des Versailler Vertrages nur durch ausdrückliche und allgemeine Übereinkunft außer Kraft gesetzt werden. Der deutsche Anspruch ergebe sich nicht aus juristischen Ableitungen aus dem Friedensvertrage, sondern sei vielmehr eine Aufforderung zur Berichtigung der Rüstungen, weil die deutsche Abrüstung der Vorläufer für die Abrüstung der andern sein sollte. Das Ziel der Konferenz lasse sich weder durch eine scharfe Herausforderung noch durch Nichtteilnahme erreichen, sondern nur durch geduldige Verhandlungen. In dieser Antwort hatte die franzosenfreundliche Auffassung John Simons über die versöhnlichere Haltung Macdonalds gesiegt.

Hatte bereits **Lloyd George** vor dieser Note in der Presse erklärt, daß Deutschland Gleichberechtigung verlangen könne und daß die Siegernationen in der Rüstungsfrage schamlos die Treue gebrochen hätten, so rief die englische Note in der **englischen Öffentlichkeit Unmut** hervor, im Gegensatz zu Frankreich und Polen, wo sie begeistert aufgenommen wurde. Die Engländer meinten, **die Note sei unsinnig und verhängnisvoll, ein psychologischer Mißgriff, der gerade das Gegenteil von der gewünschten Teilnahme Deutschlands an der Abrüstungskonferenz bewirke.** Und so war es auch! Die Reichsregierung änderte ihren einmal gefaßten Entschluß keineswegs und entschied, die englische Note nicht zu beantworten.

Henderson war durchaus nicht einer Meinung mit dem in der Note dargelegten Standpunkte des englischen Außenministers John Simon. Die Kernfrage, erklärte Henderson, die jetzt das Büro der Konferenz beschäftige, sei die **deutsche Forderung auf militärische Gleichberechtigung.** Diese Sache könne nicht umgangen oder ignoriert werden, und er sei überzeugt, daß das Büro ihre Dringlichkeit und die möglichen Konsequenzen für das Werk der Konferenz nicht unterschätzen wird. Angesichts der Verpflichtungen der alliierten Mächte im Versailler Vertrag und im Locarnoabkommen gebe es nur eine Antwort auf den deutschen Anspruch, die mit der Ehre, aber auch mit der Aufrechterhaltung der guten internationalen Beziehungen zu vereinbaren sei und die mit dem Zwecke übereinstimme, zu dem sich die Völker in der Weltabrüstungskonferenz zusammengeschlossen hätten. Die gegenwärtige Lage rufe nach Entschlossenheit und Kühnheit, und die unmittelbar beteiligten Mächte könnten sie sofort entspannen, wenn sie frei ihre Absicht erklärten, die Verpflichtung von Versailles einzulösen.

In diesem Wirrwarr der Auffassungen war es nötig, daß auch **Italien seine Meinung klar und deutlich festlegte.** Mussolini und hinter ihm das ganze italische Volk erkannten unbedenklich das Verlangen Deutschlands nach Gleichberechtigung an. Trotzdem der Locarnopakt geschlossen sei,

trotzdem Deutschland in den Völkerbund aufgenommen sei, befinde sich Deutschland noch immer in einem Zustande der Unterlegenheit. Die Enttäuschung über das Versagen der Abrüstungskonferenz sei allgemein, sei aber in Deutschland besonders groß, wo man zu der Überzeugung gelangt sei, daß die Signatarmächte des Versailler Vertrages mit Ausnahme Italiens nicht die Absicht hätten, eine wirkliche Abrüstungspolitik zu betreiben, also den Vertrag nicht erfüllten. Würde Deutschland durch sein Fernbleiben die Abrüstungskonferenz zum Scheitern bringen, dann würde das auch der tödliche Schlag gegen den Völkerbund sein. Man müsse es als selbstverständlich ansehen, daß Deutschland unter den bewaffneten Nationen nicht hilflos bleiben könne, sofern die Nationen sich nicht Deutschlands Rüstungsstandard angleichen, wie es in Versailles versprochen worden sei. Mussolini stellte aber gleich fest, daß es im ureigensten Interesse Deutschlands läge, seine Gleichberechtigung in gemäßigter Form geltend zu machen, wenn es allen europäischen Staaten, Amerika und der gesamten Weltmeinung gegenüberstehe, und zwar nachdem die Abrüstungskonferenz mit positivem oder negativem Resultat endgültig ihre Arbeit abgeschlossen habe.

Mussolini betrachtete es daher als seine Aufgabe, durch seinen Botschafter Grandi in London Sir John Simon für eine Politik zu gewinnen, die Frankreich zu einer gemäßigteren Haltung nötigen werde. Sollten die Wünsche Italiens bei den kommenden Genfer Besprechungen nicht berücksichtigt werden, dann werde, so drohte Mussolini, Italien aus dem Völkerbunde austreten. Als nun gar die englische Note an Deutschland bekannt wurde, instruierte Mussolini seinen Vertreter bei der Abrüstungskonferenz dahin:

"Italien muß Deutschland das Recht zuerkennen, den Umfang seiner Rüstungen selbst zu bestimmen, wenn die Gleichberechtigung Deutschlands nicht anerkannt wird."

Amerikas Haltung war zwiespältig: Präsident Hoover erklärte, Amerika sei desinteressiert am Versailler Verträge, aber ihm liege daran, daß Deutschland weiterhin an der Abrüstungskonferenz mitarbeite und an der Erreichung des großen Zieles mitwirke. Es komme nicht darauf an, daß Deutschland wieder aufrüste, sondern daß alle Mächte der Welt ihre Rüstungen einschränken. Man könne ja Deutschlands gegenwärtiges Heer als Zollstock bezeichnen: auf 60 Millionen Einwohner 100 000 Soldaten, mit zusätzlichen Truppen für die Verteidigung überseeischer Besitzungen. Indessen weilte der Senator Reed in Paris und bot Herriot die amerikanische Unterstützung gegen Deutschland an, wenn Frankreich Amerikas Politik im Fernen Osten unterstützen werde.

Litwinow, der russische Vertreter, hielt sich auf Seiten Deutschlands und Italiens. Er schrieb dem Büro der Abrüstungskonferenz, die Moskauer Regierung werde sich in Zukunft weigern, Vertreter in die technischen Ausschüsse der Konferenz zu senden, solange nicht wesentliche Herabsetzungen der Rüstungen beschlossen würden. Es ging den Russen weniger um die Gleichberechtigung Deutschlands, als vielmehr um das Prinzip der Abrüstung.

Bei der **ersten Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz fehlte nicht nur der deutsche Vertreter, sondern auch der Franzose.** Auch Macdonald war nicht anwesend. Amerika hatte seinen Berner Gesandten Wilson teilnehmen lassen. Es herrschte allgemeine Ratlosigkeit, die noch dadurch gesteigert wurde, daß Litwinow in scharfen Worten sofort praktische Maßnahmen im Sinne einer Rüstungsherabsetzung auf das von Sowjetrußland angeregte Drittel forderte. Die Stimmung der Delegierten war trostlos, sie standen unter dem Eindruck, daß ihre Arbeit ohne Deutschlands Mitwirkung scheitern müsse.

In der Bürositzung am folgenden Tage, den 22. September, unternahm **Litwinow** einen neuen Vorstoß, indem er verlangte, daß nach der Behandlung der rein geschäftsmäßigen Fragen nun endlich die für eine wirkliche Abrüstung allein entscheidende Hauptfrage in Angriff genommen würde. Er meinte die Entscheidung über die deutsche Gleichberechtigung. Darauf erklärten **John Simon und Paul Boncour,** daß nicht das Büro, sondern der Hauptausschuß über politische Probleme zu beraten habe; sie wollten Frankreichs Absicht unterstützen, die deutsche Gleichberechtigungsfrage vor die Vollversammlung des Völkerbunds oder vor den Völkerbundsrat zu bringen. **Henderson** aber trat offen diesem Wunsche entgegen und kündigte an, daß er möglichst bald die deutsche Gleichberech-

tigungsfrage vor dem Büro verhandeln werde. Er wollte auf diese Weise Deutschland die Rückkehr zu den Sitzungen ermöglichen. Auch vertagte Henderson die Sitzungen des Büros bis zum 27. September, weil er hoffte, daß inzwischen eine Einigung mit den Deutschen erreicht werden würde. -

Neurath hatte sich zu der am 23. September beginnenden 68. Tagung des Völkerbundsrats nach Genf begeben. Verbindungen zur Abrüstungskonferenz suchte er nicht, wohl aber suchte ihn **John Simon** am Abend des 23. September auf. Die Aussprache verlief ergebnislos, die Minister erzielten keine Einigung über die Gleichberechtigungsfrage. Wohl aber wurde Simon durch die **andauernde Opposition der englischen Öffentlichkeit und Presse bedenklich** gestimmt, und der Vorwurf, er habe Frankreich allzusehr nachgegeben, verstimmte ihn. Henderson versuchte mit aller Macht, durch private Besprechungen und Vermittlungen die Gegensätze auszugleichen, so daß am 27. September die Deutschen schon in der Bürositzung wieder erscheinen könnten; auch er hatte keinen Erfolg, seine Unterhaltungen mit Neurath führten zu keinem Erfolge, und so vertagte er denn am 27. September die weiteren Sitzungen des Büros bis zum 10. Oktober. Er erkannte, daß alle Verhandlungen ohne Deutschland ergebnislos verlaufen mußten.

**Hetze in
Frankreich**

Während sich die rat- und machtlosen Diplomaten in Genf bemühten, einen Ausweg aus der Sackgasse, in die sie geraten waren, zu finden, bemühte sich **Herriot in Paris nicht nur, durch Verzicht auf die bisherige Politik in Japan, China und Mandschurei die Unterstützung Amerikas zu gewinnen, sondern goß auch durch aufreizende Reden immer aufs neue Öl ins Feuer.** In Gramat hielt Herriot am 25. September eine Rede, in der er nicht nur das neugebildete Reichskuratorium für Jugendertüchtigung (er bezeichnete es als eine geschickt verschleierte Verletzung des Artikels 177 des Versailler Vertrages) als eine Vorbereitung der Jugend zum Kriege hinstellte, sondern auch die "Wiederaufrüstung", die Deutschland fordere, als die "Wiederkehr neuer Wahnsinnstaten" bezeichnete. Denn Deutschland wolle doch nicht nur sein Heer aufstellen, um sein Land zu verteidigen, sondern auch, um reine Angriffswaffen zu besitzen. Frankreich aber treibe die Politik des Friedens, die auch der Völkerbund befolge; sie bestehe in der "Sicherheit" und, um diese wirklich zu erlangen, in Schiedsgerichten.

Diese Hetzrede rief in Genf, in England und Italien **Unwillen und Widerspruch** hervor. Sie trug erheblich dazu bei, daß Hendersons Vermittlungsbemühungen scheiterten. Papan wies in öffentlichen Besprechungen nach, daß gerade im Ausland die militärische Jugendertüchtigung betrieben würde mit allen Mitteln, er zeigte, daß Frankreich bis an die Zähne bewaffnet sei, aber mit zweierlei Maß messen wolle. **Neurath**, der an der Ratsversammlung teilgenommen hatte, reiste am 28. September nach Berlin zurück, ohne auch nur ein Wort, nicht einmal eine Begrüßung mit Herriot gewechselt zu haben. Die Franzosen waren sehr erstaunt! Sie hatten bei Neurath denselben Willen zum Kompromiß erwartet, wie sie ihn bei den früheren Reichsregierungen kennen gelernt hatten. Jetzt waren sie enttäuscht, weil sie mit Deutschland nicht mehr in der gewohnten Weise verfahren konnten. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich waren aufs äußerste zugespitzt.

So war eine weitere Phase des deutschen Kampfes um Gleichberechtigung und Aufhebung der Diskriminierung zu Ende. Die deutsche Regierung war keineswegs gewillt, Zugeständnisse zu machen, die Deutschlands Forderung abschwächen konnten. Zwei Gründe gaben Deutschland das sittliche Recht zu seiner Haltung: Die bisherige Ergebnislosigkeit der Abrüstungskonferenz und die Überrüstung der anderen Staaten. Die Genfer Besprechungen Ende September hatten keine Klärung gebracht, sondern die deutsch-französischen Beziehungen nur noch verschärft. Nun sei es Sache der andern, Vorschläge zu machen, meinte Neurath.



4. Phase: Ergebnisloser Vermittlungsversuch Englands, Oktober 1932

Am letzten Septembertage beauftragte das **englische Kabinett** den Außenminister John Simon, einen Vermittlungsvorschlag auszuarbeiten. Es war, unabhängig von den Stimmun-

**Englischer Vermittlungsversuch
einer Fünfmächtekonferenz**

gen in Berlin, Englands fester Wille, unter allen Umständen zu versuchen, Deutschland wieder in die Abrüstungskonferenz hineinzubekommen. Macdonald wie Henderson sahen ja im Gelingen dieser Konferenz vielleicht den größten europäischen Erfolg der englischen Politik seit dem Ende des Krieges. Andererseits brach sich in London immer mehr der Gedanke Bahn, daß Deutschlands Gleichberechtigung grundsätzlich anerkannt werden müsse. Simon dachte, einem Wunsche Macdonalds folgend, an eine **Konferenz in London oder Brüssel**, an der Frankreich, Deutschland, England und Italien teilnehmen und zu der Amerika einen Vertreter entsenden sollte. Zuvor aber hatte **Simon eine anderthalbstündige Unterredung mit Herriot am Mittag des 4. Oktober in Paris, und Herriot versuchte, durch gewisse Forderungen den Konferenzplan zum Scheitern zu bringen**. So sollte die Konferenz nicht in London, sondern in Genf stattfinden, die kleineren Staaten sollten ihre Zustimmung geben, auch sollten Polen und Belgien bzw. Tschechoslowakei eingeladen werden, damit Frankreich nicht ganz isoliert sei. Außerdem dürfe die Konferenz keine Entscheidungen treffen, sondern nur Entschließungen und Lösungsvorschläge vorbereiten, welche von der Abrüstungskonferenz zu ratifizieren wären. Und schließlich solle Deutschland vor Einberufung der Konferenz eine Garantie abgeben, daß es von jetzt an loyal und ehrlich mit der Abrüstungskonferenz zusammenarbeiten wolle.

Schon am gleichen 4. Oktober übermittelte der englische Botschafter **der deutschen Regierung die Einladung zur Fünfmächtekonferenz**. Eine Beteiligung stand bei Deutschland von vornherein nur fest, wenn der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung tatsächlich auch anerkannt würde. Angesichts der französischen und deutschen Forderungen wurde die englische Regierung bereits unmittelbar nach Auftauchen des Konferenzplans wieder schwankend, ob sie ihn durchführen sollte, hielt aber vorläufig noch daran fest. John Simon jedoch machte man den Vorwurf der Voreiligkeit, da er nicht genügende diplomatische Vorarbeit geleistet habe.

Wenn auch der **Beginn der Konferenz schon gleich nach Auftauchen der Idee "auf unbestimmte Zeit" hinausgeschoben** wurde (man rechnete mit Mitte Oktober), so war Henderson doch entschlossen, die Sitzungen des Büros der Abrüstungskonferenz am 10. Oktober wieder beginnen zu lassen. In London war ein Zustand der Nervosität und Unsicherheit eingetreten, der auch dadurch nicht abgeändert wurde, daß **Deutschland** am 8. Oktober die grundsätzliche Zusage seiner Teilnahme der englischen Regierung übermitteln ließ. Auch die **französische Regierung** stimmte, nachdem ihre Hoffnung, Deutschland werde absagen, sich nicht erfüllt hatte, offiziell nun dem Plane Englands zu, nur behalte sie sich vor, die Frage zu prüfen, welcher Ort für die Abhaltung der Konferenz am geeignetsten erscheinen würde. Sie war nicht für London, sondern für Genf.

In Paris jedoch nahm man den ganzen Konferenzplan nicht mehr ernst.

Herriot hatte am 7. Oktober eine längere Aussprache mit dem Führer der amerikanischen Abrüstungsabordnung, Norman Davis, über die tiefstes Stillschweigen bewahrt wurde. **Paul Boncour arbeitete inzwischen einen neuen "Abrüstungsvorschlag" aus**, der ganz im Sinne des Genfer Protokolls von 1924 Sicherheit, Sanktionen, Kontrollen, Internationalisierung der Luftfahrt und Aufrechterhaltung des Versailler Diktats vorsah. Der Zweck dieses Vorschlages sollte sein, vor einer Behandlung der Gleichberechtigungsfrage die Erörterung der französischen Sicherheitswünsche in der Abrüstungskonferenz zu erzwingen und deren Fortführung auch ohne Deutschland zu sichern.

**Ablehnung in
Paris und Berlin**

Am 13. Oktober hatte Herriot mit Macdonald und Simon eine Zusammenkunft in London, um die Meinungsverschiedenheiten wegen der Konferenz zu beheben. Herriot brachte seine Wünsche vor: auch die kleineren Mächte einschließlich Polen sollten zur Konferenz eingeladen werden, man möchte die französischen Sicherheitsforderungen mit der deutschen Gleichberechtigungsforderung verknüpfen. Dann legte Herriot den neuen Abrüstungsplan Frankreichs vor, der **vier unerschütterliche Thesen Frankreichs** enthält: Die Unverletzbarkeit der allgemeinen Wehrpflicht, keine Herabsetzung der schweren Waffen Frankreichs durch eine qualitative Abrüstung, Verbot einer Aufrüstung schwächerer benachbarter Nationen und Stärkung der französischen Flotte gegen einen etwaigen italienischen Angriff im Mittelmeer. Macdonald stand diesen Wünschen kühl

gegenüber. Ihm kam es darauf an, durch Einschaltung Deutschlands die Abrüstungskonferenz wieder in Gang zu bringen. Dies war nur möglich durch die Fünfmächtekonferenz; um diese nicht an Frankreichs Starrsinn scheitern zu lassen, war der englische Premierminister bereit, Frankreich nicht nur in bezug auf die Teilnahme der kleinen Mächte nachzugeben, sondern auch **Genf als Tagungsort zu akzeptieren**. Gegenstand der Tagung sei Prüfung und Vorschlag von Mitteln, die geeignet seien, der Abrüstungskonferenz die wirksame Wiederaufnahme des gemeinsamen Werkes im Rahmen des Völkerbundes zu gestalten.

Italien stimmte dem Vorschlag, Genf als Tagungsort zu wählen, sofort zu. **Neurath lehnte ab**: Genf sei als Tagungsort für die Reichsregierung nur dann tragbar, wenn vorher von den übrigen Mächten der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung anerkannt sein würde und eine Mächtekonferenz in Genf diese Anerkennung daher nur zu bekräftigen hätte. Macdonald, der am Ende seiner Bemühungen angekommen war, wollte Deutschlands Gründe für die Ablehnung Genfs nicht gelten lassen, doch als der englische Botschafter in Berlin, Newton, zum zweiten Male am 17. Oktober Neurath Genf als Tagungsort vorschlug, erfuhr er dieselbe Ablehnung wie vorher.

Der Umstand, daß weder Frankreich noch Deutschland nachzugeben bereit waren, versetzten dem Konferenzgedanken Macdonalds vorläufig den Todesstoß. Die Bemühungen um Abrüstung, die bisher auf einer politischen Konzentration des guten Willens aller Mächte gerichtet waren, zerflatterten wieder in der Atmosphäre der öffentlichen Meinung. Die **englischen Kirchenführer** verlangten von Macdonald, daß die Regierung ihr vor dreizehn Jahren gegebenes Ehrenwort auf Abrüstung einlöse. **Mussolini** verlangte in einer Rede in Turin, daß Deutschland Gerechtigkeit widerfahren solle. Er sah schon voraus, daß die Abrüstungskonferenz scheitern würde, und deutete den Plan an, **daß die vier großen Mächte Europas einen Pakt zur Zusammenarbeit in allen wichtigen Fragen, auch in denen der Abrüstung, eingehen sollten. Interessanterweise kam es über den Abrüstungsplan des französischen Kriegsministers Paul Boncour in Frankreich selbst zu schwerem Konflikt.** Der Oberkommandierende der französischen Armee, General Weygand, drohte mit seinem Rücktritt, falls die Regierung sich auf diesen Plan festlegte. Herriot indes suchte nach immer neuen Auswegen aus der schwierigen Lage, in der er sich befand. Zunächst hielt er zwar an der irrigen These fest, daß Deutschlands Forderung auf Gleichberechtigung einer Aufrüstung gleichkomme, sodann aber **wich er zum ersten Male von dem Versailler Vertrag, den er sonst immer im Munde führte, ab, indem er die Berufsheere, in denen er plötzlich erhöhte Kriegsgefahr witterte, durch Milizheere mit allgemeiner Wehrpflicht und kurzer Dienstzeit ersetzen wollte.** -

Als die Reichstagswahlen stattfanden, war der heftige Streit um Deutschlands Gleichberechtigung, der drei Monate ausgefüllt hatte, noch zu keinem Ende gekommen. Das ganze, was das Büro der Abrüstungskonferenz erreichte, war, daß in der Sitzung vom 3. November 1932 von 46 Staaten ohne Deutschland und Frankreich einer **Verlängerung des Rüstungsfeierjahres um vier Monate**, bis zum 1. März 1933 zugestimmt wurde.



17. Kapitel: Die Krisis des autoritären Staates. Die Regierung Schleicher. Fortgang in Preußen und in der Gleichberechtigungsfrage.

Papen war mit dem **Ausgang der Wahl** nach außen hin zufrieden. Die ihm unangenehme Mehrheit, die im vorigen Reichstag durch eine Verbindung der Nationalsozialisten mit dem Zentrum hätte hergestellt werden können, war allerdings nicht mehr vorhanden. Das "gesunde Bürgertum", das sich nach Papens Ansicht in den liberalistischen Splitterparteien von den Deutschnationalen bis zur Wirtschaftspartei befand, war zurückgeflossen. Die Deutschnationalen, die Volkspartei, die Christlich-Sozialen und die Wirtschaftspartei konnten unter 582 Abgeordneten 69 als die ihrigen bezeichnen, während sie vorher unter 608 nur 49 hatten! Die widerspenstigen Nationalsozialisten hatten 34 Mandate verloren, vielleicht würden sie nun geneigter sein, sich einer Regierung der nationalen Konzentration unterzuordnen; über ihren Höhepunkt waren sie hinweg, nach Papens Ansicht.

**Unsicherheit
der Regierung**

Der Kanzler war von Anfang an entschlossen, die Fragen der Verfassungsreform zur Schicksalsfrage des neuen Reichstages zu machen. Falls er keine Duldungsmehrheit finden würde, wollte er eine Volksbefragung herbeiführen. Und doch drängten sich Papen in aller Stille auch schon andere Gedanken auf; zwischen allen Plänen und Absichten erwog er bereits seinen Rücktritt, da das Wahlergebnis ihm bewiesen hatte, daß die gewaltige Übermacht aller seiner Gegner nicht gebrochen worden war. Doch solche Schwächeanwandlungen bekämpfte der Reichsinnenminister Freiherr von Gayl mit aller Entschiedenheit. Er war für die Durchsetzung des autoritären Staates mit rücksichtsloser Macht.

Die **Nationalsozialisten** ließen von vornherein keinen Zweifel darüber, daß sie sich als die berechtigten Sieger des Wahlkampfes fühlten: die N.S.D.A.P. habe ihre Feuerprobe glänzend bestanden und damit endgültig bewiesen, daß sie als der entscheidende Machtfaktor aus dem politischen Leben Deutschlands nicht mehr auszuschalten sei. Hitler war entschlossen, rücksichtslos den Kampf gegen die Regierung Papen fortzusetzen. Er gab die Parole aus: **Rücksichtslose Fortsetzung des Kampfes bis zur Niederringung dieser teils offenen, teils getarnten Gegner einer wirklichen Aufrichtung unseres Volkes; keinerlei Kompromisse und kein Gedanke an irgend eine Verständigung mit diesen Elementen!** Allerdings **Gregor Strasser**, der Reichsorganisationsleiter und eines der ältesten Mitglieder der N.S.D.A.P. verfolgte seit dem 13. August eine mehr versöhnliche Tendenz. Er hatte schon während des Wahlkampfes im Oktober gelegentlich eine Annäherung an Hugenberg befürwortet und gerade Hugenbergs Wort von der Entproletarisierung des Arbeiters lobend in den Vordergrund gerückt, und in der von Hitler immer wieder betonten Ausschließlichkeit der Partei befürchtete er eine Klippe, an der die Bewegung einmal scheitern könne. Diese Überzeugung verstärkte sich bei Strasser nach den Wahlen vom 6. November. Dem Außenstehenden mußte es scheinen, als zeigten sich jetzt in der nationalsozialistischen Bewegung **zwei Richtungen**, eine intransigente von Hitler geführte, und eine tolerante, die durch Strasser dargestellt wurde. Das Bild täuschte. Die straffe Disziplin der Partei hielt diese in absoluter Selbstverständlichkeit beim Führer Adolf Hitler, denn dieser war der Nationalsozialismus selbst, so daß im Laufe der kommenden Wochen Gregor Strasser als Außenseiter allmählich aus der Leitung der Partei entfernt wurde. -

Die **Reichsregierung**, die entschlossen war, bei ihrem Kurs zu bleiben, war unschlüssig, ob sie, wie im August, von sich aus Verhandlungen mit den Parteien aufnehmen solle oder erst die Eröffnung des Reichstages, die für den 6. Dezember vorgesehen war, abwarten solle. Aber es schien Papen und Hindenburg doch ratsamer, sich zu vergewissern, wie die Aussichten im Parlament waren. Deshalb entschloß sich der **Kanzler, die Parteien zu befragen, ob sie bereit seien, hinter das Regierungsprogramm der nationalen Konzentration zu treten.** Insbesondere hoffte der Kanzler die **Gunst des Zentrums** zu gewinnen, da die Regierung seit Monaten an einem **Reichsschulgesetz** arbeitete, das den religiösen Wünschen des Zentrums sehr weit entgegenkam. Einen Rücktritt der Gesamtregierung oder einzelner ihrer Mitglieder lehnte das Kabinett nach anfänglichem Schwanken in seiner Sitzung vom 9. November ab, es sei denn, daß die Parteien imstande wären, von sich aus ein Programm aufzustellen und eine Regierung der nationalen Konzentration zu bilden. - Papen faßte diese Möglichkeit, die immerhin wenig Wahrscheinlichkeit für sich hatte, aber doch die Möglichkeit des Rücktritts offen ließ, ins Auge, weil er wenig Hoffnung hatte, Nationalsozialisten, Zentrum und Bayerische Volkspartei für sich zu gewinnen.

**Gescheiterte
Parteibesprechungen**

In der Woche vom 11.-17. November entschied sich das Schicksal der autoritären Regierung. Bevor die Besprechungen Papens mit den Parteiführern begannen, erkannte der Kanzler deren Nutzlosigkeit, so daß er bereits an erneute Reichstagsauflösung und Durchführung der Wahlreform mit Hilfe des Artikels 48 dachte. Die Sozialdemokraten sagten der Regierung schärfsten Kampf an. Sie hatten bereits für den Reichstag eine Reihe von Anträgen vorbereitet, die das gesamte Werk Papens annullieren sollten. Die **Nationalsozialisten** schlugen Verhandlungen mit Papen rundweg ab.

"Wir haben Herrn von Papen nicht bekämpft", schrieb Dr. Göbbels im *Angriff*, "weil wir uns an seiner Person reiben wollten. Wir halten sein Programm für eine Absurdität, und da

dieses Programm mit dem Namen des Kanzlers steht und fällt, kann es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß, wenn sein Programm geändert werden soll, er gehen, und wenn er geht, sein Programm geändert werden muß... Wir wüßten nicht, was wir mit Herrn von Papen zu verhandeln hätten."

In einer anderen Presseauslassung hieß es: "Mit geschlagenen Feldherrn verhandelt man nicht, sondern bleibt jenen auf den Fersen, bis sie kapitulieren." Allenfalls waren die Nationalsozialisten zu schriftlichen Erörterungen bereit, doch unter ständiger Ablehnung des Papenplanes. Dennoch lud Papen durch den folgenden Brief vom 13. November Adolf Hitler zu Regierungsbesprechungen ein:

"Als der Herr Reichspräsident mich am 1. Juni zur Führung der Regierung berief, hatte er dem von mir zu bildenden Präsidial-Kabinetten den Auftrag erteilt, eine möglichst weite Konzentration aller nationalen Kräfte durchzuführen. Sie haben diesen Beschluß des Herrn Reichspräsidenten damals wärmstens begrüßt und die Unterstützung eines solchen Präsidial-Kabinetts zugesagt. Als wir nach der Wahl vom 31. Juli diese Konzentration auch innerhalb des Präsidial-Kabinetts durchführen wollten, haben Sie sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Zusammenfassung der nationalen Kräfte nur unter Ihrer Führung möglich sei. Sie wissen, wie sehr ich mich in vielen Unterredungen um eine Lösung zum Besten des Landes bemüht habe. Aber aus den Ihnen bekannten Gründen hat der Herr Reichspräsident Ihren Anspruch auf den Kanzlerposten ablehnen zu müssen geglaubt.

Durch die Wahl vom 6. November ist eine neue Lage eingetreten und damit eine neue Möglichkeit für die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte erneut geschaffen. Der Herr Reichspräsident hat mich beauftragt, nunmehr durch Besprechungen mit den Führern der einzelnen in Frage kommenden Parteien festzustellen, ob und inwieweit diese bereit seien, die Durchführung des in Angriff genommenen politischen und wirtschaftlichen Programms der Reichsregierung zu unterstützen. Ich weiß zwar aus der Presse, daß Sie die Forderung der Übertragung des Kanzlerpostens aufrecht erhalten und bin mir ebenso bewußt, in welchem Maße die dagegenstehenden Gründe, welche die Entscheidung des 13. August herbeiführten, fortbestehen, wobei ich nicht erneut zu versichern brauche, daß meine Person dabei keine Rolle spielt. Aber trotzdem bin ich der Ansicht, daß der Führer einer so großen nationalen Bewegung, deren Verdienste um Volk und Land ich trotz notwendiger Kritik stets anerkannt habe, sich dem augenblicklich verantwortlich führenden deutschen Staatsmann nicht zu einer Aussprache über die Lage und die zu fassenden Entschlüsse versagen sollte. Wir müssen versuchen, die Bitternis des Wahlkampfes zu vergessen und die Sache des Landes, der wir gemeinsam dienen, über alle anderen Bedenken zu stellen.

Da ich die nächste Woche durch die offiziellen Besuche der Reichsregierung in Sachsen und in Süddeutschland stark in Anspruch genommen bin, stehe ich Ihnen Mittwoch oder Donnerstag der kommenden Woche zur Verfügung (16. und 17. November)."

Die **Sozialdemokraten**, Breitscheid und Wels, die ebenfalls von Papen zu einer Besprechung eingeladen worden waren, erteilten bereits am 15. November eine schroffe Absage:

"Der Reichskanzler von Papen hat durch zweimalige Auflösung des Reichstages das deutsche Volk zweimal über seine Regierungspolitik befragt und zweimal vernichtende Absagen erhalten. Die Verfassung, die er beschworen hat, gibt ihm nicht das Recht, weitere Verhandlungen zu führen. Sie verpflichtet ihn vielmehr, zurückzutreten."

Am Morgen des 17. November traf **Adolf Hitlers Antwort** ein, welche mündliche Verhandlungen ablehnte. Hitler schrieb:

**Ablehnung
Hitlers**

"Ihr unter dem 13. November an mich gerichtetes Ersuchen um eine Aussprache über die Lage und die zu fassenden Beschlüsse veranlaßt mich, nach reiflicher Überlegung folgendes zu erwidern:

"Von Besprechungen der Lage allein wird niemand geholfen. Ich halte daher in diesem

Moment eine solche Aussprache nur dann für angezeigt, wenn nicht von vornherein schon das negative Ergebnis feststeht. Aus diesem Grunde fühle ich mich verpflichtet, Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, in **vier Punkten** die Voraussetzungen mitzuteilen, unter denen ein solcher Gedankenaustausch stattfinden könnte.

"Punkt 1. Ich bin nicht in der Lage, zu einer mündlichen Aussprache zu kommen, sondern bitte, daß, wenn überhaupt ein solcher Gedankenaustausch gewünscht wird, dies schriftlich geschieht. Die Erfahrungen über die bisher gehalten und unter Zeugen stattgefundenen mündlichen Unterredungen haben gezeigt, daß das Erinnerungsvermögen der beiden Parteien nicht zu einer gleichen Wiedergabe des Sinnes und des Inhaltes der Verhandlungen geführt hat.

"Sie schreiben gleich eingangs Ihres Briefes, daß Sie, Herr Reichskanzler, einst zur Durchführung Ihres Auftrages eine möglichst 'weitgehende Konzentration aller nationalen Kräfte herbeizuführen', die Unterstützung des Präsidial-Kabinetts durch die N.S.D.A.P. zugesichert erhalten hätten. Tatsache ist, daß ich im Beisein des Hauptmann Göring, auf eine Bemerkung, daß nach den Wahlen eine Umbildung des Kabinetts vorgenommen werden könnte, ich erklärte, ich würde dies gar nicht fordern, wenn die Regierung ihrer nationalen Aufgabe gerecht würde.

"Ein mir in den gleichen Tagen übermitteltes Ansinnen, eine schriftliche Tolerierungserklärung abzugeben, habe ich sofort zurückgewiesen mit der Betonung, daß dies selbstverständlich gar nicht in Frage kommen könne. Es sei unmöglich, von mir die Ausstellung einer Blankovollmacht für Herren zu verlangen, die mir zum Teil persönlich, auf alle Fälle aber politisch unbekannt wären.

"Schon die in den ersten sechs Wochen ergriffenen wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen dieses Kabinetts haben dieser, meiner vorsichtigen Zurückhaltung, Recht gegeben!

"Wie sehr mündliche Besprechungen zu irrigen Meinungen verleiten können, geht ja auch aus der von Ihnen, Herr Reichskanzler, seither verschiedentlich aufgestellten Behauptung hervor, ich hätte seinerzeit die gesamte Macht gefordert, während ich tatsächlich nur die Führung beanspruchte. Sie selbst sollten ja dem neuen Kabinett als Reichsaußenminister angehören, General Schleicher als besondere Vertrauensperson des Herrn Reichspräsidenten Reichswehrminister sein und außerdem Reichsinnenminister und zwei bzw. höchstens drei politisch gänzlich belanglose Ministerien sollte alles teils von bereits amtierenden, teils durch Besprechung mit den vorgesehenen Parteien zu bestimmenden Männern besetzt werden.

"Sie, Herr Reichskanzler, haben nun unsere damals mehr als bescheidene Forderung so mißverständlich gedeutet, daß ich, gewitzigt durch diese Erfahrungen, nicht mehr gewillt bin, von der einzig sicheren Methode einer schriftlichen Behandlung solcher Fragen abzugehen. Ich muß dies um so mehr, als ich gegenüber den sogenannten amtlichen Darstellungen ohnehin machtlos bin. Sie, Herr Reichskanzler, haben die Möglichkeit, Ihre Auffassung über eine Unterhaltung nicht nur durch den von Ihnen allein mit Beschlag belegten Rundfunk dem deutschen Volke mitzuteilen, sondern durch das Auflageverfahren sogar den Lesern meiner eigenen Presse aufzuoktroieren. Diesem Verfahren gegenüber bin ich vollständig wehrlos. Sollten Sie daher, Herr Reichskanzler, gewillt sein, unter Berücksichtigung der anderen drei Punkte, in eine Aussprache einzutreten, dann bitte ich, mir schriftlich Ihre Auffassungen bzw. Ihre Abfragen übermitteln zu wollen, die ich dann in gleicher Weise schriftlich beantworten werde.

"Punkt 2. Das Eintreten in eine solche Aussprache hat nur dann einen Sinn, wenn Sie mir, Herr Reichskanzler, vorher Aufklärung darüber zu geben bereit sind, inwieweit Sie sich nun tatsächlich als führender deutscher Staatsmann auch ausschließlich verantwortlich fühlen und ansehen. Ich bin unter keinen Umständen gewillt, das Verfahren des 13. August an mir

wiederholen zu lassen. Denn es ist in meinen Augen nicht angängig, daß der 'verantwortlich führende deutsche Staatsmann' in irgendeinem Moment der Verantwortung eine Teilung seiner Verantwortung vornimmt.

"Ich stütze mich hierbei auf den Passus Ihres Briefes, in dem Sie selbst neuerdings von Gründen sprechen, die die Entscheidung des 13. August herbeigeführt hätten und die fortbeständen, wobei Sie wieder einfügen, daß Ihre Person dabei keine Rolle spielen werde! Herr Reichskanzler, ich darf hier einmal für immer folgendes feststellen:

"Genau so, wie ich mich als Führer der Nationalsozialistischen Bewegung für die politischen Entschlüsse der Partei, solange ich ihr Führer bin, grundsätzlich verantwortlich fühle, genau so sind Sie grundsätzlich verantwortlich für die politischen Entschlüsse der Reichsführung, solange Sie Reichskanzler sind.

"Aus dieser Überzeugung heraus habe ich Sie auch am 13. August angesichts des Scheiterns unserer Besprechungen gebeten, die Verantwortung hierfür selbst zu übernehmen und nicht den Herrn Reichspräsidenten damit zu belasten. Denn da ich nun schon einmal im Reichspräsidenten-Wahlkampf als Konkurrent aufgetreten bin, schien es mir gerade der Millionen-Masse meiner Anhänger gegenüber nicht richtig zu sein, im Falle der nunmehr zu erwartenden Ablehnung meiner Person, den Reichspräsidenten selbst irgendwie in Erscheinung treten zu lassen.

"Sie waren der verantwortlich führende Politiker des Reiches und Sie mußten gerade in diesem Fall meiner Überzeugung nach erst recht die Verantwortung übernehmen. Außer Ihr Gewissen hätte dies nicht zugelassen, und dann wären Sie verpflichtet gewesen, zu demissionieren. Leider waren Sie nicht zu bewegen, diesen Ihnen zukommenden Teil der Verantwortung auf sich zu nehmen. Ich habe den meinen getragen.

"Statt dessen gelang es Ihrer Kanzlei durch eine List - entgegen meinem Wunsch und der von Ihnen gegebenen Erklärung - mich dennoch zur Unterredung mit dem Reichspräsidenten zu locken. Das Ihnen vorher genau bekannte Ergebnis mag in Ihren Augen Sie vielleicht einer Verantwortung enthoben haben; ich wurde jedenfalls dadurch nicht vernichtet, der 85jährige Herr Reichspräsident aber dafür in den Tagesstreit gezogen und mit einer schweren Verantwortung beladen! Ich möchte nicht noch einmal eine Wiederholung dieses Spieles erleben.

"Ich bin daher nur dann gewillt, in einen schriftlichen Gedankenaustausch über die deutsche Lage und die Behebung unserer Not einzutreten, wenn Sie, Herr Reichskanzler, erst eindeutig Ihre ausschließliche Verantwortung für die Zukunft festzulegen bereit sind.

"Punkt 3. Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, mir mitzuteilen, zu welchem Zwecke eine Einbeziehung der nationalsozialistischen Bewegung überhaupt gewünscht wird. Wollen Sie mich und damit die nationalsozialistische Bewegung dafür gewinnen, das - wie Sie in Ihrem Briefe schreiben - von der Reichsregierung in Angriff genommene politische und wirtschaftliche Programm zu unterstützen, so ist auch darüber jede schriftliche Diskussion unwesentlich, ja überflüssig.

"Ich will und kann ja kein Urteil abgeben über das, was die Regierung als Programm ihres Wollens ansieht, da mir selbst bei genauester Überlegung dieses Programms nie ganz klar geworden ist. Allein, wenn es sich um eine Fortsetzung der bisher betätigten, inneren, äußeren und wirtschaftspolitischen Maßnahmen handeln sollte, dann muß ich jede Unterstützung der Nationalsozialistischen Partei hierfür versagen, denn ich halte diese Maßnahmen teils für unzulänglich, teils für undurchdacht, teils für völlig unbrauchbar, ja sogar gefährlich. Ich weiß, Sie sind einer anderen Meinung, Herr Reichskanzler, aber ich halte die praktische Tätigkeit Ihrer Regierung schon jetzt für eine zumindest als erfolglos erwiesene.

"Punkt 4. Herr Reichskanzler, Sie sprechen in Ihrem Brief davon, daß durch den 6. No-

vember eine 'neue Möglichkeit für die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte' geschaffen würde. Ich darf Ihnen eingestehen, daß mir der Sinn dieser Ihrer Andeutung gänzlich unklar ist. Ich habe die Auffassung, daß sich diese Möglichkeit durch die Auflösung des Reichstages am 12. September natürlich nur verschlechtert hat; denn das Ergebnis ist auf der einen Seite eine unerhörte Stärkung des Kommunismus, auf der anderen eine Neubelebung kleinster Splitterparteien ohne jeden praktischen politischen Wert. Die Bildung einer irgendwie politisch tragfähigen Plattform im deutschen Volk ist damit parteimäßig nur noch denkbar unter Einschluß der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Denn den von Ihnen anscheinend gehegten Plan einer Einbeziehung der S.P.D. lehne ich von vornherein ab. Nun hat, wie Sie, Herr Reichskanzler, ja selbst wissen, gerade der Führer der Deutschnationalen Volkspartei vor der Wahl auf das Unzweideutigste jedes Zusammengehen mit dem Zentrum als nationalen Verrat und als nationales Verbrechen gebrandmarkt. Ich glaube nicht, daß Herr Geheimrat Hugenberg nun plötzlich so charakterlos werden könnte, nach der Wahl zu tun, was er vor der Wahl so scharf verurteilte. Damit aber erscheint mir Ihr Versuch, Herr Reichskanzler, solange unklar und damit ebenso zeitraubend wie zwecklos, als Sie mir nicht mitzuteilen in der Lage sind, daß Herr Hugenberg sich nunmehr doch eines anderen besonnen hat.

"Diese vier Punkte, Herr Reichskanzler, muß ich als Voraussetzung für einen Meinungsaustausch bzw. einer schriftlich zu führenden Aussprache meinerseits ansehen. Zuzustimmen oder abzulehnen, liegt bei Ihnen.

"Am Schlusse darf ich Ihnen noch versichern, Herr Reichskanzler, daß mich der Wahlkampf mit keinerlei nachtragender Bitternis erfüllt. Ich habe in den dreizehn Jahren meines Kampfes für Deutschland so viel an Verfolgung und persönlichen Angriffen zu erdulden gehabt, daß ich allmählich wirklich erkennen lernte, die große Sache, der ich diene, über das armselige eigene Ich zu stellen.

"Das Einzige, was mich mit Bitternis erfüllt, ist, zusehen zu müssen, wie unter der wenig glücklichen Hand Ihrer Staatsführung, Herr Reichskanzler, von Tag zu Tag von einem nationalen Gut vertan wird, an dessen Schaffung ich vor der deutschen Geschichte einen redlichen Anteil besitze. Dieser Verbrauch an nationalem Hoffen, Glauben und Vertrauen in die deutsche Zukunft ist es, der mich mit Schmerz und Gram erfüllt, allerdings auch stählt in meinem Entschluß, unverrückbar auf den Forderungen zu bestehen, die meines Erachtens allein unsere Krise überwinden können."

**Rücktritt
Papens**

Der Reichskanzler lehnte es ab, schriftliche Auseinandersetzungen mit Hitler über die Regierungsbildung zu beginnen. So blieben seine **Verhandlungen lediglich beschränkt auf Hugenberg von den Deutschnationalen, Dingeldey von der Deutschen Volkspartei, Kaas und Joost vom Zentrum und Schäffer von der Bayerischen Volkspartei**. Die Vertreter des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei lehnten die autoritäre Regierung ab und verlangten die Wiedereinsetzung des Parlaments in seine verfassungsmäßigen Rechte. Diese Forderung kam einer Absage an Papen gleich. Daraufhin trat, trotz dem Widerstande Gayls, am 17. November die Reichsregierung zurück.

Der Reichskanzler aber empfahl dem Reichspräsidenten aufs wärmste, den Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, mit der Regierungsbildung zu beauftragen.

Nun ließ **Hindenburg die Parteiführer zu Besprechungen mit ihm und untereinander einladen**. Nicht herangezogen wurden die Kommunisten und die Sozialdemokraten. Auf diese wurde wegen ihrer letzten groben Antwort an Papen verzichtet. Während die öffentliche Meinung jetzt kategorisch die Betrauung Hitlers forderte, wehrten sich die Deutschnationalen und das Zentrum mit verzweifelten Kräften hiergegen, das Zentrum verlangte sogar, daß auch die Sozialdemokraten zu den Präsidialbesprechungen hinzugezogen würden.

Die Lage war insoweit fortgeschritten, daß man nicht mehr an eine rein parlamentarische Regierung denken wollte, aber auch nicht mehr an eine rein präsidial-autoritäre Regierung denken konnte.

Jetzt mußten die Ziele des Präsidenten, der an einer Regierung der nationalen Konzentration festhielt, und die Ziele des Volkes, das sich in den Parteien darstellte, auf eine gemeinsame Formel gebracht werden. Mit anderen Worten: Der Reichspräsident und das in den Parteien sich ausdrückende Volk mußten in voller Übereinstimmung eine Regierung der nationalen Konzentration bilden. Dem Zwange zu einer gewaltigen Konzentration der beiden dynamischen Faktoren des Reichs, Präsident und Parlament, konnte nicht mehr ausgewichen werden. Die Regierung Hermann Müller von 1928 war eine Regierung von Gnaden des Parlaments gewesen, wie fast alle Regierungen vor ihr, doch die letzte ihrer Art. Die beiden Regierungen Brünings und die Regierung Papens waren Präsidialkabinette gewesen, wobei Brüning den Schein des Parlamentarismus zu wahren, Papen aber ohne Rücksicht auf das Parlament autoritär zu handeln versuchte. Alle diese Systeme waren bisher gescheitert an dem Mangel ihrer inneren Übereinstimmung, jetzt nun mußte dieser Mangel behoben werden durch das Zusammenwirken der beiden Gewalten.

Unter diesen Umständen war das **abermalige Eingreifen Adolf Hitlers von ganz ungeheurer Bedeutung.** Die Verhältnisse hatten sich gegenüber dem 13. August grundlegend geändert. Dies erkannte Adolf Hitler, und für ihn stand die Richtung fest: er mußte, wenn er, wie Papen vorschlug, gerufen wurde, um eine Regierung zu bilden, für sein Regierungsprogramm den **Reichspräsidenten und die Mehrheit des Reichstags gewinnen**, um eine Regierung der nationalen Konzentration zu bilden, die sowohl präsidial-autoritär, als auch im Volke verwurzelt war. So steigerten sich die Vorgänge im letzten Drittel des November zu einer außerordentlich dramatischen Höhe.

Nun allerdings erlitt die Entwicklung **durch Hindenburgs Auffassung alsbald einen Stillstand, ja Rückschritt.** Die Voraussetzungen, unter denen der Reichspräsident ein Präsidialkabinett zu bilden bereit war, waren **doppelte**: daß an der Spitze einer solchen Regierung **nicht ein Parteiführer, sondern ein überparteiischer Mann** stehe und daß dieser der Mann **des besonderen Vertrauens des Reichspräsidenten** sein müsse. Beides war bei Hitler nicht der Fall. Man könne das deutsche Volk nicht mit der nationalsozialistischen Bewegung identifizieren und wolle es dieser Bewegung nicht ausliefern, wurde in der Umgebung des Reichspräsidenten erklärt. Und weiterhin waren die **Erinnerungen aus dem Frühjahr** und die **Angriffe der Nationalsozialisten gegen Hindenburg** noch zu lebendig, als daß der Reichspräsident Hitler sein volles Vertrauen sofort entgegenbringen konnte. Es waren zum guten Teil persönliche Gründe, die Hindenburg hemmten, Adolf Hitler als Mann seines Vertrauens an die Spitze eines Präsidialkabinetts zu berufen. -

**Auftrag
an Hitler**

Am 19. November hatte Hindenburg mit Hitler eine Aussprache, die ruhig und harmonisch verlief: Hitler erklärte, wie im August, er werde sich nur einem Kabinett zur Verfügung stellen, an dessen Spitze er selbst stünde. **Hindenburg erteilte ihm nun den Auftrag, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen eine von Hitler geführte Regierung eine sichere arbeitsfähige Mehrheit mit festem, einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag haben würde.** Der Präsident glaubte, dem Inhalte seiner Besprechungen mit den Parteiführern entnehmen zu können, daß eine parlamentarische Mehrheitsregierung von Hitler sehr wohl gebildet werden könne, ohne präsidiale Rechte, d. h. vor allem das Recht der Reichstagsauflösung, in Anspruch nehmen zu müssen. Darauf entgegnete Hitler, daß er als Kanzler, ausgestattet mit präsidialen Rechten, sich eine Mehrheit im Parlament schaffen werde. Die Unterredung, die eine Stunde dauerte und noch keine Klärung über die neue Regierungsform, ob präsidial oder parlamentarisch, brachte, sollte auf Hindenburgs Wunsch am 21. November fortgesetzt werden.

Am 20. November, einem Sonntag, nahm **Reichstagspräsident Göring die Unterhandlungen mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei auf. Hugenberg**, der ebenfalls eingeladen war, lehnte ab, an einer Besprechung teilzunehmen ohne Hitlers Anwesenheit; auch seien die Deutschen keineswegs am Zustandekommen einer parlamentarischen Regierung interessiert, sondern hielten nach wie vor am Gedanken der autoritären Staatsleitung fest. **Dingeldey**, der keine Einladung erhalten hatte, hielt ebenfalls eine Besprechung mit Göring ohne Hitlers Gegenwart für überflüssig; vom Zentrum waren nicht die Führer Kaas und Brüning erschienen, sondern deren Vertreter Joos und Vockel. Die Auseinandersetzung scheiterte an sachlichen Meinungsverschiedenheiten. Vor

allem war das Zentrum in Preußen nicht gewillt, die Regierung Braun aufzugeben. Diese Partei, ebenso wie die Bayerische Volkspartei, waren in der Frage der Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen durchaus anderer Meinung als Hindenburg. Das Ergebnis der Sonntagsbesprechungen war die Erkenntnis, daß so, wie die Dinge lagen, eine Parlamentsmehrheit für Hitler nicht möglich war.

Am 21. November aber übermittelte der Reichspräsident dem Führer der Nationalsozialisten noch **gewisse Voraussetzungen, welche die Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung noch erheblich erschwerten**. Diese Voraussetzungen waren

Erschwerung der Bedingungen für Hitler und dessen Absage

"1. sachlich: Festlegung eines Wirtschaftsprogramms, keine Wiederkehr des Dualismus Reich-Preußen, keine Einschränkung des Artikels 48.

2. Persönlich behalte ich mir die endgültige Zustimmung zu einer Ministerliste vor. Die Besetzung des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums ist in Wahrung meiner verfassungsmäßigen Rechte als völkerrechtlicher Vertreter des Reiches und Oberbefehlshaber des Reichsheeres Sache meiner persönlichen Entscheidung."

In diesem Vorgang zeigte sich das Ungewöhnliche der ganzen Lage: Das Problem war nicht mehr die parlamentarische Mehrheitsregierung, auch nicht die autoritäre Präsidialregierung, sondern die **parlamentarische Mehrheitsregierung mit präsidialen Bindungen**. Der Sache nach war diese Entwicklung folgerichtig, aber in der Form, wie zunächst der Auftrag am 19. November, sodann die Bedingungen des 21. November übermittelt und schließlich Hitler die Bewegungsfreiheit genommen wurde, sich die parlamentarische Mehrheit zu schaffen, erkannte Hitler mit Recht einen Widerspruch.

Er fragte beim Staatssekretär Meißner an, **welche Regierungsform der Präsident wünsche:**

"Schwebt ihm ein Präsidialkabinett vor unter Sicherstellung der verfassungsmäßig nötigen parlamentarischen Tolerierung oder will Seine Exzellenz ein parlamentarisches Kabinett mit Vorbehalten und Einschränkungen der mir bekanntgegebenen Art, die ihrem ganzen Wesen nach nur von einer autoritären Staatsführung eingehalten und damit versprochen werden können."

Hitler wies auf das Beispiel Brünnings hin, der doch auch als Parteiführer Präsidialkanzler geworden sei und erklärte dann:

"Ich selbst aber habe mich bewußt von jeder parlamentarischen Tätigkeit fern gehalten. Der Unterschied zwischen meiner und der Auffassung des Kabinetts Papen über die Möglichkeit einer autoritären Staatsführung liegt nur darin, daß ich gerade bei dieser voraussetze, daß sie eine Verankerung im Volke besitzt. Dies im Interesse der deutschen Nation gesetzmäßig herbeizuführen ist mein sehnlichster Wunsch und mein vornehmstes Ziel."

Meißner antwortete, der Gedanke einer Präsidialregierung schließe nach wie vor aus, daß sie von dem Führer einer politischen Partei gebildet werde. Es komme nur in Frage, zu versuchen, eine Regierung auf parlamentarischer Grundlage zustande zu bringen, zum wenigsten eine tolerierende Mehrheit zu finden.

Obwohl Hitler die Unmöglichkeit dieser Forderung erkannte, eine parlamentarische Regierung gleichzeitig mit präsidialen Bindungen zu bilden, während ihm die nötigen Vollmachten versagt wurden, die bisher jeder Kanzler erhalten hatte, wurden **von neutraler Seite jetzt Bemühungen unternommen, die Harzburger Front wieder herzustellen und so doch noch eine Lösungsmöglichkeit zu schaffen**. Am 22. November verhandelte Schacht mit Hugenberg, doch umsonst; Hugenberg lehnte die Rückkehr zu einer parlamentarischen Regierung ab. Es half nichts, daß Schacht sein ganzes Gewicht einsetzte: "Es gibt nur einen, der heute Reichskanzler werden kann, und das ist

Adolf Hitler!" und daß er zu überzeugen versuchte, man dürfe einem Manne, der eine große Aufgabe und damit eine große Verantwortung übernehme, diese Aufgabe nicht durch Bedingungen einschränken hinsichtlich der anzuwendenden Methoden. Gleichzeitig suchte der **Herzog von Koburg und Gotha** den Stahlhelm und die Deutschnationalen einer Regierung Hitler geneigt zu machen. Auch das war vergeblich: Der Stahlhelm telegraphierte an Hindenburg, er möchte den autoritären Kanzler Papen wieder haben.

Daraufhin machte Hitler dem Reichspräsidenten am 23. November einen schriftlichen Gegenvorschlag in einem Briefe an Meißner:

**Hitlers
Gegenvorschlag**

"Den mir am Montag, dem 21. d. M. vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag kann ich infolge seiner inneren Undurchführbarkeit nicht entgegennehmen und lege ihn daher in die Hand des Herrn Reichspräsidenten zurück.

"Angesichts der trostlosen Lage unseres Vaterlandes, der immer steigenden Not und der Verpflichtung, für jeden einzelnen Deutschen sein Letztes zu tun, damit Volk und Reich nicht im Chaos versinken, möchte ich nach wie vor dem ehrwürdigen Herrn Reichspräsidenten und Feldmarschall des Weltkrieges die nationalsozialistische Bewegung mit dem Glauben der Kraft und der Hoffnung der deutschen Jugend zur Verfügung stellen. Ich schlage daher unter vollständiger Umgehung aller immer nur verwirrenden Begriffe folgenden positiven Weg vor:

"1. Der Herr Reichspräsident fordert mich auf, vom Tage der Auftragserteilung ab binnen 48 Stunden ein kurzes Programm über die beabsichtigten innen- und außenpolitischen Maßnahmen vorzulegen.

"2. Ich werde binnen 24 Stunden nach der Auftragserteilung dem Herrn Reichspräsidenten eine Ministerliste vorlegen.

"3. Ich werde neben anderen aus der derzeitigen Regierung zu übernehmenden Ministern dem Herrn Reichspräsidenten selbst für das Reichswehrministerium als seinen mir bekannten persönlichen Vertrauensmann General von Schleicher, für das Reichsaußenministerium Frhr. von Neurath vorschlagen.

"4. Der Herr Reichspräsident ernennt mich darauf zum Reichskanzler und bestätigt die von mir vorgeschlagenen und von ihm anerkannten Minister.

"5. Der Herr Reichspräsident erteilt mir den Auftrag, für dieses Kabinett die verfassungsmäßigen Voraussetzungen zur Arbeit zu schaffen, und gibt mir zu dem Zweck jene Vollmachten, die in so kritischen und schweren Zeiten auch parlamentarischen Reichskanzlern nie versagt worden sind.

"Ich verspreche, daß ich unter vollem Einsatz meiner Person und meiner Bewegung mich aufopfern will für die Rettung unseres Vaterlandes.

"Indem ich Ihnen, sehr verehrter Herr Staatssekretär, für diese Übermittlung danke, verbleibe ich in vorzüglicher Hochachtung Ihr sehr ergebener

gez. Adolf Hitler."

Das war ein Vorschlag, der sich hören lassen konnte. **Hitler forderte keineswegs die einseitige Präsidialregierung, sondern übernahm die Verpflichtung, eine parlamentarische Mehrheit zu bilden, vorausgesetzt, daß er Bewegungsfreiheit habe und unter seinem Programm einen neuen Reichstag wählen lassen dürfe.** Jedoch

**Hindenburgs
Ablehnung**

Aussicht hatte dieser Plan bei Hindenburg nur, wenn der Nationalsozialismus aus seiner Isolierung heraustrat und die Harzburger Front wieder neu erstand. Im Augenblick schien das aber nicht möglich, und der Reichspräsident war nicht geneigt, dem Nationalsozialismus die Reichsführung zu übertragen, am allerwenigsten, wenn er sich im Gegensatz zu den Deutschnationalen und zum

Stahlhelm befand.

So brach denn der **Staatssekretär Meißner im Auftrage des Präsidenten am 24. November die Verhandlungen mit Hitler ab**. Meißners Schreiben an Hitler lautete folgendermaßen:

"Auf Ihr gestriges Schreiben beehre ich mich, Ihnen im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten folgendes zu erwidern:

"1. Der Herr Reichspräsident nimmt Ihre Antwort zur Kenntnis, daß Sie den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung **nicht für aussichtsreich halten und deshalb den Ihnen erteilten Auftrag zurückgeben**. Zu der von Ihnen für diese Ablehnung gegebenen Begründung läßt der Herr Reichspräsident bemerken, daß **er gerade nach den Ausführungen der Führer des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, aber auch nach Ihren eigenen Ausführungen in der Besprechung vom 19. November im Gegenteil annehmen mußte, daß eine Mehrheitsbildung im Reichstag möglich war**. Einen 'inneren Widerspruch' in seinem Auftrag vermag der Herr Reichspräsident um so weniger anzuerkennen, als in meinem erläuternden Schreiben vom 22. November ausdrücklich auf die Möglichkeit einer weiteren Rücksprache hingewiesen war, falls eine von dem Herrn Reichspräsidenten erwähnte Voraussetzung sich als ein entscheidendes Hindernis bei Ihren Verhandlungen erweisen sollte.

"2. Der Herr Reichspräsident dankt Ihnen, sehr verehrter Herr Hitler, für Ihre Bereitwilligkeit, die Führung eines 'Präsidialkabinetts' zu übernehmen. Er glaubt aber, **es vor dem deutschen Volke nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei seine präsidialen Vollmachten zu geben, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, und die gegen ihn persönlich wie auch gegenüber den von ihm für notwendig erachteten wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen überwiegend verneinend eingestellt war**. Der Herr Reichspräsident muß unter diesen Umständen befürchten, daß ein von Ihnen **geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen** für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben er vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.

"3. Nachdem Sie zum lebhaften Bedauern des Herrn Reichspräsidenten sowohl in den bisherigen Besprechungen mit ihm als auch in Ihrer gestrigen mit seinem Wissen geführten Unterhaltung mit dem Herrn Reichswehrminister General von Schleicher **jede andere Art der Mitarbeit innerhalb oder außerhalb einer neuzubildenden Regierung - gleichgültig, unter welcher Führung diese Regierung auch stehen möge - mit aller Entschiedenheit abgelehnt** haben, verspricht sich der Herr Reichspräsident von weiteren schriftlichen oder mündlichen Erörterungen über diese Frage keinen Erfolg.

"Unabhängig hiervon wiederholt der Herr Reichspräsident aber seine Ihnen in der **letzten Besprechung am Montag abgegebene** Erklärung, daß seine Tür jederzeit für Sie offenstehe, und wird immer bereit sein, Ihre Auffassung zu den schwebenden Fragen anzuhören; denn er will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es auf diesem Wege mit der Zeit doch noch gelingen werde, Sie und Ihre Bewegung zur Zusammenarbeit mit allen anderen aufbauwilligen Kräften der Nation zu gewinnen."

Darauf erteilte Hitler folgende Antwort:

**Hitlers
Schlußbrief**

"Indem ich Ihr Schreiben, das die Ablehnung meines Vorschlages zur Lösung der Krise durch den Herrn Reichspräsidenten enthält, zur Kenntnis nehme, muß ich abschließend noch ein paar Feststellungen treffen:

"1. Ich habe nicht den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung für aussichtslos gehalten, **sondern ihn nur infolge der daran geknüpften Bedingungen als unmöglich bezeichnet**.

"2. Ich habe darauf hingewiesen, daß, wenn Bedingungen gestellt werden, diese in der Verfassung begründet sein müssen.

"3. Ich habe **nicht die Führung eines Präsidialkabinetts verlangt**, sondern einen mit diesem Begriff in keinem Zusammenhang stehenden Vorschlag zur Lösung der deutschen Regierungskrise unterbreitet.

"4. Ich habe zum Unterschied anderer unentwegt die **Notwendigkeit eines in der Verfassung begründeten Zusammenarbeitens mit der Volksvertretung betont, und ausdrücklich versichert, nur unter solchen gesetzmäßigen Voraussetzungen arbeiten zu wollen.**

"5. Ich habe nicht nur **keine Parteidiktatur** verlangt, sondern war wie im August d. J. so auch jetzt bereit, **mit all den anderen dafür in Frage kommenden Parteien Verhandlungen zu führen, um eine Basis für eine Regierung zu schaffen.** Diese Verhandlungen mußten erfolglos bleiben, weil **an sich die Absicht bestand, das Kabinett Papen unter allen Umständen als Präsidialkabinett zu halten.**

"Es ist daher auch nicht nötig, mich zur Zusammenarbeit mit anderen aufbauwilligen Kräften der Nation gewinnen zu wollen, da ich dazu trotz schwerster Anfeindungen schon in diesem Sommer alles nur irgendmögliche getan habe. Ich lehne es aber ab, in diesem Präsidialkabinett eine aufbaufähige Kraft zu sehen, und ich habe ja auch in der Beurteilung der Tätigkeit und des Mißerfolges der Tätigkeit dieses Kabinetts bisher Recht behalten.

"6. Ich habe aus dieser Erkenntnis heraus auch immer gewarnt vor einem Experiment, das am Ende zur nackten Gewalt führt und daran auch scheitern muß.

"7. Ich war vor allem nicht bereit, und werde auch in der Zukunft **niemals bereit sein, die von mir geschaffene Bewegung anderen Interessen zur Verfügung zu stellen, als denen des deutschen Volkes.** Ich fühle mich dabei verantwortlich meinem Gewissen, der Ehre der von mir geführten Bewegung und der Existenz der Millionen deutscher Menschen, die durch die politischen Experimente der letzten Zeit zwangsläufig einer immer weiteren Verelendung entgegengeführt werden.

"Im übrigen bitte ich, Seiner Exzellenz, dem Herrn Reichspräsidenten, nach wie vor den Ausdruck meiner tiefsten Ergebenheit übermitteln zu wollen."

Im letzten Grunde war es **die Haltung der Deutschnationalen und des mit ihnen verbündeten Stahlhelm**, der die Regierungsübernahme Adolf Hitlers scheitern ließ. Wir hatten ja gesehen, daß sogleich bei der Bildung der Harzburger Front im Herbst 1931 Hugenberg, der Führer einer Zwergpartei, dem Führer der großen völkischen Bewegung das Recht auf die politische Führung streitig machte. Diese kleinliche Eifersucht führte jetzt dazu (nachdem es ganz offenbar war, daß die Harzburger Front nicht mehr bestand), daß das Deutsche Reich in den Zustand des demokratischen Parlamentarismus zurückzugleiten drohte. Die geschickte Ausnutzung gefühlsmäßiger Momente, die beim Reichspräsidenten vom Präsidentschaftswahlkampf des Frühjahres noch nachwirkten, führte dazu, daß das Wohl der Gesamtnation vor der "autoritären" Doktrin Hugenbergs kapitulieren mußte. Göring faßte die Vorgänge in folgender Betrachtung zusammen:

Es gab nur zwei Möglichkeiten, diese Krise zu lösen: Einmal hätte man Adolf Hitler, frei von allen Bindungen und allen Vorbehalten, die Möglichkeit zur Bildung eines parlamentarischen Kabinetts geben müssen. Wenn man das nicht wollte, dann hätte man Hitler alle Möglichkeiten erschließen und alle Chancen geben müssen, um ein Kabinett zu bilden und sich auf Grund der Leistungen dieses Kabinetts eine Mehrheit zu schaffen. Das wäre ehrliches Spiel gewesen!

Eine autoritäre Regierung, das hatte sich gezeigt, war nun nicht mehr möglich, solange der Nationalsozialismus sich nicht an ihr beteiligte. Das Zustandekommen der nationalsozialistischen Regierung aber verhinderte der Widerstand Hugenbergs. Der tiefe Zwiespalt zwischen Hitler und Hugenberg **veranlaßte den Reichspräsidenten, nun wieder auf die parlamentarischen Parteien**

zurückzugreifen.

Da kam zunächst das **Zentrum** in Frage. Hindenburg beauftragte am 24. November den Prälaten Kaas, festzustellen, ob **außer einer Präsidialregierung noch irgend eine andere Lösung möglich sei**, d. h. ob eine parlamentarische Mehrheitsregierung gebildet werden könne. Daraufhin verhandelte Kaas mit den Nationalsozialisten, den Deutschnationalen, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei. Er kam bald zu der Erkenntnis, daß eine parlamentarische Mehrheitsregierung unmöglich sei und bat Hindenburg schon am folgenden Tage, von weiteren Unterhandlungen absehen zu dürfen. Es gab auch für Kaas nun nur einen Ausweg: **eine Präsidialregierung mit stärkerer parlamentarischer Unterstützung, jedoch dürfe nicht Papen an der Spitze dieses Kabinetts stehen.**

Für den Reichspräsidenten erhob sich jetzt die schwere Frage, wen er mit der Bildung der Regierung betrauen könne. Er dachte wieder an **Papen**, doch dieser selbst bat, nicht mehr herangezogen zu werden, da gegen seine Person nicht nur in den Kreisen der politischen Parteien, sondern auch der Wirtschaft, der Industrie, der Gewerkschaften starke Widerstände vorhanden waren. **Schon trat der Reichswehrminister General von Schleicher als Kanzlerkandidat in die Erscheinung.** Er galt als ein Freund der Nationalsozialisten, und Hindenburg hoffte, daß die nationalsozialistische Opposition gegen ihn schwächer als gegen Papen sein würde.

Man war nach den bisherigen Mißerfolgen um Hindenburg herum schon recht kleinlaut geworden. Von der Forderung einer parlamentarischen Mehrheit bzw. der Tolerierung durch eine solche war schon gar nicht mehr die Rede, **Schleicher versuchte lediglich mit den Parteien über einen Waffenstillstand von einigen Monaten zu verhandeln, d. h. über eine Aussetzung der Parlamentstagungen, hatte aber damit den gleichen Mißerfolg, wie er in den Bemühungen um die Mehrheitsregierung sich gezeigt hatte.** Darauf knüpfte Schleicher mit Hindenburgs Willen Verhandlungen an mit nicht parteipolitischen Organisationen der Wirtschaft und Arbeit. Am 28. November hatte er eine Besprechung mit **Theodor Leipart und Wilhelm Eggert, den Führern des sozialdemokratischen Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes**, und kam deren Forderungen soweit entgegen, so daß er sogar eine **Aufhebung der lohn- und sozialpolitischen Notverordnung vom 5. September 1932 in wesentlichen Stücken zusagte.** Der Form nach hielt Schleicher am Wirtschaftsprogramm Papens fest, wenn er auch die verlangte Wiedereinschaltung von Gewerkschaftsvertretern in das Ankurbelungsprogramm zugestand - doch damit war ja das Papenprogramm bereits durchbrochen!

Der Eindruck, den Schleicher machte, war kein günstiger. Er sei es gewesen, der Brüning zum Kanzlerposten verholfen habe, er sei es gewesen, der für den Youngplan eingetreten sei, er habe dann die Kanzlerschaft Papens herbeigeführt und dessen Rücktritt befürwortet, er habe durch seine Verhandlungen mit den Gewerkschaften einen Rückfall in den endlich überwundenen, verderblichen Parlamentarismus verursacht. Wie dieser Mann unter Brüning sich einst für die Einschaltung des Nationalsozialismus in die Regierung einsetzte, so bahnte er jetzt dem Marxismus wieder den Weg zur Macht. **Das deutsche Volk wurde ungehalten und der langen Regierungskrise überdrüssig, es forderte von Hindenburg eine klare Entscheidung.** Die war natürlich unendlich schwer, denn Schleichers tagelange Verhandlungen waren zu keinem Fortschritt gekommen: **die wichtigste Aussprache nämlich, die zwischen Schleicher und Hitler, kam nicht zustande;** und so mußte Schleicher, wenn er wirklich Kanzler wurde, mit der Übermacht der Nationalsozialisten und Kommunisten als gefährlichen Gegner rechnen.

Nachdem Papen nochmals Hindenburgs Vorschlag, eine Reichsregierung zu bilden, abgeschlagen hatte, da er jetzt selbst in den Kreisen seiner ehemaligen Mitarbeiter in der Regierung auf starken Widerstand stieß, **beauftragte der Präsident am 2. Dezember den Reichswehrminister Schleicher mit der Regierungsbildung, ohne Rücksicht darauf, ob eine Einigung über ein Wirtschaftsprogramm bereits erzielt sei oder nicht.** Das Kabinett Schleicher sollte kein Kampf-kabinett, sondern eine **Regierung der Verständigung** sein, sie sollte also nach der bisherigen Abwendung vom Parlamentarismus eine Basis des Friedens mit den Par-

**Reichskanzler
Schleicher**

teien finden. Man glaubte, daß ein Verschwinden Papens die Entspannung der Volksstimmung herbeiführen werde. Besondere Vollmachten, z. B. im Hinblick auf eine Reichstagsauflösung, hatte Schleicher weder verlangt noch erhalten.

In dem neuen Kabinett behielt Schleicher das Reichswehrministerium, Bracht wurde Innenminister. So sollte der Dualismus Reich-Preußen nach Hindenburgs Willen ausgeschaltet werden. Neurath behielt das Außenministerium, Warmbold blieb Wirtschaftsminister und Braun Ernährungsminister. Als Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung wurde Gereke in die Regierung aufgenommen. Die personelle Zusammensetzung des Kabinetts zeigte die scheinbare Bereitschaft, den Kurs Papens fortzuführen, aber nicht mehr autoritär, sondern parlamentarisch. Die Losung, die Hindenburg dem neuen Kanzler mitgab, war die: "Schaffen Sie Arbeit und suchen Sie die Spannungen in unserem deutschen Volke durch sozialen Ausgleich zu mildern!"

**Neue Hoffnungen
der Marxisten**

Die neue Regierung wirkte galvanisierend auf den **Marxismus**, er tauchte wieder im Vordergrund des deutschen Geschehens auf. Die Sozialdemokraten und Kommunisten waren fast gleich stark aus der Wahl des 6. November hervorgegangen, und diese Tatsache war in der Geschichte des deutschen Marxismus nicht nur ein bemerkenswertes erstmaliges Ereignis, sondern sie führte vor allem, wenn die Reichsgewalt schwach war, zur Radikalisierung der marxistischen Tendenz.

Die **Kommunisten** glaubten, die unseligen Monate, während deren die nationale Front von heftigen inneren Krisen erschüttert wurde, für ihre Zwecke zu benutzen.

Am Wahltag verbreitete ein illegaler kommunistischer Schwarzsender in Berlin eine blutige Wahlrede, drei Wochen später ließ sich der rote Sender abermals vernehmen: "Keine Knebelung, kein Redeverbot, keine Rundfunksperrung kann uns abhalten, zu gegebener Zeit unsere Meinung in die Lautsprecher der proletarischen Hörer zu funken." Es wurde angekündigt, daß demnächst noch vier weitere kommunistische Schwarzsender in Tätigkeit treten würden.

Die kommunistische Gefahr durfte nicht unterschätzt werden. **Die lange Regierungskrisis und die damit verbundene Schwäche des Reiches waren den bolschewistischen Desperados neuer Antrieb, Umsturzpläne zu schmieden.** In den Tagen, da Hitler bemüht war, eine Regierung zu bilden, konnten in Ludwigshafen 16 kommunistische Verschwörer unschädlich gemacht werden, die den Plan, über ein größeres Gebiet den Umsturz herbeizuführen, gefaßt hatten. Anfang Dezember 1932 brachte der *Rote Frontsoldat* folgende interessanten Anweisungen zur **Bewaffnung des Proletariats**:

"Wir sind nicht Anhänger eines unbewaffneten, sondern eines bewaffneten Aufstandes. Die einfache Frage: Wo nehmen die Arbeiter die Waffen her, um den Kampf erfolgreich aufnehmen zu können? muß deshalb positiv, klar, deutlich und sachlich beantwortet werden."

Die sachliche Beantwortung sieht etwa so aus:

"Die Kampfabteilungen müssen sich bewaffnen, mit was sie nur können, Gewehre, Revolver, Bomben, Messer, Schlagringe, Stöcke, petroleumgetränkte Lappen zur Brandlegung, Stricke oder Strickleitern, Spaten zum Barrikadenbau, Stacheldraht und Nägel gegen die Kavallerie usw."

"Man könnte neben Messern, Schlagringen usw. noch etwa Beile, Steine, kochendes Wasser zum Begießen der in den Straßen der Arbeiterviertel tobenden Polizeibestien, einfache Handgranaten aus Dynamit erwähnen, um nur das Allerprimitivste von den unendlich überall vorkommenden Möglichkeiten zur Bewaffnung des Proletariats zu unterstreichen."

Weiterhin wird zum Einbruch in Waffenläden angereizt. Die Freizeit der Arbeiter oder die Muße der Arbeitslosen soll folgendermaßen ausgefüllt werden:

"Außerdem haben sich die Arbeiter in reichlichem Maße mit der Selbstanfertigung von Handgranaten und anderen behelfsmäßigen Waffen zu beschäftigen und zu diesem Zwecke

werden die in den Zechen vorhandenen Sprengstoffe, Zündschnüre usw. ausgenutzt."

Wie schon immer versuchten die Kommunisten die **Not der Erwerbslosen auszunützen**. Es kam stellenweise zu Demonstrationen, in Lübeck ereigneten sich in der Woche nach der Wahl schwere Ausschreitungen, bei denen die Polizei die Schußwaffe gebrauchen mußte. Während Adolf Hitler und Hindenburg über die Regierungsbildung verhandelten, riefen die Kommunisten im preußischen Landtag den **Reichserwerbslosenausschuß und den Reichsausschuß der antifaschistischen Aktion** zusammen und beschlossen, **eine große Aktion der Erwerbslosen unter der Parole "Retung vor Hunger und Frost"** einzuleiten. Eine Massenwelle von Demonstrationen müsse einsetzen, verkündete Könen, eine Demonstration müsse der anderen die Tür in die Hand geben, damit die proletarische Freiheit jetzt in Deutschland einziehe. - Schon wenige Tage darauf versuchten die Erwerbslosen in verschiedenen Stadtteilen Berlins Einquartierungen in leerstehenden Wohnungen vorzunehmen, die von der Polizei gewaltsam verhindert werden mußten.

Es verging fast kein Abend, wo nicht kommunistische Demonstranten sich zu Hunderten zusammenzurotten versuchten, Polizeibeamte niederschlugen, in Waffengeschäfte einbrachen und Lebensmittelkäden plünderten. Die täglichen Unruhen und Schießereien in Berlin waren als Auftakt für den Umsturz im ganzen Reiche gedacht. Im Ennepe-Ruhrkreis unternahmen Tausende von Erwerbslosen einen Hungermarsch nach dem Kreishaus in Schwelm und mußten von der mit Karabinern bewaffneten Polizei zerstreut werden. In Frankfurt am Main sammelten sich die Massen der Erwerbslosen auf dem Platze vor dem Rathaus, drangen in die Tribünen des Sitzungssaales, riefen "Hunger, Hunger!" und versuchten Tumulte herbeizuführen, bis die Polizei Tribünen und Straßen mit dem Gummiknüppel räumte. So ging es seit dem Ende des Novembers Tag für Tag in Deutschland.

Hatte die kommunistische Reichstagsfraktion bereits unmittelbar nach der Wahl beschlossen, mit jeder proletarischen Partei zusammenzuarbeiten, um den Sturz des gegenwärtigen Regierungssystems herbeizuführen, so ging doch die **größte Initiative in den marxistischen Einheitsbestrebungen von den Sozialdemokraten aus**. Auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie in Wien am 13. November setzte der frühere Reichstagspräsident Paul Löbe auseinander, daß die Zeit der Tolerierungen und Koalitionen zu Ende sei, man müsse mit den Kommunisten zusammenarbeiten. In beiden Lagern der deutschen Arbeiterschaft lebe eine tiefe Sehnsucht nach der Einheitsaktion, und wer diese herbeiführe, sei der stürmischen Zustimmung der Volksmassen sicher. Wenn diese Einheit trotz sozialdemokratischer Bereitwilligkeit bisher nicht zustandegekommen sei, so rühre das daher, daß die Kommunisten dem Moskauer Einfluß unterstünden. Doch je mehr die demokratischen Volksrechte in Deutschland bedroht erscheinen, je mehr das Bürgertum sich in dem Feudalismus faschistischer Reaktion sammle, um so unwiderstehlicher werde der Wille zur Einheit im deutschen Proletariat werden. Allerdings war der **ehemalige Reichsbannerführer Otto Hörsing mit Löbe keineswegs einverstanden**. Am 19. November begründete dieser mit einigen Gesinnungsfreunden den "Republikanischen Schutzbund", gewissermaßen ein Gegenreichsbanner, dessen Tendenz gegen jedes Paktieren mit dem Faschismus und dem Bolschewismus gerichtet war. Hörsing erlebte die Genugtuung, daß eine stattliche Zahl ehemaliger Reichsbannerführer zu ihm übertrat. Löbe jedoch konnte für seine radikalen Bestrebungen die **Mehrheit der Reichstagsfraktion** gewinnen, aber nicht den Parteivorstand. Wels und Landsberg erklärten, Parteibeschlüsse, die Löbes Politik rechtfertigten, lägen nicht vor. Da aber Löbe den ganzen Dezember und Januar hindurch seine Bemühungen mit Eifer fortsetzte, da auch der *Vorwärts* den Kommunisten freundlich entgegenkam, gewann der linke Flügel der Sozialdemokratie immer mehr an Macht. Tiefgehende Meinungskämpfe zerrissen die Partei, und der Gedanke eines taktischen Bündnisses mit den Kommunisten gewann bei dem immer stärker werdenden linken Flügel täglich festere Formen. Es fanden auch Verhandlungen und Besprechungen zwischen den Führern beider marxistischen Richtungen statt, und wenn sie dort zu keinem Ergebnis führten, so lag das an dem **starken Mißtrauen der Kommunisten gegen die sozialdemokratischen Führer** - jenes Mißtrauen, das schon manches Mal Deutschland vor einer Vereinigung beider zerstörenden Kräfte bewahrt hatte.

Alle diese Symptome **mußten dem neuen Kanzler Schleicher zeigen, in welche Gefahren er sich**

begab, wenn er den Kurs nach links steuerte, "Verständigung" suchte. Nun war ja Schleicher ein Meister der Verschleierungskunst. Niemand war über seine wahren Ziele und Pläne genau unterrichtet. Aber soviel ließ sich schon erkennen, daß der neue Kanzler es als seine Aufgabe betrachtete, das autoritäre Werk seines Vorgängers **in großen Teilen zu beseitigen.** -

Vom 6.-9. Dezember 1932 fand die **erste Tagung des neugewählten Reichstages** statt. Die außerordentliche Spannung, die nervöse Unruhe, die das ganze Volk ergriffen hatte, entlud sich am zweiten Tage in einem **schweren Handgemenge zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten.** Es blieb eine Episode und hinderte das Parlament nicht an der Arbeit. Es erledigte drei Gesetze. Das erste war das von den Nationalsozialisten und der Bayerischen Volkspartei zur Abänderung des Artikels 51 der Reichsverfassung eingebrachte Gesetz über die **Stellvertretung des Reichspräsidenten.** In den Kreisen um Hugenberg und Papen war während der Herbstwochen die Befürchtung wach geworden, daß nach Hindenburgs Tode Hitler zum Reichspräsidenten gewählt werden könnte. Um dies zu vermeiden, plante man, wie in Ungarn, die Errichtung eines Reichsverweserpostens; der Reichspräsident, so meinten die Konservativen, müsse sich als Statthalter der Hohenzollernmonarchie betrachten. Die Wahl des Staatsoberhauptes durch das Volk müsse fortfallen. Die Institution des Reichspräsidenten dürfe keinesfalls zu einer neuen Stütze der Republik werden. Der einzusetzende Reichsverweser müsse eine Stütze des konservativen Staatsgedankens sein. Es war auch dieser Plan ein Anschlag gegen die Volksbewegung des Nationalsozialismus, der jetzt durch das **Gesetz, welches die Stellvertretung des Reichspräsidenten durch den Reichsgerichtspräsidenten festsetzte, zurückgewiesen wurde.** Das Gesetz wurde mit 404 gegen 127 Stimmen, also mit Zweidrittelmehrheit, angenommen. Die Deutschnationalen hatten dagegen gestimmt!

Reichstagsversammlung

Dann hatten die Nationalsozialisten den **Entwurf eines Amnestiegesetzes** eingebracht, der Straferlaß forderte für alle Taten, die aus politischen Gründen oder aus Anlaß von Wirtschaftskämpfen, oder infolge von Wirtschaftsnot begangen seien. Die Deutschnationalen waren gegen jede Amnestie, Sozialdemokraten und Kommunisten legten viel weitgehendere Entwürfe vor, die Amnestierung auch für Hochverrat und Zersetzung von Reichswehr und Polizei forderten. Jedoch diese Forderungen fanden keine Berücksichtigung. Das Amnestierungsgesetz wurde mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Auch hier stimmten die Deutschnationalen dagegen.

Schließlich fand auch ein vom Zentrum eingebrachter Gesetzentwurf Annahme, der die **Beseitigung der sozialpolitischen Maßnahmen der Notverordnung vom 4. September 1932** vorsah.

Zum ersten Male nach sieben Monaten hatte der Reichstag wieder Regierungsarbeit geleistet, sehr zum Ärger der "autoritären" weltfremden Deutschnationalen. Dann vertagte er sich. Sozialdemokraten und Kommunisten verlangten zwar erneute Sitzung am 12. Dezember, aber die anderen Parteien erteilten dem Reichstagspräsidenten Göring die Ermächtigung, den Reichstag im Einvernehmen mit dem Ältestenrat wieder einzuberufen. Als nächster Termin des Zusammentritts wurde ein Tag Mitte Januar ausersehen. -

Dieser Verlauf war ein **Erfolg für Schleicher**, wenn er ihn auch mit dem teuren Preise des Amnestiegesetzes und der Aufhebung der Notverordnung vom 4. September bezahlen mußte. Aber er hatte den erhofften **Waffenstillstand mit dem Parlamente** erreicht, sehr zur Verwunderung aller, die auf einen Sturz der Regierung oder auf eine Auflösung des Parlaments gerechnet hatten. Durch das Verhalten der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten war diese Entwicklung möglich geworden. Die Sozialdemokraten hofften auf die sozialpolitischen Erfolge, die sie in der Zusammenarbeit des Reichstags mit der Regierung erreichen wollten, und verzichteten auf ein Mißtrauensvotum. Die Nationalsozialisten litten zu jener Zeit an einer kleinen inneren Verstimmung, die durch den "Fall Strasser" hervorgerufen war, und sahen deshalb zunächst von einer Kampfansage an Schleicher ab.

Gregor Strasser hatte sein Amt als Reichsorganisationsleiter niedergelegt. Er fand die Linie der Ausschließlichkeit und Isoliertheit, die seine Partei verfolgte, unrichtig und meinte, Hitler solle Deutschland nicht erst in das Chaos stürzen lassen und erst dann mit der Aufbauarbeit beginnen.

Die Nationalsozialistische Partei müsse an den Staat herangeführt werden, die Zusammenarbeit mit sämtlichen nationalen und wahrhaft sozialistischen Kreisen suchen. Die Partei sei durch ihre Haltung in den letzten Monaten in die Enge getrieben und diesen Kurs könne er, Strasser, nicht mehr mitmachen. Dies war eine Auflehnung gegen das Führerprinzip der Partei, die nicht unbedenklich war, zumal sie von einem hohen Beamten der Partei ausging. Zwar versicherten die Abgeordneten und Gauleiter dem Führer Hitler einmütig ihre Treue, aber die ganze Sache mußte vorsichtig behandelt werden, damit die Partei nach außen hin sich keine Blöße gab. Denn von Anfang an war der opponierende Strasser eine wichtige Person in den Berechnungen Schleichers und des Zentrums, sie hielten Strasser im Reich wie in der Preußenfrage für den mächtigen und erfolgreichen Gegenspieler Adolf Hitlers. So kam es, daß auch die Nationalsozialisten im Augenblick nicht an einer Machtprobe gegen Schleicher, an einer Parlamentsauflösung und an Neuwahlen interessiert waren, bevor es nicht möglich war, Strassers Gegenwirkungen unschädlich zu machen.

Was die innere Lage der Partei betraf, maß Hitler der Strasseraffäre nur untergeordnete Bedeutung bei. Vor der Preußenfraktion erklärte er am 17. Dezember:

"Unser Wollen und unser Weg ist klar. Niemals werden wir uns von unserem Ziel abbringen lassen. Wir haben die deutsche Jugend, wir haben den größeren Mut, den stärkeren Willen und die größere Zähigkeit. Was kann uns da zum Sieg noch fehlen?!"

Die Regierung Schleicher ging Schritt für Schritt auf ihrem Wege weiter, die **Politik ihres Vorgängers abzubauen**. Warmbold und Braun, die sich unter Papens Kanzlerschaft heftig um die Kontingente gestritten hatten, einigten sich, indem Braun auf die Kontingente verzichtete und die **Landwirtschaft auf handels- und zollpolitischem Wege schützen** wollte. Sehr dringend aber war das Problem der **Arbeitsbeschaffung**. Die Zahl der Arbeitslosen stieg wieder, Mitte November betrug sie 5 266 000, Ende November aber 5 358 000. Gereke mußte schnellstens handeln, er mußte Arbeit schaffen und vor allem finanzieren. Dabei griff er auf die 40 Stundenwoche zurück, was den Widerstand der Gewerkschaften auf den Plan rief. Um aber die Arbeitslosigkeit fühlbar zu mindern, waren 1½ Milliarden nötig. Wo das Geld herkommen sollte, war allen ein Rätsel. In seiner Rundfunkprogrammrede vom 15. Dezember erklärte Schleicher, sein Programm bestehe nur aus einem einzigen Punkt: Arbeit schaffen. Hierbei komme es auf Instandsetzung und Verbesserung der vorhandenen Produktionsgüter an, und dann müsse auch die Siedlungsfrage berücksichtigt werden; 800 000 Morgen könnten in Deutschland Siedlungszwecken zugänglich gemacht werden. Alles aber waren Reden und Pläne, die nie zu Taten reiften und auch nicht reifen konnten.

Wenige Tage vor Weihnachten ging eine **schwere kommunistische Tumultwelle durch Deutschland**. Nicht nur in den Großstädten, in Hamburg, Berlin, Halle, im Rheinland und im Ruhrgebiet, in Nürnberg, München kam es zu Demonstrationen, Plünderungen und Ausschreitungen, Schießereien, Mordtaten und Barrikadenbauten, sondern auch in kleinen und kleinsten Orten. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung ereignete sich am 15. Dezember ein außerordentlicher Vorfall: Während der Rede eines Kommunisten überrannten plötzlich fünf Frauen die am Saaleingang stehenden Rathausbeamten und stürmten in den Saal. Sie liefen zu den Bänken der Kommunistischen Fraktion und schrien von dort aus im Chor: "Wir sind Neuköllner Arbeiterfrauen! Wir haben Hunger! Wir wollen Brot und Kleidung für unsere hungernden Kinder!" Zweck dieser Vorgänge war nach wie vor die allgemeine Erhebung des Kommunismus, die Vernichtung Deutschlands. Überall züngelten die schrecklichen Flammen der Vernichtung und des Aufruhrs aus den klaffenden Rissen des morschen Staatsbaues. Schon diese Entwicklung zeigte die bedenkliche Lockerung der Staatsgewalt, die unter Schleicher wieder Platz gegriffen hatte, und nun tat der Kanzler noch etwas ganz Unerhörtes: **am 20. Dezember hob er "zur Förderung des inneren Friedens" die Terrornotverordnung vom 10. August 1932 wieder auf! Die Kommunisten hatten ihre Handlungsfreiheit wieder erhalten und machten von ihr alsbald noch ausgiebigeren Gebrauch als bisher**. Auch das Republikenschutzgesetz, das Ende 1932 ablief, wurde nicht wieder erneuert, sondern nur einige Bestimmungen davon blieben in Kraft.

Die neue Notverordnung Schleichers vom 20. Dezember stellte die

**Notverordnung vom
20. Dezember 1932**

politische Freiheit des Staatsbürgers wieder her, beseitigte die Sondergerichte, hob die Presse- und Versammlungsverbote auf, berührte aber nicht das Recht, hochverräterische Vereine und Organisationen aufzulösen. Aus dem Republikschutzgesetz übernahm sie den verstärkten Schutz der Persönlichkeit des Reichspräsidenten, die Bestimmungen gegen die Verächtlichmachung des Reiches, der Länder, der Staatsform, der Flaggen und führte neu einen besonderen Schutz der Wehrmacht ein. Die Milderungen der politischen Ausnahmestimmungen würden ihren Zweck verfehlen, meinte der Kanzler, wenn nun die Hetze und die Gewaltakte andauern sollten. Aber der Erfolg dieses liberalistischen "Volkskanzlers" war der, daß nun die kommunistischen Untaten, Plünderungen, Meuchelmorde mit überwältigender Wucht immer weiter um sich griffen. In Berlin wurden kurz vor Weihnachten die Läden geplündert, so daß die Polizei besondere Schutzmaßnahmen ergreifen mußte. In München veranstalteten Tausende von Kommunisten einen Hungermarsch, in Altona verübten sie einen Feuerüberfall auf das nationalsozialistische Verkehrslokal, Schlesien und das Ruhrgebiet wurden von Plünderungen und schweren Unruhen erschüttert.

Wie seine Vorgänger gefiel sich auch Schleicher in Plänen und Beschlüssen, denen aber stets die Tat fehlte. Es wurden zwar 35 Millionen bereitgestellt, um Erwerbslosen und Bedürftigen Lebensmittel und Kohlen während der Wintermonate zu verbilligen, aber dem Grundproblem, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, stand man trotz aller Beschlüsse und heiligen Schwüre ratlos gegenüber. Mitte Dezember zählte man 5 604 000 Arbeitslose.

Die **Ausführung des Amnestiegesetzes** wurde durch die Langsamkeit des Reichsrates verzögert. Allerdings erhob er keinen Einspruch, trotz reaktionärer Bedenken, es könne durch ein solches Gesetz das Vertrauen zur Justiz erschüttert werden. Rund 10 000 politische Gefangene wurden von der Amnestie betroffen, davon 6000 in Preußen, und etwa die Hälfte von ihnen konnte noch vor Weihnachten auf freien Fuß gesetzt werden. Die Forderung der Sozialdemokraten, die Durchführung der Amnestie durch die Staatsanwaltschaften von einem Überwachungsausschuß prüfen zu lassen, wurde abgelehnt.

Als das Weihnachtsfest vorüber war, war es niemanden mehr zweifelhaft, daß **die Regierung Schleicher bereits gescheitert war.** Anstatt Arbeit zu schaffen, hielt Gereke Reden, entwickelte Pläne, die doch nicht ausgeführt wurden. Die Arbeitslosigkeit lastete mit jedem Tage drohender auf dem deutschen Volke. Die **Landwirtschaft** steuerte unaufhaltsam in die wirtschaftliche Katastrophe hinein. Die Kontingentierung der Fetteinfuhr war in den ersten Anfängen steckengeblieben, und die zollpolitischen Pläne konnten erst in Zukunft verwirklicht werden. Der Butterpreis sank ins Bodenlose, er wurde immer tiefer gedrückt durch die herabgesetzten Preise der vom Ausland eingeführten Butter. Mit Hilfe niedriger Zölle führte das Ausland einen systematischen Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Landwirtschaft. In allen Teilen des Reiches waren die Bauern in Verzweiflung, ihre Hilferufe an die Regierung überstürzten sich. Der Ernährungsminister von Braun, der vor Weihnachten Berlin verlassen hatte, weil er fürchtete, infolge der Gegensätze zu seinen Ministerkollegen die Nerven zu verlieren, versuchte zwar, den Ruin aufzuhalten durch eine Notverordnung, wonach 3 Prozent der deutschen Buttererzeugung der Margarine beigemischt werden sollte. Aber der Erfolg dieses Schrittes blieb aus, es sei denn, daß jetzt die Gewerkschaften über die "Nebenregierung der Großagrarien" wetterten.

Aber noch unendlich viel fürchterlicher war es, daß **über Deutschland das bolschewistische, jetzt endgültige, Chaos hereinzubrechen drohte.** In den fünf Wochen von Weihnachten bis Ende Januar 1933 hing das Schicksal des deutschen Volkes an einem seidenen Faden! Der blutige Freischärlerkrieg der Kommunisten gegen die Nationalsozialisten wütete wieder in den nächtlichen Straßen, Feuerüberfälle, Plünderungen waren keine Seltenheit. Das blutige, asoziale Untermenschentum tummelte sich in einer Freiheit und Zügellosigkeit, die aller sittlicher Schranken spottete. Der Kommunismus und Bolschewismus beherrschte mit seinem grausamen Terror die Straßen und die Öffentlichkeit. Durch Zufall konnte die Hamburger Polizei am Abend des 28. Dezember 1932 einen kommunistischen Waffentransport aufgreifen, der von der Schmuggelzentrale Rotterdam eingelauften war. Bei dieser Gelegenheit konnte auch gegen die Hamburger Terrorkolonnen, die gleichsam

zentrale Bedeutung hatten - Thälmann hatte seinen Sitz in Hamburg - vorgegangen werden.

Die Unsicherheit und Unruhe wuchs mit jedem Tage. **Überall bereiteten die Kommunisten den Bürgerkrieg vor, hielten öffentlich Schützen- und Sportübungen ab.** Die nichtmarxistischen Volksteile waren ungehalten auf Schleicher, daß er, dem ja die Reichswehr zur Verfügung stand, nichts tat, um diesem Treiben zu steuern, sie forderten das **Verbot der Kommunistischen Partei.** Es war nur eine unzureichende Maßnahme, wenn einigen der bolschewistischen Agitatoren, die von Rußland her das Reich überschwemmt, die Pässe und Aufenthaltserlaubnis entzogen wurde. Mit Blut und Mord und Haß und Rache zog Neujahrsmitternacht in allen deutschen Gauen ein. Schüsse krachten, Messer blitzten, Schwerverletzte mußten in die Krankenhäuser eingeliefert werden. Zu einem wahren Gefecht kam es beim Arbeitslager Ellenbogen in der Rhön, das die Kommunisten in dieser Blutneujahrnacht überrumpeln wollten.

**Drohender
Bürgerkrieg**

Als nun gar der vom Wahltage bis zum 2. Januar 1933 verlängerte **Burgfriede zu Ende** war, schien es, als sollte ganz Deutschland im Wüten des kommunistischen Mordes auseinanderbrechen. In den **Industrierevieren züngelten die Flammen des Aufruhrs, und die Polizeibeamten mußten sich mit Mühe der bolschewistischen Überfälle erwehren.** Jeder Tag brachte neue Gewalttaten. Es war kaum noch eine Stadt in Deutschland, die nicht schon in wenigen Tagen ihr Blutopfer gebracht hatte. Alle Bande des Gesetzes, der Gesittung waren gelockert. Die Nationalsozialisten forderten leidenschaftlich Verbot und energische Verfolgung der Kommunistischen Partei, aber Schleicher tat nichts, rein gar nichts. Er hoffte im stillen, durch den kommunistischen Terror einen mittelbaren Druck auf den Nationalsozialismus auszuüben, damit er geneigter werde, die Regierung zu unterstützen.

**Krisis des
Nationalsozialismus**

Die Wochen um die Jahreswende bildeten **die schwerste Belastung, die je der Nationalsozialismus durchzumachen hatte.** Eine innere Krisis, die durch **Gregor Strasser** heraufgeführt war, hatte wie eine schleichende Krankheit die große Volksbewegung in ihren Spitzen erfaßt. Die persönliche Verbindung zwischen Hitler und Gregor Strasser war seit Anfang Dezember 1932 abgerissen, und darauf gründete Schleicher gewisse Hoffnungen. Er hatte schon zur Zeit Brüning's all seine Energie darauf gerichtet, den Nationalsozialismus in die Regierung hineinzubringen. Diese Bestrebungen setzte er seit Ende 1932 fort, als er selbst den Zusammenbruch seiner Politik schon erkannte. Der Kanzler glaubte, daß die Partei dem versöhnlichen Strasser folgen würde, wenn er diesen gewann, und daß der unversöhnliche Hitler, der jede Begegnung mit dem Kanzler mied, auf diese Weise gewissermaßen gestürzt werden würde. Gregor Strasser war nach Schleichers Überzeugung der Mann, der die große Staatskrise, die durch die Opposition der Nationalsozialisten herbeigeführt wurde, zu überwinden in der Lage war. **So kam es denn, daß der Kanzler am 3. Januar 1933 in einer Besprechung mit Strasser sondierte, inwieweit dieser eine Beteiligung an der Regierung Schleicher eingehen würde.** Schon vier Tage später hatte Strasser mit dem Reichspräsidenten eine längere Aussprache, und am 13. Januar fand eine Zusammenkunft Strassers mit Brüning statt. Soweit also war es schon gekommen, daß Schleicher, der einen großen Wert darauf legte, daß auch die Nationalsozialisten in seiner Regierung die Mitverantwortung übernahmen, Strasser gegen Hitler auszuspielen versuchte! Die Verhandlungen zwischen Hindenburg, Schleicher und Strasser gediehen sogar soweit, daß ein Eintritt Strassers in das Kabinett Schleicher als Vizekanzler unter gleichzeitiger Betrauung mit dem Posten des preußischen Ministerpräsidenten als möglich und bevorstehend betrachtet wurde, denn auch das Zentrum war damit einverstanden.

Welche Bedeutung dem Falle Strasser zugemessen wurde, läßt sich immerhin daraus erkennen, daß Außenstehende meinten, 40 nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete würden unter Strassers Führung sich von Hitler trennen. Das war eine Falschrechnung! Kube schrieb:

"Der Begriff der Spaltung mag für alle anderen politischen Gebilde in Deutschland gelten. Für den Nationalsozialismus besteht dieser Begriff nicht, denn der Nationalsozialismus ist Adolf Hitler."

Der Fall Strasser war ohne Zweifel eine Krankheitserscheinung innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung; denn wie war es möglich, daß dieser Mann, ohne vom Führer beauftragt zu sein, auf eigene Faust so schwerwiegende Schritte unternahm? Auch in der Parteiorganisation zeigten sich hier und da Symptome der Schwäche. In Franken, Nürnberg, mußte Anfang Januar 1933 der S.A.-Gruppenführer und Reichstagsabgeordnete **Wilhelm Stegmann** seines Dienstes enthoben werden wegen Unbotmäßigkeit. Trotzdem kriselte es noch tagelang weiter. Ein Teil der S.A. Frankens machte sich selbständig als S.A.-Freikorps, um den Kampf gegen das "Parteibonzentum in der Gauleitung" zu führen. Mit Strasser hatte dieser Vorfall nichts zu tun, denn obwohl die S.A. den Gau verlassen hatte, erklärte sie einmütig dem Führer Adolf Hitler die Treue. Der Fall wurde bald gütlich beigelegt. Auch in anderen Teilen Deutschlands kamen Enthebungen aus Parteidienststellen und Austritte aus der Partei vor.

Es war ein **Zustand der Abspannung**, der nach den monatelangen aufreibenden Kämpfen die große Partei befallen konnte; das war durchaus menschlich. Aber eine mächtige Volksbewegung überwindet solche kleinen Ermüdungskrisen, wenn sie innerlich gesund ist. Nur braucht sie dann einige Zeit Ruhe, wie ein müder Körper, wenn er nicht überanstrengt werden soll. So beschränkte sich Hitler zunächst auf die Verteidigung; er zog zwischen sich und Schleicher klar und deutlich einen Trennungsstrich, ohne es zum offenen Kampfe kommen zu lassen. Hitler konnte warten, Schleichers Mißerfolge arbeiteten für ihn. Frick sagte ja, die Nationalsozialisten seien überzeugt, daß Schleicher ebenso versagen werde wie Papen und Brüning. Es war den Nationalsozialisten nicht unangenehm, daß sie die Reichtagssitzung, die ursprünglich am 11., dann am 16. Januar stattfinden sollte, in der Ältestenratssitzung vom 4. Januar auf den 24. Januar verschieben konnten, wenn sie es auch lieber gesehen hätten, daß das Parlament bis in den Februar oder März vertagt worden wäre. Denn das stand fest: die nächste Reichtagssitzung mußte die Machtprobe zwischen Parlament und Regierung bringen, und in der ersten Januarhälfte schien es den Nationalsozialisten geraten, diese Machtprobe noch zu verschieben.

Lippische Landtagswahlen

Betrachtet man die internen Vorgänge in der nationalsozialistischen Partei, dann versteht man, weshalb die **Führer den lippischen Landtagswahlen, die am 15. Januar 1933 stattfanden, so ungeheure Bedeutung beimaßen.** Das Ergebnis zeitigte eine **erneute Zunahme des Nationalsozialismus**, so daß er fast den Stand vom 31. Juli 1932 wieder erreicht hatte. 39,6 Prozent aller Stimmen entfielen auf die Hitlerbewegung (31. Juli 1932: 41,1 Prozent, 6. November 1932: 34,7 Prozent). **Jetzt wußte Adolf Hitler, daß die Krisis überwunden war, daß sein Kurs der richtige war.** Die Irrungen Gregor Strassers und Wilhelm Stegmanns waren spurlos an der Bewegung vorübergegangen, mit ungebrochener Kraft konnte sie den Kampf um das Dritte Reich fortsetzen. Die erste Folge des lippischen Wahlsieges war die **gänzliche Ausschaltung Gregor Strassers aus der Partei:** ein alter Kämpfer war hundert Meter vor dem Ziel gestrauchelt, er war der Nervenprobe erlegen. Schleicher aber erlitt hierdurch eine empfindliche Schlappe. Eine gewaltige Kundgebung zum Gedächtnis Horst Wessels am 22. Januar in Berlin bewies auch nach außen hin aufs neue die Unerschütterlichkeit und machtvolle Geschlossenheit der großen Bewegung. -

Sleichers Kurs, der sich parlamentarischen und damit auch marxistischen Einflüssen zugänglich zeigte, wurde in Kreisen der Industrie als ein **Rückschritt gegenüber der autoritären Staatsführung Papens** empfunden. Besonders die **westdeutschen Wirtschaftskreise** waren voll schwerer Bedenken und äußerten ihren Unmut. Starkes Mißtrauen bestand auch hier gegen die Pläne Gerekess. Die Unruhen, die seit Ende Dezember 1932 wieder allenthalben einsetzten, steigerten die Verstimmung. So bahnte sich **seit Anfang Januar 1933 in aller Stille eine folgenschwere Entwicklung an, deren Ziel die Wiederbelebung der Harzburger Front war, mit anderen Worten, die neue Eingliederung der nationalsozialistischen Partei in eine nationale Konzentration.**

Der Bankier von Schroeder in Köln hatte bei Herrn von Papen angeregt, ob nicht durch eine **vertrauliche Aussprache** der Boden für eine **Verständigung aller nationalen Kräfte** wiedergewonnen werden könne. Mit Zurück-

Papen und Hitler in Köln

stellung seiner Person sowie der gegen ihn gerichteten heftigen Angriffe **unternahm es Papen**, von Schacht unterstützt, in einer durchaus ritterlichen Weise, **seinen bisherigen Gegner Adolf Hitler zu dieser Aussprache zu bewegen, die am 4. Januar in Köln im Hause des Bankiers stattfand** und an der auch Hitlers Generalsekretär Rudolf Heß, der oberste S.S.-Führer Himmler und der Wirtschaftsberater Keppler teilnahmen. Diese Aussprache brauchte sich in keiner Weise gegen Schleicher zu richten, denn Papen und Hitler wußten, daß der Kanzler ohne jedes Zutun von selbst scheitern würde. **Zweck der Unterhaltung war also für Papen wie für Hitler nicht die Herbeiführung einer Krise, sondern Vorbereitung von Maßnahmen für den Fall des Eintretens der erwarteten Krise.**

**Erneuerung der
Harzburger Front**

Der Inhalt des Kölner Gesprächs ist bis jetzt nicht bekannt geworden. Man muß der Ansicht zuneigen, daß **Hitler seinen Standpunkt vom November aufrecht erhielt und daß Papen versuchte, diesen Standpunkt zu ändern.** Insbesondere aber wird Papen die Notwendigkeit einer großen nationalpolitischen Einheitsfront entwickelt haben; er wird darauf hingewiesen haben, daß, falls Schleicher doch den Reichstag auflösen würde, wie man befürchtete, in einem neuen Wahlkampf die nationale Front einen schweren Zusammenbruch erleiden werde, die auch die Regierung Schleicher in Schwierigkeiten bringen und endgültig dem Marxismus in die Arme treiben würde. Jedenfalls seien die Aussichten für den Nationalsozialismus, an die Regierung zu kommen, günstiger, wenn er den Anschluß an die nationale Front wiedergewinne. Der ganze Charakter des Gesprächs war vorbereitender Natur, nicht gegen Schleicher gerichtet, sondern allein die Absicht Papens verfolgend, Hitler den Weg zur nationalen Einheitsfront zu ebnen und Neuwahlen zu vermeiden. Man möchte meinen, daß es Papen zunächst auch darum zu tun war, die Strasserumtriebe vom Nationalsozialismus abzuwenden, da diese nicht nur für die Hitlerbewegung, sondern für die ganze nationale Front eine Schwächung sein würden. Hitler dagegen scheint von seinem Standpunkte, den er im November dargelegt hatte, nicht abgewichen zu sein.

Schleicher war verstimmt über die Unterredung, deren Inhalt er nicht kannte. Papen versicherte ihm in einer Unterredung am 9. Januar, daß sich die Besprechung **keineswegs gegen den Kanzler gerichtet habe und lediglich den Versuch darstellte, eine breite Front der Rechten herbeizuführen und eine nochmalige Reichstagsauflösung und die damit verknüpfte Beunruhigung zu vermeiden.** Dies würde aber nur dann möglich sein, wenn sich der Nationalsozialismus zu einer Beteiligung oder Duldung des Reichskabinetts entschließe. Jedenfalls war das Kölner Gespräch für Schleicher der Anlaß, seine **Verhandlungen mit Strasser** zu beschleunigen und auch **Hugenberg** an seiner Regierung zu interessieren. Der Führer der Deutschnationalen stand dem Kölner Gespräch gänzlich fern und war vorerst noch nicht in die Verhandlungen über die Erneuerung der nationalen Einheitsfront einbezogen worden. **Am 13. Januar hatte Hugenberg eine zweistündige Unterredung mit Schleicher,** und es schien, als hätten des Kanzlers Bemühungen, seine Regierungsfrent zu verbreitern und sein von inneren Gegensätzen zerrüttetes Kabinett zu festigen, Erfolg: **Hugenberg, Strasser und Stegerwald von den Christlichen Gewerkschaften,** der Vertrauensmann des Zentrums, waren als Minister in Aussicht genommen. Der Reichspräsident billigte das Vorgehen Schleichers. Hindenburg war aber verstimmt, daß er von Papen erst nachträglich über das Kölner Gespräch unterrichtet worden war.

Papen hatte inzwischen seine Verhandlungen um die nationale Einheitsfront fortgesetzt. In Düsseldorf hatte er Besprechungen mit Industriellen und Wirtschaftsführern gehabt. **Dennoch schien es am 13. und 14. Januar, als sei der Erfolg der Regierungsbemühungen Schleichers gesichert,** was einen Mißerfolg Papens bedeutet hätte. Da brachte der **nationalsozialistische Sieg in Lippe** die Wendung. Er bewies die Unerschütterlichkeit der Hitlerbewegung, rückte andererseits die Mißerfolge Schleichers wieder in ein grelles Licht: das Vorgehen gegen Strasser war ein schwerer Schlag gegen Schleicher.

Ein **schwerer Konflikt mit dem Reichslandbund** Mitte Januar erschütterte weiterhin heftig des Kanzlers Position. Die **Unfähigkeit Gerekes**, von vielen Worten endlich zu Taten zu kommen, ließ die Zahl der Arbeitslosen, die Ende Dezember 5 773 000 betrug, also um 169 000 größer war als

Mitte des Monats, weiter anschwellen; sie betrug Mitte Januar 5 966 000. Dem **kommunistischen Blutwüten** trat der Kanzler lediglich mit väterlichen Mahnungen statt mit entschlossenen Handlungen entgegen.

Hugenberg, der sich nicht mit dem Gedanken befreunden konnte, mit dem Zentrumsmann Stegerwald zusammen in der Regierung zu sitzen, **traf am 17. Januar mit Hitler zusammen**. Diese wichtige Besprechung verlief im Sinne einer Annäherung. Schon am folgenden Tage setzten Papen und Hitler ihre Kölner Besprechung in Berlin fort, während Schleicher nach der Ausschaltung Strassers vergeblich Adolf Hitler zu einer Rücksprache erwartete. In der Unterredung mit Papen hielt Hitler nach wie vor seine Forderung auf den Kanzlerposten fest und wies alle Versuche Papens, ihn umzustimmen oder andere Lösungen zu suchen, zurück. Papen unterrichtete den Reichspräsidenten über seine Gespräche mit Hitler, jedoch hielt Hindenburg nach wie vor an Schleicher fest.

Das Heraufziehen der Krisis für Schleicher kündigte sich am 20. Januar durch den **Beschluß des Ältestenrates an, den Reichstag, der am 24. Januar zusammentreten wollte**, auf den 31. Januar zu vertagen. Schleicher hätte jetzt gern eine baldige Klärung gewünscht gerade in bezug auf die Vorgänge in der nationalen Front, und die achttägige Hinauszögerung der Entscheidung spannte ihn auf die Folter. Aber das Wohlergehen der Regierung Schleicher lag den Nationalsozialisten keineswegs am Herzen. Sie versuchten zwar, wie am 4. Januar, die Ermächtigung, die nächste Reichstags-sitzung zu bestimmen, in Görings Hand zu legen, um jetzt nach ihrem Ermessen die Entwicklungen auf der nationalen Front ausreifen zu lassen, aber mit diesem Willen drangen sie gegen die Parteien der Mitte und Linken nicht durch, so daß der vermittelnde Zentrumsvorschlag einer Einberufung auf den 31. Januar angenommen wurde. Aus dem über Schleicher sich zusammenziehenden Gewitter zuckte der erste Blitzstrahl: die Deutschnationalen, die bisher stets an einer baldigen Klärung interessiert waren, widersetzten sich diesmal nicht dem nationalsozialistischen Antrag auf Verschiebung des Parlamentes! Schleicher war derart in die Enge getrieben, daß der schon einige Tage vorher bei ihm aufgetauchte Gedanke, den Staatsnotstand, d. h. die Außerkraftsetzung der Verfassung zu verkünden, erneut von ihm erwogen wurde. Vor einer Verwirklichung schreckte er aber zurück, da ihm die Marxisten deutlich erklärten, dieser Schritt werde unverzüglich mit dem Generalstreik beantwortet werden. Am 20. Januar bereits war Schleicher der tote Mann, war das System von Weimar ein totes System. Am folgenden Tage erklärten die Deutschnationalen dem Kanzler, daß sie sich endgültig von ihm trennen müßten. -

Die letzte Januarwoche brachte die Ereignisse ins Rollen, das Zentrum fühlte, daß die Front der nationalen Opposition erstarkte, und versuchte, **doppelzünftig wie es war, durch Verhandlungen mit den Sozialdemokraten und den Nationalsozialisten eine parlamentarische Basis zu retten**. Aber dazu war es zu spät: auf beiden Seiten erhielt es Absagen. Hugenberg erteilte der Regierung Schleicher am 24. Januar in aller Öffentlichkeit eine scharfe Absage, in welche die Nationalsozialisten mit konzentrischer Wucht einstimmten, und hatte mehrere Verhandlungen mit Dr. Frick. Herzog Carl Eduard von Coburg und Gotha führte inzwischen die Einigungsverhandlungen mit dem Stahlhelm weiter, und bereits am 26. Januar verlautete, **daß weitere Besprechungen zwischen Hitler und Hugenberg das Einverständnis Hugengebgs mit einer Kanzlerschaft Hitlers ergeben hätten**. Die Einigung zwischen Hitler und Hugenberg war zustandegekommen auf Grund einer Vereinbarung, wonach **die gesamten wirtschaftlichen Aufgaben in Reich und Preußen, die Wirtschafts-, Ernährungs- und Landwirtschaftsministerien, Hugenberg übertragen werden sollten**. Hugenberg sah seine Aufgabe darin, in einer Regierung Hitlers das Bollwerk gegen dessen scharf bekämpften, "gefährlichen" Sozialismus zu sein.

Am 26. Januar war also zwischen den drei Hauptpersonen der nationalen Front, Hitler, Papen und Hugenberg, Einigkeit erzielt. **Jetzt galt es, auch den Reichspräsidenten zu gewinnen**. Das war schwierig. Hindenburg war von Papen über die Verhandlungen der nationalen Front auf dem Laufenden gehalten worden. Die Verhandlungen Hugengebgs mit Hindenburg waren darauf ausgegangen, den Reichspräsidenten für ein mit diktatorischen Vollmachten ausgestattetes Kabinett der Harzburger Front zu interessieren. Aber solche Pläne wies Hindenburg zurück, am allerwenigsten wollte

er etwas davon wissen, daß er Hitler als Kanzler eines Minderheitskabinetts diktatorische Befugnisse erteilte. Noch am 26. Januar bestand Hindenburgs Gegnerschaft gegen Hitler in alter Stärke weiter. Der Reichspräsident hatte die Vorgänge des Frühjahrs 1932 noch nicht vergessen, und gefühlsmäßig stand er immer noch unter ihrem überwältigenden Eindruck, der sogar so weit reichte, daß er auch Schleicher noch nicht verziehen hatte, daß ihm dieser im August 1932 die Kanzlerschaft Hitlers vorschlug! Weder Papen noch Hugenberg vermochten den Standpunkt Hindenburgs in diesem Punkte zu ändern. Der Reichspräsident erwog eine Kanzlerschaft Dr. Brachts an der Spitze eines Übergangskabinetts.

Da fiel dem Sohne des Präsidenten, dem Obersten Oskar von Hindenburg sowie den alten Freunden Oldenburg-Januschau, Berg-Markien und von der Osten-Warnitz die Aufgabe zu, in **zweitätigen eindringlichen Erörterungen den greisen Generalfeldmarschall von der Notwendigkeit der Harzburger Lösung zu überzeugen**. Die Marxisten und Gewerkschaften verfolgten mit Groll die Vorgänge im Präsidentenpalais, weil sie den Sturz des ihnen freundlich gesinnten Kanzlers fürchteten. Der *Vorwärts* entdeckte auf einmal eine moralische Ader in sich, als er schrieb:

"Unredliche Menschen wollen diesen redlichen Mann (den greisen Reichspräsidenten) zu Handlungen verleiten, die nicht nur gegen Verfassung und Strafgesetz verstoßen, sondern auch politisch betrachtet ein Frevel am deutschen Volke sind".

Der *Deutsche*, Sprachrohr der christlichen Gewerkschaften und weiter Teil des Zentrums, schrieb:

"Wenn dem Herrn Reichspräsidenten an seinem Prestige gelegen ist, dann muß er den diesbezüglichen gegenwärtig kursierenden Behauptungen dadurch die Spitze abbrechen, daß er an der Regierung Schleicher festhält. Der Reichspräsident hat seine außergewöhnlichen Vollmachten von dem Volksteil erhalten, der sich schärfstens gegen einen Papenkurs ausgesprochen hat, und viele, die Hitler wählten, wollen von Papen und Hugenberg ebenfalls nichts wissen. Diese Tatsache kann für Hindenburg nicht ohne Bedeutung sein. Eine Regierung Papen darf nicht wiederkommen".

Jedoch am 27. Januar war **Hindenburg soweit, daß er Hitler als Führer eines Präsidialkabinetts annehmen wollte, aber unter weitgehenden Sicherungen hauptsächlich in bezug auf Reichswehr, Währungs- und Außenpolitik, jedenfalls in dem Umfange der Vorbehalte, die Hindenburg im November Hitler mitgeteilt hatte**.

Schleicher verfiel inzwischen in einen Zustand ratloser Lethargie. Im Reiche ging es drüber und drunter. Überfälle, Gewalttaten, Saalschlachten ereigneten sich jeden Tag. In **Dresden** kam es am 25. Januar zu einem gefährlichen Kommunistentumult, bei dem 9 Kommunisten von der Polizei erschossen wurden. Einen Augenblick lang mag bei dem Kanzler wieder der Gedanke aufgetaucht sein, den Staatsnotstand zu erklären. Doch er schreckte sofort davor zurück, als die Sozialdemokraten, wie schon einmal, erwiderten: Staatsnotstand sei Staatsstreich, und dem würden sie mit allen Mitteln Widerstand leisten. Nur in einem war Schleicher entschlossen: **einer neuerlichen, etwa vom Ältestenrat geplanten Vertagung des Parlaments über den 31. Januar hinaus wollte er ein ganz entschiedenes Nein entgegensetzen!** Es mußte endlich Klarheit werden.

**Sturz
Schleichers**

Am 28. Januar in der Mittagsstunde **begab sich Schleicher zum Reichspräsidenten**, um ihm Bericht zu erstatten. Sein Plan war, **Vollmachten zu fordern**, die sein Regiment fortsetzen konnten: nämlich **Auflösung des Reichstages, Aussetzung der Neuwahlen bis in den Herbst, und Maßnahmen zur Bekämpfung des politischen Terrors**. Der Kanzler erklärte dem Präsidenten, falls die Vollmachten verweigert würden, werde das Kabinett zurücktreten. Er begründete seinen Standpunkt, indem er behauptete, daß sein Kabinett als Präsidialregierung berufen sei und das Vertrauen des Reichspräsidenten besitze, wenn auch der Reichstag das Mißtrauen ausspreche. Doch Hindenburg erklärte sofort, daß er Schleichers Forderung nicht entsprechen könne; es sei gut, wenn man doch erst noch die Entscheidung des Reichstages abwarte.

Nach Schleichers Ansicht, die er bei dieser Unterredung entwickelte, gab es nur **drei Möglichkeiten: die Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung**, die wahrscheinlich unter Führung Hitlers möglich sei, sodann eine **auf starke Volksströmungen gestützte Minderheitsregierung**, die sich hauptsächlich auf die Nationalsozialisten, möglicherweise auch auf die übrigen Gruppen der Rechten stützen könnte, und schließlich ein **über den Parteien stehendes Präsidialkabinett** wie das bisherige, als Sachwalter des ganzen Volkes; ein solches Kabinett müsse aber die nötigen Vollmachten gegenüber dem Reichstag haben. Jedoch vor einem Kabinett, das sich nur auf eine Partei stütze, aber den Namen eines Präsidialkabinetts habe, glaubte Schleicher warnen zu müssen. In diesem Punkte aber beruhigte ihn der Reichspräsident.

Um 1 Uhr erklärte die Gesamtregierung Schleicher ihren Rücktritt. Ohne die geforderten Vollmachten wollte sie nicht vor den Reichstag treten.



Abwehr der Wühlereien Brauns in Preußen

In **Preußen** befand sich infolge der Ereignisse im Reiche alles noch in der Schwebelage. Hier herrschte seit dem 25. Oktober der **Zustand, daß nicht nur der Landtag gegen die Kommissarische Regierung in Opposition stand, sondern daß auch die alte Hoheitsregierung ihre Ansprüche geltend machte.** Die Reichsregierung, die unter allen Umständen den Dualismus zwischen Reich und Preußen nicht wieder aufleben lassen wollte, sah sich einer **doppelten Front** gegenüber: dem Landtag, der sich bemühen wollte, eine neue Regierung zustande zu bringen, und der geschäftsführenden Regierung Braun, die sich bemühte, den Kreis ihrer Rechte auf Grund des Leipziger Urteils möglichst zu erweitern. -

Als Braun auf sein Schreiben an Hindenburg vom 3. November keine Antwort erhielt, drohte er mit neuer Klage. Er fühlte sich sehr sicher, insbesondere, da er den Reichsrat für seine Rechte zu interessieren vermochte und bei den süddeutschen Staaten genug Rückhalt gegen das Reich fand. Mitte November nahm der **Reichsrat eine EntschlieÙung an, welche die letzten Reichsmaßnahmen scharf ablehnte:** die Maßnahmen des Reichs vom 29. und 30. Oktober 1932 gingen weit hinaus über die Maßnahmen auf Grund der Notverordnung vom 20. Juli 1932; es sei dadurch eine tiefgreifende und grundlegende Veränderung im bisher verfassungsmäßig festgestellten Kräfteverhältnis zwischen dem Reich und Preußen, zwischen dem Reich und den Ländern und zwischen den Ländern untereinander herbeigeführt worden. Der Reichsrat erwarte von der Reichsregierung, daß sie sobald wie möglich die eingetretene Gleichgewichtsveränderung beheben werde.

Besonders empfindlich wurde Braun dadurch getroffen, daß ihm **kein Recht über die Beamten mehr** zustand. In einem Brief an Hindenburg am 7. November beklagte sich der abgesetzte Ministerpräsident, daß durch den Beamtenabbau besonders wertvolle Kräfte betroffen würden und daß der Grund zum Abbau größtenteils in der politischen Einstellung oder der konfessionellen Zugehörigkeit (- er meinte aber Nichtzugehörigkeit -) der Beamten liege. Den Schutz der Beamtenschaft vor solchen Maßnahmen sehe die alte Regierung als eine ihrer vornehmsten Pflichten an. Hindenburg erwiderte darauf, daß der Kommissarischen Regierung durch das Leipziger Urteil die Befugnis gegeben sei, preußische Beamte in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen.

Da die Verhandlungen zwischen Braun und Papen infolge von Brauns Hartnäckigkeit zu keinem Ergebnis geführt hatten, regelte der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 am 18. November die Abgrenzung der Zuständigkeit für die Kommissarische Regierung wie für die Hoheitsregierung. Danach wurde das Recht, Verordnungen zu erlassen, ausschließlich der Kommissarischen Regierung zugestanden, auch habe diese das Recht, zur Durchführung ihrer Aufgaben mit der Reichsregierung in Verbindung zu treten. Das Recht der Begnadigung haben die Reichskommissare auszuüben. An den Sitzungen des Reichs- und Landtages, des Reichs- und Staatsrates sowie ihren Ausschüssen nehmen die Kommissare nicht teil, leiten diesen Körperschaften auch keine Vorlagen zu. Die Verbindung zwischen Kommissaren und parlamentarischen Körperschaften erfolgt über die geschäftsführende Regierung. Dieser werden die Amtsräume des Wohlfahrtsministeriums zur Verfügung gestellt, und damit Braun und seine Minister die ihnen verbliebe-

nen Aufgaben der Vertretung Preußens im Reichstag, Reichsrat, Landtag, Staatsrat oder gegenüber anderen Ländern erfüllen können, werden ihnen die erforderlichen Beamten zum Vortrag zur Verfügung gestellt und müssen ihnen die diesbezüglichen Akten auf Verlangen vorgelegt werden.

Diese Verordnung des Reichspräsidenten schnitt alle weiteren Versuche Brauns, wie er sie bisher unternommen hatte, um seinen Machtbereich zu erweitern, grundsätzlich ab. **Braun war empört.** Sein Vertreter Dr. Brecht erklärte im Reichsrat: "Die heute ergangene neue Verordnung wird nach Ansicht der preußischen Staatsregierung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes nicht gerecht und schafft eine weitere Erschwerung der Lage." Braun beschloß, **öffentlich vor dem Landtag zu protestieren**, da nach seiner Ansicht die Verordnung des Reichspräsidenten "dem Wortlaut und Geist der Entscheidung des Staatsgerichtshofes nicht entspricht". Der **Verfassungsausschuß des Preußischen Staatsrates** kam zu dem Schluß: **durch die Verordnung vom 20. Juli und den Erlaß vom 18. November werde so tief in die durch die Reichsverfassung garantierten Rechte Preußens eingegriffen, daß die Selbständigkeit des Landes Preußen und seine Stellung im Reich nicht mehr gewahrt sei.** Alle nach dem 20. Juli vom Reichskommissar oder seinen Beauftragten gemäß Artikel 40 Absatz 4 an den Staatsrat gebrachten Verordnungen, Ausführungsvorschriften zu Reichs- und Staatsgesetzen und allgemeine organisatorische Anordnungen, wurden als rechtswidrig erlassen bezeichnet. Der Verfassungsausschuß des Staatsrates hielt eine **neue Klage beim Staatsgerichtshof** für nötig, um die Streitpunkte zu klären. So wurde denn Adenauer, der Präsident des Staatsrates, beauftragt, diese Klage einzuleiten.

Auch der **Landtag** beschäftigte sich mit der Angelegenheit, wie ja denn Braun sogleich seinen Protest an dieser Stelle angekündigt hatte. Braun war allerdings krank geworden, und so erschien denn an seiner Stelle am 24. November Hirtsiefer vor dem Landtag. Als er zu sprechen begann, verließen die Deutschnationalen den Sitzungssaal. Hirtsiefer machte seinem Herzen in einer langen Rede Luft, in der er auch nur das wiederholte, was man seit langem schon als die Ansicht der Regierung Braun kannte. Aber im Grunde war all dieser Theaterdonner vergeblich; er änderte nichts an dem herrschenden Zustande.

Gewisse Hoffnungen in den Herzen der Preußenregierung erweckte die **Kanzlerschaft Schleichers.** Dieser hatte die Verpflichtung zur Verfassungsreform bei seinem Regierungsantritt nicht übernommen und schien den Sozialdemokraten gegenüber sehr entgegenkommend zu sein. Aber schon bald erkannte Braun seinen Irrtum, **denn wenige Tage nach der Regierungsübernahme ließ Schleicher den preußischen Ministerpräsidenten wissen, daß in der Handhabung der Reichsexekutive in Preußen alles wie bisher bleibe.** Nun begann das alte Spiel von neuem: Braun setzte in langen Schriftsätzen dem Kanzler seinen Standpunkt auseinander, wiederholte alte Forderungen und kam mit Schleicher am 6. Januar 1933 zu einer anderthalbstündigen Unterredung zusammen. Braun forderte Beteiligung der abgesetzten Preußenregierung an den Vorarbeiten zum preußischen Staatshaushalt, - eine Forderung, die von Schleicher abgelehnt wurde. Allerdings zeigte sich doch schon eine beginnende Entspannung zwischen Braun und Schleicher, da der Kanzler, der bereits mit dem Gedanken der Reichstagsauflösung sich trug, zugleich die Auflösung des Preußenparlamentes durchführen wollte. Dieser Gedanke war Braun außerordentlich sympathisch, denn er glaubte, daß sich dann seine Lage bedeutend bessern werde.

Unmöglichkeit der Bildung einer preußischen Regierung

Aber dahin kam es nicht. **Brauns Kampf um seine vermeintlichen Rechte** war also weiterhin vollkommen vergeblich. Die Reichsregierung, vor allen der Reichspräsident, war nicht gewillt, die seit dem 20. Juli endlich gewonnene Einheitlichkeit in der Führung des Reiches und Preußens wieder aufzugeben. Aus diesem Grunde waren **auch alle Wünsche des Landtages, eine neue parlamentarische Regierung zu bilden, von vornherein ergebnislos.** Ganz abgesehen davon, daß er zu einer parlamentarischen Regierungsbildung überhaupt gar nicht kam! Die stockenden Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum schleppten sich mit langen Unterbrechungen den ganzen November hin, und als nun gar der parlamentsfreundliche Schleicher, von dem man außerdem wußte, daß er in der Frage der Reichsreform keine beunruhigende Aktivität entfalten würde, an die Spitze des Reiches getreten

war, änderte sich die **Haltung des Zentrums**. Prälat Lauscher erklärte zunächst, das Zentrum wünsche nicht Hermann Göring, sondern Gregor Strasser als Ministerpräsidenten in Preußen. Am 12. Dezember 1932 waren Göring und Kerrl bei Hindenburg. Göring fragte den Reichspräsidenten, ob er im Falle seiner Wahl zum preußischen Ministerpräsidenten den Reichskommissar zurückziehen würde. Hindenburg aber erwiderte, daß eine Zweiteilung der Gewalten in Reich und Preußen ihm nicht zweckmäßig erscheine. Nur dann könne die Reichsleitung dieser parlamentarischen Preußenregierung zustimmen, wenn der Ministerpräsident zugleich Mitglied der Reichsregierung sei.

Plötzlich enthüllte auch das **Zentrum seine wahre Absicht, die es zunächst hinter der Personenfrage versteckt hatte, und stellte sich auf den Standpunkt Hindenburgs**: es wollte von einem Dualismus zwischen Reich und Preußen nichts mehr wissen. Es erklärte, einem nationalsozialistischen Ministerpräsidenten nur dann zustimmen zu können, wenn dieser zugleich Mitglied der Reichsregierung sei. Dies war ein neuer Vorstoß gegen Göring zugunsten Strassers.

Die Nationalsozialisten, die es schmerzlich empfanden, daß Strasser gegen sie ausgespielt wurde, **bemühten sich, unter allen Umständen dem kommissarischen Zustand in Preußen zu beenden**. Während der Landtag gegen Deutschnationale und Kommunisten und bei Stimmenthaltung der Nationalsozialisten einen sozialdemokratischen Antrag annahm, daß die alte Regierung Braun wieder in ihre vollen Rechte eingesetzt werden sollte (die Befürwortung dieses Antrages bewies die Unaufrichtigkeit des Zentrums), änderten die **Nationalsozialisten ihren Kurs, indem sie seit 13. Dezember mit den Deutschnationalen über die Regierungsbildung zu verhandeln begannen**. Jedoch schon nach wenigen Tagen zogen sich die Deutschnationalen von diesen Besprechungen zurück, und die ganze parlamentarische Aktion in Preußen stand hoffnungsloser denn je.

Die Klärung der verworrenen Lage in Preußen bahnte sich im Januar 1933, auch erst infolge von Papens Bemühungen um die Wiederbelebung der Harzburger Front, an. Das Fluktuieren der Kräfte kam zum Stillstand: **der nationalen Front trat die demokratisch-marxistische gegenüber, zu der auch das Zentrum gehörte**. Die neue Frontbildung zeichnete sich am 18. Januar 1933, dem Reichsgründungstage, zum ersten Male deutlich ab, als Kerrl das Parlamentsgebäude gegen den Widerspruch des Zentrums und der Linken schwarz-weiß-rot beflaggen ließ.



Das **Gleichberechtigungs- und Abrüstungsproblem** wurde in den Herbst- und Winterwochen, da Deutschland um die Grundsätze seiner Zukunft rang, weiter behandelt. Zunächst wurden in London wie in Paris Pläne geäußert, die in irgendeiner Weise zur deutschen Gleichberechtigungsforderung Stellung nahmen. Dies war dringend nötig, denn solange dies nicht geschah, blieb Deutschland der Abrüstungskonferenz fern und diese hatte keine Aussicht, zu einem Ergebnis zu gelangen.

Der englische Außenminister Simon entwickelte am 10. November im Unterhaus folgende Vorschläge: Teil V des Versailler Vertrages sollte durch die allgemeine Abrüstungskonvention ersetzt werden; die für Deutschland geltenden Beschränkungen sollten dieselbe Dauer haben und für sie sollten dieselben Revisionsbestimmungen gelten wie für die anderen Staaten; **man müsse Deutschland grundsätzlich die Gleichberechtigung zugestehen**, vorausgesetzt, daß Deutschland keine Gewalt anwende, d. h. nicht zur Aufrüstung übergehe und so den Willen bekunde, etwa auftretende Streitigkeiten gewaltsam zu lösen. Diese Simonschen Gedanken näherten sich sehr den deutschen Forderungen. Kein Wunder, denn der Druck der öffentlichen Meinung in England drängte den Minister in diese Richtung.



5. Phase: Herriots Plan auf der Abrüstungskonferenz, zweite Novemberhälfte 1932.

Vier Tage später, am 14. November, ließ Herriot in Genf seinen Abrüstungsplan überreichen. Es mag sein, daß Herriot wohl erkannte, Frankreich könne auf die Dauer nicht die hohen Rüstungskosten tragen. 1928 betrug

**Herriots
Abrüstungsplan**

sie 13¼, 1930 aber 18 und 1931 bereits 18½ Milliarde Franken. Sie stiegen jährlich und nahmen bereits ein volles Drittel des Gesamthaushalts in Anspruch; ein Zustand, der dadurch um so drückender wurde, da ja seit 1931 die deutschen Tribute aufgehört hatten. Es mag sein, daß auch Sorgen in dieser Richtung dem französischen Ministerpräsidenten vorgeschwebt haben mögen, als er seinen Abrüstungsplan ausarbeitete. Die Hauptsorge aber blieb für ihn allezeit, Deutschlands Gleichberechtigung zu hintertreiben.

Herriot geht vom **Kelloggspakt** aus und bringt ihn in Verbindung mit dem **Völkerbund**: er fordert **Sanktionsmaßnahmen für seinen Bruch**, eine Forderung, welche die Vereinigten Staaten bisher immer abgelehnt hatten, und die jetzt dazu dienen sollte, Deutschland an die seinerzeit von ihm gegebene Unterschrift zu binden und die gefürchtete Aufrüstung zu verhindern. Ferner sollen nach Herriots Absichten bestehende **besondere Vereinbarungen** - er meinte die **Entmilitarisierung des Rheinlandes** - ihre Geltung behalten. Das wichtigste aber in diesem Plan ist der Versuch, **den Völkerbund erneut zu einem Machtinstrument erster Ordnung für die französischen Vorherrschaftspläne umzugestalten**. Und zwar auf folgende Weise: Herriot verlangt, daß die Berufsheere mit langer Dienstzeit, also vor allem die deutsche Reichswehr, verschwinde. Es sollen Verteidigungsheere, Milizarmeen, geschaffen werden mit 8- oder 9monatiger Dienstzeit, worin die vormilitärische Ausbildung und die Übungen nach der aktiven Dienstzeit eingerechnet sind. Diesen nationalen Verteidigungsheeren soll **das gesamte Angriffsmaterial verboten sein. Aber es soll ein Berufsheer geschaffen werden, das ausschließlich dem Völkerbund zur Verfügung steht und mit den Waffen, die den Nationalheeren verboten sind, ausgerüstet ist, also mit Tanks, schwerer Artillerie und Flugzeugen**. Dieses gefährliche Waffenmaterial aber soll "unter Völkerbundskontrolle" **in den einzelnen Ländern selbst** - hier kommt natürlich zuerst Frankreich in Frage - gelagert und jedem Staat nach seinem Ermessen im Falle des Angriffs zur Verfügung gestellt werden! Des weiteren schlägt Herriot einen Mittelmeerpakt vor, um zur "Flottenabrüstung" zu gelangen, ferner ein Abkommen zwischen sämtlichen europäischen Luftfahrtmächten zur Schaffung einer "Europäischen Vereinigung für Lufttransporte" und schließlich eine **europäische Luftstreitmacht** auf internationaler Grundlage unter dem Kommando des Völkerbundes.

Wer da nun glaubte, daß es Frankreich wirklich um internationale Gemeinsamkeit gegangen sei bei diesem Plane, der war sehr im Irrtum! Die internationalen Interessen galten Frankreich seit je nur als Mittel zum Zwecke nationaler Befestigung. **Der Plan Herriots war nicht der einer Abrüstung, sondern der einer Umrüstung mit dem Vorteil finanzieller Entlastung für Frankreich und finanzieller Belastung für den Völkerbund!** Als solcher wurde er auch in Genf und in Berlin aufgenommen. Die **Deutsche Reichsregierung** insbesondere erblickte im Herriotplan nichts anderes als eine **Neuaufgabe des Genfer Protokolls von 1924**: Die Frage der deutschen Gleichberechtigung sei vollständig offen gelassen, doch sei das Bestreben zu verspüren, Deutschland aufs neue, aber unter viel ungünstigeren Bedingungen auf den Status des Versailler Vertrages festzulegen. Aus diesen Gründen, so erklärte Papen, sei es der deutschen Regierung unmöglich, den Herriotplan anzunehmen.

In der Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz am 17. November äußerte sich Simon über die deutsche Gleichberechtigung und den Herriotplan.

**England und
Amerika**

Der Vertrag von Versailles binde sämtliche Unterzeichnermächte, und Deutschlands Entwaffnung sei der Auftakt einer allgemeinen Abrüstung, von der man allerdings noch nichts spüre. Deutschland sei außerdem gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes, und das müsse man anerkennen, wenn man eine Störung des Friedens vermeiden wolle. Das wesentliche Ziel der Abrüstungskonferenz sei nicht Abrüstung als Zweck an sich, sondern die **Sicherung eines dauerhaften und festen Friedens**. Darum schlage England vor: sämtliche europäischen Staaten erklären feierlich, daß sie unter keinen Umständen weder in Gegenwart noch in Zukunft irgendeinen Streitfall unter sich mit Gewalt lösen wollen. Die Anerkennung des moralischen Rechtes der Gleichberechtigung bedeute für Deutschland wie für die anderen Staaten die Annahme einer solchen Verpflichtung. Sodann soll Teil V des Versailler Vertrages durch das kommende allgemeine Abrüstungsabkommen ersetzt werden. Drittens sollen für sämtliche Mächte die gleiche Dauer der Abrüstung und die gleichen

Revisionsbestimmungen gelten, und schließlich sollen die Waffen, die den andern erlaubt seien, für Deutschland nicht verboten sein. Natürlich könne die uneingeschränkte Anwendung des Grundsatzes der Gleichberechtigung keineswegs sofort entschieden, sondern nur durch Etappen erreicht werden. Man müsse dann auch die gleichen Grundsätze auf Österreich, Ungarn und Bulgarien anwenden.

Im einzelnen legte Simon dar, daß die **Angleichung auch auf dem Gebiete der Kriegsschiffe** erfolgen müsse. Ferner müßten **allen Mächten die schweren Tanks verboten, Deutschland aber die leichten Tanks gestattet** sein. Auch sollten die **Höchstkaliber der Geschütze für sämtliche Mächte nicht 105 Millimeter übersteigen**. Schließlich sollte eine **tatkräftige Herabsetzung der Luftrüstung** erfolgen. Die quantitative Abrüstung dürfe durch die Anerkennung der Gleichberechtigung nicht leiden. Wolle Deutschland seine Reichswehr neu organisieren und vom Verbot der allgemeinen Dienstpflicht befreit werden, dann müsse die Zahl der Truppen mit längerer Dienstdauer auf 50 000 Mann herabgesetzt werden, die Miliz aber nicht mehr als 50 000 Mann umfassen, damit **keine Erhöhung der Angriffsfähigkeit Deutschlands** eintrete. Zum Schluß nahm Simon den Vorschlag einer **ständigen Kontrollkommission des Völkerbundes** an, der sämtliche Staaten in gleicher Weise unterworfen werden müßten.

Die Franzosen gerieten in hellste Empörung. Wie könne England den Deutschen das Geschenk der Gleichberechtigung machen ohne jede Gegenleistung auf dem Gebiete der allgemeinen Sicherheit und der Garantie des gegenwärtigen territorialen Status Europas? Das müsse ja geradezu zur Wiederaufrüstung Deutschlands führen! Paul Boncour beantwortete Simons Rede mit der Ankündigung, daß er die **Verteidigungsstärke des französischen Heeres noch viel mächtiger als bisher gestalten werde und daß er, ganz unabhängig von der Annahme oder Ablehnung des französischen Planes in Genf, eine sogenannte Deckungsarmee schaffen werde**, die mehrere Wochen hindurch einem feindlichen Einfall standhalten könne.

Indessen nahm jetzt der **amerikanische Botschafter Sackett** die Verbindung mit Neurath, der in Genf weilte, auf, und **Neurath** selbst hatte am 21. und 22. November in Genf längere **Besprechungen mit Simon**, in denen er die deutsche Forderung ohne Einschränkung aufrechterhielt, aber **den Vorschlag Simons als Verhandlungsbasis** annahm. In diesen Unterredungen mit dem Amerikaner und dem Engländer trat der **Gedanke der Fünfmächtekonferenz** wieder in den Vordergrund. Jedoch machte Neurath die deutsche Beteiligung davon abhängig, daß sämtliche Mächte den englischen Vorschlag auf Gleichberechtigung annehmen.

Norman Davis formulierte in Genf den amerikanischen Standpunkt dahin, daß Deutschland die Gleichberechtigung etappenweise zuerkannt werden solle, doch nicht im Sinne einer Wiederaufrüstung.



6. Phase: Die Fünfmächtekonferenz, Dezember 1932

Fünfmächtekonferenz

Bevor aber die Fünfmächtebesprechung stattfand, hatten am **5. Dezember Macdonald und Simon, Herriot und Paul Boncour, Norman Davis und Dulles** eine geheime Aussprache, deren allgemeines Kennzeichen die Erklärung Frankreichs war, es könne seinen bisherigen Standpunkt in der Gleichberechtigungsfrage nicht ändern. Dieser Standpunkt war aber der, den Norman Davis und Herriot in Paris festgelegt hatten und in der Fünfmächtekonferenz den Deutschen zur Kenntnis brachten. Es schien, als seien die Engländer und Italiener den Franzosen entgegengekommen. Dieser Umschwung war nicht zum geringsten auch auf den inzwischen eingetretenen Regierungswechsel in Deutschland zurückzuführen: Neurath wurde durch die schwierigen Regierungsverhandlungen in Berlin festgehalten.

Am 6. Dezember 1932 begannen unter Simons Vorsitz endlich die Fünfmächtebesprechungen. Man legte Neurath den französisch-amerikanischen Plan vor, wonach Deutschland in die Abrüstungskonferenz zurückkehren, sich mit der formellen Anerkennung seiner Gleichberechtigung

begnügen und mit der etappenweisen materiellen Durchführung der Gleichberechtigung sich noch drei Jahre gedulden sollte. Neurath erklärte, er sei nur zu Besprechungen bereit, deren Basis die Rede Simons im Unterhaus sei. Im übrigen schlug er vor, einen Ausschuß maßgebender und bevollmächtigter Sachverständiger der fünf Mächte einzusetzen, der bis spätestens Januar 1933 die allgemeinen Richtlinien für die endgültige Regelung der Gleichberechtigungsfrage und die sich aus der Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung ergebenden materiellen Folgen ausarbeiten soll. Diese Richtlinien sollen die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung und die Ersetzung des Teiles V des Versailler Vertrages durch das künftige Abrüstungsabkommen festlegen. Dann sollen Ende Januar die fünf Mächte wieder zusammentreten, um den endgültigen Beschluß über die Anerkennung der formellen und materiellen Gleichberechtigung Deutschlands und damit der Rückkehr Deutschlands in die Abrüstungskonferenz zu fassen.

Macdonald erklärte, dies ginge zu weit, und stellte den deutschen Vorschlag nicht zur Verhandlung, weil er den französischen Widerstand fürchtete. Endlich ließ sich Herriot nach langem Zureden der Engländer und Amerikaner zu folgender Erklärung herbei:

"Frankreich erkennt an, daß einer der Zwecke der Abrüstungskonferenz der ist, Deutschland und den übrigen durch die vielen Verträge entwaffneten Mächten die Rechtsgleichheit im Rahmen eines Regimes zu gewähren, das für alle Mächte, somit auch für Frankreich, die Sicherheit einschließt."

Jetzt triumphierten die andern: auf dieser Grundlage müsse Deutschland sofort in die Abrüstungskonferenz zurückkehren. Doch Neurath meinte lediglich, Herriots Erklärung müsse er als ungenügend ablehnen. Denn formell sollte wohl Deutschlands Gleichberechtigung anerkannt werden, aber an dem tatsächlichen Rüstungsstand sollte in den nächsten drei Jahren nichts geändert werden.

Schon schien es wieder, als sei auch die Fünfmächtekonferenz zum Scheitern verurteilt, aber die deutsche Regierung wollte die Verantwortung dafür nicht übernehmen, und darum knüpfte Neurath an Herriots Erklärung am 8. Dezember an, indem er der **Konferenz zwei Fragen vorlegte:**

- 1. Soll die Gleichberechtigung in dem kommenden Abrüstungsabkommen in jedem Punkte praktische Anwendung finden und soll sie infolgedessen den Ausgangspunkt für die künftigen Verhandlungen der Abrüstungskonferenz hinsichtlich der entwaffneten Staaten bilden? und**
- 2. Schließt die Formulierung in der französischen Formel "das System, das Sicherheit für alle Nationen schaffen würde" auch dasjenige Element der Sicherheit in sich, das in einer allgemeinen Abrüstung liegt, wie dies auf einer früheren Vollversammlung des Völkerbundes anerkannt worden ist?**

Darauf fragte Simon, ob Deutschland in die Abrüstungskonferenz zurückkehren werde, wenn diese beiden Fragen in befriedigender Weise beantwortet würden, und Neurath erwiderte ausweichend, daß Deutschlands Rückkehr von der den grundsätzlichen Forderungen entsprechenden endgültigen Regelung der Gleichberechtigungsfrage abhängen würde.

Wieder war das Schicksal der Fünfmächtekonferenz in die Hände der andern gelegt. Zwei Tage lang wurde besprochen und beraten, und am 11. Dezember kam dann eine **Einigungsformel** zustande, die folgenden Wortlaut hatte:

**Gleichberechtigungsformel
vom 11. Dezember 1932**

- 1. Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, Frankreichs und Italiens haben erklärt, daß einer der Grundsätze, die die Konferenz leiten sollen, darin bestehen muß, Deutschland und den anderen durch Vertrag abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung zu gewähren, in einem System, das allen Nationen Sicherheit bietet und daß dieser Grundsatz in dem Abkommen, das die Beschlüsse der Abrüstungskonferenz enthält, verkörpert werden soll. Diese Erklärung schließt in sich, daß die Rüstungsbeschränkungen für alle Staaten in dem in Aussicht genommenen Abrüstungsabkommen enthalten sein müssen. Es besteht Einigkeit darüber, daß die Art und Weise der Anwendung dieser Gleichberechtigung auf der Konferenz erörtert**

werden wird.

2. Auf der Grundlage dieser Erklärung hat Deutschland seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, an der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen.
3. Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, Frankreichs, Deutschlands und Italiens sind bereit, gemeinsam mit allen anderen europäischen Staaten feierlich noch einmal zu bestätigen, daß sie unter keinen Umständen versuchen werden, gegenwärtige oder künftige Streitfragen zwischen den Unterzeichnern mit Gewalt zu lösen. Dies soll einer näheren Erörterung der Frage der Sicherheit nicht vorgreifen.
4. Die fünf Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches, Frankreichs, Deutschlands und Italiens, erklären, daß sie entschlossen sind, auf der Konferenz gemeinsam mit den anderen dort vertretenen Staaten darauf hinzuwirken, daß unverzüglich ein Abkommen ausgearbeitet wird, das eine wesentliche Herabsetzung und eine Begrenzung der Rüstungen herbeiführt und gleichzeitig eine künftige Revision zum Zwecke der weiteren Herabsetzung vorsieht.

gez. J. Ramsay Macdonald, Vorsitzender, Norman H. Davis,
John Simon, J. P. Boncour, C. v. Neurath, Aloisi.

Diese Formel, ein Kompromiß wie so viele, wurde als ein **taktischer Erfolg Deutschlands** bezeichnet. Mehr war sie unter keinen Umständen. Deutschlands Gleichberechtigung war theoretisch anerkannt. Wie weit sich das praktisch in der Abrüstungskonferenz auswirken würde, wußte kein Mensch. Jedenfalls war Deutschland bis zum Abschluß der Abrüstungskonferenz an den gegenwärtigen Zustand gebunden, und wenn es den andern gefiel, die Ergebnisse der Konferenz auf Jahre hinauszuzögern, war Deutschland mit dieser Einigungsformel in der Tasche genau so weit wie am 23. Juli - was eben die praktische Auswirkung betraf. Der praktische Erfolg war lediglich auf Seiten der andern: **Deutschland erschien wieder auf der Abrüstungskonferenz, ohne das Versprechen zu erhalten, das es zugunsten der Gleichberechtigung gefordert** habe - das schrieb *Le Temps*.

Frankreich hatte sofort die schwachen Stellen dieser Einigungsformel erkannt: einmal war die Frage der deutschen Gleichberechtigung aufs engste mit der Sicherheitsfrage verknüpft worden, sodann aber war die Gleichberechtigungsfrage auch aufs engste mit der Abrüstungskonferenz verbunden worden. Scheiterte diese, dann blieb alles wie es war. Die qualitative Gleichberechtigung war von Deutschland nicht erreicht worden.

In **Genf** bezeichnete man die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung als nur bedingt, **praktisch werde die Gleichberechtigung und die endgültige Bestimmung des deutschen Rüstungsstandes von der vorhergehenden Schaffung des von Frankreich geforderten Sicherheitssystems abhängen**. Immerhin sei dies ein **letzter loyaler Versuch Deutschlands**, um nicht mehr außerhalb, sondern im Rahmen der Abrüstungskonferenz die Befreiung von Versailles und die Anerkennung der Gleichberechtigung zu erhalten. - In der Tat setzte das Präsidium der Abrüstungskonferenz am 14. Dezember auf Verlangen Frankreichs fest, daß die **sachlichen Arbeiten der Abrüstungskonferenz Ende Januar 1933 mit der Beratung des französischen Sicherheits- und Abrüstungsplanes beginnen sollen**.

Ursprünglich war Macdonalds Wunsch, daß vor dem Zusammentritt der Abrüstungskonferenz **in London Ende Januar 1933 sich eine Fünfmächtekonferenz versammeln sollte, um eine grundsätzliche Verständigung über die Auswirkung der deutschen Gleichberechtigung und über die konkrete Form der Sicherheitswünsche Frankreichs** herbeizuführen. Diese vorherige Aussprache sollte verhindern, daß in der Abrüstungskonferenz der deutsche und der französische Standpunkt gegensätzlich aufeinanderprallten. Die deutsche Regierung lehnte die Teilnahme ab: sie ziehe es vor, ihren Standpunkt offen in der Abrüstungskonferenz vorzubringen, wo so viele Mächte mit Deutschlands Forderungen sympathisierten. Die französische Regierung lehnte ebenfalls ab, weil sie den starken Widerstand der kleinen Entente und Polens fürchtete. So wurde Anfang Januar 1933

Macdonalds Plan einer nochmaligen Fünfmächtebesprechung aufgegeben.

**Englisches
Arbeitsprogramm**

Ende Januar 1933 nahm das **Büro der Abrüstungskonferenz die Arbeiten in Genf** wieder auf. Die Engländer wünschten **Beschleunigung der Arbeiten**. Die Abrüstungskonvention sollte, nach dem Willen Hendersons, bis Ostern fertig vorliegen. Simon legte ein **Arbeitsprogramm** vor, das eine Verbindung des Hooverplanes, des Herriotplanes, des Simonplanes und der Fünfmächteerklärung darstellte und in fünf Vorschlägen gipfelte:

Teil I: Das Präsidium der Abrüstungskonferenz soll unverzüglich eine eingehende Durchberatung folgender Punkte herbeiführen:

- a) Eine Erklärung der europäischen Staaten, unter keinen Umständen gegenwärtige oder künftige Konflikte mit Gewalt zu lösen.
- b) Den Abschluß politischer Abkommen über die Zusammenarbeit der kontinentaleuropäischen Staaten unter Berücksichtigung der gegenseitigen Sicherheit.
- c) Die Anwendung des Grundsatzes, daß die Beschränkung der Rüstungen Deutschlands und der übrigen abgerüsteten Staaten in dem gleichen Abrüstungsabkommen enthalten sein wird, in dem die Grenze der Rüstungen der anderen Staaten festgesetzt wird, so daß die Artikel des Teiles 5 des Versailler Vertrages und die entsprechenden Bestimmungen in den übrigen Friedensverträgen durch das Abrüstungsabkommen ersetzt werden.
- d) Die Anwendung des Grundsatzes, daß die neue festgesetzte Begrenzung für Deutschland und die übrigen entwaffneten Staaten für die gleiche Periode gelten und den gleichen Methoden der Revision unterworfen wird, wie für die übrigen Staaten.
- e) Die Aufnahme des Grundsatzes der qualitativen Gleichberechtigung in das Abrüstungsabkommen zur Frage des Kriegsmaterials, ferner Maßnahmen für die Durchführung der Gleichberechtigung in festzusetzenden Etappen und die Herabsetzung der Armeen der kontinentaleuropäischen Staaten auf ein einheitliches System.

Teil II. A. Sicherheit. Der politische Ausschuß der Abrüstungskonferenz wird beauftragt, unverzüglich in die Prüfung der Methoden über die Wirksamkeit der Sicherheit zu treten.

B. Abrüstung. Bei der Berechnung der Landstreitkräfte muß, entsprechend den Vorschlägen des Präsidenten Hoover, eine Herabsetzung des Personals auf den "Polizei-Komponenten" angestrebt werden. Der Effektivausschuß der Abrüstungskonferenz ist beauftragt, in einigen Tagen praktische Vorschläge für die Herabsetzung der Armeen vorzulegen. Das Präsidium setzt ferner unverzüglich einen Ausschuß aus den Vertretern der Hauptluftmächte zusammen, der die Möglichkeit der völligen Abschaffung der Militär- und Seeflugzeuge, Bombenflugzeuge in Verbindung mit einer internationalen Kontrolle der Zivilluftfahrt prüfen soll.

Nach diesem Vermittlungsplane, der sich durch zweierlei auszeichnete: Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung und Lösung Englands von der europäischen Sicherheit, sollte die Konferenz sofort nach der Aussprache über den französischen Plan zu arbeiten beginnen. Die Franzosen erblickten in diesem Plan eine starke Schwächung ihrer Militärmacht.



18. Kapitel: Der Ruf an Hitler. Volkswahl. Der Deutsche Reichstag.

Schleichers Rücktritt erfüllte die **Gewerkschaften und die Sozialdemokratie** mit Unmut und Sorge. Die Angst vor dem "Siege der Reaktion" erfüllte sie.

Wenige Stunden nach Schleichers Rücktritt übersandten **die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen**, Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner freier Angestelltenbund, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände und Allgemeiner deutscher Beamtenbund ein Telegramm an Hindenburg:

"In tiefer Sorge über die drohenden politischen Gefahren sind die Gewerkschaften aller Richtungen zur Beratung der überaus ernsten Lage zusammengetreten. Sie halten sich in dieser Entscheidungsstunde für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Berufung einer sozialreaktionären und arbeiterfeindlichen Regierung von der gesamten deutschen Arbeitnehmerschaft als eine Herausforderung empfunden werden würde. Die Gewerkschaften erwarten, daß Sie, Herr Reichspräsident, allen unterirdischen Bestrebungen, die auf einen Staatsstreich hinzielen, Ihren entschiedenen Widerstand entgegensetzen und auf einer verfassungsmäßigen Lösung der Krise bestehen."

Zugleich mit diesem Telegramm baten die Organisationen um einen Empfang beim Reichspräsidenten, um ihm persönlich ihre Befürchtungen darzulegen. Der Empfang hat aber nicht stattgefunden.

Am Tage nach dem Rücktritt, am 29. Januar, einem Sonntag, veranstaltete **die Sozialdemokratie Groß-Berlins mit der Eisernen Front im Lustgarten eine Massendemonstration** unter dem Leitwort: "Gegen die Provokationen der Nationalsozialisten (womit die Horst Wessel-Kundgebung der Nationalsozialisten am 22. Januar gemeint war) und gegen die Millionengeschenke an die Junker, für Demokratie und Sozialismus." Die Massen, die sich auf zwölf Plätzen gesammelt hatten und bei denen sich viele Kommunisten befanden, da sämtliche Kundgebungen der Kommunisten verboten worden waren, zogen mit zahlreichen roten Fahnen durch die Straßen. Künstler, der Führer der Ortsgruppe Berlin, mußte sprechen, weil die beiden vorgesehenen Redner Paul Löbe und Rudolf Breitscheid nicht erschienen waren! Er erklärte, daß Berlin rot sei. Die letzten Vorgänge in der Wilhelmstraße seien Alarm für die Eisernen Front, für die Gewerkschaften und die republikanischen Verbände. Es gehe um die Staatsbürgerrechte und die sozialen Errungenschaften, die das Volk mit allen Mitteln verteidigen werde. Im Kampf um Sein oder Nichtsein werde die Einheitsfront des Proletariats geboren. Es könne der Tag kommen, da Berlin für ganz Deutschland entscheide. Dieser Tag müsse die Arbeiterschaft einig finden. Bei dieser Kundgebung fehlte die Jugend fast gänzlich. Und diese Tatsache bewies so deutlich wie nur irgendmöglich, daß die deutsche Jugend nicht mehr im Lager der Sozialdemokraten stand, daß diese Partei abstarb.

Unmittelbar nach dem Rücktritte des Kabinetts erteilte Hindenburg **Herrn von Papen den Auftrag, festzustellen, welche Möglichkeiten für eine Regierungsneubildung beständen "im Rahmen der Verfassung und mit dem Reichstag"**. Der Reichspräsident, der nun den Sturz dreier Präsidialkabinette erlebt hatte, war entschlossen, zur **normalen Zusammenarbeit mit dem Parlament zurückzukehren**. Deshalb ließ er jetzt seinen Widerstand, den er im August und November 1932 gegen Hitler erhoben hatte, fallen und war willens, ihn, als Führer der stärksten Partei, zum Kanzler zu berufen. Sein Vertrauensmann Papen sollte die Möglichkeiten einer vom Führer der stärksten Partei zu bildenden Mehrheitsregierung erkunden. Die Mehrheit im Parlamente war die Bedingung Hindenburgs, eine Vollmacht zur Auflösung des Reichstags wollte er grundsätzlich keinem neuen Kabinett geben, da er ja an eine Regierung mit sehr breiter Basis von den Nationalsozialisten bis zum Zentrum dachte.

***Papens Verhandlungen
mit der Harzburger Front***

Die **Verhandlungen, die Papen mit den Führern der Harzburger Front und - nach dem Willen Hindenburgs - allen Parteien bis zum Zentrum hin hatte, gestalteten sich außerordentlich schwierig**. Am 29. Januar abends, nach anderthalbtägigen Besprechungen, war es soweit, daß Hitler alle weiteren Verhandlungen mit Papen ablehnte, weil es unmöglich schien, programmatische und personelle Schwierigkeiten mit dem Zentrum zu überwinden. Hitler verlangte für sich den Kanzlerposten und zwei Ministersitze für Nationalsozialisten.

Schon standen die Dinge so, daß auch der Reichspräsident die Kandidatur Hitlers fallen lassen und ein reines Beamtenkabinett ernennen wollte. Tat er dies aber, dann konnte er keine auf Volksmehrheit gestützte Regierung mehr bilden lassen und mußte den Staatsnotstand, d. h. Außerkraftsetzung der Verfassung, verkünden. Das wollte er aber auch nicht, da hierdurch ein Putsch auf anderer Seite ausgelöst werden konnte. Zudem kamen in den kritischen Nachtstunden Gerüchte auf, daß die **Generäle Schleicher und Hammerstein und Oberst von Bredow mit der Potsdamer Garnison**

einen Putsch machen und die Militärdiktatur errichten wollten. In den frühen Morgenstunden des Montag hatte sich die Lage so weit geklärt, daß Hindenburg, um den Staatsnotstand zu vermeiden, darauf verzichtete, auch das Zentrum in die neue Regierung hineinzubeziehen, und daß nun eine Verständigung zwischen Hitler und Papen möglich war.

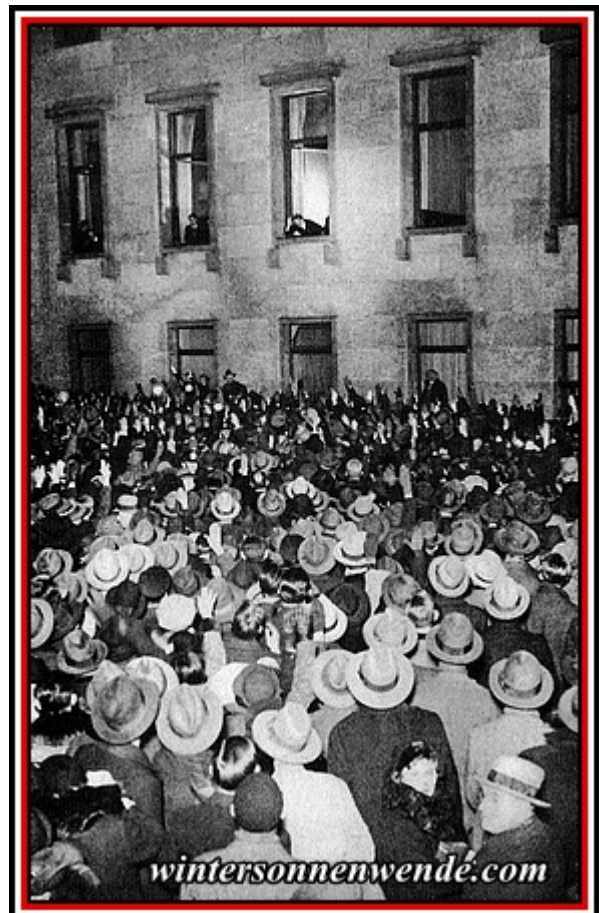
**Der 30. Januar 1933:
Hitler, Reichskanzler**

Am Mittag des 30. Januar war die neue Regierung gebildet: Adolf Hitler war Reichskanzler, die Nationalsozialisten Dr. Frick und Göring traten als Innenminister und Minister ohne Geschäftsbereich bzw. Reichskommissar für den Luftverkehr ein. Diese drei eisernen Männer bildeten das Rückgrat des neuen Kabinetts. Hugenberg wurde Reichswirtschafts- und Ernährungsminister, Seldte Reichsarbeitsminister. Papen als besonderer Vertrauensmann Hindenburgs wurde Vizekanzler und Reichskommissar für Preußen. Neurath behielt das Außenministerium, Graf Schwerin von Krosigk übernahm das Finanzministerium und Generalleutnant von Blomberg das Reichswehrministerium. Freiherr von Eltz-Rübenach wurde Reichspost- und Verkehrsminister, Gereke blieb Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung.

Hier begann eine neue Epoche der deutschen Geschichte. Die Zeit des Liberalismus und Marxismus war vorüber, der Kampf der Nationalsozialisten gegen diese wurde am 30. Januar 1933 abgelöst durch den nun anhebenden größeren Kampf um Deutschland. Die Stunde war da, daß der Nationalsozialismus aus seiner parteimäßigen Isolierung heraustreten und in das gesamte Volk, in den Staat, in das Reich zurückfluten mußte. Aber die zu erfüllende Aufgabe war ungeheuer: sie konnte nur gelöst werden, wenn der Nationalsozialismus das nationale Trümmerfeld, das er vorfand, wieder mit neuem organischen Leben erfüllte.

Eine gewaltige Begeisterung ergriff die Massen des Volkes, welche der neuen Regierung angingen. Mehr als 700 000 jubelnder Menschen wogten am Nachmittag und Abend dieses Tages auf den Straßen und Plätzen Berlins, S.A. und Stahlhelm veranstalteten einen Fackelzug, der vier Stunden lang war. Die Fahnen und Standarten des soldatischen Deutschland zogen durch das alte Siegestor, das Brandenburger Tor, und an Hindenburg und Hitler vorüber, die Lieder von deutscher Größe und Freiheit brausten empor in die kalte Winternacht. Ein heiliges Feuer hatte dieses Volk ergriffen, dieses gequälte Volk, das fast zwei Jahrzehnte unter Not und Verzweiflung gelitten hatte. Während des Vorbeimarsches hielt **Minister Göring** folgende Rundfunkansprache:

"Während ich hier am Mikrophon stehe, drängen sich draußen vor den Fenstern der Reichskanzlei Hunderttausend von Menschen, eine Stimmung, wie sie nur mehr zu vergleichen ist mit jenem August 1914, da ebenfalls eine Nation aufgebrochen ist, alles, was sie besaß, zu verteidigen. Der 30. Januar 1933 wird in der deutschen Geschichte als der Tag bezeichnet werden, da eine neue Nation aufbrach und abtrat alles an Qual, Schmach und Schande der letzten 14 Jahre. Heute wird der Tag sein, an dem wir das Buch deutscher Geschichte der letzten Jahre, der Not und Schande schließen und ein neues Kapitel beginnen.



30. Januar 1933: Die Menschen jubeln Hitler zu vor der Reichskanzlei. Photo Scherl.

Und auf diesem Kapitel wird stehen die Freiheit und die Ehre als das Fundament des kommenden Staates.

Wir danken heute nicht nur dem Führer dieser großen Bewegung, wir danken auch dem greisen Generalfeldmarschall von Hindenburg, der heute mit der jungen Generation einen Bund geschlossen hat. So steht der ehrwürdige Feldmarschall aus dem großen Kriege, der Führer Deutschlands, an seiner Seite und unter ihm der junge Führer Deutschlands, der nunmehr wieder Volk und Reich neuen besseren Zeiten entgegenführen wird. Möge das deutsche Volk den heutigen Tag ebenso freudigen Herzens aufnehmen, wie dort draußen vor den Fenstern die Hunderttausende es tun, die mit neuer Hoffnung, mit neuem Glauben beseelt einer besseren Zukunft entgegensehen. Dann werden sich wieder alle Hände rühren, das Vertrauen wird zurückkommen und so können und dürfen wir hoffen, daß die Zukunft das bringen wird, worum vergebens gerungen wurde: Brot und Arbeit für den Volksgenossen, Freiheit und Ehre für die Nation!"

Und wie in Berlin, so war es **in allen Teilen des Reiches**. Überall loderten tausende, zehntausende von Fackeln des Jubels und der Freude hinaus in die Nacht, überall brauste der mächtige Gesang der deutschen Revolution über die bewegten Menschenmassen im Dunkel dahin. Doch auch in diesen Stunden der Erhebung ging der **kommunistische Meuchelmord** um: in **Charlottenburg** wurden ein S.A.-Mann und ein Polizeibeamter niedergeschossen, in **Stuttgart** demonstrierten die Kommunisten, in **Düsseldorf**, in **Königsberg**, in **Schweinfurt** krachten Schüsse in der Nacht.

Überhaupt hatte sich **bei allen denen, die an der neuen Regierung keinen Anteil hatten, starker Groll** aufgesammelt. **Zentrum** und **Bayerische Volkspartei** waren sehr verstimmt, weil die Verhandlungen über die Regierungsbildung mit ihnen abgebrochen worden waren. Die enttäuschten Gewerkschaften erließen einen wilden Aufruf, mahnten aber zugleich ihre Anhänger zur Besonnenheit. **Die linken Sozialdemokraten unter Löbes Führung** betrieben emsig die "proletarische Einheitsfront" und die **Kommunisten** vertrieben Handzettel, mit denen sie zum Generalstreik aufforderten. Die wilde Streikhetze, die gemeinsam mit den Sozialdemokraten inszeniert wurde "gegen die faschistische Diktatur der Hitler - Hugenberg - Papen" führte zum **Verbot kommunistischer Zeitungen**. Der Aufforderung zum Generalstreik wurde aber nirgends Folge geleistet. Die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und Reichstagsfraktion gaben einen gemeinsamen Aufruf heraus, der besagte, daß sich die in der Harzburger Front vereinigten Feinde der Arbeiterklasse zusammengefunden hätten zum gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiterklasse, zu einer reaktionären großkapitalistischen und großagrarisches Konzentration. Die Stunde fordere die Einigkeit des ganzen arbeitenden Volkes zum Kampfe gegen die vereinigten Gegner. Bereitschaft zum Einsatz der letzten, äußersten Kräfte sei nötig. Der Kampf werde auf dem Boden der Verfassung geführt. Undiszipliniertes Vorgehen würde der Arbeiterklasse schaden. "Kaltblütigkeit, Entschlossenheit, Disziplin, Einigkeit und nochmals Einigkeit ist das Gebot der Stunde!" Dieser Aufruf, so feindselig er klang, war doch von einer Angst vor dem unbekanntem Neuen erfüllt, und die Versicherung, nicht vom Boden der Legalität abzuweichen, war in Wahrheit bereits die Kapitulation vor Hitler.

Die nächste Aufgabe des neuen Kanzlers war, sich im **Parlament, das nun am 31. Januar nicht zusammentrat, eine Mehrheit zu verschaffen**. Zu dem Zwecke verhandelte er am 31. Januar mit den **Führern des Zentrums, Kaas und Perlitius**. Das Ziel der Verhandlungen Hitlers war, der Regierung vom Parlament diejenigen Vollmachten gewähren zu lassen, die der Reichspräsident nicht geben wollte. Doch die Haltung des Zentrums war die gleiche wie am 29. Januar vor der Ernennung Hitlers: unfreundlich. Kaas legte Hitler verschiedene Fragen vor:

- 1. Die Zentrumspartei wünscht über das Arbeitsprogramm der neuen Regierung genau unterrichtet zu sein.**
- 2. Besonders wichtig wäre die Klärung folgender Einzelfragen:**
 - a) Welche Sicherheiten können seitens der Reichsregierung dafür gegeben werden, daß ihre Maßnahmen sich im Rahmen der Verfassung halten?
 - b) Ist die Reichsregierung insbesondere bereit, bindende Zusicherungen zu geben dafür,

daß nicht auf Grund des sogenannten Staatsnotstandes verfassungswidrige Maßnahmen ergriffen werden?

c) Ist die Reichsregierung bereit, die baldige Rückkehr zu normalen verfassungsrechtlichen Verhältnissen in Preußen zuzusagen und in welcher Weise will sie diese Normalisierung durchführen?

d) Ist die Reichsregierung bereit, im Interesse des bäuerlichen Berufsstandes wie auch aus volks- und nationalpolitischen Gründen die Wiederaufnahme des umfassenden Siedlungswerkes in Angriff zu nehmen und gegen alle Widerstände durchzuführen?

e) Ist die Reichsregierung bereit, die größten sozialen Härten der Notverordnungen zu beseitigen und welche Einzelmaßnahmen in dieser Richtung sind von ihr vorgesehen?

f) Ist es richtig, daß das Arbeitsministerium abgebaut werden soll und wesentliche Teile seiner Zuständigkeiten dem neuernannten Krisenminister unterstellt werden sollen?

g) Gedenkt die Regierung das Koalitionsrecht im bisherigen Umfange aufrechtzuerhalten?

h) Wie steht die Reichsregierung zur Erhaltung der deutschen Sozialversicherung und des Tarifvertragsrechts?

i) Wie denkt die Reichsregierung einen gerechten Ausgleich zwischen der Förderung des deutschen Binnenmarktes und der lebensnotwendigen Ausfuhr zu sichern?

k) Ist die Reichsregierung bereit, Sicherungen dafür zu schaffen, daß jede Form von Inflation unterbleibt und finanzpolitische Experimente, die von gewisser Seite privat propagiert wurden, wirksam abgewehrt werden.

Auflösung der Parlamente in Reich und Preußen

Von der Beantwortung dieser Fragen wollte das Zentrum seine Haltung Hitler gegenüber abhängig machen. Hitler aber verlangte grundsätzliche Tolerierung, die darin bestehe, daß das Zentrum einer **einjährigen Vertagung des Reichstages** zustimmen sollte. Kaas jedoch glaubte, eine solche nicht zusagen zu können, bevor man nicht über die Absichten der Regierung unterrichtet sei. Daraufhin brach Hitler die Verhandlungen ab, indem er die Fragen des Zentrums von vornherein als Ablehnung und bewußte Störungsmanöver auffaßte, und **am Abend des 1. Februar wurde der Reichstag durch den Reichspräsidenten aufgelöst:**

"Nachdem sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf, damit das deutsche Volk durch Wahl eines neuen Reichstages zu der Neubildung der Regierung des nationalen Zusammenschlusses Stellung nimmt."

Kaas bestritt zwar den "rechtmäßigen Grund" der Auflösung, da die Verhandlungen abgebrochen seien, bevor eine wirkliche Klärung herbeigeführt worden wäre, aber sein Protest blieb ohne Erfolg. Als Termin für die Neuwahl bestimmte Hindenburg den 5. März.

Regierungsprogramm

Am Abend des gleichen Tages **gab Hitler im Rundfunk das Programm der neuen Regierung bekannt**, das, ausgehend von der furchtbaren Vernichtung der letzten anderthalb Jahrzehnte, die Ziele des neuen Regiments darlegte:

"Das Erbe, das wir übernehmen, ist ein furchtbares.

Die Aufgabe, die wir lösen müssen, ist die schwerste, die seit Menschengedenken deutschen Staatsmännern gestellt wurde. Das Vertrauen in uns allen aber ist unbegrenzt, denn wir glauben an unser Volk und seine unvergänglichen Werte. Bauern, Arbeiter und Bürger, sie müssen gemeinsam die Bausteine liefern zum neuen Reich. So wird es die nationale Regierung als ihre oberste Pflicht und erste Aufgabe ansehen, die geistige und willensmäßige Einheit unseres Volkes wieder herzustellen. Sie wird das Christentum als Basis unserer

gesamten Moral, die Familie als Keimzelle unseres Volks- und Staatskörpers in ihren festen Schutz nehmen. Sie wird über Stände und Klassen hinweg unser Volk wieder zum Bewußtsein seiner volklichen und politischen Einheit und der daraus entspringenden Pflichten bringen. Sie will die Ehrfurcht vor unserer großen Vergangenheit, den Stolz auf unsere alten Traditionen zur Grundlage machen für die Erziehung der deutschen Jugend. Deutschland darf und wird nicht im anarchistischen Kommunismus versinken. Sie wird an Stelle turbulenter Instinkte wieder die nationale Disziplin zum Regenten unseres Lebens erheben. Sie wird dabei all der Einrichtungen in höchster Sorgfalt gedenken, die die wahren Bürgen der Kraft und Stärke unserer Nation sind.

Zwei große Vierjahrespläne.

Die nationale Regierung will das große Werk der Reorganisation der Wirtschaft unseres Volkes mit zwei großen **Vierjahresplänen** lösen. Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährung und damit Lebensgrundlage der Nation. Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit.

In 14 Jahren haben die Novemberparteien den deutschen Bauernstand ruiniert. In 14 Jahren haben sie eine Armee von Millionen Arbeitslosen geschaffen.

Die nationale Regierung wird mit eiserner Entschlossenheit und zähester Ausdauer folgenden Plan verwirklichen: Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung entrisen sein. Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein. Gleichlaufend ergeben sich die Voraussetzungen für **das Aufblühen der übrigen Wirtschaft.**

Mit dieser gigantischen Aufgabe der Sanierung unserer Wirtschaft wird die nationale Regierung verbinden die Aufgabe und Durchführung einer Sanierung des Reiches, der Länder und der Kommunen in verwaltungsmäßiger und steuertechnischer Hinsicht. Damit wird erst der Gedanke der föderativen Erhaltung des Reiches blut- und lebensvolle Wirklichkeit.

Zu den Grundpfeilern dieses Programms gehört der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht und der Siedlungspolitik.

Die Sorge für das tägliche Brot wird aber ebenso die Sorge sein für die Erfüllung der sozialen Pflichten bei Krankheit und Alter.

In der Sparsamkeit ihrer Verwaltung, der Förderung der Arbeit, der Erhaltung unseres Bauerntumes sowie der Nutzbarmachung der Initiative des einzelnen liegt zugleich die beste Gewähr für das Vermeiden jedes Experimentes der Gefährdung unserer Währung.

Wiedererringung der Freiheit.

Außenpolitisch wird die nationale Regierung ihre höchste Mission in der Wahrung der Lebensrechte und der Wiedererringung der Freiheit unseres Volkes sehen. Indem sie entschlossen ist, den chaotischen Zuständen in Deutschland ein Ende zu bereiten, wird sie mithelfen in der Gemeinschaft der übrigen Nationen, einen Staat gleichen Wertes und damit allerdings auch gleicher Rechte einzufügen.

So groß unsere Liebe zu unserem Heere als Träger unserer Waffen und Symbol unserer großen Vergangenheit ist, so wären wir doch beglückt, wenn die Welt durch eine Beschränkung ihrer Rüstungen eine Vermehrung unserer eigenen Waffen niemals erforderlich machen würde.

Überwindung der kommunistischen Zersetzung.

Soll aber Deutschland diesen politischen und wirtschaftlichen Wiederaufstieg erleben und seine Verpflichtungen den anderen Nationen gegenüber erfüllen, dann setzt dies eine entscheidende Tat voraus: Die Überwindung der kommunistischen Zersetzung Deutschlands.

Wir Männer dieser Regierung fühlen uns vor der deutschen Geschichte verantwortlich für die Wiederherstellung eines geordneten Volkskörpers und damit für die endgültige **Überwindung des Klassenwahnsinns und Klassenkampfes. Nicht einen Stand sehen wir, sondern das deutsche Volk**, die Millionen seiner Bauern, Bürger und Arbeiter, die entweder gemeinsam die Sorgen dieser Zeit überwinden werden oder ihnen sonst gemeinsam erliegen.

Entschlossen und getreu unserem Eide wollen wir damit angesichts der Unfähigkeit des derzeitigen Reichstages, diese Arbeit zu unterstützen, dem deutschen Volke selbst die Aufgabe stellen, die wir vertreten.

Der Reichspräsident, Generalfeldmarschall von Hindenburg, hat uns berufen mit dem Befehl, durch unsere Einmütigkeit der Nation die Möglichkeit des Wiederaufstieges zu bringen.

Wir appellieren nunmehr an das deutsche Volk, diesen Akt der Versöhnung selbst mitzuunterzeichnen. Die Regierung der nationalen Erhebung will arbeiten und sie wird arbeiten. Sie hat nicht 14 Jahre lang die deutsche Nation zugrunde gerichtet, sondern will sie wieder nach oben führen. Sie ist entschlossen, in vier Jahren die Schuld von 14 Jahren wieder gutzumachen. Allein sie kann die Arbeit des Wiederaufbaues nicht der Genehmigung derer unterstellen, die den Zusammenbruch verschuldeten. Die Parteien des Marxismus und seiner Mitläufer haben 14 Jahre lang Zeit gehabt, ihr Können zu beweisen. Das Ergebnis ist ein Trümmerfeld.

Das Volk hat das Wort.

Nun deutsches Volk gib uns die Zeit von vier Jahren und dann urteile und richte uns.

Getreu dem Befehl des Generalfeldmarschalls wollen wir beginnen. Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten, unsere Einsicht segnen und uns mit dem Vertrauen unseres Volkes beglücken. Denn wir wollen nicht kämpfen für uns, sondern für Deutschland. -"

Um nun bei den bevorstehenden Wahlen **die verderblichen liberalistischen Splitterparteien auszuschalten**, gab Hindenburg am 2. Februar eine **Verordnung über die Änderung des Wahlgesetzes** heraus. Sie berührte in keiner Weise Wahlalter und allgemeines, gleiches Wahlrecht, sondern ihre wichtigsten Bestimmungen waren, daß auch die **Auslandsdeutschen** - zum ersten Male wieder - an der Wahl teilnehmen durften, vor allem aber, **daß jede Partei für mindestens einen ihrer Kreiswahlvorschläge soviel Unterschriften aufbringen mußte, als Stimmen zur Erlangung eines Sitzes im Wahlkreisverband nötig seien, also 60 000**. Da dies für die kleinen Interessententeilparteien unmöglich war, fielen sie automatisch bei den bevorstehenden Wahlen aus.

Im Reichstag fehlten der Regierung 45 Sitze zur Erringung der Mehrheit; ob sie diese bei der Wahl erhalten werde, erschien zweifelhaft. **Im preußischen Landtag fehlten aber nur 10 Sitze**, und diese zu erringen schien wesentlich leichter. Es war nun immerhin eine Politik möglich, in der sich die Reichsregierung, wenn sie auch im Reichstage nicht über die Mehrheit in ihren Parteien verfügte, **auf eine durch Personalunion verbundene nationale und starke Landesregierung stützen konnte**. Daraufhin beschlossen die Nationalsozialisten, **im preußischen Landtage die Auflösung zum Zwecke von Neuwahlen** zu beantragen. In der Vollsitzung des Landtages am 4. Februar begründete Kube den Auflösungsantrag: es sei trotz erfolgter Bemühungen der Nationalsozialisten dem Landtage nicht gelungen, eine Regierung zu bilden. Aber Braun und Severing seien nicht mehr zu ertragen. Die Auflösung des Landtages sei aus Gründen der politischen Sauberkeit und der nationalen Ehre des preußischen Volkes notwendig. Als es jedoch zur Abstimmung kam, stimmten 196 Nationalsozialisten, Deutschnationale, Volksparteiler, Christlich-Soziale und Hannoverer für den nationalsozialistischen Auflösungsantrag, während 214 Kommunisten, Sozialdemokraten, Staatsparteiler und Zentrumsanhänger dagegen stimmten. **Der Antrag war also abgelehnt.**

Das hatte Hitler vorausgesehen, und so erwog er bereits die **zweite Auflösungsmöglichkeit**, die bei dem sogenannten **Dreimännerkollegium** lag. Dies Dreimännerkollegium bestand aus dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun, dem Staatsratspräsidenten Adenauer, welcher dem Zen-

trum angehörte, und dem nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Kerrl. In dieser Zusammensetzung natürlich hatte das Dreimännerkollegium am 4. Februar ebenfalls eine Auflösung abgelehnt; aber hier mußte der Hebel angesetzt werden, da eine dritte Lösungsmöglichkeit, nämlich durch den Reichspräsidenten mit Hilfe des Artikels 48, nicht ratsam erschien, weil das Verfahren die geschlossene Front der Länderregierungen zur Folge gehabt hätte. **So tat dann die Reichsregierung mit dem Reichspräsidenten zusammen am 6. Februar den entscheidenden Schritt, der im Interesse der Staatsmacht und des Staatswohles notwendig war:** Auf Grund des Artikels 48, Absatz 1 der Reichsverfassung wurde infolge der auf das Leipziger Urteil vom 25. Oktober 1932 gestützten Umtriebe die **Regierung Braun abgesetzt, ihre Befugnisse wurden dem Reichskommissar Papen**, der seit dem 30. Januar an Stelle Brachts Reichskommissar in Preußen geworden war, und seinen Beauftragten übertragen. Jetzt gehörte Papen auch dem Dreimännerkollegium an Stelle Brauns an, und dieses beschloß nun **unverzüglich Auflösung des Parlamentes zum 4. März**. Adenauer protestierte zwar, weil der Schritt der Reichsregierung dem Artikel 17 der Reichsverfassung und dem Leipziger Urteil vom 25. Oktober 1932 widerspreche, doch er wurde überstimmt.

Auch **Otto Braun** nahm den Vorgang nicht ruhig hin. Sofort reichte er beim Staatsgerichtshof eine neue Klage ein, um feststellen zu lassen, daß Hindenburgs Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen vom 6. Februar 1933 gegen die Reichsverfassung verstoße. Aber diese Auflehnung gegen die neue Macht war gänzlich fruchtlos. Der "Hoheitsregierung" wurden nun auch noch **alle die Rechte entzogen, die ihr Hindenburg in seiner Verordnung vom 18. November eingeräumt hatte**. Diesmal waren die süddeutschen Staaten, insbesondere Bayern, klüger als im Juli: sie schlossen sich der Klage Brauns in Leipzig nicht an! Sie suchten nach anderen Möglichkeiten, ihre Proteste gegen das Vorgehen der Reichsregierung auszudrücken.

Doch bis in die kleinsten Selbstverwaltungskörperschaften mußte der neue Geist und der neue Kurs sich durchsetzen. Darum verfügte die kommissarische Regierung Preußens auch die **Auflösung der Gemeindevertretungen und deren Neuwahl am 12. März**. Es war nötig, daß eine nationale Regierung, wenn sie erfolgreich arbeiten sollte, ihre Wurzeln und Fundamente bis in den letzten Urgrund politischer Betätigung des Volkes senkte. In dem systematischen Vorgehen gegen alles, was gegnerisch war, lag die Gewähr des unbestrittenen Erfolges.

Die **Tätigkeit der Reichsregierung** beschränkte sich vor dem 5. März lediglich darauf, die allzu drückende Not von den **Bauern** - durch Zollerhöhung und Vollstreckungsschutz, Pachtzinsermäßigungen und Besserung der Absatzmöglichkeiten - und **Rentnern** - durch Erhöhung der Unterstützungen - und **Arbeitern** - durch Schutz der Löhne - zu nehmen und die **Vorbereitung für die Arbeitsbeschaffung** zu treffen. Die Zahl der Arbeitslosen war Ende Januar auf 6 014 000, Mitte Februar auf 6 247 000 gestiegen und sank Ende Februar auf 6 200 000. Auch in der **sozialen Versicherung** wurden Erleichterungen durchgeführt. Den **Beamten wurde das Doppelverdien verbot** und in den **staatlich subventionierten Betrieben wurden die hohen Gehälter gekürzt**. Bevor das Wahlergebnis nicht vorlag, sollten einschneidende Maßnahmen nicht erfolgen. Insbesondere betonten Frick und Hitler im Reichsrat, daß sie den **gesunden Föderalismus des Reiches** nicht antasten wollten und daß man die **Meinungsfreiheit der Presse nicht zu knebeln** beabsichtige, sondern nur da, wo diese offensichtlich gegen die Interessen des Volkes und der Regierung arbeite, eingreifen werde. Vor allem galt es dafür zu sorgen, **daß nicht die Autorität der Regierung durch Angriffe und Beschimpfungen geschmälert werde**. Um dies zu verhindern, wurde am 6. Februar eine **Notverordnung zum Schutze des deutschen Volkes** verkündet, welche Verbot und Auflösung politischer Versammlungen vorsah und auch Möglichkeiten enthielt, die gegnerische Presse bei schikanöser und unrichtiger Darstellung von Regierungsvorlagen hart zu bestrafen. Neu war in dieser Verordnung das **Verbot ausländischer Zeitungen**. Die Regierung durfte jederzeit deren Vertrieb untersagen, sobald sich herausstellte, daß diese ausländischen Zeitungen vom Geiste der regierungsfeindlichen Kreise in Deutschland beseelt wurden. Und in der Folgezeit wurden zahlreiche marxistische und pazifistische Zeitungen des Auslandes verboten. Gewisse **Personalveränderungen im Regierungskörper** ließen sich ebenfalls nicht umgehen. So wurden Mitte Februar im Reichsrat die bisherigen Vertreter der preußischen Regierung Braun durch die Reichskommissare

und deren Vertreter ersetzt, ein Vorgang, der die etappenweise durchgeführte Abdrosselung der Hoheitsregierung Braun abschloß und infolgedessen bei den andern Länderregierungen Unwillen hervorrief.

Görings Tätigkeit in Preußen

In **Preußen** begann Göring sofort mit einem **energischen Umbau des Beamtentums**. Gehorsam und Pflichttreue wurden wieder als die Grundlagen des Staatsdienstes erklärt. Scharenweise wurden die Beamten des alten Systems aus ihren Stellungen entfernt. Nationalsozialisten, nach dem Grundsatz der Parteizuverlässigkeit, der Leistung und Befähigung ausgewählt, traten an ihre Stelle. **Besonders im Westen des Staates wurden sehr tiefgreifende Veränderungen vorgenommen**, um die Männer des Zentrums und der Sozialdemokratie von der Staatsmacht zu entfernen. Um dies so nachdrücklich wie irgend möglich durchführen zu können, ernannte Göring für die Provinzen Rheinland und Westfalen einen **Staatskommissar mit diktatorischen Vollmachten**. Göring war entschlossen, die Reinigung **bis in die untersten Schichten des Beamtentums** durchzuführen. Kein Sozialdemokrat werde mehr in der Verwaltung geduldet werden, erklärte er.

Das Ziel der Aktion sei die Wiederherstellung des alten parteimäßig nicht beeinflussten Beamtentums nach Wiederkehr der Ruhe im Inneren. Deshalb würden auch nach einer Kampfperiode, die "auf einige Jahre" bemessen werde, die aus den Reihen der jetzigen Regierungsgruppen entnommenen Persönlichkeiten wieder zurückgezogen und durch Fachbeamte ersetzt werden. Schon jetzt herrsche das Bestreben, die Vizepräsidenten in den einzelnen Verwaltungen nicht nach politischen, sondern nach fachlichen Gesichtspunkten auszuwählen.

Die **Kreise des Bürgertums äußerten Bedenken gegen die Art des Beamtenwechsels**. Vor allem die Deutschnationalen nahmen Anstoß an dem Beamtenwechsel. Die *Deutsche Allgemeine Zeitung* schrieb, mit wenigen Ausnahmen handle es sich um Außenseiter: Offiziere, Volksschullehrer, Postbeamte, Gutsbesitzer usw.

"Sollten in dem riesigen Arsenal der preußischen Verwaltung nicht genügend Berufsbeamte vorhanden sein, die sich als politische Vertrauensmänner der neuen Regierung ebensogut eignen, und liegt in dieser Form der Stellenbesetzung nicht ein Widerspruch gegen früher programmatische Ankündigungen gerade auch der Nationalsozialisten?"

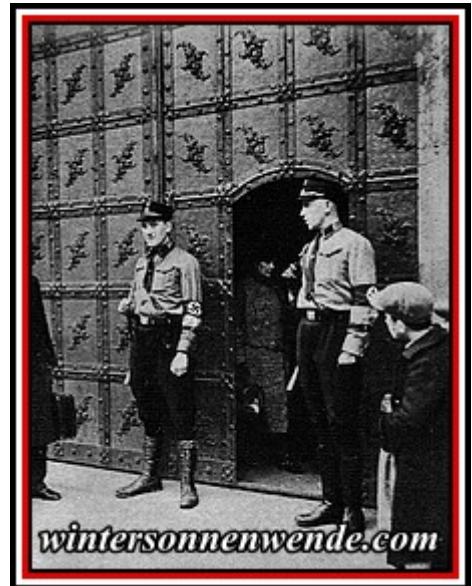
Die Bedenken waren unnötig: Das erste Erfordernis war, die seit einem Jahrzehnt zerrissene Vertrauensbindung zwischen Volk und Verwaltung wieder herzustellen, und im übrigen war der Nationalsozialismus, im Gegensatz zur erstarrten, fortschrittsfeindlichen Sozialdemokratie, eine vom ursprünglichen Leben des Volkes erfüllte Bewegung, die jederzeit in der Lage sein würde, da, wo es nötig war, das Gegenwärtige durch Besseres zu ersetzen. Darin aber lag der eigentliche und wahre Sinn der deutschen Revolution, den viele nicht verstehen konnten!

Außer in den Regierungsstellen fand ein **umfassender Personenwechsel auch in den Reihen der Polizeipräsidenten** statt. Die Polizei mußte das zuverlässige Machtmittel in den Händen der neuen Regierung werden. Den Beamten wurde die Anweisung gegeben, den Angehörigen der nationalen Verbände in jeder Weise entgegenzukommen, sofern nicht Vergehen gegen die Gesetze vorliegen. Das Bestreben der neuen Regierung, **die Polizei der Befehlsgewalt der Regierungs- und Oberpräsidenten zu entziehen und sie unmittelbar dem preußischen Innenministerium zentral unterzuordnen, fand seinen Ausdruck in der neuen Zusammenfassung und Gruppierung der Polizeiformationen unter dem Oberbefehl von Polizeigenerälen**. Diese Zentralisation der preußischen Polizei in der Hand des Innenministers durch die Einsetzung dieser Polizeigeneräle fand Mitte Februar statt. Sie war besonders nötig infolge der kommunistischen Wühlereien. Eine in der Hand des Ministers zentral zusammengefaßte Polizei konnte viel schneller und schlagfertiger gegen alle Umstürze vorgehen als eine durch das Zwischenglied der Regierungspräsidenten zersplitterte und in ihrer Schlagkraft gelähmte Polizeimacht.

Es erwies sich, daß die Polizeikräfte zahlenmäßig zu schwach waren, um die Ordnung des neuen Staates gegen die kommunistischen Angriffe zu schützen. Deshalb ordnete Göring am 22. Februar

an, daß die ordentlichen Polizeikräfte durch Hilfspolizei zu verstärken seien. Diese sollte aus den Reihen der S.A. und des Stahlhelms genommen werden und der Befehlsgewalt der Polizeikommandeure unterstehen. So traten jetzt überall in den preußischen Städten neben der staatlichen Polizei die Formationen der bewaffneten Hilfspolizei auf.

Auch auf kulturellem Gebiet ging Göring zusammen mit dem Bildungskommissar Dr. Rust zum Angriff gegen das alte System vor. Ehrenhaftigkeit und Sittlichkeit sollten wieder die Herzen der Volksgemeinschaft beherrschen. Die Schmutz- und Schundliteratur, die schlüpfrigen Darstellungen verschwanden radikal aus der Öffentlichkeit, die bis ins Mark verfaulte Kurfürstendamm-Moral, die Prostitution in allen ihren Formen, die abgrundtiefe Unsittlichkeit im öffentlichen wie im geheimen wurde durch schonungsloses Vorgehen der Polizei bekämpft. Nacktkulturorganisationen wurden verboten und Vergnügungsstätten, die Nacktvorstellungen boten, wurden geschlossen. Von der Jugend galt es wieder die sittliche Gefährdung fernzuhalten. Die Jugend sollte in Christentum und Sittlichkeit, in Arbeit und Gehorsam heranwachsen, um wieder stark und männlich zu werden, und so wurde auch dem Schulbolschewismus ein Ziel gesetzt. Die weltlichen Sammelschulen wurden gedrosselt, Göring verfügte, daß von Ostern ab neue Schüler in diesen Schulen nicht mehr aufgenommen werden durften. - Um den Machenschaften der gegnerischen Presse kräftig entgegenzutreten, befahl Göring der Polizei rücksichtsloseste Durchführung der Pressenotverordnung. -



SA. als Hilfspolizei vor dem Rathaus zu München. Photo Scherl.

Wahlkampf

Der Wahlkampf, der den Februar 1933 ausfüllte, unterschied sich dadurch von den früheren Wahlkämpfen, daß ihn die Nationalistische Deutsche Arbeiterpartei als Inhaberin der Reichs- und Staatsgewalt führte und jetzt zwingend und eindeutig an die großen Traditionen der deutschen Vergangenheit, insbesondere Preußens, anknüpfte. Die von der Begeisterung von zehn, zwanzig, ja hunderttausenden von Menschen erfüllten Massenversammlungen waren Staatsaktionen erster Ordnung, an denen die Mehrzahl der diplomatischen Vertreter der fremden Mächte teilnahmen. Noch nie zuvor zeigte sich das deutsche Volk in dieser Einheit und Geschlossenheit und nie ging ein gewaltigeres Ahnen von der Größe des Zieles, um das es ging, durch ein Volk. In diesem Wahlkampf begann der Nationalsozialismus in die zweite Epoche seines Wirkens einzutreten, er begann die gewaltige aufbauende Seelenkraft des ganzen Volkes zu werden gegen Bolschewismus und Untergang. Denn unter der Parole führte Hitler den Wahlkampf: nationalsozialistisches Reich der Freiheit oder bolschewistisches Chaos des Unterganges! So wurde der Nationalsozialismus, der bisher die revolutionäre Wucht des Vorwärtsstürmens darstellte, auch inniger herangeführt an die ewigen Werte großer deutscher Tradition, wie sie zum Teil auch noch in anderen Parteien und Bevölkerungskreisen lebendig waren, und aus der Vereinigung mit diesen Kräften der Geschichte zog der Nationalsozialismus die Kraft der Gegenwart, Träger des Staates, des Reiches und Fundament des Volkes zu sein. So schloß der Kanzler seine große Wahlrede im Berliner Sportpalast am 10. Februar:

"Wir haben kein anderes Ziel als dem zu dienen, was uns das Höchste auf Erden ist: unserem Volke! Ich kann mich nicht lossagen von der Überzeugung, daß die Nation einst wieder auferstehen wird. Ich kann mich nicht entfernen von der Liebe zu diesem Volk. Das ist mein Glaube: es wird wieder auferstehen ein neues Deutsches Reich der Größe, der Ehre, der Kraft und der Herrlichkeit und der Gerechtigkeit, Amen!"

Die Leidenschaft des Nationalsozialismus raste durch Deutschland, riß die Menschen zu Millionen zusammen, schmiedete sie in der Begeisterung vor dem Führer zu einer unzertrennlichen Gemeinschaft zusammen, und man erlebte in Deutschland nichts weiter als den Geist des Nationalsozialis-

mus, der alles überstrahlte, vor dem alle anderen Richtungen und politischen Strömungen kümmerlich erblaßten. Hier war ein Feuer angezündet, in dem ein neues Volk geschmiedet wurde! Rundfunk, Presse, öffentliches Leben und das persönliche Leben jedes einzelnen standen Tag und Nacht unter dem machtvollen Eindruck des Nationalsozialismus.

Der Nationalsozialismus gab einen großartigen Beweis seiner wuchtigen Lebenskraft. Gegenüber der trostlosen Zerrissenheit und Kraftlosigkeit anderer zeigte er, daß er die durch Schleicher ausgelöste Krisis des Dezember und Januar völlig überwunden hatte. Der vorzügliche Parteiapparat und die Festigkeit der S.A. waren das zuverlässige Rückgrat der von Führerfreude und freiwilligem Gehorsam erfüllten Bewegung, die sich auf dem breiten Fundament der begeisterungsfähigen deutschen Jugend erhob. Die reine Leidenschaft der Zwanzigjährigen, die vielfach den Kreisen des vom vergangenen System Enterbten und Entwurzelten angehörten, aber in ihrem unverdorbenen deutschen Blute den Glauben an die Zukunft trugen, wurde das Zentralfeuer, dem in hellen Scharen nun auch die Massen des Volkes, die in anderen Lagern standen, zuströmten. Die Partei, die am 30. Januar 1933 etwa 1½ Millionen eingeschriebene Mitglieder zählte, konnte am Tage der Wahl einen Zugang von etwa einer Million verzeichnen! -

Papen, Seldte, Düsterberg waren bemüht, zur Wahl eine **einige Front der Rechten, eine Einheitsliste**, zustande zu bringen. Nationalsozialisten, Deutschnationale und Stahlhelm sollten gemeinsame Listen wählen. Die Führer dieser "konservativen" Richtung, die an sich schon recht unwillig wegen schwerwiegender Bedenken ihre Zustimmung zur Auflösung und Neuwahl des Parlamentes gegeben hatten, glaubten auf diese Weise einen Ausgleich herbeiführen, ihre eigene Schwäche verdecken zu können, denn aller Voraussicht nach mußten die Nationalsozialisten mit überwältigender Stärke aus dem Wahlkampfe hervorgehen. **Aber die Nationalsozialisten hatten nicht die Absicht, sich mit den anderen zu verbünden**, und da Hugenberg am 8. Februar eine Bindung auch mit anderen politischen Parteien ablehnte, schlossen sich die **Deutschnationalen mit dem Stahlhelm zur Kampffront "Schwarz-Weiß-Rot"** zusammen, deren Führer Hugenberg, Seldte, Papen waren. In der Führung des Wahlkampfes durch diese Parteien waren mehr oder weniger schwere Spannungen zu den Nationalsozialisten deutlich zu erkennen.

Die Parteien im Wahlkampf

Wie gesagt: die nach dem Scheitern der Koalitionsversuche mit den Nationalsozialisten von Papen dann eifrig betriebene Verbindung der Deutschnationalen mit den bürgerlichen Mittelgruppen zur "Christlich-nationalen Front" wurde durch Hugenberg vereitelt. **Die vom liberalen "Deutschen Nationalverein" geplante Zusammenfassung der "volksbürgerlichen Mitte"**, Deutsche Volkspartei, Christlich-Soziale, Bauernpartei zu einer "Technischen Fraktion" war erstens mehr Gegner als Freund der neuen Regierung und glaubte zweitens, daß die Regierungsparteien nicht die Mehrheit erreichen würden, so daß **die "Technische Fraktion" als Zünglein an der Waage im Parlament stets den Ausschlag geben würde**. In den Parlamenten aller Zeiten hat es Richtungen und Parteien gegeben, deren Stärke in ihrer Schwäche, in ihrem Vorhandensein zwischen zwei großen Gegnern bestand. Im Aufruf des Nationalvereins vom Anfang Februar hieß es:

"Unser Staatsgefüge, die Grundlagen der Wirtschaft und Kultur, der soziale Gedanke sind bedroht. Es gilt, die Volksgemeinschaft gegen Reaktion und Revolution zu verteidigen. An Stelle des bisherigen Nebeneinander und Gegeneinander der einzelnen Gruppen muß daher endlich der geschlossene Aufmarsch der Front der Mitte treten."

Diesen Wunsch hatte die liberalistische Mitte schon seit Jahren, war aber unfähig gewesen, ihn zu verwirklichen; alles, was sie jetzt erreichte, war ein "technisches Wahlabkommen", das jedoch nicht vermochte, den liberalistischen Geist der Gegensätze durch äußere Zusammenarbeit zu überwinden.

Das **Zentrum**, zu dem Papen auch Fühlung aufnahm, befand sich im **Gegensatz zur Regierung Hitlers**. Kaas bezeichnete als Aufgabe des Zentrums die Sammlung der ganzen Nation: "Aufbau der Nation aus den Grundkräften einer geistigen und politischen Mitte, die eint, versöhnt und zusammenfaßt." Die Spannungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum nahmen im Laufe des

Wahlkampfes derart zu, daß die Reichsregierung am 19. Februar vorübergehend die *Germania* wegen eines Aufrufes der katholischen Verbände Deutschlands verbot. Im Gebiete des Rheines kam es sogar dahin, daß Zentrumsversammlungen von Nationalsozialisten gewaltsam gesprengt wurden, so in Kaiserslautern und Krefeld, - Vorgänge, die von den Regierungsstellen stark verurteilt wurden. Wenn auch das Zentrum wegen Görings Maßnahmen in scharfe Opposition zur Regierung geriet, ja sogar künstlich eine konfessionelle Kulturkampfstimmung zu erzeugen versuchte, so war Kaas klug genug, es nicht zum vollen Bruche kommen zu lassen, da er immer noch damit rechnete, nach den Wahlen von den Nationalsozialisten wieder an die Regierungsmacht herangeführt zu werden. Auch das Zentrum hoffte, daß die Regierungsparteien nicht die absolute Mehrheit erreichen würden. Die **Bayerische Volkspartei** glaubte die Gelegenheit gekommen, die lang ersehnte Monarchie wieder einzuführen und hatte Ende Februar über diese Frage lange und eingehende Verhandlungen. Man wollte klug vorgehen und scheute einen Umweg nicht: **es sollte für Bayern der Posten eines Staatspräsidenten geschaffen werden, für den Kronprinz Rupprecht vorgesehen war.** Aber die Pläne kamen nicht über das Anfangsstadium hinaus, da man im Landtag den Widerstand der Nationalsozialisten fürchtete. - Held insbesondere attackierte die Reichsregierung wegen der Presseverbote und forderte die Pressefreiheit. **Drohungen mit der Mainlinie** tauchten in den Reden der Bayerischen Volkspartei auf.

Und mit dieser **Mainlinie, welche Zentrum und Bayerische Volkspartei stolz für sich in Anspruch nahmen**, glaubten sie Hitler einzuschüchtern. Sie rechneten mit der Angst des Spießers, der Hitler verlassen würde, wenn er der Anlaß zur Trennung des deutschen Nordens und Südens wurde. Aber der Kanzler trat diesen frevelhaften Reden mutig entgegen:

"Was wollen die Feinde der deutschen Einheit? Wer sind sie überhaupt? Sie sind nicht das deutsche Volk! Mögen sie überzeugt sein, daß, wenn auch der eine oder der andere heute eine Mainlinie wieder wünscht, das ist nicht Bayern, das ist nicht Süddeutschland, das ist höchstens eine Partei. Wir haben damit nichts zu tun.

"Im Gegenteil, wenn diese Frage je kommen sollte, dann wird aus Bayern selbst ein solcher Versuch zerbrochen und zerschlagen werden. Zum ersten Male seit der Gründung des Reiches ist die Würde Bismarcks in die Hände eines Bayern gelegt worden. So wahr mir Gott helfe, ich werde Deutschland davor bewahren, daß unter meiner Betrauung mit dieser Würde durch unseren Stamm Deutschland jemals zerfällt. Es ist unsere Pflicht, unsere Ehre, die Einheit des Reiches zu wahren. Ich habe den Kampf gegen den Marxismus aufgenommen. Wenn jemand es für nötig erachtet, sich mit ihm zu verbünden, dann möge er die Überzeugung haben, retten wird er den Marxismus nicht, nur mit ihm zugrunde gehen. Wer mir in einem Atemzug sagt: Ich möchte mit Ihnen gehen, aber ich nehme mir aus, mit dem Marxismus gehen zu können, dann muß ich sagen: Nein. Vor allem: Ich lasse mich nicht von Parteien tolerieren. Ich wünsche, daß das gesamte deutsche Volk mich toleriert.

"Dem deutschen Volk will ich auch Rede und Antwort stehen, nicht den Parteien. Dem deutschen Volke werde ich mich wieder stellen. Es soll urteilen und entscheiden und es soll mich kreuzigen, wenn es glaubt, daß ich meine Pflicht nicht erfüllt habe. Ich wünsche, daß dieses Volk selbst mithilft an dieser Arbeit, damit in gemeinsamer Arbeit dafür gesorgt wird, daß die Blätter in der deutschen Geschichte von unserem Zerfall und Hader durchgestrichen werden und daß einst die deutsche Jugend wieder leben kann, und daß dann wiederersteht ein Deutsches Reich, auf das wir stolz sind, das die Freiheit geben wird, das tägliche Brot und damit den Frieden auf Erden."

Die **Staatspartei** fühlte sich durch die Ereignisse des Januar bewogen, den entschlossenen Schritt nach links zu tun. Sie ging für den Wahlkampf in Reich und Preußen die Listenverbindung mit der Sozialdemokratie ein - ein Schritt, der in ihren eigenen Reihen starke Bedenken hervorrief, weil die Einheitsbestrebungen der Sozialdemokraten mit den Kommunisten noch vor kurzem stark in den Vordergrund getreten waren.

Die **marxistische Sozialdemokratie** war die erklärte Gegnerin des Nationalsozialismus und der neuen Regierung. In einer Parteiführerbesprechung am 31. Januar, an der auch Vertreter der Eisernen Front teilnahmen, erging sich Breitscheid in scharfen Angriffen gegen die Regierung und erklärte, die Sozialdemokratie habe den Wunsch, in dem bevorstehenden Kampfe "in einem **guten Verhältnis zu den kommunistischen Arbeitern zu stehen.**" Bereits am 3. Februar wurde der *Vorwärts* auf drei Tage verboten, weil er einen Kampfaufruf gegen die Regierung gebracht hatte. Am 7. Februar **veranstaltete die Eiserne Front im Lustgarten zu Berlin eine große Kundgebung, bei der sich Kommunisten und Sozialdemokraten verbrüderten.** Der Parteivorsitzende Otto Wels rühmte die Verdienste der Sozialdemokratie nach dem verlorenen Kriege and meinte, es sei falsch, von "Novemberverbrechern" zu sprechen. Er, der bisher immer der Verbindung mit den Kommunisten zurückhaltend gegenübergestanden hatte, betonte jetzt, daß der Kampf um die Einheitsfront des werktätigen Volkes gehe. Allerdings wagten die sozialdemokratischen Führer nicht, den anwesenden kommunistischen Abgeordneten Torgler die Einheitsfronterklärung vorlesen zu lassen, die er in der Tasche bei sich trug. Sie hätten kein Interesse daran, "Konkurrenzmanöver der Kommunisten" zu begünstigen. Die Zeiten hatten sich innerhalb einer Woche doch sehr geändert. Waren die Einheitsbestrebungen zuerst von der Sozialdemokratie ausgegangen und an der Zurückhaltung der Kommunisten gescheitert, so hatten sich jetzt die Dinge von Grund aus verkehrt. Die Kommunisten fühlten sich durch die neue Regierung und ihr Vorgehen bedroht und machten jetzt öffentliche und private Einheitsangebote an die Sozialdemokratie mit der Begründung, daß der kommunistisch-sozialdemokratische Zusammenschluß eine nicht mehr zu umgehende Notwendigkeit sei. Nun aber wurden die Sozialdemokraten vorsichtig, denn sie wünschten, möglichst dem Strafgericht zu entgehen, von dem man ahnte, daß es über den Kommunismus heraufziehe. Auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften mißbilligten den Zusammenschluß mit den Kommunisten, und wo untergeordnete Parteistellen hier und da doch einen solchen herbeiführten, wurde dies Vorgehen von der Parteileitung verboten. Sie wollte die letzte politische und taktische Entscheidung sowohl gegenüber der Regierung wie gegenüber den Kommunisten in der Hand behalten.

Innerhalb der Sozialdemokratie selbst herrschte nämlich keineswegs Einmütigkeit und Freude. Die Parteileitung hatte schon fürsorglich den für März angekündigten Parteitag auf lange Zeit vertagt. Das rief einen Sturm

**Zerfallende
Sozialdemokratie**

der Entrüstung hervor. Mitte Februar hatten sich die **Funktionäre von sieben Berliner Bezirken** versammelt, die sich in schwersten Vorwürfen gegen die Parteileitung ergingen. Sie protestierten gegen die Hinauszögerung des Parteitages und verlangten mit 380 gegen 32 Stimmen die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages nach Berlin. Man forderte Wels auf, sofort den Parteivorsitz niederzulegen. Braun und Severing sollten wegen ihrer Feigheit am 20. Juli 1932 aus der Partei ausgeschlossen werden. Sämtliche Redaktionsmitglieder des *Vorwärts* sollten ihrer Posten enthoben werden. Leipart und Höltermann hätten die Interessen der Werktätigen verraten. Die ganzen Spitzen der Partei, soweit sie bezahlt würden, seien korrupt. - All dies bewies, wie morsch die Sozialdemokratie innerlich war. Sie trug den Tod in sich. Nicht die Zahl der Wählermassen konnte mehr das Schicksal der Partei aufhalten, es erfüllte sich an der Unfähigkeit ihrer Führer, die sich jeden Tag aufs neue enthüllte in den unerhörten Korruptionsskandalen und -prozessen.

Die letzte Hoffnung der systemtreuen Marxisten war das **Reichsbanner**. Ende Februar erklärte Höltermann in der Landes-Generalversammlung, daß das deutsche Volk vor einer historischen Entscheidung stehe. Der deutschen Freiheit gelte die Arbeit des Reichsbanners: "Vorwärts für ein Deutschland der Freiheit!" Nun, Waffen und Munition hatte ja das Reichsbanner genug. Die Entdeckungen, die nach und nach stattfanden, bewiesen dies. Aber das Entscheidende fehlte ihm: die Kraft des Mutes und das Bewußtsein, für eine gerechte Sache zu streiten. So war auch das Reichsbanner unfähig, sich zu einer Tat gegen Hitler aufzuraffen: es wäre schonungslos zusammengehauen worden.

Die **Verschärfung des Wahlkampfes**, die Aufforderung der sozialdemokratischen Zeitungen zum Ungehorsam gegen die Reichsregierung und Generalstreik führte seit Mitte Februar dazu, daß die **sozialdemokratische Presse in großem Umfange auf mehr oder weniger kurze Fristen verbo-**

ten wurde. Tagtäglich mußten neue Zeitungsverbote ergehen, Flugblätter wurden beschlagnahmt, ihre Verteiler verhaftet. Besonders die Kritik an den Maßnahmen Görings in Preußen, die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften als im Gegensatz zur Verfassung stehend bezeichnet wurden, führte zu einer umfassenden Lahmlegung der marxistischen Presse.

Die Kommunisten erhielten durch die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler einen neuen Antrieb zu revolutionären Taten. Wir haben gesehen, welche Anweisungen im August 1932 von Moskau gegeben wurden. Das Ziel der Bolschewisten war vorerst allein darauf gerichtet, zu verhindern, daß der Nationalsozialismus an die Regierung gelangte. Die Kommunisten wußten, daß sie um ihr Leben kämpfen mußten, wenn Hitler zur Macht kam. Die schwache Regierung Schleichers begünstigte, wie wir feststellen konnten, ihre Umtriebe; und wären die Vorverhandlungen über die Regierungsbildung Hitlers nicht in aller Stille geführt worden, so wäre eine kommunistische Erhebung unter Schleichers Regiment im Januar durchaus möglich gewesen. So aber waren die Kommunisten überrascht worden. Um so eifriger bereiteten sie nun den Aufstand vor, um die gefürchtete Herrschaft Hitlers, die wider alles Erwarten gekommen war, zu stürzen.

Vorbereitung des kommunistischen Aufstandes

Sofort wurden von Moskau die **Mobilmachungsbefehle** gegeben. Bis Ende Februar sollte die Partei zum Losschlagen fertig sein. Anfang Februar wurde der Parteileitung eine "**geheime Kopfleitung**" des **bewaffneten Aufstandes** vorgesetzt, die aus drei Personen bestand und zu deren Beratungen die Leiter der kommunistischen Kampfverbände Olbrich, Schneller und Hans Kippenberger hinzugezogen wurde. Die oberste Leitung lag in den Händen des **Juden Manuilski**, der die westliche Sektion der kommunistischen Internationale in Moskau führte und nach dessen Anweisungen vom August 1932 bereits der Bürgerkrieg vorbereitet worden war.

Es wurde jetzt ein **strategischer Plan** ausgearbeitet: Die geheime Leitung des Aufstandes sollte in der entmilitarisierten Zone, **in Krefeld und Düren**, sich befinden. Die militärischen Operationen sollten von dem **russischen Juden Wolkenberg** geleitet werden. Im **Rheinland** sollte der Aufstand beginnen, das Signal dazu sollte die **Ermordung Hitlers oder Hindenburgs** sein. Sofort sollten alle lebenswichtigen Betriebe gesprengt oder stillgelegt und Sabotageakte an öffentlichen Gebäuden, Eisenbahnen, Brücken, Kasernen, Polizeiunterkünften verübt werden. Vom **Ruhrgebiet** aus sollte der Aufruhr nach **Oberschlesien**, dann nach **Berlin** überspringen.

Die illegalen und geheimen Vorbereitungen wurden von einem **verstärkten Blutterror** begleitet. Obwohl die Behörden es verboten, rotteten sich die Kommunisten zu vielen Hunderten zusammen, veranstalteten Demonstrationen, verteilten Flugblätter, forderten zum Generalstreik auf und versuchten Barrikaden zu errichten. Wenn sich auch die Generalstreikparole nicht durchzusetzen vermochte, so kam es doch in Berlin, Hamburg und anderswo zu Sabotageakten. **Der rote Freischärlerkrieg loderte in allen Teilen des Reiches mit erneuter Wucht auf**, und der Abend des 1. Februar brachte bereits 10 Tote und mehr als 100 Verletzte. In den nächsten 4 Tagen fielen weiter 5 Todesopfer und 50 Verletzte. So ging es von nun an weiter, wie im Juli 1932.

Gegenaktionen Görings

In Anbetracht dieser Vorgänge ordnete **Minister Göring bereits am 2. Februar ein allgemeines Verbot für kommunistische Demonstrationen und Aufmärsche unter freiem Himmel an.** Kommunistische Wahlversammlungen wurden zunächst noch nicht verboten, hier wurde eine verschärfte polizeiliche Kontrolle für ausreichend befunden. Immerhin wurden in den Häusern der **revolutionären Gewerkschaftsorganisation und der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit** Haussuchungen vorgenommen, wobei manch aufschlußreiches Material gefunden wurde. Auch die Regierungen Thüringens, Braunschweigs und Anhalts hielten es für nötig, sich dem preußischen Vorgehen anzuschließen.

Unter den vielen Bluttaten war eine der abscheulichsten der **Überfall in Eisleben am 12. Februar.** Hier entbrannte zwischen den kommunistischen Angreifern und der Polizei und S.A. eine regelrechte Straßenschlacht, die 4 Tote forderte. Während ganz Deutschland von Empörung widerhallte, trafen die **kommunistischen Leitungen in den Provinzen weitere Aufruhrvorbereitungen.** Am

13. Februar hatten sich in **Aue in Sachsen**, wo man übrigens viel Waffen, Sprengstoff und Munition aufgestapelt hatte, auserlesene kommunistische Führer versammelt, die da prophezeiten, daß demnächst "große Dinge gedreht würden"!

Gleichzeitig machten die Behörden in **Göttingen** eine überraschende Entdeckung. Der Universitätsinspektor Goßmann wurde als geheimer kommunistischer Funktionär entlarvt, dessen Beziehungen nach Braunschweig reichten, wo andere maßgebende Verschwörer verhaftet wurden. Die Existenz eines **bol-schewistischen Informations- und Diskussionsbüros für Niedersachsen** wurde festgestellt, das ein eingehendes Arbeitsprogramm für den niedersächsischen Bezirk ausgearbeitet hatte. Dies Gebiet, so hieß es da, sei wegen seiner geographischen Lage (Eisenbahnknotenpunkte, Wasserstraßen) sehr bedeutungsvoll, und sein agrarischer Charakter könne es leicht zum Stützpunkt der Gegenrevolution machen. Aber zum Glück sei diese deutsche Vendée von einem starken kommunistischen Ring umgeben: Wasserkante, Ruhrgebiet, Mitteldeutschland, Berlin, und von hier aus müsse ein enges Netz kommunistischer Zellen über Niedersachsen gespannt werden, um es bei einem Aufstande niederhalten zu können.

Während der rote Meuchelmord Tag für Tag seine Opfer forderte, verdichteten sich die **Anzeichen für den bevorstehenden kommunistischen Aufstand**. Kommunisten selbst verrieten die heimlichen Umtriebe und lieferten ihre Spießgesellen den Staatsbehörden aus. Man erfuhr, daß in **Flensburg** eine aus Hamburger Schwerverbrechern bestehende bewaffnete Terrorgruppe existierte. Im **Ruhrgebiet** waren nächtliche bewaffnete Überfälle auf die Polizei geplant. In **Camin in Pommern** wurde der Polizei ein schiffrierter Plan übergeben, wonach eine Terrorgruppe von 25 Mann Geiseln verhaften und Eisenbahnbrücken sprengen sollte. **Altona** erwies sich als ein gefährlicher Stützpunkt



Straßenkampf mit Kommunisten in Eisleben, 12. Februar 1933. Photo Scherl.



Polizei im Karl-Liebnecht-Haus, Februar 1933. Photo Scherl.

des militärischen Aufstandes, da hier Rotfrontkämpferbund, Rote Marine und Kampfbund gegen den Faschismus sehr stark waren und über zahlreiche Waffen verfügten. **Deutschland stand unmittelbar vor dem Ausbruch eines großen kommunistischen Aufstandes.**

Um dieser gefährlichen kommunistischen Umtriebe Herr zu werden, hatte **Göring bereits am 22. Februar die Einstellung der Hilfspolizei angeordnet.** Am 24. Februar ließ er das **Karl-Liebknechthaus, die kommunistische Zentrale in Berlin,** besetzen. Bei der Untersuchung des Gebäudes wurden nicht nur hochverräterische Schriften in ungeheuren Mengen vorgefunden, sondern auch unterirdische Geheimgänge und Keller, Katakomben entdeckt, in denen Waffen und Sprengstoffe aufgestapelt waren.



*Reichstagsbrand am
27.-28. Februar 1933. Photo Scherl.*

Reichstagsbrand

Allerdings hatte die Hydra, der man einen Kopf abgeschlagen hatte, noch viele andere Köpfe, und das deutsche Volk erkannte, vor welchem Abgrund es stand, **als am 27. Februar abends 9 Uhr das Reichstagsgebäude in Flammen stand.** In kurzer Zeit war der gewaltige Bau in ein Feuermeer verwandelt und die Feuerwehren standen der furchtbaren Katastrophe machtlos gegenüber. Ein junger holländischer Kommunist, Marinus van der Lubbe, der zu einer internationalen Anarchistenvereinigung gehörte, hatte den Brand angelegt. Seine Spießgesellen, zu denen deutsche Kommunisten gehörten, versuchten auch, allerdings vergeblich, **das königliche Schloß anzuzünden.** Auch die Einäscherung des Rathauses war geplant. Diese Brände sollten, ähnlich wie der des Wiener Justizpalastes im Juli 1927, das Signal für die allgemeine, kommunistische Erhebung sein.

Regierungskampf gegen den Kommunismus

Jetzt mußte gehandelt werden. Zwar an ein **Verbot der Kommunistischen Partei,** wie es weite Volkskreise seit langem

erwarteten, dachte die Regierung nicht. Diese Maßnahme hätte unmittelbar vor den Reichstagswahlen ihre moralische und materielle Wirkung eingebüßt. Sie hätte nur dazu gedient, den sozialdemokratischen Wählermassen neuen Zuwachs zu verschaffen, was keineswegs im Interesse der Regierung liegen konnte. Zunächst wurden im ganzen Reiche **Polizeiaktionen allergrößten Umfangs** gegen den Kommunismus durchgeführt. Zeitungen und Flugblätter wurden, soweit man sie fand, bis aufs letzte Blatt beschlagnahmt und vernichtet. Die Häuser der Partei wurden besetzt. Hunderte von marxistischen Führern und Funktionären, auch Thälmann, wurden in Haft genommen, doch manchem gelang es, zu entkommen. **Die gesamte kommunistische und sozialdemokratische Presse wurde verboten, das Vorwärtsgebäude wurde von Polizei und S.A. besetzt.** Nachdem das Reichskabinett am 27. Februar bereits eine Verordnung erlassen hatte, welche für Landesverrat die Todesstrafe androhte, wurde am folgenden Tage eine **Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat beschlossen,** welche der Regierung das Recht gab, zur Abwehr kommunistischer Gewalttaten die Verfassungsbestimmungen über die Freiheit der Person, der Presse, der Versammlung aufzuheben und Haussuchungen und Beschlagnahmen vorzunehmen. **Außerdem nahm das Reich das Recht in Anspruch, bei drohender Gefahr die Exekutive in den Ländern zu übernehmen** (was wieder lächerliche Bedenken und Einwendungen Hells zur Folge hatte). Todesstrafen wurden angedroht für Hochverrat, Giftmischung, Brandstiftung, Eisenbahnanschläge, Mordanschläge gegen Regierungspersonen, schweren Aufruhr, Geiselnahme. - Den kommunistischen Abgeordneten wurden die Diäten gesperrt. Frick und Göring setzten außerdem Polizei und S.A. mit außerordentlichen Vollmachten in allen Teilen des Reiches ein.

Verbot der gesamten marxistischen Presse

Es war bekannt geworden, daß noch am Tage nach dem Reichstagsbrand, am 28. Februar, **von der geheimen Aufstandsleitung zentrale**

Aufgedeckte kommunistische Pläne

Kampfanweisungen an die Terror- und Kampfverbände ausgegeben worden waren. Es erging ein kommunistischer Befehl für die höchste Alarmstufe, der so lautete:

"Bis Samstag muß dem Reichskurier gemeldet sein, wieviel Waffen in euren Bezirken sind. Sofort mitzuteilen, daß die eingesetzte Hilfspolizei dort, wo man sie antrifft, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu erledigen ist. Es muß so sein, daß kein Faschist mehr über die Straßen gehen kann. Festzustellen, wo Nazikasernen und alle strategischen Punkte der Nazi. Einheitliches Vorgehen der gesamten Organisation. Auf Nazi ist kein Pardon zu geben. Die Ortsgruppen haben in allen Aktionen freie Hand, nur wo es sich um Polizei handelt und um Kasernen der Polizei sowie um technische Betriebe, muß die Einwilligung der BL. der M.-Abteilung eingeholt werden. Höchste Alarmstufe, 5. März, abends. 12 Uhr, Eintreffen der Alarmmeldung. Positive Anweisung über Operation im Reich. Eintreffen des Reichskuriers. Wir erwarten, daß unsere Anweisungen sofort durchgeführt, werden zum Sturz der Hitlerregierung."

Ein besonderer Aktionsplan war für Berlin entworfen worden für die Zeit vom 5.-9. März. Eisenbahnbrücken sollten gesprengt, Hochspannungsleitungen umgelegt und Elektrizitäts- und Kraftwerke zerstört werden. Terrorgruppen sollten die Polizei in Schach halten, ein Massenaufgebot von Erwerbslosen sollte Überfälle und Plünderungen in den Villen ausführen.

Die Regierung des Reiches und Preußens war in der glücklichen Lage, alle diese Pläne zu kennen, und so konnten Frick und Göring mit starker Hand das notwendige eiserne Regiment aufrichten. Um die von den Kommunisten geplante Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs zu verhindern, mobilisierte Frick in Deutschland **40 000 Mann Bahnschutz**, die das Recht hatten, bei der geringsten verdächtigen Handlung sofort auf den Täter scharf zu schießen. Trotzdem wagten es verwegene Gesellen hier und da die Eisenbahn zu attackieren. Doch wurden diese Versuche rechtzeitig entdeckt.

Vor welcher Gefahr und Katastrophe das deutsche Volk im Februar 1933 stand und wie berechtigt die Maßnahmen der Regierenden waren, bewiesen zwei Reden Görings, die er auf Grund des aufgefundenen kommunistischen Materials am Mittag des 28. Februar im Reichskabinett und am Abend des 1. März im Rundfunk hielt:

*Görings Reden über
Kommunismus*

In seiner ersten Rede stellte Göring fest, daß die Brandstiftung im Berliner Schloßgebäude und im Reichstag auf Anweisungen zurückzuführen sei, die man unter dem im Karl-Liebknecht-Haus vorgefundenen Material festgestellt habe.

Bei der Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses seien über 100 Zentner hochverräterische Akten in unterirdischen Gängen gefunden worden, deren bisherige nur oberflächliche Sichtung und Überprüfung durch den Oberreichsanwalt ein Material an das Tageslicht gefördert habe, das bis ins Einzelne gehende hochverräterische und landesverräterische Pläne der K.P.D. enthülle.

Nach diesem Material stehe einwandfrei fest, daß die K.P.D. systematische Terroraktionen vorbereitet habe. Diese Aktionen sollten auf ein bestimmtes Signal hin gleichmäßig in ganz Deutschland von besonders ausgebildeten Terrorformationen durchgeführt werden. Unter diesen Aktionen seien in erster Linie planmäßige Brandstiftungen, die in allen lebenswichtigen Betrieben und an öffentlichen Gebäuden vorgenommen werden sollen, zu verzeichnen. Hand in Hand mit diesen Terroraktionen sollte eine ungeheuerere Steigerung des Individualterrors gehen, die sich besonders auf Attentate gegen die verantwortlichen Leiter des Staates erstrecken sollten. Neben diesen Terrorakten gegen einzelne verantwortliche Persönlichkeiten und gegen die Führer politischer Parteien war die Bereitstellung besonderer Terrorformationen vorgesehen, deren Aufgabe es sein sollte, die Angehörigen führender politischer Persönlichkeiten, vor allem Frauen und Kinder als Geiseln fortzuschaffen. Aus dem Material, das bisher gesichtet worden sei, gehe ferner hervor, daß die K.P.D. starke Terrorgruppen zusammengestellt habe, die als Schutzpolizisten, S.A.- und S.S.-Leute und als Stahlhelmer verkleidet, in Aktion treten sollten. Alle diese Terroraktionen, so betonte Reichsminister Göring, seien genau vorbereitet gewesen und es seien genug Verdachtsmomente vorhanden, daß der Reichstags-

brand das Signal zu einem kommunistischen Umsturzversuch werden sollte. Reichstagsbeamte hätten ausgesagt, daß Torgler schon im Laufe des fraglichen Tages über 10 Zivilisten in das Reichstagsgebäude gebracht habe, von denen jetzt einwandfrei feststehe, daß sie zu den Brandstiftern gehören. Es sei anzunehmen, daß die übrigen Brandstifter kurz vor Entdeckung des Brandes durch unterirdische Verbindungsgänge, die vom Reichstagsgebäude zum Palais des Reichstagspräsidenten führen, entflohen sind. Außerdem konnten nach den Mitteilungen des Reichsministers zwei Leute gefaßt werden, die sich kurz nach Bekanntwerden des Brandes vom Reichstagsgebäude aus telephonisch mit der Redaktion des *Vorwärts* in Verbindung setzten, um irreführende Meldungen an den *Vorwärts* weiterzugeben.

In der zweiten Rede vor dem Volke führte Göring folgendes aus:

Die Reichsregierung sei sich bewußt gewesen, daß der Brand im Reichstag nur als das erste Zeichen einer längeren Folge von Gewalttaten zu deuten sei. An Hand umfangreichen Materials, das der Polizei in die Hände gefallen ist, wies der Minister darauf hin, daß die kommunistischen Funktionäre seit Anfang Februar an allen Orten regste Tätigkeit entfalteten. Es habe festgestellt werden können, daß diese Aktivität eingeständenermaßen auf die Entfesselung eines Aufstandes hinzielen sollte. Ich möchte es offen aussprechen, so hob der Minister hervor, daß wir nicht einen Abwehrkampf führen, sondern auf der ganzen Front zum Angriff übergehen wollen. Am 15. Februar z. B. sei festgestellt worden, daß die K.P.D. mit der Bildung von Terrorgruppen in Stärke bis zu 200 Mann beschäftigt sei. Diese Gruppen, so erklärte Göring, hätten die Aufgabe, sich die S.A.-Uniform anzuziehen und dann auf Autos, Warenhäuser, Läden usw. Überfälle zu unternehmen. Auf der anderen Seite sollten Terrorgruppen in Stahlhelmuniform ähnliche Taten ausführen. Bei der Verhaftung sollten die falschen Ausweise vorgezeigt werden. Ferner wurden zahlreiche gefälschte Befehle von S.A.- und Stahlhelmführern gefunden, in denen die S.A. in geheimnisvoller Weise aufgefordert wurde, sich für die Nacht zum 6. März bereit zu halten, um Berlin zu besetzen, und zwar unter rücksichtslosem Waffengebrauch, Niederschlagung aller Widerstände usw. Auch Polizeibefehle wurden gefälscht, wonach Panzerwagen auszuliefern waren. **In einer Sitzung der K.P.D. am 18. Februar war von einem ausdrücklichen Angriffspakt der vereinigten Proletarier gegen den faschistischen Staat die Rede.** Am gleichen Tage wird der Führer einer Brückensprengkolonne, der sich durch Stehlen größerer Mengen Sprengstoff verdächtig gemacht hatte, festgenommen. Bald danach wurde eine Organisation der K.P.D. aufgedeckt, die mit Gift vorgehen sollte. Durch die Aufdeckung eines solchen Giftdiebstahls in Köln (Rhein) wurde offenbar, daß das Gift in Gemeinschaftsspeisungen der S.A. wie auch des Stahlhelm verwendet werden sollte. Am 23. Februar wurde vom Zentralkomitee die Parole zur Bewaffnung der Arbeiterschaft ausgegeben. Es sollten alle Leute gemeldet werden, die mit der Waffe umzugehen verstehen, alles habe sich auf die Illegalität umzustellen.

Es ist nur ein erster Schreck durch die Führung der K.P.D. gegangen. Jetzt will man den illegalen Druck von Blockzeitungen außerhalb Berlins vornehmen. Der Minister gab dann einige Auszüge aus dem großen Organisationsplan zum bewaffneten Aufstand, betitelt "Die Kunst des bewaffneten Aufstandes".

"Wir haben keine Lust, so schloß Göring, durch die kommunistische Bestie das Volk zerfleischen zu lassen. Wenn mir als Reichskommissar die Hauptaufgabe dieses Kampfes zufällt, so nehme ich diese Aufgabe gern auf meine Schultern, weil ich weiß, daß sie zum Besten meines Volkes notwendig ist. Den Kommunisten darf ich sagen: Meine Nerven sind bisher noch nicht durchgegangen und ich fühle mich stark genug, ihrem verbrecherischen Treiben Paroli zu bieten!"

Natürlich war der von Göring angekündigte Kampf ein Kampf auf lange Sicht. Feuerüberfälle und Sabotageakte wiederholten sich immer wieder. Aber das waren lokale Zuchtlosigkeiten irgeleiteter Fanatiker, nachdem man die Köpfe der Kommunistischen Partei, die Führer, welche die Schandpläne ausgeklügelt hatten, zum größten Teile unschädlich gemacht hatte.

Das Vorgehen Fricks und Görings rief das **Wutgeheul der marxistischen II. und III. Internatio-**

nale hervor. Die Bolschewisten in Moskau überboten sich in Beschimpfungen und blutrünstigen Drohungen. Leon Blum in Paris erließ einen Aufruf, worin er den Kampf gegen die deutsche Regierung proklamierte und aufforderte, die deutsche Sozialdemokratie, die den "Kampf auf Leben und Tod" aufgenommen habe, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.

Die **Bundesleitung des Reichsbanners** erließ einen Aufruf "An das deutsche Volk! An die Kameraden des Reichsbanners!" Millionen von Volksgenossen, hieß es darin, seien außerhalb des gemeinsamen vaterländischen Rechts gestellt worden; die Soldaten des Weltkrieges, die im Lager des arbeitenden Volkes stünden, würden heute beschimpft, ihre Blutopfer würden verachtet, ihre Gesinnung würde verdächtigt. Um Deutschlands willen gehe das Reichsbanner wiederum in den Kampf für Freiheit und Recht der Nation. Nie habe ein Volk die äußere Freiheit erstritten, wenn es die innere Freiheit verloren habe. Die Wiederherstellung der Demokratie sei zur Lebensfrage für Deutschland geworden. Die selbstmörderische Zerstörung des Parlaments habe zur Entrechtung und Entmachtung des Volkes geführt: "Für ein Deutschland ohne Hunger! Für das Deutschland der Arbeit! Für das junge Deutschland der Zukunft!"

Die Sozialdemokratie hätte in diesem Augenblick herzlich viel darum gegeben, wenn sie die Einigungsverhandlungen der letzten Monate mit den Kommunisten hätte ungeschehen machen können. Otto Wels schrieb an Papen einen Brief, worin er die Schuldlosigkeit der Partei und die Ungerechtigkeit der Maßnahmen Fricks und Görings zu beweisen versuchte: Die ganze Vergangenheit der Sozialdemokratischen Partei biete keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß sie mit Leuten, die den Reichstag in Brand steckten, irgend etwas zu tun habe. Vielmehr beweise ihre ganze Geschichte, daß sie terroristische Akte jeder Art ablehne und daß ihre Anhänger stets eine in jeder Beziehung vorbildliche Disziplin an den Tag gelegt hätten. Ein Blick in die kommunistische Presse, die bis zur Gegenwart mit schärfsten Angriffen gegen die Sozialdemokratische Partei angefüllt sei, beweise am besten, daß eine sozialdemokratisch-kommunistische Einheitsfront nicht bestehe. Es sei nicht richtig, daß die *Vorwärts*-Redaktion Anweisung an zwei Leute gegeben habe, während des Brandes aus dem Reichstag an den *Vorwärts* die Meldung gelangen zu lassen, Reichsminister Göring habe den Brand veranlaßt. Das Verbot der sozialdemokratischen Zeitungen, Flugblätter und Plakate halte die Partei für ungesetzlich, sie spreche daher die Erwartung aus, daß Papen es nicht durchführen werde.

Otto Wels hatte sich getäuscht. **Die Regierung Hitler betrachtete, wie es in den Wahlreden der letzten Tage deutlich genug gesagt wurde, als ihre Hauptaufgabe die Ausrottung des Marxismus.** Dieser sei eine Weltgefahr, er habe Deutschland 14 Jahre im Banne gehalten und es sei Zeit, daß damit Schluß gemacht würde.

Am Abend des 4. März hielt der Kanzler seine letzte gewaltige Rede. Er hielt sie vor vielen Zehntausenden bis zum Fanatismus begeisterter Deutscher in **Königsberg, an der Stätte, von der die Größe Preußens und die Einheit des Reiches ihren Ausgang nahmen.** Nichts forderte Hitler vom Volke als vier Jahre Ruhe und Vertrauen. Er setzte auseinander, wie sein Lebensweg ihn, den einfachen deutschen Mann und **Feldsoldaten** unter vielen Millionen gleicher Menschen, dahingeführt habe, wo er heute stehe. Er wies darauf hin, daß der Nationalsozialismus kein radikaler Bruch mit der Vergangenheit sei, sondern die lebendigen Kräfte guter Tradition fortsetzen wolle, um das deutsche Volk in ein neues Reich hineinzuführen. Der Rundfunk verbreitete die Rede und die Begeisterung ohne Maß und Grenzen in alle deutschen Häuser, und durch die sternenklare Vorfrühlingsnacht trugen die Ätherwellen über Deutschland hin das leidenschaftliche Lied der deutschen Revolution:

Die Fahne hoch, die Reihen dicht geschlossen,
S.A. marschier mit ruhig festem Schritt.
Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen,
Marschier im Geist in unsern Reihen mit.

Die Straße frei den braunen Bataillonen,
Die Straße frei dem Sturmabteilungsmann!

Es schau aufs Hakenkreuz voll Hoffnung schon Millionen,
Der Tag für Freiheit und für Brot bricht an.

Zum letztenmal wird nun Appell geblasen,
Zum Kampfe stehn wir alle schon bereit.
Bald flattern Hitlerfahnen über alle Straßen,
Die Knechtschaft dauert nur noch kurze Zeit!

Rings an der Grenze gegen Polen aber loderten Freiheitsfeuer über vereiste Schneefelder und griffen mit feurigen Armen in den Nachthimmel hinauf, gleichsam die göttliche Weihe für den anbrechenden Tag der Freiheit, der erwachenden Nation herabzuflehen.

**Die Wahlen am
5. und 12. März**

Der Tag brach an, der 5. März, da die Millionen der braunen und grauen Streiter für Deutschlands Sieg fochten. Die Städte und Dörfer waren in ein Meer von Hakenkreuzfahnen und schwarz-weiß-roten Fahnen verwandelt. Eine freudige Gehobenheit hatte das Volk ergriffen; neun Zehntel aller Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab. Die Nationalsozialisten erhielten mit 17¼ Millionen Stimmen 288 Sitze, die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot mit 3½ Millionen Stimmen 52 Sitze. Die Sozialdemokraten errangen mit 7 Millionen Stimmen 118 Mandate, die Kommunisten mit 4⁶/₇ Millionen Stimmen 81 Sitze. Die sechs übrigen Parteien hatten zusammen 106 Mandate mit 6²/₅ Millionen Stimmen. Die nationale Regierung hatte mit 52 Prozent aller Stimmen die absolute Mehrheit im Reichstag erlangt!

Im preußischen Landtag fielen von insgesamt 474 Mandaten den Nationalsozialisten 210, der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 42 zu. Hier hatte die Regierung 53% erhalten. - Der Marxismus hatte gegenüber der Reichstagswahl vom 6. November 1932 insgesamt 1½ Millionen Stimmen eingebüßt.

Die Prozentziffern waren folgende, wobei in Klammern die Reichstagswahl vom 6. November 1932 und die preußische Landtagswahl vom 24. April 1932 angegeben sind:

	Reich	Preußen
N.S.D.A.P.	44,1% (33,1)	43,2% (36,3)
S.P.D.	18,8% (20,4)	16,5% (21,2)
K.P.D.	12,3% (16,9)	13,1% (12,8)
Zentrum	11,2% (11,9)	14,1% (15,3)
Kampffront	7,9% (8,3)	9,3% (6,8)
Bayr. Vpt.	2,7% (3,1)	-
D.V.P.	1,8% (1,9)	1,1% (1,5)
Chr.-Soz. Vd.	0,9% (1,2)	0,9% (1,2)
Staatspartei	0,8% (1,0)	0,7% (1,5)
Dt. Bauern	0,2% (0,4)	-
Württ. Weing.	0,2% (0,3)	-
Hannoveraner	0,1% (0,2)	0,2% (0,3)

Die Mehrheitsverhältnisse im Reich:

Regierungsblock	341 Mandate
Opposition	306 Mandate

Die Mehrheitsverhältnisse in Preußen:

Regierungsblock	254 Mandate
Opposition	<u>220 Mandate</u>
	474 Mandate

Die Wahl, die überall mit außerordentlicher Disziplin vor sich gegangen war, hatte eine **außerordentliche Bedeutung in der deutschen Geschichte**. Sie stellte die **Übereinstimmung im Willen**

des Präsidenten und des Volkes her, d. h. sie führte die beiden verfassungsmäßigen Energiequellen der deutschen Politik, **Parlament und Präsident**, zusammen. Es trat jener Zustand ein, um den das deutsche Volk und der Reichspräsident seit drei Jahren mit aller Kraft gerungen hatten. Dies, von Hitler allein erreicht, war möglich, weil alle Gegner dieser Vereinigung auf der einen wie auf der andern Seite geschlagen waren: zum erstenmal seit Bismarcks Zeiten war die Schlüsselstellung des Zentrums gebrochen, in die süddeutsch-separatistische und marxistische Front war ein beachtenswerter Einbruch erfolgt. Der siegende Nationalsozialismus hatte all die trennenden Kräfte überwunden und der **Einheit des politischen Willens**, dem großen Ziele Adolf Hitlers, den Weg geebnet. - Trotzdem die Wahl im allgemeinen ruhig verlief, blieben Bluttaten dem deutschen Volke nicht erspart, so in Hessen und in Breslau.



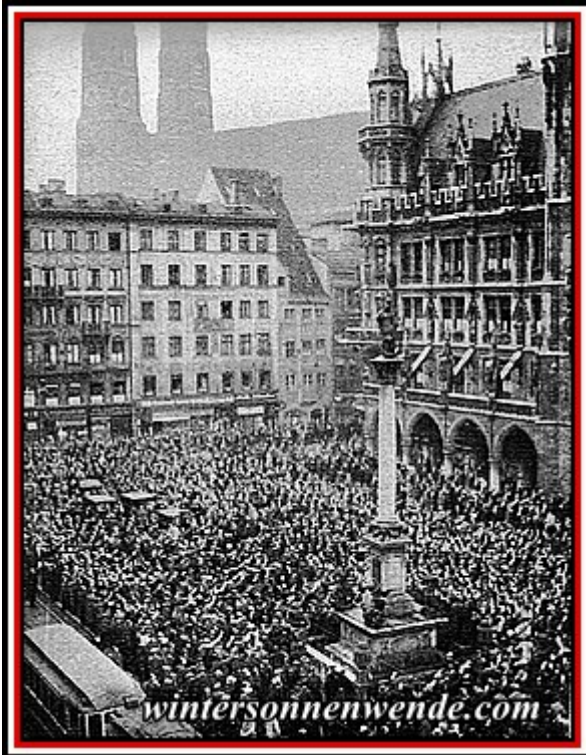
13. März 1933: Flaggenparade vor dem preußischen Innenministerium. Photo Scherl.



Verbrennung roter und schwarzrotgelber Fahnen am Bahnhof Tempelhof, 10. März 1933. Photo Scherl.

Der 12. März bestätigte das Ergebnis des 5. März für die kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften Preußens. Der zweite Abschnitt des nationalsozialistischen Ringens, das Ringen um die Befestigung der Macht, konnte nun beginnen. Der Nationalsozialismus war jetzt, durch das legale Bekenntnis des Volkes, Herr der politischen Macht bis in die kleinste Gemeinschaft hinein. Träger dieser neuen Macht waren die braunen Soldaten der S.A., die, wie bisher, jetzt das eherne Fundament des neuen politischen Gedankens und die ausführenden Organe des Führers wurden. Sie schickten sich jetzt an, die deutsche Revolution durchzuführen, die durchgreifende Umwälzung der deutschen Dinge zu vollenden, das System der Korruption, der Schmach und Schande, des tödlichen Hasses aller gegen alle, das vierzehn Jahre lang das Volk gequält hatte, auszulöschen. Hitler und Göring mahnten ihre Kämpfer zu unbedingtestem Gehorsam und strenger Disziplin, denn die Ehre der deutschen Revolution sollte nicht durch Gesetzesverletzung und Willkür befleckt werden. Und so ging das gewaltige Werk in vorbildlicher Zucht vonstatten, wenn auch hier und da im allzugroßen Eifer und bei hartnäckigem Widerstand der Gegner kleine Übergriffe nicht vermieden werden konnten.

Die deutsche Revolution, die jetzt abrollte, war ein Triumph des freiwilligen Volksgehorsams und der reinen, jubelnden Freude zum Führer. Der endliche Sieg eines jahrelangen, mühseligen aber ehrlichen Kampfes war vom Gedanken des Heldischen überstrahlt. Nicht die geringste Spur von jenem Chaos, das im November 1918 über Deutschland hereinbrach, zeigte sich, nicht ein einziger Tropfen Blut wurde vergossen, nirgends wurde Besitz und Vermögen angetastet. **Das deutsche Volk gab der Welt ein neues Beispiel seiner Gesetzesachtung und sittlichen Größe;** alle die aber, welche dieses Volk in den letzten 14 Jahren gedrückt und getreten hatten, waren erfüllt von der Angst ihres bösen Gewissens, und in Scharen flohen die sozialdemokratischen und kommunistischen Führer ins Ausland, die Juden schlossen sich an. Der Berliner Polizeioberst Heimannsberg und der jüdische Vizepolizeipräsident Bernhard Weiß, sowie der ehemalige sozialdemokratische Minister Klepper waren die ersten, die Deutschland verließen. Der jüdische Intellektuelle Albert Einstein, der Begründer der Relativitätstheorie, die Führer der Sozialdemokraten begaben sich ins



Flaggenhissung am Münchener Rathaus am 11. März 1933. Photo Scherl.

Gleichsam als das äußere Zeichen für den Sieg der nationalen Revolution wehten jetzt von allen öffentlichen Gebäuden das Hakenkreuzbanner und die schwarz-weiß-rote Fahne. Überall fanden bei diesen Flaggenhissungen erhebende und würdige Feiern statt, und über dem ganzen deutschen Vaterlande flatterten nun die Symbole des neuen Reiches. Dennoch wagte das **Zentrum** in Baden und im Rheinland, dagegen Einspruch zu erheben. Dem Zentrumsabgeordneten Joos in Köln antwortete Göring auf eine diesbezügliche Beschwerde:

Flaggenverordnung

"Ich bin dafür verantwortlich, daß der Wille der Majorität des deutschen Volkes gewahrt wird, hingegen nicht die Wünsche einer Gruppe, die anscheinend die Zeichen der Zeit noch nicht verstanden hat."

In Goslar kam es bei der Flaggenhissung auf dem Gewerkschaftshaus zu blutigen Zusammenstößen zwischen S.A. und Marxisten. Am Volkstrauertag, dem 12. März, legalisierte der Reichspräsident die neuen Reichsfarben:

"Am heutigen Tage, an dem in ganz Deutschland die alten schwarz-weiß-roten Fahnen zu Ehren unserer Gefallenen auf Halbmast wehen, bestimme ich, daß vom morgigen Tage ab bis zur endgültigen Regelung der Reichsfarben die schwarz-weiß-rote Fahne und die Hakenkreuzflagge gemeinsam zu hissen sind. Diese Flaggen verbinden die ruhmreiche Vergangenheit des Deutschen Reiches und die kraftvolle Wiedergeburt der deutschen Nation. Vereint



Rückholung der am 9. November 1923 von der Münchener Polizei eingezogenen Fahnen der NSDAP. Photo Scherl.

sollen sie die Macht des Staates und die innere Verbundenheit aller nationalen Kräfte des deutschen Volkes verkörpern.

Die militärischen Gebäude und Schiffe hissen nur die Reichskriegsflagge."

Eine weitere Maßnahme war die Befreiung der nationalen Gefangenen aus den Kerkern, in die sie durch die früheren Regierungen geworfen worden waren. Mitte März wurden die im Potempafall zum Tode Verurteilten, dann zu lebenslänglichen Zuchthaus Begnadigten aus dem Gefängnis entlassen.

Jetzt wurde auch die **tatkräftige Säuberung der marxistischen Stützpunkte** durchgeführt. Polizei, S.A. und Stahlhelm besetzten die **Parteihäuser der Sozialdemokraten und Kommunisten, die Verlagsgebäude und Gewerkschaftshäuser**. Das war nötig, weil der rote Meuchelmord hemmungslos weiter wütete und die Gefahr eines kommunistischen Aufstandes unvermindert weiter bestand. In Hamburg kam es am Abend des 6. März zu schweren Schießereien: Kommunisten griffen planmäßig aus Fenstern und von Dächern her marschierende Polizei- und S.A.-Kolonnen an. Panzerwagen, Maschinengewehre und Handgranaten mußten gegen die Aufrührer angewandt werden. In verschiedenen Städten des Rheinlandes verübten die Kommunisten Mordtaten und Brandstiftungen. Am 8. März wurde aus dem Breslauer Gewerkschaftshaus ein Schnellfeuer auf vorbeimarschierende S.A. eröffnet. In Braunschweig schlugen Angehörige des Reichsbanners einen S.S.-Mann vor dem Gebäude der sozialdemokratischen Zeitung nieder. Als dies von Hilfspolizei besetzt werden sollte, erhoben die sozialdemokratischen Insassen ein wildes Feuer. Dasselbe ereignete sich in Dresden, in Königsberg, in Magdeburg, in Karlsruhe, in Gelsenkirchen, in Wurzen. - Um diese unterirdische Zerstörungsarbeit nachdrücklich zu beenden, war die Besetzung der marxistischen Gebäude notwendig. Das Karl-Liebnecht-Haus in Berlin wurde verstaatlicht und Sitz der neugeschaffenen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums zur Bekämpfung des Bolschewismus.



SA. besetzt Gewerkschaftshäuser. Photo Scherl.



*Polizei in der Berliner Künstler-Kolonie:
Verbrennen einer Marxistenfahne. Photo Scherl.*



*Polizei-Razzia in der Berliner Künstler-Kolonie,
15. März 1933. Photo Scherl.*

Daß die Kommunisten ihre Sache noch längst nicht verloren gaben, zeigte sich immer wieder von neuem. Berlin wurde nach der Wahl von einer Flut kommunistischer Hetzschriften überschwemmt. Auch in anderen Teilen des Reiches tauchten kommunistische Flugblätter auf, in denen der Hilfspolizei gedroht wurde, man wolle sie wie tolle Hunde abknallen! Im oberen Erzgebirge wurde ein kommunistischer Attentatsplan entdeckt, wonach das Annaberger Gas- und Elektrizitätswerk in die Luft gesprengt

Erneute kommunistische Umtriebe

werden sollten! In diesem Winkel Deutschlands verfügten die Kommunisten über 2000 Zentner Dynamit, 350 Handgranaten und 250 Schußwaffen. In Limbach wurde der Plan eines gemeinsamen Putsches von Kommunisten und Anarcho-Syndikalisten gefunden. Geiseln sollten verhaftet und niedergemacht, Brücken und Bahnanlagen gesprengt werden. Waffen waren in der Tschechoslowakei angekauft worden, die Kommunisten hatten einen Schießstand und Unterstände und verfügten über S.A.- und S.S.-Uniformen. Auf die Lötzener Bank in Ostpreußen wurde Mitte März ein Bombenattentat verübt. Ein Anschlag auf das Wasserwerk von Greiz mußte von der Polizei mit Gewalt verhindert werden. In Lobenstein sollten Rathaus und Kurhaus gesprengt werden. In Göttingen wurde eine kommunistische Terrorgruppe von 25 Mann verhaftet, die planmäßig Sprengstoffdiebstähle und Raubüberfälle durchgeführt hatte. Bei Jena wurden Stücke von Betonröhren auf den Eisenbahnschienen gefunden. Marxistische Sprengstoff- und Waffenlager wurden in den Bergen Thüringens und des Harzes entdeckt. In St. Andreasberg (Harz) wurde ein unerhörter Mordplan der Kommunisten gefunden, die ein zu den Nationalsozialisten übergetretener Kommunist verraten hatte; 18 Andreasberger Bürger waren von den Kommunisten zum Tode verurteilt worden und sollten bei einem Putsch öffentlich erschossen werden!

Die **Sozialdemokraten** trieben ihr unsauberes Spiel auf ihre Weise. Mitte März berichtete die französische Zeitung *Figaro*, daß 10 deutsche Sozialdemokraten nach Paris gekommen wären und in Unterhandlungen mit Führern der französischen Sozialisten ersucht hätten, eine **Wiederbesetzung des Ruhrgebietes** herbeizuführen! Die deutschen Sozialdemokraten verwahrten sich zwar energisch gegen diese Behauptungen und bezeichneten sie als grobe Lüge, dennoch aber war es durchaus möglich, daß sie in ihrem Kampfe gegen die Regierung Adolf Hitlers auch solche Pläne erwogen.

Die Absicht, Adolf Hitler zu ermorden, bestand nicht nur bei den Kommunisten. **Mitte März plante der der Bayerischen Volkspartei angehörende und stark im Gedanken eines Donaustaates befangen Graf Arco, den Reichskanzler zu ermorden.** Arco, der durch seine jüdische Mutter Halbjude war, hatte im Februar 1919 den Unabhängigen Kurt Eisner erschossen, war im Januar 1920 zum Tode, dann zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt und 1927 begnadigt worden. Aus Wut über die Niederlage des separatistischen Gedankens am 5. März wollte er nun den nationalsozialistischen Führer "umlegen". Doch sein Plan wurde verraten und vereitelt. -

Daß für die marxistischen Verbrecher im neuen Reiche kein Platz mehr war, ergab sich von selbst. So kündigte der **Reichsinnenminister Frick** unmittelbar nach der Wahl an, daß man die Kommunisten in den Parlamenten nicht mehr dulden werde: man werde ihnen die Mandate entziehen. Überall in den Selbstverwaltungskörperschaften wurden jetzt die Kommunisten ausgeschlossen, wo sie etwa noch Beamte waren, wurden sie sofort entlassen. Dasselbe geschah mit denjenigen Beamten, die führend in der Sozialdemokratie gewesen waren, den andern aber wurde die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei verboten. Die Funktionäre und Aktivisten der Linksparteien wurden systematisch verhaftet, **in wenigen Wochen waren rund 15 000 Marxisten in Haft genommen**; sie wurden in **Konzentrationslager überführt**, wo sie an einen geregelten Lebenswandel und die wertvolle Bedeutung praktischer Arbeit wieder gewöhnt wurden und Gelegenheit hatten, sich eingehender mit dem Wesen des Nationalsozialismus zu beschäftigen. Wer aber von den ordentlichen Gerichten für schuldig befunden wurde an Mordtaten gegen Angehörige der nationalen Front, der wurde mit dem Tode bestraft. Gegen Volksteile, die in Zuchtlosigkeit entartet waren, mußte die Rechtsprechung des neuen Staates hart sein.

<u>Dienstordnung</u>	
½ 6 Uhr	Wecken
½ 6 - 6 Uhr	Betten machen
6 Uhr	Antreten
6 - ½ 7 Uhr	Entgefangung - Entlüftung
½ 7 - 7 Uhr	Waschen - Anziehen
7 - ½ 8 Uhr	Kaffee
½ 8 - ½ 7 Uhr	Arbeitsdienst
½ 7 Uhr	Essen
- ½ 2 Uhr	Ruhe
½ 2 - 4 Uhr	Exerzieren etc.
4 - ½ 6 Uhr	Sport
7 Uhr	Essen
½ 9 Uhr	Locken
9 Uhr	Zapfenstreich

wintersonnenwende.com

Die Dienstordnung im Konzentrationslager Oranienburg. Photo Scherl.



*Appell im Konzentrationslager Oranienburg.
Photo Scherl.*



*Sport im Konzentrationslager Oranienburg.
Photo Scherl.*

Rücksichtslos zogen die Nationalsozialisten jeden zur Verantwortung, der einst seine hervorragende Stellung zu Korruption und Selbstbereicherung mißbraucht hat. Ministerpräsidenten und Minister, Braun, Severing, denen man die Auslandspässe abgenommen hatte, Hirsch, Hirschfeld, Abegg, Hermes, Grimme, wurden in Untersuchungshaft genommen, ja den Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung in der eigenen Regierung, Dr. Gereke, ließ Göring verhaften, weil er ihm anvertraute Gelder veruntreut hatte, dem ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Grzeszinsky gelang es Ende März, sich durch die Flucht in die Schweiz der Verhaftung zu entziehen. Gegen Severing und Grimme wurde ein Gerichtsverfahren eingeleitet, weil sie 1932 zwei Millionen Staatsgelder für Wahlpropagandazwecke ihrer Partei verwandt hatten.

Beamtenreinigung

Das **Reichsbanner**, die marxistische Schutzgarde der Republik, verfiel dem Verbot und der Auflösung; sein Vermögen wurde eingezogen. Jede weitere Zugehörigkeit zu dieser Organisation wurde mit Strafe bedroht. Unter diesen Umständen löste sich Mitte März auch die **Eiserne Front**, die sowieso nur ein Schattendasein führte, von selbst auf. Besonders die Gewerkschaften erklärten, daß die Eiserne Front keine Aufgabe mehr zu lösen habe und daß sie die von ihnen gebildeten Hammer-schaften ebenfalls auflösen würden. Die klugen Gewerkschaften versicherten, daß sie fortan sich rein sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben widmen wollten. Braun verzichtete nicht nur, wie Severing, auf sein Landtagsmandat, sondern auch auf die Durchführung seiner zweiten Klage in Leipzig.

Auch unter den **Oberbürgermeistern der deutschen Städte** wurde aufgeräumt. Sozialdemokraten wie Reuter in Magdeburg und Zentrumsmänner wie Adenauer in Köln und viele andere mußten ihre Ämter niederlegen. Binnen kurzem wurden 70 deutsche Städte kommissarisch von nationalsozialistischen Bürgermeistern verwaltet.

Schacht Reichsbankpräsident

Bedeutungsvoll war der **Wechsel im Präsidium der Reichsbank: am 17. März trat Dr. Luther nach mehreren Unterredungen mit Adolf Hitler zurück**, der seit März 1930 Präsident war. Die Regierung konnte nicht mit diesem Manne zusammenarbeiten, da er sich als Sachwalter der internationalen Hochfinanz fühle. Er war es gewesen, der im Jahre 1924 die Enteignung des bodenständigen deutschen Eigentums durch seine Aufwertungsnotverordnung durchgeführt hatte, er hatte den Dawesplan und den Youngplan befürwortet. **Dr. Schacht, der im März 1930 aus Protest gegen den Youngplan zurückgetreten war, übernahm jetzt wieder das Amt des Reichsbankpräsidenten.** Schacht entwickelte im Rundfunk das Programm, nach dem die Reichsbank in Zukunft verfahren wolle:

"Es ist heute nicht mehr die Zeit für lange Reden. Es ist die Zeit zu handeln. Sie werden es deshalb verstehen, wenn ich mich bei meiner heutigen Ansprache auf einige kurze Sätze beschränke.

Das Geld-, Bank- und Kreditwesen ist keine Angelegenheit, die nach irgendwelchen mathematischen Regeln ein Sonderdasein führt, sondern ist in stärkstem Maße mit den

Interessen der nationalen Wirtschaft und damit des gesamten Volkslebens verwoben. Es ist deshalb nicht möglich, eine Notenbank zu leiten, ohne mit den politischen Grundsätzen der Regierung im Einklang zu sein.

Aus Meinungsverschiedenheiten über die nationalen Grundlagen der gesamtpolitischen Führung habe ich vor genau drei Jahren mein Amt als Reichsbankpräsident niedergelegt. Die Befürchtungen, die ich damals gehegt habe, haben sich leider erfüllt.

Willkürliche Beeinflussung von außen her hat den durch die falsche Auslandsanleihepolitik an sich schon geschwächten Wirtschaftskörper Deutschlands in solchem Maße ausgedörrt, daß die Rückwirkungen davon nicht nur im deutschen Volke selbst, sondern auch im internationalen Wirtschaftsleben schwer fühlbar geworden sind.

Als ich vor drei Jahren aus der Reichsbank schied, stand die Bank mit rund 3,3 Milliarden eigenem Gold und Devisen da. Heute beträgt der eigene Besitz der Reichsbank an Gold und Devisen nur den neunten Teil davon. Der Zusammenbruch der österreichischen Creditanstalt Mitte Mai 1931 war die bewußt herbeigeführte Folge einer gegen Deutschland gerichteten Politik; ihr folgte in Deutschland die Kündigung nahezu aller kurzfristigen Auslandskredite seitens der ausländischen Geldgeber. Von jenem Ereignis bis heute hat die deutsche Volkswirtschaft rund 10 Milliarden Reichsmark an das Ausland zurückgezahlt. Das ist ein Aderlaß von so unerhörtem Ausmaß, daß er auch auf eine weniger verarmte Volkswirtschaft, als es die deutsche nach dem Kriege ist, verheerende Folgen ausüben mußte. Solche Riesenzahlungen haben uns dennoch nicht vor einer zwangsweisen Regelung unseres Zahlungsverkehrs mit dem Ausland bewahren können, und diesem Kontrollzwang allein verdanken wir es, daß die Wertbeständigkeit der Mark aufrechterhalten worden ist.

Die Entziehung von 10 Milliarden Mark in einem Zeitraum von noch nicht zwei Jahren hat den Schrumpfungsprozeß der deutschen Wirtschaft erheblich verschärft. Die Aufgaben für eine nationale Notenbankpolitik ergeben sich daraus von selbst.

Wir werden jeden möglichen Weg beschreiten müssen, um die Reichsbank wieder mit Gold und Devisen anzureichern.

Solange die internationale Welt fortfährt, sich unseren Waren zu versperren, werden wir eine starke, eigene Initiative für die Erreichung dieses Zieles nicht entbehren können. Dabei darf das Ausland versichert sein, daß wir unsere kommerziellen Schuldverpflichtungen in vollem Umfange anerkennen. Ich hoffe aber, daß die übrige Welt gemeinsam mit uns den internationalen Zahlungsverkehr wieder in Gang bringen wird, ohne den auch der Warenverkehr nicht wieder in Gang kommen kann.

So lange indessen die Neigung, unsere Warenexporte aufzunehmen, in der Welt so gering ist wie jetzt oder sogar sich noch verringert, werden wir nicht umhin können, der Pflege des inländischen Marktes eine weit stärkere Beachtung zu schenken als bisher. Wo immer sich produktive Möglichkeiten in Deutschland ergeben, sei es in der Landwirtschaft, sei es im Gewerbe, wird die Reichsbank Hilfsstellung geben. Gerade der Initiative und Verantwortung des einzelnen kleinen Geschäftsmannes, Fabrikanten, Landwirts und Unternehmers wird jedes mögliche Entgegenkommen gezeigt werden müssen, nachdem die Überorganisation und Bürokratisierung der großen Konzerne nicht nur soziale, sondern auch so manche wirtschaftlichen Nachteile ans Licht gebracht hat.

Die künftige Währungspolitik wird ihrer Aufgabe, die Wertbeständigkeit der Mark zu erhalten, unverändert treu bleiben. Aber sie wird mit größtem Nachdruck darauf ausgehen, diese Wertbeständigkeit wieder organisch in einer kraftvollen Wirtschaft zu verankern. Die gleiche Willensrichtung von Reichsregierung und Reichsbank wird ein einheitliches Zusammenarbeiten im gesamten Finanz-, Bank- und Kreditwesen sowohl bei den staatlichen wie gegenüber den privaten Stellen gewährleisten. Große Arbeit steht hier bevor. An diese Arbeit

wollen wir jetzt herangehen zum Wohle unseres arbeitenden und arbeitswilligen Volkes."

Schacht war durch seine Persönlichkeit und Fähigkeiten der Mann, der nicht nur im Innern das deutsche Wirtschaftswesen zu lenken verstand, sondern auch das Vertrauen des Auslandes genoß. Seine Aufgabe bestand darin, die deutsche Währung unversehrt zu erhalten, und da mußte er zunächst dafür Sorge tragen, daß die schier unerträglichen Auslandslasten erleichtert wurden und der Reichsbank die Möglichkeit geboten, durch eine gesunde Devisenpolitik die deutsche Währung zu schützen. Wie Schacht die ihm gestellte Aufgabe löste, wird **im letzten Kapitel** gezeigt werden. -

Hochpolitisch waren die **Maßnahmen, die der Reichsinnenminister Dr. Wilhelm Frick unmittelbar nach der Wahl in den Ländern durchzuführen sich anschickte**. Da in Hamburg, Bremen und Lübeck die marxistischen Senatoren nicht zurücktreten wollten, übernahm Frick die Befugnisse der obersten Landesbehörden und übertrug deren Ausnutzung seinen Polizeibeauftragten. Am gleichen Tage, am 7. März, wurde auch **die geschäftsführende Regierung Hessens, die seit Herbst 1931 im Amte beharrte, hinweggefegt**. Nachdem im Laufe des Tages auf allen öffentlichen Gebäuden die Hakenkreuzfahnen gehißt worden waren, übernahm in der Nacht zum 8. März der von Frick eingesetzte Polizeikommissar, Regierungsrat Dr. Müller, die Polizeigewalt. Damit war der sozialdemokratische Staatspräsident Adeling abgesetzt. S.A.-Formationen besetzten Regierungsgebäude, Ministerwohnungen und marxistische Gebäude in Darmstadt, und die Schutzpolizei streckte widerstandslos die Waffen. In aller Ruhe hatte sich der Umschwung in Hessen vollzogen. Auch in **Schaumburg-Lippe, Baden, Württemberg** und **Sachsen** legte Frick die Regierungsgewalt in die Hände der von ihm ernannten nationalsozialistischen Polizeibeauftragten. In Baden entzog die neue kommissarische Regierung den früheren Ministern sämtliche Pensionen.

**Polizeikommissare
in den Ländern**

In **Bayern** befestigte Frick, der selbst ein Bayer aus der Rheinpfalz ist, am 9. März die Reichsgewalt durch die Einsetzung des politischen Kommissars, Generalleutnants von Epp. In der Mittagsstunde dieses Tages begab sich Röhm mit dem Gauleiter Wagner und dem Reichsführer der S.S., Himmler, zum Ministerpräsidenten Held, und forderte ihn ultimativ auf, aus den Wahlen des 5. März die Folgerungen zu ziehen, den Rücktritt der Gesamtregierung zu erklären, und dem General von Epp die oberste Polizeigewalt zu übergeben. Held schlug darauf vor, daß General von Epp **durch Beschluß des Gesamtministeriums** zum Generalstaatskommissar in Bayern ernannt werde. Als dann aber um 14.30 Uhr das Gesamtministerium zu einer Sitzung zusammentrat, lehnte dieses die Einsetzung eines Generalstaatskommissars ab. Held hatte ein Telefongespräch mit der Reichsregierung, die ihm zunächst mitteilte, daß die bayerische Regierung mit den ihr zu Gebote stehenden Machtmitteln selbst für Sicherheit und Ordnung in Bayern sorgen solle. Sodann aber telefonierte Held mit Dollfuß in Wien, dem österreichischen Bundeskanzler, und eingeweihte Kreise waren der Ansicht, daß Dollfuß den bayerischen Ministern Held und Schäfer Zusicherungen und Versprechungen gemacht habe, die sich in der Linie der von Held verfolgten Politik einer Donaumonarchie bewegt und Helds Lieblingsgedanken einer politischen Konzentration von Paris über München nach Wien wieder gestärkt hätten. Dem Scheine nach war Held nun bereit, am 11. März durch den alten Landtag einen neuen Ministerpräsidenten wählen zu lassen. Aber dieser Vorgang hätte höchstens einen Personenwechsel, nicht einen Systemwechsel bedeutet. **Der Kabinettsrat des 9. März hatte also nicht das von Berlin erwartete Ergebnis; seine Beschlüsse waren: Ablehnung des Kommissars von Epp und Wahl des neuen Ministerpräsidenten durch den alten Landtag. Mit beiden Beschlüssen aber konnte die Reichsregierung nicht zufrieden sein, da durch sie die Abkehr vom bisherigen System nicht gewährleistet war.** Inzwischen aber hatten die Nationalsozialisten bereits an verschiedenen Stellen Münchens die Hakenkreuzfahne gehißt und forderten kategorisch den sofortigen Rücktritt der Regierung.

**Sturz Helds
in Bayern**

Da die Ministerbeschlüsse offensichtlich auch gegen den Willen des bayrischen Volkes gerichtet waren, **setzte Frick in den Abendstunden den General von Epp zum Reichskommissar in Bayern ein**, um zu verhindern, daß die aufs höchste gestiegene Spannung zu einer gewaltsamen Entfernung der Regierung Held und zu Zusammenstößen führte. Abteilungen der S.A. und S.S. zo-

gen in die Regierungsgebäude, das Parlamentsgebäude, das Polizeipräsidium, das Rathaus und das Gewerkschaftshaus, in dem Maschinengewehre, Handgranaten, Pistolen und Munition gefunden wurden, ein, ohne daß ihnen Widerstand geleistet wurde. Die politischen Gefangenen wurden befreit. Die gemäßregelten nationalen Beamten wurden in ihre Stellen wieder eingesetzt. Der Stahlhelm beteiligte sich an der Machtübernahme. Ein Protest Helds bei Hindenburg blieb ohne Wirkung. Am 17. März endlich trat Held zurück. Epp ernannte darauf eine kommissarische Regierung.

Die Maßnahmen Fricks in den deutschen Ländern waren notwendig, um zu verhindern, daß die geschäftsführenden Regierungen, die dem Nationalsozialismus feindlich gegenüberstanden, der Reichsregierung in den Rücken fielen. Sowohl Hitler wie Frick haben immer wieder betont, daß sie den **gesunden Föderalismus** nicht antasten würden. Dieser gesunde Föderalismus erstreckte sich aber auf die **kulturelle Stammesart der Deutschen**. Seit je war es ein Hauptgrundsatz der Nationalsozialisten gewesen, das **Bewußtsein der Bodenständigkeit und die Heimatliebe der Deutschen als die Grundlagen ihrer kulturellen schöpferischen Betätigung zu pflegen. Wo es sich aber um den politischen Willen des Reiches handelte**, da mußte unbedingt die Einheit gesichert werden. Der Raub an der Reichsmacht, den gewisse Länderregierungen mit Hilfe ihrer Parteien nach dem Sturze der Dynastien begangen hatten, mußte beseitigt werden. In der Regierung des Reiches mußte der politische Wille wieder seine Einheit finden, sei es wie in Preußen, durch die personelle Verbindung der kommissarischen Regierung mit der Reichsregierung, sei es wie in den andern Ländern durch die Einsetzung von Reichskommissaren.

Was die Regierung Hitler tat, fand seinen Schwerpunkt im Willen des Volkes. Das deutsche Volk hatte mit klarer Mehrheit der Regierung das Vertrauen ausgesprochen, es hatte ihre Pläne und ihren Willen gutgeheißen und die Regierung hatte die Pflicht, dies Vertrauen durch Willenskraft und Weitblick zu rechtfertigen. Die Regierung hatte aber auch die Pflicht, besonders darauf zu achten, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Führer und Volk nicht wieder zerriß, die innige Verbundenheit mußte erhalten bleiben. Die Regierenden waren sich dieser ihrer Aufgabe voll bewußt. Emporgehoben durch den freiwilligen Gehorsam und dem freudigen Willen weitester Volkskreise durften sie jetzt nicht zu alten Obrigkeitsmethoden zurückkehren. Göring erklärte daher einmal, daß **weit wirksamer als jede Verordnung ein eiserner nationaler Erziehungswille und Erziehungszwang sein würde**. Diese Erziehung des Volkes zum Willen des Führers bedurfte aber einer **gigantischen Aufklärung, einer steten Propaganda** in einem Maße, das bis dahin in Deutschland unbekannt war. Die dem Nationalsozialismus innewohnende ungeheure Kraft der Erziehung konnte nur dann lebendig bleiben, wenn sie täglich aufs neue wirken konnte. Darum betonte Adolf Hitler, daß es nötig sei, eine **besondere Reichspropagandazentrale** zu errichten. So wurde denn am 14. März **Dr. Göbbels zum Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda** ernannt.

Dieses Propagandaministerium war etwas gänzlich Neues in Deutschland, seine Einrichtung war eine revolutionäre Tat.

Reichspropagandaministerium

Es sollte die dauernde Verbindungsstelle zwischen Volk und Regierung sein, weit unmittelbarer und wirksamer als die Parlamente dies bisher zu sein vorgaben. **Dies Ministerium sollte die Gleichschaltung zwischen den beiden Machtquellen des Reiches, Führer und Volk, herbeiführen, und verhindern, daß ihre Willensrichtungen sich wieder wie ehemals in entgegengesetzten Richtungen trennten.** Die Tätigkeit des neuen Ministeriums erstreckte sich auf fünf Kulturgebiete: Rundfunk, Presse, aktive Propaganda, Theater und Film, Volkserziehung. Bei den Gauleitungen wurden Landesstellen dieses neuen Ministeriums errichtet, welche es dem Ministerium ermöglichen, tatsächlich bis an den letzten Deutschen heranzukommen und ihn zu erfassen. Es wurde ein neuer, billiger **Volksempfänger** geschaffen, der es auch dem Ärmsten ermöglichte, sich durch das Mittel des Rundfunks jederzeit unmittelbar mit der Regierung in Verbindung zu setzen, in einer unverfälschten und persönlich bestimmten Weise, wie dies durch die Presse niemals möglich war. Der gigantische Organisationsbau der nationalsozialistischen Bewegung gab dieser eine Kraft der Volksdurchdringung, wie man sie bisher in Deutschland bei keiner politischen Bewegung anzutreffen hatte. -

Das neue Staatsgebilde, das sich bereits im Frühjahr 1933 abzuzeichnen begann, strebte nach dem **Vorbilde antiker Demokratien hin**, wie sie bei allen gesunden Völkern, auch den Deutschen der Römerzeit, angetroffen wurden. Die Kraft dieser Demokratien beruhte in der **Zusammenfassung des Volkes unter einen Führerwillen**. Die letzte Stütze einer solchen Zusammenfassung war nach dem Sturz der Dynastien verloren gegangen. Jetzt nun bewies der Nationalsozialismus, daß auch ein 65 Millionen-Volk bei geschickter Benutzung der modernen Technik, des Rundfunks, in unmittelbarer und nächster Nähe des Führers jeden Augenblick zu einer großen geschlossenen Einheit zusammengefaßt werden konnte, ohne daß es der trennenden und zerstörenden Zwischenglieder Parteien, Parlamente und Presse bedurft hätte. So wurde das Propagandaministerium die eigentliche und charakteristische Ausdrucksform des nationalsozialistischen Reiches. -

Die dringendste Aufgabe, die zu lösen war, erblickte die Regierung in einer **Neuorganisation der Wirtschaft**. Es kam darauf an, vor allem dem bürgerlichen und bäuerlichen Mittelstand und den Arbeitslosen zu helfen. Unmittelbar nach der Reichstagswahl hatte sich eine **Bewegung gegen Warenhäuser und jüdische Geschäfte** erhoben, die aus dem Volke hervorging. Vor den Geschäften sammelten sich große Menschenmassen und verlangten die Schließung. Starke Trupps verhinderten ein Betreten der Geschäfte und trugen Plakate: "Deutsche, kauft in deutschen Geschäften!" S.A. und Polizei sorgten für Ruhe und Ordnung. Die Reichsregierung kam diesen Forderungen des Volkes entgegen, nicht, indem sie nun diese Geschäfte kurzerhand schloß, sondern für sie eine Sondersteuer einführte, um dadurch zu verhindern, daß ihre allzu billigen Preise für den kleinen Gewerbetreibenden zu einer gefährlichen Konkurrenz wurden.

Den **Automobilbesitzern** wurde durch eine teilweise Beseitigung der Kraftfahrzeugsteuer eine Erleichterung gebracht. Man erhoffte hiervon auch einen Aufschwung für die Automobilindustrie. Weiterhin wurde bestimmt, daß vom 1. April die von Papen eingeführte **Einstellungsprämie** fortfallen sollte, da sie in der Hauptsache nur den Großbetrieben, nicht aber dem Mittelstande zugute kam. Auch wurde beschlossen, dem Mittelstande Krediterleichterungen zu verschaffen, um ihn von der Bedrückung durch das Großkapital zu befreien.

Alle diese Pläne fanden ihre Verwirklichung in der **Notverordnung des Reichspräsidenten vom 18. März 1933 über Finanzen, Wirtschaft und Rechtspflege, die darin gipfelte, daß eine Erhöhung der Beamtgehälter bis zum 31. März 1934 und eine Vermehrung der planmäßigen Stellen bis 31. März 1936 unmöglich gemacht wurde**. Im Interesse der Staatssparsamkeit mußte also der gegenwärtige Zustand beibehalten werden. Ferner wurden **Erleichterungen auf allen Gebieten des Steuerwesens** angekündigt und das Verbot einer Erhöhung der unerträglichen Realsteuern bis zum 31. März 1934 verlängert. Den Ländern wurde die **Möglichkeit einer Erhöhung der Filial- und Warenhaussteuer gegeben**. Die **Grundsteuer** der Landwirte durfte bis 1938 nicht erhöht werden, das **Pächterkreditgesetz** vom 9. Juli 1926 wurde um 10 Jahre verlängert. Den gewerblichen Kreditgenossenschaften wurden 30 Millionen Stützungsgelder für den Mittelstand gegeben.

Die **kommissarische Regierung Preußens** nutzte diese Bestimmungen sogleich aus, indem sie nicht nur die Schlachtsteuer ermäßigte, sondern auch den Gemeinden das Recht gab, Gewerbesteuern für Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte um ein Fünftel zu erhöhen, zum Schutze des gewerblichen Mittelstandes gegen die übermächtige Konkurrenz.

Eine für die **deutsche Landwirtschaft** geradezu gewaltige Bedeutung hatte die **Notverordnung des Reichspräsidenten über die Neuregelung der Fettwirtschaft** vom 24. März 1933. Der Sinn dieser Notverordnung war, die deutsche Landwirtschaft von dem starken Druck der Einfuhr ausländischer Fette zu befreien. Was drei Jahre lang die Regierungen nicht vermochten, das führte Hitler jetzt entschlossen durch. Der Zoll für Margarine wurde um 150%, der für Kunstspeisefett um 500% erhöht! Die Erzeugung von Margarine, Palmin usw. wurde auf 50% des Jahres 1932 herabgesetzt, der von Schleicher im Dezember 1932 verordnete Butterbeimischungszwang wurde aufrechterhalten. Die Rohstoffe für Margarine, Speisefette, Ersatzstoffe und Futtermittel wurden einer Monopolbewirtschaftung unterstellt. Durch diese Maßnahmen sollte erreicht werden, daß der deutsche Fett-

bedarf, der bisher nur zu 40% aus eigener Erzeugung gedeckt wurde, jetzt zu 80% der inländischen Produktion entnommen wurde. Da mit diesen Maßnahmen eine Verteuerung der Fette verknüpft war, wurden für annähernd die Hälfte der deutschen Bevölkerung Fettverbilligungskarten ausgegeben. -

Die Frage nach dem **Schicksal der Gewerkschaften** wurde durch die umfangreichen Besetzungen durch S.A.-Formationen akut. Die Gewerkschaftsführer erhoben Protest gegen diese Vorgänge und suchten daraus eine Gewerkschaftsfeindlichkeit des Nationalsozialismus zu konstruieren. Die Partei aber entgegnete Mitte März, daß sie keineswegs eine Feindin der Gewerkschaften sei. Sie bejahe vielmehr die Gewerkschaften als natürliche Vertretung der Interessen der Handarbeiterschaft und wende sich ausschließlich gegen jede Verfälschung des gesunden Gewerkschaftsgedankens durch engstirnige marxistische Parteipolitik. Es war das Ziel der neuen Regierung, die Gewerkschaften streng und rücksichtslos vom Marxismus zu trennen, ebenso natürlich vom Zentrum. Man erwog die Einsetzung eines Reichskommissars für die Gewerkschaften, der nicht nur die Finanzen prüfen, sondern auch den Personenbestand von allen Juden und Marxisten säubern sollte.



Die Deutschen Fahnen über Potsdams Königsschlössern. Photo Scherl.

Am 21. März 1933 begann die Eröffnung des nationalen Reichstages in der Garnisonkirche zu Potsdam mit einem feierlichen Staatsakte. Die Kommunisten hatten keine Einladungen dazu erhalten und waren nicht erschienen.

**Der Tag von
Potsdam
21. März 1933**

Die Regierung hatte mit Absicht **Potsdam** gewählt. **Potsdam war ein Symbol, das Gegenstück zu Weimar.** In Potsdam sollte die Revolte von 1918 staatsrechtlich überwunden werden. In Potsdam, der klassischen Stätte jenes Geistes, der die rücksichtslose Unterordnung des einzelnen unter die Gemeinschaft des Volkes forderte, sollte die Staatsauffassung der letzten 150 Jahre sterben. Potsdam ist verklärt von der Gestalt **des Großen Königs**, jenes ewigen Führers der Deutschen zu Einigkeit und Recht, jenes Bahnbrechers des Deutschen Reiches. Hier in Potsdam sollte sich nun der harte Geist preußischer Staatszucht verbinden mit dem von dem Bayern Adolf

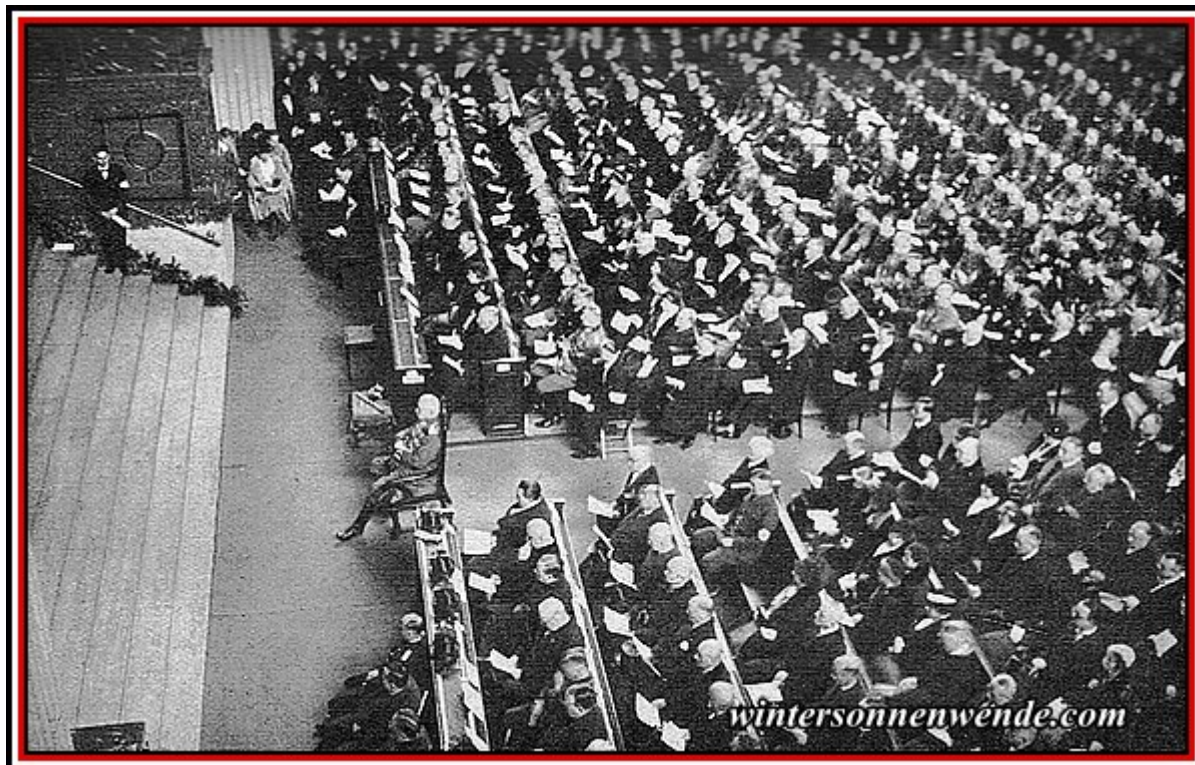
Hitler proklamierten freiwilligen Gehorsam des deutschen Volkes zu einem neuen Deutschen Reiche. In Potsdam sollte sich stolze Tradition der Vergangenheit mit dem stolzen Willen in die Zukunft der Freiheit vermählen. In einem Aufruf wies der Reichspräsident auf diese Verbindung hin, welcher die zwei Millionen Toten des Weltkrieges die Bahn gebrochen hatten.



*Staatsakt in Potsdam, 21. März 1933:
Ankunft der Regierung. Photo Scherl.*



*Staatsakt in Potsdam: Vorbeimarsch der
Reichswehr vor Hindenburg an der
Garnisonkirche. Photo Scherl.*



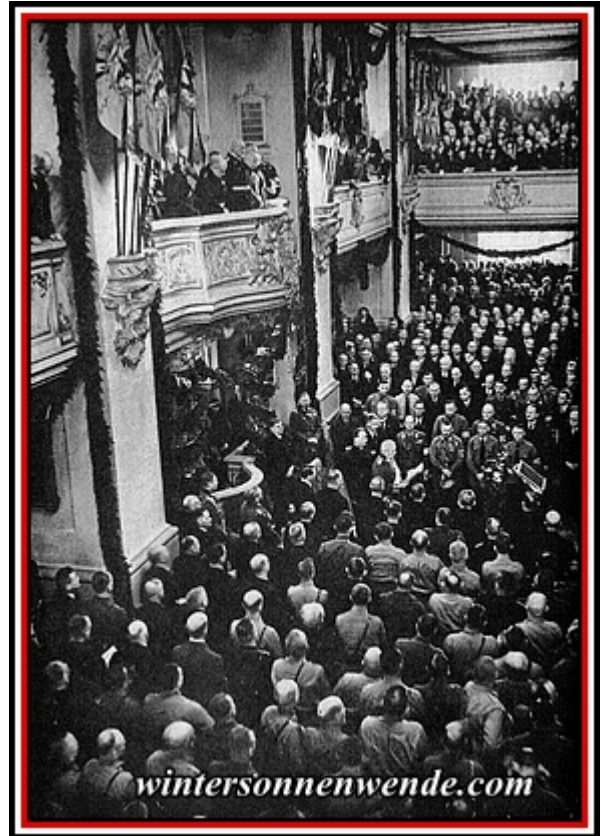
Staatsakt in Potsdam: Gottesdienst in der Nikolaikirche. Photo Scherl.

Aus allen Teilen des Reiches waren **Hunderttausende in die Stadt preußischer Tradition gewallfahrtet**, die im Schmucke der Fahnen der Nation unter dem rauhen, blauen Frühlingshimmel strahlte. In der Nicolaikirche und in der Katholischen Kirche wurden **Gottesdienste** abgehalten, an denen die Mitglieder der Regierung teilnahmen, dann begaben sich der Reichspräsident, der Reichskanzler und die Reichsminister sowie sämtliche Abgeordnete, während die Menge begeistert das Deutschlandlied singt, in die Garnisonkirche, in der die Gruft des großen Königs ist. An den Seitenwänden der Kirche befinden sich die Fahnen der Friderizischen Regimenter, die einst Preußen zur Großmacht geführt hatten, jetzt geschmückt mit frischem Eichenlaub. Auf den Emporen drängen sich die Gäste und das diplomatische Korps, vor der Kirche stehen tausende und abertausende deutscher Männer und Frauen, Reichswehr, S.A., Stahlhelm, Bund deutscher Mädchen und die Schuljugend,

in die preußische Marschmusik mischt sich das Glockenspiel der Kirche: "Üb immer Treu und Redlichkeit."

Als das Parlament, mit Ausnahme der Kommunisten versammelt ist, eröffnet **der greise Reichspräsident** den deutschen Reichstag mit einer kurzen Ansprache:

"Durch meine Verordnung vom 1. Februar löste ich den Reichstag auf, damit das Volk selbst zu der von mir neugebildeten Regierung des nationalen Zusammenschlusses Stellung nehmen könne. In der Reichstagswahl am 5. März hat unser Volk sich mit klarer Mehrheit hinter diese durch mein Vertrauen berufene Regierung gestellt und ihr hierdurch die verfassungsmäßige Grundlage für ihre Arbeit gegeben. Schwer und mannigfaltig sind die Aufgaben, die Sie, Herr Reichskanzler, und Sie, meine Herren Reichsminister, vor sich sehen, auf innen- und außenpolitischem Gebiete, in der eigenen Volkswirtschaft und in der Welt sind schwere Fragen zu lösen und bedeutsame Entschließungen zu fassen. Ich weiß, daß Kanzler und Regierung mit festem Willen an die Lösung dieser Aufgaben herangehen, und ich hoffe von Ihnen, den Mitgliedern des neugebildeten Reichstages, daß Sie in klarer Erkenntnis der Lage und ihrer Notwendigkeiten sich hinter die Regierung stellen und auch Ihrerseits alles tun werden, um die Regierung in ihrem schweren Werk zu unterstützen.



Hindenburgs Ansprache in der Potsdamer Garnisonkirche, 21. März 1933. Photo Scherl.

Der Ort, an dem wir uns heute versammelt haben, mahnt uns zum Rückblick auf das alte Preußen, das in Gottesfurcht durch pflichttreue Arbeit, nie verzagenden Mut und hingebende Vaterlandsliebe groß geworden ist und auf dieser Grundlage die deutschen Stämme geeint hat. Möge der alte Geist dieser Ruhmesstätte auch das heutige Geschlecht beseelen, möge er uns frei machen von Eigensucht und Parteizank und uns in nationaler Selbstbesinnung und seelischer Erneuerung zusammenführen zum Segen eines in sich geeinten, freien, stolzen Deutschlands! Mit diesem Gruß begrüße ich den Reichstag zu Beginn seiner neuen Wahlperiode und erteile nunmehr dem Herrn Reichskanzler das Wort."

Dann begibt sich **Adolf Hitler** zu dem goldenen Pult, das auf einem kleinen Podest vor dem Altar steht, und hält folgende Rede:

**Hitlers
Rede**

"Herr Reichspräsident! Abgeordnete, Männer und Frauen des Deutschen Reichstages!

Schwere Sorgen lasten seit Jahren auf unserem Volk. Nach einer Zeit stolzer Erhebung, reichen Blühens und Gedeihens auf allen Gebieten unseres Lebens sind - wie so oft in der Vergangenheit - wieder einmal Not und Armut bei uns eingekehrt.

Trotz Fleiß und Arbeitswillen, trotz Tatkraft, einem reichen Wissen und bestem Wollen suchen Millionen Deutsche heute vergebens das tägliche Brot. Die Wirtschaft ist verödet, die Finanzen sind zerrüttet, Millionen ohne Arbeit.

Die Welt kennt nur das äußere Scheinbild unserer Städte, den Jammer und das Elend sieht sie nicht.

Seit zwei Jahrtausenden wird unser Volk von diesem wechselvollen Geschick begleitet.

Immer wieder folgt dem Emporstieg der Verfall. Die Ursachen waren immer die gleichen. Der Deutsche, in sich selbst zerfallen, uneinig im Geist, zersplittert in seinem Wollen und damit ohnmächtig in der Tat, wird kraftlos in der Behauptung des eigenen Lebens. Er träumt vom Recht in den Sternen und verliert den Boden auf der Erde.

Je mehr aber Volk und Reich zerbrechen und damit der Schutz und Schirm des nationalen Lebens schwächer wird, um so mehr versuchte man zu allen Zeiten, die Not zur Tugend zu erheben. Die Theorie der individuellen Werte unserer Stämme unterdrückt die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Willens. Am Ende blieb den deutschen Menschen dann immer nur der Weg nach innen offen. Als **Volk der Sänger, Dichter und Denker** träumte es dann von einer Welt, in der die anderen lebten, und erst, wenn die Not und das Elend es unmenschlich schlugen, erwuchs vielleicht aus der Kunst die Sehnsucht nach einer neuen Erhebung, nach einem neuen Reich und damit nach neuem Leben.

Als **Bismarck** dem kulturellen Streben der deutschen Nation die staatspolitische Einigung folgen ließ, schien damit für immer eine lange Zeit des Haders und des Krieges der deutschen Stämme untereinander beendet zu sein.

Getreu der Kaiser-Proklamation nahm unser Volk teil an der Mehrung der Güter des Friedens, der Kultur und der menschlichen Gesittung. Es hat das Gefühl seiner Kraft nie gelöst von der tief empfundenen Verantwortung für das Gemeinschaftsleben der europäischen Nationen.

In diese Zeit der staats- und machtpolitischen Einigung der deutschen Stämme fiel der Beginn jener weltanschaulichen Auflösung der deutschen Volksgemeinschaft, unter der wir heute noch immer leiden.

Und dieser innere Zerfall der Nation wurde wieder einmal, wie so oft, zum Verbündeten der Umwelt. Die Revolution des Novembers 1918 beendete **einen Kampf**, in den die deutsche Nation **in der heiligsten Überzeugung, nur ihre Freiheit und damit ihr Lebensrecht zu schützen**, gezogen war. Denn weder der Kaiser, noch die Regierung, noch das Volk haben diesen Krieg gewollt. Nur der Zerfall der Nation, der allgemeine Zusammenbruch zwangen ein schwaches Geschlecht wider das eigene bessere Wissen und gegen die heiligste innere Überzeugung, die Behauptung unserer Kriegsschuld hinzunehmen.

Diesem Zusammenbruch aber folgte der Zerfall auf allen Gebieten. Machtpolitisch, moralisch, kulturell und wirtschaftlich sank unser Volk tiefer und tiefer.

Das Schlimmste war die bewußte Zerstörung des Glaubens an die eigene Kraft, die Entwürdigung unserer Traditionen und damit die Vernichtung der Grundlagen eines festen Vertrauens.

Krisen ohne Ende haben unser Volk seitdem zerrüttet. Aber auch die übrige Welt ist durch das politische und wirtschaftliche Herausbrechen eines wesentlichen Gliedes ihrer Staatengemeinschaft nicht glücklicher und nicht reicher geworden.

Aus dem Aberwitz der Theorie von ewigen Siegern und Besiegten kam der Wahnsinn der Reparationen, und in der Folge die Katastrophe unserer Weltwirtschaft.

Während so das deutsche Volk und Deutsche Reich in inneren politischen Zwiespalt und Hader versanken, die Wirtschaft dem Elend entgegentrieb, begann die neue Sammlung der deutschen Menschen, die in gläubigem Vertrauen auf das eigene Volk dieses zu einer neuen Gemeinschaft formen wollen.

Diesem jungen Deutschland haben Sie, Herr Generalfeldmarschall, am 30. Januar 1933 in großherzigem Entschluß die Führung des Reiches anvertraut.

In der Überzeugung, daß aber auch das Volk selbst seine Zustimmung zur neuen Ordnung

des deutschen Lebens erteilen muß, richteten wir Männer dieser nationalen Regierung einen letzten Appell an die deutsche Nation.

Am 5. März hat sich das Volk entschieden und in seiner Mehrheit zu uns bekannt. In einer einzigartigen Erhebung hat es in wenigen Wochen die nationale Ehre wiederhergestellt und dank Ihrem Verstehen, Herr Reichspräsident, die Vermählung vollzogen zwischen den Symbolen der alten Größe und der jungen Kraft.

Indem nun aber die nationale Regierung in dieser feierlichen Stunde zum ersten Male vor den neuen Reichstag hintritt, bekundet sie zugleich ihren unerschütterlichen Willen, das große Reformwerk der Reorganisation des deutschen Volkes und des Reichs in Angriff zu nehmen und entschlossen durchzuführen.

Im Bewußtsein, im Sinne des Willens der Nation zu handeln, erwartet die nationale Regierung von den Parteien der Volksvertretung, daß sie nach fünfzehnjähriger deutscher Not sich emporheben mögen über die Beengtheit eines doktrinären parteimäßigen Denkens, um sich dem eisernen Zwang unterzuordnen, den die Not und ihre drohenden Folgen uns allen auferlegen.

Denn die Arbeit, die das Schicksal von uns fordert, muß sich turmhoch erheben über den Rahmen und das Wesen kleiner tagespolitischer Aushilfen.

Wir wollen wiederherstellen die Einheit des Geistes und des Willens der deutschen Nation.

Wir wollen wahren die ewigen Fundamente unseres Lebens: unser Volkstum und die ihm gegebenen Kräfte und Werte.

Wir wollen die Organisation und die Führung des Staates wieder jenen Grundsätzen unterwerfen, die zu allen Zeiten die Vorbedingung der Größe der Völker und Reiche waren.

Wir wollen die großen Traditionen unseres Volkes, seiner Geschichte und seiner Kultur in demütiger Ehrfurcht pflegen als unversiegbare Quellen einer wirklichen inneren Stärke und einer möglichen Erneuerung in trüben Zeiten.

Wir wollen das Vertrauen in die gesunden, weil natürlichen und richtigen Grundsätze der Lebensführung verbinden mit einer Stetigkeit der politischen Entwicklung im Inneren und Äußeren.

Wir wollen an die Stelle des ewigen Schwankens die Festigkeit einer Regierung setzen, die unserem Volke damit wieder eine unerschütterliche Autorität geben soll.

Wir wollen alle die Erfahrungen berücksichtigen, sowohl im Einzel- und im Gemeinschaftsleben, wie aber auch in unserer Wirtschaft, die sich in Jahrtausenden als nützlich für die Wohlfahrt der Menschen erwiesen haben.

Wir wollen wiederherstellen das Primat der Politik, die berufen ist, den Lebenskampf der Nation zu organisieren und zu leiten.

Wir wollen aber auch alle wirklich lebendigen Kräfte des Volkes als die tragenden Faktoren der deutschen Zukunft erfassen, wollen uns redlich bemühen, diejenigen zusammenzufügen, die eines guten Willens sind, und diejenigen unschädlich machen, die dem deutschen Volk zu schaden versuchen.

Aufbauen wollen wir eine andere Gemeinschaft aus den deutschen Stämmen, aus den Ständen, den Berufen und den bisherigen Klassen. Sie soll zu jenem gerechten Ausgleich der Lebensinteressen befähigt sein, den des gesamten Volkes Zukunft erfordert. Aus Bauern, Bürgern und Arbeitern muß wieder werden ein deutsches Volk.

Es soll dann für ewige Zeiten in seine treue Verwahrung nehmen unseren Glauben und unsere Kultur, unsere Ehre und unsere Freiheit.

Der Welt gegenüber aber wollen wir, die Opfer des Krieges von einst ermessend, aufrichtige Freunde sein eines Friedens, der endlich die Wunden heilen soll, unter denen alle leiden.

Die Regierung der nationalen Erhebung ist entschlossen, ihre vor dem deutschen Volke übernommene Aufgabe zu erfüllen. Sie tritt daher heute hin vor den deutschen Reichstag mit dem heißen Wunsch, in ihm eine Stütze zu finden für die Durchführung ihrer Mission. Mögen Sie, meine Männer und Frauen, als gewählte Vertreter des Volkes den Sinn der Zeit erkennen, um mitzuhelfen am großen Werk der nationalen Wiedererhebung.

In unserer Mitte befindet sich heute ein greises Haupt. Wir erheben uns vor Ihnen, **Herr Generalfeldmarschall**. Dreimal kämpften Sie auf dem Felde der Ehre für das Dasein und die Zukunft unseres Volkes. Als Leutnant in den Armeen des Königs für die deutsche Einheit, in den Heeren des alten deutschen Kaisers für des Reiches glanzvolle Aufrichtung, im größten Kriege aller Zeiten aber als unser Generalfeldmarschall für den Bestand des Reiches und für die Freiheit unseres Volkes.

Sie erlebten einst des Reiches Werden, sahen vor sich noch des Großen Kanzlers Werk, den wunderbaren Aufstieg unseres Volkes und haben uns endlich geführt in der großen Zeit, die das Schicksal uns selbst miterleben und mit durchkämpfen ließ.

Heute, Herr Generalfeldmarschall, läßt Sie die Vorsehung Schirmherr sein über die neue Erhebung unseres Volkes. Dies Ihr wundersames Leben ist für uns alle ein Symbol der unzerstörbaren Lebenskraft der deutschen Nation. So dankt Ihnen des deutschen Volkes Jugend und wir alle mit, die wir Ihre Zustimmung zum Werk der deutschen Erhebung als Segnung empfinden. Möge sich diese Kraft auch mitteilen der nunmehr eröffneten neuen Vertretung unseres Volkes.

Möge uns dann aber auch die Vorsehung verleihen jenen Mut und jene Beharrlichkeit, die wir in diesem für jeden Deutschen geheiligten Raum um uns spüren als für unseres Volkes Freiheit und Größe ringende Menschen zu Füßen der Bahre seines größten Königs."

Bei den letzten Worten schreitet Adolf Hitler, der Führer des jungen Deutschland, auf den greisen Feldmarschall zu und besiegelt mit einem festen Händedruck das Bündnis des jungen mit dem alten Deutschland. Eine atemlose Stille umfängt die vielen hundert Menschen, dann braust gewaltig das



Staatsakt in Potsdam: Vorbeimarsch der SA. vor Hindenburg. Photo Scherl.

Niederländische Dankgebet durch die geweihte Stätte. Gefolgt von dem evangelischen Geistlichen begibt sich der Generalfeldmarschall zur Gruft des großen Königs, und während der Feldherr an den Särgen **Friedrichs des Großen** und **seines Vaters** Lorbeerkränze niederlegt, rauscht es draußen über die Massen: "Herr mach uns frei!" und vom Lustgarten her dröhnen die dumpfen Schüsse der Salubatterie.

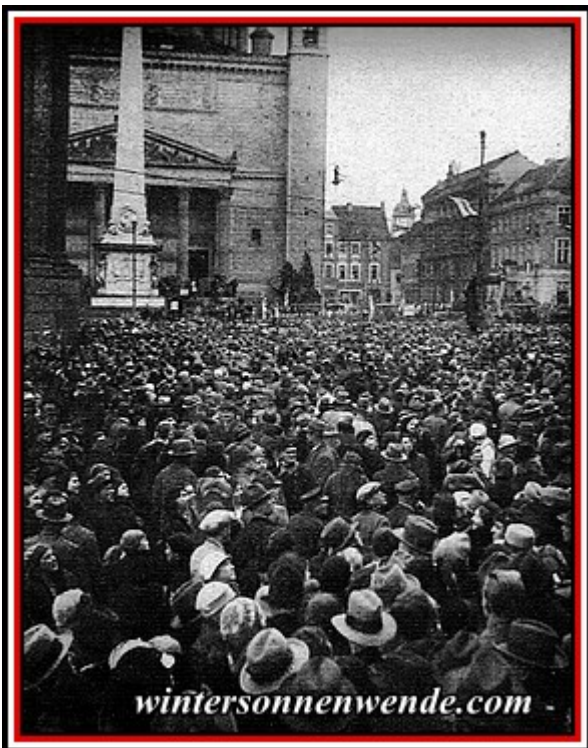


*Staatsakt in Potsdam, 21. März 1933:
Vorbeimarsch des Stahlhelm. Photo Scherl.*



*Staatsakt in Potsdam, 21. März 1933:
Vorbeimarsch der nationalen Verbände vor
Hindenburg. Photo Scherl.*

Grüßend mit dem Feldmarschallstab tritt nun der Präsident vor die Kirche und läßt an sich den Vorbeimarsch des nationalen Deutschland vorüberziehen. Stunde um Stunde dröhnt der preußische Gleichschritt an der Kirche vorüber: zuerst die Reichswehr, dann in Zwölferreihen die braunen Bataillone der deutschen Revolution. Standarte auf Standarte, Kolonne auf Kolonne aus allen deutschen Stämmen grüßt die Führer des Volkes. Dann nahen der Stahlhelm, die Kriegervereine, die Jugendverbände. Der brausende Jubel will kein Ende nehmen, das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied werden immer wieder von der Menge, die wohl fast eine halbe Million Menschen zählt, gesungen, und als der Reichspräsident und der Reichskanzler die Preußische Stadt verlassen, liegt auf den Fahnen der deutschen Nation bereits der letzte Schein der Abendsonne.



*Staatsakt in Potsdam: 21. März 1933,
Menschenmenge auf dem Alten Markt.
Photo Scherl.*



*Staatsakt in Potsdam: Hindenburg vor der
Garnisonkirche. Photo Scherl.*

Ein Fackelzug, an dem sich 80 000 Menschen beteiligen, beschließt den denkwürdigen Tag. Ganz Deutschland hatte in flammender Begeisterung das machtvolle Ereignis miterlebt, der Rundfunk übertrug die Feier bis in die letzte deutsche Hütte, in allen Städten fanden Gottesdienste, Paraden und Fackelzüge statt.

Am nächsten Tage eröffnete Göring, der wieder Präsident des neuen Reichstages war, das Parlament in der Krolloper. Unter einer riesigen Hakenkreuzfahne, welche die Stirnwand des Saales schmückte, hielt Göring folgende Rede:

**Reichstag in
der Krolloper**

"Durch ein fluchwürdiges Verbrechen sind wir gezwungen worden, aus dem Hause, das einst dem deutschen Volke erbaut war, auszuziehen. In einem Augenblick, da die ersten Ansätze zu einer neuen Ordnung, zu einem Wiederaufbau des Reiches da waren, in wenigen Wochen, hat die heilige Flamme der nationalen Revolution das deutsche Volk ergriffen. Es ist vielleicht ein einzigartiges Vorzeichen, daß am 21. März der Reichstag eröffnet wird. Es ist nicht allen bekannt, daß schon einmal am 21. März ein Deutscher Reichstag eröffnet wurde, der erste Deutsche Reichstag 1871 durch den Fürsten Bismarck, der an diesem Tage zum ersten Male die deutschen Stämme im Deutschen Reichstag vereinigt sah. Damals wurde dem deutschen Volk der Rahmen gegeben, die Klammer, die alle Stämme zusammenfassen sollte. Langsam aber wurde das Volk zerspalten und zerklüftet. An uns muß es liegen, zu diesem heiligen Rahmen auch die Geschlossenheit und Einheit des Inhalts zu setzen. Wir danken deshalb an dieser Stelle, daß es vor 14 Jahren ein Mann unternommen hat, mitten im Chaos in schwärzester Nacht den Glauben neu aufzurichten an ein kommendes Reich. In mühevoller, schwerer Arbeit und gewaltigem Ringen gegen Terror und Unterdrückung hat sich diese Bewegung durchgesetzt. Heute sehen wir den Anbruch einer neuen Zeit.

Als man 1919 glaubte, Deutschland auf der Basis der Demokratie, des Parlamentarismus und des Pazifismus neuordnen zu müssen, glaube man, dies auch symbolisch tun zu müssen. Man hat damals das Wort 'Potsdam' verfehmt und hat geglaubt, aus dem Geist von Potsdam herausgehen zu müssen nach Weimar, hat aber auch nicht verstanden, den wahren Geist von Weimar zu übernehmen. Nun ist Weimar überwunden. Auch heute war es symbolisch, daß der neue Reichstag, der wieder das Reich aufbauen will in alter Größe, alter Würde, Ehre und Freiheit, zurückgefunden hat zu der Stätte, von der einst Preußen und von Preußen Deutschland ausgegangen ist. Jede Zeit, jedes Volk wählt sich die Embleme, unter denen es kämpfen, arbeiten und aufbauen will. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß wir einem gütigen Schicksal danken, das in einem Augenblick, da über Deutschland nicht mehr Ehre und Freiheit regierten, sondern Schmach und Schande, die ruhmreiche schwarz-weiß-rote Fahne gütig eingehüllt hat, um ein eigenes Emblem zu schaffen. Nicht wir haben das vergangene Emblem schwarz-rot-gelb beschmutzt, nicht wir haben diese Fahne zerstört, sondern diejenigen selbst, die sie geschaffen haben. Hätte man 1918 uns die schwarz-rot-gelbe Fahne gebracht als Zeichen des Widerstandes, des absoluten Festhaltens an deutscher Größe und Ehre, wir hätten dieses Zeichen dankbar geehrt und getragen. Man hat uns dieses Zeichen aber aufgezwungen als Zeichen der Unterwerfung und Unterdrückung, der Schande und Ehrlosigkeit. Wir haben es darum in dem Augenblick ablegen müssen, als ein neues Deutschland antrat. In diesem haben wir die alte ruhmreiche Fahne, unter der zwei Millionen Deutsche ihr Leben für Deutschlands Größe gegeben haben, vereint mit jenem Siegeszeichen, das uns 14 Jahre in Not und Kampf vorangeflattert hat, das uns stets Kraft, Glaube und Hoffnung gab. In das Rot und das leuchtende Weiß haben wir das uralte Zeichen unserer Urväter, das ewig neue Sonnenzeichen als Zeichen des Aufstieges, der Reinheit und Ehre gestellt. In bin glücklich, als Präsident diesen Reichstag eröffnen zu dürfen unter diesen siegreichen Zeichen, die jetzt über Deutschland wehen sollen.

Niemals konnte man ergriffener sein, als heute, wo wir die Worte hörten, die aus Schmach und Not heraus wieder zur Größe und Ehre führen sollen. Es war wohl das Erschütterndste, als der greise Feldmarschall in die Gruft jener Könige hineintrat, die einst Preußen zur

Weltmacht gestalteten und durch ihr Vorbild die Grundlagen zu dem heutigen Deutschland legten. Wir danken aber auch aus innerstem Herzen unserem Volkskanzler, daß er an dieser Stätte Worte gefunden hat, wie sie sonst kein Deutscher zu finden vermag, Worte, die uns überhaupt erst klar machten, in welcher gewaltigen Zeit wir leben und welche gewaltigen Aufgaben wir vor uns haben. Ich danke Ihnen, daß Sie heute das Wort zu uns gesprochen haben: 'Deutschland wird seine Ehre zurückgegeben!' Der Reichstag wird sich in seiner Mehrheit bemühen, die Würde Ihres schweren Amtes mittragen zu helfen. Freiheit und Ehre sollen von dieser Stunde ab das Fundament des kommenden Deutschland sein."

Der 23. März brachte **Adolf Hitlers große Rede vor dem Reichstag, in der er zur Begründung eines Ermächtigungsgesetzes, das Nationalsozialisten und Deutschnationale einbrachten, folgendes ausführte:**

Hitlers Rede vor dem Reichstag

"Im Einvernehmen mit der Reichsregierung haben die nationalsozialistische und die deutschnationale Reichstagsfraktion ein **Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich** dem Reichstag zur Beschlußfassung unterbreitet. Die Gründe für diesen außerordentlichen Vorgang sind folgende: Im November 1918 rissen marxistische Organisationen unter Bruch der Verfassung durch eine Revolution die vollziehende Gewalt an sich. Das Gelingen der Revolution im materiellen Sinne sicherte ihre Urheber vor dem Zugriff der Justiz. Die moralische Legitimierung für ihr Verhalten suchten sie in der Behauptung, Deutschland bzw. seine Regierung trage die Schuld an dem Ausbruch des Krieges. Diese Behauptung war wesentlich und sachlich falsch. Alle von den Männern des November 1918 dem deutschen Volk gemachten Versprechungen erwiesen sich, wenn nicht als bewußte Irreführungen, so als nicht minder verdammenswürdige Illusionen. Für die überwältigende Mehrheit der deutschen Volksgenossen waren die Folgen unendlich traurige.

Der nüchterne Vergleich der gemachten Versprechungen mit den durchschnittlichen Ergebnissen der letzten 14 Jahre fällt für die verantwortlichen Regisseure dieses für die deutsche Geschichte beispiellosen Verbrechens vernichtend aus. Das deutsche Volk hat während dieser Zeit einen Verfall erlitten, der kaum größer sein konnte. Deshalb hat es sich auch trotz seiner schweren Beweglichkeit in politischen Empfindungen und Stellungnahme in steigendem Maße von den in seinen Augen für diese Zustände verantwortlichen Parteien und Verbänden abgewendet. Als die nationale Erhebung kam, war die Zahl der innerlich auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Deutschen trotz der rücksichtslosen Ausnutzung der Regierungsgewalt nur noch ein Bruchteil des Volkes. Die nationalsozialistische Bewegung vermochte daher trotz furchtbarster Unterdrückung immer mehr Deutsche zum Abwehrkampf zu erfassen. Sie hat mit anderen nationalen Verbänden in wenigen Wochen die seit 1918 herrschenden Mächte beseitigt und in einer Revolution die Gewalt in die Hände der nationalen Regierung gelegt. Am 5. März hat das deutsche Volk diesem Akt seine Zustimmung erteilt. Das Programm des Wiederaufbaues von Volk und Reich ergibt sich aus der Größe der Not unseres politischen, moralischen und wirtschaftlichen Lebens. Es ist das Ziel der Regierung der nationalen Revolution, diejenigen Gebrechen aus unserem völkischen Leben zu beseitigen, die auch für die Zukunft jeden tatsächlichen Wiederaufstieg verhindern würden.

Der **Massenterror** hat die nationalsozialistische Bewegung im Laufe der Jahre über 300 Tote und Zehntausende an Verletzten gekostet. Die Brandstiftung im Reichstag war der mißglückte Versuch einer großangelegten Aktion, die zeigt, was Europa von dem Siege der bolschewistischen Ideen zu erwarten hätte. Wenn eine bestimmte Presse besonders außerhalb des Deutschen Reiches versucht, die nationale Erhebung Deutschlands mit dieser Schandtats zu identifizieren, kann das mich nur in meinem Entschluß bestärken, nichts unversucht zu lassen, um in kürzester Zeit dieses Verbrechen durch die öffentliche Hinrichtung des schuldigen Brandstifters und seiner Komplizen zu sühnen. Der ganze Umfang der beabsichtigten Aktion ist weder dem deutschen Volke noch der übrigen Welt genügend zum Bewußtsein

gekommen. Nur durch ihr blitzschnelles Zuschlagen hat die Regierung eine Entwicklung verhindert, die durch ihren katastrophalen Ausgang ganz Europa erschüttert haben würde. Es wird die oberste Aufgabe der nationalen Regierung sein, diese Erscheinungen nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch des übrigen Europa in unserem Lande restlos auszu-rotten.

Nur die Herstellung einer wahren **Volksgemeinschaft**, die sich über die Gegensätze der Stände und Klassen erhebt, vermag allein auf die Dauer den Verirrungen des menschlichen Geistes den Nährboden zu entziehen. Die Erinnerung einer solchen weltanschaulichen Geschlossenheit des deutschen Volkskörpers ist um so wichtiger, als nur sie die Möglichkeit der Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu den außerdeutschen Mächten gibt. Die Beseitigung des Kommunismus in Deutschland ist nur eine innerdeutsche Angelegenheit. Die übrige Welt mag insofern daran interessiert sein, als der Ausbruch des Kommunismus in dem dicht besiedelten Deutschland politische und wirtschaftliche Folgeerscheinungen im westlichen Europa zeitigen würde, die unvorstellbar sind.

Es ist Pflicht der Regierung, den **Reichsgedanken** an sich über jeden Zweifel zu erheben. Die Wohlfahrt der Kommunen und Länder wird genau so wie die Existenz des einzelnen deutschen Menschen durch die Kraft und Gesundheit des Reiches gewährleistet. Die Reichsregierung beabsichtigt daher nicht, durch ein Ermächtigungsgesetz die Länder aufzuheben, wohl aber wird sie diejenigen Maßnahmen treffen, die von nun ab und für immer eine Gleichmäßigkeit der politischen Intensionen des Reiches und der Länder gewährleistet. Je größer die geistige und willensmäßige Übereinstimmung ist, um so weniger Interesse kann in Zukunft für das Reich bestehen, das kulturelle und wirtschaftliche Eigenleben der einzelnen Länder zu vergewaltigen. Vollends unmöglich ist der Zustand einer gegenseitigen Herabsetzung von Länder- und Reichsregierung unter Zuhilfenahme der modernen Mittel der politischen Propaganda. Ich werde es unter keinen Umständen hinnehmen, und die Reichsregierung wird alle Maßnahmen dagegen treffen, daß in Zukunft jemals noch Minister deutscher Regierungen vor der Welt in öffentlichen Versammlungen und unter Rundfunkverwendung sich gegenseitig anklagen und herabsetzen.

Es führt weiter zu einer völligen Entwertung der gesetzgebenden Körperschaften in den Augen des Volkes, wenn innerhalb von vier Jahren im Reich und in den Ländern das Volk etwa zwanzigmal zur Wahlurne getrieben wird. Die Reichsregierung wird einen Weg finden, der aus einer einmal gegebenen Willensäußerung der Nation für das Reich und für die Länder zu einheitlichen Konsequenzen führt. Eine weitergehende Reorganisation des Reiches wird sich nur aus der lebenden Entwicklung ergeben können. Ihr Ziel muß die Konstruktion einer Verfassung sein, die den Willen des Volkes mit der Autorität einer wirklichen Führung verbindet. Die gesetzliche Legalisierung einer solchen Neugestaltung der Verfassung muß dem Volke selbst zustehen. Die Regierung der nationalen Revolution sieht es als Pflicht an, entsprechend dem Sinne des ihr gegebenen Vertrauensvotums des Volkes diejenigen Elemente von der Einflußnahme auf die Gestaltung des Lebens der Nation fernzuhalten, die bewußt und mit Absicht diesen Weg negieren.

Die Regierung wird die **Gleichheit vor dem Gesetz** allen zubilligen, die in der Frage der Rettung des Volkes sich hinter die nationalen Interessen stellen. Überhaupt soll es ihre höchste Aufgabe sein, die geistigen Führer der Vernichtungstendenz zur Verantwortung zu ziehen. Sie sieht insbesondere in dem Umstand, daß Millionen deutscher Arbeiter einer Idee des Wahnsinnes und der Selbstvernichtung huldigen, das Ergebnis einer unverzeihlichen Schwäche früherer Regierungen. Die Regierung wird sich in dem Entschluß, diese Frage zu lösen, durch niemanden beirren lassen. Es ist Sache des Reichstages, nun seinerseits eine klare Stellung einzunehmen. Am Schicksal des Kommunismus und der sich mit ihm verbindenden Organisationen ändert dies nichts.

Die nationale Regierung trifft ihre Maßnahmen unter keinem anderen Gesichtspunkt als

dem, das deutsche Volk und insbesondere die Millionen seiner arbeitenden Menschen vor namenlosem Elend zu bewahren. Sie sieht daher **die Frage einer monarchistischen Restauration** nur aus dem Grunde des Vorhandenseins dieser Zustände zur Zeit als undisputabel an. Sie würde jeden Versuch einer Lösung dieses Problems auf eigene Faust der einzelnen Länder als Angriff gegen die Reichseinheit ansehen müssen und demgemäß ihr Verhalten einrichten.

Gleichlaufend mit dieser politischen Entgiftung unseres öffentlichen Lebens wird die nationale Regierung eine durchgreifende **moralische Sanierung an unserem Volkskörper** vornehmen. Unser gesamtes Erziehungswesen, Theater, Film, Literatur, Presse und Rundfunk werden als Mittel zu diesem Zweck angesehen. Aufgabe der Kunst ist es, Ausdruck des bestimmenden Zeitgeistes zu sein. Gerade in einer Zeit beschränkter politischer Macht muß der innere Wert des Menschen und der Lebenswille der Nation kulturellen Ausdruck finden.

Indem die Regierung entschlossen ist, die politische und moralische Entgiftung des öffentlichen Lebens durchzuführen, schafft und sichert sie die Voraussetzungen für ein wirkliches **religiöses Leben**. Die Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen den wichtigsten Faktor der Erhaltung des Volkstums. Sie wird die zwischen ihnen und den Ländern abgeschlossenen Verträge respektieren. Sie erwartet aber, daß ihre Arbeit die gleiche Würdigung erfährt. Sie wird allen anderen Konfessionen mit objektiver Gerechtigkeit gegenüberstehen. Sie wird aber niemals dulden, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession oder einer bestimmten Rasse jemals ein Freibrief zur Begehung oder Tolerierung von Verbrechen ist. Die Sorge der Regierung gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat.

Unser **Rechtswesen** muß in erster Linie der Aufrechterhaltung der Volksgemeinschaft dienen. Der Unabsetzbarkeit der Richter auf der einen Seite muß die Elastizität der Urteilsfindung zum Zwecke der Erhaltung der Gesellschaft dienen. Landes- und Volksverrat soll künftig mit barbarischer Rücksichtslosigkeit verfolgt werden.

Groß sind die Aufgaben der nationalen Regierung auf dem Wege des **wirtschaftlichen Lebens**. Das Volk lebt nicht für die Wirtschaft, und die Wirtschaft existiert nicht für das Kapital, sondern das Kapital dient der Wirtschaft und die Wirtschaft dem Volke. Grundsätzlich wird die Regierung die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen des Volkes nicht über den Umweg einer staatlich zu organisierenden Wirtschaftsbürokratie betreiben, sondern durch stärkste Förderung der Privatinitiative unter Anerkennung des Privateigentums. Allein zwischen der produktiven Intention einerseits und der produktiven Arbeit andererseits muß ein gerechter Ausgleich geschaffen werden.

Der **Vereinfachung der Verwaltung** muß die Verbilligung der öffentlichen Lasten, eine **Reform des Steuerwesens** folgen. Die Regierung wird grundsätzlich Währungsexperimente vermeiden. Über allem steht die Rettung des deutschen Bauern. Seine Erhaltung ist erste Voraussetzung für das Blühen und Gedeihen der Industrie, für den deutschen Binnenhandel und den deutschen Export. Die endgültige Behebung der Not ist abhängig von der Eingliederung der Arbeitslosenarmee in den Produktionsprozeß. Die Rettung des Mittelstandes kann nur im Zuge einer allgemeinen Wirtschaftsaktion erfolgen. Die Steigerung der Konsumkraft der Massen wird ein wesentliches Mittel zur wirtschaftlichen Belebung sein. Unter Aufrechterhaltung der sozialen Gesetzgebung wird die Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung der erste Schritt zu einer Reform sein müssen.

Wir wissen, daß **die geographische Lage** des rohstoffarmen Deutschlands eine Autarkie für uns nicht vollkommen zuläßt. Wir wissen, daß wir die Verbindung mit der Welt nötig haben. Wir wissen aber auch, welcher Art die Voraussetzungen für den gesunden Leistungsaustausch zwischen den Völkern der Erde sind. Deutschland war jahrelang gezwungen, Leistungen ohne Gegenleistungen zu machen. Unter den gegenwärtigen Umständen sind wir

leider auch zur Aufrechterhaltung der Devisenzwangswirtschaft gezwungen. Die Regierung ist deshalb auch verpflichtet, gegen den **Abfluß des Kapitals** über die Grenzen einen Damm aufzurichten, weil sie in der Erhaltung des Wertes der Reichsmark eine wesentliche Aufgabe erblickt. Die **Förderung des Verkehrs** muß zu einem vernünftigen Ausgleich der Interessen der verschiedenen Verkehrsmittel führen. Die Reform der Kraftfahrzeugsteuer wird ein erster Schritt in dieser Richtung sein. Die Erhaltung der **Reichsbahn** und ihre möglichst schnelle Zurückführung in den Besitz des Reiches ist eine Aufgabe, die uns nicht nur wirtschaftlich, sondern auch moralisch verpflichtet.

Bei der Lösung ihrer Aufgaben bedarf die Regierung der hingebenden Treue und Arbeit des **Berufsbeamtentums**. Nur bei zwingendster Not der öffentlichen Finanzen sollen hier Eingriffe stattfinden. Aber auch dann soll strenge Gerechtigkeit das oberste Gesetz des Handelns sein. -

Der Schutz der Grenzen des Landes liegt bei unserer **Reichswehr**, die als einziges wirklich abgerüstetes Heer anzusehen ist. Trotz ihrer dadurch bedingten Kleinheit darf das deutsche Volk mit Stolz auf seine Reichswehr blicken. In seinem Geiste ist er der Träger unserer alten soldatischen Tradition. Deutschland wartet seit Jahren auf die Erfüllung der Abrüstungsversprechungen der übrigen Staaten. Es ist der aufrichtige Wunsch der nationalen Regierung, von einer Vergrößerung des deutschen Heeres und einer Vermehrung unserer Waffen absehen zu können, sofern etwa die andere Welt geneigt ist, nun endlich auch ihre Versprechungen einer radikalen Abrüstung zu verwirklichen. Denn Deutschland will nichts als gleiche Lebensrechte und gleiche Freiheiten.

In diesem **Geiste des Freiheitswillens** will die nationale Regierung das deutsche Volk erziehen. Die Ehre der Nation, die Ehre unserer Armee, das Ideal der Freiheit - sie müssen dem deutschen Volke wieder heilig werden. Das deutsche Volk will mit der Welt in Frieden leben. Die Regierung wird aber gerade deshalb mit allen Mitteln für die endgültige Beseitigung einer Unterscheidung der Völker in zwei Kategorien eintreten. Die ewige Offenhaltung dieser Wunde führt zum Mißtrauen und damit zu einer allgemeinen Unruhe. Die nationale Regierung ist geneigt, jedem Volke die Hand zu einer aufrichtigen Verständigung zu reichen, das gewillt ist, die traurige Vergangenheit endlich einmal gründlich abzuschließen.

Leider stehen wir hier vor der Tatsache, daß die **Genfer Konferenz** bisher kein praktisches Ergebnis erzielt hat. Die Entscheidung über die Herbeiführung wirklicher **Abrüstungsmaßnahmen** ist immer wieder durch das Aufwerfen technischer Einzelfragen und das Hineinwerfen von Problemen, die mit der Abrüstung nichts zu tun haben, verzögert worden. Als ein Zeichen guten Willens erkennen wir den britischen Vorschlag an. Die Reichsregierung wird jeden Versuch unterstützen, der darauf gerichtet ist, einer allgemeinen Abrüstung wirksam zu dienen und den Anspruch auf Gleichberechtigung zu befriedigen. **Seit 14 Jahren sind wir abgerüstet.** Und seit 14 Monaten warten wir auf ein Ergebnis der Abrüstungskonferenz.

Noch umfassender ist der Plan des Chefs der italienischen Regierung, in dessen Rahmen die deutsche Regierung durchaus zur Mitarbeit geneigt ist. Aus diesem Anlaß empfinden wir besonders dankbar die verständnisvolle Herzlichkeit, mit der die nationale Erhebung in Deutschland in Italien begrüßt worden ist. Ebenso wie wir die Kräfte des **Christentums** unentbehrlich für den sittlichen Wiederaufstieg des deutschen Volkes halten, wünschen wir unsere freundschaftlichen Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl auszugestalten. Selbstverständlich ist es, daß sich die nationale Regierung aufs engste verbunden fühlt mit unserem Brudervolk in **Deutschösterreich**, wobei sie sich der Gemeinsamkeit des Schicksals aller deutschen Stämme bewußt ist.

Die nationale Regierung ist auch gewillt, mit der **Sowjetregierung** beiderseitig nutzbringende Beziehungen zu pflegen. Dabei muß sie allerdings betonen, daß der Kampf gegen den Kommunismus unsere eigene Angelegenheit ist, bei der Einmischungen von außen niemals

geduldet werden. -

Eine vertrauensvolle Verständigung zwischen den Völkern ist auch die Voraussetzung für die **Beseitigung der allgemeinen Wirtschaftskrise**. Die Reichsregierung ist bereit, an der **Weltwirtschaftskonferenz** mit allen Kräften mitzuarbeiten. - Für die Stabilisierung der wirtschaftlichen Kräfte der Welt ist vor allem auch eine Anpassung der privaten Schulden und des Zinsproblems an die veränderten Verhältnisse notwendig. Zehn Jahre einer friedlichen und aufrichtigen Verständigung zwischen den Völkern werden für die Wohlfahrt aller Nationen nützlicher sein, als eine dreißig Jahre lange Verrennung in die Begriffe von Siegern und Besiegten, die endlich verschwinden müssen.

Um die Regierung in die Lage zu versetzen, die Aufgaben zu erfüllen, die innerhalb dieses allgemein gekennzeichneten Rahmens liegen, hat sie im Reichstage durch die Nationalsozialistische und die Deutschnationale Partei das **Ermächtigungsgesetz** einbringen lassen. Ein Teil der beabsichtigten Maßnahmen erfordert die verfassungsändernde Mehrheit. Die Durchführung der Aufgaben ist notwendig. Es würde dem Sinn der nationalen Erhebung widersprechen und dem beabsichtigten Zweck nicht genügen, wollte die Regierung sich für ihre Maßnahmen von Fall zu Fall die Genehmigung des Reichstages erhandeln und erbitten. Die Regierung wird dabei nicht von der Absicht getrieben, den Reichstag als solchen aufzuheben. Im Gegenteil: sie behält sich auch für die Zukunft vor, ihn über ihre Maßnahmen zu unterrichten und um seine Zustimmung zu ersuchen, für Maßnahmen, bei denen sie es für wertvoll hält. Sie hält aber eine weitere Tagung im heutigen Zustand der tiefgehenden politischen Erregung im deutschen Volke für nicht möglich.

Keine Revolution ist wohl so diszipliniert verlaufen wie die der nationalen Erhebung in Deutschland. Es ist mein Wille, auch in der Zukunft für eine ruhige Entwicklung zu sorgen. Allein um so nötiger ist es, daß der nationalen Regierung jene souveräne Stellung gegeben wird, die zur Durchführung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Die Regierung wird von dem Ermächtigungsgesetz nur insoweit Gebrauch machen, als die Durchführung lebensnotwendiger Maßnahmen das erfordert. Es ist weder die Existenz des Reichstages noch die des Reichsrats bedroht. Stellung und Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt. Der Bestand der Länder wird nicht beseitigt. Die Rechte der Kirchen werden nicht geschmälert und ihre Stellung zum Staate nicht geändert.

Die Regierung besteht auf der Verabschiedung des Gesetzes. Sie zieht in jedem Falle eine klare Entscheidung vor. Sie bietet den Parteien des Reichstages die Möglichkeit einer ruhigen Fortentwicklung und einer sich daraus in der Zukunft anbahnenden Verständigung. Sie ist aber ebenso entschlossen und bereit, die Bekundung der Ablehnung und damit die Ansaage des Widerstandes entgegenzunehmen. Mögen Sie, meine Herren, nunmehr selbst die Entscheidung treffen über Frieden oder Krieg!"

Nach einer dreistündigen Unterbrechung der Sitzung versuchte der **Sozialdemokrat Wels** seine Partei zu rechtfertigen:

"Der außenpolitischen Forderung deutscher Gleichberechtigung, die der Reichskanzler erhoben hat, stimmen wir Sozialdemokraten um so nachdrücklicher zu, als wir sie bereits von jeher grundsätzlich verfochten haben. Ich habe als erster Deutscher vor einem internationalen Forum auf der Berner Konferenz am 3. Februar 1919 gegen die Unwahrheit von der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges Stellung genommen. Das Wort des Reichskanzlers, daß in der Außenpolitik die Theorie von Siegern und Besiegten ein Aberwitz sei, gilt in gleichem Umfange auch für die Innenpolitik. Aus einem Gewaltfrieden kommt kein Segen - im Innern erst recht nicht. Eine wirkliche Volksgemeinschaft läßt sich aus ihm nicht gründen. Ihre erste Voraussetzung ist gleiches Recht. Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht! Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird niemand

**Auseinandersetzung mit
den Sozialdemokraten**

von ihr billigerweise verlangen und erwarten können, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt. Durch die Wahlen vom 5. März ist den Regierungsparteien die Möglichkeit gegeben, streng nach Wortlaut und Sinn der Verfassung zu regieren. Wo diese Möglichkeit besteht, besteht auch die Pflicht. Niemals seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten in so weitem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt der Fall und wie es weiter durch das Ermächtigungsgesetz geschehen soll."

Der Redner verlangt völlige Rechtsgleichheit. Als er zum Schluß von dem "Bekennenmut der Sozialdemokraten" spricht, ertönt auf den Reihen der nationalsozialistischen Abgeordneten lautes Lachen. Die Sozialdemokraten klatschen ihrem Fraktionsführer Beifall.

Reichskanzler Hitler, der darauf das Wort erhält, wird wieder mit lauten Heilrufen empfangen. Er begibt sich zum Rednerpult, weist auf die Worte der Sozialdemokraten hin und erklärt:

"Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt! Die schönen Theorien, die Sie, Herr Abgeordneter, vorhin hier verkündeten, sind der Weltgeschichte zu spät mitgeteilt worden. Sie erklären, daß die Sozialdemokratie unser außenpolitisches Programm unterstreicht, daß sie die Kriegsschuldfrage ablehnt, daß sie gegen Reparationen sich wende. Ich erhebe nur die eine Frage: Wo war dieser Kampf in der Zeit, in der Sie die Macht in Deutschland hatten? Sie hatten einst die Möglichkeit, dem deutschen Volk das Gesetz des inneren Handelns vorzuschreiben. Sie haben es auf anderen Gebieten gekonnt. Es wäre genau so möglich gewesen, der deutschen Revolution, die von Ihnen mit ausging, denselben Schwung und dieselbe Richtung zu geben, wie einst Frankreich seiner Erhebung im Jahre 1870. Sie sagen, daß wehrlos nicht ehrlos ist. Nein, das braucht es nicht zu sein. Auch wenn wir wehrlos sein müßten, würden wir nicht ehrlos sein. Unsere Bewegung ist jahrelang hier wehrlos gemacht worden, ehrlos ist sie nicht gewesen. Ich bin der Überzeugung, wir haben dem deutschen Volke den Geist eingepflegt, daß es auch bei seiner heutigen Wehrlosigkeit sicherlich nicht ehrlos sein wird.

Auch hier lag es ja an Ihnen, dafür zu sorgen, daß das deutsche Volk der Welt das Beispiel einer Ehre gegeben hätte. Der Landesverrat konnte von Ihnen genau so beseitigt werden, wie er von uns beseitigt wird. Sie hätten damals, als jede deutsche Revolution, jeder Hochverrat in Tateinheit Landesverrat sein mußte, ihre Hand auch nicht indirekt bieten dürfen. Es ist nicht ehrenvoll, sich vom Feinde seine innere Gestaltung aufzwingen zu lassen. Sie hätten sich damals weiter zur deutschen Trikolore bekennen müssen und nicht zu einer Farbe, die der Feind in Flugblättern auf die deutschen Gräben herabwarf.

Wenn Sie sagen, gleiches Recht wie nach außen so auch im Innern, so muß ich Ihnen gegenüberhalten: Für dieses gleiche Recht haben wir 14 Jahre lang gekämpft. 14 Jahre haben Sie es nicht gekannt. Reden Sie heute nicht vom gleichen Recht! Sie scheinen ganz und gar vergessen zu haben, daß man uns sogar die - Hemden herunterriß, weil Ihnen die Farbe nicht gefiel. Wenn Sie von der Heilsamkeit der Kritik sprechen, so sage ich: Wer Deutschland liebt, mag uns kritisieren, wer eine Internationale anbetet, kann uns nicht kritisieren. Die Heilsamkeit der Kritik hätten Sie in der Zeit erkennen müssen, da wir uns in der Opposition befanden. Jahrelang hat man uns, hat man mir das Reden verboten und jetzt sagen Sie, Kritik ist heilsam."

Der Kanzler kommt dann auf die Lügennachrichten ausländischer sozialdemokratischer Zeitungen über die gegenwärtigen Zustände in Deutschland zu sprechen und erwähnt dabei insbesondere auch die sozialdemokratische Presse in Deutsch-Österreich.

"Sie (zu den Sozialdemokraten, so erklärt der Kanzler,) haben nichts getan, um durch ihre internationalen Verbindungen dafür zu sorgen, daß die Welt nicht ein schiefes Bild über Deutschland erhält. (Abg. Wels: Doch, das haben wir getan!) Dann bin ich neugierig, wann Ihr Schritt wirksam werden wird. Ihre Zeitungen im Saargebiet treiben täglich Landesverrat und versuchen dauernd, Deutschland dem Ausland gegenüber in eine schiefe Lage zu brin-

gen. Wenn Sie vom Recht sprechen, darf ich sagen: Wenn wir nicht das Gefühl für Recht hätten, dann wären wir nicht hier, und dann säßen Sie nicht da. Sie haben im Jahre 1918 sich gegen die gewandt, die Ihnen nichts getan hätten. Wir beherrschen uns, uns gegen die zu wenden, die uns 14 Jahre gequält und gepeinigt haben. Sie reden von Verfolgungen, wer hat Sie denn bisher verfolgt? Sie haben sich als den einzigen Träger des Sozialismus in Deutschland bezeichnet. In Wirklichkeit sind Sie der Träger jenes geheimnisvollen Sozialismus gewesen, den das deutsche Volk niemals zu sehen erhielt. An den Früchten soll man auch Sie erkennen und diese Früchte zeugen gegen Sie. Wenn das Deutschland das Spiegelbild ihres sozialistischen Wollens ist, dann geben Sie uns vier Jahre Zeit, damit wir das Spiegelbild unseres Wollens zeigen können.

Sie sprachen davon, daß wir den Reichstag nach Hause schicken wollten, um Gewaltpolitik zu treiben. Wenn Ihre Vorwürfe richtig wären, dann hätten wir den Reichstag nicht erst zusammenzurufen brauchen. Sie können versichert sein, daß uns der Mut, uns mit Ihnen auch anders auseinanderzusetzen, nicht gefehlt hätte. Sie sagen weiter, daß die Sozialdemokratie auch von uns nicht weggedacht werden kann, weil sie die erste war, die diese Plätze freimachte für die arbeitenden Menschen. In allem, Herr Abgeordneter, kommen Sie zu spät. Warum haben Sie diese Erinnerungen nicht beizeiten Ihren Freunden Grzesinski, Braun, Severing gegeben, die jahrelang mir vorwarfen, ich sei doch nur ein Anstreichergeselle? - Man drohte, mich mit der Hundepetische hinaustreiben zu lassen. Wir Nationalsozialisten werden dem Arbeiter die Bahn zu dem, was er fordern und verlangen kann, freimachen. Wir Nationalsozialisten werden seine Fürsprecher sein. Sie, meine Herren (zu den Sozialdemokraten) sind nicht mehr dafür nötig. Sie sprechen weiter, daß nicht die Macht entscheidend sei, sondern das Rechtsbewußtsein. Dieses Rechtsbewußtsein haben wir im Volke erweckt. Aus den eigenen politischen Erfahrungen, die ich mit Ihnen gemacht habe, glaube ich, daß das Recht allein noch nicht genügt. Man muß auch die Macht besitzen. Verwechseln Sie uns nicht mit einer bürgerlichen Welt.

Sie meinen, daß Ihr Stern wieder aufgehen könnte. Der Stern Deutschlands wird aufgehen und Ihrer wird sinken. Sie sagen, daß Sie nicht gebrochen seien in der Zeit der Sozialistengesetzgebung. Damals sah die deutsche Arbeiterschaft in Ihnen noch etwas anderes als Sie heute sind. Warum aber haben Sie diese Erkenntnis uns gegenüber vergessen? Ihre Stunde hat geschlagen. Nur weil wir Deutschland sehen, seine Not und die Notwendigkeit des nationalen Lebens, appellieren wir in dieser Stunde an den deutschen Reichstag, uns zu genehmigen, was wir auch ohnedem hätten nehmen können. Des Rechtes wegen tun wir es, nicht weil wir die Macht überschätzen, sondern weil wir denen, die heute von uns getrennt, aber doch irgendwie auch an Deutschland glauben, uns einst vielleicht leichter finden können. Ich möchte nicht nur in den Fehler verfallen, die Gegner bloß zu reizen, statt sie entweder zu vernichten oder zu versöhnen. Ich möchte denen, die am Ende vielleicht auf anderem Wege auch mit ihrem Volke empfinden, die Hand reichen und nicht ihnen ewigen Krieg ansagen. Sie wollen mich aber niemals mißverstehen: Die Hand gebe ich jedem, der sich für Deutschland verpflichtet. Ich erkenne nicht das Gebot einer Internationale an. Ich glaube, daß Sie gegen dieses Gesetz stimmen, weil Ihrer innersten Mentalität nach die Absicht Ihnen unerträglich ist, die uns dabei beseelt. Ich glaube, daß Sie das nicht tun würden, wenn wir das wären, was heute Ihre Presse im Ausland über uns verbreitet. Ich kann nur sagen, ich will gar nicht, daß Sie dafür stimmen. Deutschland soll frei werden, aber nicht durch Sie."

Als der Reichskanzler das Rednerpult verläßt, umjubeln ihn die Heilrufe der Nationalsozialisten. Auch die Tribünenbesucher beteiligen sich an den Kundgebungen.

Das **Zentrum**, das nach dem Ergebnis der Wahlen vom 5. und 12. März eine merkliche Erschütterung seiner Stellung verspürt hatte, hielt es für geraten, einzulenken. Entsprechende Weisungen zu positiver Mitarbeit waren auch aus Rom eingegangen. Prälat Kaas erklärte, daß seine Partei eine Reihe wesentlicher Bedenken, die sie vorher noch gehabt habe, durch die Erklärungen des Kanzlers

als gemildert betrachte und **dem Ermächtigungsgesetz zustimme**. Auch die Redner der **Bayrischen Volkspartei und die Splitterparteien der Mitte** stimmten zu.

Das Ermächtigungsgesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich, dem auch der Reichsrat zugestimmt hatte, hatte folgenden Wortlaut:

Ermächtigungsgesetz

Artikel 1. Reichsgesetze können außer dem in der Reichsverfassung vorgenommenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Das gilt auch für die in den Artikeln 85, Abs. 2, und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

Artikel 2. Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstages und des Reichsrates zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unverändert.

Artikel 3. Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.

Artikel 4. Verträge des Reiches mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen für die Dauer der Geltung des Gesetzes nicht der Zustimmung der in der Gesetzgebung bezeichneten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

Artikel 5. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April 1937 außer Kraft. Es tritt ferner außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird. Dieser Gesetzentwurf wird von den Regierungsparteien als Initiativantrag mit der Unterschrift der Fraktionsführer der Regierungsparteien im Reichstag eingebracht werden.

Das Gesetz wurde mit 441 Stimmen gegen 94 Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Darauf wurde der Reichstagspräsident ermächtigt, Zeitpunkt und Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bestimmen. Die Sitzung wurde mit einem brausenden Heil auf den Kanzler geschlossen. Die dreitägige Arbeit des Parlamentes war zu Ende.



Mit dem Potsdamer Parlament schloß die liberalistische Epoche ab, die mit dem Frankfurter Parlament 1848 ihren Anfang

Die historische Bedeutung des Potsdamer Parlaments

nahm. Der Raub der Parteien an der Staats- und Reichsmacht begann in Frankfurt, als die kurzsichtigen monarchischen Regierungen dem Drängen des Volkes nach dem deutschen Reiche sich widersetzen. Die Dynastien waren Schuld daran, daß der Liberalismus der Parteien sich kräftig entfalten konnte. Und der Liberalismus war es, der die Dynastien 1918 stürzte. In Weimar 1919 gelangte der Liberalismus zur höchsten Entfaltung seiner selbst: er riß die ganze Staatsmacht an sich und machte sie zum Kuhhandelobjekte der Parteien. Die Zerstörung der Staatsmacht und das unerhörteste Elend war die Folge. Deutschland drohte im Chaos zu versinken. Und unter dem Drucke des Elends wuchs der Wille des Volkes, wieder einen einzigen unantastbaren Reichswillen zu schaffen, welcher der Raubgier und den Machtgelüsten der Parteien entzogen war. So gab das deutsche Parlament von Potsdam der Reichsregierung die Einheit und den ungeteilten Willen der politischen Macht zurück. Wie einst das Frankfurter Parlament sein Recht gegen die Regierungen aus dem Willen des Volkes herleitete, so leitete das Potsdamer Parlament sein Recht auf Machtentäußerung zu Gunsten der höchsten, gesetzlich berufenen Trägerin der Reichsmacht aus der Übereinstimmung des Willens von Volk und Regierung her. Tatsächlich wurde durch die Vorgänge vom 21.-23. März das Parlament als Zwischenglied zwischen Volk und Regierung ausgeschaltet. Ihre Berührung wurde inniger, unmittelbarer, sie bestand fortan in der Einheit des Reichswillens, nicht mehr in den Gegensätzen von

Parlamenten und Parteien. So war in Potsdam an die Stelle des bisherigen Zwiespaltes Regierung-Parlament die Einheit von Führer und Volk getreten.



Im **Ausland** begegnete die Regierung Adolf Hitler von allem Anfang an Mißtrauen und Ablehnung. **Nur das faschistische Italien bekannte sich zur Freundschaft mit dem nationalsozialistischen Deutschland.**

**Das Ausland
und die Juden**

Es war ein raffiniertes Vorgehen der Kommunistischen Internationale gewesen, daß sie einen **Ausländer, einen Holländer, als Brandstifter des Reichstages vorschickte**. So wurden die deutschen Ereignisse gleichsam eine internationale Angelegenheit, und um das Ereignis rankten sich alsbald phantastische Lügen des hitlerfeindlichen Auslandes. Man behauptete, der Kommunist Marinus van der Lubbe sei mit deutschen Nationalsozialisten bekannt geworden und habe auf deren Anstiftung den Reichstag in Brand gesteckt!

In **Schweden** erlaubte sich Anfang Februar die *Göteborg Handelstidning* gehässige Angriffe auf die Männer der Hitlerregierung, und am 6. März machte der sozialdemokratische Ministerpräsident Hansson seinem Hasse gegen Hitler Luft.

Die **englische Presse** bemühte sich, die Maßnahmen der Regierung Hitlers zu verstehen, konnte aber eine gewisse Unfreundlichkeit in bezug auf befürchtete Wirtschaftsmaßnahmen nicht unterdrücken. Simon erklärte am 28. Februar im Unterhaus, er habe keinen Grund, bei der deutschen Regierung Vorstellungen zu erheben, da britische Bürger und britisches Eigentum nicht gefährdet würden. Im Laufe des März aber entfalteten in den angelsächsischen Ländern die **Juden** eine wüste Lügenpropaganda gegen die Hitlerregierung. Es wurde von **blutigen Judenverfolgungen** phantasiert, man entrüstete sich, daß die Gewalttaten gegen die Juden, die zu Tode gequält würden, allen Kulturbegriffen Hohn sprächen! Da wurde berichtet, daß Hunderte von Juden in die Schweiz geflüchtet wären, deren Rücken von Peitschenhieben blutunterlaufen gewesen seien! Weder Frauen noch Kinder seien geschont worden. Andere Juden seien grausam zu Tode gequält. Es waren ähnliche **Greuelmärchen wie am Anfang des Weltkrieges**. Diese Lügen über Pogrome wurden mit einem derartigen Eifer und einer solchen Folgerichtigkeit verbreitet, daß daraus eine ernstliche Gefährdung der deutschen Wirtschaftsbeziehungen sich zu entwickeln drohte. Ende März beantragte im Repräsentantenhaus zu Washington der linksradikale Judenführer Rabbi Stephen Weiß ein Einschreiten gegen die "Unterdrückung der Juden in Deutschland", aber das Staatsdepartement erklärte, daß es nicht gewillt sei, amtliche Schritte in der deutschen Judenfrage zu unternehmen, sondern nur dann einschreiten werde, wenn amerikanische Bürger betroffen würden.

Die Juden waren der zäheste, gefährlichste und heimlichste Feind, den die deutsche Regierung für die Folgezeit in der Welt hatte. Für die Juden war es geradezu eine Existenzfrage, daß die völkisch bestimmte Hitlerregierung gestürzt wurde. Denn sollte dieser deutsche Präzedenzfall, daß die Juden aus Volk, Politik und Kultur ausgeschlossen wurden, Bestand haben oder sich gar günstig auswirken, dann bestand die Gefahr, daß das deutsche Beispiel allmählich von allen Nationen nachgeahmt würde. Eine solche Entwicklung mußte im Keime erstickt werden, und die Juden des Auslandes bedienten sich mannigfacher Mittel, mit denen sie das nationalsozialistische Deutschland zu stürzen versuchten: sie verbreiteten Lügen über deutsche Greuel an Juden, sie **boykottierten die deutsche Wirtschaft**, sie stempelten den Verbrecher Marinus van der Lubbe zum unschuldigen Märtyrer, sie stachelten die Zweite Internationale, die ausländische Sozialdemokratie, zu Angriff und Hetze gegen Deutschland auf, ja, ihr unheilvoller Einfluß betäubte das Ausland derart, daß auch das deutsche Recht auf der Abrüstungskonferenz mit Füßen getreten wurde! Völkerbund, Marxismus, Staatsregierungen - überall machten die Juden ihren Einfluß geltend, überall versuchten sie nun, Deutschland, das nichts als sein Recht forderte, zu erdrosseln.

Vor allem aber fühlte sich auch **Frankreich** durch Hitler bedroht. Mit Hitler war eine Regierung ans Ruder gekommen, die, das wußte man in Paris, sich nicht weiterhin alles bieten lassen würde, wie

das von Erzberger bis Brüning der Fall war, und vor dem erwachenden Selbstbewußtsein der Deutschen hatten die Franzosen Angst! Ihr besonderer Kummer war, daß nun **Deutschland und Italien in Genf eine geschlossene Einheitsfront gegen Frankreich** bilden würden. Herriot, der frühere Ministerpräsident, schrieb am 1. Februar in der *Ere Nouvelle*:

"Der außenpolitische Horizont ist umdüstert. Hitler ist an der Macht. Die Reichstagsauflösung steht bevor. In Doorn herrscht Bewegung. Sicherer Nachrichten zufolge gibt es dort ein verdächtiges Kommen und Gehen. Paul Boncour wird also in Genf eine sehr heikle Situation vorfinden."

Die vom bösen Gewissen Geplagten verkündeten mit umwölkter Stirn: "Das Ziel der Hitlerbewegung ist die Revanche."

Frankreich fürchtete um seine europäische Hegemoniestellung, die es sich 1919 erschlichen hatte. Es war nötig, sich nicht nur noch mehr zu bewaffnen, sondern auch sich neue Freunde zu suchen. Die öffentliche Meinung forderte kategorisch eine Annäherung an **Italien**, um dieses von Deutschland abzuziehen. Der Pessimist Herriot empfahl als ein "glänzendes Mittel" zur Niederhaltung Deutschlands und zur Bekämpfung der revisionistischen Bestrebungen eine **Allianz zwischen Frankreich und Sowjetrußland**.

Der **Vizekanzler von Papen** versuchte, die französischen Ängste zu beschwichtigen. In einer Unterredung mit dem französischen Journalisten Suarez Anfang Februar erklärte Papen, daß **Deutschland den Frieden und die Freundschaft mit der ganzen Welt wünsche**. Nur derjenige würde Deutschlands Gegner sein, der sich systematisch dem Streben Deutschlands nach dem ihm gebührenden Platz unter den Nationen widersetze. Papen versicherte, daß alle deutschen Parteien ausnahmslos eine Entspannung in den deutsch-französischen Beziehungen wünschten. Man müsse auch in Frankreich begreifen, daß man Deutschland 14 Jahre nach dem Kriege nicht weiterhin Bedingungen auferlegen kann, die Frankreich anzunehmen sich sehr wohl hüten würde, wenn es an Deutschlands Stelle stünde.

Aber Frankreich begriff gar nichts. Es erblickte die Linie seiner zukünftigen Politik in der **Erhöhung seiner Rüstungen und im Anschluß an die "großen Demokratien der Welt"**, wie sich Daladier als Kriegsminister ausdrückte, im Gegensatz zur deutschen "Gewaltherrschaft".

Nach den Reichstagswahlen unternahm **Frankreich einen Vorstoß gegen die Hilfspolizei**. In Kehl hatten 90, nach französischer Meldung 500, S.A.-Leute die Kaserne der Polizei besetzt, worüber jenseits des Rheins große Aufregung herrschte. Man traf die "notwendigen Schritte, um die Rheinbrücke zu sichern"! Dann versuchte man England zu gemeinsamem Vorgehen gegen Deutschland zu veranlassen. Aber Macdonald und Simon lehnten eine Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten ab, so daß **am 14. März der französische Botschafter François Poncet allein sich zu Neurath begab und im Auftrage seiner Regierung Einspruch erhob gegen die Verwendung von Hilfspolizei in Kehl und in der entmilitarisierten Zone**. Dies stünde im Widerspruch zu Artikel 43 des Versailler Vertrages. Jedoch Neurath wies die Beschwerde als unbegründet zurück; in Kehl sei die Hilfspolizei nur 36 Stunden in der Polizeikaserne untergebracht gewesen, und jeder zehnte Mann habe eine Pistole gehabt, so daß von bewaffneten Streitkräften nicht die Rede sein könne. Im übrigen handle es sich um innenpolitische Maßnahmen, die nötig seien, um die Gefahren für Ruhe und Sicherheit abzuwenden.



Die Umwälzung in Deutschland wirkte auch auf die **Abrüstungskonferenz** zurück. Der Hauptausschuß begann am 1. Februar 1933 wieder in Tätigkeit zu treten und die allgemeine Aussprache über den **französischen Sicherheits- und Abrüstungsplan** zu eröffnen. Für Frankreich sei ja, so betonte der französische Vertreter, Abrüstung und Sicherheit unlösbar verbunden. Der **italische Vertreter Aloisi** kritisierte den französischen Plan sehr stark. Er könne einem kontinental-europäischen System unter Ausschluß Englands nicht beistimmen. **Der**

**Ringens um die
Abrüstung in Genf**

deutsche Botschafter von Nadolny stellte sich auf den unverrückbaren deutschen Standpunkt: so schnell wie möglich Abrüstung nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung. Wenn er auch dem französischen Vorschlag, Heere aus Soldaten mit langer und kurzer Dienstzeit zusammenzusetzen, zustimmen könne und dies als ein allgemein gültiges Wehrsystem für alle Staaten anerkennen wolle, so vermisse er doch ernst gemeinte Vorschläge über qualitative Abrüstung und Beschränkung des Materials. Auch sei es nicht gerechtfertigt, daß die Abrüstung von neuen vertraglichen Sicherheitsgarantien abhängig gemacht werde.

"Die deutsche Delegation wird sich von dem Grundgedanken leiten lassen, daß die erste Etappe der Abrüstung wirklich ein entscheidender Schritt in der Herabsetzung der Rüstungen der hochgerüsteten Staaten werden muß."

Hatte schon die italische und deutsche Erklärung, der am 3. Februar auch die **Absage Englands** folgte - Hauptmann Eden erklärte, daß die englische Regierung nicht in der Lage sei, über den Völkerbundspakt, Locarnovertrag und Kelloggspakt hinausgehende Verpflichtungen zu übernehmen und eine sofortige allgemeine Herabsetzung der Rüstungen für nötig halte - die Franzosen merklich beunruhigt, so gerieten sie außer Fassung, als am 6. Februar der **polnische Vertreter Raszinski** meinte, daß der französische Sicherheitsplan im Augenblick undurchführbar sei. Die erboste Presse bezeichnete die Erklärung des polnischen Bundesgenossen für eine Schlappe Paul Boncours, die Politiker in Paris verloren bei den Aussichten einer solchen Entwicklung allen Geschmack an der Konferenz und erwogen eine schnelle Beendigung durch eine bescheidene ganz allgemeine Konvention. Dann wäre allerdings auch die Gleichberechtigungserklärung vom 11. Dezember 1932 hinfällig.

In einer persönlichen Unterredung mit Paul Boncour forderte auch **Nadolny** ein baldiges Ende der Konferenz und kritisierte wieder die französischen Sicherheitsforderungen. Boncour erklärte aber gerade diese als Vorbedingung für die Anerkennung der deutschen Rechtsgleichheit: Die französische Regierung werde nicht gestatten, daß Deutschland die Gleichberechtigung im Sinne einer Wiederaufrüstung auslege. Deutschland hätte die Wahl zwischen der Reichswehr und einer nationalen Miliz, beides zugleich dürfe es nicht besitzen.

Die Franzosen merkten wohl, daß ihre Lage in Genf durch Deutschlands Festigkeit kritisch wurde, und wollten jetzt die Konferenz so schnell wie möglich durch ein ganz allgemeines Abrüstungsabkommen beenden, das den gegenwärtigen Rüstungsstand praktisch auf weitere fünf Jahre verlängern sollte. Solche Pläne fanden aber in Berlin ebensowenig Anklang wie in Rom, London und Moskau.

Es konnte niemand mehr im Zweifel sein, daß ein **schwerer Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich um die Formel vom 11. Dezember im Anzug war**. War Nadolny bereit, das englische Arbeitsprogramm als Verhandlungsgrundlage anzunehmen, vorausgesetzt, daß Deutschland einige abrüstungstechnische Abänderungsanträge dazu vorbringen konnte, so lehnte er grundsätzlich jede Diskussion über die Gleichberechtigungsfrage ab. Das hieß nichts anderes, als daß er sich gegen den französischen Plan aussprach. Paul Boncour versicherte demgegenüber, daß die französische Regierung darauf hinweisen werde, die Gleichberechtigung könne nur in einem System allgemeiner Sicherheit bestehen. Frankreich hatte, um im Trüben fischen zu können, wieder einmal gründlich alle Begriffe verfilzt und ein System unversöhnlicher Gegensätze aufgerichtet, an dem die Konferenz scheitern sollte.

**Frankreichs
Sabotage**

Doch Paul Boncours These, daß Abrüstung und Sicherheit unlöslich miteinander verbunden seien und daß das gegenwärtige Sicherheitssystem nicht ausreiche, fand nirgends Anklang. Amerika erklärte sich desinteressiert und lehnte ein Urteil ab, England wies schroff alle neuen Sicherheitsverpflichtungen ab, Deutschland, Italien und Holland meinten, Frankreichs Forderung, erst Sicherheit, dann Abrüstung habe nichts mit der Abrüstungskonferenz zu tun. Am 9. Februar war der französische Plan erledigt, - abgelehnt, worauf **Paul Boncour erklärte, die Regelung der Gleichberechtigungsfrage vom 11. Dezember 1932 sei lediglich eine Vereinbarung zwischen einigen Mächten**

und in keiner Weise bindend für die Konferenz, womit er die Verhandlungen auf den Stand vom Juli 1932 zurückführte und in ein außerordentlich kritisches Stadium hineinbrachte.

In diesen Tagen waren die Genfer Diplomaten wirklich konferenzzmüde. Man sehnte sich nach Ruhe, denn das stand fest: das leichte Spiel mit Deutschland war vorüber! Am besten wäre es, wenn die Konferenz geschlossen würde und erst nach Jahren wieder zusammentrete. Man konnte ja solange an den Entwaffnungsbestimmungen der Friedensverträge festhalten. Allerdings zu einem derartigen Entschluß fehlte allseits der Mut, und so begnügte man sich zunächst mit einer einwöchigen Vertagung. Macdonald begann sich mit dem Gedanken einer Wiederaufnahme der Fünfmächtekonferenz zu beschäftigen.

Unterdessen reichte Nadolny die **deutschen Abänderungsvorschläge zum materiellen Teil des englischen Arbeitsprogramms** ein. Hauptsächlich wurden darin ziffernmäßige Festsetzung der Truppenbestände und die Vernichtung des verbotenen schweren Angriffsmaterials gefordert. Auch wurde eine Entscheidung über die Luftrüstungen beantragt, wie sie dann einige Tage später von Brandenburg im Luftfahrt Ausschuß gefordert wurde. Die deutsche Gleichberechtigung wurde als selbstverständlich und außer jeder Diskussion stehend vorausgesetzt. - Dieser Vorschlag, erklärte Nadolny, sei die Voraussetzung für eine weitere Teilnahme Deutschlands.

Das Drängen der Deutschen war den unnachgiebigen Franzosen und den kompromißfreundlichen Engländern außerordentlich unangenehm. Sie wußten nicht mehr ein und aus bei all den heiklen Punkten, deren sofortige Klärung von den Deutschen beharrlich und kategorisch verlangt wurde. Die Haltung der Deutschen war um so beunruhigender, als Nadolny erklärte, daß die deutsche Regierung, falls die Abrüstungskonferenz durch die Schuld der anderen scheitere, sich ihre Entscheidungen für die Zukunft vorbehalten müsse. **Am 16. Februar begann der Hauptausschuß, sich mit dem französischen Vorschlag auf Vereinheitlichung der Heeressysteme auf dem Kontinent und Einführung eines Milizsystems mit kurzer Dienstzeit zu beschäftigen.** Nadolny gab hierzu folgende grundsätzliche Erklärung ab:

**Erklärung
Nadolnys**

"Im Jahre 1919 mußte das damalige deutsche Heer mit kurzer Dienstzeit in ein Heer mit langer Dienstzeit umgewandelt werden. Kaum sind 14 Jahre verfließen, so wird von Deutschland die Rückkehr zu einem System mit kurzer Dienstzeit verlangt. Es ist selbstverständlich, daß die Reichsregierung unter diesen Umständen fragt, ob diesmal eine Bürgerschaft vorliegt, daß dieses neue Heeressystem tatsächlich die ideale und gerechte Lösung für immer darstellt. Ein einheitliches Heeressystem und eine für alle Staaten gleiche Heeresorganisation ist nicht möglich. Der französische Vorschlag schafft einen Unterschied zwischen Heeren mit Angriffs- und Verteidigungscharakter. Die Reichsregierung muß ihr Erstaunen zum Ausdruck bringen, daß ein derartiger Trennungsstrich zwischen einzelnen Heeren geschaffen wird. Der französische Plan widersetzt sich nun der Aufrechterhaltung der Heere mit langer Dienstzeit. Tatsächlich gibt es aber gegenwärtig auf dem europäischen Festland Berufsheere nur in den durch die Friedensverträge entwaffneten Staaten. Es muß deshalb der Eindruck entstehen, daß der französische Vorschlag auf eine Abschaffung der Heeressysteme hinzielt, die Deutschland und den übrigen Staaten auferlegt worden sind. Die Reichsregierung sieht das System der Berufsheere keineswegs als eine ideale, den besonderen deutschen Bedingungen angepaßte Lösung an.

Es ist jedoch völlig ausgeschlossen, ein in 14 Jahren mühsam geschaffenes Werk nur aus dem Grunde zu zerstören, daß sich die Auffassung über die Bedeutung einer solchen Militärorganisation an einer Stelle geändert hat.

Bevor die Reichsregierung daher zu dem Vorschlag der Schaffung eines neuen einheitlichen Heeressystems Stellung nimmt, ist es unerläßlich, genau zu wissen, welche Neuregelung an die Stelle der bisherigen zu beseitigenden Regelung tritt. Der französische Plan spricht sich hierüber nur in allgemeinen Linien aus. Die Erklärung des französischen Außenministers Paul Boncour hat leider die wünschenswerte Klarheit nicht geschaffen.

Die Reichsregierung ist bereit, den Vorschlag der französischen Regierung im Effektiv-Ausschuß in den Einzelheiten zu erörtern, behält sich jedoch ihre endgültige Stellungnahme bis zur Kenntnisnahme der Einzelheiten des Planes und bis nach der Entscheidung der Konferenz über die Abschaffung des Angriffsmaterials vor."

Am folgenden Tage antwortete der **französische Vertreter, Luftfahrtminister Pierre Cot**, auf Nadolnys Rede und faßte den französischen Plan in folgende Punkte zusammen: daß

1. allein ein Militärstatut ausschließlich defensiven Charakters mit der Sicherheit vereinbar sei, und
2. in Kontinentaleuropa die Armee mit kurzer Dienstfrist und geringen Effektivbeständen der einzige Typus eines rein defensiven und langsam mobilisierbaren Militärsystems sei und daß durch die allgemeine Einführung dieses Armeetyps eine allgemeine Herabsetzung der Effektivbestände herbeigeführt werde.

Cot machte dann noch für den Fall der grundsätzlichen Annahme der Vereinheitlichung der Heerestypen drei Vorschläge:

1. Herabsetzung der Dienstzeit auf 8-9 Monate einschließlich der Reservedienstzeit auch in Frankreich, wenn dessen allgemeine Sicherheits- und Kontrollforderung im wesentlichen berücksichtigt werde.
2. Prozentual gleichmäßige Festsetzung der Zahl des Ausbildungsmaterials bei allen großen Staaten und
3. Verwirklichung der Umwandlung der Heerestypen in zwei Etappen von drei bis vier Jahren und Anpassung dieses Systems an die besonderen Verhältnisse der einzelnen Länder, auch Deutschlands.

Die Delegierten der andern Staaten waren über dieses Anzeichen beginnender Einsicht bei den Franzosen hochbeglückt, und insbesondere Aloisi sprach Cot seine Anerkennung aus. Es war doch schon viel gewonnen, wenn Frankreich selbst zu gewissen Opfern bereit war. - Aber wie tobten die französischen Chauvinisten! Cot sei verrückt, er sei ein Verräter, der mit seinen skandalösen Worten die französische Politik der Kapitulation entgegenführe! Paul Boncour mußte wieder einmal harte Worte hören wie kurz zuvor bei dem polnischen Zwischenfall.

In der weiteren Verhandlung des Hauptausschusses forderte Nadolny **restlose Abschaffung der Militärluftfahrt und ein Verbot des Bombenabwurfs. Es wurde beschlossen, einen Sonderausschuß für Luftfahrtfragen** einzusetzen, an dem sich 18 Mächte unter Vorsitz des Spaniers Madariaga beteiligen sollten. In diesem Sonderausschuß sollten alle vorliegenden Vorschläge behandelt und untersucht und schließlich ein abschließender Vorschlag gefunden werden, der dem Hauptausschuß zu unterbreiten sei.

In diesem Ausschuß verlangte der **deutsche Vertreter** am 20. Februar, Ministerialdirektor Brandenburg, gemäß dem von Nadolny überreichten Abänderungsantrag eine **klare Entscheidung über das allgemeine Verbot der Militärluftfahrt und des Luftbombardements**. Brandenburg verlangte, daß der Hauptausschuß unverzüglich eine Entscheidung treffe, ob

1. eine völlige Abschaffung der Militärluftfahrt mit einem uneingeschränkten Verbot des Bombenabwurfs und einer Reglementierung für die Zivilluftfahrt, oder
2. eine völlige Abschaffung der Militärluftfahrt mit einem uneingeschränkten Verbot des Bombenabwurfs und einer Reglementierung sowie einer Kontrolle der Zivilluftfahrt, oder
3. ein uneingeschränktes allgemeines Verbot des Bombenabwurfs durchgeführt werden soll.

Aber Pierre Cot war gar nicht dafür, daß hier klare Entscheidungen getroffen wurden. Er durchkreuzte die deutsche Forderung, indem er für die Gründung einer internationalen Lufttransportgesellschaft und für die Errichtung einer internationalen Luftpolizei eintrat. Wenn diese Forderungen

gen und im übrigen Frankreichs allgemeine Kontrollwünsche im Rahmen der allgemeinen Abrüstungskonvention erfüllt würden, sei Frankreich für die vollständige Abschaffung der Militärluftfahrt zu haben. Es war die übliche Scheinheiligkeit, mit der die Franzosen in entscheidenden Augenblicken alle Abrüstungsbemühungen sabotierten.

"Wir sind durchaus nicht gegen die Internationalisierung der Zivilluftfahrt, bevor wir uns aber dazu äußern," erwiderte Brandenburg, "wollen wir die Erklärung haben über die Abrüstung der Militärluftfahrt. Solange diese Erklärung nicht besteht, halte ich eine Erörterung der Internationalisierung für verfrüht. Ich vermag mich an ihr nicht zu beteiligen."

Der deutsche Standpunkt rief einen lauten Tumult hervor, und die Mehrheit des Ausschusses stand auf der Seite des Franzosen, und der franzosenfreundliche Vorsitzende, der Spanier de Madariaga, **lehnte den deutschen Antrag ab und schlug vor, die französische Forderung zu behandeln.** So war es den Franzosen wieder einmal gelungen, die Behandlung der Frage, ob die Militärluftfahrt abgeschafft werden sollte, zu verschleppen.

Dieser Vorfall führte zu einer vollständigen Stockung der Verhandlungen im Ausschuß, und am 1. März endlich kam ein Kompromiß zustande, daß Deutschland sich formell weiter beteiligen wolle, aber den sachlich ablehnenden Standpunkt gegen die von Frankreich geforderte Internationalisierung der zivilen Luftfahrt uneingeschränkt aufrecht erhalte.

Heerestypen

Der Hauptausschuß setzte am 22. Februar die Beratungen über den **französischen Plan zur Vereinheitlichung der kontinental-europäischen Heerestypen** fort. Nadolny ging auf Pierre Cots Plan vom 17. Februar ein, meinte aber, daß die deutsche Stellungnahme von der befriedigenden Lösung bestimmt Fragen abhängig sei, die durch die Annahme folgender deutscher EntschlieÙung erreicht werde:

"Der Hauptausschuß stellt fest:

a) daß nur Heere mit reinem Verteidigungscharakter mit einem System der Sicherheit vereinbar sind,

b) daß es, um den Heeren einen Verteidigungscharakter zu geben, in erster Linie erforderlich ist, diesen die Angriffsmittel durch Abschaffung der Waffen mit besonderem Angriffscharakter zu nehmen (schwere bewegliche Artillerie, Kampfwagen, Luftstreitkräfte, Verbot des Bombenabwurfs) und für jedes Heer die Menge an zugelassenem Kriegsmaterial festzusetzen,

c) daß es für die Schaffung eines Sicherheitssystems außerdem erforderlich ist, eine wesentliche Herabsetzung der Streitkräfte der stark gerüsteten Staaten und einen Ausgleich der Streitkräfte aller Staaten vorzunehmen. Hierbei müssen die Überseestreitkräfte, die sich in den in der Nähe des Mutterlandes liegenden Überseegebieten befinden, eben wie die im Mutterlande selbst stehenden Überseestreitkräfte als Teil der Heimatstreitkräfte betrachtet werden.

Der Hauptausschuß beschließt daher, bevor er sich über den Grundsatz der Vereinheitlichung der Heerestypen ausspricht:

a) selbst ohne Verzögerung die Frage der Abschaffung der besonderen Angriffswaffen und die Begrenzung des zugelassenen Kriegsmaterials zu regeln,

b) den Effektivausschuß zu beauftragen, die Bestimmungen zur Herabsetzung und zum Ausgleich der Streitkräfte im Sinne der Grundsätze des Hooverplanes festzusetzen und dem Hauptausschuß den Vorschlag hierüber auf einen Zeitraum von... Tagen vorzulegen."

Paul Boncour, der es auf die Zertrümmerung der deutschen Reichswehr abgesehen hatte, protestierte und Aloisi brachte einige Abänderungsvorschläge zum französischen Plane vor. **Ohne auf Nadolnys Vorschläge einzugehen, beauftragte Henderson Paul Boncour und Aloisi, den französi-**

schen Vorschlag abzuändern. Auf Nadolnys Frage, warum nicht auch sein Vorschlag berücksichtigt werde, entgegnete Henderson, **der Hauptschuß könne nicht andere Entscheidungen vorwegnehmen, bevor er sich über das Prinzip der Vereinheitlichung der Heerestypen ausgesprochen habe.** Als sich Nadolny nochmals zum Worte meldete, beachtete ihn der Engländer nicht, sondern schloß die Sitzung. - Bei der Abstimmung am 24. Februar wurde der französische Vorschlag auf Vereinheitlichung der kontinental-europäischen Armeen in einem Heeressystem mit kurzer Dienstzeit und beschränkten Truppenverbänden mit 21 Stimmen von 64 angenommen, der deutsche Vorschlag aber abgelehnt. Frankreich triumphierte: es hatte wieder gesiegt.

Als man nun in den nächsten Tagen dazu überging, die Frage zu prüfen, **ob auch die Kolonialtruppen von der Vereinheitlichung der Heerestypen** betroffen werden sollten, wurde diese von den Vertretern der Kolonialmächte einmütig verneint. Der Widerspruch Nadolnys und Aloisis blieb ohne jeden Erfolg. Am 1. März nahm der Hauptausschuß den französischen Antrag, der eine Folge des Beschlusses vom 24. Februar war, an, daß **Berufsheere neben Milizheeren in einem Staate nicht gestattet sein dürften.** Damit war das Schicksal über die deutsche Reichswehr gesprochen, wenn die Milizheere anerkannt wurden. Zwei Tage später wurde mit 20 Stimmen gegen Deutschland, Österreich und Ungarn der französische Antrag angenommen, die Frage, in welchem Verhältnis die Effektivbestände herabgesetzt werden sollen, fristlos zu vertagen. Nadolny war empört: ein Jahr tage nun die Abrüstungskonferenz, neun Monate seien seit der Hooverbotschaft verflossen, aber ihrer Hauptaufgabe, die Truppenstärke herabzusetzen, entziehe sich die Konferenz beharrlich. In grobem Tone entgegnete Henderson, niemand habe das Recht, Steine auf die Konferenz zu werfen oder anderen Mächten Vorwürfe zu machen.

Kriegsmaterial

Am 9. März wagte sich der Hauptausschuß an eine heikle Frage, nämlich die **Frage des Kriegsmaterials** heran. Der englische Staatssekretär Eden hoffte, daß es gelingen werde, eine Liste der Waffen aufzustellen, die den Regierungen nicht mehr zur freien Verfügung stehen sollten. **Doch Nadolny wollte mehr: man solle sich nicht nur damit begnügen, Merkmale und Definitionen festzusetzen und die Frage der Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen wieder offen lassen.**

"Jetzt müssen sichtbare Ergebnisse herbeigeführt werden, jetzt muß man sich entscheiden, die wenigen Waffen, die einen spezifisch offensiven Charakter haben, abzuschaffen."

Sofort war der Franzose Massigli auf dem Plan: **Frankreich mache die quantitativen und qualitativen Rüstungsherabsetzungen von zwei Bedingungen abhängig: von einer allgemeinen Organisation der europäischen Sicherheit und von der Vereinheitlichung der Heerestypen auf der Grundlage kurzer Dienstzeit und beschränkter Effektivbestände.** Die Frage des Kriegsmaterials sei unlöslich verbunden mit der Frage der Heeresorganisation und der Effektivstärken. Man könne nicht verlangen, daß ein Staat seine Verteidigungsmittel aufgebe, wenn er, falls er angegriffen werde, nicht auf die Hilfe der anderen Staaten rechnen könne. Deswegen könne Frankreich jetzt keine Erklärungen abgeben, zu welchen Rüstungsherabsetzungen es bereit sei. Nach langem Hin und Her wurde endlich der italische Vorschlag angenommen, einen Dreizehnerausschuß zu bilden, der einen Fragebogen über das abzuschaffende oder zu begrenzende Kriegsmaterial aufstellen sollte.

**Frankreichs
"Sicherheit"**

Inzwischen war der politische Ausschuß der Konferenz bemüht, **die von England vorgeschlagene Verpflichtung für sämtliche Mächte, in einem zukünftigen Konflikte unter keinen Umständen zu Gewaltmaßnahmen zu greifen, mit der französischen Forderung nach Sicherheit zu verbinden.** Deutschland beharrte auf seinem Standpunkte, daß es eine neue Bekräftigung der entehrenden Locarnobestimmungen ablehnen müsse. Frankreich und Belgien aber wollten dies: sie weigerten sich, daß ihre Rechte, bei einer deutschen Truppenansammlung in der entmilitarisierten Rheinlandzone Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland zu ergreifen, in die von England vorgeschlagene Verpflichtung einbezogen würden. Mit andern Worten: sie wollten nicht, daß ihre "Rechte" durch den neuen Garantievertrag außer Kraft gesetzt wurden.

Am letzten Februartage einigten sich die Locarnomächte auf folgende **Gewaltverzichtsformel**:

"Die Regierungen, in dem Wunsche, die Sache der Abrüstung zu fördern, indem sie den Geist gegenseitigen Vertrauens unter der Bevölkerung Europas durch eine Erklärung stärken, die ausdrücklich den Gebrauch der Gewalt unter den Umständen untersagt, wo der Pakt von Paris den Krieg untersagt, bestätigen von neuem ausdrücklich, daß sie unter keinen Umständen untereinander zur Gewalt als Werkzeug nationaler Politik greifen werden."

Von deutscher Seite wurde darauf hingewiesen, daß nun der endlosen Kette der "Sicherheiten" ein neues Glied angefügt worden sei und somit die französischen Sicherheitswünsche befriedigt seien. Dem Völkerbundsvertrag, dem Locarnovertrag, dem Kelloggpackt, den internationalen Schiedsgerichtsabkommen geselle sich jetzt noch die Gewaltverzichtsformel hinzu, und so bestehe für sofortige und wirksame Abrüstungsmaßnahmen kein Hinderungsgrund mehr.

Frankreich aber wollte mehr: es verlangte europäische Abkommen für gegenseitige Hilfeleistung zur Stabilisierung der gegenwärtigen kontinental-europäischen Verhältnisse. Das aber lehnten England und Deutschland, Italien und Sowjetrußland, Österreich, Ungarn und Holland ab. Nur die kleine Entente, Griechenland und Finnland traten für Frankreich ein. **Am 7. März jedoch waren die französischen Bemühungen gescheitert.** Es blieb bei der Gewaltverzichtsformel.

Anfang März 1933 hatte sich die Abrüstungskonferenz derart auseinandergeredet, daß sie kurzerhand ohne jeden Erfolg abgebrochen werden konnte. Aber niemand wollte die Verantwortung für einen solchen Schritt übernehmen. **Der eigentlich schuldige Teil war das starrköpfige Frankreich.** Adolf Hitler hatte, ebenso wie seine Vorgänger, den ehrlichen Willen einer Abrüstung, **aber er forderte eine wirkliche, nicht verklausulierte Abrüstung!** Diese Abrüstung müsse **auf der Grundlage unbedingter Gleichberechtigung aller Staaten** vor sich gehen und dieselbe Sicherheit für alle Völker mit sich bringen. Die Teilung zwischen Sieger und Besiegten müsse aufhören, da sie das gegenseitige Vertrauen untergrabe.

Frankreich andererseits war nicht gewillt, die Hegemonie, die es 1919 gewonnen hatte, wieder preiszugeben. Es ging sogar jetzt soweit, die deutsche Reichswehr, deren legale Grundlage der Versailler Vertrag war, anzugreifen und ihre Zerstörung zu fordern, weil es in diesem "Berufsheer" einen schrecklichen Gegner ahnte. Da es den Schein des Rechtes wahren wollte, um nicht die gesamte Welt gegen sich zu mobilisieren, versuchte es die Abrüstungskonferenz durch raffinierte Verschleppungsmanöver zu sabotieren.

Italien stand zu Deutschland. England suchte zu vermitteln. Es wollte unter allen Umständen den Abrüstungsgedanken zum Erfolg führen, da dieser zugleich ein Erfolg der britischen Politik sein würde. Aber es war ratlos, wie es einen Ausweg aus dem französischen Labyrinth der Winkelzüge finden sollte. Ein Scheitern der Abrüstungskonferenz, darüber waren sich die englischen Staatsmänner klar, würde auch ein Scheitern der geplanten Weltwirtschaftskonferenz zur Folge haben. Das aber war nicht nach Englands Sinn. So faßten denn Anfang März, als die Abrüstungskonferenz wieder einmal auf dem toten Punkte angekommen war, Macdonald und Simon **den Plan, selbst nach Genf zu fahren und die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen.**

Die Initiative Macdonalds begann mit einer **Unterredung Lord Tyrrells mit Daladier am 6. März**, die als Anzeichen einer sich bildenden Einheitsfront zwischen London und Paris bezeichnet wurde. Der englische Premierminister selbst hatte ganz allgemein den Plan, in Paris eine **"Versöhnungskonferenz"** zwischen Deutschland und Frankreich zu vermitteln, an der auch England und Italien teilnehmen sollten. Doch am 7. März war in London bekannt, daß weder Hitler noch Neurath noch Mussolini zu dieser Versöhnungskonferenz erscheinen würden. Es blieb nun nur noch der Ausweg, einen **fünffährigen "Rüstungswaffenstillstand"** zu erreichen. Hiergegen lehnte sich aber die deutsche Regierung auf, die nicht mehr fünf Jahre auf die Erfüllung des Abrüstungsversprechens anderer warten wollte. "Unsere Geduld ist erschöpft."

**Macdonald in
Paris und Genf**

Am Nachmittag des 8. März trafen Macdonald und Simon in Paris ein. Die Franzosen sahen diesem Besuch mit Mißtrauen entgegen, denn sie fürchteten, Macdonald werde ihnen Vorhaltungen wegen Genf machen. Andererseits versuchten sie den englischen Premierminister durch die Drohung mit einem bevorstehenden Kriege zwischen Deutschland und Frankreich dahin zu bringen, daß er ihnen Bündnishilfe versprach. Macdonald fand in Paris eine derart überhitzte Atmosphäre vor, daß in der Tat der einzige Ausweg, europäische Verwicklungen zu vermeiden, jetzt nur noch eine **Vertagung der Konferenz darstellt.** Eine Vertagung würde zwar England aus der unangenehmen Lage befreien, eingreifen zu müssen, falls wirklich ein deutsch-französischer Konflikt durch die Fortführung der Konferenz heraufbeschworen würde. Andererseits aber würde aus einer solchen Vertagung Deutschland das Recht auf seine Handlungsfreiheit herleiten, was dem Engländer ebenfalls unangenehm war, denn deutsche Handlungsfreiheit bedeutete, darüber war man sich klar, Wiederaufrüstung.

Es scheint, daß die Pariser Besprechungen, die sich bis zum 11. März hinzogen, die Franzosen sehr enttäuscht haben. **Die Franzosen forderten von Macdonald und Simson ein gemeinsames Vorgehen gegen die deutsche Regierung wegen der S.A.-Hilfspolizei im Rheinland. Die englischen Kronjuristen sahen aber in dieser Tatsache keinen Verstoß gegen den Versailler Vertrag, da die S.A. weder als militärische Formation noch als Polizeikräfte anzusehen seien.** Übrigens könnten bei einer Revolution, wie sie zur Zeit in Deutschland vor sich gehe, rein juristische Gesichtspunkte nicht vorherrschend sein. Der Übergang der Macht auf die Nationalsozialisten in den Städten des Rheinlandes sei eine rein innerdeutsche Angelegenheit, in welche sich einzumischen England ablehnen mußte. Diesen Standpunkt machte sich Macdonald zum heftigen Ärger der Franzosen zu eigen. So waren die Pariser Besprechungen für beide Teile ohne Erfolg geblieben.

Am 11. März traf **Macdonald in Genf ein** Er wußte nun, daß eine Fortführung der Konferenz gleichsam zu einem Ultimatum Frankreichs, eine Vertagung aber zu einem Ultimatum Deutschlands führen konnte. Hier galt es allen Ernstes zu vermitteln. Zunächst hatte er eine Besprechung mit Paul Boncour, dem er erklärte, daß die im französischen Plan vorgesehenen Maßnahmen ungenügend seien und keine Aussicht hätten, von Deutschland und Italien angenommen zu werden, französische Zugeständnisse seien deshalb unbedingt nötig. Eine von Paul Boncour vorgeschlagene Mehrheitskonvention, der Deutschland und Italien später beitreten sollten, verwarf der Engländer ebenso wie den Gedanken einer Fünfmächtekonferenz. Die Unterredung endete ohne jedes Ergebnis. Sehr zur Beunruhigung der Franzosen nahm Macdonald dann sofort die Beziehungen zu Aloisi auf und gelangte am folgenden Tage in den Gesprächen mit dem Italiener zu einem **neuen Abrüstungsplan.** Macdonald und Aloisi erwogen eine **Vertagung der Konferenz auf sechs Wochen,** um in der Zwischenzeit die aufgetürmten Schwierigkeiten auf diplomatischem Wege zu beseitigen und die Haltung der deutschen Regierung kennen zu lernen.

Der Macdonaldplan

Der neue Plan Macdonalds war ein Kompromiß zwischen den bisher bekannten Vorschlägen. Von **Hoovers Vorschlag** übernahm er die umfangreiche Herabsetzung der Effektivstreitkräfte. Ferner wurde das Verbot gewisser Angriffswaffen aufgenommen. Von den **französischen Anregungen** wurden die internationale Rüstungskontrolle und die Verpflichtung, nicht zu Gewaltmaßnahmen zu greifen, übernommen. Die **Dauer dieser Konvention,** die sich außerdem auf Locarno- und Kelloggpackt bezog, soll **5 Jahre** betragen. Im einzelnen sah der Vorschlag so aus:

1. Bestätigung der Gleichberechtigung aller Nationen.
2. Sicherheit durch abermalige Bestätigung aller Garantieverträge.
3. Einsetzung eines internationalen Kontrollausschusses, eines dauernden Abrüstungsausschusses und eines Ausschusses zur Entgegennahme von Beschwerden.
4. Abschaffung der schweren Geschütze, der schweren Tanks und anderer schwerer Angriffswaffen, wie Deutschland und Italien es wünschen.
5. Herabsetzung der Heeresstärke im Sinne des amerikanischen Vorschlages.

6. Verbot des bakteriologischen, chemischen und Gaskrieges.
7. Abschaffung des Luftbombardements und internationale Kontrolle der Zivilfliegerei.
8. Seeabrüstung und Beschränkung der Verwendung von Unterseebooten.
9. Begrenzung der Etats für Heer und Flotte.
10. Unbedingtes Verbot einer Wiederaufrüstung für Deutschland.

Interessant waren **Macdonalds Vorschläge über Heerestypen und Heeresstärken**. Ein Milizsystem sollte die Basis bilden. Die Dienstzeit sollte acht Monate, in Ausnahmefällen bis zu zwölf Monaten betragen. Die Heeresstärken sollten sein: Deutschland 200 000, Frankreich 400 000 (davon 200 000 Festlandstruppen), Italien 250 000, Polen 200 000, Rumänien 150 000, Tschechoslowakei 100 000, Belgien 75 000, Ungarn und Bulgarien je 60 000, Rußland 500 000, Jugoslawien 100 000 Mann.

Bezüglich der **qualitativen Abrüstung** wurden ebenfalls konkrete Vorschläge gemacht.

Bei der Artillerie schlug Macdonald 105 mm als höchstes Kaliber vor. Aber Staaten, die schwerere Geschütze hätten, dürften solche bis zur Grenze von 155 mm vorläufig behalten. Für Tanks sollten 16 Tonnen als Maximalgrenze gelten. In Etappen von ein bis drei Jahren sollte das verbotene Material zerstört werden. In bezug auf die **Flottenrüstungen** soll sich an **Deutschlands Lage bis 1936 nichts ändern**. Das Luftbombardement sollte verboten und nur in weit entlegenen Gebieten als Polizeimaßnahme gestattet sein. Die Zahl der Militärflugzeuge, die Macdonald nach Ablauf von fünf Jahren gestattete, betrug für Frankreich, Italien, Japan, Rußland, England, Vereinigte Staaten je 500, für Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien je 200, für Rumänien und Belgien je 150. **Aber für Deutschland und die andern abgerüsteten Staaten war die Beibehaltung des status quo bis nach Ablauf der ersten fünfjährigen Etappe vorgesehen**. Vorhandene Luftschiffe sollen gestattet, Neuanschaffungen verboten sein. Die Hälfte der Flugzeuge, welche die angegebene Grenze übersteigen, sollen bis 30. Juli 1936 zerstört werden, der Rest vor Ablauf der Konvention. Nach Ablauf der ersten Abrüstungsetappe soll die Militär- und Marineluftschiffahrt unter Vorbehalt einer wirksamen internationalen Kontrolle vollständig abgeschafft werden. Für die Zivilluftfahrt sah der Plan eine Reglementierung vor, der gesamte chemische und bakteriologische Krieg soll verboten sein.

Am Nachmittag des 16. März hielt Macdonald im Hauptausschuß eine große Rede, mit der er die Konferenz vor endgültigem Zusammenbruch zu retten versuchte. Die Konferenz trete in ihre entscheidende Phase und jeder müsse Zugeständnisse machen. Gewiß sei es so, wie ein "langjähriger Freund" - er meinte Neurath - ihm einmal gesagt habe: "Entweder gewährt man Deutschland Gerechtigkeit und Freiheit, oder Europa läuft Gefahr, zusammenzubrechen." Aber **als nur fordern die Macht werde Deutschland in eine falsche Lage geraten**. Die Grundzüge seines neuen Planes seien die Festsetzung einer ersten Abrüstungsetappe von fünf Jahren, Bekundung des Abrüstungswillens vor aller Welt, Einsetzung eines ständigen Abrüstungskontrollorgans, Vorbereitung weiterer Rüstungsherabsetzungen für die zweite Etappe, Schaffung einer Vertrauensatmosphäre.

"Die Konferenz hat die Freiheit, den Plan zurückzuweisen, aber sie muß sich darüber klar sein, daß sie mit dieser Ablehnung eine andere Wahl trifft. Abrüstung ist kein Selbstzweck, sondern ein Beitrag zum Frieden. Nur hierauf kommt es an. Eine Ablehnung bedeutet das Risiko eines neuen Krieges. Ein Mißerfolg würde die zerstörenden Kräfte im Leben der Völker wieder an die Oberfläche bringen. Um eine solche Tragödie zu verhindern, sind wir hier."

Daladier und Gibson wie auch Aloisi und Nadolny stimmten dem Plane Macdonalds zu. Nadolny drückte die Genugtuung und Hoffnung aus, daß der englische Vorschlag endlich zu einem praktischen Ergebnis führen möge. Die deutsche Regierung stelle mit Befriedigung fest, daß der englische Konventionsentwurf eine wahrhafte und wesentliche Abrüstung anstrebe. Im übrigen behalte sich die deutsche Regierung eine eingehende Prüfung des Planes vor. - Um allen Regierungen eine

solche Prüfung zu ermöglichen, wurden die Sitzungen des Hauptausschusses auf eine Woche vertagt.

Der Reichsaußenminister Neurath war sehr pessimistisch über den Fortgang der Konferenz, da er bei den anderen die Absicht erkannte, Deutschland um sein gutes Recht zu betrügen. Die Hoffnungen, die man auf die Gleichberechtigungsformel vom 11. Dezember gesetzt habe, hätten sich in keiner Weise erfüllt, äußerte Neurath Mitte März, nun, wo es ans Praktische gehen solle, erlebe die Politik der Winkelzüge nicht ihr Ende, sondern ihre Blütezeit. Überall werde das Wesentliche durch das Unwesentliche in den Hintergrund gedrängt. Das deutsche Volk wolle sich aber keineswegs mehr mit negativen Beschlüssen abspesen lassen. Wenn das hochgerüstete Frankreich nach Sicherheit verlange, was solle da erst das waffenlose Deutschland tun? Jede Vertagung der Konferenz, jeder Vorschlag von Rüstungsfeierjahren, jede gehaltlose Notlösung schaffe neue Beunruhigung. Das deutsche Volk beanspruche keine Sonderrechte für sich. Es wolle kein Vorrecht, das einem anderen Volke nicht gewährt werde. Aber auf Grund seiner Geschichte und seiner Selbstachtung sei auch das deutsche Volk nicht gewillt, weiterhin Bevormundungen über sich ergehen zu lassen, die jeder andere, seiner Würde bewußte Staat, mit Entrüstung zurückweisen würde.

Über den Macdonaldplan äußerte Neurath, daß die Herabsetzung der Heeresstärken dem Hooverplane entspreche, aber nicht genüge. Unklar sei die Stellung der militärischen Verbände. Unmöglich sei es für Deutschland, daß die Staaten, die keine Luftflotte besitzen, auch in Zukunft keine haben sollten.

Die anderen Völker konnten seit Wochen nicht mehr darüber im Zweifel sein, daß die Regierung Adolf Hitlers, nachdem die Regierungen Papens und Schleichers die Gleichberechtigung erkämpft hatten, nun auch fest und unerschütterlich die praktische Durchführung ihrer Rechte forderten und von dieser Forderung keinen Schritt abwichen. Die Zeiten der konzi- lianten Liebenswürdigkeiten und faulen Kompromisse waren vorüber, und diese Erkenntnis lastete schwer auf Frankreich und England. Die Franzosen fühlten sich derart in die Enge getrieben, daß sie keinen anderen Ausweg fanden, als mit dem Gedanken des Krieges zu spielen, und die Engländer versuchten ernstlich, eine Vermittlung zwischen den kontinentalen Gegensätzen zu betreiben. Deshalb hatten Macdonald und Simson die Reise nach Paris und Genf unternommen und begaben sich nun nach Rom, wo sie am 18. März eintrafen.

In England vermutete man, daß die **Zusammenkunft Macdonalds mit Mussolini** den Zweck verfolge, ein Zusammengehen Englands, Frankreichs und Italiens herbeizuführen, um dadurch einen Druck auf Deutschland auszuüben. In Frankreich argwöhnte man, daß aus den römischen Besprechungen ein englisch-italischer Plan auf Vertragsrevision hervorgehen werde.

*Macdonald
und Mussolini*

Das Ergebnis der Romreise, um dies vorwegzunehmen, war, daß die **Initiative in der Fortentwicklung der europäischen Dinge von England auf Italien übergang.** Mussolini erklärte Macdonald, daß dessen Abrüstungsvorschlag eine geeignete Verhandlungsgrundlage bilde, insbesondere, weil er konkrete Ziffern enthalte. Dann aber überzeugte Mussolini den englischen Premierminister davon, daß es nicht den Tatsachen entspreche, wenn man in der deutschen Umwälzung eine Gefahr für den Frieden Europas sehen wolle. Schließlich aber **lehnte Mussolini den Gedanken Macdonalds einer englisch-französisch-italischen Zusammenarbeit ab, denn Deutschland habe Anspruch, als gleichberechtigter Partner zu allen Verhandlungen hinzugezogen zu werden.**

Darauf unterbreitete Mussolini den Engländern einen "**politischen Pakt der Entente und Zusammenarbeit zwischen den vier Westmächten**", eine Art erweiterten Locarnopaktes, der England, Frankreich, Italien und Deutschland umfassen solle. Der Vertragsentwurf, der übrigens auf einer von Mussolini bereits im Herbst 1932 geäußerten Idee beruhte und dem deutschen Botschafter von Hassell und dem französischen Botschafter de Jouvenel vorher vorgelegt worden war, erkannte alle bestehenden Vertragsverpflichtungen einschließlich Locarnopakt, Kelloggspakt und Erklärung der Nichtanwendung von Gewalt,

*Mussolinis
Viermächtepakt*

erneut an, ohne England neue Verpflichtungen aufzuerlegen. Weiter schlug er einen fünfjährigen Rüstungs- und politischen Waffenstillstand vor, und schließlich sah er mit Rücksicht auf Frankreich eine Revision der Friedensverträge nur durch den Völkerbund vor. Es war bei dieser Revision zunächst an die Straf- und Minderwertigkeitsbestimmungen des Versailler Vertrages, dann aber auch an den **westpreußischen Korridor** gedacht.

Um diesen Pakt in Gang zu setzen, entwickelte Mussolini den **Plan einer Viermächtekonferenz in Rom**, deren Aufgabe es sein müsse, die Kriegsbefürchtungen zu zerstreuen und damit das Werk der Abrüstungskonferenz zu erleichtern. Dieser Plan gab der internationalen Politik eine überraschende Wendung. In die mit Hochspannung geladenen, völlig zerfahrenen machtpolitischen Strömungen, die in tiefen Gegensätzen aufeinanderprallten, trat plötzlich wieder der **Gedanke der Einigung und Einheit**. Und so geschah es, daß in dem Augenblicke, da Hitler durch die Eröffnung des Reichstages die Wende des deutschen Schicksals aller Welt vor Augen führte, sich der Schwerpunkt der internationalen Politik von Genf nach Rom verlegte, ein Vorgang, der die Stellung der Hitlerregierung im Auslande stark festigen mußte.

Auf der Rückreise von London hatten Macdonald und Simon in Paris eine **Unterredung mit den französischen Staatsmännern**, die nach einigem Widerstreben sich bereit erklärten, in eine Erörterung des Mussolinipaktes eintreten zu wollen.

Am gleichen Tage, dem 21. März, wurde auch in Washington ein Plan bekanntgegeben, dessen Ziel ein europäisches Abrüstungsabkommen war. Der Plan, den Norman Davis nach Europa mitnehmen sollte und der die volle deutsche Gleichberechtigung anerkannte, hatte vier Punkte:

1. Die Vereinigten Staaten sind für eine Mitarbeit am Mussoliniplan. Sie treten darüber hinaus ein für ein Abkommen, das auf die Dauer von 10 Jahren in Europa den Gewaltverzicht festlegt.
2. Die Bestrebungen der europäischen Länder bezüglich eines endgültigen Abkommens über die Landrüstungen werden im Interesse der Erhöhung des gegenseitigen Vertrauens gebilligt.
3. Amerika bietet seine Mitarbeit bei der Aufstellung der Ziffern für ein derartiges Übereinkommen an.
4. Die Regierung der Vereinigten Staaten tritt dafür ein, **alle** europäischen Länder in den Mussolinipakt aufzunehmen.

Der Mussoliniplan war in den Vordergrund des internationalen Interesses getreten. Um ihn ungestört erörtern und zum Erfolge führen zu können, wurde die **Abrüstungskonferenz in der letzten Märzwoche auf 5 Wochen bis Ende April vertagt.**



19. Kapitel: Umbau von Reich und Volk.

Der Kernpunkt des Nationalsozialismus war der **völkische Gedanke**. Im Begriff des Völkischen vereinte sich das nationale und das sozialistische Moment: Sollte das Werk Adolf Hitlers und seiner Mitarbeiter zum erhofften Ziele, zur Wiedergewinnung der einigen Nation über Stände, Klassen und Kasten hinweg führen, dann mußte dem Volke das Bewußtsein der Reinheit und Reinerhaltung seines Geblütsnetzes, das Bewußtsein seiner gemeinsamen Bindung in Blut und Boden, seiner Einheit in Blut und Art, wiedergegeben werden. Es mußte die jüdische Überschwemmung des letzten Menschenalters zurückgeleitet, beseitigt werden.

**Die völkische Grundlage
des Nationalsozialismus**

In den Jahren von 1918 bis 1932 hatten **mehr als 70 000 meist aus Osteuropa eingewanderte Juden in Preußen das Bürgerrecht erworben**. Sie hatten sich in Handel und Wirtschaft maßgebenden Einfluß erworben und dort ihr betrügerisches Unwesen getrieben, sie hatten Beamtenstellen über alle Gebühr erobert und hatten den einst in der Welt berühmten preußischen Beamtenstand durch grenzenlose Korruption verseucht, sie bestiegen Ministersessel, wie Hilferding, der als

Reichsfinanzminister den gewaltigsten Betrug der Neuzeit, die Inflation, verübte, als Staatsanwälte und Strafrichter, als Notare und Ärzte waren sie zur Macht über das deutsche Volk gekommen. **Die Lehre des Nationalsozialismus ging dahin, daß das deutsche Volk von der Verjudung wieder befreit werden müsse. Kein jüdischer Staatsanwalt dürfe Deutsche anklagen, kein jüdischer Richter dürfe Deutsche verurteilen, kein jüdischer Rechtsanwalt dürfe den Geist des deutschen Rechtes verwirren, keinem jüdischen Arzt dürfe das Schicksal deutscher Menschen ausgeliefert werden. Die Juden seien eine fremde Rasse - der Begriff der Religion spielt hierbei keine Rolle, so daß auch evangelische und katholische Juden nach der Art ihres Blutes als Fremdstämmige gelten - und sie seien als Ausländer zu betrachten.** Es sei recht und billig, daß ihr Anteil an den Berufen der Rechtsanwälte und Ärzte ihrem Prozentanteil am Volke der Deutschen, der auf 1,5 Prozent ermittelt wurde, entspreche, und daß auch der Zustrom der Juden zu den höheren Schulen und Hochschulen lediglich auf den Anteil der Juden am deutschen Volke beschränkt werde. **Aus Verwaltung und Beamtentum seien die Juden restlos zu entfernen. Hier gelte der Grundsatz: Deutsche für Deutsche.**

Der **preußische Justizkommissar Kerrl** hatte bereits im März begonnen, die jüdischen Richter aus den Strafkammern herauszunehmen und an Zivilkammern zu versetzen. Auch waren von den Berliner Gerichten die jüdischen Staatsanwälte entfernt worden. - **Der Kampf gegen das Judentum war in weiten Kreisen des deutschen Volkes mit Begeisterung aufgenommen worden, und wir sahen bereits, daß es in verschiedenen Städten zur Schließung jüdischer Geschäfte und Warenhäuser kam.**

**Judenhetze
im Ausland**

Diese Vorgänge in Deutschland führten zu einer **jüdischen Lügen- und Greuelpropaganda im Auslande.** Man zeterte über Pogrome und Bluttaten, die nicht im geringsten der Wahrheit entsprachen. Jeden Tag brachte die englische Presse neue Entsetzensnachrichten aus Deutschland. **Deutsche und ausländische Marxisten schürten diesen ruchlosen Lügenfeldzug, der kein anderes Ziel hatte, als die Regierung Hitler zu stürzen.** Man entdeckte in Schlupfwinkeln kommunistische Geheimdruckereien, die Tag und Nacht Greuelmärchen fabrizierten und durch Kuriere ins Ausland verschleppen ließen. Die ganze Gewissenlosigkeit, die schon während des Krieges zum Sturze des Kaiserreichs angewandt worden war, entfaltete wieder ihre unheilvolle Kraft.

Die **deutschen Regierungsstellen** warnten. Neurath, Göring, Göbbels, Papen erklärten, den Juden passiere nichts, aber die ausländischen Juden erwiesen mit ihren Lügen den deutschen Juden einen schlechten Dienst. Auch kirchliche Kreise und andere Organisationen, Handelskammern, der Bund der Auslandsdeutschen, erklärten, daß an den Meldungen von Pogromen nicht ein wahres Wort sei. Die Hapag lud prominente amerikanische Bürger nach Deutschland ein, um sich vom wahren Sachverhalt zu überzeugen. Der amerikanische Botschafter in Berlin kabelte nach Washington, daß die Zustände in Deutschland völlig in Ordnung seien.

Sogar die jüdischen Verbände in Deutschland, der Verband der nationaldeutschen Juden, die Zionistische Vereinigung und der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten traten aufs schärfste den Lügenmeldungen entgegen.

Dennoch verschärfte sich die jüdische Propaganda gegen die Regierung Hitler Ende März. Autos fuhren durch die Straßen Londons, mit Aufschriften wie **"Juda erklärt Deutschland den Krieg"** und mit Aufforderungen zum Boykott deutscher Waren. Auf den Straßen der englischen Hauptstadt wurden Deutsche von jüdischen Banden überfallen und mißhandelt. Die Juden drangen in deutsche Hotels ein und griffen die Deutschen tötlich an. In verschiedenen Gaststätten wurden den Deutschen Speisen und Getränke verweigert. In der Presse wurde zur Entlassung deutscher Angestellter aufgefordert. **Der englische Deputiertenverband, das "jüdische Parlament", das 300 000 englische Juden vertritt, neigte bei seiner Sitzung am 26. März unter dem Vorsitz Nathan Janners sehr stark dazu, einen uneingeschränkten Boykott der deutschen Waren zu fordern.** Der Präsident der jüdischen Weltallianz zur Bekämpfung des Antisemitismus forderte den Boykott deutscher Waren solange, bis in Deutschland die jüdischen Staatsbeamten wieder in ihre

Ämter eingesetzt seien!



Londoner Juden hetzen im Hydepark gegen Deutschland. Photo Scherl.



Londoner Juden hetzen zum Boykott deutscher Waren. Photo Scherl.

Auch die jüdischen englischen Pelzhändler hielten am 29. März in der Londoner City eine Protestversammlung ab, wo das, was sich jetzt in Deutschland abspiele, als "mittelalterliche Barbarei" bezeichnet wurde. Am folgenden Tage hallten die beiden Kammern des Parlaments wider von unerhörtesten Angriffen auf Deutschland wegen der "Judenverfolgungen". Zwar behielt die Regierung ihre Besonnenheit. In ihrem Namen erklärte der Kriegsminister Lord Hailsham, es könne nicht Aufgabe der Regierung sein, Deutschland Vorschriften zu machen; es sei festgestellt, daß kein britischer Untertan jüdischer Abstammung in Deutschland irgendwie schlecht behandelt worden sei. Doch die Stimme der Vernunft ging unter im entfesselten Haß und im Toben verblendeter Leidenschaften. -

Bemerkenswert war die **Verbindung der Kommunisten mit den Juden**. Die deutsche kommunistische Partei hatte die britischen Kommunisten aufgefordert, die Judenschaft zur Bekämpfung des Hitlerregimes zu organisieren. **So kam eine Verständigung der englischen Kommunisten mit den in London lebenden polnischen und russischen Juden zustande, die soweit ging, daß Deutsche, die im Verdacht standen, national gesinnt zu sein, auf schwarze Listen gesetzt wurden!**

In **New York** veranstalteten die Juden ähnliche Umtriebe, sie riefen **Massenprotestversammlungen** zusammen, hetzten im Rundfunk gegen die Deutschamerikaner, bewirkten die Entlassung deutscher Angestellten. Am 27. März fand auf Anordnung der amerikanischen Rabbiner in ganz Amerika ein Fast- und Betttag wegen der angeblichen Judenverfolgungen in Deutschland statt. Am Nachmittage setzten sich riesige jüdische, sozialdemokratische und kommunistische Protestumzüge zum Madison Square Garden, einem der größten Plätze New Yorks, in Bewegung. Zwar war die Sache doch nicht so gewaltig, denn nicht nur die konservativen deutschen Juden, sondern auch der katholische Bischof Dunn hatte auf Betreiben des Staatsdepartements seine Beteiligung abgesagt, und die Protestversammlung begnügte sich vorläufig, den Boykott deutscher Waren aufzuschieben, "um der deutschen Regierung Gelegenheit zu geben, daß sie ihr Versprechen halte und die Juden in Deutschland nicht verfolge."

In **Warschau** demonstrierten die Juden am Abend des 27. März in zahlreichen Versammlungen gegen die "deutsche Barbarei" und beschlossen den Boykott deutscher Waren. Sie wollten auch Umzüge veranstalten und versuchten den Polen zu gefallen, indem sie polnisch-nationalistische Rufe ausstießen: "Hände weg von Pommerellen" oder "es lebe das polnische Danzig". Allerdings ihr Versuch, vor die deutsche Gesandtschaft zu ziehen, wurde von der Polizei mühelos vereitelt. -

Aber die deutsche Regierung hatte nicht die Absicht, sich von den Juden des In- und Auslandes tyrannisieren zu lassen. Die Nationalsozialistische Partei entschloß sich, den ihr aufgezwungenen **Abwehrkampf gegen die jüdische Hetzpropaganda in schärfster Form aufzunehmen.** Am 28. März wurde bei der Reichsleitung ein **Boykott-Komitee gegen die Juden** gebildet. Dies ordnete an, daß am 1. April schlagartig in ganz Deutschland jüdische Geschäfte, Ärzte, Rechtsanwälte zu boykottieren seien, daß aber

**Judenboykott
in Deutschland**

dieser Boykott in strengster Disziplin und Ruhe vor sich zu gehen habe und keinerlei Gewalttat gegen Juden und Ausländer verübt werden sollten. Da bekannt wurde, daß die Kommunisten diesen Vorgang zu Plünderungen benutzen wollten, wurden auch die Polizeibehörden zu verschärfter Überwachung aufgefordert. Gleichzeitig kündigte Adolf Hitler an, daß, falls der eintägige Boykott seine Wirkung verfehle, er am 5. April wieder aufgenommen und auf längere Zeit ausgedehnt würde. - Die Durchführung des Boykotts wurde in die Hände besonderer Aktionskomitees gelegt.

In einigen Gebieten Deutschlands wurde der Boykott bereits vorzeitig in den letzten Märztagen eröffnet. In Schwerin, Essen, Duisburg, Wittenberge, Stettin, Lüneburg, Münster wurden die jüdischen Geschäfte geschlossen, in Görlitz kam es zu erregten Demonstrationen vor dem Amtsgericht: Die Entfernung jüdischer Richter und Rechtsanwälte wurde gefordert, S.A. und S.S. besetzten das Gerichtsgebäude und nahmen mehrere Richter und Anwälte in Schutzhaft.

Am 1. April 10 Uhr vormittags wurde in ganz Deutschland der Judenboykott durchgeführt. S.A.-Posten standen vor den Türen der jüdischen Geschäfte, Rechtsanwälte und Ärzte und mahnten alle, die kamen, zu Deutschen zu gehen. Besondere Patrouillen sorgten dafür, daß keine Ausschreitungen sich ereigneten. Die Aktion verlief in aller Ruhe, bis auf einen Fall in Kiel, wo ein jüdischer Rechtsanwalt einen S.A.-Mann niederschloß. Der Rechtsanwalt wurde von der wütenden Menge erschossen. Die Marxisten natürlich demonstrierten gegen den Boykott, indem sie an diesem Tage die jüdischen Geschäfte besuchten. Dennoch aber bedeutete der 1. April für die Juden in Deutschland einen schweren wirtschaftlichen Schlag.



Judenboykott am 1. April 1933. Photo Scherl.



Judenboykott am 1. April 1933. Photo Scherl.

Es hat wohl kaum einen Vorgang in der deutschen Geschichte gegeben, bei dem das ganze Volk so unmittelbar in die große Politik eingriff wie in diesem Falle. Millionen Deutscher sandten Depeschen und Briefe an Zeitungen, Politiker, Verbände, Firmen und Privatpersonen in England, worin sie die Ruhe und Ordnung Deutschlands schilderten. Die Wucht dieser Kundgebungen hinterließ bei den Engländern einen tiefen Eindruck.

Als die Juden des Auslandes sahen, daß Deutschland ernstlich willens war, den Kampf aufzunehmen, begannen sie vorläufig den Rückzug ihrer Hetz- und Lügenpropaganda. Damit war das Ziel Hitlers erreicht, und die Fortsetzung des Boykotts am 5. April unterblieb. Allerdings ließ sich nicht verhindern, daß der Haß der Juden, der im geheimen weiter wühlte, auch späterhin hier und da immer wieder aufflackerte. Als am 5. April die Deutschen in Brüssel eine Demonstration gegen die Greuelhetze veranstalteten, überfielen jüdische Banden einzelne Deutsche und begannen Schlägereien. In London versuchten die Juden, den Boykott gegen die deutschen Waren in verstärktem Maße wieder aufzunehmen, wurden aber von den Behörden in Schranken gehalten. Als aber Mitte April im englischen Unterhaus ungehörige und unbegründete Angriffe gegen die deutsche Regierung erfolgten, versuchten die Londoner Juden aufs neue ihre Forderungen bekanntzumachen: Wiedereinstellung der entlassenen Juden, Beendigung des Boykotts jüdischer Geschäfte, Schadensersatz und Sondergerichte für die Ausschreitungen gegen Juden. In Kettenbriefen jammerten sie, daß "Hunderttausende deutscher Juden entweder verhungern oder in naher Zeit zum Selbstmord

getrieben werden." Die Juden beklagten, daß sie keine offizielle Hilfe fanden, sondern sich selbst helfen mußten. Es gelang ihnen aber doch im Laufe der Zeit, die fremden Regierungen sowohl von der kapitalistischen wie von der marxistischen Seite her unter ihren Einfluß zu bringen und in steigende Feindschaft gegen Deutschland hineinzutreiben. Die Vorgänge auf der Abrüstungskonferenz wie auch die skrupellose Demagogie beim Prozess gegen den Reichstagsbrandstifter im Herbst 1933 waren im letzten Grunde nichts als die Auswirkungen planmäßiger jüdischer Greuel-, Hetz- und Lügenpropaganda. Sie wurde unterirdisch betrieben, offenbarte sich aber doch, wie wir sehen werden, hier und da gelegentlich recht geräuschvoll.

Das Werk der völkischen Reinigung wurde von der Regierung ohne Rücksicht auf jüdische Proteste tatkräftig fortgesetzt. Der preußische Justizkommissar Kerrl entfernte am 31. März die **jüdischen Richter, Rechtsanwälte und Schöffen** und entzog mehreren hundert jüdischen Rechtsanwälten, soweit sie nicht Kriegsteilnehmer waren, die Befähigung zur Ausübung ihres Berufes. Auch Stadtverwaltungen und andere Organisationen befreiten sich von den Juden. In den Berliner Schulen wurden die jüdischen Lehrkräfte beurlaubt. Der Dresdener Magistrat entließ sein jüdisches Personal. In Berlin wurden alle jüdischen Wohlfahrtsärzte durch deutsche Ärzte ersetzt. Der südwestdeutsche Rundfunk untersagte seinen sämtlichen jüdischen Angestellten das Betreten des Funkhauses. Reichsinnenminister Frick kündigte Anfang April ein Gesetz an, welches bestimmte, daß **in Zukunft nur noch beruflich vorgebildete, deutschblütige Beamte in die öffentliche Verwaltung eintreten dürften.** Damit war der endgültigen und entschlossenen Verdeutschung des Beamtentums sowie übrigens auch der Angestellten und Arbeiter in öffentlichen Betrieben der Weg gewiesen. Dem unseligen Gesetz des Norddeutschen Bundes vom 3. Juli 1869, wonach auch Juden zu öffentlichen Ämtern zugelassen wurden, wurde ein Ende bereitet.

**Wiederherstellung
des völkischen
Berufsbeamtentums**

Das Gesetz zur Wiederherstellung des nationalen Berufsbeamtentums trat am 8. April 1933 in Kraft. Danach mußten Parteibuchbeamte ohne Anspruch auf Pension entlassen werden. Beamte dagegen, die nichtarischer, also **jüdischer Abstammung** sind, wurden in den Ruhestand versetzt, ausgenommen solche, die vor dem 1. August 1914 im Staatsdienst standen, die an der Front mitgekämpft hatten oder deren Väter und Söhne im Weltkrieg gefallen waren. Als nichtarisch wurde derjenige bezeichnet, von dessen vier Großeltern ein Teil der jüdischen Rasse angehört hatte. Weiterhin wurde bestimmt, daß **politisch unzuverlässige Beamte**, die nicht die Gewähr dafür boten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, entfernt werden sollten. Nichtarische und politisch unzuverlässige Beamte erhielten jedoch kein Ruhegeld, wenn ihre Dienstzeit weniger als zehn Jahre betrug.

Eine ähnliche Regelung wurde gegen die **jüdischen Ärzte**, die nicht mehr bei den Krankenkassen zugelassen werden sollten, und gegen die **jüdischen Anwälte** getroffen. Ihre Zulassung konnte, gemäß Reichsgesetz vom 10. April, bis zum 30. September 1933 zurückgenommen werden mit Ausnahme der auch für die nichtarischen Beamten geltenden Sonderfälle. Von den 11 814 Rechtsanwälten in Preußen waren 2515 Juden, von diesen mußten 2158 zugelassen werden, da 1383 von ihnen Altanwälte und die übrigen Frontkämpfer waren. Rechtsanwälte, die sich kommunistisch betätigt hatten, wurden von der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft ausgeschlossen.

Ebenso wichtig aber war es, die **Studentenschaft**, aus der ein großer Teil des zukünftigen deutschen Beamtentums, des Ärzte- und Anwaltstandes dermaleinst hervorging, fest in den neuen Staat einzufügen. Die deutsche Studentenschaft war ein "Hauptträger der nationalsozialistischen Revolution", und diesem Umstande trug der **preußische Bildungskommissar Rust** Rechnung in dem **Studentenrecht**, das er Mitte April ausgearbeitet hatte. Die deutsche Studentenschaft, die von den Männern des vergangenen Systems aus dem Staate ausgeschaltet worden war, wurde wieder in den Staat hineingestellt und zu einem Selbstverwaltungskörper gemacht. Die Studentenschaft hatte in ihrer Kammer nicht mehr ein Parlament, sondern sozusagen eine Ständevertretung. Das Führerprinzip und die Forderung unbedingtester Disziplin wurden als oberster Grundsatz aufgestellt. Die arische Abstammung galt als selbstverständliche Voraussetzung, jeder

Studentenrecht

Student hatte ehrenwörtlich zu versichern, daß seine Eltern und Großeltern deutschblütig waren. Die großdeutsche Einheit war das politische Ziel, in dem sich sämtliche deutschen Studenten über den Horizont ihrer Hochschule hinaus zusammenzufinden hatten.

Bei der Verkündung des neuen Studentenrechts in der Aula der Berliner Universität am 6. Mai stellte Minister Rust die **beiden nationalsozialistischen Forderungen an die Universitäten auf: geistige Freiheit und freie wissenschaftliche Forschung und die Erziehung**. Die Jugend verlange nicht nur Lehrer, sondern auch Führer. Das habe die Professorenschaft bisher übersehen. Die deutsche Jugend lasse sich nicht von fremdrassigen Professoren führen, ebensowenig von denen, die geistig abirrten von der Wesensart deutscher Nation. Im Geiste Adolf Hitlers sei ein neuer Typ des deutschen Studenten geboren, dessen Vorbild der unsterbliche Werkstudent **Horst Wessel** sei: Student und Arbeiter zugleich. Zwischen Studenten und Professoren solle eine seelisch-geistige Annäherung stattfinden, die sich zu Arbeitsgemeinschaften verdichte. Diese Forschungs- und Weltanschauungsgemeinschaft werde in Kürze das deutsche Hochschulwesen an die Spitze der Nation emportragen. Vorbedingungen seien aber Disziplin und Frieden.

Diese drei Gesetze über Beamtentum, Anwälte und Studentenschaft waren fundamental für das neue Reich. Mit diesen Gesetzen bekam Adolf Hitler die **Ausführungsorgane der staatlichen Macht und ihren Nachwuchs** ganz in seine Hände. Die Verderbnis und Korruption, die Unfähigkeit und Zuchtlosigkeit, Ungehorsam und Egoismus, die tödlichen Laster jedes Beamtenapparates, die diesen in Deutschland in den letzten 14 Jahren ausgehöhlt und zerstört hatten, wurden von nun an beseitigt. Gehorsam und Pflichttreue in der Verwaltung konnten nun wieder der eherne Unterbau werden, auf dem sich die grundlegende Neuordnung von Volk und Reich erheben konnte. Der Beamte war nicht mehr Selbstherrscher, wie in der liberalistisch-marxistischen Blütezeit, sondern Diener eines einzigen, gewaltigen Machtwillens. Hierin liegt die Bedeutung dieser Gesetze, die sich alsbald in der Praxis zeigte: Deutschblütige Männer verwalteten die Dinge der völkischen Gemeinschaft im Dienste von Führer und Volk. Das Geblütsnetz im Staatsapparat war wieder geschlossen und konnte nicht mehr durch fremde Einflüsse zerstört werden. Die Sünden zweier Generationen waren wieder gutgemacht worden.

Galt die völkische Erneuerung des Beamtentums der Machtkonzentration in den ausführenden Organen der Staatsgewalt, so mußte die **politische Machtkonzentration in den Parlamenten und Gesetzgebungskörperschaften** ebenfalls durchgeführt werden. Adolf Hitler verzichtete darauf, in der bisher geübten liberalistischen Weise die Länderparlamente durch Neuwahlen dem Volkswillen anzupassen. Er bestimmte am 1. April durch ein "vorläufiges Reichsgesetz", **daß die Landtage auf Grund des Reichstagsergebnisses vom 5. März gleichzuschalten seien**. Dasselbe wurde für die am 12. März nicht neugewählten Kommunalparlamente bestimmt. Den Kommunisten wurden die Mandate aberkannt. So wurden in der ersten Aprilwoche die Landtage aller süddeutschen Staaten, Sachsens und Thüringens, der beiden Mecklenburg, Hamburgs und Oldenburgs gleichgeschaltet. Mit Ausnahme Bayerns und Württembergs erlangten überall die Nationalsozialisten die Mehrheit, in Bayern und Württemberg hatten sie diese mit den Deutschnationalen zusammen. So waren Störungsversuche, wie sie bisher immer von der Seite der Länderregierungen unternommen worden waren, unmöglich gemacht.

Aber auch die **Länderregierungen** mußten dem neuen unteilbaren Reichswillen Untertan gemacht werden. Eine Zerfaserung der obersten politischen Macht durch separatistische Gegenströmungen, wie sie bisher seit 1919 der Fall war, mußte ausgeschaltet werden. So tat Adolf Hitler mit dem zweiten Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 7. April 1933 einen gewaltigen und mutigen Schritt zur Überwindung der undeutschen Zersplitterung: **Jetzt konnte der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers in den deutschen Ländern Reichsstatthalter einsetzen, welche dafür zu sorgen hatten, daß die vom Reichskanzler aufgestellten Richtlinien der Politik befolgt wurden**. Außer in Preußen, wo der Reichskanzler selbst die Rechte des Reichsstatthalters ausübte, konnte also von nun an Hindenburg in allen deut-

**Gleichschaltung der
Länderregierungen**

Reichsstatthalter

schen Ländern Statthalter ernennen, deren Aufgaben in folgendem bestanden: **Ernennung und Entlassung des Vorsitzenden der Landesregierung und auf dessen Vorschlag der übrigen Mitglieder der Landesregierung, Auflösung der Landtage und Anordnung der Neuwahl, Ausfertigung und Verkündung der Landesgesetze, auf Vorschlag der Landesregierung die Ernennung und Entlassung der unmittelbaren Staatsbeamten und Richter und das Begnadigungsrecht.**



Vereidigung der Reichsstatthalter durch Hindenburg, 26. Mai 1933. Photo Scherl.



Die Reichsstatthalter. Photo Scherl.

Der Reichsstatthalter soll, so hieß es weiter, dem Lande angehören, über das er gesetzt wird, aber nicht Mitglied der Landesregierung sein. Er wird auf die Dauer von vier Jahren ernannt, kann aber vom Reichspräsidenten auf Vorschlag des Kanzlers abberufen werden. Mißtrauensbeschlüsse des Landtages gegen Vorsitzenden und Mitglieder der Landesregierung sind unzulässig.

Es gab kaum einen Vorgang, der die Wendung der deutschen Dinge deutlicher beleuchtet hätte als die Einsetzung der Reichsstatthalter. Der Parteienstaat war durch den Führerstaat, die Verantwortlichkeit nach unten durch die Verantwortlichkeit nach oben abgelöst. In diesem entscheidenden Wechsel gipfelte der Sinn der deutschen Revolution. Diese Einsetzung der Reichsstatthalter, dieser *missi principis*, war eine wahrhaft meisterliche Lösung des Problems der Reichsreform. Der Führer hatte Treuhänder eingesetzt, die seinen alleinigen Reichswillen bis in die letzte deutsche Hütte durchzusetzen in einer Lage waren, wie seit den Tagen **Karls des Großen** und **Ottos des Großen** überhaupt keine deutsche Regierung imstande war, jeden Volksgenossen bis zum allerletzten zu erfassen.

Trotz dieser durch die Einsetzung der Reichsstatthalter gesicherten Konzentration und Unterordnung aller politischen Landesmacht in und unter den Willen des Reichsführers blieb aber doch der besondere Charakter der Länder gewahrt. Die Reichsstatthalterschaft war eine selten glückliche Verbindung des föderalistischen mit dem unitarischen Gedanken. Die Einheit des Reichswillens wurde durch die Treuhänder des Führers gewährleistet, ohne daß dem Bundescharakter und der stammeskulturellen Verschiedenartigkeit des Reiches Abbruch getan worden wäre. -

Insgesamt sollten, mit Adolf Hitler in Preußen, **elf Reichsstatthalter** eingesetzt werden. Reichskommissar Epp übernahm sogleich als Statthalter Bayern, der Hamburger Gauleiter und Reichstagsabgeordnete Kaufmann die drei Hansestädte, der Schöpfer der N.S.D.A.P. im Gau Anhalt-Magdeburg, Hauptmann Loeper, Anhalt und Braunschweig. Bereits am 12. April vermochte Epp in Bayern eine Regierung zu bilden, die derjenigen des Reiches entsprach und bei der das bisherige bayerische "Außenministerium" fehlte. Die Ernennung der übrigen sieben Kommissare erfolgte am 5. Mai.

Wohl die wichtigste unmittelbare Folge der Einsetzung der Reichsstatthalter war die Ordnung der Verhältnisse in Preußen. Der alte Schwebeszustand der kommissarischen Regierung bestand hier noch weiterhin, wenn auch die "Hoheitsregierung" Otto Braun Ende März unter dem Drucke der Verhältnisse ihren Rücktritt und Verzicht auf weitere Ansprüche der Regierung erklärt hatte.

**Neue Regierung
in Preußen**

Die Regelung in Preußen war schwierig, da **innerhalb der nationalen Regierungskoalition** keine Einmütigkeit bestand. Daß möglichst weitgehende Personalunion zwischen Preußen und Reich beibehalten werden mußte, darüber war man sich einig. Wer aber sollte Ministerpräsident werden? Die Nationalsozialisten verlangten für sich diesen Posten, um in Preußen wie im Reiche die Richtung zu bestimmen und die Einheitlichkeit der Politik herzustellen. Sie hatten Göring in Aussicht genommen und forderten die Wahl des Ministerpräsidenten durch den Landtag. Hindenburg und die Deutschnationalen wünschten lieber, daß Papen preußischer Ministerpräsident würde, und Anfang März waren die Aussichten für Papen günstig. Die Kontroverse Göring-Papen schien unlösbar zu sein, und so tauchte, vermutlich als ein Kompromiß zwischen beiden Richtungen, ein neuer Plan auf, dem Reichskanzler Adolf Hitler zugleich das preußische Ministerpräsidium zu übertragen. Diese Lösung hätte die Rückkehr zur alten Bismarckschen Tradition bedeutet und trat Mitte März in den Vordergrund, besonders da die nationalsozialistische Landtagsfraktion erklärte, daß nur ein Nationalsozialist preußischer Ministerpräsident werden könne. Aber diese nationalsozialistische Forderung bewirkte einen neuen deutschnationalen Vorschlag: Es solle für Preußen das Amt eines Staatspräsidenten geschaffen und durch Personalunion mit dem Amte des Reichspräsidenten zusammengelegt werden.

Da eine Einigung nicht erreicht wurde, fand am 22. März 1933, als der Landtag zusammentrat, nicht die lang erwartete Wahl des Ministerpräsidenten statt. Der neue Landtag traf lediglich einige Bestimmungen, von denen die wichtigste **die Wiederherstellung der von Braun im April 1932 abgeänderten Geschäftsordnung** war. Die Wiederherstellung der alten und ursprünglichen Geschäftsordnung versetzte die Nationalsozialisten in die Lage, bei einer Ministerpräsidentenwahl ganz allein mit ihren Stimmen ihrem Kandidaten zum Erfolge zu verhelfen. Sie hatten sich hiermit eine Möglichkeit erschlossen, die sie im äußersten Falle gegen die Deutschnationalen anwenden konnten. Der Landtag nahm außerdem folgende gemeinsame nationalsozialistische und deutschnationale EntschlieÙung an:

"Der Landtag nimmt von der durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 6. Februar 1933 ausgesprochenen Absetzung der sogenannten preußischen Hoheitsregierung Kenntnis und billigt sie. Der Landtag erklärt sich, indem er sich die demnächstige Wahl eines Ministerpräsidenten vorbehält, mit der vorläufigen Wahrnehmung der Staatsgeschäfte durch die von dem Herrn Reichspräsidenten eingesetzten Reichskommissare einverstanden."

Dem zweiten Satze dieser EntschlieÙung stimmte auch das Zentrum bei. Dann vertagte sich das Parlament auf unbestimmte Zeit.

Aber der Landtag brauchte nicht mehr in Tätigkeit zu treten. **Auf Grund des Reichsstatthaltergesetzes ernannte Adolf Hitler am 11. April den augenblicklich in Rom weilenden Reichsminister Göring zum preußischen Ministerpräsidenten.** Damit war die Periode der kommissarischen Regierungen in Preußen, die am 20. Juli 1932 begonnen hatte, beendet.

Göring schlug dem Reichsstatthalter Hitler die meisten der bisherigen kommissarischen Minister zur Bestätigung als Minister der neuen Regierung in Preußen vor. Allerdings der Reichsernährungs- und Wirtschaftsminister Hugenberg verwaltete das preußische Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerium auch weiterhin nur kommissarisch. Die nationalsozialistischen Bauern wehrten sich dagegen, daß Hugenberg endgültig Minister wurde, insbesondere da in den deutschnationalen Kreisen um Hugenberg die Absicht bestand, Herrn von Gayl oder Oldenburg-Januschau zum Reichssiedlungskommissar zu machen. - Reichskommissar Papen trat nicht in die neue Preußenregierung ein. -

In knapp einem Monat hatte Adolf Hitler **eines der gewaltigsten Werke der deutschen Geschichte durchgeführt: Die Überwindung des Liberalismus und Separatismus durch eine entschlossene Konzentration der politischen Macht in den Händen der Reichsregierung.** Der Weg, den Adolf Hitler hierbei ging, hatte folgende Etappen: Das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933, das dem Reichskanzler das Recht gab, von der Weimarer Verfassung abzuweichen, das Gleichschaltungsgesetz über die Länderparlamente vom 1. April 1933, das der Regierung der nationalen Konzentration in allen deutschen Ländern die Macht in die Hand gab, das Reichsstatthaltergesetz vom 7. April und das Beamtengesetz vom 8. April. Diese vier Gesetze gewährten Deutschland die Einheit des politischen Willens. Sie gehören zu den entschlossensten und mutigsten Taten der deutschen Geschichte, sie bilden den Anfang des Dritten Reiches. -

Aber nicht nur die Reichsgewalt, sondern auch das deutsche Volk mußte Adolf Hitler umbauen. Durch die Gleichschaltungen, die seit Anfang April in allen Organisationen, Verbänden und Vereinen vorgenommen wurde, war der Nationalsozialismus in die Lage versetzt, bis in die kleinsten und untersten Zellen des deutschen Gemeinschaftslebens einzugreifen. Vereine und Verbände, Organisationen und Institute wurden gleichgeschaltet. Landwirtschaft- und Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern wurden neugewählt. Eine energische Säuberungsaktion führte der **preußische Kultusminister Rust in den Hochschulen durch;** Ende April waren etwa 50 jüdische, liberalistische und marxistische Professoren beurlaubt. Von den pädagogischen Akademien waren 30 Professoren und Dozenten ausgeschlossen worden.

Der Sinn aller Maßnahmen war, aus dem deutschen Volke den Liberalismus, d. h. Eigensinn und Eigennutz, und Marxismus, d. h. Klassenkampf und Korruption, restlos auszurotten. Adolf Hitler besaß den staatsmännischen Großmut, daß er die Mitarbeit derjenigen, die anderen bürgerlichen Parteirichtungen angehörten, gern und freudig annahm, sofern sie sich ehrlich und aufrichtig, ohne Berechnung des eigenen Vorteils, der nationalsozialistischen Führung unterordneten. Um den Volksgenossen die Gelegenheit des Bekenntnisses zum Nationalsozialismus zu geben, bevor die Totalität der nationalsozialistischen Revolution erreicht war, ließ Adolf Hitler **Neuaufnahmen in die Partei** bis zum 30. April zu, dann wurde die N.S.D.A.P. geschlossen. Bis zum 30. April 1933 hatte die Mitgliederzahl der Partei die Höhe von 3,9 Millionen erreicht. Unter den neuen Mitgliedern, die sich zwischen dem 30. Januar und dem 30. April gemeldet hatten, gab es viele tüchtige und anständige deutsche Menschen, aber auch sehr viele berechnende Konjunkturritter, die eine besondere Begleiterscheinung aller Revolutionen darstellen. Da man aber die einen nicht sogleich von den andern trennen konnte, wurde den Neuen von der Parteileitung eine zweijährige Prüfungs- und Beobachtungszeit auferlegt. -

**Kampf gegen
Korruption
und Marxismus**

Mit nimmermüder Energie wurde der **Kampf gegen den Marxismus fortgesetzt.** Sozialdemokratische Stadträte, die bisher in Wohlleben gegläntzt hatten, vertauschten ihren Sessel im Rathaus mit dem Konzentrationslager, da sie bis über den Hals in Korruption staken. Es kam vor, daß **ganze Magistrate** das Durchgangsstadium des Konzentrationslagers durchmachen mußten, bis sie, von den Gerichten verurteilt, endlich hinter Gefängnismauern landeten. **Minister und Präsidenten, Landräte und Bürgermeister** - es gab kaum einen Hoheitsbeamten des alten Systems, keiner

Gemeinde, keiner Behörde, dem nicht Korruption nachgewiesen werden konnte, von der Verwendung von Millionen öffentlicher Gelder für Parteizwecke bis zum ordinären Landstreicherbetrug.



Aufnahme eines Marxisten im Konzentrationslager Oranienburg. Photo Scherl.



Marxisten und korrupte Rundfunkbeamte im Konzentrationslager Oranienburg. Photo Scherl.

Der ganze Staat der Liberalisten und Marxisten war bis ins Mark verfault, und wo sie saßen, ob in den Krankenkassen oder beim Rundfunk, ob in Siedlungsgesellschaften oder bei den Sparkassenbanken, überall hinterließen sie einen Sumpf der Korruption und sittlichen Pestilenz. Die Nationalsozialisten betrachteten es als eine Hauptaufgabe, die Korruptionen restlos aufzudecken und auszurotten. Göring fand scharfe Töne gegen Verwahrlosung und Vetternfreundschaft, und Kerrl richtete im preußischen Justizministerium am 4. April ein besonderes Dezernat zur Bekämpfung der Korruption ein, bei den Gerichten wurden besondere Staatsanwälte beauftragt, sich nur mit der Aufklärung und Verfolgung von Korruptionsdingen zu befassen. Solch eine Last von Wust und Schmutz war aus der Welt zu räumen!

Am 25. März erklärte Göring ausländischen Pressevertretern, daß die **sozialdemokratische Presse in Deutschland solange nicht erscheinen dürfe, wie die marxistischen Zeitungen des Auslandes ihre Angriffe gegen die Regierung Hitler fortsetzten**. In der Tat wurde am 28. März das Verbot der sozialdemokratischen Zeitungen, das an diesem Tage ablief, in Preußen auf unbestimmte Zeit verlängert. Das Büro der zweiten Internationale, das am 27. März in Paris zusammentrat, ohne daß sich die deutsche Sozialdemokratie daran beteiligte, beantwortete Görings Äußerung, daß sie ihre Presse keineswegs Hitler und Göring zur Zensur unterbreiten werde. Otto Wels, der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratie, erklärte mit Billigung des Parteivorstandes seinen Austritt aus der zweiten Internationale, um, wie er später gestand, der nationalsozialistischen Regierung keinen Vorwand für Gewaltmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie zu geben!

Die **todmatte sozialdemokratische Partei**, auf die Tag für Tag die unerbittlichen Schläge der Regierung sausten, diese Sozialdemokraten, deren führende Größen entweder ins Ausland geflüchtet waren oder im Konzentrationslager saßen oder sich aus Angst ihres schlechten Gewissens in den Gefängniszellen erhängten, diese Partei, deren größte Schreier in Parlamenten und Öffentlichkeit jetzt kampfflos kapitulierten, - diese Partei war reif zum Verschwinden. **Unaufhaltsam lösten sich die Organisationen der Partei auf**. Die Mitglieder traten aus der Partei aus oder weigerten sich, Beiträge zu zahlen. Die Zeitungen, die keine Betriebsmittel mehr hatten, gingen in Konkurs. Im Reichstag wie in den Länderparlamenten legten die sozialdemokratischen Abgeordneten in großer Zahl ihre Mandate nieder. **In Braunschweig verzichtete die sozialdemokratische Partei Mitte April auf die Einreichen von Wahlvorschlägen für die Parlamente in Stadt und Land**.

Mit den **Kommunisten** war der Kampf erheblich schwerer. Ununterbrochen mußte die Polizei ihre ganze Aufmerksamkeit auf die getarnten, fanatischen Reichsfeinde richten. Immer neue Waffenlager, Geheimdruckereien, Paßfälscherzentralen wurden ausgehoben. In Schlupfwinkeln und Verstecken wurden geheime Zentralen gefunden, die Greuelmärchen über Judenverfolgungen fabrizierten und ins Ausland verschickten. In **Recklinghausen** wurde eine Sprengstofforganisation verhaftet,

im Bahndamm Bottrop-Recklinghausen wurde eine Fülle von Sprengmaterial entdeckt. In **Düsseldorf** beschlagnahmte die Polizei 4 Kilogramm Zyankali, womit die S.A. vergiftet werden sollte! In **Breslau** wurden Pläne zur Vorbereitung des Bürgerkrieges und zahlreiche Waffen vorgefunden. In den Schulen entfalteten kommunistische Lehrer eine rege, geheime Tätigkeit.

In **Hamburg** verübten die Kommunisten am Abend des 1. April ein verheerendes Bombenattentat auf das nationalsozialistische Verkehrslokal, nachdem auch schon am Bismarckdenkmal Bomben gefunden worden waren. Zwei Tage später wurde wieder in Hamburg eine Bombe gefunden, die eine Stahlhelmversammlung sprengen sollte, eine Flügelmine und ein Artilleriegeschoss! Mitte April wurde in der Nähe von **Dresden**, in Mittweida, eine kommunistische Bürgerkriegsgruppe ausgehoben. Diese Entdeckung führte erneut zu umfangreichen Waffenfunden in Sachsen. In **Mainz** wurde Ende April eine illegale kommunistische Wahl- und Hetzzentrale ausgehoben. Auch im **Ruhrgebiet** konnte wieder eine Fülle von Waffen und Munition sichergestellt werden. In **Oberbayern** gelang es Anfang Mai, ein kommunistisches Waffenlager auszuräumen.

Der Kampf gegen die Kommunisten schien ein endloser Kampf zu sein. War ein Funktionär verhaftet worden, tauchte ein neuer aus der Tiefe auf, war ein Waffenlager ausgehoben worden, entdeckte man nach zwei Wochen an derselben Stelle ein noch viel größeres! Der Staat hatte einen Kampf gegen Anarchie und Verbrechen zu führen, wie er selten so hartnäckig geführt werden mußte! Die Kommunisten ersannen immer neue Mittel der Unterhöhlung des Staats. So strömten sie, wie übrigens auch das Reichsbanner, in geschlossenen Scharen in den Stahlhelm und die Deutschnationale Volkspartei, um, wie sie meinten, von innen heraus den nationalsozialistischen Staat zu zerstören. Doch der war auf der Hut, diese Vorgänge entgingen ihm nicht!

Unerbittlich ging die **Preußenregierung gegen die Totengräber deutscher Kultur und Staatsordnung**, gegen die "Fremdenlegionäre Moskaus" vor. Bereits Ende März setzte Kerrl in **13 preußischen Städten** Sondergerichte ein. Unermüdlich wurden die Kommunisten in die Konzentrationslager überführt, ihre Zahl in Preußen stieg auf 10 000. Eine ganz besonders wichtige Maßnahme zur Niederkämpfung des Bolschewismus war die Errichtung des **Geheimen Staatspolizeiamtes**, die Göring Ende April anordnete. Diese neue Behörde unterstand unmittelbar Göring und hatte die Aufgabe, alle staatsgefährlichen politischen Bestrebungen zu erforschen und zu bekämpfen; zu diesem Zwecke wurden ihr eigene Exekutivkräfte zugeteilt. Sie hatte das Recht, Eigentum und persönliche Freiheit zu beschränken, in das Vereins- und Versammlungsrecht, in das Brief-, Post-, Telephon- und Telegraphengeheimnis einzugreifen, Druckschriften zu beschlagnahmen und einzuziehen und Zeitungen und Zeitschriften zu verbieten. Dieses Geheime Staatspolizeiamt wurde jene mächtige und gefürchtete Behörde, wie sie sich bei allen entschlossenen Revolutionen zum Schutze des neuen Staates als notwendig erwies.

Das letzte Ziel des Nationalsozialismus mußte notgedrungen die Totalität seiner Revolution sein. Er mußte also nicht nur den Marxismus bekämpfen, sondern auch die **Beseitigung des Liberalismus und seiner Parteien** anstreben. Diese zweite Aufgabe war natürlich wesentlich schwieriger als die erste, da ein offener Kampf gegen die bürgerlichen Parteien in den Formen, wie er gegen den Marxismus geführt wurde, nicht möglich war. Hier hing die Entscheidung allein von der viel gewaltigeren Lebenskraft und zentripetalen Anziehungswucht der nationalsozialistischen Bewegung ab, die schließlich durch ihre Wucht und Größe alle kleinen, unentschlossenen Splittergruppen aufzog. Es war eine Entwicklung, die allein von der Zeit und der werbenden Kraft des Nationalsozialismus abhing.

Das **Zentrum**, wohl noch die einzige beachtliche Partei außerhalb des Nationalsozialismus, fühlte sich in seinen Entschlüssen gelähmt. Der rechte Flügel der Partei, von Kaas geführt, war **zu positiver Mitarbeit an der nationalen Regierung bereit**. Kaas ließ Verhandlungen mit Regierungsstellen führen, deren Zweck eine Annäherung und insbesondere der Schutz der dem Zentrum angehörigen Beamten war. Die Haltung des Zentrums im Reichstag am 23. März und im Preußischen Landtag am 22. März bewies den Willen zur Mitarbeit. Der linke Flügel befürwortete die Opposition. Die **Bischöfe** selbst waren bemüht, dem

**Nationalsozialismus
und Zentrum**

Zentrum den Weg zur Zusammenarbeit mit Hitler zu ebnet. Die früher vom Klerus gegen die Hitlerbewegung ergangenen Verbote wurden aufgehoben. Der Erzbischof von Köln, Kardinal Schulte, verkündete Ende März in seiner Diözese den Beschluß der **Fuldaer Bischofskonferenz**, der in folgendem gipfelte:

"Die Oberhirten der Diözesen Deutschlands haben aus triftigen Gründen in ihrer pflichtmäßigen Sorge für Reinerhaltung des katholischen Glaubens und für den Schutz der unantastbaren Aufgaben und Rechte der katholischen Kirche in den letzten Jahren gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung eine ablehnende Haltung durch Verbote und Warnungen eingenommen, die so lange und die soweit in Geltung bleiben sollten, wie diese Gründe fortbestehen. Es ist nunmehr anzuerkennen, daß von dem höchsten Vertreter der Reichsregierung, der zugleich autoritärer Führer jener Bewegung ist, öffentlich und feierlich Erklärungen gegeben sind, durch die der Unverletzlichkeit der katholischen Glaubenslehre und den unveränderlichen Aufgaben und Rechten der Kirche Rechnung getragen sowie die voll inhaltliche Geltung der von den einzelnen deutschen Ländern mit der Kirche abgeschlossenen Staatsverträge durch die Reichsregierung ausdrücklich zugesichert wird. Ohne die in unseren früheren Maßnahmen liegende Verurteilung bestimmter religiös-sittlicher Irrtümer aufzuheben, glaubt daher der Episkopat, das Vertrauen hegen zu können, daß die vorgezeichneten allgemeinen Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen."

Die Initiative des Strebens nach innerem Ausgleich, nach Versöhnung ging ebenso sehr vom Nationalsozialismus wie vom Zentrum aus. Die Totalität der nationalsozialistischen Revolution konnte nicht im primitiven und elementaren Zerbrecen der alten Formen und Systeme bestehen, sondern darüber hinaus mußte der Gedanke des großen völkischen Ausgleichs und der endgültigen Versöhnung stehen, um den im Widerstande beharrenden Geist derartiger Organisationen nachhaltig zu überwinden. Adolf Hitler durfte jetzt dem Zentrum als der stärksten Partei außerhalb des Nationalsozialismus nicht mehr als Parteimann, sondern er mußte ihm als Staatsmann gegenüberreten mit jenem offenen Herzen, das es ablehnt, Widerwärtigkeiten nachzutragen und Haß zu säen, sondern das Versöhnung ernten will. **Papen bezeichnete deshalb als das Ziel der Politik der Regierung:**

"Das vordringlichste, weil für den inneren Frieden bedeutungsvollste, ist die Befreiung des deutschen Katholizismus aus den liberalistischen Parteiformen, die Beseitigung doktrinärer Mißverständnisse im kulturellen Programm der N.S.D.A.P. und damit die **Herstellung einer gemeinsamen Front beider christlicher Konfessionen für den geistigen Neubau des Reiches.**"

Anfang Mai trat Kaas von der Leitung der Partei zurück, **Brüning wurde sein Nachfolger.** Dieser Wechsel bedeutete ein Bekenntnis des Zentrums zu seinem bisherigen politischen Kurs. Zugleich aber ging die Partei zum Führerprinzip über, indem sämtliche Vollmachten dem neuen Vorsitzenden übertragen wurden, auch das Recht, alle personellen Veränderungen selbständig vorzunehmen. Die Wahl Brünings bedeutete keine Kampfansage an Hitler. Zwischen Hitler und Brüning bestanden persönlich gute Beziehungen, war doch in einem früheren Stadium der Verhandlungen zwischen Nationalsozialismus und Zentrum davon die Rede, daß Brüning in einem Kabinett Hitler Außenminister werden sollte. Brüning war vor allem ein Mann, in dessen politischer Vergangenheit nicht so dunkle Flecke bestanden wie bei Kaas, der ehemals mit separatistischen Strömungen des Rheinlandes zusammengearbeitet hatte. Insofern eignete sich Brüning besser zur Heranführung des Zentrums an den Nationalsozialismus als Kaas.

Die **Volkspartei** und die **Wirtschaftspartei** gingen im April an ihrer eigenen Schwäche ein. Zwar setzte sich Dingeldey dafür ein, daß die **Deutsche Volkspartei** weiterhin am Leben bleiben und am Werke der nationalen Wiedergeburt mithelfen sollte, jedoch in den Provinzen war man weitblickender als in der Zentrale. Nachdem die volksparteilichen Landesleitungen in Hamburg, Rheinland, Westfalen ihre Auflösung beschlossen und ihren Mitgliedern den Anschluß an die N.S.D.A.P.

empfohlen hatten, und nachdem andere Landesleitungen diesem Beispiel folgten, mußte Ende April auch die Parteileitung ihrem Schattendasein ein Ende machen. Diesem Beispiel folgte die **Wirtschaftspartei**, so daß auch diese Ende April verschwunden war.

Daß auch die **Auseinandersetzung innerhalb der Regierungsparteien folgen mußte, lag in der Entwicklung der Dinge**. Es stand außer jedem Zweifel, daß von den drei Faktoren Nationalsozialismus, Stahlhelm und Deutschnationale Volkspartei der Nationalsozialismus die stärkste war. Eben-
sowenig zweifelhaft war, daß die beiden großen Träger elementarer Gegensätze, Hitler und Hugenberg, auf die Dauer nicht zusammenarbeiten konnten. Auch hier hing, wie im Zentrum und in den liberalistischen Parteien, der Enderfolg vom Ergebnis der Richtungskämpfe ab, in deren Verlauf die widerstrebende Opposition schließlich überwunden wurde.

**Zusammenstöße
mit dem Stahlhelm**

Der parteipolitisch nicht gebundene **Stahlhelm** schloß sich am ersten enger an den Nationalsozialismus an. Im Stahlhelm rangen im April und Mai **zwei Richtungen** miteinander: die **Seldterichtung**, die anfänglich schwächere, welche zu Hitler hinstrebte, und die **Düsterbergrichtung**, die anfänglich stärkere, die bei Hugenberg beharrte. Hieraus ergaben sich zunächst schwere Spannungen zwischen Nationalsozialismus und Stahlhelm. Ein ernster Ausbruch dieser Spannungen war der **Braunschweiger Konflikt**.

In **Braunschweig** wurde am 28. März in der Morgenfrühe der Stahlhelm von der Regierung aufgelöst, die Stahlhelmhilfspolizei wurde entwaffnet. Der Grund war, daß durch den **Übertritt geschlossener Reichsbanner- und Kommunistenformationen** der Stahlhelm überwiegend marxistisch geworden war und sich sogar Angriffe auf Nationalsozialisten zu schulden kommen ließ. Solche marxistischen Formationen, die auf Befehl der Reichsbannerleitung geschlossen zum Stahlhelm übergetreten waren, um den Kampf gegen Hitler aktiv betreiben zu können, zogen durch die Straßen und riefen Freiheit, Frontheil, Rot Front, Nieder mit Hitler! Mit solchen Methoden konnte, wenn nicht durchgegriffen wurde, sich eine schwere Gefahr für die nationale Regierung entwickeln. In Braunschweig wurden allein rund 1400 solcher marxistischen "Stahlhelmer" verhaftet! Der Landesführer Schrader hatte, und das war bedenklich, Düsterberg über seine Taktik informiert und ihm mitgeteilt, daß er unter Umständen bereit sei, mit bewaffneter Macht einen Druck auf den nationalsozialistischen Minister Klagges auszuüben. Die Vermittlung Seldtes erreichte, daß das Braunschweiger Stahlhelmverbot am 1. April aufgehoben und ein durchgreifender Personenwechsel vorgenommen wurde. Die zunächst in großer Zahl verhafteten Stahlhelmführer wurden zumeist wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Zersetzung des Stahlhelms durch Marxisten von innen heraus wurde einmütig von der Stahlhelmleitung, den Nationalsozialisten und Deutschnationalen verurteilt.

Die **nationalsozialistische Regierung Thüringens und Oldenburgs** zogen aus dem Braunschweiger Fall die Folgerung, indem sie am 28. März dem Stahlhelm und allen nationalen Organisationen verboten, Marxisten vor Ablauf einer neunmonatigen Bewährungsfrist als Mitglieder aufzunehmen.

Inzwischen war es in der **Pfalz zu Reibungen zwischen Nationalsozialisten und Stahlhelm** gekommen. Dort war der Stahlhelmführer von Minister Seldte bevollmächtigt worden, dem Arbeitsministerium unmittelbar Vorschläge zur Umbesetzung in Arbeitsämtern und Krankenkassen zu machen. Der nationalsozialistische Regierungskommissar befürchtete personell einseitiges Verhalten des Stahlhelms, ließ Arbeitsämter und Krankenkassen durch S.A.-Leute besetzen und am 28. und 29. März fast sämtliche Stahlhelmführer verhaften, weil der Stahlhelm eine Gegenrevolution vorbereite. Wieder vermittelte Seldte bei Hitler, so daß der Reichskanzler sofortige Aufhebung der Verhaftungen verfügte und einen besonderen Kommissar in die Pfalz entsandte.

In **Thüringen** war der Stahlhelm über die Regierungsverfügung vom 28. März unwillig, die Landesleitung erklärte, sie sei ungerechtfertigt und einseitig ungerecht. Hieraus ergab sich eine Spannung zu den Nationalsozialisten, die sich bis zum **Abbruch der Beziehungen zwischen Landesregierung und Stahlhelm steigerte**. Erst Mitte April wurde der Streit zwischen Stahlhelm und Innenministerium beigelegt: man einigte sich auf eine sechsmonatige Probezeit für ehemalige Marxisten.

Wenn auch **Seldte** immer wieder und bei jeder Gelegenheit betonte, daß **zwischen den grauen und braunen Streitern engste Kameradschaft, Treue und Schicksalsgemeinschaft zu bestehen habe, so blieben starke lokale Spannungen zwischen beiden Organisationen** allerorten zurück. Seldte sah den Grund in diesen Spannungen darin, daß die deutschnationale Richtung am zweiten Bundesführer **Düsterberg** einen starken Rückhalt hatte. Schon seit Ende März stellte Seldte dem zweiten Bundesführer vor, daß die **einheitliche Leitung im Stahlhelm** notwendig sei, er legte Düsterberg nahe, sein Amt als zweiter Bundesvorsitzender niederzulegen und wieder in die mitteldeutsche Landesleitung zurückzukehren. Aber Düsterberg lehnte das ab. Dadurch blieb eine Quelle steter Spannung und Beunruhigung erhalten, da zwischen Seldte und Düsterberg kein einheitlicher politischer Wille mehr bestand. Es ergab sich hieraus die Gefahr, daß der Stahlhelm eines Tages zerfallen oder von Adolf Hitler verboten und aufgelöst werden konnte, da seine inneren Auseinandersetzungen die innere Kampfkraft der nationalen Front zu schwächen geeignet waren.

Seldte, der weitblickende Politiker, erkannte, daß, um den Stahlhelm zu erhalten, die **Entfernung Düsterbergs** notwendig sei. Seldtes Ostergespräche mit Hitler in Berchtesgaden und weitere Verhandlungen mit Röhm förderten die **Vereinigung der Beziehungen zwischen S.A. und Stahlhelm**. Die Führungen beider Seiten bekundeten den aufrichtigen Willen zu kameradschaftlicher Zusammenarbeit. Ein Beweis dieser Annäherung war das Telegramm, das Seldte zugleich mit Willen Düsterbergs dem Kanzler zu seinem Geburtstage am 20. April übersandte: Der Stahlhelm versicherte, daß seine geschlossene Kampfkraft hinter dem Kanzler stehe.

"Unter Ihrer Führung, Herr Reichskanzler, wollen wir Ihr gewaltiges Werk, die Schaffung der deutschen Nation, vollenden helfen."

Die Richtung Seldte hatte seit Ostern die Oberhand gewonnen über die Richtung Düsterberg. Die Übertritte von Landesführern, Gauführern und Unterführern zur Nationalsozialistischen Partei mehrten sich, und die Erstarkung des nationalsozialistischen Flügels führte dazu, daß **Seldte am 26. April Düsterberg von seinen Amtspflichten entband und ihm jede Tätigkeit im Stahlhelm untersagte**. Es müsse die Einheit in der Führung des Stahlhelms hergestellt werden; außerdem traf auf Düsterberg nicht der Arierparagraph des neuen Beamtengesetzes zu, da sein väterlicher Großvater jüdischer Herkunft war.

Der Fall Düsterbergs war von derselben inneren Tragik erfüllt wie der Sturz Gregor Strassers im Januar: ein alter Kämpfer mußte weichen. Die Verdienste Düsterbergs um den Stahlhelm, besonders in Mitteldeutschland, stehen außer jedem Zweifel: er war ein nimmermüder Kämpfer, der sich mit ganzer Seele und großer Begeisterung in den Dienst des Frontkämpferbundes gestellt hatte. Dennoch aber versagte Düsterberg im letzten Augenblick, wie Strasser. Beide Männer fielen, weil sie sich **gegen Adolf Hitler** stellten. Der Nationalsozialismus aber durfte keine Gegner dulden, wenn er sich nicht selbst aufgeben wollte. Härte war sein oberstes Gesetz: Die Idee stand über den Persönlichkeiten.

Am nächsten Tage, dem 27. April, erklärte **Franz Seldte, daß er in die Nationalsozialistische Partei eingetreten sei und sich sowie den von ihm geführten Stahlhelm der Führung Adolf Hitlers unterstelle**. Die zornigen Deutschnationalen verlangten, daß Seldte nun sein Reichstagsmandat niederlegen sollte. Das lehnte er aber ab. Dagegen trat jetzt mancher deutschnationale Stahlhelmführer von seinem Amte zurück. -

Die Entwicklung im Stahlhelm war ein außerordentlich schwerer Schlag für **Hugenberg und die Deutschnationale Volkspartei**. Wenn auch Hugenberg um keinen Preis gewillt war, die Selbständigkeit seiner Partei zugunsten der Nationalsozialisten aufzugeben - Hugenberg hatte immer noch die unverständliche Hoffnung, daß er und seine Partei eines Tages zur Führung Deutschlands berufen seien - so wurde auch seine Partei von **schweren Richtungskämpfen** erschüttert. Es gab eine Strömung, die noch orthodoxer als Hugenberg war und die auf enge Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten hinstrebende Politik

des Vorsitzenden mißbilligte, aber sie war doch die schwächere. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Oberföhren gehörte ihr an. Oberföhren war mit der Entwicklung seit dem 30. Januar nicht einverstanden und legte seinen Standpunkt in der Fraktionssitzung vom 24. März dar. Unmittelbar darauf ließ die Berliner Polizei bei der Berliner Sekretärin Oberföhrens eine Haussuchung vornehmen, die gegen den Parteivorsitzenden gerichtete anonyme Rundschreiben Oberföhrens zu Tage förderte. Auf Grund dieser Vorgänge legte Oberföhren den Fraktionsvorsitz und das Mandat nieder. Am 9. April trat der deutschnationale Staatssekretär von Bismarck im Reichsinnenministerium zurück. Bismarck war ein Parteigänger Oberföhrens gewesen. Er wollte eine Rundfunkrede halten, in der er sich mit der Monarchie befassen wollte. Dies ließ die Regierung nicht zu. Zwischen den Nationalsozialisten und einer Gruppe Deutschnationaler bestanden also starke Spannungen, die gelegentlich zur Entladung kamen.

In seiner Rede vor der Reichstagsfraktion am 11. April erklärte **Hugenberg, daß die Partei ein loyales und lebendiges Glied der nationalen und sozialen Gemeinschaft sei und bleibe und als vollwertiger und selbstbewußter Mitkämpfer** betrachtet zu werden wünsche. Die Deutschnationale Volkspartei sei ein notwendiges Glied der Phalanx der Zukunft! Sie sei die Bürgin, daß sich die Revolution von 1933 nicht in Radikalismus, Geschichtslosigkeit überschlage und in geistiger und materieller Zerstörung ende, sondern eine deutsche Auferstehung, ein neuer Frühling des Volkes werde. Allerdings bestand für derartige Gedanken keinerlei Berechtigung mehr, seitdem der Reichskanzler Hitler sich klar und bewußt zur Fortführung der großen preußischen und deutschen Tradition bekannt hatte.

Eine **Aktivierung der Deutschnationalen setzte auf allen Gebieten ein**: sie verkündeten ein Programm der Mittelstandspolitik, organisierten Volkswirte, Ärzte und Zahnärzte sowie Juristen in besonderen Fachgruppen, und nach Ostern, Mitte April wurde eine **große Parteireform** durchgeführt. Die Partei wurde aus ihrer liberalistischen Organisation der Vorsitzenden und Vorstände herausgenommen und einem, der Nationalsozialistischen Partei nachgeahmten **Führeraufbau** unterworfen. Die Führer wurden nicht mehr von unten her gewählt, sondern von oben her berufen. Auch der von der Partei bisher stark vernachlässigte **völkische Gedanke** wurde plötzlich stark in den Vordergrund gerückt. Hugenberg war mit allen Kräften bemüht, seine Parteimacht gegen Hitler zu behaupten.

Doch seine Stellung wurde in dem Maße erschüttert, als der Stahlhelm immer näher an Hitler heranrückte. Der **Druck gegen Hugenberg** war bereits um den 20. April herum so stark, daß hartnäckige Gerüchte über ein Ausscheiden des Parteiführers aufkamen. Hugenberg trat allen diesen Vermutungen entgegen: es sei nötig, daß er als Garant der deutschnationalen Weltanschauung und gemäß den Abmachungen des Januar als alleiniger Wirtschaftsführer in der Regierung verbleibe, und im übrigen sei das Weiterbestehen der gegenwärtigen Reichsregierung die Voraussetzung für das vom Reichstag bewilligte Ermächtigungsgesetz. Doch schon die **preußische Regierungsbildung** am 21. April zeigte, daß Hugenbergs Stellung stark erschüttert war. Der Druck der nationalsozialistischen Bauern verhinderte, daß Hugenberg zum Preußischen Minister für Landwirtschaft und für Wirtschaft und Arbeit ernannt wurde. Er verwaltete beide Ministerien kommissarisch weiter. Die Bedeutung der Deutschnationalen war also schon so weit gesunken, daß ihr Parteiführer nicht mehr für einen festen preußischen Ministerposten ernstlich in Frage kam.

**Zerfall der
Deutschnationalen**

So verzweifelte Anstrengungen Hugenberg auch unablässig machte, seine Partei zu erhalten, **seine Mitglieder liefen ihm davon**. In Braunschweig trat der Vorstand und eine große Anzahl Mitglieder zur Nationalsozialistischen Partei über, die Abgeordneten folgten, so daß im Braunschweiger Landtag nur eine Nationalsozialistische Partei von 33 Mitgliedern vorhanden war, und kurz darauf, am 6. Mai, nach Ernennung des Reichsstatthalters, trat der braunschweigische deutschnationale Minister Küchenthal zurück, im "vollen Einverständnis mit Minister Klagges."

Die Absetzung Düsterbergs bedeutete für die Deutschnationalen einen außerordentlich schweren Schlag. Jetzt waren sie im Stahlhelm entwurzelt. Immer mehr drängten die Anhänger der Deutschnationalen, **besonders die Jugend**, zu Hitler hin. Der Kampfingführer der Deutschnatio-

nalen in Bochum, Dr. Badeney, schrieb bereits kurz vor Düsterbergs Rücktritt in der *Rheinisch-Westfälischen Zeitung*, man müsse doch fragen, ob die Deutschnationale Partei noch weiter selbständig bleiben dürfe, oder ob sie sich nicht vielmehr, wie der Stahlhelm, organisatorisch als Glied eines untrennbaren Ganzen in die große Armee des nationalen Freiheitskampfes eingliedern müsse. Er bejahte die Frage. Was hatte es auch für Sinn, eine kleine Partei, die den Nationalsozialismus äußerlich nachahmte, innerlich aber reaktionär war, noch am Leben zu erhalten? Aber Hugenberg hatte, obwohl der Kreis der Unerschütterlichen um ihn immer kleiner wurde, keinen Sinn für das Drängen und Gären in und außerhalb der Partei. Er verlangte die Anerkennung der Gleichberechtigung der Deutschnationalen, er protestierte gegen jede vermeintliche Benachteiligung Deutschnationaler, die allerdings, wo sie stattfand, nicht aus menschlicher Willkür kam, sondern im elementaren Ablauf der Dinge begründet war. Gar mancher der an hervorragender Stelle stehenden Männer, die deutschnational waren, war auf irgendeine Art in irgendeine Korruptionsaffäre verwickelt oder zum wenigsten stark damit belastet. In den letzten Apriltagen erhob Hugenberg beim Reichskanzler Einspruch gegen Übergriffe und unkameradschaftliche Handlungen nationalsozialistischer Stellen gegen deutschnationale Beamte, Richter, Lehrer, Jugendverbände, Zellenorganisationen. Er schlug vor, daß alle, die sich 1929 in die Listen des Volksbegehrens gegen den Youngplan eingezeichnet hätten, als nationale Kämpfer besonderer Ehre teilhaftig würden. Doch in den Verhandlungen Hugenbergs mit Hitler und Göring zeichnete sich immer deutlicher die kommende Entwicklung ab, die auf ein Verschwinden der Deutschnationalen, auf ihr Aufgehen im Nationalsozialismus hinstrebte.

Daran konnte auch die am 3. Mai erfolgte Umbenennung der Deutschnationalen Volkspartei in "Deutschnationale Front" kaum noch etwas ändern. Auch verschärften sich Anfang Mai wieder die Gegensätze zwischen Hugenberg und den Nationalsozialisten. **Göring wollte Hitler vorschlagen, daß dieser als Reichsstatthalter von Preußen den nationalsozialistischen Landbundpräsidenten Willikens zum preußischen Landwirtschaftsminister ernennen solle.** Hugenberg bezeichnete diesen Vorschlag als einen Eingriff in sein Arbeitsgebiet, in den Vereinbarungen des 30. Januar sei ihm die gesamte Wirtschaftspolitik in Reich und Preußen übertragen worden. Würden diese Vereinbarungen nicht eingehalten, dann werde er, Hugenberg, aus der Reichsregierung ausscheiden. Doch es kam noch nicht dahin: in einer Unterredung zwischen Hugenberg und Hitler am 6. Mai wurde der Ausweg erwogen, daß Willikens nicht preußischer Landwirtschaftsminister, sondern Staatssekretär in diesem Ministerium werden solle. Trotzdem blieben die tiefen sachlichen Gegensätze bestehen. Die Nationalsozialisten forderten, um das Siedlungswesen kräftig vorwärts zu bringen, eine umfassende Enteignung des innerlich vollkommen brüchigen Großgrundbesitzes in Ostdeutschland. Hugenberg aber widerstrebte diesem Angriff auf die deutschnationalen Latifundienbesitzer.

Der **Selbstmord Oberföhrens am 7. Mai** in Kiel war gleichsam das Symbol für den Bankrott, den das liberalistische Bürgertum nationaler Färbung, jenes Bürgertum der versunkenen Ära, das sich als Klasse im Gegensatz zum Volke befand, in den umwälzenden Frühjahrswochen 1933 erlebte. Vor der Forderung der absoluten Ehrenhaftigkeit, die der Nationalsozialismus gegen Egoismus, Intrigantentum und Korruption erhob, konnten die morschen Kräfte der Vergangenheit sich nicht mehr behaupten.

Anfang Mai konnte der Marxismus und Liberalismus in Deutschland als beseitigt gelten. Der erstarrte Parteienstaat des alten Systems war gänzlich zerweicht worden, und das Verschwinden einiger harter Überreste, die noch übrig geblieben waren, stand in nicht allzulanger Zeit bevor. -

Adolf Hitler und seine Mitarbeiter hatten aber auch bereits mit starker Hand die **Neuordnung der Volksgenossenschaft** in einheitlich zusammengefaßten und in einem Willen verbundenen **Arbeitsständen** vorbereitet. An Stelle gegensätzlicher Interessenbegehren und egoistischer Nützlichkeitsbestrebungen wurde der arbeitsständische Gemeinschaftsgeist und Gemeinschaftswille des ganzen deutschen Volkes gesetzt.

**Bildung der
Bauernfront im
Nationalsozialismus**

Der Wille zur großen, geschlossenen völkischen Einheit offenbarte sich zuerst im **Bauernstande**. Die Bauern waren ein Hauptträger der deutschen Revolution gewesen. So, wie die proletarische Revolte vom November 1918 ihren Ausgang von den großen Städten nahm, so war die Gegenbewegung, die **deutsche Revolution, vornehmlich das Werk des flachen Landes** gewesen. Von den Bauern ging nun die Initiative zur Fortführung des revolutionären nationalsozialistischen Werkes aus. Der **Reichslandbund**, dessen beide Präsidenten Willikens und Meinberg Nationalsozialisten waren, entschloß sich in einer Bundesvorstandssitzung am 22. März, "das Landvolk sämtlicher deutscher Stämme und Gaue zu der alle Teile des Vaterlandes umfassenden freien Kampforganisation des deutschen Bauern im neuen Reiche zu sammeln." Am 28. März wurden die Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine, die Deutsche Bauernschaft, der Bayerische Bauernbund und die Nationalsozialistische Bauernschaft zum 4. April nach Berlin eingeladen, um die Vereinigung durchzuführen. Der **Vorstand der Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine** wählte den Freiherrn von Lüninck, der sich seit Jahren um eine Zusammenlegung bemühte, zum Vorsitzenden und nahm bereits am 27. März, ehe er die Einladung des Reichslandbundes erhielt, die Entschließung einer Verschmelzung mit dem Reichslandbund an.

Reibungslos vollzog sich am 4. April die Vereinigung des deutschen Bauerntums. Der Leiter des agrarpolitischen Apparates der N.S.D.A.P., **Walter Darré**, führte die Einigungsverhandlungen und wurde auf einstimmigen Beschluß der Versammelten zum **Führer der neugegründeten Reichsführergemeinschaft des deutschen Bauernstandes** bestimmt, welcher drei Millionen deutscher Bauern hinter die Regierung Adolf Hitlers scharte.

Zum ersten Male hatten alle deutschen Bauern den Zusammenschluß ihres Standes erreicht. Das, was die Sehnsucht der Bauernkriege, das Ziel des **Freiherrn vom Stein** war, wurde nun Tatsache, Wirklichkeit: aus freiem Willen hatten die deutschen Bauern ihre geeinte Standesvertretung geschaffen. Dieser Erfolg war nur aus dem Geiste des Nationalsozialismus möglich. Das große Ziel dieses Werkes war, einen kräftigen, gesunden, mit der Scholle unlösbar verbundenen Bauernstand zu schaffen, der ein tüchtiges und zuverlässiges Fundament von Volk und Reich sein sollte. Dieser Bauernstand sollte den liberalistisch-kapitalistischen Einflüssen, die ihn in den letzten 15 Jahren fast vernichtet hatten, entzogen werden. Weiter aber hatte die Bauernfront das Ziel, diesen Bauernstand zu mehren, indem sie das Siedlungswesen tatkräftig unterstützte. Allerdings sollte nicht wahllos gesiedelt werden, sondern die Siedler sollten nach dem Grundsatz der Leistungswürdigkeit ausgewählt werden: es mußte dem deutschen Sittengesetze entsprechen, daß Boden nur der besitzen dürfe, der gewillt sei, die Scholle zu bewirtschaften. Vor allem mußte in dem entvölkerten Osten ein starker Menschenwall kräftiger und zuverlässiger Siedler gegen das andrängende Slawentum errichtet werden.

Der neu geeinte Bauernstand war alsbald ein Faktor in der Politik Hitlers. **Mit aller Macht wideretzten sich die Bauern dem Bestreben Hugenburgs Ende April, auch in Preußen Landwirtschaftsminister zu werden**, wie er Reichsernährungsminister war: sie wollten einen Nationalsozialisten haben. Hugenberg war für sie der Vertreter des Großgrundbesitzes, nicht der Mann der Bauern. Vor allem traten sie entschlossen den deutschnationalen Wünschen entgegen, daß Herr von Gayl oder Herr von Oldenburg-Januschau Siedlungskommissar werden sollte. Gerade jene beiden gehörten der Gruppe von Großgrundbesitzern an, die bisher eine großzügige und entschlossene Ostsiedlung zu verhindern gewußt hatten.

**Preußisches
Erbhofrecht**

Das erste positive Ergebnis der nationalsozialistischen Bauernpolitik war das Erbhofrecht, das der preußische Justizminister Kerrl ausgearbeitet hatte und das vom preußischen Staatsministerium am 15. Mai verabschiedet wurde und am 1. Juni in Kraft trat. Dieses Erbhofrecht sollte den Bauern von kapitalistischen Einflüssen frei machen und fest in der Scholle verankern. Es wurde bewußt der Bauer vom kapitalistischen Latifundienbesitzer getrennt. Als Bauer galt, wer persönlich seinen Hof ohne Vorwerke bewirtschaftet und auf ihm die Ackernahrung findet. Der Bauernhof wurde aus dem Kreis des römischen Rechts, wo er lediglich

den Charakter als Ware besaß, herausgelöst und in das deutsche Recht, wo er Besitz und Verpflichtung der Sippe sei, zurückgeführt. Im Sachsenspiegel heißt es: "Der Bauer hat nur ein Kind." Und so hatte auch jetzt der Bauer grundsätzlich nur ein erbberechtigtes Kind, die andern Kinder hatten Recht auf angemessene Erziehung, Ausstattung bis zur Volljährigkeit gegen Arbeitsleistung und Heimatzuflucht, d. h. sie konnten jederzeit, wenn das Leben sie mit Schicksalsschlägen verfolgte, auf den Hof des Erbbruders zurückkehren und als Knechte dort mitarbeiten. Auf diese Weise sollte verhindert werden, daß der Bauernhof durch Auszahlung der Brüder und Schwestern hypothekarisch belastet und überschuldet wurde. Wenn ein Bauer eine nicht deutschstämmige Frau heiratete, sollten seine Nachkommen bauernunfähig sein. Ein Erbgerichtshof beim Oberlandesgericht in Celle sollte etwa sich ergebende Streitigkeiten und Klagen entscheiden.

Dieses Erbhofgesetz war der erste Ausdruck für die **grundsätzlich neue Richtung deutscher Bauernpolitik**. Etwas ähnliches gab es ja schon in Westfalen, wo 1904: 48 000 Besitzungen unter An Erbenrecht standen und in Hannover, wo 1907: 73 213 Besitzungen in die Höferolle eingetragen waren. Diese Maßnahmen waren aber freiwillige. Durch das neue Gesetz wurden sie nicht nur obligatorisch gefordert, sondern auch auf ganz Preußen ausgedehnt. Es waren tief einschneidende Bestimmungen, deren Zweck mit bewußter Tendenz gegen den Großgrundbesitz die Schaffung eines starken, schuldenfreien, bodenverbundenen Bauerntums war. Wie ein durch Raubbau verwüsteter Wald systematisch und allmählich durch Anpflanzen junger Bäume zu neuem Leben erwachsen kann, so sollte das durch die letzten Jahrzehnte arg bedrängte deutsche Bauerntum durch sorgsame Pflege zu einer neuen, und zwar außerordentlich festen Stütze von Volk und Reich herangebildet werden. -

Deshalb galt von Anfang an **die ganz besondere Fürsorge der Regierung dem Bauernstande**. Es wurden im April Gesetze zum Schutze der Fettwirtschaft, des Wein-, Obst-, Gemüse- und Hopfenbaues, ferner zur Senkung der Gebühren an den Vieh- und Fleischmärkten sowie zur Erleichterung der Zwangsverwaltung und zum Vollstreckungsschutz für Pächter geschaffen. Eine Margarinesteuer wurde eingeführt. Den notleidenden Bauern in den Gebirgsgegenden des Regierungsbezirks Trier wurden 20 000 Zentner Roggen Ende März von der Reichsregierung vollkommen unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Von ebenso großer Wichtigkeit aber war die **Eingliederung des Arbeiterstandes in den neuen deutschen Staat**.

**Säuberung der
Gewerkschaften**

Eine der ersten Sorgen der Regierung Hitler galt den **Gewerkschaften**. Es gab hier und da weltfremde Menschen, die da glaubten, Hitler wollte die Gewerkschaften zerschlagen. Er dachte nicht daran, die Standesvertretung der Arbeiterschaft zu zerstören, sondern sein Ziel war ihre Neuorganisation: Beseitigung der liberalistischen Vielheit mehrerer Dutzend gewerkschaftlicher Verbände, die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, in den Christlichen und in den Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften enthalten waren, Befreiung von parteipolitischen Einflüssen und vom jüdischen Bonzentum, und Zusammenfassung in einem obersten leitenden Willen: die Arbeiterschaft sollte ein Stand im Staate werden.

Die **Besetzung der Gewerkschaftshäuser durch die S.A. nach dem 5. März** war auf den Protest der Gewerkschaften hin rückgängig gemacht worden. Die Gewerkschaften versprachen "Gleichschaltung". **Aber die Leitung der Nationalsozialistischen Partei, die in der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation bereits die Keimzelle eines neuen gewerkschaftlichen Aufbaues besaß, wollte die Gewerkschaften als Standesvertretungen der Arbeiter aufs innigste mit dem neuen Staate und Adolf Hitler verbinden.** Auf der Führertagung am 21. April in München führte Dr. Ley folgendes aus:

Der Nationalsozialismus habe es sich in der ganzen Zeit seines Kampfes zur Aufgabe gestellt, den deutschen Arbeiter, der, verseucht durch das Gift des Marxismus, der Nation entfremdet worden war, wieder zum Volke zurückzuführen. Es sei die innerliche Vollendung der nationalen Revolution, aus den Heimatlosen wieder deutsche Menschen zu machen. Die N.S.B.O. habe die Aufgabe, den deutschen Arbeiter wieder zu dem zu machen, was er sein müsse: **ein Glied des Volkes**. Eine deut-

sche Arbeitsfront müsse aufgebaut werden, wie sie im Bauertum bereits vorhanden sei. Diese Front müsse auch eine geistige Einheit darstellen und in Adolf Hitler den Führer sehen.

Damit war der Weg gewiesen: **Der Nationalsozialismus mußte die Gewerkschaftsbewegung in seine Hand bringen.** Es war eine Teilforderung innerhalb der großen Forderung nach der Totalität der nationalsozialistischen Revolution, und die Reichsregierung selbst aktivierte gewissermaßen diese Bestrebungen dadurch, daß sie die nationalen Verbände der N.S.B.O. und der Stahlhelmselbsthilfe den Gewerkschaften gleichstellte. Auf diese Weise wurde das Eindringen in das alte Gewerkschaftswesen erleichtert, dessen Monopolstellung wurde durchbrochen. In verschiedenen Teilen der Gewerkschaftsbewegung war der Wille, sich Hitler unterzuordnen, wohl vorhanden, aber dieser Wille mußte überall vorhanden sein. Eine Gelegenheit, den großen Schlag gegen die alten Gewerkschaften zu führen, bot sich bald.

Die Geschäftigkeit, mit der die marxistische Gewerkschaftsbonzokratie an der **Beseitigung der Gewerkschaftsgelder** arbeitete, mit der sie Verwirrung anzustiften versuchte, um die Gewerkschaften zu zerstören, und dann dieses Zerstörungswerk Hitler zur Last zu legen, gab der Reichsregierung die Möglichkeit, überall im Reiche schnell zuzugreifen. So kam es am 2. Mai zur **Besetzung der Gewerkschaftshäuser im ganzen Reiche, zur Verhaftung der Bonzokratie und zur genauen Prüfung des Finanzstandes.** Dabei wurde, wie in den politischen Körperschaften, gar mancher Skandal enthüllt, so daß die Vermögen der Freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie von der Regierung beschlagnahmt wurden.

Schon der "**Tag der nationalen Arbeit**" am 1. Mai hatte gezeigt, daß sich das gesamte arbeitende Deutschland unter den Willen Adolf Hitlers fügte. Noch nie sah Deutschland eine derartig gewaltige Einheit und Geschlossenheit seines Volkes, da Millionen Deutscher ohne Unterschied der Parteien und des



Das Abzeichen des 1. Mai 1933.
Photo Scherl.



Tag der nationalen Arbeit in Berlin, 1. Mai 1933. Photo Scherl.

Standes im gleichen Schritt und Tritt unter dem Hakenkreuz marschierten, der Universitätsprofessor und der Metallarbeiter, der Fabrikdirektor und der Laufbursche, der Handelsherr und die Verkäuferin. Der Gedanke der Arbeit triumphierte und vereinte alle Stände in sich: die Arbeit in allen ihren Erscheinungsformen wurde zur Ehre der Nation erhoben.



Jugendkundgebung im Lustgarten am Tag der Arbeit, 1. Mai 1933. Photo Scherl.



Jugendkundgebung im Lustgarten am Tag der Arbeit, 1. Mai 1933. Photo Scherl.

Am folgenden Tage nun wurde vom **Aktionsausschuß zum Schutze der deutschen Arbeit unter Führung von Dr. Ley** der oben geschilderte entscheidende Schlag gegen die Verrottung der Gewerkschaften geführt. Für die Arbeits- und Angestelltenorganisationen wurden **Kommissare**

eingesetzt, die marxistischen Gewerkschaftsführer Wissel, Leipart, Graßmann wurden in Schutzhaft genommen, außerdem noch 50 weitere Führer. Die Nachforschungen ergaben gewaltige Korruptionen, Verschleierungen, Schiebungen. Die beitragszahlenden Arbeiter waren um viele Millionen betrogen worden. Auch hier mußte Abhilfe und Erneuerung geschaffen werden.

**Bildung der
Arbeitsfront**

Innerhalb zweier Tage stellte Dr. Ley die Arbeitsfront auf. Acht Millionen werktätiger deutscher Menschen wurden in der einen großen Gewerkschaft, die nun Arbeitsfront hieß, und sich in Fachschaften gliederte, zusammengefaßt. Das hohe Ziel dieses neuen Bundes war **die Erziehung der Lohn- und Gehaltsempfänger zum Stande des deutschen Arbeiters. Da sich nun auch die Christlichen Gewerkschaften, der Gewerkschaftsring deutscher Angestellten, die Hirsch-Dunkerschen Arbeiter- und Beamtenverbände, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband und der Gewerkschaftsbund der Angestellten** und andere Verbände bedingungslos der Führung Adolf Hitlers und dem Aktionskomitee unterstellten - ihre eigentliche organisatorische Eingliederung erfolgte erst im Laufe des Mai und Juni -, zeichnete sich bereits in der ersten Maihälfte zum ersten Male in der deutschen Geschichte die Zusammenfassung aller Arbeiter- und Angestelltenverbände deutlich ab: eins der größten Werke in Deutschland ging seiner Vollendung entgegen.

Das **innere Wesen der neuen Arbeitsfront** charakterisierte Dr. Ley in folgenden Ausführungen.

"Der deutsche Arbeiter atmet erleichtert auf, daß er von der Herrschaft der marxistischen Bonzokratie befreit ist. Wir haben Briefe bekommen von alten marxistischen Gewerkschaftlern, die in bitteren Worten über das absolute Versagen ihrer Führer klagten, Männer kamen zu uns, die seit 30 und 40 Jahren in der Gewerkschaftsbewegung stehen, die uns fragten, ob es denn wirklich wahr sei, daß ihre bisherigen Führer ihr Vertrauen so schmähslich mißbrauchten, daß die Gelder der Arbeiterschaft für persönliche Zwecke vergeudet worden seien. Wir zeigten ihnen die Beweise von dem luxuriösen Lebenswandel der Leute, die sich bisher als Führer der deutschen Arbeiterschaft gebärdeten, wir zeigten ihnen die Beweise für die unglaubliche Korruptionswirtschaft, die mit dem Vermögen der deutschen Arbeiter getrieben wird. Der deutsche Arbeiter ist gründlich vom Marxismus geheilt. Dem deutschen Arbeiter ist sein Volk und sein Vaterland mehr, als irgendeine seinem innersten Wesen widerstrebende Ideologie. Heute weiß der Arbeiter, daß er vollwertiges Glied der deutschen Volksgemeinschaft ist, und gerade die Aktion hat ihm den Willen des Nationalsozialismus gezeigt, eine Nation und ein Volk zu schmieden. Nicht verbissen und widerwillig, sondern freudig hat sich die bisher im marxistischen Lager stehende deutsche Arbeiterschaft der Armee Adolf Hitlers eingereiht.

"Die einzelnen Ziele sind erst einmal die Sicherung der Leistungen an die deutschen Arbeiter. Damit verbunden der Abbau eines aufgeblähten Verwaltungsapparates, der fast die Hälfte aller Einnahmen verschlang. Durch den Abbau dieses Verwaltungsapparates wird eine Beitragssenkung und eine Leistungssteigerung zu erreichen sein.

"Die Stellung des Arbeiters im nationalsozialistischen Staat ist heute schon klar umrissen. Wir werden alles tun, um den deutschen Arbeiter in den Stand 'Der deutsche Arbeiter' überzuführen, und ihm im Rahmen des ständischen Aufbaues den Platz anweisen, den der schaffende deutsche Mensch in einem Staat verdient, der das Prinzip der Leistung und die Arbeit als Wertmesser erhebt. Die Achtung vor der Arbeit und damit vor dem Arbeiter wird im ganzen deutschen Volk geweckt werden und damit Klassenkampf und Standesdünkel, die Ursachen deutscher Zwietracht und deutscher Ohnmacht, endgültig ausgerottet sein.

"Die Deutsche Arbeitsfront und der deutsche Arbeiter lehnen den internationalen Marxismus selbstverständlich mit aller Schärfe ab. Die zweite und dritte Internationale dürften damit endgültig ihre Existenzberechtigung verloren haben, denn die marxistischen Filialen in Deutschland waren bisher die Grundlage für die Internationalen. Ein Beispiel möchte ich hier noch anführen, das diese Behauptung treffend beweist: Der Deutsche Holzarbeiterver-

band zahlte an den Internationalen Holzarbeiterverband allein mehr Beiträge als 25 andere Staaten zusammen.

"Das Verhältnis zur Arbeiterschaft anderer Staaten als solcher wird aber gehegt und gepflegt werden. Genau so, wie der neue deutsche Staat mit seinen Nachbarn in Frieden leben will und nicht daran denkt, Krieg zu führen, so will auch die deutsche Arbeiterschaft mit der Arbeiterschaft anderer Länder in Frieden und Freundschaft leben. Wir werden alle Verpflichtungen an das Internationale Arbeitsamt in Genf anerkennen und erfüllen, allerdings unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß der deutsche Arbeiter mit dem Arbeiter anderer Länder gleichberechtigt ist und daß die Vertreter anderer Länder erkennen, daß sie sich in innerdeutsche Angelegenheiten nicht einzumischen haben.

"Die Vollberechtigung des deutschen Arbeiters wird durch den Besitz des Staatsbürgerrechtes zum Ausdruck kommen. Das Staatsbürgerrecht ist aber gebunden an die Mitgliedschaft und an die Zugehörigkeit zu einem Stand.

"Der Gedanke der Reichsständeschafft wird also wiederaufleben.

"Wenn der Neu- und Umbau des Staates vollendet ist, dann wird Deutschland berufsständisch gegliedert sein und damit werden die Voraussetzungen für eine organische und ruhige Entwicklung gesichert sein."

Nachdem die Arbeitsfront geschaffen war, fand am 10. Mai der **Kongreß der Arbeitsfront in Berlin** statt. Die Abgesandten der Gewerkschaften und Verbände der Arbeiter und Angestellten aus allen Teilen des Reiches waren zusammengeströmt. Arbeiterabordnungen aus Danzig, aus dem Saargebiet und aus Österreich waren erschienen. Abordnungen der S.A., S.S. und des Stahlhelm waren anwesend. Sämtliche Gauleiter, der Reichskanzler und die Reichsregierung sowie die Vertreter der Ministerpräsidenten der deutschen Länder nahmen teil. Dr. Ley begrüßte den Kongreß und sprach dabei die schönen Worte:

"Die Arbeit an sich ist der Sinn des Lebens und das Leben erlangt nur seinen Wert durch Erfüllung mit Arbeit. Die Arbeit muß ein heiliger Begriff sein, nicht eine Last, sondern die Ehre des Menschen. Der Klassenkampf aber ist der Todfeind der Arbeit und des Arbeiters."

Dann hielt **Adolf Hitler**, der Schirmherr der Arbeitsfront, eine große programmatische Rede, darin er die Gründe für den Verfall von Staat und Volk darlegte und mit folgenden großherzigen Worten das Ziel der verjüngten Arbeiterbewegung erläuterte:

"Wir wollen, wenn wir nun den Neuaufbau des Staates, der das Ergebnis von sehr großen Konzessionen auf beiden Seiten sein muß, durchführen, daß sich zwei Kontrahenten gegenüberstehen, die beide im Herzen grundsätzlich national denken, die beide nur ihr Volk vor sich sehen, die beide grundsätzlich alles andere zurückzustellen bereit sind, um dem gemeinsamen Nutzen zu dienen. Nicht Besiegte darf es geben oder Sieger außer einem einzigen und dieser Sieger muß unser Volk sein.

"Es soll der Sieger sein über Klassen, Stände und Einzelinteressen, damit werden wir von selbst zur Veredelung des Begriffes der Arbeit kommen. Auch das ist eine Tat, die nicht von heute auf morgen zu lösen ist. So wie viele Jahrhunderte allmählich eine Begriffsänderung vornehmen, so werden auch Jahrhunderte notwendig sein, die Begriffe wieder in ihrer Ursprünglichkeit dem Volke zu vermitteln, unentwegt aber wird die Bewegung, die ich und meine Mitkämpfer repräsentieren, das Wort Arbeit zum großen Ehrentitel der deutschen Nation erheben. Nicht umsonst haben wir dieses Wort in den Namen unserer Bewegung eingefügt. Das hat uns keinen Nutzen gebracht, sondern im Gegenteil. Wir wollten, daß sich in diesem Wort die Einigung der deutschen Arbeiter verkörpert.

"Ich bin, so fuhr der Reichskanzler fort, ein Feind der Übernahme aller Ehrentitel und ich glaube nicht, daß man mir einmal zuviel Ehrentitel wird vorwerfen können. Ich möchte auf

meinem Grabstein nichts anderes haben, als meinen Namen, aber ich bin nun einmal durch meinen eigenartigen Lebensweg befähigt, das Wesen und das ganze Leben der deutschen Stämme zu verstehen und zu begreifen, so hat, glaube ich, das Schicksal mich bestimmt, ehrlicher Makler zu sein nach jeder Seite hin. Ich kenne dieses breite Volk und ich möchte dem Intellektuellen nur sagen:

"Jedes Reich, das sich nur aus den Schichten der Intellektuellen aufbaut, ist schwach gebaut. Dieses breite Volk ist sicherlich oft schwerfällig. In manchen Dingen schwer von Begriff, nicht so geistreich, aber es hat Treue und Beharrlichkeit.

"Ein Dichter sprach einst ein Wort aus: Deutschland wird dann am größten sein, wenn seine ärmsten seine treuesten Bürger sind. Ich habe diese ärmsten Söhne 4 Jahre lang **als Musketier im großen Weltkriege** kennengelernt, die vielleicht gar nichts für sich zu gewinnen hatten und die doch einträchtig aus der Stimme des Blutes heraus, aus dem Gefühl der Volkszugehörigkeit heraus, Helden gewesen sind.

"Kein Volk hat mehr Recht, seinen unbekanntenen Musketieren Monumente zu setzen, als unser deutsches Volk.

"Diese Garde müssen wir dem Staat erobern, sie müssen wir dem kommenden deutschen Reich, dem dritten Reich, gewinnen. Das ist jetzt das Kostbarste, was wir geben können. Ich werde keinen größeren Stolz in meinem Leben besitzen, als den, am Ende meiner Tage sagen zu können: Ich habe dem deutschen Reich den deutschen Arbeiter erkämpft."

Den Worten des Führers folgte eine ungeheure Begeisterung.



Verbrennung undeutschen Schrifttums durch die Berliner Studenten auf dem Opernplatz am Abend des 10. Mai 1933. Photo Scherl.

Zum Führer der deutschen Arbeitsfront ernannte Adolf Hitler ihren Begründer, Dr. Ley. Schon bald setzte ein großer Aufschwung der neuen Gewerkschaft durch Wiedereintritt alter und Anmeldungen neuer Mitglieder ein.

Um die **deutsche Wirtschaft** in den nationalsozialistischen Staat überzuführen, wurde ein **Wirtschaftskommissar, Dr. Wagener**, ernannt. Er ordnete die Gleichschaltung der Wirtschaftsorganisa-

tionen an. Eingriffe und Eigenmächtigkeiten untergeordneter Instanzen wurden strengstens verboten und bestraft. Der Umbau der Wirtschaft mußte gesetzmäßig, in strenger Ordnung vor sich gehen, jedes Chaos mußte vermieden werden. Als vordringlichstes Problem seiner Arbeit bezeichnete Dr. Wagener unbedingte Beruhigung der Wirtschaft. Es dürften keine sinnlosen Eingriffe geschehen. Die Fernziele der Tätigkeit Wageners lagen in Folgendem: **Das liberale laissez faire, laissez aller müsse ein Ende haben**, denn es habe bei der Schrumpfung der Absatzmöglichkeiten zu einer Art Staatskapitalismus geführt, dessen weitere Folge der Kommunismus sei. Ein rücksichtsloser Kampf der Stärkeren gegen die Schwächeren sei ausgebrochen, der unter der Parole der Rationalisierung geführt werde und die Bildung von Konzernen und Trusts zur Folge gehabt habe. **Der Nationalsozialismus wolle nicht Planwirtschaft, sondern eine sinnvolle Planung der Wirtschaft, die es ermögliche, daß die Vergewaltigung eines Teiles der Wirtschaftsunternehmen verhindert werde, d. h.: Schutz des Mittelstandes.** Wo Kartelle notwendig seien, müßten sie unter staatlicher Kontrolle stehen. **Zweck der Kartelle dürfe nicht sein, durch Preisbindungen sich möglichst große Gewinne sichern, sondern er müßte darin bestehen, daß für die Zeit wirtschaftlicher Depression die Sicherheit der Existenz aller hergestellt werde.** Die Kontrolle des Staates werde dafür sorgen, daß die Kartelle nicht rein kapitalistischen Interessen dienen, sondern sich organisch einfügen in das Gebäude der nationalen Wirtschaft. -



Berliner Studenten "Wider den undeutschen Geist". Photo Scherl.

Wirtschaftsfrieden

Schutz des Wirtschaftsfriedens und Schutz des Mittelstandes waren also die beiden Hauptgesichtspunkte, welche Adolf Hitler zunächst zum Gegenstand der Gesetzgebung machte. Der Schutz des Wirtschaftsfriedens mußte sowohl in horizontaler Richtung, d. h. innerhalb der Unternehmerschaft, wie auch in vertikaler Linie, d. h. zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeigeführt werden. Wahrung des Arbeitsfriedens und Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in den Betrieben mußte erhalten werden. So bestimmte die Regierung Ende März, daß die Anfang April fälligen Betriebsratswahlen bis Ende September verschoben werden sollten und daß in den alten Betriebsräten die Staats- und wirtschaftsfeindlichen Mitglieder, d. h. die Marxisten, durch andere nationalgesinnte Personen zu ersetzen seien. Andererseits verbot er den Unternehmern, in der Zeit der großen gewerkschaftlichen Umwälzung die bestehenden Lohntarife zu kündigen und die Löhne herabzusetzen, denn gar manche Arbeitgeber dachten die deutsche Revolution in dieser Weise auszunutzen. Mitte Mai verfügten Reichskommissar Dr. Wagener und Dr. Ley einen **Waffenstillstand für alle deutschen Arbeitsmenschen der Stirn und der Faust auf 8 Wochen**, bis der ständische Aufbau der organisch gegliederten Wirtschaft durchgeführt sei. Stilllegungen, Entlassungen, wilde Streiks, Aussperrungen wurden verboten. Um diesen Waffenstillstand durchzuführen, ernannten Ley und Wagner in den 13 Bezirken der Landesarbeitsämter Bezirksleiter der Wirtschaft und der Arbeit, die aus je einem Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestanden.

Schutz des Mittelstandes

Dem **Schutze des Mittelstandes** galten Verordnungen und Gesetze, die Anfang Mai herausgegeben wurden und vor allem die Konkurrenzfähigkeit des gewerblichen Mittelstandes stärken sollten. So wurde das Zugabewesen verboten. Ferner dürfen auf die Dauer von 6 Monaten keine neuen Einzelhandelsgeschäfte errichtet, bereits bestehende nicht erweitert werden. Die Errichtung von Einheitspreisläden und Warenhausfilialen wurden versagt. Die Schwarzarbeit wurde mit Strafen bedroht und die Gewährung von Krediten an den Mittelstand erleichtert. Da es auch im Einzelhandel Leute gab, die die Revolution für sich auszunutzen gedachten und die Regierungsmaßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft zu wilden Preissteigerungen mißbrauchten, wurde mit strengen Mitteln, Gefängnisstrafen, Schließung der Geschäfte gegen solche Egoisten vorgegangen.

Auch an die **Armen und Notleidenden** dachte die Regierung. Sie erweiterte den Kreis der Fettverbilligungskartenempfänger erheblich, so daß er fast drei Fünftel des Volkes umfaßte. Viele erhielten das Brot für 24 Pfennige und ein Pfund Butter für 10 Pfennige. In besonderen Notstandsgebieten wurden an Arbeitslose und Hilfsbedürftige Roggen und Butter unentgeltlich verteilt. -

Betrachtet man das, was sich zwischen dem Potsdamer Parlament und der Mitte des Mai ereignet hatte, dann war Ungeheures geschehen. Adolf Hitler hatte es fertig gebracht, daß

**Ende des ersten Abschnitts
der Deutschen Revolution**

mit wenigen Taten die unbedingte Einheit des politischen Willens im Reiche hergestellt worden war und daß das deutsche Volk tatkräftig von innen heraus seine Erneuerung betrieb. Die große, reinliche Trennung zwischen den Machtfragen des Reiches, die zu lösen allein Aufgabe der Regierung war, und den Lebensfragen des Volkes, die die Volksgemeinschaft selbst zu lösen hatte, war vollzogen. Noch nie in der deutschen Geschichte waren die Hoheitsgebiete zwischen Regierung und Volk so säuberlich geschieden, wie in der Regierung Hitler, und noch nie war die Verbindung zwischen Volk und Regierung inniger als bei Hitler! War die Regierung allein führend auf dem Gebiete der Politik, so folgte sie in den völkischen Lebensfragen der nationalsozialistischen Initiative des Volkes selbst. Parteien und Interessen gab es nicht mehr.

Die Entpolitisierung des Volkes war das Ziel Adolf Hitlers. Entpolitisierung - soweit es sich um parteipolitische Rechthabereien handelte. Die Parlamente sollten nicht mehr politische Aufsichtsinstanzen sein, sondern Ständevertretungen. Eine bis in die tiefsten Tiefen hinabsteigende Revolution vollbrachte dieses Werk. Das Charakteristische der modernen Revolutionen war, daß sie sich auf **die beiden Stände der Arbeiter und Bauern** stützte. Auch die deutsche Revolution vom Frühjahr 1933 machte diese beiden Stände zum Fundamente des neuen Reiches. **Zu ihnen traten die Garanten der Zukunft, die Jugend und die Studentenschaft.** Das Ziel der politischen Entwicklung nach dem Weltkriege war im östlichen und mittleren Europa das ständisch-gegliederte Einparteiensystem. Es gipfelte in der Überwindung des führerlosen Kapitalismus und des Liberalismus, die durch die Zersplitterung der politischen Kraft und durch sein "Leben und leben lassen" die Ursache all der namenlosen Elendskatastrophen geworden war, die über Europa dahinbrausten.

Aber allein mit diesen Ständen ließ sich in Deutschland das Dritte Reich nicht aufrichten. Auch das große Heer der **Frontkämpfer** und jenes bodenständige, ehrliche **Bürgertum**, das zum großen Teile durch die Inflation enteignet war, mußte hierbei mitwirken. Diese beiden Kräfte traten noch nicht als Stände beim Neubau des Reiches in Erscheinung, sondern sie fanden ihren Zusammenhalt allein in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. In dieser großen, straff organisierten Bewegung, deren Rückgrat die S.A. und S.S. waren, fand sich das deutsche Volk wieder, und weil das so war, darum mußte der Nationalsozialismus die Totalität seiner Revolution anstreben, um nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben und zu zerfallen. Die lebendige Kraft, die in ihm wirkte, ließ ihn zur Totalität seiner Revolution gelangen.

Um die Mitte des Mai galt die erste Etappe der nationalsozialistischen Revolution als beendet. Nationalsozialismus und deutscher Staat waren eins geworden. Diese Tatsache fand in zwei Vorgängen ihren Ausdruck: Ende April wurde für die Mitglieder der S.A. und S.S. die öffentlich-rechtliche Dienststrafgewalt eingeführt. Dadurch wurde nicht nur die enge Verbundenheit dieser Verbände mit der Reichsgewalt noch mehr gefestigt, sondern auch die absolute Befehlsgewalt des Reichskanzlers über die nationalsozialistischen Formationen noch stärker untermauert. Andererseits verfügte Göring am 9. Mai als Folge dieser Neuordnung die Entpolitisierung der Schutzpolizei. Die Beamten durften keine politischen Abzeichen und Armbinden tragen und weder der S.A. und der S.S. noch dem Stahlhelm angehören. S.A., S.S. als öffentlich-rechtlich anerkannte Organisationen und Schutzpolizei standen jetzt als Träger der Macht des neuen nationalsozialistischen Staates mit gleichen Rechten und Pflichten nebeneinander.

Nun kam es aber auch darauf an, daß Nationalsozialismus und deutsches Volk eins werden mußten. Das konnte nur dadurch erreicht werden, daß innerhalb des Volkes der Unterschied zwischen Siegern und Besiegten der deutschen Revolution beseitigt wurde.

Doch barg die Schnelligkeit und Großartigkeit, mit der der Nationalsozialismus nun ins Volk hineinwuchs, manche Gefahr in sich. Zahlreiche Menschen, die noch wenige Wochen zuvor den Nationalsozialismus erbittert bekämpft hatten, gebärdeten sich plötzlich als die eifrigsten Anhänger der Idee, teils um ihre Stellen zu behalten, teils um solche zu erlangen. Die Gefahr einer Verwässerung oder gar Verfälschung des Nationalsozialismus durch solche Elemente war zweifellos vorhanden, und es bedurfte gewissenhafter Beobachtung und Aufsicht der Parteistellen, um diese Gefahr zu verhüten. Auf der anderen Seite konnten sich jahrelange Kämpfer noch nicht sogleich von der Idee der Ausschließlichkeit der Partei und ihres Gegensatzes zu jedem, der ihr nicht angehörte, befreien. Der Parteigedanke war in ihnen noch stärker als der Staatsgedanke, und sie murrten, wenn Leute, die nicht Parteimitglieder waren, auf Stellen berufen wurden. So mußte die Zeit dahin wirken, daß in den alten Parteimitgliedern die Spannung zwischen Partei und Staat langsam sich löste.

In der Atmosphäre der dynamischen Auseinandersetzungen konnte der Ausgleich nur allmählich stattfinden. Das war auch ganz natürlich. Eine Bewegung, die länger als ein Jahrzehnt Verfolgungen Widerstand zu leisten hatte, die 300 Ermordete und über 40 000 Verletzte hatte, von der hunderttausende mit Weib und Kind der wirtschaftlichen Vernichtung anheimgefallen waren, mußte nach ihrer plötzlichen Befreiung erst ihr Gleichgewicht wieder suchen. Hitlers großem staatsmännischen Genie, der in der Volksgesamtheit die Trennung zwischen Siegern und Besiegten ablehnte, und der Treue und dem Gehorsam seiner Unterführer ist es zuzuschreiben, wenn die Sieger der Revolution **unerhörte Disziplin und beispiellose Selbstbeziehung den Besiegten gegenüber** bewiesen und so die Vereinigung von Nationalsozialismus und Volk nicht hinderten.

Eine besondere Aufgabe fiel der deutschen Presse zu. Die staatsfeindlichen marxistischen Zeitungen waren verboten. Die bürgerliche Presse mußte sich dem neuen Staate einfügen. Die Aufgabe des Propagandaministers Göbbels bestand darin, zwischen Regierung und Presse ein festes Vertrauensverhältnis herzustellen. Die Presse war eine kulturelle Großmacht, sie konnte und durfte nicht vergewaltigt werden, jedoch **schuf der Nationalsozialismus einen neuen Begriff der Pressefreiheit.** Er gipfelte nicht mehr im chaotischen und anarchischen intellektualistischen Wirrwarr, das sich gegen die Interessen der Nation und ihre Kultur wandte, sondern in der **Unterordnung unter die Geistes- und Willenseinheit des Volkes.** Das bedeutete keineswegs eine Uniformierung, sondern **das Recht, Ratschläge zu erteilen und im Rahmen der Wahrhaftigkeit Kritik zu üben, blieb der Presse erhalten.** Und die deutschen Zeitungen aller Richtungen waren ehrlich bemüht, den Richtlinien Hitlers zu folgen, über kleinen Meinungsverschiedenheiten vergaßen sie nicht das große Ziel.

In der Entwicklung vom 21. März bis 15. Mai, die das entscheidende Stadium des Nationalsozialismus wurde, offenbarte sich so recht die Gnade Gottes, die darin ruhte, daß die Harzburger Front am 5. März die Mehrheit gewonnen hatte. Die Legalität war ein gewaltiger Schutzbrief des Nationalsozialismus, der ihm das Recht gab, die Initiative und Freiwilligkeit des Volkes zur Mitarbeit aufzurufen. **In der Legalität beruhte die Überwindung des Diktaturgedankens, ohne daß die erstrebte Totalität der nationalsozialistischen Revolution, d. h. die Überwindung der Harzburger Front, die in jenen April- und Maiwochen stattfand, dadurch gehindert wurde.** In klaren, reinen Linien konnte Hitler die moderne Volksherrschaft der zwischen Regierung und Volk getrennten Machtbereiche aufrichten, denn er hatte die Mehrheit des Volkes hinter sich.

Es war ein ungeheurer Wandel seit dem November 1932 vor sich gegangen. In der Zeit vom 31. Juli 1932 bis 30. Januar 1933 blieb Adolf Hitler, der sich im scharfen Gegensatz zu Papen, Hugenberg und Schleicher befand, nur eine Wahl: Diktatur oder Verparlamentarisierung der Partei! Und diese eine Wahl hätte Hitler auch im November nur gehabt, wenn er damals Reichskanzler geworden war. Für den Historiker besteht darüber gar kein Zweifel. Für den Reichskanzler Adolf Hitler wäre vor dem 30. Januar 1933 nur das Regierungssystem der Mehrheitsbeschlüsse oder das Befehlssystem der S.A. möglich gewesen. Es hätte dann allenfalls nur einen nationalsozialistischen Staat gegeben. Die Initiative und freiwillige Mitarbeit des Volkes ließ sich nicht erzwingen. Das Ereignis des 5. März hatte bewirkt, daß Mehrheitsbeschlüsse ausgeschaltet wurden und daß die S.A. als dienendes

Glied in den nationalsozialistischen Staat eingeschaltet wurde. Die tragende Kraft des neuen Systems wurde aber jetzt die Initiative und Freiwilligkeit des Volkes. Das ganze Volk zu umspannen war ja das letzte Ziel des Nationalsozialismus. **Deutschland hatte eine ungeheure Umwälzung erlebt: jene machtvolle Bewegung hatte gesiegt, die nur ein einziges Ziel kannte: Deutschland, weiter nichts, Rettung des deutschen Volkes vor völligem Verfall, ein Wille, der mit Beharrlichkeit und Geduld die Lebensbehauptung der Selbstvernichtung gegenüberstellte.**



20. Kapitel: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Fortgang der völkischen Neuordnung. Der "Kongreß des Sieges" in Nürnberg.

Die gewaltigste und größte Aufgabe, welche der Regierung Hitlers gestellt war, bestand darin, **sechs Millionen Arbeitslose wieder in das soziale und wirtschaftliche Leben der Volksgemeinschaft einzureihen.** Die Augen der ganzen Welt waren auf die Tätigkeit der Regierung gerichtet, die der Lösung dieses Problems galt.

Adolf Hitler ging auch sofort daran, diese schwerste Aufgabe zu bezwingen. Es gab genug gemeinnützige Arbeiten, die von Staatswegen ausgeführt werden konnten, ohne der Privatinitiative der Wirtschaft zu schaden: Bodenkultur, Hochwasserschutz, Straßenbauten usw. Schon Anfang März wurden den Städten Millionen aus dem Sofortprogramm der Arbeitsbeschaffung zur Verfügung gestellt, und Mitte März wurden noch 5 935 000 Arbeitslose gezählt, 110 000 weniger als der Höchststand im Winter betrug. In Preußen wurden 60 Millionen für wirtschaftliche Meliorationsarbeiten bereitgestellt, die nichtpreußischen Gebiete erhielten 30 Millionen.

Plan der Arbeitsdienstpflicht

Eine besondere Rolle spielte der **Gedanke der Arbeitsdienstpflicht.** Da seine grundsätzliche Verwirklichung aber nicht sofort möglich war, riefen, um einen Anfang zu machen, Frick und Rust Ende März die Abiturienten auf, sich einem freiwilligen Werkhalbjahr zu unterwerfen. Der Stahlhelmführer Studienrat Mahnken wurde von Seldte als Reichskommissar für Arbeitsdienst in das Reichsarbeitsministerium berufen. Anfang April ordnete Seldte das Arbeitsministerium neu. Der alte Aufgabenbereich verblieb unter dem Staatssekretär Krohn, während eine neue Abteilung für nationale Jugenderziehung dem **nationalsozialistischen Oberst Hierl, dem großen Theoretiker der Arbeitsdienstpflicht,** unterstellt wurde. Diese neue Abteilung gliederte sich in vier Fachgebiete: Arbeitsdienst, der nach wie vor dem Kommissar Mahnken unterstand, bis dieser Anfang Mai zurücktrat, Sport, Erziehungsfragen und Jugendhilfe. Mit dieser Neuordnung konnte man viel nachdrücklicher die Jugend im großen Gemeinschaftsgedanken der Arbeit erfassen, denn es kam nicht bloß darauf an, durch Arbeitsdienst die Wirtschaft zu entlasten, sondern **vor allem auch den Klassegeist durch wahren Sozialismus zu überwinden.** Da es keine allgemeine Wehrpflicht mehr gab, war es nötig, eine Einrichtung zu schaffen, welche den Geist der Gemeinsamkeit aller Volksgenossen jedem einzelnen wieder beibrachte, und auch Frauen und Mädchen sollten sich dem Arbeitsdienst unterwerfen.

Zum **eigentlichen Träger des Arbeitsdienstgedankens** hatte sich ja im Laufe des Jahres der **Nationalsozialismus** entwickelt. In seinen Lagern vereinigte er seit Juni 1932 bis Mai 1933 an die 82 000 Mann, soviel, wie all die andern Organisationen, Stahlhelm, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, kirchliche Verbände, zusammen hatten. Bis zum 1. Juli wollte die Partei die ersten 100 000 erreicht haben. Diese nationalsozialistischen Arbeitslager sollten der Grundstock, der Kern werden, um den herum sich die Arbeitsdienstpflicht entwickeln sollte. Tatsächlich unterstellte Seldte Ende Juli 1933 alle Stahlhelmlager dem von Oberst Hierl geführten nationalsozialistischen **"Reichsverband deutscher Arbeitsdienstvereine"**, so daß dieser nun der einzige amtlich anerkannte Dienstträger für den freiwilligen Arbeitsdienst im ganzen Reiche wurde.

Mit einer Tatkraft sondergleichen nahm die Reichsregierung sich ihrer Aufgaben an. **Umfassende Aufforstungen in Ostpreußen, Dammbauten in der Nordsee, Flußregulierungen in Baden und Niederschlesien wurden in Angriff genommen.** Ende März sank die Arbeitslosenziffer auf

5 598 000, Mitte April auf 5 530 000. Anfang Mai erhöhten die Hütten- und Stahlwerke des Rheinlandes nach Verhandlungen mit dem Reichskommissar für den Erzbergbau ihre Belegschaften. Auch die **Landwirtschaft**, deren Lage sich besserte und die keine polnischen Arbeitskräfte mehr bekam, stellte in großem Umfange Arbeitskräfte ein. Die Mehreinstellungen betragen von Mitte April bis Mitte Mai an die 60 000. Ende April zählte man 5 332 000 Arbeitslose, Mitte Mai 5 252 000, Mitte Juni 4 977 000, Ende Juni 4 856 000, Ende Juli 4 468 500, Mitte August 4 334 158, Ende September 3 850 000.

In diesem mächtigen Sinken der Arbeitslosenziffer, das man bisher für unmöglich hielt, kam auch der **neue nationalsozialistische Wirtschaftsgeist** zum Ausdruck. Die Wirtschaft vermehrte die Arbeitskräfte, weil der Zweck der Wirtschaft nicht mehr wie bisher in einer möglichst hohen Dividende für die Aktionäre erblickt wurde, sondern darin, möglichst vielen Volksgenossen Arbeit, Verdienst und Lebensmöglichkeiten zu schaffen.

Ende April lagen auch die **Grundzüge für die Arbeitsdienstpflicht fest**, die Oberstleutnant Hierl ausgearbeitet hatte. Am 1. Oktober sollte, zunächst noch freiwillig, der staatliche Arbeitsdienst mit 120 000 Mann eingerichtet werden, dem dann am 1. Januar 1934 die Arbeitsdienstpflicht folgen sollte. Alle, die das 19. Lebensjahr erreichten, sollten darin erfaßt werden, 350 000 Mann.

In seiner großen Rede zum Feiertag der nationalen Arbeit am 1. Mai erklärte **Adolf Hitler**:

"Es ist unser unverrückbarer Entschluß, jeden einzelnen Deutschen, er mag sein, wer er will, ob hochgeboren und reich oder arm, ob Sohn von Gelehrten oder Sohn von Fabrikarbeiter, jeden einmal in seinem Leben zur Handarbeit zu führen, damit er sie kennen lernt. Der dünkelfhafte Sinn, der sich über die Handarbeiter erhob, muß aufhören, aber auch der Handarbeiter muß einsehen, was der Geistesarbeiter zu leisten hat."

Um für das große Werk des Arbeitsdienstes die erforderlichen **Führer** heranzubilden, eröffnete Seldte am 15. Mai in Berlin-Spandau die **Reichsführerschule für den Arbeitsdienst**. Oberst Hierl führte bei dieser Gelegenheit aus:

"Ein Führer muß ein ganzer Kerl sein, der sich in seinem Wirkungskreise unbedingt durchzusetzen versteht. Ein Arbeitsdienstführer insbesondere muß ein wahrer Fanatiker der Pflichterfüllung sein, aber nicht nur in seinen Forderungen an die Unterstellten, sondern vor allem auch in seinem eigenen Vorbild. Der rechte Führer aber ist erst der, der nicht nur Macht besitzt über den Willen, sondern auch über die Herzen der von ihm Geführten, denn er soll ja Erzieher sein zum deutschen Sozialismus, d. h. zur wahren deutschen Volksgemeinschaft."



Reichsführerschule des Arbeitsdienstes in Spandau. Photo Scherl.

An Arbeit für den neuen Arbeitsdienst sollte es nicht fehlen: allein drei Millionen Hektar Moore und Ödländereien müßten kultiviert werden. Im dritten Vierteljahr 1933 umfaßte der freiwillige Arbeitsdienst eine Viertelmillion junger deutscher Menschen, Männer und Mädchen. Den Studenten, die das vierte Semester beendet hatten, befahl Rust Teilnahme am Arbeitsdienst während der Ferien. Etwa 4000 Studenten beteiligten sich infolgedessen vom 1. August bis 15. Oktober am Arbeitsdienst.

Auch die **private Initiative des Volkes** rief Hitler auf, um die Arbeitslosigkeit zu mindern. Grundlegend wurde das **Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit**, das die Reichsregierung am 31. Mai 1933 verabschiedete und dessen Zweck war, große Massen der Arbeitslosen wieder in die Privatwirtschaft zurückzuführen. Das Gesetz enthielt fünf Abschnitte. Der erste handelte von der

Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit

Arbeitsbeschaffung. Das Reich wollte eine Milliarde Mark in Form von Arbeitsschatzanweisungen zur Förderung von öffentlichen Bauten, privaten Wohnbauten, kleinen Siedlungen, Flußregulierungen, Tiefbauarbeiten usw. zur Verfügung stellen. Im zweiten Abschnitt wurde **Steuerfreiheit gewährt für die Ersatzbeschaffung gewerblicher und landwirtschaftlicher Maschinen.** Dadurch sollten gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe angeregt werden, neue Maschinen zu kaufen, was wieder eine Belebung der Maschinenindustrie zur Folge hatte. Im dritten Abschnitt wurde eine **freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit** ausgeschrieben. Ein Gedanke des Reichswirtschaftskommissars Wagner fand hier Verwendung. Wagner hatte Mitte Mai vorgeschlagen, daß für alle Fälle der Steuerhinterziehung und Kapitalverschiebung eine Amnestie verkündet werde, wenn die Missetäter einen Teil ihres flüssigen Vermögens und insbesondere das ins Ausland verschobene Kapital für eine großzügige nationale Arbeitsbeschaffungsanleihe zur Verfügung stellen. So sah dies Gesetz Straffreiheit vor, wenn entzogene Steuern in Form einer Arbeitsspende nachgezahlt würden. Im vierten Abschnitt wurde die **Überführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft durch Steuererleichterungen** gefördert. Der fünfte Abschnitt sollte die **Eheschließungen fördern:** weiblichen Arbeitskräften wurde im Falle ihrer Verheiratung ein unverzinsliches **Ehestandsdarlehen bis zu 1000 Mark** gegeben; auf diese Weise sollten im Laufe des ersten Jahres 400 000, im Laufe der nächsten drei Jahre noch 600 000 weibliche Arbeitskräfte aus der Wirtschaft ausscheiden und Männern Platz machen. Die Mittel für diese Ehedarlehen sollten die ledigen Männer und Frauen aufbringen.

In bezug auf den ersten Abschnitt dieses Gesetzes hatte Hitler noch die besonderen Projekte: die Wiederherstellung des deutschen Hausbesitzes und Hausreparaturen, sodann den Bau eines umfassenden deutschen Automobilstraßennetzes von 5000 km Länge, um die Kraftverkehrswirtschaft organisch in das System der Reichsbahn einzuschalten (das Gesetz über den Bau der Straßen für **Reichsautobahnen** wurde am 30. Juni verkündet und Ende September wurde die Ausführung der ersten Autostraße Frankfurt-Heidelberg begonnen), und schließlich Steuerfreiheit für Mehrproduktion und Mehrbeschäftigung als Produktionsanreiz für die deutsche Privatwirtschaft.

Das neue Gesetz besaß ein wahrhaft monumentales Fassungsvermögen. Dadurch unterschied es sich von allen ähnlichen Gesetzen der Vergangenheit: **es zeigte die tatsächliche, praktische Möglichkeit, Millionen Arbeitsloser in kurzer Zeit wieder in die Privatwirtschaft zu übernehmen.** Man rechnete damit, daß binnen Jahresfrist 1¼ Millionen Arbeitsloser in den Produktionsprozeß zurückgeführt werden konnten. Das Gesetz, welches die Versprechen der nationalen Regierung einlösen sollte, war außerdem getragen von dem großen sittlichen Grundsatz, daß Menschenarbeit vor Maschinenarbeit gehe. Es wird darin ausdrücklich gesagt: "**Alle Arbeiten sind durch menschliche Arbeitskräfte auszuführen, soweit nicht maschinelle Hilfsmittel unerläßlich sind.**" Die ideelle Bedeutung dieses Gesetzes wuchs noch dadurch, daß die Abrüstungskonferenz Mitte Juni Deutschland die Einführung der Arbeitsdienstplicht verbot, da Frankreich hier zwei militärische Elemente erkannte: Disziplin und straffe Zusammenfassung in Gruppen!

Die politische und moralische Gewalt des Nationalsozialismus vermochte dem großem Gesetze vom 31. Mai alsbald **tatkräftige und nachdrückliche Verwirklichung zu verschaffen.** Bereits Mitte Juni sank die Arbeitslosenziffer unter die Fünf-Millionengrenze. Ende Juni betrug sie 4 856 000. Allenthalben regten sich die Hände der Menschen, Arbeiten, die lange vernachlässigt waren, wurden in Angriff genommen. Wie in der Landwirtschaft, so regte sich neuer Wirtschaftsgeist im Bauwesen, in der Maschinenindustrie, in der Automobilindustrie, in der Möbelindustrie. Zahlreiche öffentliche Arbeiten wurden unternommen: Straßen- und Kanalbauten, Wasserregulierungen, Aufforstungen. Die Reichsbahn bemühte sich, Mittel zusammenzubringen, wodurch sie eine Viertelmillion Arbeitslose beschäftigen konnte. Die **Spende für die nationale Arbeit** brachte im Juni 4 Millionen Mark. Organisationen und Verbände, sowie die einzelnen Volksgenossen brachten ihre Opfer, und es war niemand so arm, daß er nicht auch sein Scherflein gab. Zum ersten Male zeigte sich in der Freiwilligkeit dieser Spende die Großartigkeit des fundamentalen nationalsozialistischen Leitsatzes: Gemeinnutz geht vor Eigennutz! Mitte Juli waren bereits 10 Millionen und bis Ende September 60 Millionen Mark zusammengekommen.

Das Bedeutungsvolle an diesem System der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit lag noch darin, **daß sie der Reichsregierung und den Landesregierungen nicht neue Lasten auferlegte**: Der Reichshaushalt, der 1932 in tatsächlichen Ausgaben 7,9 Milliarden Mark betrug, wurde für 1933 nur mit 5,9 Milliarden veranschlagt. Allein die Besitz- und Verkehrssteuern waren um 774 Millionen gekürzt. An Ausgaben für Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffung wurden 520 Millionen eingesetzt, für Fettverbilligung 150 Millionen, für Wohlfahrtspflege 50 Millionen. Von dieser $\frac{3}{4}$ Milli[arde] mußte die neue Fettsteuer 150 Millionen und die Ehestandshilfe der Ledigen 40 Millionen erbringen.

Ostpreußen

Die Tatkraft, mit der die nationalsozialistischen Oberpräsidenten und Präsidenten an die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit herangingen, führte in kurzer Zeit zu einer weiteren Verminderung der Arbeitslosenzahl. Der **tatkräftige nationalsozialistische Oberpräsident Koch in Ostpreußen** erreichte es, daß 30 Kreise, also Dreiviertel der Provinz, Ende Juli ohne Arbeitslose waren. Am 31. Juli hatten nur noch die Städte Königsberg und Elbing Erwerbslose. Mitte August war Königsberg die erste deutsche Großstadt ohne jeden Wohlfahrtserwerbslosen! **Ostpreußen war frei von Arbeitslosen**. Dieser Erfolg war vor allem auch der neuen Wirtschaftstaktik Kochs zu danken: er hatte die Intensivierung der Landwirtschaft von der Arbeitskraft her, nicht wie früher von der Kapitalseite her, angefaßt. - **Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Ostpreußen hatte noch eine ganz besondere volkspolitische Bedeutung**. Sobald in dieser dünnbesiedelten Grenzprovinz alle Arbeitslosen untergebracht waren, sollten Deutsche aus dem Reich - man rechnete mit 200 000 Menschen - nach Ostpreußen gezogen werden, um hier wieder **einen festen deutschen Volkstamm zu begründen**. Man plante, Ostpreußen weitgehend zu industrialisieren und Ende August dachte man bereits, 3000 westfälische Industriearbeiter nach Ostpreußen zu überführen.

In allen Teilen des Reiches lebte die Arbeit wieder auf. Von der privaten wie von der öffentlichen Wirtschaft war das Mißtrauen und die Entschlußlosigkeit gewichen, sobald sie erkannten, daß eine starke Hand die Zügel führte und der Nationalsozialismus der deutschen Wirtschaft Ruhe und Stetigkeit brachte. Es war ein vorzügliches Ineinanderarbeiten öffentlicher und privater Wirtschaft, ein Ineingreifen aller Staats- und Volksorgane unter dem einen großen Gesichtspunkt: dem Volk durch Arbeit seine Existenz zu sichern.

Rückgang der Arbeitslosenzahl

Die gewaltige Entwicklung zugunsten des deutschen Volkslebens drückte sich in der stetig **sinkenden Zahl der Arbeitslosen** aus: am 15. September 1933 zählte man deren nur noch 4 067 000, am 30. September, wie bereits gesagt, 3 850 000. **Mehr als zwei Millionen Arbeitslose** hatte Hitler neuer Beschäftigung zugeführt, und doch befand man sich erst noch in den Anfängen der Verwirklichung des großen Gesetzes vom 31. Mai. Und dabei muß berücksichtigt werden, daß die Zahl **noch um 300 000 sogenannter "unsichtbarer", d. h. nichtgemeldeter Arbeitslose**, größer war! Am 15. September 1932, also zur Zeit Papens, wurden in Deutschland $5\frac{1}{4}$ Million Arbeitslose gezählt.

Es soll nur ein ganz kurzer Abriss über die **Wiederbelebung der Arbeit in den einzelnen Teilen Deutschlands** gegeben werden. Von den 140 000 Erwerbslosen der Provinz **Pommern** waren bis Ende Juli 60 000 wieder in Arbeit gebracht. Den Rest hoffte man durch den geplanten Bau des Dammes nach Rügen, der seit 1911 verschleppt war, auf drei Jahre zu beschäftigen. Mitte August rief der Gauleiter von Pommern die Landbesitzer zur freiwilligen Landabgabe als Arbeitsspende auf. Dadurch sollte die großzügige Durchführung des Siedlungswerkes in Gang kommen. In **Dithmarschen** wurden zwei Dämme von zusammen 12 km Länge begonnen, wodurch Land gewonnen werden sollte. Die eingedeichete Fläche wurde auf 1570 Hektar berechnet. Durch dieses Werk sollten Sylt und Fehmarn mit dem Festland verbunden werden. Auch in der **Rheinpfalz** sank die Arbeitslosenziffer. Nach einer Aufstellung aus der zweiten Hälfte des August hatte sich die Zahl der Erwerbslosen verringert in Ostpreußen um 100%, in Pommern um 60%, in Brandenburg mit Berlin um 23%, in Schlesien um rund 30%. In Sachsen waren 168 000, in Mitteldeutschland 171 000, in Westfalen 121 000, in Bayern 214 000 Menschen wieder beschäftigt worden. Zu einer hochherzigen Tat entschloß sich am 22. August der ostpreußische Großgrundbesitz; er ließ dem Reichskanzler mit-

teilen, daß er Land spenden wolle, um Bauernsöhnen und Landarbeitern Siedlungsmöglichkeiten zu verschaffen. In der Grenzmark Posen-Westpreußen waren die Bauern bereits auf diesem Wege vorangegangen, indem sie Hitler eine Landspende von etwa 300 Morgen zur Verfügung gestellt hatten. -

**Vollendung
der Arbeitsfront**

Das Werk des Aufbaues der Arbeitsfront setzte inzwischen Dr. Ley tatkräftig fort. Am 18. und 19. Mai gründete er in Berlin die **Einheitsgewerkschaft aller Angestellten**, die zweite Säule der Arbeitsfront, die folgende Angestelltenverbände umfaßte: Deutscher (bisher Deutschnationaler) Handlungsgehilfenverband, Verband deutscher Techniker, Ingenieure, Chemiker u. a., Verband deutscher Werkmeister, Poliere, Schacht- und Ziegelmeister, Verband deutscher Büro- und Behördenangestellten, Verband deutscher Land-, Guts- und Forstwirtschaftsangestellter, Verband angestellter Ärzte und Apotheker, Verband seemännischer Angestellter, Verband der deutschen Theaterangestellten und Verband der weiblichen Angestellten. So traten an die Stelle der bisherigen 100 Angestelltenverbände nur 9 Berufsverbände, denen keine Juden angehören durften.

So war mit dem Aufbau der deutschen Arbeitsfront bereits eine **wichtige Vorarbeit für den ständischen Aufbau der deutschen Wirtschaft geleistet**. Und wie im deutschen Volke die nationalsozialistische Partei das Rückgrat weiterhin bilden sollte, so war der **nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation** die große Aufgabe bestimmt, das Reservoir der Offiziere und Unteroffiziere der deutschen Arbeitsfront zu bilden. Sie sollte der Sauerteig sein, der die Arbeitsfront durchdringen mußte und der aus dem Lohnempfänger den deutschen Arbeiter zu machen hatte. Die Gewerkschaft sollte die wirtschaftliche, die Betriebszellenorganisation die politische Vertretung der Arbeiterschaft sein.

Dieser so erstarkten Arbeitsfront traten am 25. Mai auch die **Unternehmerverbände** bei, und am Vormittag des 24. Juni wurden nach vorhergehender gründlicher Säuberung schließlich die **Christlichen Gewerkschaften** in Deutschland von der N.S.B.O. übernommen, so daß nun **das ganze deutsche Wirtschafts- und Arbeitswesen in Unternehmertum, Angestellten und Arbeitern in der Arbeitsfront eine große, geschlossene Einheit fand, durch deren Schaffung der Klassenkampf marxistischer und bürgerlicher Prägung beseitigt war**.

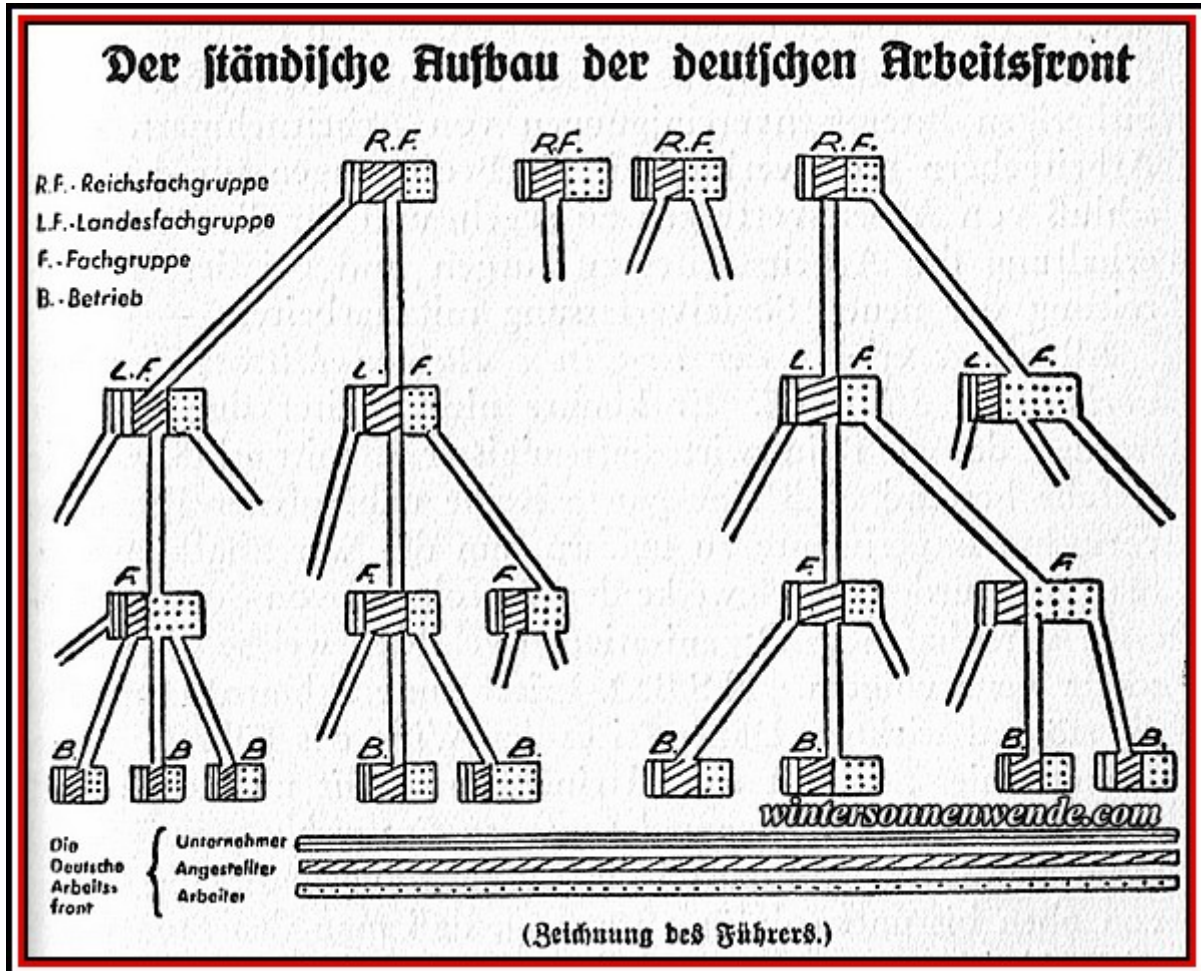
Dies Werk war nur möglich aus dem Geiste des Nationalsozialismus heraus: **Wirtschaft ist nicht Selbstzweck, sondern soll der Blüte der Nation und ihrem Wohlergehen dienen, sie soll dem Volke in seiner Gesamtheit die notwendige Nahrung verschaffen und seine materiellen Bedürfnisse befriedigen**. "Die Arbeit ist oberstes Gesetz und wird dann zum Segen, wenn sie einmal den Schöpfergeist des Menschen befriedigt und dann zum andern seine Existenz sicherstellt." Aus dieser elementaren Erkenntnis heraus dürfen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht Gegner sein, sondern sie müssen Schicksalsgenossen sein. In dieser Gemeinschaft muß die Arbeitsfront alle Stände umschließen, die mit der Wirtschaft zu tun haben. Löhne, Tarife und Sozialfragen haben daher nicht mehr die Hauptsache im Wirtschaftsleben zu sein, sondern das Ziel muß nun sein **das Blühen der Wirtschaft und die gesunde Eingliederung jedes schaffenden Menschen in die Wirtschaft**.

So formulierte Dr. Ley die Aufgaben des ständischen Aufbaus in folgende fünf Sätze:

- "1. Die Wirtschaft muß zur **höchsten Blüte** entfaltet werden, damit das Gesamtvolk leben kann.
2. Deshalb muß das **Führertum im Betrieb** wieder vollkommen hergestellt werden.
3. Dies ist notwendig, damit die **volle Verantwortung** jedes einzelnen wieder aufgerichtet wird.
4. Erst dann ist es möglich, dem arbeitenden Menschen den höchsten Schutz und das ihm zukommende **Recht** zu gewähren.
5. Dieser Schutz und das Recht wird erst erreicht, wenn **unabhängige Landesgerichte**

darüber wachen und jeden einzelnen Schädling mit den schwersten Strafen belegen können."

Der ständige Aufbau der Arbeitsfront sollte in neuen, in **Wirtschaftskreisen, Bezirken und Provinzen regional zusammengefaßter Fachgruppen** vor sich gehen. Mit der Durchführung dieser Aufgabe wurden die Gauleiter beauftragt. Der Aufbau vom Betriebe bis zur Reichsfachgruppe zeigte dann folgendes Schema:



Der ständige Aufbau der deutschen Arbeitsfront. Photo Scherl.

Da es noch **Hunderttausende von Unorganisierten** gab, verlangte Dr. Ley Mitte Juli deren Eintritt in die Arbeitsfront, denn **im neuen Staat werde das Bürgerrecht verknüpft sein mit der Bekundung der Mitarbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes**. Die Aufgabe der Arbeitsfront war, den neuen deutschen Arbeitsmenschen zu schaffen. Sollte der **ständige Aufbau die neue Wirtschaftsordnung formen, so sollte die Arbeitsfront die neue Gesellschaftsfront**, die jetzt noch in Schichten und Klassen auseinanderstrebe, schaffen.

Es war die notwendige Fortentwicklung dieses wirtschaftlichen Neubaus, daß die bisherigen Schlichter ausgeschaltet wurden. Schlichtungsverhandlungen wie bisher nach dem liberalistischen und marxistischen Klassenkampfprinzip sollte es nicht mehr geben. Auch die Wirtschaft wurde dem Führerprinzip unterworfen, und am 15. Juni 1933 ernannte Adolf Hitler, durch Reichsgesetz vom 19. Mai beschlossen, die **Treuhänder der Wirtschaft für die 13 deutschen Wirtschaftsgebiete**. Diese Treuhänder verkörperten die höchste Staatsautorität und waren lediglich an die Weisungen der Reichsregierung gebunden. Sie entsprachen auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens den Reichstatthaltern in den deutschen Ländern. Es war die Aufgabe dieser Treuhänder, an Stelle der bisherigen Interessenvereinigungen von Arbeitnehmern oder Arbeitgebern rechtsverbindlich die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen zu regeln und für die Aufrechterhaltung des Arbeitstarifes zu sorgen und bei der Vorbereitung der neuen Sozialverfassung mitzuarbeiten. -

Allerdings erlebte der **ständische Aufbau Mitte Juli einen vorläufigen Stillstand**. Er konnte nicht weiter durchgeführt werden, da, wie Reichswirtschaftsminister Schmitt erklärte, "die Gefahr bestand, daß eine ganze Reihe unberufener Elemente versuchte Experimente zu machen, um die Wirtschaft zu stören." Es wurden zum Zwecke der Verfolgung von Sonderinteressen wirtschaftliche Organisationen gebildet, welche die Wirtschaft beunruhigten. N.S.B.O.-Leiter unternahmen Eingriffe, die störend wirkten. Daher sei es der Wille des Führers, sagte Schmitt, hier zunächst einmal eine **klare Linie** zu ziehen und den **Weg der langsamen und gesunden Entwicklung** zu gehen. Dem ständischen Aufbau sei die Aufgabe zugeordnet, im Volke von oben bis unten dafür zu sorgen, daß man den Staat und seine Absichten verstehe und daß man geistig das Volk zum Nationalsozialismus hinführe. - Um den für die Wirtschaft außerordentlich wichtigen Frieden zu sichern, wurden Mitte Juli der **Reichswirtschaftskommissar Dr. Wagner und sämtliche Unterkommissare** zurückgezogen. Nachdem Hugenberg zurückgetreten war, erübrigte sich überhaupt die Tätigkeit der nationalsozialistischen Reichskommissare. Ende Juli wurden auch sämtliche **N.S.B.O.-Kommissare** aus den Betrieben herausgenommen. Wo ein solcher Kommissar noch einen Eingriff wagte, wurde er unverzüglich in Haft genommen. **Adolf Hitler wollte nichts von einer permanenten Revolution wissen**. Er sagte einmal Anfang Juli zu den Reichsstatthaltern:

"Man darf nicht einen Wirtschaftler absetzen, wenn er ein guter Wirtschaftler, aber noch kein Nationalsozialist ist, zumal dann nicht, wenn der Nationalsozialist, den man an seine Stelle setzt, von der Wirtschaft nichts versteht. In der Wirtschaft darf nur das Können ausschlaggebend sein." -

Um der Reichsregierung eine Beratungsinstanz aus den Reihen der Wirtschaftspraktiker zu geben, also um das fachmännische Können für die Gesetzgebung auszunutzen, berief Adolf Hitler Mitte Juli den **Generalrat der Wirtschaft**.

Wirtschaftsleben

Hier sei ein **kleiner Querschnitt in Zahlen durch das deutsche Wirtschaftsleben** eingeschaltet. Die Zahl der Beschäftigten betrug am 30. Januar 1933: 11,5 Millionen (31. Januar 1932: 12 Millionen), am 15. Juli aber 13,5 Millionen, am 31. August 13 723 585. Die Zahl der Konkurse betrug im ersten Halbjahr 1933 rund 5000, war um etwa 45 Prozent geringer als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zahl der Vergleichsverfahren, 1000, waren sogar um 77 Prozent geringer! Im Außenhandel allerdings zeigte sich ein starker Rückgang: der Ausfuhrüberschuß betrug im ersten Halbjahr 1933 nur 291 Millionen gegen 602 Millionen im ersten Halbjahr 1932.

Ebenso wie das Wirtschaftsleben erfaßte der Nationalsozialismus auch die **deutschen Juristen, die Lehrer und die Jugend**.

Erziehung

Besonders **Lehrer und Jugend** lagen den Ministern und dem Führer Adolf Hitler am Herzen. Die Nationalsozialisten erklärten, daß es nicht Zweck der Erziehung sei, viel Wissen in die jungen Menschen hineinzupropfen, sondern sie zu **Tüchtigkeit und Charakter** zu erziehen. Rust wie Schemm betonten immer wieder, daß die Grundlage der Erziehung Charakterbildung durch den Sinn für das Heldische **und für die christliche Religion** sein müsse, daß hierzu das Bewußtsein kommen müsse, der einzelne sei kein Individuum, sondern ein dienendes Glied der Volksgemeinschaft. Gehorsam und Zucht, Treue und Glauben und Arbeit sind die Tugenden, aus denen sich die Pflicht des einzelnen gegen sein Volk zusammensetzt. Die sittlichen Kräfte der Lehrer, Vorbilder zu sein der Jugend, können nicht im Lärm der Großstädte erweckt und gekräftigt werden, sondern nur in der unmittelbaren und engsten Verbindung mit der Scholle; gleichsam als ein Inbegriff des nationalsozialistischen Erziehungsideals wurde am 24. Juni von Kultusminister Rust in dem pommerschen Grenzstädtchen Lauenburg eine **Hochschule für Lehrerbildung** eröffnet. An den Hochschulen wurde das Reinigungswerk kräftig fortgesetzt.

Die **Zusammenfassung der gesamten deutschen Jugend** im Geiste des Nationalsozialismus geschah durch die Ernennung **Baldur von Schirachs**, des Führers der Hitlerjugend und der nationalsozialistischen Studentenschaft, zum **Reichsjugendführer für sämtliche deutsche Jugendverbände** am 18. Juni. Eine der ersten Folgen dieses Vorganges war, daß der "Scharnhorstbund" in der

Hitlerjugend aufging.

Auch der **Stahlhelm** ward enger mit der Bewegung Hitlers verbunden. Am 21. Juni 1933 kam **zwischen Adolf Hitler und Franz Seldte ein Abkommen zustande**, das folgendes festsetzte: Der Kernstahlhelm bleibt wie bisher dem Bundesführer Seldte unterstellt (der Kernstahlhelm umfaßt alle Stahlhelmer vom 22. Lebensjahre an), den Mitgliedern des Stahlhelms ist jede andere Parteizugehörigkeit als die zur N.S.D.A.P. verboten, Adolf Hitler gibt die Mitgliedschaft des Stahlhelms zur N.S.D.A.P. frei. Der Jungstahlhelm tritt neben S.A. und S.S. und wird dem obersten S.A.-Führer unterstellt, der Jungstahlhelmführer von Morozowiz tritt zum Stabe des Obersten S.A.-Führers, Adolf Hitlers; der Scharnhorst wird in die Hitlerjugend eingegliedert.

Der endgültigen Vereinigung des Stahlhelms mit dem Nationalsozialismus diene die S.A.-Führertagung in Bad Reichenhall in den ersten Julitagen. Adolf Hitler, Röhm und Seldte vereinbarten folgendes:

"Der gesamte Stahlhelm tritt unter den Befehl der Obersten S.A.-Führung und wird nach ihren Richtlinien neu gegliedert. Der Jungstahlhelm und die Sporteinheiten werden durch die Stahlhelmdienststellen auf Befehl der Obersten S.A.-Führung entsprechend den Gliederungen der S.A. neu zusammengefaßt."

Dem Stahlhelm verlieh Adolf Hitler die feldgraue Armbinde mit dem schwarzen Hakenkreuz auf weißem Grunde, dem Jungstahlhelm und den Sporteinheiten aber die rote Armbinde und das Hoheitszeichen an der Mütze. In den Herbstwochen 1933 vollzog sich schrittweise die Eingliederung der Stahlhelmformationen in die S.A. Die Mitglieder des Stahlhelms leisteten Adolf Hitler den Treueid. -

Ende Juni gab es in Deutschland kaum eine Organisation mehr, die nicht dem gewaltigen Gefüge des Nationalsozialismus eingegliedert war. Kleine Gruppen und Grüppchen, die im liberalistischen Zeitalter ihr beschauliches Dasein geführt hatten, verschwanden, sie wurden aufgesogen oder aufgelöst. Umbildungen von besonderen Verbänden, wie sie vor allem neben der Arbeitsfront durch katholische und evangelische Arbeitnehmer versucht wurden, wurden unterdrückt. **Es gab nur noch ein Recht, das Recht des Volkes, dessen Exekutive beim Nationalsozialismus lag, und die Durchdringung des Volkes mit dem Nationalsozialismus, die zweite Etappe der deutschen Revolution, machte seit Mitte Mai große Fortschritte.**

Reichsführerschule

Und der Nationalsozialismus war nicht gewillt, das Recht, das er in anderthalb Jahrzehnten sich schwer erkämpft hatte, durch leichtfertige Versäumnisse wieder preiszugeben. Was bisher noch keine Regierung in Deutschland getan hatte, was bisher immer versäumt worden war, das tat Adolf Hitler: im Gebäude des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes im Bernauer Walde eröffnete der Reichskanzler am 16. Juni die **Reichsführerschule**, deren Bestimmung es war, die kommenden Führer der Nationalsozialistischen Partei wie der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation heranzuziehen. Hier sollte der politische Generalstab für die regierende Partei heranwachsen. Diese planmäßige Führerausbildung und Führerauslese, die im bewußten Gegensatz zum bisherigen System stand, wonach der Staat wie eine Aktiengesellschaft regiert wurde, sollte ihrerseits ein Garant gegen einen möglichen Zerfall des Nationalsozialismus in Zukunft sein. Man weiß, wie das Reich Bismarcks zugrunde ging, weil Bismarck versäumt hatte, für den nötigen Führernachwuchs zu sorgen, und man weiß, welche ungeheure Führerkraft aus der preußischen Kriegsakademie hervorging, der Schule des preußischen Generalstabs. Das politische Führertum als einen das Schicksal des Volkes bestimmenden wichtigen Faktor zu pflegen erschien Adolf Hitler als eine sehr wichtige Aufgabe. So wurden denn im Laufe des Sommers weitere Landesführer-, Gauamtswalter-, N.S.B.O.-, Bauern- und Arbeitsdienstführerschulen errichtet - alles unter dem Gesichtspunkt des neuen Staates und Volkes als einer unzertrennlichen Gemeinschaft zu erziehen.

Dem Nationalsozialismus, der immer weiter das deutsche Volk umspannte, blieben nun nur noch die **Auseinandersetzungen mit den Resten der Deutschnationalen Front, der Sozialdemokraten,**

des Zentrums und der Kommunisten übrig.

Es zeigte sich, daß **Hugenberg** immer weniger in der Lage war, seine Absicht, das Vordringen der nationalsozialistischen Revolution zu verhindern, durchzuführen: **Die nationalsozialistische Revolution wuchs ihm über den Kopf, als sie seit dem Mai das ganze Volk ergriff.** Die nationalsozialistischen Bauern hatten verhindert, daß Hugenberg preußischer Landwirtschaftsminister wurde. Sie hatten weiter verhindert, daß Hugenberg Herrn von Gayl als Reichssiedlungskommissar berief. Gegen Hugengeb's Willen wurde das preußische Erbhofgesetz geschaffen. Hugenberg wollte Mitte Mai auch verhindern, daß der Reichskommissar Dr. Wagener den Nationalsozialisten Dr. von Rentelen zum Präsidenten des Industrie- und Handelstages berief. Hugenberg erlitt eine Schlappe. Hätte Hugenberg nicht den verzweifelten Willen gehabt, sich neben den Nationalsozialisten zu behaupten, so hätte er nach den bereits erlittenen Nackenschlägen schon Mitte Mai aus der Regierung ausscheiden müssen. Er tat es aber nicht.

**Zusammenbruch der
Deutschnationalen**

Die immer mehr zusammenschmelzende **deutschnationale Front** wurde durch **innere Gegensätze** mehr und mehr zerrissen. Ende Mai beging der Reichsbund deutschnationaler Juristen die offenbare Dummheit, alle weltanschaulich auf deutschnationalem Boden stehenden Richter und Staatsanwälte aufzufordern, aus dem Preußischen Richterverein auszutreten, weil dieser beschlossen hatte, korporativ dem Bunde Nationalsozialistischer deutscher Juristen beizutreten!

Vor allem aber waren die deutschnationalen **Landes- und Kreisleitungen** so unklug, die heranströmenden **Marxisten** in ihre neugegründeten **Kampfstaffeln** aufzunehmen. Bereits am 22. Mai verhaftete die Geheime Staatspolizei in Pasewalk den deutschnationalen Kreisleiter und 14 Kampfstaffelmitglieder, weil diese Kommunisten waren.

Es war nicht nur der Geheimen Staatspolizei bekannt, sondern sozusagen eine offen bekannte Tatsache, daß **Marxisten aller Schattierungen und vor allem deren Funktionäre in hellen Scharen zu den Deutschnationalen strömten.** Am 30. Mai trat Dr. Eduard Stadler aus der deutschnationalen Front und Reichstagsfraktion aus und suchte Aufnahme in die N.S.D.A.P. nach, weil die deutschnationale Front immer mehr marxistisch verseucht werde. Den Beweis dafür lieferte das **Verbot des Kampfbundes junger Deutschnationaler** durch die Hamburger Polizei, weil dieser Kampfbund sich zu einem idealen Sammelbecken waschechter Bolschewiken und kommunistischer Untermenschen entwickelt hatte.

Die Austritte führender Deutschnationaler mehrten sich seit Anfang Juni; der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Wilhelm Schmidt, Führer des Reichsverbandes vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine, trat am 7. Juni zur N.S.D.A.P. über. Der Führer der deutschnationalen Katholiken, Prof. Martin Spahn, verließ die Partei am 10. Juni. Seine Auffassung, es dürfe eine unfruchtbare Opposition gegen Adolf Hitler, wie sie die Deutschnationalen zu betreiben im Begriffe seien, nicht mehr geben, fand bei den Deutschnationalen erregten Widerspruch. Die beiden westdeutschen Kampfringführer Gisevius und Flume traten zur N.S.D.A.P. über, weil der Parteienstaat tot sei. Diesem Schritte schloß sich der Landtagsabgeordnete Forschbach aus Dortmund an. Auch in Bayern traten mehrere führende Deutschnationale, Staatssekretäre und Stadträte, zur N.S.D.A.P. über. **Die Deutschnationale Front trat in die Todeskrise ein: was blieb von ihr noch übrig? Nur zweifelhafte, nationalgetarnte marxistische Elemente,** die im Begriff waren, sich gegen die Regierung der deutschen Revolution zu erheben.

Am 14. Juni wurde der Deutschnationale Kampfring im Regierungsbezirk Dortmund verboten, weil er zu dreiviertel aus Leuten bestand, die noch im März und April Marxisten waren. Am 18. Juni wurde der Deutschnationale Kampfring in Frankfurt a. d. Oder aufgelöst, weil es am Geburtstage Hugengeb's zu schweren blutigen Zusammenstößen mit S.A. und S.S. gekommen war.

Die blutigen Vorgänge in Frankfurt veranlaßten den **preußischen Ministerpräsidenten Göring, am 21. Juni für ganz Preußen das Verbot und die Auflösung der deutschnationalen Kampf- ringe und des Bismarckbundes anzuordnen, da sich ergeben habe, daß in ihnen kommunisti-**

sche und staatsfeindliche Elemente in größtem Umfange Aufnahme gefunden haben und diese Organisationen daher eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit des Staates und der Bevölkerung bildeten. Das Vorgehen Görings wurde alsbald auf **das ganze Reich** ausgedehnt. Das Tragen von Grünhemden und Abzeichen wurde verboten. Überall im Reiche wurden Haussuchungen vorgenommen in den deutschnationalen Parteibüros. In allen deutschen Ländern wurden Mitglieder und Führer von Kampfstaffeln verhaftet. Unter den Verhafteten befanden sich auch zwei Neffen Hugenbergs. Weder Hugenberg noch sein Stellvertreter von Winterfeldt vermochten durch ihren Einspruch etwas zu ändern.

Die **Untersuchung durch die Geheime Staatspolizei** hatte die Berechtigung des Regierungsschrittes erwiesen. Es ließ sich allgemein feststellen, daß die Kampfstaffeln zu 60-70% marxistisch verseucht waren. In Berlin waren die Kampfstaffeln 3000 Mann stark. Mehr als 2000 von ihnen standen noch im April im marxistischen Lager, zum Teil als Funktionäre! Es waren hauptsächlich vorbestrafte Kommunisten und Sozialdemokraten, die dem Reichsbanner oder dem Rotfrontkampfbund angehört hatten und wegen Diebstahl, Betrug, Körperverletzung, Kuppelei, Zuhälterei bestraft waren. In dem beschlagnahmten Brief eines Berliner Kommunisten an einen pommerschen Kommunisten las man: "Hier tritt alles der Kampffront bei. Sie ist marxistisch verseucht bis auf die Knochen. Hitler wird sie wahrscheinlich bestehen lassen." War es da noch wunderbar, wenn man bei diesen "Deutschnationalen" auch große Mengen kommunistischer Hetzliteratur, Werke von Bucharin, Marx usw., ja Sowjetfahnen und Sowjetbinden, Sowjetsterne fand, nicht zu vergessen Revolver, Säbel, Schlagringe, Gummiknüppel und Bleirohre? Diese deutschnationale Taktik war teilweise auch auf **Stahlhelmortgruppen** ausgestrahlt, so daß in zahlreichen Fällen auch deren Auflösung nötig wurde.

Das unrühmliche Ende der deutschnationalen Front war Tatsache geworden. Hugenberg, von seinen Besten verlassen, von marxistischen Hyänen umgeben, stand auf einem Trümmerhaufen. Er hatte nicht vermocht, in der Regierung zu verhindern, daß die nationalsozialistische Revolution über ihn hinwegging, er hatte auch nicht vermocht, seine Anhängerschar zusammenzuhalten. **Am Abend des 27. Juni vollzog sich der letzte Akt. Hugenberg beschloß nach Rücksprache mit seinen Unterführern und mit dem Reichskanzler die freiwillige Auflösung der Deutschnationalen Front.** Er schloß darauf ein **Freundschaftsabkommen mit Adolf Hitler**, daß die ehemaligen Angehörigen der Deutschnationalen Front als volle und gleichberechtigte Mitkämpfer des nationalen Deutschland anerkannt und vor jeder Kränkung und Zurücksetzung geschützt würden, insbesondere soweit sie Beamte und Angestellte seien. Die parlamentarischen Fraktionen der Deutschnationalen vereinigten sich mit den Nationalsozialisten und entsandten ein oder mehrere Mitglieder in die Vorstände der nationalsozialistischen Fraktionen.

Daraufhin erklärte Hugenberg seinen Rücktritt. Damit war das Ende der Parlamentswirtschaft und des Parteiwesens wieder einen Schritt näher gekommen, nur das Zentrum stand noch abseits.

Am 29. Juni genehmigte Hindenburg den Rücktritt Hugenbergs. In dessen Ministerien traten jetzt **zwei Nationalsozialisten** ein: Dr. Schmitt wurde Wirtschaftsminister, Walter Darré Reichsernährungsminister und Gottfried Feder wurde zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium ernannt. Im preußischen Landwirtschaftsministerium wurde der Nationalsozialist Willikens zum Staatssekretär ernannt und mit der Führung der Geschäfte des Ministeriums beauftragt.

Zwei Momente veranlaßten die Regierung des Reiches, auch der immer mehr zusammenschrumpfenden **Sozialdemokratie das Lebenslicht schließlich auszublases:** Die Feststellung der Tatsache, daß die Gewerkschaften millionenweise die Arbeitergroschen den sozialdemokratischen Bonzen überliefert hatten, und die andere Tatsache, daß die sozialdemokratischen Führer im Auslande mit allen Mitteln gegen Deutschland hetzten. Es war ganz natürlich, daß bei Funktionären und Ministern der Sozialdemokratie Haussuchungen gemacht wurden. In Severings Wohnung in Bielefeld fand man Mitte Mai 55 000 Mark, marxistisches Propagandamaterial und viele Akten. Einer nach dem andern von den Sozialdemokraten mußte **den Weg ins Konzentrationslager antreten**, so Ende Juni der frühere sozialdemokratische Reichstagspräsident Löbe, eine Woche später der ehema-

lige sozialdemokratische Reichskanzler Braun, weil er Millionenbetrügereien mit Hauszinssteuermitteln begangen hatte. Auch Künstler, Heilmann, Ebert, betrügerische Rundfunkleiter, fast alle sozialdemokratischen Größen fanden sich im Laufe der Zeit im Konzentrationslager wieder.

Am 17. Mai richtete **Wels einen Brief an das Büro der II. Internationale und verlangte darin den im März niedergelegten Vorstandssitz** zurück.

"Zu meiner Mandatsniederlegung als Mitglied des Büros der II. Internationale habe ich mich entschlossen in der Absicht, der Regierung einen Vorwand zu einem Gewaltstreich zu nehmen. Nun haben die Hitler-Banditen den entscheidenden Schlag geführt. Die Zeit, wo wir hoffen konnten, durch die Ausschaltung von Vorwänden für Gewaltmaßnahmen etwas zu retten, ist vorüber. Wir haben nun die Aufgabe, den Kampf der Arbeiterklasse neu aufzunehmen. Damit ist der Moment gekommen, wo ich erklären will, daß ich meine Ankündigung des Austritts aus dem Büro der II. Internationale zurückziehe."

Diesen Brief empfing die II. Internationale am 18. Mai, an demselben Tage, da sie zusammen mit dem Internationalen Gewerkschaftsverband "**Kampfmaßnahmen gegen die Reichsregierung vorzubereiten**" beschloß, da "das ganze Land vom Faschismus tyrannisiert werde". Hilferding und Breitscheid beteiligten sich an Sitzungen der sozialistischen Kammerfraktion in Paris und ließen sich von dem Abgeordneten Vienrot in seiner Haßrede auf Deutschland als "Märtyrer" der deutschen Sozialdemokratie feiern!

Während die **Reichsleitung der sozialdemokratischen Partei** Mitte Juni in Berlin mit dem Gedanken umging, nach Prag überzusiedeln, leistete sich Wels ein neues Schandstück. Er telegraphierte nämlich am 14. Juni an den Vorsitzenden der Arbeitergruppe auf der internationalen Arbeitskonferenz in Genf:

"Die Sozialdemokraten und die im Geiste der Freien Gewerkschaften kämpfenden Arbeiter Deutschlands begleiten mit lebhaftester Teilnahme euren Kampf gegen die faschistischen Unterdrücker und Zerstörer der sozialistischen Arbeiterbewegung, sowie euren Protest gegen die Schande der grausamen Verfolgung in Kasernen, Gefängnissen und Konzentrationslagern. Dafür ist euch der Dank aller freiheitlichen Menschen in Deutschland gewiß."

Das war selbst den Berliner Sozialdemokraten zu viel. Der Vorstand der Partei mißbilligte ausdrücklich alle im Ausland ergehenden Kundgebungen und erklärte, daß niemand im Auslande ein Recht habe, im Namen der Partei zu sprechen. Es machte sich eine Strömung bemerkbar, die auf den **Ausschluß von Wels, Stampfer und Hertz hinarbeitete** und Löbe zum Parteivorsitzenden machen wollte. Jedoch die Partei brachte nicht mehr die Kraft auf, Entscheidungen zu treffen. In der Vorstandssitzung des 20. Juni wurden die Hetzer im Ausland nicht etwa ausgeschlossen, sondern es wurde lediglich ein neuer Vorstand gewählt, dem außer Löbe und Zille noch Stelling, Riller und Künstler angehörten.

Mitte Juni war der Zustand der deutschen Sozialdemokratie so, daß es nahezu keine Organisationen und keine beitragszahlenden Mitglieder mehr gab.

Die meisten sozialdemokratischen Wahlvereine hatten sich freiwillig aufgelöst, nachdem die Vorstandsmitglieder ihre Ämter niedergelegt hatten. Hinter den sozialdemokratischen Abgeordneten standen keine Wählerorganisationen mehr. Es gab höchstens noch einige Restbestände von Funktionären.

**Auflösung der
Sozialdemokratischen Partei**

Die verbissensten Sozialdemokraten hatten sich beizeiten in Sicherheit gebracht: Wels, Stampfer, Hertz, Crispian, Hilferding, Breitscheid waren ins Ausland gegangen. **Prag**, wo Stampfer und Heimannsberg sich aufhielten, **Wien**, das Hilferding eine Zuflucht bot, **Zürich**, wohin sich Grzesinski gewandt hatte, **Saarbrücken**, von wo aus Otto Braun und Wels Gift und Lüge gegen das neue Deutschland verbreiteten, bildeten sich als Zentralen der sozialdemokratischen Emigranten heraus, und von hier aus ging die Verbindung zu Breitscheid, der in **Paris** als Verbindungsmann zu den französischen Marxisten fungierte. Philipp Scheidemann hatte sich nach **New York** eingeschifft und

hetzte von hier aus zum Kriege gegen Deutschland!

Jetzt bedurfte es nur noch eines Anlasses von außen, um das brüchige Parteigebäude vollends zusammenbrechen zu lassen. Dieser Anlaß kam schneller, als man dachte.

In Köpenik sollten S.A.-Leute am Abend des 21. Juni eine Haussuchung vornehmen. **Ein 23jähriger Sozialdemokrat schoß, tötete zwei Leute und verwundete zwei S.A.-Leute schwer**, so daß auch von diesen noch einer starb. Am darauffolgenden Tage sprach der **Reichsinnenminister Dr. Frick das Verbot der Partei und die Beschlagnahme des Parteivermögens sowie die Diätensperrung aus**. Es wurde weiter bestimmt, daß sozialdemokratische Zeitungen und Zeitschriften nicht mehr herausgegeben werden durften und daß kein Beamter, Angestellter, Arbeiter und öffentlicher Ruhegeldempfänger mehr dieser Partei angehören dürfe.

Die Reichsregierung begründete dies Vorgehen damit, daß die sozialdemokratische Partei eine **Klique von Landes- und Hochverrätern** sei. Ihre Führer wie Wels, Breitscheidt, Stampfer, Vogel befänden sich seit Wochen in Prag und hetzten von hier aus die Arbeiterschaft der übrigen Länder gegen die nationale deutsche Regierung auf. Die Sozialdemokratie wurde außerhalb des Gesetzes gestellt und ihre Funktionäre verhaftet. Ihren Abgeordneten wurden die parlamentarischen Rechte und die Mandate entzogen.

Den **Schlußstein dieser Erledigung der Sozialdemokratie** bildete die **Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit bei 33 Marxisten** Ende August 1933, da sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstoße, die deutschen Belange geschädigt haben. Unter den Ausgestoßenen und Geächteten befanden sich Georg Bernhard, Breitscheid, Dr. Friedrich Wilhelm Förster, Helmut von Gerlach, Grzesinski, Emil Gumbel, Max Hölz, Heinrich Mann, Münzenberg, Heinz Werner Neumann, Scheidemann, Stampfer, Toller, Wels. Ihre Vermögen wurden beschlagnahmt.

Da die Abgeordneten der **Staatspartei** durch Listenverbindung mit den Sozialdemokraten gewählt worden waren, wurden auch diesen die parlamentarischen Rechte entzogen. Sie durften ebenso wenig wie die Sozialdemokraten wieder in den Volksvertretungen erscheinen. Am 29. Juni löste sich die Staatspartei auf.

Am 1. Juli ordnete der Vorstand der **Volksrechtspartei** die freiwillige Selbstaflösung an und empfahl ihren Mitgliedern den Übertritt zur N.S.D.A.P. Auch Dingeldey genügte der Form und verkündete endlich das **Aufhören der Deutschen Volkspartei**, die tatsächlich schon seit Wochen nicht mehr existierte. -

In **Bayern** wurde von der Regierung festgestellt, daß zwischen der **Bayerischen Volkspartei und den Christlich-Sozialen in Österreich innige Beziehungen bestanden**. Ja, man stellte sogar Verbindungen dieser Partei mit der **Tschechoslowakei** und mit **Frankreich** fest und fand auch ein großes, umfangreiches Dokument, das einen ganz klar aufgestellten Kriegsplan gegen den Nationalsozialismus enthielt. Deshalb ließ die bayerische Regierung am 21. Juni im ganzen Lande bei dieser Partei Haussuchungen abhalten. Das umfangreiche Material erwies in der Tat, daß die Bayerische Volkspartei mit der Dollfußregierung und der Heimwehr zusammenarbeitete und für das Verbot der Nationalsozialistischen Partei in Österreich mitverantwortlich war. Es ergab sich weiter, daß der politische Katholizismus ernstlich an der neuen Regierung mitzuarbeiten keineswegs willens war, sondern vielmehr darauf ausging, deren Maßnahmen zu sabotieren und die verlorene Machtstellung wieder zu erlangen. Er umging Versammlungsverbote und führte verbotene Wehrorganisationen illegal fort. Ja sogar illegale Zeitungen mit Greuelmärchen und unwahren Nachrichten wurden verbreitet. Die Angehörigen der "Bayernwacht" mußten dem Stahlhelm beitreten, um ihn zu zersetzen. Alles dies hatte die Regierung genötigt, gegen die Bayerische Volkspartei vorzugehen. Ihr Führer, Staatsrat Schäffer, der Bayernwachtführer von Lex, Generalsekretär Dr. Pfeiffer, Hans Spinner, Fürst Karl von Wrede, Baron Hirsch, Dr. Hundhammer und Prälat Leicht wurden daraufhin in Haft genommen. Damit war der Bayerischen Volkspartei der Todesstoß versetzt: sie hörte auf zu existieren. **Am 4. Juli löste sich die Par-**

**Auflösung der
Bayerischen
Volkspartei**

tei endgültig auf, es war eine rein formelle Angelegenheit. Die verhafteten Führer wurden wieder auf freien Fuß gesetzt.

Das **Zentrum** war am zähesten. Es blieb als einzige Säule am längsten als Überrest des Parlamentarismus bestehen. Aber es war eine bereits geborstene Säule.

**Auflösung
des Zentrums**

Auch im Zentrum gab es gewisse Persönlichkeiten, die es vorgezogen hatten, ins Ausland zu gehen und gegen die deutsche Regierung zu hetzen. So hatten sich Bolz, der frühere württembergische Staatspräsident, und Joseph Wirth nach Wien begeben und erteilten dort dem christlich-sozialen Bundeskanzler Dollfuß gute Ratschläge, wie er am erfolgreichsten die Nationalsozialisten quälen und unterdrücken könnte. Als Bolz Mitte Juni von Salzburg nach Stuttgart zurückgekehrt war, wurde er in Schutzhaft genommen.

Große Teile der Anhängerschaft und der Parteifunktionäre hatten die Partei schon verlassen, das Schicksal der Bayerischen Volkspartei und die Selbstauflösung der Deutschnationalen Front gaben dem Auflösungsprozeß im Zentrum neuen Antrieb. In allen Teilen des Reiches lösten sich Unterorganisationen auf, ganze Stadtverordnetenfraktionen gingen geschlossen zu den Nationalsozialisten über, und täglich mehrten sich die Aufforderungen aus den Reihen ehemaliger Mitglieder an die Parteileitung, daß sich die Partei selbst auflösen möge. In der Tat neigte auch **ein Teil der Abgeordneten** Ende Juni dazu, daß die Selbstauflösung das beste sei, und der Parteivorstand selbst erkannte, daß das Ende der Partei bevorstand, konnte sich aber zu einem Entschluß nicht aufraffen. Der Vorstand wollte, wie es die Deutschnationale Front getan hatte, erst ein Freundschaftsabkommen mit dem Reichskanzler herbeiführen. Inzwischen aber schmolz die Anhängerschaft Brüning's immer mehr zusammen. Teilweise sogar mußten wie bei der Deutschnationalen Front auch beim Zentrum Jugend- und Hilfsverbände der Partei von der Geheimen Staatspolizei wegen staatsfeindlicher Betätigung aufgelöst werden.

Das Schicksal des Zentrums wurde besiegelt durch den in die Nähe rückenden **Abschluß der Konkordatsverhandlungen zwischen Vizekanzler von Papen und Kardinalstaatssekretär Pacelli.** Zwischen beiden Diplomaten fand am 2. Juli eine Besprechung statt, in der die letzten Meinungsverschiedenheiten beseitigt wurden. **Insbesondere war wesentlich, daß der Heilige Stuhl der Auflösung der Zentrumsparlei und dem Verbot jeder politischen Betätigung der Geistlichkeit zustimmte.**

In den späten Abendstunden des 5. Juli verkündete Brüning, daß sich das Zentrum auf Grund der völlig veränderten politischen Lage im Einvernehmen mit dem Reichskanzler sofort selbst auflöse, da für eine parteipolitische Betätigung kein Raum mehr sei. Den Anhängern des Zentrums wurde freigestellt, am Neuaufbau einer rechtsstaatlichen Ordnung mitzuwirken. Das Zentrum hoffte, daß seine Mitglieder vor Diffamierung und Zurücksetzung geschützt würden. Den Mandatsträgern wurde anheimgestellt, nach eigenem Entschluß den Fraktionen der N.S.D.A.P. als Hospitanten beizutreten. Im preußischen Landtag schieden von den 69 Zentrumsabgeordneten 22 aus, weil sie Frauen oder Geistliche oder älter als 60 Jahre waren.

Mit der Kapitulation des politischen Katholizismus war das tatsächliche Ende des Parteienstaates erreicht. Das zweite Stadium der nationalsozialistischen Revolution war beendet: sie hatte ihre Totalität erreicht, es gab nur noch den nationalsozialistischen Staat und ein Volk, das keine andere politische Form als die des Nationalsozialismus kannte.

Das war die Entwicklung gewesen: Kommunisten und Sozialdemokraten waren niedergekämpft worden, Volkspartei, Wirtschaftspartei, Staatspartei, Deutschnationale Front und Zentrum hatten sich selbst aufgelöst. Der Weimarer Parteienstaat existierte nicht mehr. Die 14 Tage vom 21. Juni bis 5. Juli 1933 hatten seine letzten Überreste im Sturm hinweggefegt. **Die Einheit des politischen Willens des deutschen Volkes fand in der N.S.D.A.P. ihren einzigen und umfassenden Ausdruck.** Das war das von Hitler erstrebte Ziel. Um dieses Ziel festzuhalten, schuf die Reichsregierung am 14. Juli 1933 das **"Gesetz über die Neubildung von Parteien"**. Danach sollte jeder Versuch, neue politische Parteien zu bilden oder den organisatorischen Zusammenhang einer

aufgelösten Partei aufrechtzuerhalten, als Hochverrat bestraft werden. Die N.S.D.A.P. als einzige Partei, auf der das Dritte Reich ruht, war als Garant der Einheit des deutschen Volkes gesetzlich anerkannt. Das ständisch gegliederte Einparteiensystem war erreicht. -

**Kampf um die
evangelische Kirche**

Die Eingliederung der evangelischen Kirche in den neuen Staat bereitete einige Schwierigkeiten. Um diese zu verstehen, seien hier zunächst einige Angaben über die Einrichtung und Verfassung der Kirche gemacht. Im Jahre 1922 wurde am 25. Mai die Kirchenverfassung verkündet, welche die 28 deutschen evangelischen Landeskirchen **auf föderativer Grundlage im Evangelischen Kirchenbund** zusammenfaßte. Das geschäftsführende und vollziehende Organ dieses Evangelischen Kirchenbundes wurde der **Deutsch-evangelische Kirchenausschuß**. Weiterhin war das **landesherrliche Kirchenregiment** durch ein synodales abgelöst worden, das mit allen Schwächen und Fehlern des Parlamentarismus behaftet war.

Es war natürlich, daß nach der großen Staatsumwälzung auch die Kirche von dem Wunsche erfüllt war, aus den Mängeln der Verfassung von 1922 herauszukommen. Die Bestrebungen hatten ein doppeltes Ziel: unbedingte Einheit aller Landeskirchen durch Bildung der **Reichskirche**, Durchführung des Führerprinzips durch Einführung der **Episkopalverfassung**. Föderalismus und Parlamentarismus sollten abgetan werden.

Sogleich aber taten sich Gegensätze auf. Obwohl die evangelische Hierarchie und das evangelische Volk das gleiche wollten, gingen doch die Wege, auf denen sie dem Ziele zustrebten, völlig auseinander. Die **Theologen**, die sich in einer Bewegung zusammengefunden hatten, welche sie eine "jung reformatorische" nannten, wollten ihre Vorherrschaft keineswegs preisgeben: **sie wollten den Umbau von oben her, von der Geistlichkeit vornehmen lassen**, gerade so, als ob diese Geistlichkeit die Hauptsache der evangelischen Kirche war. Sie betonten mit allzu verdächtigem Eifer immer wieder, daß die "Freiheit" der Kirche gewahrt bleiben müsse, daß keineswegs Vorgänge und Methoden des Staatslebens - sie meinten vor allem die "Gleichschaltung" - auf das kirchliche Leben angewandt werden dürften. Die bisher tonangebende Geistlichkeit befürchtete einen Verlust ihrer maßgebenden Stellung. Sie dachte an eine rein äußerliche Reform, etwa in dem Sinne, wie die katholische Geistlichkeit des 15. Jahrhunderts, bevor **Luther** kam, glaubte, durch reine äußerliche Reformversuche das Reformationsdrängen des Volkes beschwichtigen zu können. **Das ganze Vorgehen der evangelischen Geistlichkeit war beherrscht von der Abwehr des Nationalsozialismus, obwohl der Kanzler, ohne die Handlungsfreiheit der Kirche beschränken zu wollen, diese zu vertrauensvoller Mitarbeit an den Aufgaben des neuen Staates aufgerufen hatte.**

Gegen diese Absichten der Geistlichkeit erhob sich die **Mehrheit des evangelischen Kirchenvolkes**, das sich in der auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung stehenden **Glaubensbewegung der "Deutschen Christen"** unter Führung von Pfarrer Hossenfelder zusammengefunden hatte. Die "Deutschen Christen" hielten Anfang April 1933 ihre erste Reichstagung in Berlin ab. Ihre Weltanschauung gipfelte darin, daß die Erhaltung von Art und Rasse Gottes Wille sei, und ihre Forderung war, daß Kirche und Volk im neuen Dritten Reiche zusammenstimmen sollten, daß die Kluft zwischen Geistlichkeit und Volk, die sich allmählich immer tiefer aufgetan hatte, beseitigt werden müsse. Oberpräsident Kube, Führer der preußischen Landtagsfraktion, versicherte, daß die Fraktion mit allen Mitteln der Umstellung im Volke auf dem Gebiete der Kirchenpolitik Rechnung tragen werde.

Die **evangelische Kirchenbehörde** witterte Gefahr und, gestützt auf die jungreformatorische Bewegung, begann eifrig an ihrem Verfassungsumbau zu arbeiten. Der ehemalige Generalsuperintendent D. Zöllner erließ einen Aufruf Mitte April für Einheit und Freiheit der Kirche und Ersetzung der Kirchenparlamente durch Bischöfe, aber er forderte: "Keine Nachahmung staatlicher Formen!" Die Deutschen Christen antworteten darauf mit der Forderung einer "Gleichschaltung" der Kirche und **unverzüglicher Neuwahlen**, eine Erneuerung der Form nütze nichts, der innere Bau der Kirche müsse mit wahren Leben erfüllt werden.

Am 21. April trat der **Kirchensenat der altpreußischen evangelischen Kirche** in Berlin zusam-

men, um die Verhandlungen über die Reichskirche aufzunehmen. Die Bitte der Deutschen Christen, zwei Beobachter zu den Beratungen entsenden zu dürfen, wurde abgelehnt, worauf Hossenfelder erklärte: "Wir wollen nicht, daß die Kirche mit ihren Behörden und Ämtern so tut, **als könne sie sich dem Schicksal ihres Volkes entziehen.**" Der Präsident des Deutschen evangelischen Kirchenbundes, Dr. D. Kapler, ernannte den hannoverschen Landesbischof D. Mahrrens und den reformierten Studiendirektor Pfarrer D. Hesse aus Elberfeld, um mit ihnen das geplante Kirchenwerk einzuleiten.

Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche hatten sich jedoch bereits derart verschärft, daß der **Mecklenburg-Schweriner Ministerpräsident Granzow** am 22. April einen Staatskommissar berief, der das Kirchenregiment mit der Regierung in Staat und Reich gleichschalten sollte. Aber persönliche Verhandlungen beim Reichskanzler in Berlin erreichten, daß dieser Reichskommissar vorläufig wieder zurückgezogen wurde. Adolf Hitler aber erkannte, daß es Zeit sei, den Vorgängen in der evangelischen Kirche größere Beachtung zu schenken. Er berief am 25. April den **fünfzigjährigen Wehrkreispfarrer Ludwig Müller aus Königsberg**, welcher der Reichsleitung der "Deutschen Christen" angehörte, als Verbindungsmann zwischen sich und den amtlichen Stellen der evangelischen Kirche.

Die **Deutschen Christen** versuchten, sich in die begonnenen Beratungen der Kirchenbehörde einzuschalten. Pfarrer Hossenfelder überreichte am 6. Mai dem Präsidenten Kapler eine Anzahl von Grundsätzen, deren wichtigste folgende waren: Evangelische Reichskirche lutherischer Prägung unter Eingliederung der reformierten Gemeinden; Evangelische Reichskirche, welche die Hoheit des nationalsozialistischen Staates aus dem Glauben anerkennt; Evangelische Reichskirche der Christen arischer Rasse, die weder ein Hort der Reaktion noch ein demokratisch-parlamentarischer Sprechsaal sein darf; Führung durch einen Reichsbischof; Gliederung in bis zu zehn Kirchenländer, an deren Spitze je ein Landesbischof steht; dem Reichsbischof soll ein reformierter Reichsvikar zur Seite stehen; Sitz des Reichsbischofs soll Wittenberg sein; seine Wahl soll am 31. Oktober durch alle evangelischen Gemeindeglieder mit Ausnahme solcher nichtarischer Abstammung erfolgen; der neugewählte Reichsbischof soll dann den weiteren Ausbau der deutschen Reichskirche vollziehen.

Pfarrer Hossenfelder konnte sich wohl selbst sagen, daß er von seinen "rechtgläubigen" Amtsbrüdern als ein Abtrünniger betrachtet wurde - er wie auch Wehrkreispfarrer Müller waren ja durch ihre Freundschaft mit Adolf Hitler "belastet"! - und daß seine Forderungen keine Aussicht auf Annahme hatten. Immerhin wohnte Wehrkreispfarrer Müller jenen Besprechungen um die Mitte des Mai bei, in denen **sämtliche evangelisch-lutherischen Landeskirchen den Zusammenschluß auf der Grundlage des folgenden Statuts vollzogen:**

§ 1. Die lutherischen Landeskirchen Deutschlands schließen sich zur Wahrung und Vertretung ihres gemeinsamen lutherischen Bekenntnisses und zur Förderung der daraus sich ergebenden gemeinsamen Aufgaben zu einem lutherischen Zweig innerhalb der werdenden deutschen evangelischen Kirche zusammen unter Vorbehalt der Zuständigkeit der einzelnen Kirchen im übrigen.

§ 2. Zur Wahrnehmung der in § 1 bezeichneten Zwecke wird ein Direktorium gebildet, bestehend aus je zwei Vertretern der süddeutschen, der mitteldeutschen und der niederdeutschen lutherischen Landeskirche, die aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden bestellen.

§ 3. Im Rahmen der Zwecke des § 1 ist das Direktorium zuständig, 1. zur Vertretung der Landeskirchen, 2. zur Aufstellung allgemeiner Grundsätze für die Ordnung des kirchlichen Lebens.

Es wurde sodann auch dies **Direktorium** gewählt, das die Vertreter der bayerischen, württembergischen, sächsischen, thüringischen, hannoverischen und schleswig-holsteinischen Kirche umfaßte. Zum Vorsitzenden wurde der Anfang Mai gewählte bayerische Landesbischof D. Meiser in München gewählt.

Und dann kam der letzte Akt: **am 27. Mai wählten die Vertreter der deutschen evangelischen Landeskirchen den Pfarrer D. von Bodelschwingh zum Reichsbischof!** Allerdings nicht einmütig: 51 Stimmen wurden für Bodelschwingh, 36 aber für Wehrkreispfarrer Müller abgegeben. **Jetzt endlich, nachdem die evangelische Hierarchie eine vollendete Tatsache geschaffen zu haben glaubte, hielt sie es für nötig, zu erklären, daß das Verfassungswerk der Kirche in Fühlung mit dem Bevollmächtigten des Reichskanzlers, Wehrkreispfarrer Müller, baldigst zum Abschluß gebracht werden solle.**

Doch die Entwicklung entsprach nicht dem Drängen der Zeit. In voller Eigenmächtigkeit hatten die evangelischen Kirchenbehörden gehandelt, und **weder die Reichsregierung noch die Deutschen Christen hatten den Willen, den ihnen auf gezwungenen Zustand anzuerkennen.** Wehrkreispfarrer Müller erklärte, man müsse die Entscheidung der Kirchenregierungen ablehnen, da sie nicht in Übereinstimmung mit dem Vertrauen des Kirchenvolkes zustande gekommen sei.

Die Deutschen Christen führten eine stattliche Anzahl von Gründen gegen Bodelschwingh ins Feld: Beim Neubau einer Kirche baue man nicht zuerst die Spitze, sondern die Grundmauern; **die alten Kirchenregierungen, die keinen Boden mehr im Volke hätten, hätten daher auch kein inneres Recht, willkürlich die geltende Kirchenverfassung ohne Zustimmung des Kirchenvolkes abzuändern;** die Kirche verdanke ihre Rettung vor dem Bolschewismus nur der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung und könne nicht ohne oder gegen den neuen Staat bestimmen; **hinter Bodelschwingh stünden die kümmerlichen Reste des alten Bürgertums und des christlichen Volksdienstes und ein kleiner Klüngel sogenannter jungreformatorischer Pfarrer, die in verdächtiger Hast die Aufstellung Bodelschwinghs geschoben hätten aus Angst vor den Deutschen Christen;** mit Bodelschwinghs Duldung sei die nationale Freiheitsbewegung in Bethel unterdrückt worden.

Pfarrer Hossenfelder stellte in den letzten Maitagen an D. Kapler den Antrag, daß im Sinne Luthers am 31. Oktober die Zustimmung des Kirchenvolkes zur Ernennung des Reichsbischofs eingeholt werde. Diese Volksabstimmung sei nötig. Die "Deutschen Christen" forderten, daß Wehrkreispfarrer Müller Reichsbischof werde.

Nun entbrannte der Kampf zwischen der kirchlichen Obrigkeit und den Deutschen Christen in aller Schärfe. Zwar beteuerte Bodelschwingh, er wolle mit der Regierung des Reiches freundschaftlich zusammenarbeiten, aber das wollte niemand hören. Als am Pfingstsonntag, 4. Juni, der Gruß des neuen Bischofs an das Kirchenvolk von den Kanzeln verlesen wurde, kam es in der Friedenauer Kirche zum Guten Hirten zu einem Zwischenfall. In der überfüllten Kirche erhob sich eine Gruppe, deren Führer rief: "Im Namen der Nationalsozialistischen Partei erheben wir Einspruch!" Zwar verurteilten die Deutschen Christen diese Disziplinlosigkeit, aber sie war ein Zeichen für die tiefe Erregung im Volke, die sich überall in Deutschland äußerte. **Adolf Hitler selbst erkannte die Ernennung Bodelschwinghs nicht an,** und aus allen Teilen des Reiches liefen in den Pfingsttagen ungezählte Protesttelegramme gegen den neuen Reichsbischof bei ihm ein. Am 8. Juni trat Präsident D. Kapler zurück - er machte jetzt seine Ankündigung aus dem April wahr, aus Gesundheitsrücksichten, wie er sagte.

Die Deutschen Christen bezeichneten die Ernennung des Reichsbischofs als einen revolutionären, nicht legalen Akt, als eine **Änderung der Kirchenbundesverfassung,** für die Artikel 137 der Reichsverfassung nicht in Anspruch genommen werden könne. Insbesondere dürfe der **Reichsbischof innerhalb der preußischen Kirchen nicht handeln, da diese nach dem bestehenden Kirchenvertrag verpflichtet seien, bei der Wahl ihrer Führer den Staat zu fragen, ob politische Bedenken vorliegen.** Die Kirche führte dagegen an, daß die Berufung des Reichsbischofs auf Grund der Vereinbarungen von Loccum erfolgt sei, welche Wehrkreispfarrer Müller unterschrieben habe. Im übrigen gewähre Artikel 137 den Religionsgesellschaften das Recht und die Freiheit in der Besetzung ihrer Ämter unter ausdrücklicher Hervorhebung, daß eine Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde bei der Verleihung nicht in Frage komme.

Die Rechtsauffassung der Deutschen Christen festigte sich in der Auffassung, daß **ein anerkanntes Reichsbischofsamt noch nicht bestehe**, solange nicht die Verfassung der deutschen evangelischen Kirche in Kraft sei. Diese Auffassung hatte auch Hitler. Er lehnte deshalb, wie Wehrkreispfarrer Müller den Beteiligten am 15. Juni brieflich mitteilte, den Empfang der Bevollmächtigten der Kirchen und des Reichsbischofs ab, da es einen solchen nicht gebe.

**Eingreifen Rusts,
Rücktritt
Bodelschwinghs**

Ein neues Stadium dieses Streites begann mit dem Eingriff des preußischen Kultusministers Rust. Dieser setzte für den Bereich sämtlicher evangelischer Kirchen Preußens am 24. Juni den Leiter der Kirchenabteilung im Kultusministerium Jäger zum **Staatskommissar für die Kirchen** ein. Darauf erklärte Bodelschwingh seinen Rücktritt.

Der Staatskommissar beurlaubte zunächst einige maßgebliche Persönlichkeiten der Kirchenbehörde sowie des Evangelischen Preßverbandes für Deutschland und **löste mit sofortiger Wirkung sämtliche gewählten kirchlichen Vertretungen auf.** In den Kirchenprovinzen ernannte er Bevollmächtigte, deren Aufgabe darin bestand, die Neubildung der gewählten kirchlichen Vertretungen im Hinblick auf das Ziel einer deutschen evangelischen Kirche durchzuführen. Der Generalsuperintendent der Kurmark, D. Dibelius, wurde beurlaubt, ebenso der Generalsuperintendent der Mark Brandenburg, Dr. D. Karro.

Der **Evangelische Oberkirchenrat** beantwortete diese Maßnahmen damit, daß er beim Staatsgerichtshof Klage erhob.

Staatskommissar Jäger betonte, daß der Staat nicht in die Rechte der Kirche eingreifen wolle, aber die Gefährdung der durch Adolf Hitler geschaffenen Volkseinheit durch den Kirchenstreit nicht dulden dürfe, umso mehr, **da die Wahl des Reichsbischofs ein offener Rechtsbruch war mit der Absicht, die gesetz- und vertragsmäßig festgelegte Einsichtnahme des Staates zu umgehen.** Die Eingliederung deutscher Art und deutschen Volkstums in die Kirche, wie sie von der nationalen Bewegung mit Recht gefordert werde, solle den Glauben der Väter und die Verehrung Gottes nicht etwa verkleinern oder durch andere, dem christlichen Glauben nicht angemessene Elemente ersetzen, sondern vielmehr diesen christlichen Glauben verdeutlichen, klären und dem Volk insbesondere in seinen der christlichen Idee fremden Teil dem christlichen Glauben näher bringen und aufs neue lieb und wert machen. Sie solle der nationalen Bewegung den unentbehrlichen religiösen und kirchlichen Unterbau liefern und Kirche und Volk aufs neue sich finden lassen. Man könne nicht dulden, daß die Vollendung dieses großen Werkes, das zunächst auf das Äußere, dann auf das Innere gerichtet sei, sabotiert werde von Kräften, die "Kirche" sagen und sich selbst meinen. Dies treffe auch zu auf den Versuch einer Klageerhebung nach dem Beispiel Severings; der Staat könne im Interesse seiner hohen Aufgabe solche Widerstände nicht dulden, sondern müsse sie als eine gegen die Staatsautorität gerichtete Revolte betrachten und niederschlagen.

Ministerpräsident Göring erteilte Rust sämtliche Vollmachten, die im Interesse einer Beendigung des Kirchenstreites geeignet erscheinenden Schritte selbständig zu tun. In einer Massenversammlung der Deutschen Christen am 29. Juni zu Berlin wandte sich Rust in außerordentlich scharfen Worten gegen das Verhalten der Kirche: Er führte aus, die leitenden Persönlichkeiten der Kirche müßten so ausgewählt sein, daß der Staat eine Störung seiner Aufgaben von ihnen nicht zu befürchten brauche. Aber die Herren von der Kirche hätten den Staatsvertrag gebrochen, was mit ihren frommen Worten nicht im Einklang stehe. Diese Männer, die heute mit der Gebärde des Märtyrers vor das Volk hinträten, hätten Gelegenheit genug gehabt, Märtyrer zu sein, als die Gottlosenbewegung frech über die Straßen marschierte. Das Volk verlange nicht eine Verwaltungsreform, sondern neues lebendiges Leben in der Kirche. Die Kirche Luthers bestehe nicht aus einem Dutzend Generalsuperintendenten, die den Anschluß an die Zeit nicht zu finden vermöchten, sondern aus den Millionen gottsehnstüchtiger Männer und Frauen.

Die bis ins Innerste aufgestörte evangelische Hierarchie und ihre Gefolgschaft wandten sich jetzt in zahlreichen Telegrammen und Zuschriften hilfesuchend an den Reichspräsidenten,

der am 30. Juni an Adolf Hitler schrieb, er möchte so schnell wie möglich den Frieden mit der evangelischen Kirche wiederherstellen. Darauf beauftragte der Kanzler den Reichsinnenminister Dr. Frick, Einigungsverhandlungen einzuleiten, die dieser nun gemeinsam mit Wehrkreispfarrer Müller aufnahm. In den meisten andern deutschen Ländern wurde in der Folge eine Verständigung zwischen Staat und Kirche erzielt.

Neue Kirchenverfassung

In Preußen wurde am 6. Juli dem Wehrkreispfarrer Müller die oberste Leitung der evangelischen Landeskirchen altpreußischer Union übertragen. Bereits am 13. Juli lagen die Grundzüge der neuen Kirchenverfassung vor. Darin wurde erklärt, daß die neue deutsche evangelische Kirche keine Staatskirche sei. Die Eigenständigkeit der reformatorischen Bekenntnisse wurde gesichert, über den Bekenntnissen aber soll stehen als einzige Autorität das Evangelium, wie es in der Heiligen Schrift bezeugt ist. An der Spitze der neuen Kirche steht als Führer der Reichsbischof lutherischen Bekenntnisses, neben den die Nationalsynode als Ausdruck des gesamten Kirchenvolkes, aber nicht als Parlament, tritt. Ein geistliches Ministerium, bestehend aus je einem Vertreter des lutherischen, reformierten und uniierten Bekenntnisses sowie eines Juristen, soll den Reichsbischof unterstützen. Ein Arierparagraph wird nicht aufgenommen, da die Kirche keine Staatskirche ist.

Diese neue Verfassung erleichterte wesentlich die Beilegung des preußischen Kirchenkonfliktes. Minister Rust zog am 14. Juli den Kirchenkommissar Jäger und sämtliche Unterkommissare zurück, und damit war der Kriegszustand zwischen preußischem Staat und evangelischer Kirche beendet. Die Vollendung des kirchlichen Verfassungswerkes sollte nach kirchlichem Recht durch freie Wahl des evangelischen Kirchenvolkes herbeigeführt werden. Ursprünglich sollten im Herbst die Kirchenwahlen stattfinden und dann erst das Verfassungswerk begonnen werden. Der tatsächliche Gang der Dinge war durch die zugespitzte Lage in Preußen umgekehrt geworden.

Am 23. Juli fanden in Preußen die Kirchenwahlen nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht aller männlichen und weiblichen Gemeindeglieder vom 24. Lebensjahr ab statt. Sie brachten den deutschen Christen eine Zweidrittelmehrheit. Etwa ein Viertel der Gemeinden wählte nicht, da bereits vorher eine Einigung erzielt war. Mit diesem Ergebnis war auch die deutsche evangelische Kirche unter voller Aufrechterhaltung ihrer Freiheit in den neuen Staat und das neue Volk eingereiht worden. Die Macht der Reaktion war gebrochen. Am 4. August wurde Wehrkreispfarrer Müller zum preußischen Landesbischof gewählt. -

Kirchenwahlen

Etwa gleichzeitig wurden auch die Beziehungen zur katholischen Kirche geregelt. Die Verhandlungen um ein Konkordat waren nicht so geräuschvoll und öffentlich wie der Kampf um die evangelische Kirche, doch nicht minder wichtig. Seit Mitte April hatte Vizekanzler von Papen die Konkordatsbesprechungen mit dem Heiligen Stuhle geführt, Anfang Juli waren sie beendet. Am 20. Juli wurde das Konkordat unterzeichnet, das erste Konkordat des Deutschen Reiches mit Rom.

Konkordat des Reiches mit Rom

Der Inhalt dieses Kirchenvertrages war im großen ganzen folgender: Freiheit des Bekenntnisses und öffentliche Ausübung des katholischen Gottesdienstes bleiben gewahrt, die Konkordate mit Bayern 1924, Preußen 1929 und Baden 1932 bleiben erhalten. Die Geistlichen genießen in Ausübung ihrer geistlichen Tätigkeit den Schutz des Staates gegen Beleidigungen und Störungen der Amtshandlungen nach Maßgabe der allgemeinen staatlichen Gesetzgebung. Die Kirchenorganisation bleibt bestehen; grundsätzlich wird der Kirche das freie Besetzungsrecht für alle Kirchenämter ohne Mitwirkung des Staates zugestanden. Katholische Geistliche in Deutschland müssen deutsche Staatsangehörige sein, ein deutsches Reifezeugnis haben, an einer deutschen oder päpstlichen Hochschule in Rom ein dreijähriges philosophisch-theologisches Studium abgelegt haben. Die Ernennung von Erzbischöfen, Bischöfen usw. wird erst ausgestellt, nachdem durch den Reichsstatthalter festgestellt worden ist, daß gegen die Ernennung Bedenken allgemeiner politischer Natur nicht bestehen.



Unterzeichnung des Konkordats zu Rom am 20. Juli 1933. Photo Scherl.

Wichtig und neu war Artikel 16, der den **Treueid der Bischöfe in die Hand des Reichsstatthalters bzw. Reichspräsidenten vorsieht:**

"Vor Gott und auf die heiligen Evangelien schwöre und verspreche ich, sowie es einem Bischof geziemt, dem Deutschen Reiche und dem Lande..... die Treue. Ich schwöre und verspreche, die verfassungsmäßig gebildete Regierung zu achten und von meinem Klerus achten zu lassen. In der pflichtmäßigen Sorge um das Wohl und das Interesse des deutschen Staatswesens werde ich in Ausübung des mir übertragenen geistlichen Amtes jeden Schaden zu verhüten trachten, der es bedrohen könnte."

Der katholische Religionsunterricht in Volks-, Berufs-, Mittelschulen und höheren Lehranstalten wird zum ordentlichen Lehrfach bestimmt. In ihm soll die Erziehung zu vaterländischem, sozialem und staatsbürgerlichem Pflichtbewußtsein aus dem Geist des christlichen Glaubensgesetzes mit Nachdruck gepflegt werden. Artikel 26 sah vor, daß im Falle schweren sittlichen Notstandes die kirchliche Einsegnung der Ehe vor der Ziviltrauung vorgenommen werden könne. Nach Artikel 30 soll an Sonn- und Feiertagen in den Kirchen ein Gebet für das Wohlergehen des Deutschen Reiches und Volkes eingelegt werden. Diejenigen Organisationen der katholischen Kirche, die ausschließlich religiösen, rein kulturellen und charitativen Zwecken dienen, werden in ihren Einrichtungen und in ihrer Tätigkeit geschützt.

Außerordentlich bedeutsam war Artikel 32:

"Der Heilige Stuhl erläßt Bestimmungen, die für die Geistlichen und Ordensleute die Mitgliedschaft in politischen Parteien und die Tätigkeit für solche Parteien ausschließen."

Dieses Konkordat war gleichsam der **Schlußstein in der Entwicklung der nationalsozialistischen Revolution zur Totalität**. Es bedeutete nicht nur den Friedensschluß der katholischen Kirche mit dem Nationalsozialismus, sondern auch die **feierliche Feststellung der Tatsache, daß der politi-**

sche Katholizismus zu Ende war. Die Artikel 16 und 32 waren in dieser Beziehung von einer ganz außerordentlichen Bedeutung, die sich ihrerseits wieder ableitete aus den andern Bestimmungen, welche die Rechte der Kirche festlegte.

Der nationalsozialistische Staat als Garant der christlichen Mission der Kirche hatte seinen Bund mit der katholischen Kirche geschlossen. Die letzten Reste der Kulturkampfstimmung, die besonders in den letzten anderthalb Jahrzehnten wieder sehr angefacht worden war, waren beseitigt. Die erste segensreiche Auswirkung dieser Neuordnung war der **Erlaß des Erzbischofs Dr. Gröber in Freiburg** an die Geistlichkeit seiner Diözese von Anfang Juli, worin er sagte, der Geistliche sei Seelsorger, nicht Parteipolitiker; er solle sich in Predigt und Lehre, in Unterricht und Privatleben jeglicher Kritik an den leitenden Persönlichkeiten des Staates und ihren staatspolitischen Anschauungen enthalten. -

Am 15. Juli 1933 war **das zweite Stadium der nationalen Revolution vollendet: Die nationalsozialistische Revolution hatte ihre Totalität erreicht!** Über die politische Macht hinaus, die zu erobern es im ersten Stadium galt, waren jetzt alle Widerstände im Volke beseitigt: die **Stände** und die **Jugend** waren der nationalsozialistischen Führung unterstellt, das **Parteiwesen** war endgültig verschwunden, die **Kirchen** waren in den neuen Bau des Staates eingefügt worden. Das neue Reich stellte einen gewaltigen Bau von großartiger Wucht und Geschlossenheit dar. Reich und Volk waren wie eine mächtige Pyramide zusammengesetzt, auf der breiten Basis des Volkes erhob sich der bis ins einzelne gehende gliedernde Aufbau der Stände und Gemeinschaften, und alle hatten nur ein gemeinsames Ziel: sie strebten zusammen in der Spitze des Führers, welcher der alleinige Inhaber der politischen Macht war. Für Adolf Hitler aber kam es mehr denn je zuvor darauf an, den Parteiapparat, das eiserne Gerippe des neuen Staates, Gauleiter, S.A. und Amtswalter fest in der Hand zu halten. **Denn jetzt begann das Stadium normaler, gesetzmäßiger Aufbauarbeit,** für das Reichsinnenminister Dr. Frick den Satz prägte: "Jede Art von Nebenregierung ist mit der Autorität des totalen Staates unvereinbar." Von nun an galt jeder unbefugte Eingriff von Partei- und N.S.B.O.-Funktionären in Verwaltung und Wirtschaft als Vergehen gegen die Staatsgewalt. -

Allerdings trieben unter dieser Pyramide die Wühlmäuse ihr dunkles Wesen. Es waren dies **die Kommunisten, die irgendwelche verzweifelten Hoffnungen noch hegten.** Dem ständigen Kampfe gegen den Kommunismus mußten Reichs- und Landesregierungen also nach wie vor ihre ganze Aufmerksamkeit zuwenden. Die Schnelligkeit, mit der die preußischen Gerichte arbeiteten, die Gerechtigkeit, mit der sie jeden Kommunisten, der einen Nationalsozialisten ermordet hatte, zum Tode verurteilten, die auf diese Weise in Preußen steigende Zahl der Hinrichtungen asozialer und blutrünstiger Elemente - die marxistischen Regierungen hatten jeden todeswürdigen Verbrecher begnadigt - schüchterte die breiten Massen der Kommunisten ein. Es war, wie Göring selbst sagte, ein **merklicher Rückgang der politischen Bluttaten** zu verzeichnen.

**Neues Vorgehen
gegen Kommunisten**

Jedoch verwegene Gesellen hofften immer noch auf den Sieg des Bolschewismus, und so ließen sie sich immer wieder dazu verleiten, Vorbereitungen zum Sturze der Staatsmacht zu treffen. Bei Honnef am Rhein wurden Mitte Mai große kommunistische Waffenlager entdeckt. In einem Berliner Vorortzug Wustermark - Berlin, den die Angehörigen der S.A.-Motorstaffel Berlin-Brandenburg benutzt hatten, explodierte eine Bombe: es war ein kommunistisches Attentat. Ende Mai wurde in Herdecke, Schwerte und Hagen eine weitverzweigte Geheimorganisation des Rotfrontkämpferbundes aufgedeckt, 36 Beteiligte wurden verhaftet, darunter drei Russen. Auf ein Lebensmittellager der S.A. in Düsseldorf wurde ein heimtückischer Überfall verübt.

In Stuttgart wurden Ende Juni 60 Jungkommunisten wegen Brandstiftung verhaftet und ins Konzentrationslager gebracht. In Düsseldorf wurde die Zentrale des niederrheinischen bolschewistischen Nachrichtendienstes ausgehoben. Überall hatten russische Bolschewisten ihre Hände im Spiel, und der Moskauer Sender verbreitete eine großzügige Propaganda gegen Hitler und seinen Staat.

Anfang Juli nahmen die kommunistischen Verbrechen wieder größeren Umfang an. In der

Nacht vor dem letzten Junitage wurde in Braunschweig ein S.S.-Mann erschossen. Unmittelbar darauf konnte die Geheime Staatspolizei in verschiedenen Teilen Preußens Bolschewistenzentralen mit riesigen Mengen von Zersetzungsmaterial und Waffen ausheben, so in Recklinghausen, Ahlen, Berlin, Altona. In Westfalen hatten die Kommunisten regelmäßige Geländeübungen und Waffenkurse abgehalten. Die ganze Provinz Schleswig-Holstein war von einem neu aufgebauten kommunistischen Apparat durchsetzt worden. In der Gegend von Dresden wurden vier Waffenlager gefunden und eine Menge hochverräterischer Druckschriften, in denen zum Generalstreik und zum gewaltsamen Sturz der nationalen Regierung aufgefordert wurde. Die Verhaftung von 65 Funktionären war die Folge.

Ein ungeheuerlicher Vorfall ereignete sich aber in der Nacht zum 20. Juli. Auf einem mit Flugblättern und Hetzschriften beladenen Kraftwagen trafen Kommunisten von Minden kommend in Rinteln ein. Als die Polizei und Hilfspolizei den Kraftwagen stellen wollte, sprangen die Insassen ab und setzten den Beamten die Pistole auf die Brust. Als ein Hilfspolizist einem Kommunisten die Waffe aus der Hand schlug, eröffneten die Kommunisten das Feuer, wobei ein Polizeiwachtmeister schwer, ein Hilfspolizist leicht verletzt wurde. Das Auto wurde beschlagnahmt, die Kommunisten verhaftet. In der gleichen Nacht wurde in Breslau eine kommunistische Terrorgruppe nach Feuergefecht von der Polizei festgenommen.

Jetzt hielt Göring die Zeit für gekommen, neue, harte Maßnahmen gegen den Bolschewismus zu ergreifen. In einer Besprechung mit den Polizeipräsidenten, Generalstaatsanwälten, Landesgerichtspräsidenten, Leitern der Geheimen Staatspolizei sowie sämtlichen höheren S.A.- und S.S.-Führern am 22. Juli schuf er einen **Erlaß zum Schutze der Polizei, der S.A. und S.S. sowie des Stahlhelms**, der den Rechtsschutz und die Rechtssicherheit der Organe des Staates gegen Angriffe und Überfälle von Seiten der staatsfeindlichen Elemente feststellen sollte: schon der Angriff genügte, daß die Todesstrafe verhängt werden konnte. Die Gerichte wurden angewiesen, so schnell wie irgend möglich alle solche Straftaten abzuurteilen, insbesondere wurde beim Preußischen Justizministerium eine Zentralstaatsanwaltschaft gebildet. Mildernde Umstände waren bei der Rechtsprechung der Sondergerichte in Zukunft ausgeschlossen.

Im Verlauf dieser Regierungsmaßnahmen veranstaltete die Geheime Staatspolizei am 25. Juli mittags 12 Uhr schlagartig auf sämtlichen preußischen Eisenbahnen und Durchgangsstraßen eine Fahndungsaktion, die um so umfassender wurde, da alle deutschen Länderregierungen sich dem Vorgehen Preußens anschlossen. In 40 Minuten war die gewaltige Aktion in ganz Deutschland beendet. Sie ergab einen regen marxistischen Kurierverkehr vom Auslande her nach Deutschland. In den Bezirken Köln, Essen, Ludwigshafen, Trier, wurden zahlreiche kommunistische Kurier, die wahrscheinlich aus dem Saargebiet und aus Holland kamen, verhaftet. Wuppertal, Regensburg, Dresden, Breslau, Stettin, Königsberg wurden systematisch von staatsfeindlichen Elementen, Kurieren usw. überschwemmt, die Zersetzungsmaterial, Sprengstoff, Waffen, Munition einzuschmuggeln versuchten und Geheimberichte bei sich führten.

Wenn auch diese Regierungstaten schwere Schläge für den **Kommunismus** bedeuteten, **so war er immer wieder unverdrossen dabei, seine zerstörte Organisation zu erneuern.** Schon **wenige Tage** nach der großen Fahndungsaktion wurde in Essen eine kommunistische Organisation aufgedeckt, deren Mittelpunkt Essen war und die etwa 4000-5000 Mitglieder zählte. Auch in Dresden, in Wuppertal, in Ulm regte sich das Untermenschen turn und schmiedete Mordpläne. In Hamburg wurde die Neuorganisation des Bezirks Wasserkante festgestellt, der einen vorzüglichen Kurierdienst mit Motorrädern nach Wandsbeck, Lübeck, Kiel, Neumünster, Altona, Itzehoe, Flensburg, Ülzen, Cuxhaven und Berlin unterhielt. 92 Funktionäre wurden hier in Hamburg festgenommen.

In Breslau hielten Kommunisten geheime bewaffnete Zusammenkünfte ab und schmiedeten Pläne zur Übernahme der Macht. In Recklinghausen, Hervest-Dorsten, Gelsenkirchen, Bochum, Aachen, Köln, Buer, in Hamburg, Berlin, Lübeck, Liegnitz, Striegau, Stendal, Oldenburg, Leipzig, Lörrach, München - überall tauchten neue kommunistische Organisationen unter den verschiedensten Tarnungen als Geselligkeits-, Sportvereine usw. auf und versuchten Hetzschriften, die hauptsächlich

aus der Schweiz eingeschmuggelt wurden, zu vertreiben. In Berlin versuchten Anfang August sogar einige ganz Verwegene zu demonstrieren.

Rücksichtslos griffen die Regierungen durch. Kommunismus war Verbrechen gegen den Staat, und wer bei diesem Verbrechen erappt wurde, wanderte ins Konzentrationslager, ins Gefängnis, oder, wenn er ein Mörder war, aufs Schafott. Göring gab einen **Erlaß über verschärften Strafvollzug** heraus, der gründlich mit der Humanitätsduselei des vergangenen Systems aufräumte: Der, der des Mordes überführt war, sollte unverzüglich hingerichtet werden, und wer zu Gefängnis und Zuchthaus verurteilt war, sollte dort nicht etwa ein angenehmes Leben führen, sondern seine Lebenshaltung sollte auf alle Fälle geringer sein als die der Arbeitslosen, damit dem Verurteilten das Bewußtsein seiner Strafe immer wach erhalten würde. Jedoch das **Machtgefüge des neuen Staates war bereits derart gefestigt, daß die lokalen kommunistischen Zentralen, deren Personenkreis begrenzt und deren Geldmittel keine nennenswerten waren, ihm nicht mehr gefährlich werden konnten.** Daher entschloß sich der preußische Ministerpräsident Göring einen Monat, nachdem die Totalität der nationalsozialistischen Revolution festgestellt worden war, die **Hilfspolizei der S.A. und des Stahlhelms mit dem 15. August 1933 aufzulösen.**



Die Hauptsorge der Reichsregierung galt der Wiederherstellung des deutschen Mittelstandes. Das war ja die Grunderkenntnis des Nationalsozialismus, daß diejenigen in Stadt und Land, die mit ehrlicher Arbeit und mit ihrer Hände Fleiß schafften, ihre fundamentale Stellung im völkischen Leben wiedergewinnen mußten. Hier war der Begriff des persönlich erworbenen und verdienten Eigentums noch lebendig gegenüber dem unpersönlichen Kapital der Plutokratie. Der Mittelstand und die ihm innewohnenden gewaltigen Entwicklungsfähigkeiten bildeten die Brücke, über die der vorwärtstrebende Arbeiter aufwärts gelangen kann.

Die Regierung befand sich in der angenehmen Lage, daß ihre gesetzgeberische Tätigkeit in keiner Weise durch ein Parlament gehemmt, verzögert oder abgeändert wurde.

Eins der wichtigsten Gesetze war das über die **Entschuldung der Landwirtschaft.** Bereits Anfang Mai legte Hugenberg dem Kabinett einen Gesetzentwurf vor, der eine individuelle freiwillige Entschuldung oder, wo diese nicht möglich, einen Zwangsvergleich bis zur Hälfte vorsah. Drei Entschuldungsmöglichkeiten hatte Hugenberg im Auge: durch Schuldenregelung oder Ablösung, durch Landabgabe oder durch eine Verbindung von Ablösung und Landabgabe. Auch eine Zinssenkung auf 4 bis 4½ Prozent schlug Hugenberg vor. Hier aber traf er auf den Widerstand Darrés, der höchstens 2 Prozent Zinsen als tragbar für die Landwirtschaft bezeichnete. Finanzkreise dagegen bezeichneten schon Hugenbergs Vorschlag als viel zu weitgehend.

Der **Streit um die Zinssenkung** füllte den ganzen Mai aus. Am 1. Juni endlich nahm das Kabinett das Entschuldungsgesetz mit einer Zinssenkung auf 4½ Prozent an, während dem Bauer die Erhöhung des Milchpreises um einen Pfennig den Liter zugestanden wurde. Mit diesem Entschuldungsgesetz wurde dem deutschen Bauernstände die Aussicht auf eine entwicklungsfähige Daseinsgrundlage gegeben, der Druck des Finanzkapitals wurde von ihm genommen, seine Verschuldung wurde auf die Grenze der Mündelsicherheit zurückgeführt. Die Bedeutung dieses Entschuldungsgesetzes muß der Bedeutung des Steinschen Gesetzes über die Befreiung des Bauernstandes gleichgestellt werden.

Eine weitere Erleichterung für den Bauernstand bedeutete der **Beschluß der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, vom 1. Juli ab den Zinssatz für die kurzfristigen Ausleihungen auf 6½ Prozent zu ermäßigen.** Die Idee war vom Nationalsozialismus ausgegangen, die privaten Großbanken setzten ihr schärfsten Widerstand entgegen, so daß wochenlang eine Einigung nicht zustande kam. Da schlugen die unter dem Einfluß des Nationalsozialismus stehenden öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten durch ihren Beschluß von Mitte Juni eine Bresche in den Ring der Gegner.

Am 14. Juli verabschiedete die Reichsregierung das **Gesetz über die Zinserleichterung für land-**

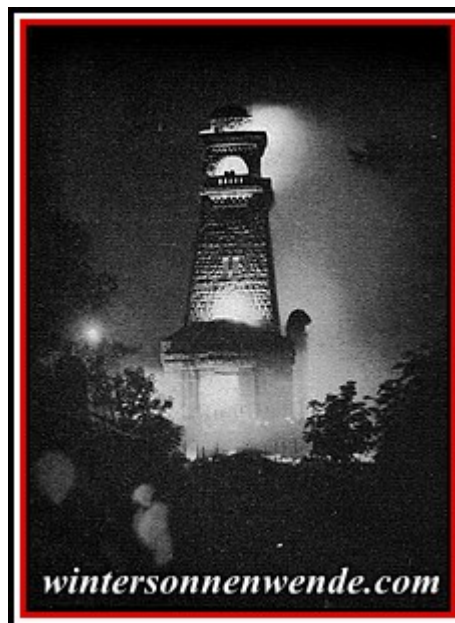
wirtschaftliche Auslandskredite. Für diese Auslandskredite waren im Entschuldungsgesetz vom 1. Juni die Zinsherabsetzungen nicht gültig gewesen. Jetzt wurde bestimmt, daß die Anleihen, ohne die Gläubigerinteressen zu schädigen, für den Schuldner in der Zeit vom 1. April 1933 bis 30. September 1934 auf den Zinsfuß von 4 Prozent gesenkt werden sollten.



NSDAP.-Sachsentreffen in Leipzig, 15.-16. 7. 1933: Reichsstatthalter Mutschmann mit Oberbürgermeister Dr. Goerdeler auf der Freitreppe des Neuen Rathauses. Photo Scherl.

Mancherlei **Steuererleichterungen** sowie die **Befreiung von der Arbeitslosenversicherung** brachten dem Bauernstand wirtschaftliche Vorteile. Auch begannen bereits die agrarpolitischen Maßnahmen der Regierung sich in einer starken Verringerung der Lebensmitteleinfuhr auszuwirken. Allein in den Monaten April bis Juni 1933 hatte die Einfuhr an Eiern eine Abnahme von einer halben Milliarde Stück zu verzeichnen. Ähnlich war es bei Butter, Schmalz, Fleisch, Getreide. -

Das **preußische Erbhofgesetz** trat am 1. September 1933 in Kraft. Seine Bestimmungen wurden als derart grundlegend für den deutschen Bauernstand erkannt, daß auch die Reichsregierung dies Gesetz am 1. Oktober auf das ganze Reich ausdehnte. Bei den Amtsgerichten wurden besondere Erbhofgerichte geschaffen, bei welchen die Anträge zur Eintragung in die Erbhofrolle bearbeitet wurden. Allein im September lagen dem Stendaler Erbhofgericht 1100 Anträge vor, bis zur Hofgröße von 30 Morgen hinab, beim Tangermünder Erbhofgericht waren 500 und in Bismarck ebenfalls mehrere hundert Anträge gestellt worden. In ganz Deutschland wurden eine halbe Million Bauernhöfe durch das Erbhofgesetz erfaßt, dessen Bestimmung es war, einen seiner Bedeutung und Ehre bewußten Bauernstand zusammenzuschmieden.



Sonnenwende, 24. Juni 1933 in den Muggelbergen. Photo Scherl.

Das **Reichserbhofrecht** setzte das preußische Erbhofrecht außer Kraft. Das neue Gesetz galt für allen land- und forstwirtschaftlichen Besitz, der eine Familie unabhängig von Markt und Wirtschaftslage ernähren und bekleiden und erhalten kann, nicht größer als 125 Hektar ist und einer deutschstämmigen Familie (worunter auch Schweizer, Österreicher, Niederländer, Dänen, Schweden zu verstehen sind) gehört. Der Erbhof bildet einen besonderen Teil der Erbschaft, ist unveräußerlich, unbelastbar und bei Besitzwechsel von Erbschafts- oder Grunderwerbssteuer befreit. Im Gegensatz zum preußischen Recht gilt, soweit ein Landesbrauch dem nicht entgegensteht, das Anerbenrecht des Jüngsten. Das Anerbenrecht kann durch Testament oder Erbvertrag weder beschränkt noch ausgeschlossen werden. Die Miterben haben außer Unterhalt und Erziehung bis zur Volljährigkeit nur Anrecht auf das außer dem Erbhof vorhandene Vermögen. Außerdem gewährt ihnen der Erbhof Zuflucht, wenn sie unverschuldet in Not geraten. Die Erbhöfe werden in die Erbhöferolle eingetragen. -

Reichsgesetze: Das Reichserbhofgesetz



Prüfung der Würdigkeit eines Hofes durch Erbhofgericht. Photo Scherl.



Erntedankfest auf dem Bückeberg, 1. Oktober 1933. Photo Scherl.

Das am 1. Oktober 1933 von Reich wegen im größten Umfange in Stadt und Land gefeierte **Erntedankfest** bewies, welche bedeutsame Stellung der deutsche Bauer im Dritten Reich einnahm; der deutsche Bauer war einer jener wesentlichen Faktoren gewesen, welche die nationalsozialistische Revolution zum Siege geführt hatten. Jetzt nun war der deutsche Bauer berufen, das völkische, unerschütterliche Fundament des neuen Reiches zu werden. Diesem Zwecke sollte vor allem das Erbhofrecht dienen.

Auch auf den gewerblichen Mittelstand erstreckte sich die tatkräftige Fürsorge der Regierung. So wurde Ende Mai der Zwangsvollstreckungsschutz auf sechs Monate auch auf die städtischen



*Erntedankfestfeier im Berliner Stadion,
1. Oktober 1933. Photo Scherl.*



*Adolf Hitler beim Erntedankfest auf dem
Bückeberg, 1. Oktober 1933. Photo Scherl.*

Grundstücke ausgedehnt. Die Wohnungszwangswirtschaft wurde gelockert. Die Steuerbefreiung für Kraftwagenbesitzer fand ein Gegenstück im Juli durch eine Steuerbefreiung für neuerrichtete Wohngebäude. Die Warenhaus- und Filialsteuer sollte die Gewerbetreibenden vor der gefährlichen großkapitalistischen Konkurrenz schützen.

Sechs Monate Regierung Adolf Hitlers hatten genügt, um die unter dem früheren System nur den Bedürfnissen der Machthaber angepaßte Steuer-, Zins- und Sozialpolitik tief aufzulockern und sie den Bedürfnissen des Volksganzen anzugleichen. Das war die grundlegende und entschlossene Wendung, die der nationalsozialistische Volksstaat gegenüber dem Parteienstaat vorgenommen hatte.

"Gemeinnutz vor Eigennutz" war stets der oberste Grundsatz des nationalsozialistischen Regierungswillens. Und so fürsorglich die nationalsozialistische Regierung für den Mittelstand sorgte, so rücksichtslos ging sie **gegen die Schädlinge** in ihm vor. Das zeigte sich Ende Mai, als der Groß- und Kleinhandel glaubte, die Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft für eine **wucherische Übersteigerung des Butterpreises** auszunutzen. Der Reichskommissar für Preisüberwachung setzte den Höchstpreis fest, und die Händler, die ihn überschritten, wurden von der Polizei in Haft genommen. Ihre Namen wurden veröffentlicht, an ihrem Laden prangte das Schild: "Geschäftsinhaber in Haft". Vor allem in **Bayern** ging die Regierung sehr scharf gegen die Preiswucherer vor. Es wurden in München am 20. Mai 169 Geschäftsinhaber verhaftet und ihre Läden geschlossen. Dies erwies sich als nötig, um das Vertrauen des Volkes in die neue Staatsführung nicht erschüttern zu lassen.

Anfang September 1933 begann die Regierung, das **deutsche Bankwesen** zu untersuchen und Pläne seiner Neuordnung zu fassen. Am 6. September trat unter Schachts Vorsitz der Untersuchungsausschuß für die Banken zum ersten Male zusammen. Schacht entwickelte den nationalsozialistischen Standpunkt: Banken seien nicht Geldschöpfer, sondern Geldverwalter. Geldschöpfer allein sei der Staat durch seine Währungspolitik, für die eigene Gesetze gelten. Die Frage werde zu prüfen sein, ob das An- und Ausleihen von Kapital und die Kreditvermittlung den privaten Händen grundsätzlich zu entziehen sei und alle diejenigen, die ihr Geld ausleihen oder Kredite in Anspruch nehmen möchten, hierbei an den Staat gebunden sein sollen. Der Staatssekretär **Gottfried Feder** insbesondere unterstützte Schachts Ausführungen: die Großbanken hätten gänzlich versagt, das Händlerische sei in den Vordergrund gerückt, Privatinteresse ausschlaggebend geworden. Während die Produktion nicht verstaatlicht werden dürfe, sei in der Zirkulation, also auch im Geldwesen, das schöpferische Privatinteresse nicht mehr ausschlaggebend. Hier müßten höhere Gesichtspunkte obwalten. Auch der Kölner Bankier von Schröder befürwortete die Übernahme der Großbanken in staatliche Regie. Denn die deutschen Banken seien gegenwärtig nicht in der Lage, die bei ihnen verfügbaren Geldmittel so zu leiten und zu verteilen, daß die Wirtschaft möglichst ungehindert und frei sich entfalten könne. Über all den Beratungen stand auch hier der beherrschende nationalsozialistische Grundsatz, daß die Banken nicht Selbst-

**Untersuchung
des Bankwesens**

zweck sind, sondern dienende Glieder der Volksgesamtheit und der Volkswirtschaft. -

Ein Gesetz ganz neuartigen Charakters war dasjenige, das sich mit der Abwehr von erbkranken Nachwuchs beschäftigte. Wie die Arierbestimmungen dafür sorgen sollten, daß kein fremdrassiger Einfluß in das deutsche Blut und Volk gelangt, so wollte das Gesetz von Ende Juli 1933 **Minderwertigkeit und asoziales Verbrechen** bekämpfen, indem man die Betreffenden sterilisierte, unfruchtbar machte. Man wies darauf hin, daß 100 000 Epileptiker, 25 000 Erblinde und 25 000 Erbtaube das deutsche Volk belasteten, ganz abgesehen von den Verbrechen, die jährlich in Gefängnisse und Zuchthäuser gesperrt werden mußten. Für Geistesranke, Taubstumme und Blinde, 183 785 Personen, mußten im Jahre 1930/31 **ungefähr 170 Millionen Mark** ausgegeben werden. Man erwartete von der vorbeugenden Maßnahme der Sterilisierung, wie sie das Gesetz forderte, eine Entlastung der Gesamtheit von jenen Schädlingen und Krüppeln, deren ungeheure Zunahme lediglich die Folge der Großstadtentwicklung der liberalistischen Ära war.

Mit dieser Maßnahme hing auch die **Abänderung des Gesetzes über Ehestandsdarlehen zusammen**. Solche Darlehen sollten nur den Volksgenossen gewährt werden, deren Gesundheitszustand auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses nur gesunde Nachkommen verbürge.

Um vom deutschen Volke auch alle fremden Einflüsse abzuwehren, wurde Mitte Juli das **Gesetz über die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit** geschaffen, das gegen die Fremdstämmigen - 1919-1932 waren in Preußen allein 15 500 Fremdstämmige, ohne Familienangehörige, eingebürgert worden - und gegen diejenigen, die schwer gegen die Pflicht der Treue zu Volk und Reich verstoßen hatten, angewandt wurde. Ende August wurde dies Gesetz gegen 30 bisher führende Juden und Marxisten angewandt. -

In **Preußen** hatte der Landtag am 18. Mai dem Ministerpräsidenten Göring ein **Ermächtigungsgesetz** mit Zweidrittelmehrheit bewilligt. Die Sozialdemokraten lehnten allerdings ab, da man ihnen die Gleichberechtigung versage! Auf Grund dieses Ermächtigungsgesetzes **begann Göring den Staatsumbau, der auch hier in einer gänzlichen Überwindung des Parlamentarismus gipfelte**.

Anfang Juni kündigte Göring an, daß der Staatsrat seine bisherige parteimäßige Zusammensetzung verlieren werde; er werde aus einer parlamentarischen Institution in eine neue aktionsfähige Körperschaft mit weitgehenden Rechten und Pflichten umgewandelt werden. Am 8. Juli verkündete der Ministerpräsident das **neue Staatsratsgesetz, das mit dem bisherigen demokratischen Mehrheitsprinzip endgültig aufräumte**. Das Gesetz bestimmte, daß der Staatsrat das Staatsministerium bei der Führung der Staatsgeschäfte beraten sollte. Es solle sich zusammensetzen aus Ministerpräsident und Staatsministern kraft ihres Amtes und aus bis zu 50 Personen kraft Ernennung durch den Ministerpräsidenten. Jedes Mitglied des Staatsrates führt die Amtsbezeichnung preußischer Staatsrat und muß mindestens 25 Jahre alt sein. Reichsstatthalter, Reichsminister, Beamte oder Minister eines außerpreußischen Landes können nicht Mitglieder sein. Die zu ernennenden Mitglieder sollen folgenden Gruppen angehören:

**Preußischer
Staatsrat**

1. Staatssekretäre,
2. Stabschef der gesamten S.A., Reichsleiter der S.S., Stabsleiter der politischen Organisation, die preußischen Gauleiter, die Obergruppenführer der S.A. und Gruppenführer der S.S.,
3. Vertreter der Kirchen, Arbeit und Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst sowie sonstige um Staat und Volk verdiente Männer. Präsident ist der Ministerpräsident.

Die Sitzungen sind nicht öffentlich, wichtige Gesetze werden dem Staatsrat vor ihrer Verkündung vorgelegt. **Der Staatsrat stimmt nicht ab**. Das Amt der Staatsräte ist ehrenamtlich. Es werden nur Eisenbahnfahrt und Aufwandsentschädigungen vergütet. Damit wird der vierte Teil der Preußenverfassung und das Gesetz über die Wahlen zum Staatsrat vom 16. Dezember 1928 außer Kraft gesetzt.

Der Staatsrat wurde grundsätzlich zu einem Rate der Regierung umgebildet, welcher den ständigen



Staatsratseröffnung in Berlin, September 1933. Photo Scherl.

Kontakt zwischen dem Staatsleiter und dem Volke bildete. Zum ersten Male in Reich und Ländern verwirklichte Hermann Göring mit dem neuen Staatsrat, diesem Gremium berufener Auserlesener, die dem Staatslenker auf dessen alleinige Anregung hin zur Verfügung stehen, eine grundsätzliche und dem parlamentarischen Unwesen gänzlich entgegengesetzte Idee des Nationalsozialismus. Dies war ja das Prinzip der neuen Staatsform, daß zwischen dem von parlamentarischen Fesseln befreiten Führer und dem Volke das Bindeglied einer beratenden Instanz eingefügt wurde, die die aus dem Volke kommenden Wünsche an den Führer weiterleitete, und den Führern bei ihrem Walten mit Rat zur Seite stand:

"Die beste Staatsverfassung und Staatsform ist diejenige, die mit natürlichster Sicherheit die besten Köpfe der Volksgemeinschaft zu führender Bedeutung und zu leitendem Einfluß bringt",

sagt Adolf Hitler.

Dieser Staatsrat diente dem Einbau der N.S.D.A.P. in den preußischen Staat. Die Nationalsozialisten hatten in ihm die Mehrheit, sie hatten zwei Drittel aller Sitze inne. Die feierliche Eröffnung des neuen Staatsrates nahm Göring am 15. September vor. Er bezeichnete diese neue Körperschaft des preußischen Staates als einen

"... Wegweiser für die zukünftige Entwicklung unseres gesamten staatlichen Neubaus. Nach der Zerschlagung des Parlamentarismus, d. h. des Systems der organisierten Unverantwortlichkeit, ist die Stunde für die Verwirklichung des Führergedankens in dem gesamten Staatsapparat gekommen... Wenn Preußen auf diesem Wege vorangeht, so wird daraus ersichtlich, daß es bei dem Aufbau unseres fest zusammenzufügenden Reiches seine besondere vorbereitende Aufgabe zu erfüllen hat, stets mit dem Ziele, der Einheit des Volkes

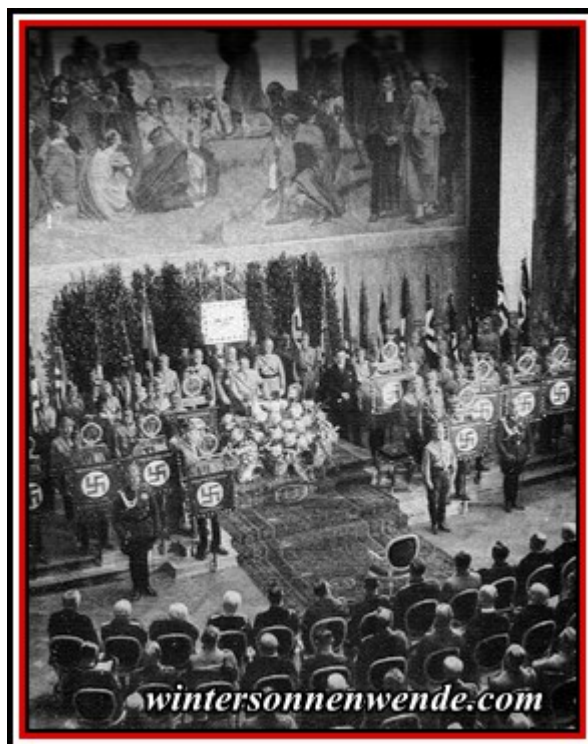


Staatsratseröffnung in Berlin, September 1933. Photo Scherl.

über alle Stammes- und Ländergrenzen hinweg die entsprechende staatliche Organisationsform zu schaffen."

Und in einer zweiten Rede am Denkmal **Friedrichs des Großen** erklärte der Ministerpräsident:

"Wer regierte in Deutschland? Nicht Männer der Tat, sondern Parteien und Parlamente! Es herrschte und regierte die Feigheit der Zahl. Es war deshalb die erste Notwendigkeit der nationalsozialistischen Revolution, gerade hier anzufangen und das System aus den Wurzeln zu heben dadurch, daß das System des Parlamentarismus, der Majorität vernichtet und zerstört wurde. Und so dürfen wir heute diesen Tag als einen Wendepunkt in unserem Staatsleben betrachten, denn auch äußerlich wird nun vor aller Welt sichtbar gezeigt, daß im größten Lande des Deutschen Reiches die Form der Staatsverfassung grundsätzlich geändert wurde in einem Sinne, der genau dem entgegensteht, der in dem letzten Jahrzehnt Deutschland langsam, aber sicher vernichtet hat. Denn in der Weltgeschichte ist es immer so gewesen, daß nur Männer oder entscheidende oder energische Minoritäten die Geschicke ihres Volkes geleitet haben. Hätte es nur Parlamente in deutschen Landen gegeben, so wäre das deutsche Volk heute nicht mehr da. Dadurch, daß Männer es geführt haben und in den entscheidenden Stunden Gott dem deutschen Volke Männer beschert hat, dadurch konnte das deutsche Volk zu diesem Aufstieg kommen."



*Göring eröffnet den Preußischen Staatsrat
in der Neuen Aula der Berliner Universität.
Photo Scherl.*

Gemäß dem Staatsrate wurden durch preußisches Gesetz vom 15. Juli auch in den Provinzen **Provinzialräte** geschaffen, deren Aufgabe es war, den Führergedanken ebenfalls in den Provinzialverwaltungen durchzusetzen. Die bisherigen Provinzialräte wurden aufgelöst. -

Tannenbergfeier

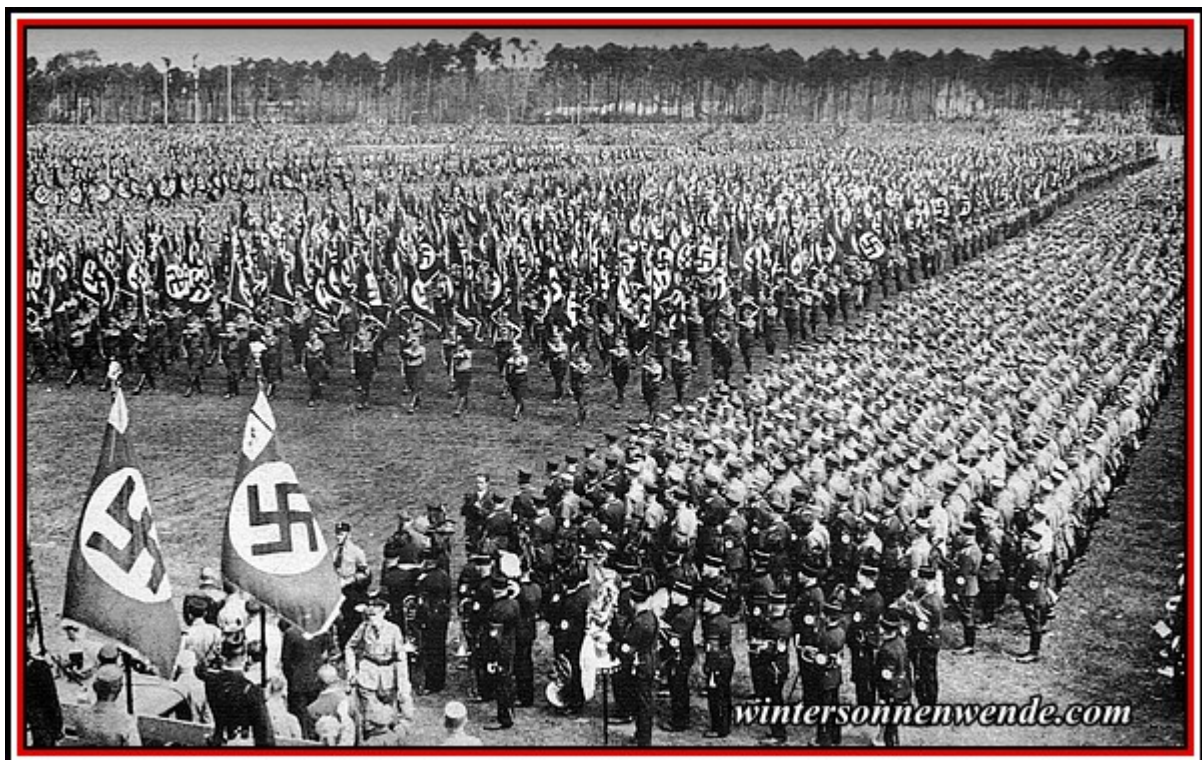
Am 27. August fand am **Tannenberg-Nationaldenkmal** die Erinnerungsfeier der **Befreiungsschlacht von Tannenberg** statt. Es war eine gewaltige und erhebende Feier, in deren Mittelpunkt der greise **Feldmarschall und Reichspräsident von Hindenburg**, der Sieger von Tannenberg über die Russen, und Adolf Hitler, der Reichskanzler und Sieger über den Bolschewismus, standen. Diese Feier war ein symbolisches Ereignis; sie demonstrierte die Einheit des Volkes im neuen Staate, an dessen Spitze der Generalfeldmarschall, der Gebieter über 10 Millionen Soldaten im Weltkrieg, und der einfache **Musketier in diesem Zehnmillionenheer** standen. In der Verbundenheit dieser beiden Männer zeigte sich nicht nur die Verbundenheit des alten mit dem jungen Deutschland, nicht nur die Verbundenheit aller deutschen Männer im Geiste gerechten Wehrgedankens, sondern auch die Verbundenheit des deutschen Nordens mit dem deutschen Süden über Stammes- und Territorialgrenzen hinweg.

**"Kongreß des Sieges"
in Nürnberg**

Nur wenige Tage später fand der **Reichsparteitag der N.S.D.A.P. zu Nürnberg** statt. Aus allen Teilen des deutschen Vaterlandes waren die Sendboten des nationalsozialistischen Volkes erschienen, und dieser Parteitag, an dem die N.S.D A.P. nicht mehr durch Parteischränken vom deutschen Volke getrennt war, war in Wahrheit ein **Reichs- und Volkstag der Deutschen**. Eine halbe Million deutscher Menschen waren in die alte Reichsstadt geströmt, mit heller Begeisterung empfangen. Aus dem hohen Norden, aus der Mitte und dem Westen des Reiches waren die braunen Scharen in tagelangen Fußmärschen herbeigeeilt, während Tag und Nacht die Eisenbahnen rollten und Hunderttausende und Aberhunderttausende heranbrachten.

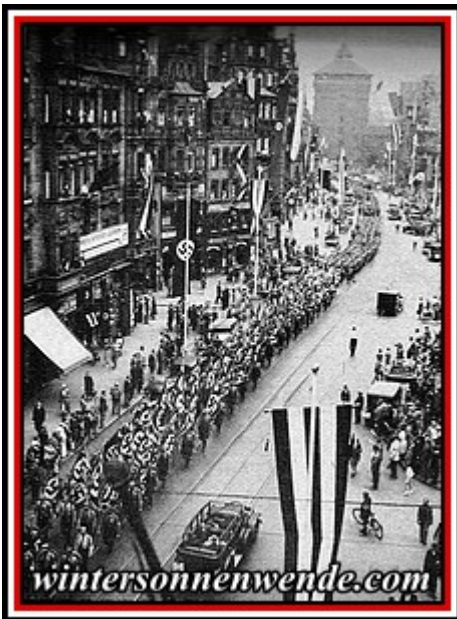


Hindenburg-Ehrung am Tannenberg-Denkmal, August 1933. Photo Scherl.



Parteitag des Sieges, September 1933. Photo Scherl.

Am 30. August nahm diese gewaltige Versammlung ihren Anfang. Fast **die gesamte Führerschaft der Partei** war anwesend. Neben den Kolonnen der S.A. waren **Verbände des Stahlhelms** und der **Kriegerverbände** sowie **Abordnungen fast aller Organisationen** erschienen. Neben den **Ministern des Reiches** und der **Länder** trafen die **Vertreter der auswärtigen Mächte**, insbesondere



*Parteitag 1933 in Nürnberg.
Photo Scherl.*

eine **faschistische Abordnung aus Italien** und die Beauftragten der Weltpresse ein.

Der Reichspressechef der N.S.D.A.P., Dr. Dietrich, bezeichnete als die Bedeutung dieses Parteitages, daß **die Nationalsozialistische Partei nach ihrem Durchbruch zum Staat zum ersten Male als Repräsentantin des ganzen deutschen Volkes aufträte**. Der Inhalt des Reichsparteitages sei vornehmlich geistiger und weltanschaulicher Art. Daher erschöpfte sich seine Tätigkeit vor allem in Sonderveranstaltungen der einzelnen wirtschaftlichen und kulturellen Gruppen.

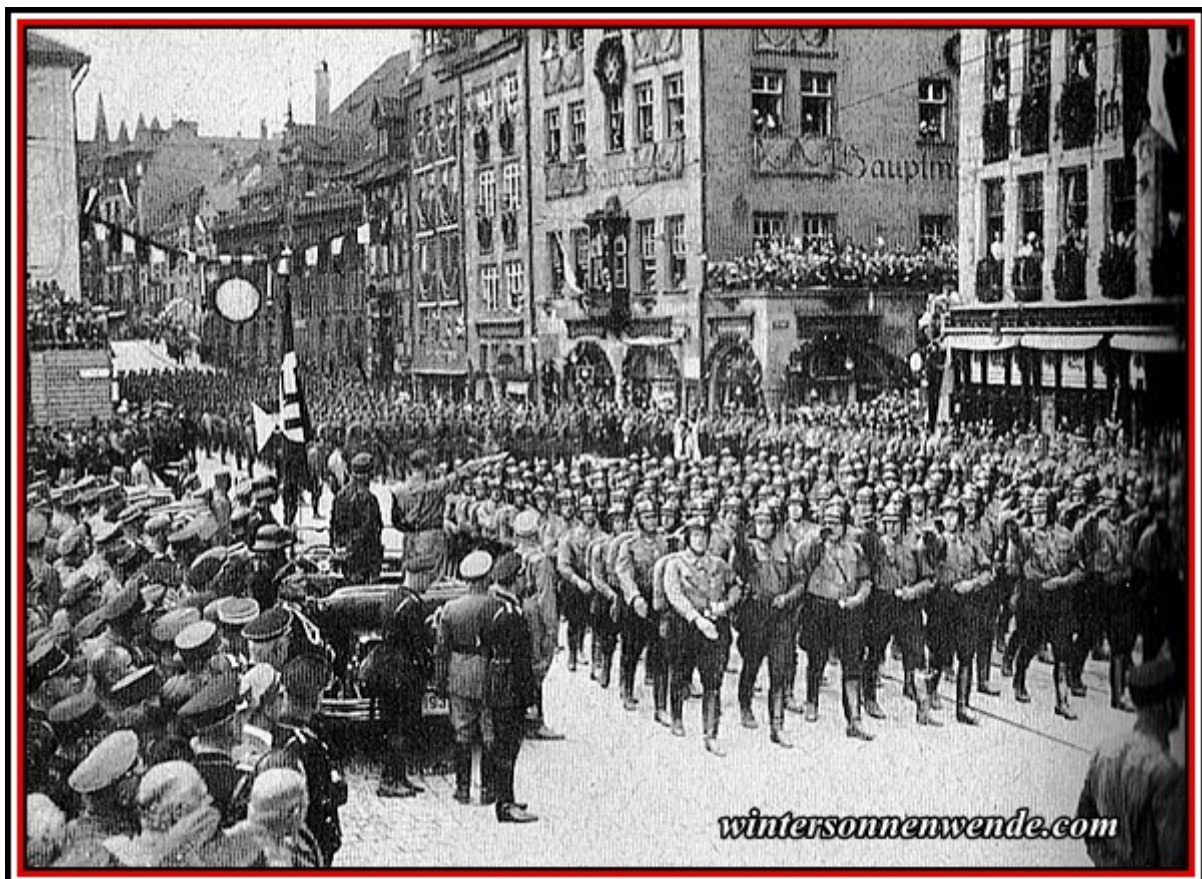
Das Wesen dieses Kongresses des Sieges drückt sich in **zwei Darlegungen des Führers Adolf Hitler aus**.

Proklamationen und Reden des Führers

Sie gipfelten in der Bedeutung von der Macht der Persönlichkeit, deren fundamentale Tugenden Treue und Opferbereitschaft sind. Das erste Dokument ist die Proklamation des Führers.

Die Proklamation des Führers, die in der Eröffnungssitzung des Parteikongresses verlesen wurde, stellte zunächst die Voraussetzungen heraus, unter denen der Novemberstaat allein beseitigt werden konnte. Daß die Überwindung dieses Regimes nicht mit den Kräften erfolgen konnte, die seit 50 Jahren vor dem Angriff des Marxismus dauernd zurückgewichen waren, um in der Stunde der höchsten Not jammervoll zu kapitulieren, wurde nicht erkannt. Das schied die Nationalsozialisten von der bürgerlichen intellektuellen Welt.

Die erste Voraussetzung ergab sich aus der Erkenntnis, daß durch Geist allein der Terror nicht überwunden werden konnte. Weiter ist es ein Trugschluß zu glauben, daß man mit Scheingebilden, die



Adolf Hitler bei der SA. in Nürnberg, September 1933. Photo Scherl.

jahrzehntelang mit mehr oder weniger kläglichen geistigen Waffen gefochten hatten, nun plötzlich heroische Taten würde verüben können. Man kann aus keiner Organisation Kräfte locken, die in ihr nicht vorhanden sind. Es war daher ein Irrtum, wenn in den Jahren 1919, 1920 und darüber hinaus Männer, die die Not des Vaterlandes erkannten, glaubten, ein Wechsel in der Führung der bürgerlichen Parteien würde diesen plötzlich eine Kraft schenken, mit der der innere Feind vernichtet werden könnte. Wenn man 70 Jahre lang eine falsche Demokratie verherrlichte, kann man nicht im 71. Jahre nach der Diktatur greifen. Das führt zu komischen Experimenten.

Die Auseinandersetzung mit dem Marxismus erforderte daher von Anfang an eine Organisation, die ihrem ganzen Wesen nach für diesen Kampf erzogen und dafür geeignet war. Das aber brauchte Zeit. Verständnislos gegenüber jeder organischen Entwicklung will der entwurzelte Intellektualismus durch schnelle Experimente das Gesetz des Wachstums umgehen. Der Nationalsozialismus war demgegenüber vom ersten Tage an bereit, die mühselige Arbeit der Neubildung des Instruments vorzunehmen, mit dem man später den Marxismus zu vernichten gedachte. Deshalb konnte die junge Bewegung ihre erste Entwicklung auch nur in jenen Schichten nehmen, die geistig unverbildet, unkompliziert und damit naturnäher geblieben waren. Es wird mit einer der Aufgaben der Zukunft sein, zwischen Gefühl und Verstand wieder eine Einheit herzustellen.

Das Problem der Erziehung zum Selbstvertrauen und zum Glauben an das eigene Ich war ebenso wichtig wie schwer. Die bürgerliche Welt fand stets nur Spott und Hohn für die Methode der kleinen Bewegung von damals, den - wie man meinte - "überheblichen Größenwahn" einzupflanzen, einst das Deutsche Reich zu führen. Und doch war der fanatische Glaube an den Sieg der Bewegung Voraussetzung für jeden wirklichen späteren Erfolg.

Das psychologisch wertvollste Mittel aber der Erziehung war neben der Übung des täglichen Kampfes die sichtbare Demonstration der Zugehörigkeit zu der großen und starken Bewegung. Die anderen redeten von Demokratie und mieden das Volk. Der Nationalsozialismus redete von Autorität, hat aber mit dieser Volke gekämpft und gerungen wie keine Bewegung in Deutschland vor ihm. Der Sinn der nationalsozialistischen Parteitage war:

1. dem Führer die Möglichkeit zu bieten, zur gesamten Parteiführung wieder persönlich in Beziehungen zu treten;
2. die Parteigenossen erneut mit ihrer Führung zu verbinden;
3. alle gemeinsam in der Zuversicht des Sieges zu stärken;
4. die großen Impulse geistiger und psychologischer Art für die Fortführung des Kampfes zu geben.

Der Führer gibt dann eine Übersicht über die ersten Parteitage und die behördlichen Widerstände.

"Um in der Bewegung das Gefühl für die ehrwürdige Tradition unseres Kampfes zu erwecken - so wiederholte der Führer - werden wir für alle Zukunft die Reichsparteitage in Nürnberg feiern. So sind Sie hierhergerufen worden zum fünften Reichsparteitag der N.S.D.A.P. und damit zum ersten im neuen Deutschen Reich. Die nationalsozialistische Revolution hat den Staat des Verrats und des Meineides überwältigt und an seine Stelle gesetzt wieder ein Reich von Ehre, Treue und Anständigkeit. Uns allen aber ist das große Glück zuteil geworden, daß wir die Revolution nicht ausführen mußten als Führer der 'geschichtlichen Minderheit' gegen die Mehrheit der Nation. Dank der glänzenden Organisation der Bewegung ist in keinem Augenblick das Instrument der Führung aus der Hand geglitten. Außer der faschistischen Revolution in Italien kann keine geschichtliche Handlung ähnlicher Art in ihrer innerlichen Disziplin und Ordnung mit der nationalsozialistischen Bewegung verglichen werden. Es ist schön und vorteilhaft, in so starken Fäusten die Macht zu wissen. Allein es ist schöner und beglückender, die Liebe und die Zuneigung eines Volkes sein Eigen nennen zu können! So erleben Millionen deutscher Männer und Frauen und die deutsche Jugend diesen Tag mit uns. Die nationalsozialistische Bewegung ist das Deutsche Reich, der

deutsche Staat geworden. Hinter der Fahne unserer Opposition von einst marschiert heute die deutsche Nation.

Und dies ist auch der sicherste Garant für den Erfolg unserer Arbeit.

... Es gab zu Beginn dieses Jahres Wochen, in denen wir haarscharf am Rand des bolschewistischen Chaos vorbeigekommen sind. Wenn der große Geschichtsforscher **Mommsen** das Judentum im Völkerleben als ein 'Ferment der Dekomposition' bezeichnet hat, so war diese Dekomposition in Deutschland schon sehr weit fortgeschritten. Wenn sich daher der Nationalsozialismus in grimmer Entschlossenheit gegen den schleichenden 'Untergang des Abendlandes' zur Wehr gesetzt hat, dann allerdings getragen von der Überzeugung der auch heute noch nicht gänzlich zerstörten großen inneren Werte der europäischen Kulturvölker und des deutschen Volkes. Wenn der Faschismus als beispielgebende geschichtliche Tat die Rettung des italienischen Volkes vollbrachte, dann hat der Nationalsozialismus die Erfüllung der gleichen Mission am deutschen Volke übernommen. Als einzige Trägerin der Staatsgewalt muß die Partei erkennen, daß von nun an die gesamte Verantwortung für den Lauf des deutschen Schicksals auf ihr lastet. ... Die Erziehungsarbeit, die die Bewegung zu leisten hat, ist eine ungeheure. Nur das vom Leben Erfüllte wird zu seiner Erhaltung, wenn nötig, auch Leben zu beanspruchen und einzusetzen vermögen! ...

Unter den Aufgaben steht als wichtigste die Überwindung der Arbeitslosigkeit. ... Es ist weder logisch, noch moralisch, noch gerecht, auf die Dauer dem Arbeitsfähigen einen Teil seiner Früchte, seines Fleißes wegzunehmen zur Erhaltung der Arbeitsunfähigen - ganz gleich, aus welchen Gründen dies erfolgt -, sondern es wäre logisch, statt von den Ergebnissen der Arbeit wegzunehmen, diese selbst zu verteilen. Es hat niemand ein moralisches Recht zu fordern, daß andere tätig sind, um selbst nicht tätig sein zu brauchen, sondern es hat jeder nur das Recht zu verlangen, daß die staatliche Organisation eines Volkes Mittel und Wege findet, um jedem Arbeit zukommen zu lassen. Gewaltig werden die Anstrengungen sein, die wir auf uns nehmen müssen, um dieses Problem vernünftig und nützlich zu lösen. ... Es ist dies um so notwendiger, als zahlreiche andere Aufgaben bewußt in den Hintergrund treten müssen, um alle Kräfte der Lösung dieser einen zur Verfügung zu stellen! ...

Die Vernunft und unsere Entschlossenheit mögen unser Volk für alle Zukunft davor bewahren, dem Schlagwort vom 'Recht der freien Kritik' zuliebe wieder die innere Freiheit des Denkens und Wollens zu verlieren. ... Der Emporstieg und staunenswerte endliche Sieg der nationalsozialistischen Bewegung wäre nicht gekommen, wenn wir als Partei jemals den Grundsatz geduldet hätten, daß in unseren Reihen jeder tun kann, was er will. ... Indem wir das parlamentarisch-demokratische Prinzip negieren, vertreten wir auf das schärfste das Recht des Volkes auf die eigene Bestimmung seines Lebens. Allein wir erkennen im parlamentarischen System keinen wirklichen Ausdruck des Volkswillens, sondern eine Verzerrung desselben, wenn nicht gar eine Verdrehung. Der Wille eines Volkes zur Behauptung seines Daseins tritt am klarsten und nützlichsten in seinen besten Köpfen in Erscheinung. ...

Der konstruktive Aufbau der kommenden Führung der Nation durch ihre fähigsten Köpfe wird Jahre erfordern, die sinngemäße Erziehung des Volkes viele Jahrzehnte.

Möge dieser Parteitag für alle Versuche zu einer eindeutigen Warnung werden: Diese Partei steht in ihrer Organisation gefestigter denn je, entschlossen in ihrem Willen, hart in ihrer Selbstzucht, bedingungslos in ihrer Disziplin unter Respektierung der verantwortlichen Autorität nach unten und der autoritären Verantwortung nach oben."

Der Führer äußert sich dann über jene geschichtlich-gewordenen Gebilde, die wir noch heute als Länder vor uns sehen. Bei einem Abwägen ihrer Vorteile und Nachteile für die deutsche Nation verschwinden die ersten gegenüber den letzteren. Das Reichsstatthaltergesetz war die erste Antwort der deutschen Nation an die Querulanten gegen die Einheit und Größe der deutschen Nation. Grundsätzlich aber muß die Nationalsozialistische Partei folgendes erkennen: Das frühere Deutsche

Reich mochte sich wenigstens scheinbar auf den einzelnen Ländern aufbauen. Die Länder aber selbst konnten sich schon nicht mehr aufbauen auf den deutschen Stämmen, sondern höchstens auf deutschen Menschen. Das heutige Deutsche Reich baut sich aber nicht mehr auf den deutschen Ländern auf, auch nicht auf den deutschen Stämmen, sondern auf dem deutschen Volke und auf der das ganze deutsche Volk erfassenden und umschließenden Nationalsozialistischen Partei. Es ist daher weder Preußen noch Bayern noch irgendein anderes Land ein Pfeiler des heutigen Reiches, sondern die einzigen Pfeiler sind das deutsche Volk und die nationalsozialistische Bewegung.

Die Aufgabe der Bewegung ist es daher, in diesem Sinne das deutsche Volk zu erziehen und damit der weiteren Gesetzgebung das freudige innere Verständnis und den Willen aller sicherzustellen.

Und vor allem: die nationalsozialistische Bewegung muß sich zu dem Heroismus bekennen. Lieber mit jedem Widerstand und jeder Not fürlieb zu nehmen, als auch nur einmal ihre als richtig erkannten Prinzipien zu verleugnen. Sie darf nur von einer einzigen Angst erfüllt sein, daß einmal eine Zeit kommen könne, die uns entweder der Unwahrhaftigkeit oder Gedankenlosigkeit zeiht.

"Vor wenigen Wochen, so schloß der Führer, wurde der Entschluß gefaßt, schon in diesem Jahre den ersten Parteitag nach dem Siege zu veranstalten. In knapp einem Monat gelang diese große Improvisation. Möge sie ihren Zweck erreichen, die Partei als Trägerin des deutschen Schicksals mit erhöhter Arbeitskraft zu erfüllen, die Entschlossenheit, unsere Prinzipien durchzusetzen, zu verstärken und dadurch für alle die einzigartige Bedeutung dieser Erscheinung noch stärker zum Bewußtsein zu bringen. Möge sich aber vor allem aus der Art dieser Kundgebung erneut die Einsicht verstärken, daß die Leitung der Nation niemals zu einer reinen Verwaltungsmaschinerie erstarren darf, sondern daß sie eine lebendige Führung bleiben muß. Wir alle wünschen dem deutschen Volke eine irdische endlose Erhaltung und glauben durch unseren Kampf dafür nur den Befehl des Schöpfers zu erfüllen, der in das Innere aller Wesen den Trieb der Selbsterhaltung senkte. Es lebe unser Volk! Es lebe die Nationalsozialistische Partei!"

Nicht minder bedeutungsvoll war die **Rede des Führers, die er am Nachmittag des 1. September auf der Kulturtagung hielt:**

***Rede des Führers auf
der Kulturtagung***

"Am 30. Januar 1933 wurde die Nationalsozialistische Partei mit der politischen Führung des Reiches betraut. Ende März war die nationalsozialistische Revolution äußerlich abgeschlossen. Abgeschlossen insoweit es die restlose Übernahme der politischen Macht betrifft. Allein nur der, dem das Wesen dieses gewaltigen Ringens innerlich unverständlich blieb, kann glauben, daß damit der Kampf der Weltanschauungen seine Beendigung gefunden hat. Dies wäre dann der Fall, wenn die nationalsozialistische Bewegung nichts anderes wollte als die sonstigen landesüblichen Parteien. Weltanschauungen aber sehen in der Erreichung der politischen Macht nur die Voraussetzung für den Beginn der Erfüllung ihrer eigentlichen Mission. Schon im Worte 'Weltanschauung' liegt die feierliche Proklamation des Entschlusses, allen Handlungen eine bestimmte Ausgangsauffassung und damit sichtbare Tendenz zugrunde zu legen. Eine solche Auffassung kann richtig oder falsch sein: Sie ist der Ausgangspunkt für die Stellungnahme zu allen Erscheinungen und Vorgängen des Lebens und damit ein bindendes und verpflichtendes Gesetz für jedes Wirken. ...

Alle geschichtlich feststellbaren Weltanschauungen sind nur verständlich in ihrer Verbindung mit den Lebenszwecken und der Lebensauffassung bestimmter Rassen. Denn was einem Volke natürlichste, weil ihm angeborene und damit zukommende Lebensäußerung ist, bedeutet für ein anderes wesensfremdes Volk unter Umständen nicht nur eine schwere Bedrohung, sondern sogar das Ende. Auf keinen Fall aber kann ein Volk, das sich aus verschiedenen Rassen zusammensetzt, sein Leben in den wichtigsten Belangen auf die Dauer von zwei oder drei Auffassungen zu gleicher Zeit bestimmen lassen und nach ihnen aufbauen. ...

Jede Rasse handelt in der Behauptung ihres Daseins aus den Kräften und Werten heraus,

die ihr natürlich gegeben sind. Nur der heroisch geeignete Mensch denkt und handelt heroisch. Die Vorsehung hat ihm die Voraussetzungen hierzu gegeben. ...

Wenn aber die nationalsozialistische Mission ihre innere Berechtigung erhalten soll, dann wird sie den deutschen Menschen aus der Tiefe einer nur materialistischen Lebensauffassung herausheben müssen in die Höhe einer würdigen Vertretung dessen, was wir unter dem Begriff 'Mensch' verstehen wollen. Denn, soll dieser wirklich einer höheren Lebensform zuzurechnen sein, dann muß er sich selbst vom Tier abheben. Wäre er in seinem Streben immer nur innerhalb der Grenzen der primitiven Bedürfnisse geblieben, so hätte er sich nie über die Sphäre des nur Animalischen erhoben. Der Mensch muß auch hier seinem, ihm von der Vorsehung auferlegten Gebot gehorchen. ...

Der Nationalsozialismus ist eine Weltanschauung. Indem er die ihrer innersten Veranlagung nach zu dieser Weltanschauung gehörenden Menschen erfaßt und in eine organische Gemeinschaft bringt, wird er zur Partei derjenigen, die eigentlich ihrem Wesen nach einer bestimmten Rasse zuzusprechen sind. Er erkennt dabei die Gelegenheit der verschiedenen rassischen Substanzen an unserem Volke. Er ist auch weit entfernt, diese Mischung, die das Gesamtbild des Lebensausdruckes unseres Volkes gestaltet, an sich abzulehnen. Der Nationalsozialismus bekennt sich damit zu einer heroischen Lehre, der Wertung des Blutes, der Rasse und der Persönlichkeit sowie der ewigen Auslesegesetze und tritt somit bewußt in unüberbrückbare Gegensätze zur Weltanschauung der pazifistisch-internationalen Demokratie und ihren Auswirkungen. Diese nationalsozialistische Weltanschauung führt zwangsläufig zu einer Neuorientierung auf fast sämtlichen Gebieten des völkischen Lebens. Die Größe der Auswirkungen dieser gewaltigen geistigen Revolution läßt sich heute noch nicht annähernd abschätzen. ...

Niemals kann man die Kunst von Menschen trennen. Das Schlagwort, daß gerade sie international sei, ist hohl und dumm. Wenn man schon andere Sektionen des Lebens noch irgendwie durch Erziehung angelernt erhalten kann, zur Kunst muß man geboren sein, d. h.: Die außer aller Erziehung liegende grundsätzliche Veranlagung und damit Eignung ist von entscheidender Bedeutung. Diese Veranlassung aber ist ein Bestandteil einer Erbmasse. Nicht jeder braucht deshalb schöpferischer Künstler zu sein, weil er rassisch gesehen zu dieser nur befähigsten Art zu rechnen ist, wohl aber wird sich nur aus einer solchen das wirkliche Genie erheben können und nur diese Rasse allein wird es empfinden und verstehen. ...

Nur dort kann man von einem wirklich verständnisvollen Eingehen eines Volkes in die Kunst eines anderen reden, wo über alle zeitlichen und sprachlichen Entfernungen hinweg ein und dieselbe rassische Wurzel vorhanden ist. Je mehr daher in einem Volke äußerliche Weltanschauung und damit innerlich tatsächlich ein bestimmter Rassenkern dominierenden Einfluß erhält, um so mehr wird dann, nicht nur politisch, sondern auch kulturell gesehen, sofort die Annäherung erfolgen an den Lebensausdruck rassisch ähnlich bedingter Völker und Staaten ohne Rücksicht auf die zeitgemäße Distanz. ...

Nicht der Stein oder die tote Form sind in ihrer Schönheit unvergänglich, sondern nur die Menschen sind es, die ihre Herkunft derselben Wurzel verdanken. Es ist daher auch ein Irrtum zu glauben, daß die schöpferische Urkraft einer Rasse die Form ihrer künstlerischen, kulturellen Äußerungen durch irgendein stilistisches Gesetz bestimmt oder reglementiert erhält. Nein: Nur das instinktunsichere, weil rassisch uneins gewordene Volk benötigt der Regeln, um nicht den wunderbaren Faden zu verlieren, den die unkomplizierten, weil natürlichen Repräsentanten einer begnadeten Rasse einst gefunden hatten. Es ist dabei lächerlich zu meinen, daß man ohne weltanschauliche Erneuerung und damit rassische Klärung einen neuen 'Lebens-, Kultur- und Kunststil' finden könnte, wie es lächerlich ist, anzunehmen, daß die Natur mit dieser hellseherischen Aufgabe jeden durchschnittlichen Stümper betraue. ...

Die Rasse, die dem gesamten Leben eines Volkes ihren Stempel aufprägt, sieht dann auch die Aufgaben der Kunst mit ihren Augen. Sie löst in so veränderter Weise alle Umstände und Bedingungen des Zweckes und des Materials, erfaßt nach ihrem Sinn das Kunstwerk. Allein nur der klarste menschliche Geist kann dabei die Wege zur erhabensten Schönheit finden. Der letzte Maßstab dafür aber liegt in der Erkenntnis einer kristallklar erfüllten Zweckmäßigkeit. ...

Nicht jeder Künstler wird diese letzte Vollendung finden. Allein alle sollen sie suchen. Jedem Volke sind seine natürlichen Grenzen gezogen. Der gottbegnadete Künstler aber wird als die einmal Mensch gewordene komprimierte Zähigkeit seines Volkes stets den durchschnittlichen allgemeinen Erkenntnissen vorausziehen und unbewußt jene Gestaltung finden, die als höchste und erhabenste Schönheit empfunden und gesehen, als klarste Zweckmäßigkeit aber oft erst nach Jahrtausenden bewiesen werden kann. ...

Es ist kein Zufall, daß das weltanschaulich verschwommenste Zeitalter in seiner liberalistischen Freizügigkeit - sprich: Unsicherheit - auch auf dem Gebiete des kulturellen Schaffens unsicher war. In knapp einem Jahrhundert wurden die Kunstleistungen der Völker und Weltanschauungen fast aller Zeiten durchprobiert und wieder abgelegt. Der Marxismus mündet nicht nur politisch, sondern auch kulturell zwangsläufig in den Nihilismus. Während so das offizielle Kunstgetriebe des Ausganges dieses Zeitalters nur den widerwärtigsten Eindruck hinterlassen kann, sind aber dennoch nicht nur geistig-politisch, sondern auch kulturell wichtige Vorarbeiten für die Erneuerung der Völker geschaffen worden. So wie der Nationalsozialismus in Deutschland die Erfüllung zahlreicher seherischer Ahnungen und tatsächlicher wissenschaftlicher Erkenntnisse ist, so wurde auch unbewußt die Vorarbeit geleistet für eine neue künstlerische Renaissance des arischen Menschen. ...

Die nationalsozialistische Bewegung und Staatsführung darf auch auf kulturellem Gebiet nicht dulden, daß Nichtkünstler oder Gaukler plötzlich ihre Fahne wechseln und so als ob nichts gewesen wäre, in den neuen Staat einziehen, um dort auf dem Gebiete der Kunst und Kulturpolitik abermals das große Wort zu führen. ...

Dieser neue Staat wird der Pflege des Kulturellen eine ganz andere Aufmerksamkeit schenken, als der alte. Indem der Nationalsozialismus das Recht derjenigen Bestände unseres Volkskörpers, die seine Bildung einst einleiteten und durchführten, auf besondere Bevorzugung ihres Wesens anerkennt, muß er dies auch moralisch begründen. Die Befriedigung der animalischen Bedürfnisse liegt im Wesen aller Menschen. Keine Art könnte daraus die besondere Berechtigung ableiten, andere zu führen oder gar zu beherrschen. Es wird jedes große politische Zeitalter in der Weltgeschichte das Recht seines Daseins durch die sichtbarste Urkunde seines Wertes sich ausstellen, die es gibt: Durch seine kulturellen Leistungen. ...

Die Meinung, daß in materiell dürftigen Zeiten kulturelle Fragen in den Hintergrund treten müßten, ist ebenso töricht wie gefährlich. Denn wer die Kultur etwa nach der Seite ihres materiellen Gewinns hin einschätzen will oder auch nur zu beurteilen trachtet, hat keine Ahnung ihres Wesens und ihrer Aufgaben. Gefährlich aber ist diese Auffassung, weil sie damit das gesamte Leben auf ein Niveau herabdrückt, auf dem endlich wirklich höchstens noch die Zahl der Minderwertigen entscheidet. Gerade in einer Zeit wirtschaftlicher Nöte und Sorgen ist es wichtig, allen Menschen klar zu machen, daß eine Nation auch noch höhere Aufgaben besitzt als im gegenseitigen wirtschaftlichen Egoismus aufzugehen. ...

Indem wir aber überzeugt sind von dem inneren Werte des deutschen Volkes, wollen wir dafür sorgen, daß es durch seine politische und staatliche Führung Gelegenheit erhält, diesen seinen Wert auch unter Beweis zu stellen. Mögen sich die deutschen Künstler ihrerseits der Aufgabe bewußt sein, die ihnen die Nation überträgt."



Amtswaltertagung auf dem Parteitag zu Nürnberg. Photo Scherl.

Vor der **politischen Organisation**, den versammelten 180 000 Amtswaltern der Partei, machte der Führer am 2. September folgende Ausführungen:

***Rede des Führers vor den
Amtswaltern der Partei***

"Parteigenossen! Amtswalter der Politischen Organisation! Viele von Ihnen blicken nunmehr auf einen jahrelangen harten Kampf zurück. Das Ergebnis dieses Ringens steht heute sichtbar vor uns. Die nationalsozialistische Partei ist der Staat geworden und ihre Führer sind heute die vor der Geschichte verantwortlichen Leiter des Deutschen Reiches. Damit erhält die Partei der Opposition von einst nunmehr die Aufgabe der Erziehung des deutschen Menschen zum Bürger dieses neuen Staates. Sie, meine Amtswalter, sind vor Gott und unserer Geschichte dafür verantwortlich, daß durch diese politische Erziehung der deutschen Menschen zu einem Volk, zu einer Idee, zu einer Willensäußerung niemals wieder ein November 1918 in der deutschen Geschichte möglich wird. In vierzehn Jahren hatte unser Volk Gelegenheit, am eigenen Leibe zu spüren, welchen Unsegen die Uneinigkeit bringt, was vom Kampfe der Klassen und Stände, der Berufe, der Konfessionen, der Stämme und der Länder untereinander für das deutsche Volk zu erwarten ist. 14 Jahre haben uns gezeigt, welches das Ende sein würde, wenn dieser Wahnsinn der Selbstzerfleischung länger andauern würde. Wir wollen daraus lernen und wir haben daraus gelernt. Was uns jahrelang als Traumbild vorschwebte, ist Wirklichkeit geworden, das Symbol der Klasseneinigung des deutschen Volkes ist das Symbol des neuen Reiches geworden und damit Panier des deutschen Volkes. Wir haben nunmehr die Aufgabe, eine ehernen Front zu bilden, die jeden Deutschen in sich aufnimmt und mit ihrem Geist erfüllt. An dem Tage, an dem wir endgültig die Macht übernommen hatten, da war noch nicht das ganze deutsche Volk durch die Schule unserer Erziehung gegangen. Aber keiner von uns dachte damals, daß etwa mit der bloßen Machtübernahme die Mission der Bewegung ihr Ende gefunden hätte. Wir alle wußten, daß es galt, auch das, was noch nicht zu uns gehört, für uns zu gewinnen. Wir wußten weiter, daß das, was begonnen wurde, nur Bestand haben kann, wenn man immer aufs neue darum kämpft. 'Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!' Dieser Grundsatz muß mit ehernen Lettern eingezeichnet werden in die Tradition unserer Bewegung.

Denn der kostbarste Besitz auf dieser Welt ist das eigene Volk. Um dieses Volk wollen wir ringen und wollen wir kämpfen, niemals erlahmen und niemals ermüden, niemals verzagen und niemals verzweifeln. Was Jahrtausende vor uns bestand, wird auch die kommenden Jahrtausende bestehen können.

Sie sind als Träger der politischen Organisation verpflichtet, jene Führer-Hierarchie zu bilden, die wie ein Fels unerschütterlich im Getriebe des Lebens unseres Volkes steht. Es ist Ihre Pflicht, dafür zu sorgen, daß jeder Deutsche, gleich welchen Stammes und welcher Herkunft er sein mag, durch diese weltanschaulich-politische Schule, deren Repräsentanten Sie sind, hindurchgeführt wird. Wir wissen, daß unsere Gegner heute noch die stille Hoffnung haben, vielleicht durch Zersetzung erreichen zu können, was sie durch Putsche und Revolten niemals wieder erreichen werden.

Wir haben dem einen Riegel vorgeschoben. Die Art unserer Organisation, die keine Abstimmung kennt und keine Wahlen, die nur Autorität, Disziplin, Verantwortung und Unterordnung kennt, diese Art unserer Organisation verhindert dies, daß irgend jemand hoffen kann, sie jemals zu zersetzen. Wir haben den Schlüssel gefunden, der für alle Zukunft den Feinden unseres Volkes das Tor versperren wird. Wir müssen daher diese Prinzipien als ewig gültige hochhalten und müssen dabei durch die Kerntruppe unserer Weltanschauungsorganisation, durch die Partei, durch den Führerstab das Beispiel geben, daß kein Deutscher glaubt, etwas Außerordentliches zu tun, wenn er das tut, was der Bewegung zu tun heilige Pflicht ist. Je mehr unser Volk von dieser Bewegung geformt und getragen wird, um so mehr rückt sie in den Mittelpunkt der allgemeinen Betrachtung. Alle Blicke konzentrieren sich auf sie. Sie muß sich dessen bewußt sein und insbesondere müssen ihre Führer diese hohe Ehre, aber auch diese unerhörte Verpflichtung, die darin liegt, begreifen. Diese Bewegung wird der ganzen Nation vorbildlich vorangehen, so daß wir nicht nur die Führung besitzen, weil wir die Macht haben, sondern daß wir die Macht haben, weil wir zu Recht die Führung sind.

Wir bauen auf die Zeit und rechnen mit langen Etappen. So wie wir uns heute hier getroffen haben, werden wir uns in zwei Jahren und wieder in vier und sechs Jahren treffen. Und so wird diese Bewegung sich in 20, in 80 und in 100 Jahren treffen bis in alle Zukunft. Wir haben ein Samenkorn in unser Volk gesät, das ewige Früchte tragen soll und niemals mehr

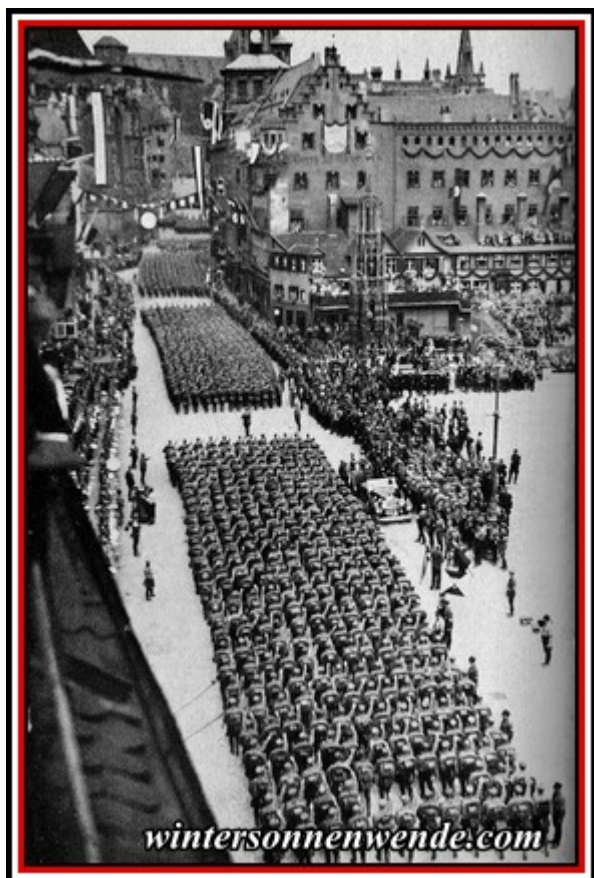


Parteitag im September 1933: Adolf Hitler vor den Amtswaltern. Photo Scherl.

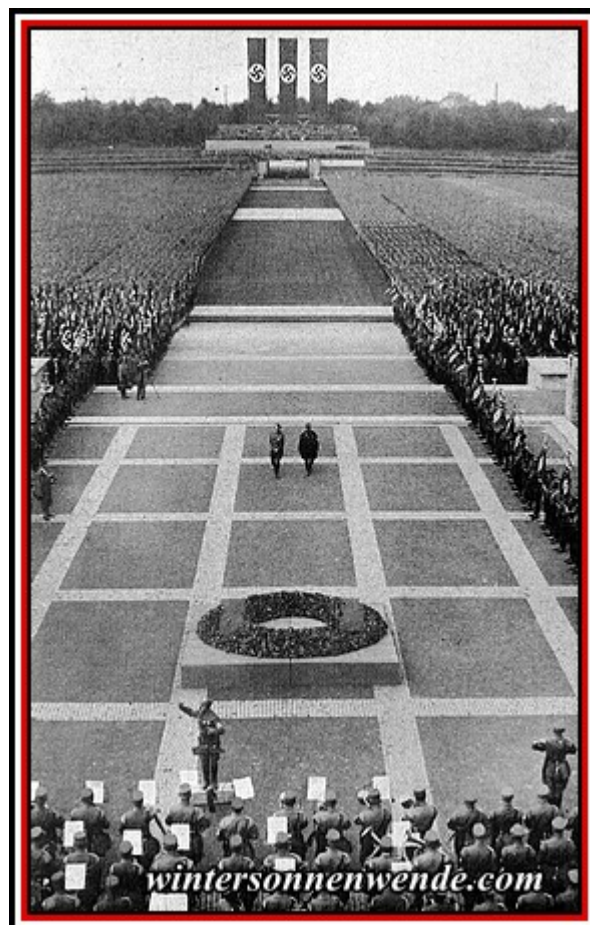
zu vergehen bestimmt ist, wenn nicht das deutsche Volk wieder in Uneinigkeit verfallen soll und damit in Schwäche und Tod.

So wollen wir denn heute mit dem Gelöbnis auseinandergehen, die Prinzipien, die Gedanken und Ideen härter und schärfer als bisher zu vertreten, mutig und tapfer zu sein, ausdauernd und zäh, so daß, wenn wir uns in zwei Jahren wiedersehen, wir zurückblicken können auf eine Zeit fruchtbarer und erfolgreicher Arbeit. Die aber, die dann immer stärker diese Bewegung vor sich sehen werden, werden dann einsehen, daß sie alle Hoffnungen begraben müssen, diese Bewegung und das deutsche Volk noch einmal zerstören zu können."

Nirgends zeigten sich die **gewaltigen Perspektiven** und die **großartige Organisation in gemeinschaftlicher Zucht** hervorragender als auf diesem Reichstag. Der Führer hatte sein Volk und den Träger seines neuen Reiches, die Partei vollkommen in der Hand. Eine halbe Million Menschen zeigte sich in einem Willen geeint, und diese halbe Million waren die Träger des Volkswillens. Auf den zehntausend Fahnen, die in den Reihen der hunderttausende mitmarschierten, ruhte das gegenseitige Vertrauen von Führer und Volk. **Der Wille dieses Führers war es, daß es in dem deutschen Volke, das von gleichem Blut und von gleicher Art ist, nun nicht mehr Sieger und Besiegte geben sollte, daß Deutschland über allen stehen müsse**, und in diesem Deutschland die völkische Einheit Garant der Kraft, der Ehre, der Freiheit und der Zukunft sein müsse. Der ganze gewaltige Wille völkischer Lebens- und Schaffenskraft, das innerste Bekenntnis zur wuchtigen Schöpfung eines neuen Volkes aus Blut und Boden, das der Nationalsozialismus auf seine Fahnen geschrieben hatte, fand in den Reden des Führers seinen großartig geschlossenen Ausdruck.



*Parteitag in Nürnberg: SA. marschiert.
Photo Scherl.*



*Nürnberg: Ehrung der Gefallenen
durch Adolf Hitler. Photo Scherl.*

Mit diesem großen Reichstag von Nürnberg, diesem "Kongreß des Sieges", der das Aufsehen aller Völker der Welt erregte, hatte der Kampf um das Dritte Reich sein Ende erreicht. Das Dritte Reich der Deutschen war zur Wirklichkeit geworden. -

Stahlhelmtag in Hannover

Gleichsam im Gefolge dieses Parteitages bekundeten drei andere gewaltige Kundgebungen die **neue Einheit des Volkes im nationalsozialistischen Reich**. Am 24. September fand in **Hannover der Stahlhelmtag** statt, der zehntausende von ehemaligen Frontsoldaten zusammenführte und nun das Werk Seldtes, die Unterstellung des Stahlhelms unter Hitlers Führung, zu Ende führen und bestätigen sollte. Franz Seldte erneute seinen Treueschwur zu Adolf Hitler:

"Heute aber setze ich wiederum alles auf eine Sache, auf einen Mann: ich setze die Sache des Stahlhelm auf Adolf Hitler!.... Nun stehen wir hier in Hannover, wo das Bündnis der Treue besiegelt werden soll, wo wir Ihnen, **dem Frontsoldaten**, die treue Gefolgschaft des Stahlhelm geloben wollen und hiermit geloben. Unsere Herzen schlagen Ihnen zu, unserem Führer!"



Stahlhelmtag in Hannover: Vorbeimarsch vor Stabschef Röhm. Photo Scherl.

In seiner Antwort bekannte sich der **Kanzler zu seiner inneren Verbundenheit mit den Frontsoldaten**:

"Wir Frontsoldaten aber haben gelernt, nicht nach der Zahl der Gegner zu schauen, sondern auf die eigene Kraft zu vertrauen. Der Kampf um Deutschland mußte aus einer anderen Welt kommen als der, die sich nach dem 9. November 1918 in Deutschland breit machte, und er ist aus der Welt des deutschen Soldatentums erstanden! So wissen wir es auch ganz genau, keiner von uns würde in euerem oder unserem Kleide sein, wenn nicht hinter uns die große Armee gewesen wäre, der wir alle gedient haben. Jeder von uns weiß, was wir sind, das sind wir nur geworden durch die Schule, die wir da draußen durchgemacht haben. Sie hat uns gelehrt, in Selbstvertrauen uns auf uns selbst zu verlassen. Es war nur die Gefahr vorhanden, daß viele das Gleiche wollten und sich nicht zu einigen vermochten - wir dürfen alle dem Schicksal dankbar sein, daß es in uns den großen Einigungsgedanken erhalten hat. Euer Führer hat die Größe der geschichtlichen Stunde erkannt und damit eine Einigung herbeigeführt; wir kämpfen damit nun gemeinsam für das neue Reich.

Wenn wir die wenigen Monate, in denen wir diesen Kampf durchgefochten haben, an unseren Augen vorüberziehen lassen, dann dürfen wir mit Stolz bekennen: die Vorhersehung hat diesen Kampf gesegnet.

Daß wir die marxistische Organisation zertrümmert haben, daß wir ihre Parteien aufgelöst haben, daß wir ihre Häuser gesperrt, ihre Führer fortgejagt haben, ist alles nicht wichtig. Aber das eine, daß wir das Volk gewonnen haben, daß das Volk nun uns gehört, daß das Volk in unserer Bewegung die Führung wirklich sieht und anerkennt, das ist das Entscheidende, ist das, was uns glücklich macht.

Wir wissen, daß der Aufbau des neuen Lebens schwer ist und Zeit erfordert, aber alles was wirklich groß auf dieser Welt war, hat seine Zeit benötigt. So sind wir denn in die Revolution einmarschiert, haben sie siegreich bestanden und marschieren nunmehr hinein in eine große, neue Zukunft unseres Lebens. Daß wir unser Volk der Erneuerung entgegenführen konnten, das verdanken wir nicht zuletzt der Tatsache, daß wir unser Volk nicht nur mobilisiert, sondern auch organisiert haben, daß wir den disziplinierten Körper geschaffen haben, den die nationalsozialistische Bewegung heute darstellt."

Diese Erklärungen des Kanzlers trugen dazu bei, einen **großen Teil der in den Stahlhelmformationen noch immer bestehenden Spannungen zu beseitigen und das Gefühl der Gleichberechtigung mit den Einheiten des Nationalsozialismus zu befestigen. Jetzt konnte die Frontgeneration des Stahlhelms mit ganzem Herzen und freiem Willen neben die Generation des jungen Deutschland, die S.A., die zu dreiviertel aus der seit 1903 geborenen Jugend bestand, treten; sie waren geeint in dem mächtigen Willen, im Dienste für Volk und Vaterland als ganze Männer ihre Pflicht bis zum äußersten zu erfüllen.** -



Stahlhelmführertag in Hannover, September 1933. Photo Scherl.

Schon drei Tage später, am 27. September, war Wittenberg, die **Luther**stadt, Zeuge eines großen Vorganges. Die nach der neuen Kirchenverfassung berufene, aus 60 Mitgliedern bestehende Evangelische Nationalsynode wählte in Einmütigkeit feierlich den preußischen Landesbischof Ludwig Müller zum Reichsbischof, der dann sogleich das geistliche Ministerium berief. Auch dieser

**Wahl des
Reichsbischofs
in Wittenberg**



*Wahl des Reichsbischofs in Wittenberg,
Ende September 1933. Photo Scherl.*

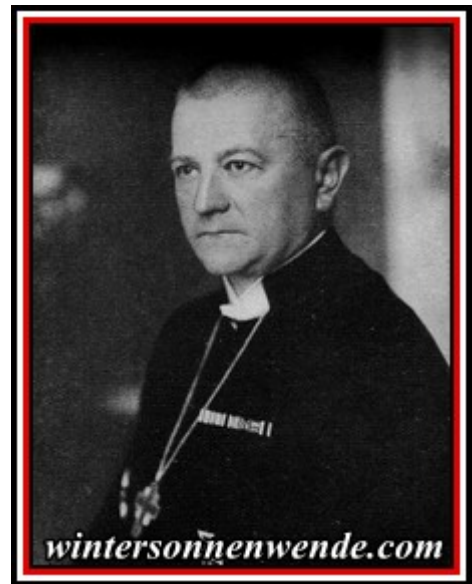


*Eröffnung der Nationalsynode zu Wittenberg am
27. September 1933. Photo Scherl.*

Vorgang war ein Bekenntnis zum neuen Reich, wie es in der Proklamation des neuen Reichsbischofs an das evangelische Kirchenvolk zum Ausdruck kam:

"Der heutige Tag ist für die Geschichte der evangelischen Kirche und für die Geschichte des deutschen Volkes von größter Bedeutung. Die evangelische Kirche ist insofern ein Spiegelbild deutschen Charakters, als unsere Kirche im Gegensatz zu der Geschlossenheit der römischen von Anfang an unter heillosen Zersplitterung litt.

Seit den Tagen der Gegenreformation, wo in merkwürdiger Verblendung evangelische Fürsten gegen evangelische Fürsten in den Krieg zogen, bis zu den großen Entscheidungsfragen unserer großen Gegenwart ist diese Zersplitterung, die jeden Einsatz selbst verhinderte oder verminderte, immer wieder von all denen beklagt worden, die unsere Kirche lieb hatten. Mit dem heutigen Tage beginnt nun ein neuer geschichtlicher Abschnitt.



*Reichsbischof Ludwig Müller.
Photo Scherl.*

Der Gedanke der Zusammenfassung der Kräfte unserer Kirche hatte schon vor Jahren zur Gründung des deutschen evangelischen Kirchenbundes geführt. Entscheidende Vorarbeit zu dem großen Werk war getan.

Was nun heute auf Grund der neuen Verfassung werden will ist kein lockerer Kirchenbund, dem es im entscheidenden Augenblick an der erfolgreichen Macht fehlt, sondern eine einheitliche Kirche religiöser Gestaltung in ihren Gliedern, aber eins in dem bleibenden Grunde und eins in der Erkenntnis, daß die große Aufgabe der Gegenwart gelöst werden müsse. Die neue Kirche ist reich gegliedert nach der Art der Arbeit, aber einheitlich und geschlossen in der gesamten Führung.

Die Zeit der verantwortungslosen Selbstherrlichkeit des Individualismus, der in falsch verstandener evangelischer Freiheit alles kirchliche Leben in seinem Bestand bedrohte, ist vorbei.

Die ganze deutsche freiheitliche Bewegung mit ihrem Führer, unserem Kanzler, wird von uns empfunden als ein Geschenk Gottes in einer Zeit der Entscheidung, wo die Feinde des Kreuzes Christi auf dem besten Wege waren, unser Volk innerlich und äußerlich völlig zu vernichten. Aus dem Siegeszug der deutschen freiheitlichen Bewegung hören wir das mah-

nende und aufrüttelnde Rufen unseres Gottes. Wir sind des ehrlichen und aufrichtigen Willens, auf dieses Rufen Gottes zu hören und danach zu tun.

Gerade der ewige Auftrag der Kirche verlangt, daß wir die gegenwärtige Stunde erkennen. Ein neues Reich ist im Werden, der neue Mensch im neuen Reich will auch werden. Da darf die Kirche nicht warten, bis die Menschen zu ihr kommen, sondern die Kirche muß die Menschen suchen, und zwar die Menschen, wie sie heute nun einmal da sind, den S.A.-, den S.S.-Mann, den Mann des Arbeitsdienstes, den Mann am Pflug, am Schraubstock, in der Studierstube, die heranwachsende Jugend und ganz besonders die deutsche Frau und Mutter, daß sie in die Seele des heranwachsenden Geschlechts pflanze: Lebendigen Glauben, ehrfürchtiges Gottvertrauen und fröhlich-starkes Verantwortungsbewußtsein.

So heißt der Auftrag der Kirche: Heran an das deutsche Volk mit ihrer befreienden, helfenden, fröhlichen Botschaft von Christus, dem Kämpfer, dem Heiland, dem Herrn. Der Staat ist nicht Herr der Kirche, aber die deutsche Kirche lebt im deutschen Staat. Daraus ziehen wir den Schluß, daß wir vor Gott verantwortlich sind für unsere Arbeit im Volk und Vaterland. Von diesem Gesichtspunkt aus muß die Regelung des Verhältnisses des Reiches zur evangelischen Kirche erfolgen. Dabei ist es für uns eine herzstärkende Freude, daß diesem neuen Verantwortungswillen der Kirche auch ein neuer Staat gegenübersteht, der nun auch seinerseits der Arbeit und Aufgabe der Kirche mit dem ausgesprochenen Willen gegenüberstehe, die kirchliche Arbeit zu fördern.

Dieser Staat wird den evangelischen Einfluß auf die heranwachsende Jugend nicht hemmen, sondern mit Verständnis und Fürsorge handeln. Vertrauen soll und wird auch die Grundlage unserer Beziehungen zu den evangelischen Kirchen im Auslande sein. Wir werden uns nicht in eigenwilliger Selbstgerechtigkeit abschließen wollen. Gerade weil wir unsere Sendung an unser Volk erkennen, werden wir zu den evangelischen Kirchen anderer Völker ein Verhältnis ehrlicher und innerlicher wahrhaftiger Zusammenarbeit haben.

Ich benutze daher die Gelegenheit, von dieser Stätte aus, aus welcher die gesamte evangelische Christenheit der Welt stammt, Gruß und Segenswünsche der vereinten deutschen evangelischen Kirche zu entbieten. Auch zu den übrigen kirchlichen Gemeinschaften innerhalb unseres Vaterlandes möchten wir freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Wir wünschen nicht, daß die werdende deutsche Volksgemeinschaft durch konfessionelle Kämpfe zerrissen wird.

Von dem Pfarrer ist ein neues Amtsbewußtsein zu fordern, da er keinen Standesdünkel kennt, sondern aus dem Bewußtsein persönlicher Verantwortung erwächst. Dieses Amtsbewußtsein kann aber nur echt sein, wenn es in lebendiger Volksverbundenheit wurzelt. Darum muß der junge Theologe den Dienst am Volk und Vaterland in der S.A. und im Arbeitslager als Ehrenpflicht ansehen. Brachte uns das neue Reich eine neue Volkskameradschaft, soll uns die neue Kirche eine neue Kameradschaft des Glaubens und des Wortes bringen."

Der 1. Oktober war der **Tag des Bauern**. Das große Erntedankfest des deutschen Volkes wurde begangen, das die Verbundenheit von Stadt und Land aufzeigte. Es war der Ausdruck des Bewußtseins von der Gemeinsamkeit der Schicksale aller Volksgenossen, die Kluft zwischen Stadt und Land mußte wieder überbrückt werden, und das Volk mußte im bodenständigen Bauer wieder die fundamentale Grundlage seiner selbst erkennen. Am Bückeberg von Hameln aber redete der Kanzler zu fast einer halben Million deutscher Bauern. -

Der Tag des Bauern

Es waren Riesenaufgebote von Menschenmassen, die zu derartigen Volksveranstaltungen erschienen. Es waren Gemeinschaften von Hunderttausenden, in einem Willen und Streben fest zusammengeschmiedet. Es waren Gemeinschaften höchster organischer Komposition, wie sie weder Deutschland noch ein anderes Land vorher aufzuweisen hatte, - Gemeinschaften, die nicht durch Widerspruch und Gegensatz gestört waren: **es waren eben keine politischen Gemeinschaften, sondern im tiefsten Innern begründete Volksgemeinschaften!** Und doch erschöpfte sich der

Sinn dieser riesengroßen Volkstage nicht in sich selbst. Die Hunderttausende, die da zusammenkamen zu solch mächtigen geschlossenen Block, der wiederum ohne die Einzelpersonlichkeit nicht denkbar ist, waren nur ein verschwindender Teil des gewaltigen Volkes. Und doch nahm dieses, unsichtbar, an all den Veranstaltungen tätigen Anteil. Das vorzügliche Mittel des Rundfunks gestattete es dem Führer, 65 Millionen deutscher Menschen zu jeder Stunde zusammenzurufen, sie unter das große Sittengesetz zu stellen: "Einer für alle, alle für einen!" -

Blicken wir nun zurück auf die **Reihe der großen Volkstage**, die bisher keine deutsche Regierung zu organisieren vermochte und die in ihrer umfassenden Wucht an das altgermanische Maifeld erinnern, auf diese Volkstage, deren jeder einzelne das Dritte Reich zu einer festen Geschlossenheit fügte, so zeigt sich uns in ihrer Reihenfolge der großartige konstruktiv-organisatorische Wille Adolf Hitlers: Potsdam, der Tag des Reiches, des nationalen Selbstbewußtseins, am 21. März, fand seinen Fortgang im Tag der nationalen Arbeit, der sozialistischen Volksgemeinschaft, am 1. Mai, der Tag von Tannenberg am 27. August galt der Wiedergewinnung deutscher Ehre, und Nürnberg, der Tag des nationalsozialistischen deutschen Volkes am 1. September hatte in schneller Folge die anderen großen Tage hinter sich: den Tag der Frontsoldaten am 24. September, den Tag der evangelischen Reichskirche am 27. September und den Tag der deutschen Bauern am 1. Oktober.

Über allem aber stand das oberste Gesetz des Nationalsozialismus: Gemeinnutz vor Eigennutz. Aus dem innersten Sittengesetz der deutschen Seele heraus, der Freiwilligkeit, die das Recht der Persönlichkeit

**Wesen des
Nationalsozialismus**

anerkennt, erwartete Adolf Hitler den Willen zum Gemeinnutz. Freiwillig und freudig sollte jeder Deutsche sich zu den großen Zielen des neuen Reiches bekennen. So hatte Adolf Hitler im Sommer 1933 zur Spende für die nationale Arbeit aufgerufen, und jedermann brachte sein Opfer. So organisierte der Reichspropagandaminister Dr. Göbbels auf dem gleichen Prinzip Mitte September das **Winterhilfswerk zur Bekämpfung von Hunger und Kälte**. Wahre Volksgemeinschaft zeigt sich darin, daß einer des andern Nöte tragen hilft, daß einer den andern Bluts- und Volksgenossen achtet. In allen Schicksalsfragen muß das Volk zusammenstehen wie ein vom Glauben an den Sieg durchdrungenes Heer. Das ist die Lehre des Nationalsozialismus, die nicht taugt für Schwache und Zweifler. Und die großen Schicksalsfragen der Nation waren, als Adolf Hitler das Dritte Reich aufrichtete: **Arbeitslosigkeit, Not und Hunger**. Indem der Kanzler die Volksgenossen zur Überwindung dieser Nöte aufrief, dachte er vor allem daran, das ganze Volk auf den einen einzigen Willen zu konzentrieren, gemeinsam und geschlossen mitzuhelfen und dem Ziele des Sieges entgegenzustreben.

Als der Herbst ins Land zog, stand der neue Staat fertig da: er war nicht mehr der Staat anmaßender Mehrheitsparlamente, sondern der Staat der Führer. Dieser politische Wandel, der den Staat als die Gemeinschaft von Führer und Volk erkannte, war wohl das wesentlichste Moment der deutschen Revolution gewesen. Alle Parlamente demokratischer Herkunft waren gefallen. Weder in der Politik, noch in der Verwaltung, noch in der Wirtschaft gab es mehr Parlamente. Sie waren abgelöst worden durch die von den Führern berufenen Räte, die kraft ihrer Sachkenntnis beratend den Führern zur Seite standen: der Reichsrat, der Staatsrat, die Provinzialräte, der Generalrat der Wirtschaft, der Arbeitskonvent der Arbeitsfront.

Infolge dieser Neuordnung hatte der **neue Staat eine doppelte Aufgabe: Führer heranzuziehen und das Volk zu erziehen**. Die erste Aufgabe mußte von der Partei durchgeführt werden. Sie richtete **Führerschulen** ein für die Partei, wie die Reichsführerschule in Bernau, der sich alsbald 4 Landesführerschulen und etwa 30 Gauamtswalterschulen anschlossen; es entstanden Führerschulen für Arbeitsdienst und N.S.B.O., die Bauernhochschulen wurden zu einem besonderen Ring zusammengefaßt. Konnte diese neuartige Führerschulung nach gewissen Grundsätzen und in festen Formen begonnen werden, so war die Erziehung des Volkes viel unmittelbarer, weniger von bestimmten Formen als vielmehr durch lebendige Einwirkung möglich, die darin gipfelte, daß jeder einzelne in der Verantwortung und Verantwortlichkeit der Führer allein die Gewähr für einen deutschen Aufstieg sah. **Im Nationalsozialismus wirkte eine mächtige, magische Kraft: jeder Deutsche, der sich einmal der neuen völkischen Lehre zugewandt hatte, konnte nicht wieder von ihr lassen,**

er gehörte ihr. Die überzeugende innere Kraft der Idee, die zwingende Wucht der großzügigen äußeren Propaganda und die stete Verbundenheit der Führer mit der Volksgemeinschaft bildeten das lebendige Prinzip des neuen Reiches. Unwiderstehlich zog die große Zentralsonne des Nationalsozialismus jene kleinen Sondergebilde in sich hinein, die mit schwindender Kraft um sie noch kreisten.

Viel unmittelbarer denn jemals in den letzten 150 Jahren wurde dieses Volk mit den Führern verbunden. Das demokratische Medium der Parlamente, diese trennende Wolke zwischen Führer und Volk, war zerteilt. Dieser neue Zustand fand seine Gesetzesform in dem **Gesetz über Volksabstimmungen** vom 14. Juli. Auf urälteste Einrichtungen zurückgehend, konnte die Regierung unmittelbar das ganze Volk zum Entscheid in wichtigen politischen Fragen aufrufen, ohne daß irgendein Parlament die in der Weimarer Verfassung gegebene Möglichkeit besaß, die Volksabstimmung zu sabotieren. Bei dieser neueren Volksabstimmung sollte auch die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, nicht wie bisher die Mehrheit aller Stimmberechtigten entscheiden. -

Nur eine Regierung, die auf dem unerschütterlichen Vertrauen zwischen Führer und Volk beruhte, konnte solch Großes, solch ein Stürmen nach vorwärts, wagen. Göbbels prägte einmal für das neue Staatsverhältnis folgende Worte:

"Es ist also wohl anzunehmen, daß die Bewegung, die heute den Staat trägt, und die Männer, die in ihrem Namen das Reich regieren, die besten sind, die man augenblicklich in Deutschland für diese Arbeiten finden konnte. Diese Männer haben sich nun etwa nicht in den luftleeren Raum hinein begeben und sind jetzt nicht etwa vom Volke abgeschlossen, sondern sie stehen Tag für Tag mitten im Volke. Jeden Tag sehen sie Dutzende von einfachsten Leuten des Volkes. Jede Woche stehen sie zweimal dem Volke auf der Tribüne in Massenkundgebungen gegenüber und reden zum Volke. Wir haben die unmittelbarste Beziehung zum Volke unter Zuhilfenahme der S.A., der S.S., der Betriebszellenorganisation, der Arbeiterorganisation, der Arbeitsfront. Es gibt keine engere Beziehung zum Volke als die ihre."

Die Art, wie Adolf Hitler den Geist des Nationalsozialismus in das deutsche Volk hineinführte, wie er jeden umwandelte, daß er sich freiwillig zur neuen Lehre bekannte, ist das **Beispiel einer tief-sittlich begründeten Erziehungsarbeit, die im ehrlichen Willen zum Aufbau gipfelt**. Es war die Wiedererweckung jener kosmischen Kräfte, die einst Preußen großmachten und von Napoleon befreien: **der Appell an den Charakter, die Männlichkeit, das Heldische**. Männern und Völkern sind Grenzen ihres Wirkens gezogen, es kommt nur darauf an, daß sie die höchste Stufe ihres Schaffens erreichen. Die Grenzen sind nicht gezogen im einzelnen, sondern in der Gemeinschaft der großen Geister. Die Persönlichkeit und das Wirken Adolf Hitlers wären undenkbar, wenn nicht Jahrhunderte zuvor große Männer gewaltet hätten. Die Kontinuität des Genies ist ein Weltgesetz. Es mußten ein **Martin Luther**, ein **Großer Kurfürst**, ein **Soldatenkönig**, ein **Friedrich der Große**, ein **Kant**, ein **Fichte**, ein **Arndt** und **Freiherr vom Stein** und schließlich ein **Bismarck** die Spuren ihres Erdenwallens hinterlassen haben, damit auch ein Adolf Hitler zur Entfaltung gelangen konnte. Es ist die Pflicht der Menschen, daß sich die [Kontinuität des Genies] offenbart, nicht als quantitative Anhäufung, sondern als qualitativer Fortschritt der Gemeinschaft.

Was wäre wohl der Sinn dieses irdischen Lebens anders als die in uns schlummernden jenseitigen Kräfte der Schöpfung zum Entfalten zu bringen? Diese jenseitigen Kräfte streben nach einem einzigen hin: nach völliger Selbstüberwindung. Diese aber ist im tätigen Leben der Gemeinschaft Sozialismus, ist das, was wir mit dem kleinen Wörtchen Pflicht bezeichnen: Gehorsam, Arbeit, Kampf, Treue und Gottesglaube. Der Nationalsozialismus ist eine Art praktische Philosophie, nicht ausgeklügelt in Stuben und Gelehrtenhirnen, sondern erkämpft im Wirbel zwischen Tod und Leben. Er ist die Frucht eines mächtigen, nicht nur um Freiheit und Ehre, sondern vielmehr um Dasein und Schaffen ringenden Volkes. Er ist hindurchgegangen durch ein Fegefeuer von Blut und Not, weil er eine Schicksalsgemeinschaft des Volkes zu völkischer Lebensgemeinschaft umbilden mußte, indem er jeden einzelnen erzieht, seine sozialistischen Pflichten gegen die Gemeinschaft zu erkennen und zu erfüllen. So brausen in der neuen Jugend des Nationalsozialismus, dessen Samenkorn in den

Höllengewittern des Weltkriegs gesät wurde, all die gewaltigen Akkorde empor, die einst die Höhepunkte unserer Vergangenheit erfüllten, um weiter zu klingen in eine freie und leuchtende Zukunft hinein! -



21. Kapitel: Deutschland und die anderen Mächte.

Weite Kreise des Auslandes sahen in den Nationalsozialisten revanchelüsterne Nationalisten, Chauvinisten, die nichts anderes im Sinne hatten, als aus irgendeinem Grunde einen Nachbar zu überfallen, Krieg anzuzetteln und die Welt in Unruhe zu stürzen. Aber eine solche Anschauung war ein Irrtum. Immer wieder betonten Adolf Hitler und seine Mitarbeiter, **daß sie den Frieden wollten, denn ihr Aufbauwerk sei nur möglich, wenn das deutsche Volk Frieden habe.** Deutschland wolle in guter Freundschaft mit den andern Völkern zusammenarbeiten.

Aus diesem Grunde hatte die Regierung Adolf Hitlers zwei Absichten: **den Zustand im Osten nicht zu stören, dort keine neuen Spannungen aufkommen zu lassen, sondern die vorhandenen zu beseitigen, und im Westen eine Einigung mit den Großmächten zu finden auf der Grundlage der Gleichberechtigung in bezug auf Sicherheit und Abrüstung.**

Rußland

Die starke antikommunistische Energie der deutschen Regierung mußte zu einem **Gegensatz zu Sowjetrußland** führen. Die Regierungen Preußens und Hamburgs ließen sogar bei der russischen Handelsvertretung und der Deutsch-russischen Ölprodukte-Vertriebsgesellschaft Haussuchungen vornehmen im Rahmen ihrer gegen den Kommunismus gerichteten Tätigkeit. Es wurden auch 20 deutsche Angestellte in Haft genommen, da sie unter dem Deckmantel wirtschaftlicher Interessen eine weitverzweigte kommunistische staatsfeindliche Betätigung getrieben hatten. Diese Vorgänge riefen selbstverständlich in Moskau hellodernde Empörung hervor, aber die Moskauer Staatsmänner zerschnitten nicht den Draht nach Berlin, ebensowenig wie Hitler ein Interesse daran hatte, die Beziehungen mit Rußland abzuberechnen. So wurde denn **Anfang Mai der Berliner Vertrag vom 24. April 1926, der sich seinerseits auf den Rapallovertrag von 1922 gründet, verlängert.** Damit bewies die deutsche Regierung ihren Willen, das alte Verhältnis zu Rußland nicht zu ändern.

Allerdings wurde das Sowjetreich in den Frühjahrsmonaten 1933 stark in die **polnisch-französische Interessensphäre** hineingezogen, und es blieb eine Kluft zwischen Deutschland und Rußland, die nicht völlig beseitigt werden konnte. Im russisch-polnisch-französischen Pakt Sommer 1933 ging Rußland sogar Verpflichtungen gegen Deutschland ein. Als im Prozeß gegen die Reichstagsbrandstifter Ende September zwei russische Journalisten wegen tendenziös deutschfeindlicher Berichterstattung aus dem Gerichtsgebäude entfernt werden mußten, beantwortete Moskau diesen Schritt mit der Ausweisung aller reichsdeutschen Journalisten. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland waren - das sieht man aus alledem - wie bisher: ein Schwebestand ohne innere Festigkeit.

Polen

Polen bewies von Anfang an der neuen deutschen Regierung gegenüber eine feindselige Haltung. Mitte April wurden an der schlesischen Grenze bewaffnete Insurgententrupps zu Felddienstübungen zusammengezogen. In Kattowitz forderten die Insurgenten Ausweisung sämtlicher Reichsdeutschen. Die jüdische Greuelhetze trieb in Polen üppige Blüten. Die polnischen Gewerkschaften der Regierungsrichtung forderten die "Einheitsfront zum Kampfe gegen alles Deutsche". Die polnische Regierung befürchtete, daß Hitler die Revisionsfrage aufrollen, den **Korridor** zurückfordern werde. Aber, so verlautete aus den Kreisen der Regierung, Polen werde mit Kanonenfeuer antworten!

Anfang Mai führte die deutsche Regierung auch mit Polen eine Entspannung herbei, indem sie den polnischen Staatsmännern erklärte, sie werde sich streng im Rahmen der bestehenden Verträge und Vereinbarungen halten. Adolf Hitler ging also auch den Polen gegenüber ebensowenig wie Rußland gegenüber über den bestehenden Vertragszustand hinaus, sondern bekannte sich zu

dem, was war. So blieb auch in der polnischen Seele ein kräftiger Stachel zurück, da das von Polen seit Jahren heiß begehrte "Ostlocarno" von Deutschland nicht gewährt wurde, um so mehr, als Polen trotz eifrigster Bemühungen Frankreichs nicht in Mussolinis Viermächtepakt aufgenommen wurde.

Mit **Letland** kam es Anfang Juni zum Handelskrieg. Das Zentralkomitee der lettländischen Sozialdemokraten sowie ein Komitee jüdischer Organisationen beschlossen, den allgemeinen Boykott über deutsche Waren zu verhängen, und die lettische Regierung ließ, entgegen ihrer früher gegebenen Zusage, diese Boykottaufforderung zu. Die Reichsregierung beantwortete diesen Vorgang mit einer Sperre der Buttereinfuhr aus Lettland vom 12. Juni ab, was den Letten recht überraschend und unangenehm war. Die Angelegenheit wurde durch Verhandlungen beigelegt.

Sozialdemokraten und Juden - das waren die bösen Geister, die überall im Ausland gegen Deutschland zu hetzen versuchten. Nicht nur in Lettland, sondern auch in der ohnehin übelgesinnten Tschechoslowakei und auch in Schweden säten die Marxisten Haß. Der marxistische schwedische Handelsminister Friedjof Ekman erging sich bei einer Demonstration am 1. Mai in unerhörten Angriffen gegen Hitler und Göring.

Österreich

In **Österreich** waren es die Christlich-Sozialen, die im Bunde mit der Bayrischen Volkspartei und einer Richtung des deutschen Zentrums einen planmäßigen Ausrottungskampf gegen die Nationalsozialisten führten. Infolge der von der Regierung Dollfuß gegen die Anhänger Hitlers ergriffenen Maßnahmen sah sich **die deutsche Regierung Ende Mai gezwungen, die Beziehungen zu Österreich insofern abzubrechen, als sie vom 1. Juni ab für jeden nach Österreich Reisenden eine Gebühr von 1000 Mark erhob.** Damit war der Reiseverkehr von Deutschland nach Österreich unterbunden, woraus sich für das österreichische Wirtschaftsleben schwere Schädigungen ergaben.

Nun entwickelten sich in der Folgezeit die Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich so, daß der immer stärker werdende Dollfußterror gegen die Nationalsozialisten von der deutschen Regierung und der N.S.D.A.P. durch eine **zielbewußte Aufklärungspropaganda** bekämpft werden mußte. **Im deutschen Rundfunk wurden Vorträge gehalten, die das System Dollfuß angriffen, Flugzeuge warfen über österreichischem Gebiete Flugblätter ab,** welche gegen die Regierung Dollfuß gerichtet waren. Diese Vorgänge nahmen die **französische und englische** Regierung nach vorhergehender großer Ankündigung in der Presse zum Anlaß, am 7. August Schritte in Berlin zu unternehmen: es wurden zwei identische Noten überreicht, worin gesagt wurde, daß die beanstandeten Vorgänge nicht dem "internationalen Brauch", nicht den bestehenden Verträgen und auch nicht dem Viermächtepakt entsprächen. **Italien** hatte sich diesem Schritte ausdrücklich **nicht** angeschlossen, und ebenso war es Frankreich nicht gelungen, **Polen und die Tschechoslowakei** zu einem gleichen Vorgehen in Berlin zu bewegen. Der französisch-englische Einspruch, der nur das Ziel hatte, die österreichische Regierung im Ausland und bei ihren eigenen Landsleuten zu stärken, war ein Schlag ins Wasser, denn die deutsche Regierung verbat sich sehr entschieden jede Einmischung in ihre Auseinandersetzung mit Österreich. - Dagegen bestanden **zwischen Ungarn und Deutschland** freundschaftliche Beziehungen, die sich im Besuche des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös Mitte Juni in Deutschland und in der Ungarnfahrt der deutschen Hitlerjugend im August kundtaten.

Ungarn

War die Stellung des neuen Deutschland zu den Mächten des östlichen Europa im allgemeinen keine allzuherzliche - die Schuld an diesen Dingen traf, wie wir sahen, nicht Deutschland, das überall den Versuch zur Entspannung machte, aber durch das Verhalten der andern zur Abwehr gezwungen wurde -, so war **sein Verhältnis zu den westeuropäischen Großmächten** nicht minder problematisch.

Italien

Herzliche Freundschaft verband das neue Deutschland nur mit Mussolini, dem faschistischen Führer Italiens. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien waren besonders eng, wie man sie seit 1914 nicht mehr in Deutschland kannte. Mussolini sandte nicht nur eine Abordnung der faschistischen Jugend nach Berlin, wo sie von Adolf Hitler und dem ganzen deut-

schen Volke mit großer Begeisterung empfangen wurde, sondern führte auch mit Deutschland einen sehr bedeutenden international-politischen Schritt durch. Er hatte bekanntlich Ende März einen **Viermächtepakt** ausgearbeitet, der die Grundlage einer Einigung zwischen Deutschland und den westeuropäischen Großmächten bilden sollte. Der Vertragsentwurf hatte folgenden Wortlaut:

Artikel 1. Die vier westeuropäischen Mächte, Deutschland, Frankreich, England und Italien, verpflichten sich, unter sich eine wahre Politik der Zusammenarbeit zwecks Aufrechterhaltung des Friedens im Geiste des Kelloggpaktes und des Nichtangriffspaktes zu verwirklichen und auf dem Gebiet der europäischen Beziehungen so zu handeln, daß diese Friedenspolitik im nötigen Falle auch von den anderen Mächten verfolgt wird.

**Mussolinis
Viermächtepakt**

Artikel 2. Die vier Mächte bestätigen den Grundsatz der Revision der Friedensverträge - unter Zugrundelegung der Klauseln des Völkerbundspaktes - für den Fall, daß eine Lage entstehen sollte, die geeignet ist, einen Streitfall zwischen den Staaten herbeizuführen. Sie erklären gleichzeitig, daß diese Revision nur im Rahmen des Völkerbundspaktes und im Geiste gegenseitiger Verständigung und der Solidarität der gegenseitigen Interessen stattfinden kann.

Artikel 3. Frankreich, England und Italien erklären, daß die Gleichberechtigung, die Deutschland zuerkannt worden ist, sich praktisch auswirken müsse, falls die Abrüstungsverhandlungen nur zu Teilergebnissen führen sollten. Deutschland verpflichtet sich seinerseits, diese Gleichberechtigung nur in dem Maße zu verwirklichen, wie sie nach Verständigung auf diplomatischem Wege zwischen den vier Mächten nach und nach festgesetzt wird. Die vier Mächte verpflichten sich, sich in derselben Weise über Österreich, Ungarn und Bulgarien zu einigen.

Artikel 4. In allen politischen oder unpolitischen europäischen oder außereuropäischen Fragen, ebenso wie auf dem Gebiete der Kolonialpolitik verpflichten sich die vier Mächte, nach Möglichkeit eine übereinstimmende Haltung einzunehmen.

Artikel 5. Dieses Abkommen politischer Verständigung und Zusammenarbeit, das - wenn nötig - den Parlamenten in einem Zeitraum von 3 Monaten zur Annahme unterbreitet werden wird, hat eine Gültigkeitsdauer von 10 Jahren und wird automatisch um die gleiche Zeitspanne verlängert, falls nicht eine der Mächte ein Jahr vor seinem Ablauf die Kündigung beantragt.

Artikel 6. Das Abkommen wird vom Sekretariat des Völkerbundes eingetragen.

Natürlich konnte sich **Frankreich** mit einem solchen Pakt nicht einverstanden erklären und begann sofort in London dagegen zu intrigieren. Vor allem kam es den Franzosen darauf an, zunächst ihre **Sicherheit** in den Pakt hineinzubringen und dann auch ihn auszudehnen auf die **kleine Entente und Polen**. Das Ränkespiel von Locarno 1925 wiederholte sich. Allerdings war der Große Faschistische Rat, Italiens höchstes verfassungsmäßiges Organ, einer solchen Verwässerung und Verfälschung des Mussoliniplanes keineswegs geneigt. Allen derartigen Versuchen, die von Paris oder Bukarest oder sonst woher kamen, wollte man sich energisch widersetzen.

Am 10. April trafen **Göring und Papen in Rom** ein. Die Mission Görings bestand in einer politischen Aussprache mit Mussolini, während Papen mit dem Kardinalstaatssekretär Pacelli die Verhandlungen über das Reichskonkordat einleitete. Insbesondere erwogen Göring, Mussolini und Balbo, der italische Luftfahrtminister, die Einrichtung einer direkten Flugverbindung zwischen Rom und Berlin, um die Beziehungen zwischen beiden Ländern umso inniger zu gestalten. Das politische Ergebnis der deutsch-italischen Besprechungen kann man in einem **Aufsatz Mussolinis vom 12. April** sehen, worin er folgendes ausführte:

Es sei gänzlich verfehlt, wenn man plötzlich die **kleine Entente als fünfte Großmacht Europas** hinstelle, um sie in den Viererpakt hineinzuziehen. Den Staaten der kleinen Entente fehle jegliche

Voraussetzung für eine Großmacht. Auch die **Bildung einer Zolleinheit unter ihnen** sei gänzlich unmöglich. Der Versailler Vertrag sei ein unvollkommenes Menschenwerk und müsse revidiert werden. Damit tue man dem Frieden einen großen und starken Dienst, man vermeide die universelle Katastrophe eines neuen Krieges. Darum müsse der **Völkerbund die Revision** beschleunigen. Wer die Revision verweigere, stehe außerhalb des Geistes des Völkerbundes, der nicht zum einfachen Wächter der Verträge von 1919 degradiert werden dürfe, sondern der berufen werden müsse zu der hohen Aufgabe, Garant des Friedens unter den Völkern zu sein. Wenn der Völkerbund nicht wage, dieses Problem anzugreifen, dann sei sein Schicksal besiegelt.

Allerdings zögerten die **französischen Quertreibereien**, die sich vor allem gegen die Revisionsmöglichkeiten richteten, die endgültige Annahme des Viermächtepaktes immer weiter hinaus. Um die von Mussolini angekündigte Revisionspolitik zu vereiteln, schloß die französische Regierung Ende April mit Polen und den Staaten der kleinen Entente einen Vertrag gegen die Revision der Friedensverträge. Ende Mai weilte Minister Göbbels in Rom und unterrichtete sich von dem Stande der Dinge. Anfang Juni konnte die Unterzeichnung des textlich bereits abgeänderten Paktes geschehen, auch Deutschland hatte bereits seine Zustimmung zu dem neuen Wortlaut gegeben, aus dem bereits der Revisionsartikel verschwunden war. Jedoch als der Pakt bereits fertig vorlag, holten die **Franzosen**, denen die Engländer in den letzten Tagen heftig und dringend zugesetzt hatten, sich zu Zugeständnissen zu bequemen, in den Schlußverhandlungen plötzlich wieder alte und längst erledigte Vorschläge vor, so daß die Unterzeichnung nicht stattfinden konnte. Sie stimmten nicht mit Artikel 3 überein. Italien und England wollten durch eine Kompromißformel den Grundsatz der abschnittweisen Gleichberechtigung Deutschlands in Anwendung bringen. **Frankreich erhob Einwendungen, weil es bis zur Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung 5 bis 10 Jahre verstreichen lassen wollte.** Italien und England aber konnten sich nicht entschließen, Deutschland den französischen Vorschlag zur Annahme zu empfehlen. Besondere Schwierigkeiten entstanden über die Bedeutung der Einbeziehung des Sanktionsartikels 16 in den Viermächtepakt. Frankreich verlangte, durch die lauten und heftigen Proteste Polens gedrängt, daß in einem deutsch-polnischen Konflikt sich England zum Kampf und zur Blockade gegen Deutschland verpflichte, auch sollte England in keine Erörterungen über Grenzrevisionen eintreten. Der englische Außenminister Simon aber erklärte, daß England außer den bereits bestehenden keine neuen Verpflichtungen übernehmen werde.

Zu Pfingsten ließ Daladier in Rom seinen Paktentwurf überreichen, der sich durch drei Punkte auszeichnete: die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung wurde ignoriert, die Möglichkeit einer Revision der Friedensverträge blieb ausgeschaltet und die kleine Entente wurde als Trabant Frankreichs in das Abkommen der vier Großmächte eingeschaltet. Der französische Sicherheitskomplex mit Artikel 16 wurde geschickt hineinoperiert.

Und so geschah es denn, daß am Abend des 7. Juni Mussolini und die Botschafter Deutschlands, Englands und Frankreichs in Rom einen durchaus verwässerten, den französischen Forderungen weit entgegenkommenden Viermächtepakt unterzeichneten, in dem von dem ursprünglichen Mussolinipakt kaum noch etwas übrig blieb.

Er hatte folgenden Wortlaut:

Der Deutsche Reichspräsident, der Präsident der französischen Republik, Seine Majestät der König von Großbritannien, Irland und der britischen überseeischen Gebiete, Kaiser von Indien, und Seine Majestät der König von Italien, im Bewußtsein der besonderen Verantwortung, die ihnen die Tatsache ihrer ständigen Vertretung im Völkerbundsrat gegenüber dem Völkerbund selbst und seinen Mitgliedern auferlegt, und die sich aus ihrer gemeinsamen Unterzeichnung der Abmachungen von Locarno ergibt;

in der Überzeugung, daß der Zustand des Unbehagens, in dem sich die Welt befindet, nur durch eine Verstärkung ihrer Solidarität beseitigt werden kann, die geeignet ist, in Europa das Vertrauen auf den Frieden zu festigen;

getreu den Verpflichtungen, die sie durch die Völkerbundssatzung, die Verträge von Locarno und den Briand-Kellogg-Pakt übernommen haben, und Bezug nehmend auf die Erklärung über die Nichtanwendung von Gewalt, die als Grundsatz in der in Genf am 11. Dezember 1932 von ihren Bevollmächtigten auf der Abrüstungskonferenz unterzeichneten Erklärung verkündet und am 2. März 1933 von der Politischen Kommission dieser Konferenz angenommen worden ist;

in dem Bestreben, allen Bestimmungen der Völkerbundssatzung ihre volle Wirksamkeit zu verleihen unter Beachtung der Methoden und Verfahrensarten, die darin vorgesehen sind, und denen sie nicht zuwiderhandeln wollen;

unter Achtung der Rechte eines jeden Staates, über die nicht ohne Mitwirkung des Beteiligten verfügt werden kann;

sind übereingekommen, zu diesem Zwecke einen Vertrag zu schließen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt: - - -

die, nachdem sie ihre Vollmachten ausgetauscht und in guter und gehöriger Form befunden haben,

folgende Bestimmungen vereinbart haben:

Artikel 1. Die Hohen vertragschließenden Teile werden sich über alle Fragen, die sie angehen, ins Einvernehmen setzen. Sie verpflichten sich, alle Anstrengungen zu machen, um im Rahmen des Völkerbundes eine Politik wirksamer Zusammenarbeit zwischen allen Mächten zur Erhaltung des Friedens zur Anwendung zu bringen.

Artikel 2. In Ansehung der Völkerbundssatzung, insbesondere ihrer Artikel 10, 16 und 19, beschließen die Hohen vertragsschließenden Teile, unter sich und unter Vorbehalt der nur durch die ordentlichen Organe des Völkerbundes zu treffenden Entscheidungen alle Vorschläge hinsichtlich der Methoden und Verfahrensarten zu prüfen, die geeignet sind, diesen Artikeln gehörige Wirksamkeit zu verleihen.

Artikel 3. Die Hohen vertragsschließenden Teile verpflichten sich, alle Anstrengungen zu machen, um den Erfolg der Abrüstungskonferenz sicher zu stellen; sie behalten sich vor, falls Fragen, die sie besonders betreffen, bei Beendigung der Konferenz offen geblieben sein sollten, deren Prüfung in Anwendung dieses Vertrages unter sich wieder aufzunehmen, um sicher zu stellen, daß sie auf geeignetem Wege gelöst werden.

Artikel 4. Die Hohen vertragsschließenden Teile bestätigen ihre Absicht, sich im Hinblick auf eine im Rahmen des Völkerbundes anzustrebende Lösung über alle Fragen wirtschaftlicher Art ins Einvernehmen zu setzen, die für Europa, insbesondere für seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau, von gemeinsamem Interesse sind.

Artikel 5. Dieser Vertrag wird für eine Dauer von 10 Jahren, gerechnet von seinem Inkrafttreten an, abgeschlossen. Wenn keiner der Hohen vertragsschließenden Teile dem anderen vor Ablauf des 8. Jahres seine Absicht mitteilt, den Vertrag zu beenden, gilt er als erneuert und bleibt ohne zeitliche Befristung in Kraft, wobei jeder der Hohen vertragsschließenden Teile die Befugnis hat, den Vertrag durch eine zu diesem Zwecke mit einer Frist von 2 Jahren abzugebende Erklärung zu beenden.

Artikel 6. Dieser Vertrag, der in deutscher, englischer, französischer und italienischer Sprache abgefaßt ist, wobei im Falle von Abweichungen der französische Wortlaut maßgebend ist, soll ratifiziert, und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Rom niedergelegt werden. Die Königlich italienische Regierung wird jedem der Hohen vertragsschließenden Teile eine beglaubigte Abschrift der Protokolle über die Niederlegung übersenden. Dieser Vertrag tritt in Kraft, sobald alle Ratifikationsurkunden niedergelegt worden sind.

Er soll im Sekretariat des Völkerbundes gemäß den Bestimmungen der Völkerbundssatzung eingetragen werden.

Geschehen in Rom am in einem Exemplar, das im Archiv der Königlich-italischen Regierung niedergelegt bleibt und von dem jedem der Hohen vertragsschließenden Teile eine beglaubigte Abschrift übersandt werden wird.

Zu Urkund dessen haben die genannten Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet.

Dieser Pakt, von dessen ursprünglicher Gestalt kaum noch etwas übrig geblieben war, stellte eine große Enttäuschung dar; er schadete zwar Deutschland nicht, brachte ihm aber auch keinen Nutzen, keine Aussicht auf Revision des Versailler Vertrages. Frankreich triumphierte: Der Viererpakt sei "unschädlich". Ihm war es gelungen, die Artikel 2 und 3 in seinem Sinn zu fassen. Um seine aufrichtige Friedensliebe zu beweisen, **verstand sich Hitler zur Unterzeichnung. Die Bedeutung des Paktes** könnte vielleicht in zwei Punkten liegen: **erstens ging die Führung der europäischen Politik "im Rahmen des Völkerbundes" auf die vier Großmächte über.** Es war ein Schritt aus dem schrankenlosen überstaatlichen Liberalismus zum internationalen Führerprinzip hin; **zweitens verpflichteten sich diese Großmächte, selbst die Abrüstungsfrage unter sich weiter zu erledigen, wenn die Abrüstungskonferenz scheitern sollte.** - Diese beiden Grundgedanken Mussolinis wurden wenigstens gewahrt. Vor allem aber bestand der moralische Wert des Paktes in der weiteren Festigung der Freundschaft zwischen Deutschland und Italien, und der Duce erkannte es an, daß die Regierung Hitler trotz der Abschwächung der für sie günstigen Artikel dennoch zur Annahme des neuen Textes sich bereit gefunden hatte.

Am 15. Juli wurde der Viererpakt endgültig unterzeichnet. Gleichzeitig aber hatte **Frankreich zwischen Rußland und Polen einen Geheimvertrag** zustande gebracht, in dem sich die drei Mächte verpflichten zur stillen Sabotage des Viererpaktes, falls sich dieser gegen den einen oder anderen der drei wenden könnte. **Deutschland soll nach diesem Abkommen vorwiegend wirtschaftlich bekämpft werden.** Bei einem polnisch-deutschen Konflikt verpflichtete sich Rußland zu indirekter Unterstützung: Die kommunistische Internationale soll dann im deutschen Hinterlande eingesetzt werden. - Das war Frankreichs unehrliche Apachenmoral, mit der es den "Alpdruck von Rapallo" beseitigte!

Abrüstungskonferenz

Die **Genfer Abrüstungskonferenz** war am 27. März bis zum 25. April vertagt worden, nachdem mit 44 Stimmen Beneschs Antrag angenommen worden war, **den englischen Abrüstungsplan als Grundlage für weitere Verhandlungen unter Vorbehalt von Zusatz- und Abänderungsanträgen zu erklären.** Nadolny hatte den Plan Macdonalds als Einleitung der entscheidenden Phase bezeichnet, er habe zwar noch gewisse Lücken und erfasse auch Deutschlands Gleichberechtigung noch nicht genügend, aber er setze doch schon für die Bemessung der Rüstungen positive Zahlen fest und könne also als **Diskussionsgrundlage** betrachtet werden. Nadolny wies auf den **Friedenswillen des Reiches** hin, den der Kanzler in seiner Rede vom 21. März zum Ausdruck gebracht habe und fuhr fort, daß Deutschland zur Mitarbeit an der Herbeiführung eines dauerhaften Friedens durchaus bereit sei, aber Garantie für einen dauernden Frieden seien gleiches Recht und gleiche Sicherheit.

Die fünfwöchige Pause wurde durch **zwei üble Zwischenspiele in Paris und London ausgefüllt.** Nachdem man sich am 6. April in der **französischen Kammer** weidlich über die Greuelmärchen und Judenverfolgungen in Deutschland empört hatte, drohte Paul Boncour, daß, da die Einstellung nationalsozialistischer Hilfspolizei gegen die Verträge verstoße, Frankreich die geeigneten Schritte ergreifen werde, um eine Wiederaufrüstung Deutschlands zu verhindern. Die Presse hetzte zum Präventivkrieg und brachte das Volk in eine derartige Siedehitze, daß es sich zu Beschimpfungen und Angriffen auf deutsche Reisende, so in Lille, hinreißen ließ. Genau eine Woche später verbreitete sich der franzosenfreundliche Austen Chamberlain im **englischen Unterhaus:** Der neue Geist Deutschlands sei die übelste Art des alten Preußentums, verbunden mit Grausamkeit und Nationalstolz. Dem heutigen Deutschland könne man keine Zugeständnisse machen und auch nicht Gleich-

berechtigung gewähren. Bevor man abrüsten könne oder andere zur Abrüstung ermutigen könne, müsse man ein Deutschland sehen, das den Frieden wolle, ein Deutschland, das nicht nur gelernt habe, selbst zu leben, sondern auch andere leben zu lassen, nicht nur innerhalb des Landes, sondern auch außerhalb. Churchill lügte hinzu, Deutschland dürfe für beträchtliche Zeit keine Rüstungsgleichheit erhalten, und behauptete, Frankreich sei der Beschützer der kleinen Staaten von Belgien bis Jugoslawien gegen die "teutonische Zentrale Europas".

Der englische Außenminister, Sir John Simon, meinte sodann, die Unterhausdebatte habe die tiefe, allgemeine Stimmung ausgedrückt, die in England wegen der Behandlung von Juden und anderen Minderheiten durch Deutschland empfunden werde! - Juden und Marxisten hatten die Stimmung des Auslandes gegen Deutschland seit Anfang April durch eine systematische Greuelhetze sehr verschlimmert, und die Abrüstungskonferenz war der geeignete Ort, an dem sich die Feindseligkeiten der anderen auf Deutschland entladen konnten. Hier setzte seit Ende April ein planmäßig und groß angelegter Angriff auf Deutschland ein.

Frankreich frohlockte über die deutschfeindliche Strömung, die in England zu erstarken begann. Es war eine Stärkung der französischen Politik, die auch noch durch die **Erfolge Herriots in Amerika** vermehrt wurde. Am 27. April hatte sich Herriot mit Roosevelt dahin geeinigt, daß sich Amerika an einer dauernden und automatischen internationalen Rüstungskontrolle beteiligte und daß Amerika sich dagegen aussprach, gewissen Ländern, d. h. vor allem Deutschland, die Möglichkeit zur Anschaffung gewisser verbotener Waffengattungen zu geben.

Am 25. April begannen die **Genfer Verhandlungen** von neuem. **Deutschland hatte den Macdonaldplan als Verhandlungsgrundlage angenommen**, verlangte aber darüber hinaus die Herstellung des im Völkerbundspakt vorgeschriebenen Zustandes, d. h. die Begrenzung der Rüstungen aller Staaten auf das Maß, das zum Schutz ihrer nationalen Sicherheit notwendig sei. **Italien** nahm den Macdonaldplan ohne Abänderungsanträge an. **Frankreich** war von vornherein zur Sabotage entschlossen: "Abrüsten - niemals!" **Polen** forderte Garantie der bestehenden internationalen Verträge. -

Zunächst wurden die **Verhandlungen über die Sicherheit im Macdonaldplan** zurückgestellt, weil Norman Davis im Auftrage seiner Regierung erklärte, Amerika lehne die endgültige Stellungnahme zu den sicherheitspolitischen Fragen bis zur Entscheidung über die materiellen Abrüstungsmaßnahmen ab. Und dies war jetzt der Punkt, wo der **konzentrische Angriff auf Deutschland** erfolgte. Die Großmächte schlossen sich zu einer engen Front zusammen, um Deutschland zu isolieren und sein Nachgeben in den entscheidenden Punkten der Abrüstungsverhandlungen zu erzwingen.

Den Auftakt bildete der **Beschluß des Effektivausschusses** vom 1. Mai, die deutsche **Bereitschaftspolizei in Stärke von 38 000 bei der Festsetzung der künftigen deutschen Heeresstärke anzurechnen**. Sogar der Amerikaner Oberst Strong bezeichnete diesen Beschluß als eine einseitige, ungerechte Methode, aber ein englischer Kompromißvorschlag, der nur 20 000 Mann der Bereitschaftspolizei auf die deutsche Militärstärke anrechnen wollte, und die Zustimmung Deutschlands fand, wurde von Frankreich und Polen abgelehnt.

Während Nadolny zunächst die Durchsprechung des Macdonaldplanes im ganzen forderte, ehe man die einzelnen Punkte behandeln wolle, verlangten am 8. Mai die Vertreter Englands, Frankreichs und Amerikas die **sofortige Entscheidung über die Vereinheitlichung der europäischen Kontinentalheere**. Jeder Einspruch Deutschlands wurde als Sabotage gebrandmarkt. Eine Entscheidung aber würde ein Todesurteil über die deutsche Reichswehr bedeuten.

**Wachsende
Gegensätze**

Drei Tage später entschied der Effektivausschuß, daß die im **Reichskuratorium für Jugendertüchtigung zusammengeschlossenen Verbände einschließlich Stahlhelm, S.A. und S.S.** - Frankreich bezifferte sie auf eine Million - als **Verbände militärischen Charakters** anzusehen seien. Der Einspruch Deutschlands wurde schroff zurückgewiesen. **Immer skrupelloser verbreiteten Engländer und Franzosen unter entstellendem Hinweis auf Deutschlands gerechten Widerstand die Be-**

hauptung, Deutschland wolle mit brutaler Rücksichtslosigkeit den Zusammenbruch der Konferenz herbeiführen, um sofort wieder aufrüsten zu können. Der deutsche Widerstand gegen die Vereinheitlichung der Armeen sei lediglich ein Scheinmanöver, um die wahren deutschen Sabotageabsichten zu verschleiern. In Wahrheit hatten Frankreich, Polen und England die Absicht, die ihnen unangenehm werdende Konferenz zu sprengen, die Schuld dafür aber sollte Deutschland aufgeladen werden.

Die Dinge trieben unaufhaltsam auf eine Katastrophe, einen Krieg zu. In Frankreich wurde tapfer gehetzt und gerüstet.

Die seit Monaten in Paris ausgearbeiteten bösen Pläne einer neuen Besetzung der Ruhr und der Zerstörung der dortigen Fabriken nahmen feste Formen an. Der französische Generalstab erteilte bereits an die Offiziere Anweisungen, welche Industrieanlagen und Maschinen im Ruhrgebiet vernichtet werden sollten, um auf ein Menschenalter hinaus dort jede industrielle Tätigkeit unmöglich zu machen! Die Begründung für diese unerhörten Sanktions-Absichten bestand darin, daß Deutschland seine Zinsverpflichtungen aus dem Youngplan nicht erfüllt habe, und außerdem "militärische Formationen" innerhalb der entmilitarisierten Zone "nahe der französischen Grenze" erschienen seien. Alle Möglichkeiten eines Präventivkrieges wurden in Frankreich erwogen.

In **England** war es nicht anders. Anfang Mai hatte sich Alfred Rosenberg, der Hauptschriftleiter des *Völkischen Beobachter* und Leiter des außenpolitischen Amtes der N.S.D.A.P., nach London begeben und in Unterredungen mit Sir John Simon und dem Kriegsminister Lord Hailsham den deutschen Standpunkt dargelegt; auch mit Norman Davis hatte er eine Zusammenkunft, und der Amerikaner betonte, die Haltung Deutschlands verhindere den notwendigen raschen Abschluß der Abrüstungskonferenz, im übrigen werde sich die amerikanische Regierung jedem deutschen Versuch einer Wiederaufrüstung widersetzen. Rosenberg erwiderte, **Deutschland fordere keine Aufrüstung, sondern lediglich die längst überfällige Abrüstung der anderen Mächte, diese müsse erfolgen nach dem Grundsatz der deutschen Gleichberechtigung, dem auch Amerika im Dezember 1932 zugestimmt habe.**

Aber auch die besonnenen und ruhigen Ausführungen Rosenbergs vermochten den feindseligen Sinn der Engländer nicht zu ändern. Als er am englischen Gefallenendenkmal einen Kranz mit der Hakenkreuzschleife niederlegte, wurde dieser in die Themse geworfen. Der Kriegsminister Lord Hailsham drohte im Oberhaus am 11. Mai, im Falle eines deutschen Aufrüstungsversuches werde das Rheinland wieder besetzt werden. Auch sei die Wiedereinführung der Militärkontrolle für Deutschland ratsam. Wenn Deutschland die Abrüstungskonferenz zum Scheitern bringe, bleibe es nach wie vor an den Versailler Vertrag gebunden und jeder Versuch, eigenmächtig aufzurüsten, bedeute eine Verletzung dieses Vertrages.

Die politische Atmosphäre Westeuropas war wie im August 1914: Deutschland ist schuld, wenn der Friede Europas gestört wird, und der Schritt zum Kriege war nicht mehr groß. - Lediglich in Amerika bewahrte man kühleres Blut: Die Regierung in Washington dachte mit keiner Silbe an Sanktionen!

Noch einmal vermittelte Henderson in Genf. Am 12. Mai nahm das Präsidium seinen Vorschlag an, am 15. Mai die **allgemeine Aussprache über die gesamten Kriegsmaterial- und Effektivfragen und über die Dauer des ersten Abrüstungsabkommens zu beginnen.** Das war ein Entgegenkommen gegen Deutschland, welches nach der ganzen Lage der Dinge auch von den Franzosen anerkannt werden mußte. Der unmittelbare Bruch war wenigstens verhütet, die Konferenz hatte aufs neue eine kurze Lebensfrist gewonnen. Aber die Spannung war und blieb vorhanden. Deutschland hatte es gewagt, zum ersten Male nach 15 Jahren, dem unerhörten Druck der Feinde entschlossenen und unnachgiebigen Widerstand entgegenzusetzen. Und dieser Umstand erbitterte die ohnedies von Juden und Marxisten beeinflussten Gegner aufs heftigste.

In dieser Stunde höchster Krisis berief Hitler den Reichstag zum 17. Mai ein. Auf Wunsch der französischen Staatengruppe verschob Henderson nun die für den 15. Mai vorgesehene Aus-

sprache auf den 18. Mai.

Auch der Präsident der Vereinigten Staaten, Roosevelt, griff ein: er kabelte am 16. Mai an 55 Regierungen der Welt eine Friedensbotschaft, in der er als das Endziel der Abrüstungskonferenz die vollständige Ausschaltung aller Angriffswaffen bezeichnete; das unmittelbare Ziel sei die erhebliche Herabsetzung einiger dieser Waffen und die Abschaffung von vielen anderen. Vier Schritte zu diesem Ziele gebe es: Der erste Schritt seien sofortige Maßnahmen im Sinne des Macdonaldplans; der zweite Schritt sei die Einigung über den Zeitpunkt zur Ergreifung des nächsten Schrittes; drittens dürfe während der Zeit des ersten und der folgenden Schritte keine Nation ihre Rüstungen über die Vertragsverpflichtungen hinaus erhöhen, und viertens sollen alle Staaten der Welt einen feierlichen und endgültigen Nichtangriffspakt abschließen: sie sollen feierlich die Verpflichtung wieder bestätigen, die sie zur Begrenzung und Herabsetzung ihrer Rüstungen übernommen haben und einzeln die Erklärung abgeben, keine bewaffnete Macht irgend- welcher Art über ihre Grenze zu schicken. Wenn sich in diesen Punkten eine starke Macht ablehnend verhalte, dann wisse die Welt, wen die Verantwortung treffe. Amerika selbst wollte Treuhänder des Weltfriedens sein.

In Genf atmete man schon beim Bekanntwerden der Rooseveltbotschaft auf: jetzt mußten die Mächte Farbe bekennen! Sie mußten eine weitgehende Einschränkung ihrer Rüstungen auf sich nehmen. In **Deutschland** begrüßte man Roosevelts Botschaft, denn was sie verkünde, sei ja auch das Ziel der deutschen Regierung. In **England** war man zurückhaltend, in **Frankreich** aufs Unangenehmste enttäuscht, denn es war schwer, die Botschaft aus Washington mit den französischen Forderungen in Einklang zu bringen; vor allem aber waren den Franzosen die Hände gebunden in Bezug auf Deutschland.

**Hitlers
Friedensrede**

Am 17. Mai hielt dann Adolf Hitler vor dem Reichstag seine große Friedensrede an die Welt. Er schilderte die Gewalttat von Versailles, wonach der Sieger stets im Rechte sei. Er kam auf die Reparationen zu sprechen, deren Ergebnis Millionen-Arbeitslosenheere und hunderttausende von Selbstmördern seien, ging dann auf den **inneren Sinn der deutschen Revolution** über, der in dreierlei bestehe: Verhinderung des drohenden kommunistischen Umsturzes und Aufbau des einigenden Volksstaates und die Erhaltung des Begriffs "Eigentum" als Grundlage unserer Kultur, sodann Lösung des schwersten sozialen Problems durch die Zurückführung der Millionenarmee der Arbeitslosen in die Produktion und schließlich Wiederherstellung einer stabilen und autoritären Staatsführung, getragen von dem Vertrauen und Willen der Nation, die dieses große Volk endlich wieder der Welt gegenüber verträglich macht. Weiter führte der Kanzler aus, daß das **Recht auf Revision** im Versailler Verträge selbst begründet sei, die Welt könne nicht ewig in Sieger und Besiegte zerrissen bleiben. Die Gründe, weshalb Deutschland die Abrüstung fordere, seien eine Forderung der Moral, des Rechts und der Vernunft, die im Friedensverträge selbst anerkannt sei, und weiterhin, daß die Disqualifizierung eines großen Volkes ihr Ende finden müsse. Deutschland erhebe die **Forderung der Gleichberechtigung im Sinne der Abrüstung der anderen Nationen**. Es seien armselige Ausreden und Ausflüchte, wenn man behauptete, Deutschland habe die Verträge nicht erfüllt oder gar wieder aufgerüstet. S.A. und Stahlhelm seien ohne jede militärische Ausbildung, ohne jede militärische Ausrüstung und ohne jede finanzielle Unterstützung von seiten des Reiches; ihre Aufgabe sei ausschließlich die Beseitigung der kommunistischen Gefahr. Das abgerüstete Deutschland sei jederzeit bereit, weitere Sicherheitsverpflichtungen internationaler Art auf sich zu nehmen, wenn alle Nationen ihrerseits bereit dazu seien und dies Deutschland zugute komme. Deutschland wäre auch ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung überhaupt aufzulösen, wenn die anliegenden Nationen ebenso restlos das gleiche tun würden. **In dem englischen Plane sehe die deutsche Regierung eine mögliche Grundlage für die Lösung dieser Fragen**, aber sie müsse verlangen, daß ihr nicht die Zerstörung einer vorhandenen Wehreinrichtung aufgezwungen werde ohne die Zubilligung einer zumindest qualitativen Gleichberechtigung. Deutschland müsse fordern, daß eine Umwandlung der heutigen von Deutschland nicht gewollten, sondern erst vom Ausland auferlegten Wehreinrichtung Zug um Zug erfolge im Maße der tatsächlichen Abrüstung der anderen Staaten. **Deutschland habe nur den einzigen Wunsch, seine Unabhängigkeit zu wahren und seine Grenzen schützen zu können.** Deutschland wolle

sich auch einer Kontrolle unterwerfen, wenn alle anderen Staaten das auch tun würden. Der Kanzler begrüßte den Plan Mussolinis, der ein Vertrauensverhältnis zwischen den Großmächten herstellen solle. Die deutsche Regierung wolle das äußerste Entgegenkommen zeigen, sofern auch die anderen Nationen zu einer wirklichen Überwindung etwa entgegenstehender Schwierigkeiten geneigt seien. Auch der **Vorschlag des Präsidenten Roosevelt** verdiene den wärmsten Dank. Deutschland sei bereit, jedem feierlichen Nichtangriffspakt beizutreten, denn es denke nicht an einen Angriff, sondern nur an seine Sicherheit. Sanktionen aber, von denen jetzt soviel gesprochen wurde, bedeuteten Chaos, und die Verantwortung dafür treffe die, die diese Schritte unternehmen. Es sei denkbar, daß man Deutschland gegen jedes Recht und gegen jede Moral vergewaltige, aber es sei undenkbar und ausgeschlossen, daß ein solcher Akt von Deutschland selbst durch eine Unterschrift Rechtsgültigkeit erhalten könne. Dann aber würde es dem deutschen Volke als einem dauernd diffamierten Volke **schwer fallen, noch weiterhin dem Völkerbunde anzugehören.** - Der Kanzler schloß:

"Seit dem Friedensvertrag von Versailles hat das deutsche Volk ein politisches Elend erfahren, von dessen Größe sich die andere Welt keine Vorstellung machen kann. Millionen zerstörter Existenzen, ganze Berufsstände ruiniert und eine ungeheuere Armee von Arbeitslosen - ein trostloser Jammer, dessen ganzen Umfang und Tiefe ich am heutigen Tage der ganzen Welt nur durch eine einzige Zahl zum Verständnis bringen möchte:

Seit dem Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages, der als Friedenswerk der Grundstein zu einer neuen und besseren Zeit für alle Völker sein sollte, haben sich in unserem deutschen Volk aus Not und Elend 224 900 Menschen das Leben genommen. Diese unbestechlichen Zeugen sind Ankläger gegen den Geist und die Erfüllung eines Vertrages, von dessen Wirksamkeit einst nicht nur die andere Welt, sondern auch Millionen Menschen in Deutschland sich Heil und Segen versprochen haben.

Mögen die anderen Nationen daraus aber auch den unerschütterlichen Willen Deutschlands verstehen, eine Periode der menschlichen Irrungen abzuschließen, um den Weg zu finden zu einer endlichen Verständigung aller auf dem Boden gleicher Rechte!"

Die **Rede des Kanzlers**, die in Deutschland umfassende Zustimmung erfuhr, **hinterließ in der ganzen Welt durch ihre Maßhaltung und Beherrschtheit einen tiefen Eindruck.** In England wurde man versöhnlicher und in Frankreich sprach man in sanfteren Tönen, wenn auch die infolge der Annahme des Macdonaldplans durch Deutschland veränderte Lage die Franzosen unangenehm und peinlich überraschte. Aber es war niemanden möglich, sich aufzulehnen gegen diese ruhigen und versöhnlichen Darlegungen eines ehrlichen Staatsmannes, und ein Erfolg dieser Rede war es auch, daß unter den 12 Regierungen, die der Rooseveltbotschaft zustimmten, sich die 4 europäischen Großmächte befanden. So war infolge der Kanzlerrede eine Entspannung in Europa eingetreten, die eine günstige Wendung für Deutschland auch durch **Görings Romflug** am 19. Mai zu nehmen versprach, denn mit dieser Reise wurde die Initiative Mussolinis in Bezug auf den Viermächtepakt neu gestärkt. **Die englische Regierung erwartete nun von Deutschland praktische Vorschläge über die Reichswehr und nahm von ihrem Vorhaben Abstand, die Inspizierung des deutschen Rüstungsstandes vorzunehmen, obwohl man im Kriegsministerium bisher große Lust dazu verspürt hatte.**

**Vorübergehende
Entspannung**

Die Rooseveltbotschaft und die Hitlerrede hatte die Situation für die Genfer Friedensapostel gründlich verändert. Man mußte nun doch eine neue Taktik einschlagen. Mit dem brutalen Säbelrasseln allein ging es nicht mehr. Frankreichs Lage wurde dadurch aber noch schwieriger, daß Nadolny auf Grund der Kanzlerrede am 19. Mai erklärte, **Deutschland nehme den englischen Plan nicht nur als Verhandlungsgrundlage, sondern als Grundlage für die abzuschließende Konvention an.** Das war der neue deutsche Standpunkt, der in Angleichung an die italische Auffassung auch England weit entgegen kam. Engländer und Amerikaner wollten die Konferenz vor dem Beginn der Londoner Weltwirtschaftskonferenz Mitte Juni beendet wissen, und Deutschland bewies jetzt durch seine Haltung, daß es an ihm nicht lag, wenn dies Ziel nicht erreicht wurde.

Jetzt wurde sogar Frankreich schwankend, was es tun sollte. Der Kabinettsrat am 21. Mai neigte nun ebenfalls der Annahme des Macdonaldplanes zu, nachdem sich Deutschland zu ihm bekannt hatte, aber der Ministerpräsident und Kriegsminister Daladier sträubte sich immer noch hartnäckig dagegen. Er verhalf einer Formel zur Annahme, daß Frankreich den Macdonaldplan annehmen werde, unter der Voraussetzung **1. der Organisation einer internationalen Abrüstungskontrolle** und **2. einer etappenweisen Durchführung der Abrüstung.** Natürlich waren diese Vorbehalte nichts anderes als eine wohlbedachte Sabotage des Macdonaldplanes und der Rooseveltbotschaft. - Am gleichen Tage erlitten Frankreich und seine Trabanten in Genf eine Niederlage für ihre nichtsnutzige Politik: mit 8 gegen 6 Stimmen lehnte der **Effektivausschuß** den französisch-polnischen Antrag ab, die deutsche Hilfs- und Bahnpolizei auf Deutschlands Heeresbestände anzurechnen. Die lügenhaften Beweise, die Frankreich für seinen Antrag vorbrachte, wurden von Deutschland, wie von Italien und Amerika zurückgewiesen.

**Amerikas
Vorstoß**

Besonders wichtig war die **Erklärung des Amerikaners Norman Davis am 22. Mai in Genf.** Die Annahme des Macdonaldplanes durch Deutschland als Basis für den kommenden Abrüstungsentwurf habe die Sachlage von Grund auf geändert. Unter Bezug auf die juristische und moralische Abrüstungsverpflichtung der Schöpfer der Friedensverträge sagte Davis, **daß die Vereinigten Staaten, die zwar durch diese Verträge nicht gebunden seien, ebenfalls nun den englischen Abrüstungsplan annähmen.** Unter ständigem Hinweis auf Deutschland und die Hitlerrede verlas der Botschafter folgende schriftliche Erklärung seiner Regierung:

1. Die amerikanische Regierung ist bereit, auf dem Abrüstungsgebiet soweit zu gehen, wie irgendein anderer Staat. Das Endziel muß die Herabsetzung der Rüstungen "ungefähr" auf das in den Friedensverträgen festgesetzte Maß sein, d. h. Herabsetzung der Rüstungen durch fortschreitende Etappen so schnell wie möglich bis zu dem Niveau der für innere Polizeizwecke notwendigen Truppen.
2. Die amerikanische Regierung ist als Beitrag zur Organisation des Friedens bereit in einem Konfliktfall mit den übrigen Mächten in Beratungen darüber einzutreten, ob der Friede bedroht ist. Falls die übrigen Nationen nach eingehenden Beratungen beschließen, daß ein Staat den Frieden durch Bruch der internationalen Verpflichtungen gefährdet hat, und falls sodann eine Übereinstimmung zwischen den übrigen Mächten über den als Schuldigen und verantwortlichen Angreifer erfolgt, verpflichtet sich die amerikanische Regierung, sich jeder Handlung zu enthalten, die das gemeinsame Vorgehen der übrigen Mächte zur Wiederherstellung des Friedens gefährden könnte.
3. Die amerikanische Regierung erklärt sich bereit zu einer gemeinsamen automatischen ständigen Kontrolle der Rüstungen durch einen ständigen Abrüstungsausschuß.
4. Das endgültige Ziel muß nach Auffassung der amerikanischen Regierung die vollständige Durchführung der Abrüstung in Etappen sein, jedoch muß der entscheidende erste Schritt sofort ergriffen werden. -

Wenn also auch kein Zweifel an einem stimmungsmäßigen Umschwung zu Deutschlands Gunsten bestehen konnte, so vermochten **die Deutschen** sich nicht des unangenehmen Eindrucks zu erwehren, daß sie **durch das Entgegenkommen der anderen zu weiterem Nachgeben beeinflusst werden sollten**, das darin bestand, daß sie geplante Abänderungsvorschläge zu den einzelnen Punkten unterlassen sollten.

**Erneute
Widerstände**

Die **Franzosen** aber empfanden die Konstellation des 22. Mai als eine angelsächsische Annäherung an den deutsch-italischen Standpunkt und **befürchteten ihre Isolierung.** Das unangenehm Fatale bei der ganzen Sache war, daß sich der Amerikaner zwar entschieden gegen jede Wiederaufrüstung Deutschlands aussprach, aber ebenso entschieden im gleichen Atemzuge die Abrüstung der anderen forderte.

Paul Boncour suchte also eine hinhaltende Erklärung abzugeben, in der er verlangte, daß mit der

Durchberatung der "Voraussetzungen" d. h. der Sicherheit begonnen werden sollte, da man ja von einer Entspannung der politischen Atmosphäre noch keineswegs sprechen könnte. **Norman Davis** lehnte das schroff ab; die Sicherheitsfrage gehöre nicht auf die Abrüstungskonferenz, er forderte sofort die Durchberatung des englischen Planes über die materielle Abrüstung. Er betonte, daß die Rooseveltbotschaft bereits genügend Klarheit über die amerikanische Beteiligung auf dem Sicherheitsgebiete geschaffen habe, so daß die europäischen Mächte sich außerhalb der Sitzungen direkt über die Regelung der Sicherheitsfrage einigen könnten. Es erwies sich, daß trotz der vermeintlichen Entspannung der letzten Tage wieder die alten vielfachen heftigen und unversöhnlichen Gegensätze die Arbeit der Konferenz unmöglich machten. Der amerikanisch-französische Zusammenstoß bewog Henderson, die Sitzung abzubrechen.

In der Fünfmächtebesprechung am 23. Mai wurde der französische Vorschlag einer Besprechung der Sicherheit abgelehnt; der Hauptausschuß begann dann, allerdings ohne Abstimmung in erster Lesung - das war ein Zugeständnis an Frankreich - über die Beschränkung der Artillerie und der Tanks zu verhandeln, und am Ende der Besprechungen machte der Pole Racinski den politischen Vorstoß, daß er auf strikter und strenger Rüstungskontrolle, Abschaffung der privaten Waffenfabrikation, internationaler Kontrolle des Waffenhandels und Aufrechterhaltung der früher eingegangenen internationalen Abrüstungsverpflichtungen bestand. **Darauf erklärte Paul Boncour unumwunden, daß Frankreich jede materielle Abrüstung, jede Abschaffung der Angriffswaffen und das Verbot und die Zerstörung des Hauptkriegsmaterials ablehne,** wenn nicht vorher internationale Sicherheitsgarantien und eine wirksame außerordentlich scharfe Rüstungskontrolle mit der Möglichkeit von Sanktionen geschaffen worden sei! Die Hoffnung auf ein Ergebnis der Abrüstungskonferenz war wieder einmal auf null gesunken.

Frankreichs Einfluß in Genf begann nun wieder zu wachsen. England und Amerika bewiesen Entgegenkommen, um die hartnäckigen Sicherheitsforderungen der Franzosen zu befriedigen. Man fing wieder einmal an, über Sicherheit zu sprechen. Der englische Außenminister Simon machte am 24. Mai einen **neuen Sicherheitsvorschlag:**

Im Falle des Bruchs oder des drohenden Bruchs des Kelloggpaktes kann entweder der Völkerbundsrat oder ein Unterzeichnerstaat des Abrüstungsabkommens, der nicht Mitglied des Völkerbundes ist, eine sofortige Beratung zwischen dem Völkerbundsrat oder der Vollversammlung des Völkerbundes und einem anderen Unterzeichnerstaat des Abkommens vorschlagen. Gegenstand einer derartigen Beratung ist:

1. Gedankenaustausch bei einem drohenden Bruch des Kelloggpaktes zur Vermeidung eines Konflikts und Aufrechterhaltung des Friedens.
2. Im Falle eines Bruchs des Völkerbundsabkommens Einwirkung zur Wiederherstellung des Friedens.
3. Falls die Wiederherstellung des Friedens unmöglich geworden ist, Feststellung, welche Partei für verantwortlich anzusehen ist.

Nadolny erklärte, Deutschland werde dem englischen Vorschlag zustimmen unter der Bedingung einer unmittelbar folgenden wirksamen Abrüstung.

Auch **Norman Davis** versicherte, daß die Vereinigten Staaten in Zukunft weitere Sicherheitsverpflichtungen übernehmen wollten, so daß die Besorgnisse der Franzosen in diesem Punkte als beseitigt angesehen werden durften. Aber erreicht wurde damit nichts. -

Den Himmelfahrtstag, 25. Mai, glaubte man in Genf nicht besser feiern zu können, als daß man die seit vielen Monaten vertagten **Flottenverhandlungen** wieder einmal aufnahm. Die Flottenbestimmungen des Macdonaldplanes fanden nur bei England und Amerika Unterstützung, stießen aber bei fast allen anderen Mächten, vor allem bei Frankreich, Japan und Rußland, auf starken Widerstand: **unüberbrückbare politische Gegensätze taten sich auf, und es war auch unter diesem Gesichtspunkt sehr fraglich,** ob bei solchen Widerständen ein allgemeines Abrüstungsabkommen

erreicht würde. Vor allem offenbarte sich immer deutlicher, daß unter der Gemeinsamkeit, die bisher in der Gegnerschaft zu Deutschland bestand, tiefe schwere Spannungen und Konflikte lagerten, die eine endgültige Verständigung, auch wenn sie auf Kosten Deutschlands erfolgen sollte, fast unmöglich erscheinen ließen.

Die Dinge standen Ende Mai ziemlich hoffnungslos in Genf, und die führenden Männer erwogen, **die Konferenz vor Beginn der Weltwirtschaftskonferenz durch eine große Entschließung vorläufig abubrechen und auf mehrere Monate zu vertagen; allerdings praktische Abrüstungsmaßnahmen dürften in der Entschließung nicht enthalten sein, - mit Ausnahme eines ausdrücklichen Verbotes neuer Rüstungen für Deutschland!**

In diesem Ermüdungsstadium kam Frankreichs Einfluß weiter voll zur Geltung. Dies bewies der am 29. Mai abgeschlossene Bericht des Effektivausschusses, in dem nun der militärische Charakter der deutschen Bereitschaftspolizei in Höhe von 38 000 Mann festgestellt und nur ein Abzug in Höhe von 10 Prozent der Heeresstärke gestattet wurde. Den Deutschen blieb es überlassen, lediglich schärfsten Protest einzulegen. Am 1. Juni legten die Franzosen dem Hauptausschuß einen **Plan des Kontroll- und Sanktionssystems** vor, dem Engländer, Amerikaner, Italiener, Russen und zahlreiche andere Mächte nur mit grundsätzlichen Vorbehalten zustimmten. Als am 8. Juni die erste, unverbindliche Lesung des Macdonaldplans beendet worden war, **wurde die Konferenz bis zum 27. Juni vertagt**, damit vor der entscheidenden und endgültigen zweiten Lesung private Besprechungen mit den einzelnen Mächten durchgeführt werden konnten. Als einziger Ausschuß tagte noch der Effektivausschuß, und dieser fügte seinen Entscheidungen über die deutsche Polizei und die Wehrverbände auf französische Initiative am 12. Juni eine neue Fehlentscheidung hinzu, indem er **die deutsche Arbeitsdienstplicht verbot, da sie zwei militärische Elemente in sich schließe: Disziplin und straffe Zusammenfassung in Gruppen.**

Die zweite, verbindliche Lesung des Macdonaldplans mußte die kritische Stunde der Abrüstungskonferenz werden, denn mit dieser Lesung sollten Entscheidungen getroffen werden, die durchgeführt werden mußten. Doch Frankreich hatte keineswegs den Willen, es dahin kommen zu lassen. Das ergab sich alsbald aus den **Besprechungen, die Macdonald in London mit den Vertretern der Großmächte** hatte. Sie verliefen völlig ergebnislos. Und so war an eine Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen Ende Juni kaum zu denken. **Henderson schlug am 28. Juni eine Vertagung der Konferenz bis Mitte Oktober vor, die von allen Mächten angenommen wurde; nur Deutschland widersprach heftig, Ungarn enthielt sich der Stimme.** Der Franzose Massigli hatte die Stirn, zu erklären, die Schuld an der Vertagung treffe Deutschland, das keineswegs den Geist des Friedens erkennen lasse, sondern ständig gegen den Geist der Abrüstung verstoße. -

Die Problematik der Lage wurde verschärft durch **eine Anfang Juli einsetzende verstärkte jüdisch-marxistische Hetze in London, Paris und Prag.** In der englischen Hauptstadt begann sich das Judentum mit niedrigen Angriffen gegen Hitler und der Drohung mit dem Boykott gegen deutsche Waren erneut recht kräftig zu regen. Mit Demonstrationen, Pressenotizen und Versammlungen wurde die öffentliche Atmosphäre wieder gründlich getrübt. Diese Vorgänge bedeuteten eine Stärkung der deutschfeindlichen Strömung im englischen Volke, als deren Hauptwortführer sich Austen Chamberlain hervortat. Er und Lansbury unternahmen am 5. Juli im Unterhaus wieder einmal eine widerliche Hetze gegen Deutschland und Hitler. In Frankreich reisten die marxistischen Emigranten im Lande herum, hielten öffentliche Versammlungen ab, sprachen von der deutschen Revanche Hitlers, der Aufrüstung und lenkten die öffentliche Aufmerksamkeit auf den deutschen Arbeitsdienst, der eine verschleierte Aufrüstung sei. Insbesondere Breitscheid konnte sich nicht genug tun mit Beschimpfungen Deutschlands. In Lille erklärte er Anfang Juli, das nationalsozialistische Deutschland sei "zu einem Gefängnis und zu einem Friedhof" geworden. Derartige Umtriebe erschwerten den englischen Abrüstungspolitikern ihre Aufgabe gar sehr. In der Tschechoslowakei waren die Juden sehr rührig und organisierten einen umfassenden Boykott gegen deutsche Erzeugnisse während der Dauer der Prager Messe und des zionistischen Kongresses, vom 8. August bis 30. September 1933.

Hendersons Reise

In der Mitte des Juli unternahm **Henderson eine Reise nach Paris, Rom, Deutschland**, wo er in Berlin mit Regierungspersönlichkeiten und in München mit Adolf Hitler Besprechungen hatte, **und Prag**. Das Ergebnis war mager, den Schlüssel, den Henderson zu finden ausgezogen war, die Formel der deutsch-französischen Verständigung, hat er nicht gefunden. Eine **Einigung hielt er für möglich in sechs Punkten: Nichtanwendung von Gewalt, Begriffsbestimmung des Angreifers, Kontrolle und Überwachung, Effektivstärke und Standardisierung der europäischen Armeen, kontrollierte Budgetbeschränkungen und Herstellung und Handel von Waffen**. Schwierig aber waren die Fragen der Dauer der Abrüstungskonvention, des Verzichts und der Zerstörung der Angriffswaffen und der Bestimmung, ob und inwieweit die Flottenabrüstung in der neuen Konvention berücksichtigt werden könne. Es bestand kein Zweifel darüber, daß Frankreich sich niemals zu einer Herabsetzung seiner militärischen Stärke oder zu irgendeinem Zugeständnis an Deutschland bereit erklären würde, bis das nationalsozialistische Regime seinen "internationalen guten Willen und seine Harmlosigkeit" gezeigt habe und das vorgeschlagene internationale Kontrollsystem sich wirksam erwiesen hätte. **Frankreich verlangte eine zwei- bis dreijährige Probezeit, die jeder Abrüstungsmaßnahme vorausgehen hätte. Die französischen Absichten liefen dann praktisch auf ein zweifaches Abrüstungsabkommen hinaus, d. h. zunächst auf ein Abkommen, das keine Abrüstung brachte, sondern nur eine "Prüfungszeit" über den gegenwärtigen Rüstungsstand, vor allem aber Deutschland einer Rüstungskontrolle unterstellte; erst nach diesem "Prüfungsabkommen" sollte das zweite Abkommen, das die eigentlichen geringfügigen Rüstungsbeschränkungen enthielt, in Kraft treten**. Unter diesen Voraussetzungen, das sah Henderson ein, schien es völlig zwecklos, die Abrüstungsbesprechungen im Oktober wieder aufzunehmen. Seine Bemühungen waren ohne Erfolg geblieben.

Französische Hetze

Die **französische Generalität** verstand es in diesen Tagen glänzend, eine wirk-
same Pressepropaganda für die **Kontrollforderungen** zu entfalten. In Wort und Schrift wurden die unerhörtesten Verdächtigungen gegen Deutschland erhoben: Deutschland rüste auf, und zwar bereite "ein gewisses eroberungslüsternes Land, in dem ein neues Regime herrscht, schon etwa drei Jahre, ehe es losschlägt", die **industrielle Mobilmachung** bis ins kleinste vor. Deshalb dürfe Frankreich nicht abrüsten. Der General Debeney meint, ehe man das Wort Abrüstung in den Mund nehme, müsse eine **internationale Rüstungskontrolle Deutschlands** vorgenommen werden, und zwar seines lagernden Materials und aller der "Etablissements, die seiner industriellen Mobilmachung dienen könnten". Tag für Tag, in allen französischen Städten, bei allen Gelegenheiten und von allen möglichen Leuten wurden derartige, durch nichts begründete Vorwürfe und Begründungen erhoben. Trotzdem es die Genfer Abrüstungskonferenz erreicht hatte, daß mit der Einführung der Arbeitsdienstpflicht am 1. Januar 1934 nicht mehr zu rechnen war, erzählte Géo London im *Pariser Journal* Dinge über Deutschlands "Aufrüstung", die jeder Vernunft Hohn sprachen. Seine Ausführungen gipfelten in der Behauptung, **der Arbeitsdienst sei die Vorbereitung für die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und ein wichtiger Faktor in Deutschlands Geheimrüstungen**.

Ebenso wie Sowjetrußland und Polen **drohte auch England der französischen Mentalität zu erliegen**. Die *Times* brachten Anfang September halboffizielle Auslassungen darüber, daß England unter Umständen bereit sein würde, dem französischen Plane einer mehrjährigen Probezeit der Kontrolle beizustimmen. Die englische Zeitung gelangte zu dieser Schlußfolgerung:

"Wenn die britische und französische Delegation im vollen Einvernehmen - und auch mit Italiens Unterstützung - nach Genf gehen, dann kann die internationale Kontrolle der nationalsozialistischen Regierung als klarer Fall vorgelegt werden, und diese wird dann ihre wirklichen Absichten zeigen müssen. Wenn sie sich weigert, ein gerechtes und aufrichtiges Angebot zur Teilnahme an einem Kontrollsystem anzunehmen, dem alle Mächte gleichmäßig unterworfen sein werden, dann wird auf sie die Verantwortung für ein Scheitern fallen." -

So weit aber war es noch nicht!

Am 18. September **begannen in Paris die englisch-französischen Vorbesprechungen über die Abrüstungsfrage.** Es beteiligten sich daran Daladier und Paul Boncour, Lord Tyrrell und Eden. **Beherrschend im Vordergrund stand die neueste französische Lieblingsthese der Kontrolle,** insbesondere die mehrjährige Vorkontrolle über Deutschland, das man geheimer Aufrüstung zieh. **Die Tendenz der Franzosen ging nach wie vor dahin, ein militärisches Kontrollsystem in Art und Umfang wieder herzustellen, wie es in den Jahren unmittelbar nach dem Weltkriege bestand.** Ein solches Vorhaben aber, dem sich England und Amerika anzuschließen tatsächlich Miene machten, wurde in Deutschland als absolut widersinnig und im Gegensatz zu den Aufgaben der Abrüstungskonferenz stehend abgelehnt. In Deutschland erklärte man, daß eine derartige Kontrolle nicht nur neue demütigende Eingriffe in die Hoheitsrechte des Reiches mit sich bringe, sondern auch im Gegensatz zur Formel vom 11. Dezember 1932 stehe; aber es sei nicht Deutschlands, sondern Englands Sache, Frankreich umzustimmen. Den deutschen Äußerungen ist es wohl zuzuschreiben, daß am 22. September **die Pariser Konferenz ergebnislos abgebrochen wurde** und die schon in greifbare Nähe gerückte französisch-englische Einigung in der Kontrollfrage nicht zustande kam. Wenn auch England und Frankreich darin einig waren, daß das deutsche Heer von 100 000 Soldaten durch eine Miliz von 200 000 Mann ersetzt werden solle und daß für Deutschland nach wie vor schwere Artillerie und Tanks verboten sein sollten, so wollte doch England von den beiden entscheidenden Forderungen der Franzosen, der dauernden regelmäßigen und zwangsweisen Kontrolle und der Probezeit, nichts wissen.

Völkerbundsversammlung

Die ungeheure internationale Spannung, die seit Monaten über Europa lag, lähmte auch die Ende September in Genf stattfindende **Völkerbundsversammlung,** an der neben Neurath zum erstenmal ein nationalsozialistischer Minister, Dr. Göbbels, teilnahm. Auch hier stand, alles beherrschend, das **Abrüstungsproblem im Vordergrund.** Der Engländer Simon betonte in seiner Rede, nichts sei von größerem Wert für die wirtschaftliche Gesundung als ein baldiges Abrüstungsabkommen, es würde wieder größeres Vertrauen in die Welt bringen. Es sei denkbar, daß durch Abänderung des Macdonaldplanes, der, seitdem Deutschland ihn angenommen hatte, den anderen verleidet war, eine Abrüstung in Etappen leichter durchführbar sei. Jedenfalls sei es verkehrt, den Schwierigkeiten auf dem Abrüstungsgebiet durch Vertagung zu begegnen. Mit allen Kräften müsse gesucht werden, so schnell wie möglich ein Abrüstungsabkommen in einer der gegenwärtigen Lage, d. h. dem durch Juden- und Marxistenhetze erzeugten Mißtrauen gegen Deutschland, am besten angepaßten Form abzuschließen.

Schon der Beginn der Völkerbundstagung ließ also ahnen, was Deutschland auf der Abrüstungskonferenz, die am 15. Oktober 1933 wieder zusammentreten sollte, zu erwarten hatte. Neurath aber formulierte den unerschütterlichen deutschen Standpunkt nach wie vor dahin, daß wirksame Abrüstungsmaßnahmen die Vorbedingung für eine auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung beruhende Kontrolle seien. Effektive Abrüstung und Gleichberechtigung vorausgesetzt, sei Deutschland bereit, auch einer periodischen und automatischen Kontrolle zuzustimmen, auf die ja Frankreich so großen Wert lege. Jedenfalls habe Deutschland das gleiche Recht auf Sicherheit wie die anderen, und wenn die anderen ihre Militärluftflotten nicht abschaffen wollten, so sei es eine eklatante Ungerechtigkeit, wenn man Deutschland die Möglichkeit der einzig wirksamen Verteidigung gegen Luftangriffe, nämlich die durch Flugzeuge, auch weiterhin vorenthalten wolle. Deutschland habe abgerüstet und verlange, daß nun endlich auch die anderen abrüsten.

Italiens Vermittlung

Italien war stetig bemüht, die Gegensätze zu überbrücken. So schien wenigstens eine **Einigung zwischen Italien und Frankreich** bei Beginn der Völkerbundsversammlung erreicht zu sein, die sich auf folgende Punkte erstreckte: Die ehemaligen Alliierten nehmen während der Dauer einer vierjährigen internationalen automatischen und ständigen Kontrolle keine neuen Rüstungen vor; die Mächte sind grundsätzlich mit einer Abrüstung einverstanden, die nach der vierjährigen Probezeit einsetzen und etappenweise auf Grund des Macdonaldplanes durchgeführt werden soll; Deutschland soll jetzt schon seine Effektivbestände und Verteidi-

gungswaffen erhöhen dürfen, vorausgesetzt, daß die Reichswehr durch ein Milizheer abgelöst wird und die Ergebnisse der Kontrolle ergeben, daß Deutschland die in den Verträgen übernommenen Verpflichtungen nicht verletzt; chemische Kriegsmittel und Giftgase sollen sofort in allen Ländern verboten sein.

Ohne Zweifel kam diese "Einigung" den Franzosen stark entgegen, immerhin aber war doch die vierjährige Probekontrolle nicht auf Deutschland allein beschränkt. Allerdings - die wirkliche Abrüstung sollte wieder auf 4 Jahre hinausgeschoben werden. Doch schon am 27. September zeigte sich wieder ein anderes Bild. In der Vollversammlung des Völkerbundes berichtete **Simon, es müsse wenigstens eine erste, gewissenhaft innegehaltene Etappe der Abrüstung herbeigeführt werden.** Wie diese harmlosen Worte zu deuten waren, offenbarte Simon zwei Tage später. Er erklärte nämlich, **daß England, Frankreich und Amerika übereingekommen wären, die Abrüstung solle auf zwei Abschnitte von drei bis vier Jahren verteilt werden. Schon im ersten Abschnitt sollten greifbare Abrüstungsmaßnahmen durchgeführt werden, und zwar in erster Linie die Umwandlung der deutschen Reichswehr in ein Milizheer nach dem Vorschlage Macdonalds. Schon in dieser Zeit setze die Kontrolle ein. Ergebe sich die lückenlose Durchführung der Verpflichtungen aller beteiligten Staaten, so werde der zweite Zeitabschnitt "Massiv-Abrüstungen" auch des französischen Heeres bringen.**

Es zeichnete sich also Ende September ganz deutlich hinter der schillernden Spiegelfechtereier der Westmächte das Bestreben der Franzosen ab, dem sich Italien, England und Amerika anschlossen, zunächst überhaupt einmal, ehe man an die Abrüstung dachte, die Reichswehr zu zerbrechen. Die Großmächte hatten sich tatsächlich schon vom Macdonaldplan entfernt, was vor allem auch darin zum Ausdruck kam, daß England in den ersten Tagen des Oktober gewaltige Rüstungsvermehrung beschloß. Die deutsche Regierung ließ trotz allem in London und Paris erklären, daß sie von ihrem Standpunkte nicht weichen werde, sondern Gleichberechtigung und Abrüstung der anderen verlange.

Die Hinwendung Englands zu Frankreich wurde durch einen **Beschluß des englischen Kabinetts vom 9. Oktober endgültig vollzogen.** Der Londoner Kabinettsbeschuß betraf folgende Punkte: England stimmt der Übergangsperiode zu, während welcher die ständige Kontrollkommission arbeiten und der Anfang mit der Umwandlung langfristig dienender festländischer Heere (d. h. also der Reichswehr) in kurzfristige Milizen gemacht werden soll, bevor die Abrüstungsvereinbarung in Kraft tritt; sodann soll unter keinen Umständen die Wiederbewaffnung Deutschlands zugestanden werden; wenn Deutschland auf seinen Forderungen bestünde, würde England auf eine Entscheidung drängen, und es der öffentlichen Meinung der Welt überlassen, sich ein Urteil über die Verantwortlichkeit zu bilden; schließlich sei England zu Hendersons ursprünglichem Vorschlag zurückgekehrt, daß die Mächte auch ohne Deutschland die Vereinbarung unterzeichnen sollten, um auf diese Weise einen moralischen Druck auszuüben! **Insbesondere wollte England den Macdonaldplan der englisch-französisch-amerikanischen Vereinbarung angleichen, wie das ja Simon schon am 29. September in Genf angekündigt hatte, und die Übergangsperiode, das heißt die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung, auf 8 Jahre hinausschieben.**

**Deutschlands Austritt
aus dem Völkerbund**

Als die Völkerbundsversammlung am 11. Oktober geschlossen wurde, war die **abrüstungsgegene Phalanx England, Frankreich und Amerika** hergestellt. Simon hatte aus London die Weisung erhalten, auch allen Mindestforderungen Deutschlands entgegenzutreten. Ein letzter italischer Vermittlungsversuch, der auch von Amerika unterstützt wurde, auf einer Fünfmächtebesprechung eine Verständigung herbeizuführen, scheiterte. Die folgenden Tage vergingen in Besprechungen und Konferenzen, aus denen sich ergab, daß die Abrüstungskonferenz nur noch das Ziel hatte, Deutschland gänzlich zu entwaffnen und ihm nicht die Rechte der anderen Völker zuzugestehen. Am Vormittage des 14. Oktober hielt Simon im Präsidium der Abrüstungskonferenz eine hochmütige Rede, aus der hervorging, daß Deutschland erneut gedemütigt werden und daß von wahrer Abrüstung und Gleichberechtigung nicht mehr die Rede sein sollte. Frankreich und Amerika schlossen sich den englischen Ausführungen an. **Darauf er-**

klärte Adolf Hitler in der Mittagsstunde des 14. Oktober 1933 den Austritt Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz und dem Völkerbund. Der Schritt war nötig. Das neue, völkische Deutschland durfte seine Ehre und die Wahrhaftigkeit seines Wollens nicht verhöhnen und mit Füßen treten lassen durch fremde Regierungen, die unter dem Einfluß jüdischer und marxistischer Deutschenhasser standen.



Das neue Deutschland hatte **wenig Freunde in Genf**. Das bewies auch der **Verlauf der Internationalen Arbeitskonferenz im Juni**. Die deutschen Vertreter, die von Dr. Ley geführt wurden, wurden nicht nur ebenso wie die italienischen Vertreter aus sämtlichen Ausschüssen der Arbeitskonferenz ausgeschlossen, sondern Dr. Ley wurde persönlich von dem Franzosen Jouhaux aufs wüteste beschimpft. Diese Beschimpfungen setzten sich auch in den nächsten Sitzungen fort, ohne daß sie von dem Vorsitzenden zurückgewiesen wurden. Darauf verließen Dr. Ley und seine Abordnung am 19. Juni Genf.



Wirtschaftsfragen

Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen waren durch das Mißtrauen des Auslandes gegenüber der neuen Regierung, durch die jüdische und politische Hetze von starken Erschütterungen bedroht, die ihren Ausdruck in einem Absinken der deutschen Ausfuhr und einer beginnenden Rückziehung von Krediten fanden. Das demokratische System aber hatte Deutschland der nationalsozialistischen Regierung als das größte Schuldnerland der Welt hinterlassen! **Es war die Aufgabe des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, nicht nur zu verhüten, daß Angstmanipulationen der Auslandsgläubiger die Reichsbank, die deutsche Mark und das deutsche Wirtschaftsleben in ein Chaos verwandelten, sondern auch eine Atempause für die immer drückender und schier unmöglich werdenden Zinsverpflichtungen zu erreichen, dem deutschen Volke einen Schutz zu verschaffen, damit die nationalsozialistische Wirtschaftsneuordnung nicht gestört werde, - und diese Aufgabe war nicht leicht.**

In der Woche vor Ostern hielt sich der amerikanische Delegierte **Norman Davis in Berlin** auf. Die Aussprachen mit Hitler und Schacht trugen sehr zur Entspannung zwischen Deutschland und Amerika bei. Norman Davis erklärte, daß er "wirklich beruhigt" Berlin verlassen habe. Er hatte sich überzeugt, daß die neue Regierung zwar eine klare Trennungslinie zwischen ihrer und ihrer Vorgänger Politik ziehen wolle, aber den festen Willen habe, auf der Abrüstungskonferenz und Weltwirtschaftskonferenz mitzuarbeiten. Schon bei diesem Besuch wurde das wichtige Problem der Anpassung der privaten deutschen Schulden an das völlig veränderte Verhältnis der Warenwerte zur Sprache gebracht.

Anfang Mai weilte **Schacht in Washington**, um an den Vorbesprechungen für die zum 12. Juni nach London einberufene Weltwirtschaftskonferenz teilzunehmen. Schacht konnte hierbei nur immer wieder eins tun, den Amerikanern versichern, daß **Deutschland alle seine Privatschulden gewissenhaft bezahlen und seine Währung stabil erhalten würde**. Das waren die beiden Punkte, welche das Ausland am stärksten interessierten. Allerdings, so fuhr Schacht fort: Amerika müsse jetzt Frieden machen, es sei nötig, daß der Versailler Vertrag revidiert werde, es könne nicht länger Sieger und Besiegte geben, und Deutschland könne seine Verpflichtungen nur erfüllen, wenn es Devisen hereinbekomme, diese aber könnten wieder nur durch vermehrte Ausfuhr erhalten werden. Gelänge eine Verbesserung des deutschen Außenhandels nicht, dann werde Deutschland möglicherweise nicht in der Lage sein, kurz- und langfristige U.S.A.-Kredite in Höhe von einer Goldmilliarde zu verzinsen. Man müsse also mit dem Abbau der Handelshemmnisse beginnen.

Dies war das Kernproblem: wie soll, zum Zwecke der Bezahlung der Zinsen für ausländische Kredite, die deutsche Mark von der Reichsbank in ausländische Währung umgewandelt werden, da es der Reichsbank an Devisen fehlte? Das Übertragungs-, das Transferproblem stand im Vordergrund. Der Zinsendienst für Auslandsanleihen betrug 1933 etwa 1,6 Milliarden. Aber die

Eingänge aus dem Leistungs- und Handelsverkehr erreichten nur 1,2 Milliarden. Der Bestand der Reichsbank an Dollar in Gold oder Devisen war von 750 Millionen Ende 1929 auf 500 Millionen zurückgegangen. Der Ausfuhrüberschuß betrug im ersten Vierteljahr 1933 nur noch 113 Millionen (gegen 329 Millionen erstes Vierteljahr 1932). Aus diesem Mißverhältnis zwischen Gold- und Devisenbestand und Schuldendienst, das sich, wenn sich die Außenhandelslage nicht besserte, noch verstärken mußte, ergaben sich die Transferschwierigkeiten.

Dahinter stand natürlich die **zweite Frage der Zinsherabsetzung**. Die ausländischen Kredite wurden von der durch Brüning Anfang 1932 herbeigeführten Zinssenkung nicht berührt. Wenn es gelang, jetzt eine Herabsetzung der Zinsen zu erreichen, dann diene dieser Vorgang nicht nur zur Entlastung der Reichsbank, sondern vor allem auch der deutschen Wirtschaft, die von den hohen Zinsen bedrückt wurde. In seinen Besprechungen mit dem Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, am 21. und 22. Mai rückte Schacht die **Frage der Zinsherabsetzung in den Vordergrund**.

Am 29. Mai begann in Berlin eine von Schacht einberufene **Konferenz der Auslandsgläubiger**. Schacht setzte auseinander, wie die Wahnsinnspolitik der Tribute das deutsche Volk in die unermeßliche Auslandsverschuldung gestürzt habe. Seit Ende 1929 habe Deutschland mehr als 10 Milliarden Mark an Kapital und Zinsen abgeführt. Deutschland habe den festen Willen, seinen Verpflichtungen voll und ganz nachzukommen; aber wenn jetzt die Gläubiger mehr verlangen würden, als Deutschland zahlen könne, dann würde die bisher durch Devisenzwangsbewirtschaftung geschützte Mark wieder internationales Spekulationsobjekt werden, eine Katastrophe, ein Chaos, schlimmer als 1923, und der Verlust der ausländischen Guthaben könnte eine mögliche Folge sein. Dies aber wolle und werde die Reichsbank nicht zulassen.

Transferaufschubabkommen

Die Auslandsgläubiger waren überzeugt, daß es nötig sei, die Reichsbankreserven an Devisen schrittweise zu erhöhen, um die Reichsbank dadurch zu unterstützen in ihren erfolgreichen Bemühungen, die Stabilität der deutschen Währung fortzuführen. Das war ein außerordentlich großes Zugeständnis, wie es nicht einmal Luther und Brüning in dem kritischen Sommer 1931 und den damals abgeschlossenen Stillhalteverhandlungen zu erlangen vermochten! Aber es war kein Vergleich, den Deutschland suchte, sondern nur ein Zahlungsaufschub: Deutschland versicherte, daß es seine Verpflichtungen in voller Höhe erfüllen werde. Am 9. Juni kam ein **Transfermoratorium** vom 1. Juli 1933 ab auf sechs Monate zustande für alle diejenigen Verpflichtungen, die bei der Bankenkrise am 15. Juli 1931 bestanden, soweit sie nicht in den Stillhalteabkommen besonders geregelt worden waren. Auf Grund dieser Vereinbarung erließ die Reichsregierung das **Transfer-Aufschubgesetz** vom gleichen Tage. Die deutschen Schuldner mußten selbstverständlich ihre Zinsen nach wie vor bezahlen, in Reichsmark zu den Tageskursen der fremden Währungen. Diese Markbeträge wurden einer Konversionskasse überwiesen; die Gläubiger hatten das Verfügungsrecht über diese Markbeträge und konnten sich für ihre Guthaben 4prozentige Reichsanleihen aushändigen lassen, wodurch an die Stelle der Privatschuldner das Reich trat.

Die Spanne für das Inkrafttreten des Transferaufschubes vom 9. Juni bis 1. Juli war gewählt worden, um der Londoner Weltwirtschaftskonferenz Gelegenheit zu geben, sich inzwischen mit dem Transferproblem zu beschäftigen und es allgemein zu lösen.

Bei dieser Transfereinigung hatten die Gläubiger unter dem Zwange der Not gehandelt, und es gab **Kreise unter ihnen, die sehr ungehalten waren!** In **England** zwar war man weniger überrascht. Hier hatte man bereits seit November 1932 mit einem solchen deutschen Schritt gerechnet. In **Amerika** aber wurde geäußert, im Falle eines allgemeinen deutschen Transfermoratoriums werde man das Eigentum solcher deutschen Firmen in Amerika beschlagnahmen, die mit ihren Bonds in Verzug geraten seien! Diese starken Widerstände, die es also im Auslande gegen ein Transfermoratorium gab, sollten auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz beseitigt werden.

Die Berliner Besprechungen sollten am 13. Juni in **London mit den Vertretern der langfristigen Kredite und der sehr widerstrebenden Bank für Internationalen Zahlungsausgleich** (Basel)

fortgesetzt werden, und zwar auf der Grundlage des Berliner Ergebnisses, nämlich daß

1. die Gold- und Devisenreserve der Reichsbank zum Zwecke der Erhaltung ihrer Funktionen als Währungsinstitut wieder erhöht werden müsse und
2. der laufende Warenhandel Deutschlands keinen Finanzierungsbeschränkungen unterworfen werde, weil sonst die hervorragendste Quelle des Devisenaufkommens verschlossen werden würde. -

Am 12. Juni eröffnete König Georg von England in London die mit großer Spannung erwartete Weltwirtschaftskonferenz, die

Weltwirtschaftskonferenz

auf Grund des Lausanner Beschlusses vom Juli 1932 der kranken Welt das Heil bringen sollte. 1500 Abgeordnete aus 65 Staaten waren anwesend. Von Deutschland waren Neurath, Hugenberg, Scherwin-Krosigk, Schacht u. a. eingetroffen. Die Aufgaben der Konferenz betrafen folgende Gebiete: Währungs- und Kreditfragen (vor allem Stabilisierung der angelsächsischen Währungen), Erhöhung der Warenpreise, Wiederaufnahme der Kapitalbewegung, Beseitigung der internationalen Handelsbeschränkungen, Organisation der Erzeugung und des Handels, um die "gemeinsame Krankheit" der Arbeitslosigkeit - mehr als 20 Millionen waren in der Welt arbeitslos - zu bekämpfen. Insbesondere war es das Bemühen der Mächte, neben einer Stabilisierung der Währungen und Hebung des Preisniveaus auch Änderungen der Zollbarrieren herbeizuführen.



Eröffnung der Weltwirtschaftskonferenz in London durch König Georg V., 12. Juni 1933. Photo Scherl.



MacDonald spricht auf der Weltwirtschaftskonferenz. Photo Scherl.

Neurath wies in seinen Ausführungen darauf hin, **daß internationale Schulden letzten Endes nur durch Waren- und Dienstleistungen abgetragen werden können.** Zwischen finanziellen und wirtschaftlichen Problemen bestehe eine innere Verbundenheit. Vor allem aber sei **gegenseitiges Vertrauen nötig.** Die deutsche Regierung könne von sich sagen, daß sie ihr Teil dazu beigetragen habe, dieses Vertrauen wiederherzustellen, aber die Abrüstungskonferenz sei trotz dem großen Entgegenkommen Deutschlands eine ungeheure Enttäuschung geworden. Ohne die Lösung der großen schwebenden politischen Fragen könnten die Beratungen der Weltwirtschaftskonferenz zu keinem befriedigenden Ergebnis führen.

Aber auch London bot das übliche Bild der bisherigen Konferenzen. Der liberalistische Geist, der die Teilnehmer beherrschte, brachte tausend Vorschläge, tausend Rechthabereien, tausend Zänkereien zuwege, aber etwas wirklich Positives wurde nicht geleistet. Die schönen Hoffnungen und Wünsche erstickten immer mehr in Reden und Gegenreden, und Ende Juni befand sich die Konferenz auf dem toten Punkte. Schon am 5. Juli wurden Vertagungspläne erwogen! Aber der Entschluß, die unfruchtbaren Reden zu beenden, war schwer; so zogen sich die Verhandlungen denn von Tag zu Tag weiter hin. Am 27. Juli endlich erlosch die unfruchtbare Versammlung.

Die Weltwirtschaftskonferenz hatte kein Ergebnis. **Ihre historische Bedeutung besteht aber darin, daß die Erkenntnis vom Werte einer gesunden Nationalwirtschaft sich Bahn brach. Gesunde Nationalwirtschaft muß Voraussetzung und Grundlage einer gesunden Weltwirtschaft**

sein. Nationalwirtschaftliche Selbstentwicklung, das sagten die Deutschen, bedeutet keineswegs den Wirtschaftskrieg aller gegen alle, sondern bedeutet einen **vernünftigen Ausgleich zwischen den unvergänglichen Rechten eines jeden Landes auf Entfaltung aller seiner eigenen Kräfte und der Notwendigkeit des Zusammenlebens mit den anderen.**

Diese wirtschaftliche Selbstbesinnung war es, die Schacht auch unermüdlich in London forcierte. Er erklärte als das Hauptübel der Wirtschaftskrise die Verschuldung der Länder, und es sei im kapitalistischen Zeitalter bekanntlich so, daß man die Ursachen für Mißstände niemals bei sich selbst suche, sondern nur den anderen Vorschriften machen zu müssen glaube. Und das sei das Ziel gewesen, mit dem die Deutschen nach London gekommen seien: **Die Bereinigung der wirtschaftlichen und finanziellen Schlacken und Rückstände des Krieges und der unsinnigen Friedensverträge, mit anderen Worten: Die Schaffung eines neuen Staates für alle.** Doch die Wirtschaftskonferenz habe sich unfähig gezeigt. Immerhin, **Roosevelt** habe grundsätzlich denselben Gedanken wie Hitler und Mussolini:

"Nehmt euer Wirtschaftsschicksal selbst in die Hand und ihr helft nicht nur euch, sondern der ganzen Welt."

In der **Schlußsitzung der Konferenz** hielt Schacht noch einmal eine Rede. Er stellte fest, daß die Konferenz gescheitert sei. Der Fehler liege im System.

"Solange die Einzelnationen nicht in sich ein gewisses wirtschaftliches Gleichgewicht wiedergefunden haben, wird der Erfolg einer neuen Weltwirtschaftskonferenz zweifelhaft bleiben. Das ist die große Lehre, die uns diese Konferenz mitgibt. Internationale Zusammenarbeit wird erst dann zur praktischen Wirklichkeit werden, wenn sich nicht mehr der eine auf den andern verläßt, sondern wenn jeder zunächst aus eigener Kraft alles daran setzt, um der Krise Herr zu werden. Die bisher gebräuchliche ungesunde Methode, durch internationale Kreditinanspruchnahme die Wirtschaftslage für den Augenblick zu erleichtern, muß dem Willen weichen, aus eigener Kraft eine gewisse wirtschaftliche Stabilität herzustellen... Die deutsche Regierung wird auch in Zukunft jede internationale Zusammenarbeit zu fördern bereit sein. Wir glauben aber, daß diese Arbeit erst dann Erfolge bringen wird, wenn die einzelnen Länder in ihrer eigenen Wirtschaft und in ihren nachbarlichen Beziehungen einen festen Grund dazu gelegt haben. Das Ziel freilich wird immer das gleiche bleiben: die Bereinigung der Welt von den wirtschaftlichen und finanziellen Schlacken des Krieges, d. h. einen neuen Start zu gewinnen für eine bessere Zukunft."

Neben den Verhandlungen der Weltwirtschaftskonferenz liefen in London **wochenlange Verhandlungen Deutschlands mit den ausländischen Gläubigern**, die dem Stillhalteabkommen unterworfen waren. Es war außerordentlich schwer, zu einem Ergebnis zu kommen. Die Gläubiger litten unter der Angst, Deutschland werde sein Programm zur Vernichtung des internationalen Kapitalismus durchführen. Daher sträubten sie sich gegen einen Transferaufschub und eine Herabsetzung des Zinsendienstes. Erst Mitte Juli konnten nach vielen Schwierigkeiten Abkommen getroffen werden, die, auch für die öffentlichen Schulden, ein Transfermoratorium von 50% brachten und eine Zinsherabsetzung bei den landwirtschaftlichen Krediten zubilligten. So war denn endlich erreicht, daß für sämtliche Auslandsschulden ein 50%-Transfermoratorium und für einen Teil eine Zinssenkung durchgeführt worden war. Nur für die Dawesanleihe von 1924 sollen Zinsen und Tilgung voll transferiert werden.

Allerdings trat das **Transferaufschubgesetz** vom 9. Juni bereits am 1. Juli in Kraft, so daß für einen Teil der Auslandsschulden der Transferaufschub für sechs Monate in Kraft war, ehe die endgültige Regelung in London erfolgte. Die von der Reichsbank im Gegensatz zu dem Gesetz und den Junivereinbarungen durchgeführte Milderung bestand darin, daß nur die Hälfte der ausländischen Zinsen dem Moratorium unterworfen, die andere Hälfte aber weiterhin transferiert wurde. Es war dies ein Kompromiß, der dem Standpunkte der Auslandsgläubiger, die nur widerwillig zustimmten, und dem Standpunkte der Deutschen entgegenkam.



Der Aufbruch des deutschen Volkes machte sich auch im **Saargebiet** bemerkbar. Auch hier setzte sich jetzt siegreich der Nationalsozialismus gegen Marxismus und Separatismus durch, aber in dem Maße, als der Freiheitswille der Saardeutschen stieg, wurde die unglückliche Bevölkerung einem **zunehmenden Martyrium durch die Saarregierung und die Franzosen** unterworfen.

Schicksal des Saargebietes

Schon unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 setzte eine harte **Politik der Unterdrückung** ein, wie sie nach dem Abschluß des Krieges im Rheinland und 1923 im Ruhrgebiet durch die Franzosen betrieben wurde. Das Tragen von Abzeichen und Uniformen wurde verboten, selbst Versammlungen und Sprechabende waren nicht erlaubt, die N.S.B.O. und der Kampfbund für deutsche Kultur wurden nicht mehr gestattet, nationale Filme durften nicht mehr gezeigt werden, deutsche Zeitungen wurden massenweise verboten und unterdrückt. Eine Gesinnungsknebeli schlimmster Art wurde von der Saarregierung betrieben.

Hinzu kam, daß die Regierung keinerlei Maßregeln gegen kommunistische Überfälle auf Nationalsozialisten ergriff. **Der rote Meuchelmord wütete im Lande und kam den Franzosen gerade recht.** Die Polizei der Saarregierung ließ den kommunistischen Mördern, die aus dem Reiche flohen, sogar ihren Schutz angedeihen; sie sah ihre Aufgabe nur darin, die Wohnungen von Separatisten und Verrätern und Lumpen zu schützen und zu bewachen.

Das Volk hatte nichts gemein mit dieser verbrecherischen und verräterischen Politik von oben her. Auf den französischen Grubenverwaltungen, auf dem Oberbergamt wehte wohl die Trikolore, aber niemand achtete sie. In den Dörfern waren französische Schulen entstanden, aber nur die Kinder der Lumpen und Verräter besuchten sie. In den Städten und Fabriken wurden französische Zeitungen verteilt, aber niemand las sie. Die Saarländer waren und blieben deutsch, und der Umschwung in Deutschland hatte ihrem Selbstbewußtsein vollends neue Kraft gegeben und alle Unterdrückungsmaßnahmen hatten nur den Erfolg, daß der Nationalsozialismus im Saargebiet um so wuchtiger und mächtiger wurde. Dudweiler, seit langem eine Hochburg des Marxismus, schwamm am 1. Mai 1933 in einem Fahnenmeer von schwarz-weiß-rot und Hakenkreuz. **Die Wahlen in den drei Warndgemeinden Karlsbrunn, Dudweiler und Naßweiler** am 2. Juli 1933 erbrachten den Nationalsozialisten mehr als 1000 Stimmen von insgesamt 2700, während die Separatisten eine völlige Niederlage erlitten.

Nun wurde allerdings das Saargebiet in den Frühsommermonaten ein **Sammelplatz sozialdemokratischer Emigranten aus Deutschland**, und diese Verräter entwickelten sich zu einer **Hilfstruppe der Franzosen und Separatisten und ihrer verräterischen Politik.** Mitte Juni wurde in Saarbrücken eine neue sozialdemokratische Zeitung *Deutsche Freiheit* begründet. Welche Bedeutung diesem Vorgange zukam, ergab sich aus einem Artikel Friedrich Adlers, des Sekretärs der Zweiten Internationale. Der schrieb in der Saarbrücker *Volksstimme*:

"Das Problem ist, daß die vergewaltigte Partei im Auslande Vertreter haben muß. Das geistige Zentrum der Partei kann nur in Freiheit funktionieren; es kann also nicht in Deutschland seinen Sitz haben. **Die Stelle, von der die Neuorganisation der Partei angekurbelt wird, muß im Auslande liegen.** Sicher werden immer wieder **illegale Zentren im Inlande aufgebaut werden müssen**, aber die Kontinuität zwischen diesen Gebilden, die nach kürzerer oder längerer Zeit mit polizeilicher Unterdrückung zu rechnen haben, kann nur durch das Hauptzentrum im Auslande gewährleistet werden."

Marxisten an der Saar

Nach den Warndwahlen im Juli und ihren Anzeichen für das Anwachsen des Nationalsozialismus **schien es der Saarregierung angezeigt, die marxistischen Verräter unter ihren besonderen Schutz zu nehmen.** Dieser Bundesgenosse war den Franzosen umso willkommener, als die **Abstimmung, die im Januar 1935 spätestens stattfinden mußte**, immer näher heranrückte und die Aussichten für die Franzosen nicht günstig waren. Gegen die unerhörten Beschimpfungen, welche die Saarmarxisten täglich gegen die deutsche Regierung ausstießen, wehrte sich die deutsche Saarbevölkerung und brandmarkte diese Menschen als Verräter,

drohte ihnen mit Vergeltung und tat sie in Acht und Bann. Das ließ die Saarregierung nicht zu: sie bedrohte jeden, der einen Marxisten beschimpfte, mit Gefängnis! Sie könne es nicht zulassen, daß ein Abstimmungsgebiet, wo das Volk darüber entscheiden solle, ob die Saarregierung weiter im Amte bleiben, oder ob es zu Frankreich oder zu Deutschland (diese Reihenfolge!) gehören wolle, innerlich so zerreiße! - Zugleich mit dieser Anordnung **verbot die Saarregierung die evangelischen Kirchenwahlen**, die am 23. Juli im Reiche stattfanden.

Ende Juli 1933 trat das **Saarproblem in den Vordergrund der europäischen Politik**. Es hatte sich eine "Deutsche Front" gebildet, die mit der Aktivität des Nationalsozialismus die **Befreiung des Saargebietes von jeglichen französischen Raubgelüsten** in Angriff nahm. Eine Verstärkung der französischen Kultur- und Wirtschaftspropaganda war die Antwort. Die *Liberté* in Paris schlug vor, planmäßig die marxistischen Emigranten Deutschlands in die französische Saarpropaganda einzustellen und ihnen den Schutz des Völkerbundes zu gewähren! Man hoffte von den sozialdemokratischen Greuelmärchen einen "glücklichen Einfluß auf das Abstimmungsergebnis." Daneben aber tauchten auch schon andere Pläne in Paris auf. Das Ergebnis der Warndtahlen und die daraus sich ergebende deutsche Einstellung der Saardeutschen bewog Ende Juli die französische Presse, den **Gedanken einer Teilung, Zerreißung des Saargebietes** zu erörtern. Es war ein verwegener Vorstoß, der die Vergewaltigung Oberschlesiens jetzt auch auf die Saar anzuwenden gedachte!

Die Verschärfung des deutschen Kampfes fand Anfang August ihre weitere Fortsetzung, ihre Steigerung bis zur Erbitterung. Bergleute, die ihren Urlaub dazu benutzten, um am deutschen Turnfest in Stuttgart teilzunehmen, wurden von den französischen Grubenverwaltungen entlassen! Darunter gab es Familienväter, die drei Jahrzehnte hindurch ihre Pflicht im Bergbau vorbildlich erfüllt hatten! Als dann noch drei üble Saarkommunisten auf pfälzisches Gebiet gelockt und ihre Verhaftung veranlaßt worden war, hielt sich die französische Regierung sogar für verpflichtet, in Berlin im Wege der Diplomatie einzuschreiten.

Der rote Mordterror nahm immer grauenhaftere Formen an. Unschuldige Leute wurden von den Kommunisten aus dem Hinterhalte rücksichtslos abgeschossen. Ein Beispiel für diese Roheiten bot der Mord an dem 27jährigen Heinrich Scherer aus Hüttersdorf. Immer unverhüllter und brutaler verübten in den Herbstwochen 1933 Marxisten und Separatisten Gewalt- und Mordtaten gegen deutsche Nationalsozialisten. Die roten Mordgesellen durften ungestraft ihr Unwesen treiben, ja die Franzosen traten immer unverhohlener als die Schützer dieser kommunistischen Terrorbanditen und sozialdemokratischen Landesverräter auf. Hatte doch der *Figaro* am 1. August geschrieben, **die Ehre Frankreichs erfordere es, diejenigen zu schützen, die sich an der Saar für seine Sache opferten!** Denn der *Figaro*, von der kommenden Abstimmung nichts Gutes ahnend, stand auf dem Standpunkt, daß man "vor solchen Gegnern, die vor nichts zurückschrecken, schon im voraus als Besiegter dastehe, wenn man nicht mit äußerster Gewalt handle." Übertriebene Achtung vor dem "*fair play*" sei lächerlich, wenn man die wirklichen Waffen, die man besitze, nicht anwende.

Die gewaltige Saarkundgebung, die am 27. August 150 000 Menschen, in der Hauptsache Saarländer, am Niederwalddenkmal vereinigte, war ein heiliges Bekenntnis der Saardeutschen zum Reiche. Es bewies, daß trotz französischer Gewalttat und Unterdrückung deutsches Blut zu deutschem Blut sich findet. Es war gleichsam eine Probe auf die bevorstehende Abstimmung. Adolf Hitler selbst beschwor die Zusammengehörigkeit der Saar und des Reiches: Was Gott als Volk geschaffen habe, gehöre auch zu diesem Volke, weder das Reich könne auf die Saardeutschen verzichten, noch könnten die Saardeutschen auf das Reich verzichten. Der Reichskanzler schloß seine große Rede mit den Worten:

**Bekenntnis der
Saardeutschen
zum Reich**

"Wie Sie von Deutschland erwarten, daß es an Sie denkt und so, wie Deutschland an Sie denkt, so erwartet Deutschland, daß Sie sich des Vaterlandes erinnern, daß, wenn die Stunde einst kommt, Sie dann feierlich votieren für unser deutsches Volk, für unser Deutsches Reich, für unser deutsches Vaterland. Es wird keine glücklichere Stunde geben für dieses neue Deutschland als die, in der wir die Tore aufreißen können und Euch wieder in Deutsch-

land sehen."

Allein auch diese Kundgebung bewies den Franzosen wieder, daß sie bei der kommenden Abstimmung gar nichts zu erwarten hatten. Selbst die geringen Hoffnungen, die sie im Juli und August noch hatten, und die schließlich sogar im Gedanken einer Teilung des Saargebietes gipfelten, schmolzen dahin. Nicht einmal die Hetze marxistischer und separatistischer Lumpen, nicht der kommunistische Blutterror vermochten das gewaltige Ereignis, das unüberwindliche Hinstreben der Saardeutschen zum Reiche, aufzuhalten. Anfang Oktober 1933 löste sich das Saarländische Zentrum auf und gliederte sich in die allein bestehende "Deutsche Front" ein, deren Träger, Führer und Begründer die Nationalsozialisten waren. All ihr Geld, das die Franzosen aufwandten, um wie 1923 im Rheinland eine separatistische Bewegung zu entfachen, war nutzlos vergeudet. Dennoch ließen sie die Hoffnung nicht sinken. **Sie kamen nun auf ihren letzten Ausweg zurück, den einzigen, den sie noch hatten, indem sie nachdrücklicher als zuvor für eine "autonome" Saarrepublik eintraten.** Die Saardeutschen, die nicht zu Frankreich wollten, sollten auch nicht zu Deutschland kommen! Und so sprach die englische Zeitung *Daily Express* die Befürchtung aus, der unter französischem Einfluß stehende Völkerbundsrat werde versuchen, aus dem Saargebiet einen autonomen Pufferstaat zu machen.

In der Tat ereigneten sich im September Vorgänge, die diese Befürchtung zu bestätigen schienen. Unter unzweifelhaftem Bruch des Saarstatuts begann die Regierungskommission dem Drängen der Marxisten und Separatisten nachzugeben und den **saarländischen Polizeikörper mit Ausländern, vor allem mit Luxemburgern, zu durchsetzen** und so die Polizei zu internationalisieren. Diese Ausländer sollten als Kriminalbeamte den politischen Überwachungsdienst innerhalb der deutschen Bevölkerung übernehmen, die deutsche Bevölkerung sollte also zu Heloten internationaler Gewalthaber herabgewürdigt werden! Aber nicht genug damit; die Regierung beabsichtigte auch **die Justiz im verstärkten Umfange zu internationalisieren!** Neben dem obersten Gerichtshof sollten **Sondergerichte** eingesetzt werden, die, mit ausländischen Richtern besetzt, sämtliche politische Prozesse verhandeln sollten! Schlimmere Schmach konnte deutschen Menschen kaum noch zugefügt werden.

Ein in hemmungsloser Brutalität ausartendes **Gewaltregiment setzte Ende September ein.** Der Polizei wurde der Urlaub gesperrt, sie wurde in erhöhten Alarmzustand versetzt. Rücksichtslos mußte die Polizei jetzt gegen Verstöße gegen das Verbot von Parteiuniformen und Parteiabzeichen vorgehen. Dutzende von Leuten wurden auf der Straße aufgegriffen, weil sie irgendwelche Abzeichen oder nach Uniformstücken aussehende Bekleidung trugen. Es genügte schon, daß jemand zur Wache geführt wurde, wenn er vorschriftswidrige Stiefel trug!

Dieses brutale Gewaltregiment war das Werk Frankreichs. Wenn die Franzosen auch genügend bewiesen hatten, daß sie unfähig waren, im Bunde der Kulturvölker aufbauende Arbeit zu leisten, so hatten sie wenigstens erneut bewiesen, daß sie sich auf das Handwerk der Henker deutscher Freiheit vorzüglich verstanden!



Schluß.

Die vier Jahre vom Sommer 1929 bis zum Sommer 1933 leben in der deutschen Geschichte fort als eine Epoche schwerster und entscheidender Kämpfe. Dieses Jahrviert ist erfüllt von dem Kampfe um das Dritte Reich. Wir kennen in der deutschen Geschichte des öfteren derart revolutionäre Zeitalter, in denen urwüchsiger Volkswille nach Form und Gestaltung verlangte. Die Jahre 1521-1525 waren entscheidend für die Gestaltung des reformatorischen Werkes von **Dr. Martin Luther**; die Jahre 1807-1812 umschließen das gewaltige Werk der Reorganisation Preußens; und dann die Jahre vom Sommer 1866 bis zum Frühjahr 1871, in denen **Bismarck** das deutsche Reich erschuf - das Zweite deutsche Reich. -

Die ganze Wucht eines durch Blut und Not gehetzten Volkes konzentrierte sich 1929-1933 in

der großen Bewegung des Nationalsozialismus. Sie war die Zuflucht der Verzweifelnden und der Schild der Hoffenden. Und in diesen Jahren von 1929 bis 1933 erstand ein neuer Glaube an die Zukunft Deutschlands - ein Glaube, der wie allezeit im deutschen Volke auf dem Urboden völkischer Lebenskraft keimte und sich durch das Trümmerfeld stark nach oben entfaltete. Es ist der Glaube, daß ein deutsches Volk nur sein kann im Zusammenfügen der deutschen Menschen unter dem Willen eines Führers.

Zwei mächtige politische Energien rangen um den Besitz des Trümmerfeldes, das der zerfallende Parteienstaat zu hinterlassen sich anschickte: Der Nationalsozialismus und der Kommunismus. Stets aber in der deutschen Geschichte siegte in den Stunden der Entscheidung die schöpferische Kraft, die im Blute des Deutschen ruht, und nicht jene zerstörende Kraft, die ihm von draußen eingepflegt wurde. So konnte auch in dem gewaltigen Streit, in dem zum ersten Male in der deutschen Geschichte nicht die Obrigkeiten, sondern das deutsche Volk zu entscheiden hatte, der chaotische Kommunismus durch die machtvolle, aufbauende und schaffende Kraft des Nationalsozialismus überwunden werden, - durch jene Schöpferkraft, die sich stets und immer in überragenden Führerpersönlichkeiten offenbart.

Deutlich lassen sich die einzelnen Etappen des Kampfes um das Dritte Reich unterscheiden. Genau in dem Augenblick, da der kraftlose und innerlich morsche Parteienstaat von Weimar sich anschickte, durch den Youngplan das Versklavungssystem von Versailles zu vollenden, hob er an. Er mußte in dem demokratischen Staatsgefüge, sofern er auf dem Boden der Legalität ausgefochten wurde - und das entsprach dem deutschen Wesen -, mit der Eroberung der Volksmassen und der Parlamente beginnen. Von unten her mußten die in der Parteienbonzokratie erstarrten Obrigkeiten ihrer Macht enthoben werden. **Drei Stöße von zunehmender Wucht erfolgten: Das Volksbegehren und der Volksentscheid gegen den Youngplan 1929, die Reichstagswahl von 1930 und der Stahlhelmvolksentscheid zur Auflösung des Preußischen Landtags 1931.**

Die Inhaber der demokratischen Regierungsgewalt suchten dem Drängen des Volkes zu entgehen, indem sie in wachsendem Umfange sich auf die verfassungsmäßige, demokratische Diktatur stützten, die Parlamente ausschalteten. Reichskanzler Brüning hatte die Aufgabe, dem völkischen Ansturm Stand zu halten. Seine Regierung strebte immer mehr einer Diktatur des Zentrums entgegen, aber seine innere Schwäche zwang ihn, sich zu behaupten, indem er zwischen den beiden feindlichen Mächten des Nationalsozialismus und Kommunismus einen Zustand des Gleichgewichts herzustellen versuchte. Und diese demokratische Politik kostete zahlreiche Blutopfer; der Bolschewismus wütete mit Mordterror gegen die Anhänger Hitlers.

Aber auch diese Bluttaten vermochten die völkische Bewegung nicht aufzuhalten. Die mächtig emporstrebende nationale Opposition schuf sich in der Harzburger Front im Herbst 1931, wozu Hitler, Hugenberg und Seldte zusammentraten, eine politische Form, die allerdings an starken inneren Spannungen litt und als solche nicht aktionsfähig war.

Dann kam das Jahr 1932, das Jahr der großen Wahlen. Die Reichspräsidentenwahlen und die Länderwahlen im Frühjahr legten Zeugnis davon ab, daß die sieghafte Eroberung des Volkes durch den Nationalsozialismus gewaltige Fortschritte gemacht hatte. Es war Zeit, daß das System von Weimar beseitigt wurde, es war durch das Volk selbst, legal, überwunden worden. Brüning stürzte und die marxistischen Machthaber Preußens wurden gestürzt, ihr verzweifelter Widerstand brach in sich zusammen. Die Zeit vom Mai bis Juli 1932 war das Ende von Weimar, das nur möglich war durch das Vordringen des Nationalsozialismus.

Die Etappe der Regierungen Papens und Schleichers bildete ein Übergangsstadium. Papen und Schleicher standen zwischen dem überwundenen Weimarer Parteienstaat und dem reaktionären Obrigkeitsstaat der vornovemberlichen Zeit. Die kraftvolle neue Idee, die allein im Nationalsozialismus ruhte, fehlte ihnen. Das Charakteristische dieser Ära sind ihre Versuche einer Verfassungsänderung, die steril bleiben mußten, weil in ihnen das deutsche Volk ausgeschaltet werden sollte. Die Art dieser Regierungen war innerlich kraftlos; sie erschlafften daher im Rückfall in den Parla-

mentarismus.

Für den Nationalsozialismus wurde diese Periode vom 30. Juli 1932 bis 30. Januar 1933 die gefährlichste. Adolf Hitler widersetzte sich standhaft den Versuchen Papens, Hindenburgs und Schleichers, in das obrigkeitliche wie in das parlamentarische Regierungssystem hineinbezogen und mit dem Todeskeim dieser Systeme belastet zu werden. Seine deutschnationalen Verbündeten in der Harzburger Front standen offen gegen ihn auf, und in der isolierten Opposition außerhalb der Staatsgewalt hatte der Nationalsozialismus eine schwere Belastungsprobe gegenüber den Kräften in seinen eigenen Reihen zu bestehen, die in den Staat hineinstrebten. Die in Regierungsexperimenten erschöpfte Staatsgewalt und der durch innere Auseinandersetzungen gehemmte Nationalsozialismus gaben den Kommunisten neue Kraft, und diese schickten sich an, durch einen allgemeinen Aufstand die Macht in ihre Hand zu bringen.

In letzter Stunde dann trat Adolf Hitler als Kanzler einer Regierung der Harzburger Front an die Spitze des Reiches, am 30. Januar 1933. Damit war der Kampf um das Dritte Reich ein wesentliches Stück vorwärtsgekommen. Die schnelle Arbeit des Nationalsozialismus ermöglichte es, daß bereits bis zum Frühsommer die Staatsmacht und der Staatsapparat vom Nationalsozialismus durchdrungen wurden, und daß anschließend die Durchdringung des deutschen Volkes mit der neuen Staatslehre vor sich gehen konnte. Im Hochsommer 1933 war der nationalsozialistische, der völkische deutsche Führerstaat an die Stelle des parlamentarischen Parteienstaates und des reaktionären Obrigkeitsstaates getreten. Die Parteien waren verschwunden, es gab nur noch die große Weltanschauung des Nationalsozialismus, in der sich das ganze Volk sammeln sollte.

Der Kongreß des Sieges Anfang September 1933 steht am Ende des Kampfes um das Dritte Reich, der vier Jahre gewährt hatte. Die Kraft und die Macht Deutschlands waren nicht mehr ein Raub anmaßender Parteien, sie waren auch nicht mehr eine tote Maschine in den Händen obrigkeitlicher Bürokraten, sie waren zusammengefaßt in dem neu und lebendig organisierten Verhältnis zwischen Führer und Volk. Freiheit und Ehre, Arbeit und Friede waren die obersten Gesetze dieser neuen Volksgenossenschaft, denen jeder einzelne unterworfen war in freiwilligem Bekenntnis, in Pflicht und Gehorsam.





Aus unserem Versandbuchhandel:

Das Versailler Diktat.
Vorgeschichte, vollständiger Vertragstext,
Gegenvorschläge der deutschen Regierung



Mehr aus unserem Archiv:

Der Abgrund von Versailles



Die Schandverträge



Das Ultimatum der Entente
Vollständiger Text der Mantelnote
und der Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge
Amtlicher Wortlaut



Was Deutschland gezahlt hat
Die bisherigen deutschen Leistungen auf Grund des Vertrages von Versailles



Wer hat das Versailler Abrüstungsversprechen gebrochen?



Zehn Jahre Versailles

